

Bundesparteitag Bochum 2003

17.–19. November 2003

Bundesparteitag Bochum 2003



Bundesparteitag Bochum 2003

17.–19. November 2003

Impressum

Herausgeber:

SPD-Parteivorstand, 10963 Berlin

Redaktion:

Claudia Dahremöller

Satz:

Köllen Druck+Verlag, Berlin/Bonn

Fotos:

Nicole Maskus, Berlin; Cynthia Rühmekorf, Bonn

Druck:

Braunschweig-Druck GmbH, Braunschweig

Inhaltsverzeichnis

Geschäftsordnung	13
-------------------------	----

Erster Verhandlungstag Montag, 17. November 2003

Eröffnung	15
Konstituierung	24
Grußworte	
Ernst Stüber	27
Peer Steinbrück	30
Michael Sommer	35
Antonio Guterres	39
Rede des Parteivorsitzenden	
Gerhard Schröder	47
Aussprache Generaldebatte	69
Bericht des Generalsekretärs	
Olaf Scholz	113
Bericht der Schatzmeisterin	
Inge Wettig-Danielmeier	132
Bericht der Kontrollkommission	
Christa Randzio-Plath	136
Aussprache zu den Berichten	142
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission	152
Bericht der Antragskommission „Medienpolitik“	
Kurt Beck	155
Antragsberatung Medienpolitik	157

Wahl des Parteivorsitzenden	
Wahlergebnis	159
Wahl der Stellvertretenden Parteivorsitzenden	
Wahlergebnisse	174
Antragsberatung	176
Wahl des Generalsekretärs	
Wahlergebnis	180
Wahl der Schatzmeisterin	
Wahlergebnis	180

Zweiter Verhandlungstag Dienstag, 18. November 2003

Bericht der Antragskommission	
Kurt Beck	181
Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Parteivorstandes	190
Bericht der Antragskommission	
Inge Wettig-Danielmeier	193
Antragsberatung satzungsändernde Anträge und Organisationsanträge	195
Einführung Leitantrag Internationale Politik	
Heidemarie Wieczorek-Zeul	219
Antragsberatung Internationale Politik	226
Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Parteivorstand	
Wahlergebnisse 1. Wahlgang	228
Antragsberatung Internationale Politik Fortsetzung	232
Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Parteivorstand	
Wahlergebnisse 2. Wahlgang	267
Einführung Leitantrag „Unser Weg in die Zukunft“	
Olaf Scholz	269
Antragsberatung „Unser Weg in die Zukunft“	278
Wahl der Kontrollkommission	
Wahlergebnisse	339
Antragsberatung Leitantrag „Unser Weg in die Zukunft“ Fortsetzung	342
Einführung Leitantrag „Bildung, Wissenschaft und Forschung“	
Edelgard Bulmahn	354
Wahl der Schiedskommission	
Wahlergebnisse	360

Antragsberatung „Bildung, Wissenschaft und Forschung“	361
Einführung Leitantrag „Innovation für eine nachhaltige Entwicklung fördern“ Ulla Burchardt	386
Antragsberatung zu Anträgen „Innovation für eine nachhaltige Entwicklung“, Anträge zur energiepolitischen Agenda und Verbraucherpolitik	390

Dritter Verhandlungstag Mittwoch, 19. November 2003

Einführung Leitantrag „Zukunft für Kinder, Zukunft mit mehr Kindern“ Renate Schmidt	406
Antragsberatung zur Familienpolitik, „Für ein familienfreundliches Deutschland“, „Geschlechtergerechtigkeit“	415
Einführung Leitantrag „Wir sorgen für solide Finanzen“ Jochen Poß	434
Antragsberatung Finanzpolitik, Steuerpolitik	440
Einführung Leitantrag „Wir sorgen für soziale Sicherheit“ Ulla Schmidt	457
Einführung Leitantrag „Innovative Arbeitszeitpolitik“ Ursula Engelen-Kefer	463
Antragsberatung Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Arbeitszeitpolitik	465
Wilhelm-Dröscher-Preis	502
Schlusswort Gerhard Schröder	509

Anhang

Finanzbericht	516
Bericht der Kontrollkommission	558
Gleichstellungsbericht	564
Bericht der Bundestagsfraktion erscheint gesondert als Broschüre	
Delegierte	599
Delegierte mit beratender Stimme	606
Rednerverzeichnis	610

Hinweis:

Die Beschlüsse sowie die angenommenen und überwiesenen Anträge werden als gesonderte Broschüre herausgegeben.

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut §15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 40 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden.
9. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteipräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.
12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Der amtierende Präsident kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.

Eröffnung



Montag, 17. November 2003, Beginn: 11.07 Uhr

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr verehrte Ehrengäste! Liebe Gäste! Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus dem In- und Ausland! Liebe Genossinnen und Genossen! Im Namen des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands heiÙe ich Sie, heiÙe ich Euch zu unserem Bundesparteitag hier in Bochum herzlich willkommen. Seid alle willkommen! Wir freuen uns, dass Sie hier sind, dass Ihr hier seid.

(Beifall)

Wir Bochumer freuen uns ganz besonders, dass wir Sie und Euch hier in unserer Stadt begrüÙen dürfen. Bochum, das ist jedenfalls für uns das Herz des Ruhrgebiets.

(Vereinzelt Beifall)

– Das sind die Dortmunder, die jetzt klatschen.

ERÖFFNUNG

Das ist eine Stadt, liebe Genossinnen und Genossen, der die Industriegeschichte und der Strukturwandel ins Gesicht geschrieben stehen. Das ist eine Stadt, die über Jahrzehnte von Kohle und Stahl geprägt worden ist, die über viele Jahre ein Brennglas von Hoffnung und Heimat und von einer besseren Zukunft war, die ein Brennglas von Erfahrungen von industrieller Schwerstarbeit und Solidarität war und ein Schmelzriegel unterschiedlicher Herkünfte und Kulturen.

Hier in Bochum, Genossinnen und Genossen, setzte vor mehr als 40 Jahren der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel einer alten Industrieregion ein, der im Westen der Bundesrepublik Deutschland ohne Beispiel ist. Hier in Bochum ist 1965 die erste Universität im Ruhrgebiet gegründet worden. Es war vor allem ab 1966 Johannes Rau, der zunächst als nordrhein-westfälischer Wissenschaftsminister hier die Grundlagen für eine Bildungs- und Wissenschaftslandschaft gelegt hat, die den Menschen der Region einen Weg in die Zukunft gewiesen hat.

Ja, dieses Ruhrgebiet war eine Industrieregion, in der es bis 1965 für fast 6 Millionen Menschen keine einzige Universität gab, in der – wie wir damals sagten – die Maloch die Menschen beherrschte, die Menschen unter Tage, wo sie arbeiteten, oder vor der Hitze der Hochöfen. Wer sich heute hier umschaute – einige von Euch werden das getan haben –, der wird verstehen, welcher Wandel bei allen noch bestehenden Herausforderungen, in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten zuwege gebracht wurde. 1960, als ich hier die Schule verlassen habe, gab es in dieser Stadt noch 21 Schachtanlagen mit jeweils 1 000, 2 000, 3 000 oder 4 000 Beschäftigten und ein Stahlwerk mit massiven Hochöfen. Daraus ist diese Stadt entstanden. Das hat diese Stadt ausgemacht.

Heute ist dies eine Universitätsstadt, eine Stadt mit vielen Fachhochschulen, eine Stadt mit einem großen Automobilwerk von Opel, eine Stadt mit vielen mittelständischen Unternehmen, vor allen Dingen der Informations- und Kommunikationstechnologie, der Medizin und der Medizintechnik und der Dienstleistungen. Es ist noch viel zu tun in dieser Stadt. Aber es ist ein großer Wandel, der hier vollzogen worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Der blaue Himmel über der Ruhr: das war die Vision, die Willy Brandt 1961 für diese Landschaft des Ruhrgebiets gezeichnet hat. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Stadt und Land Nordrhein-Westfalens und über ansehnliche Strecken im Bund haben diese Vision wahr gemacht. Wir haben erlebt, Genossinnen und Genossen, welche Kraft eine Vision, eine konkrete Utopie entfalten kann.

Die ökonomische und ökologische Erneuerung in sozialer Verantwortung, der Umbau eines der am meisten belasteten Industrieviere Europas in eine Region mit neuer Perspektive: Darauf sind wir hier ein bisschen stolz. Das wollen und werden wir uns von niemandem nehmen lassen, übrigens auch nicht bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr und erst recht nicht bei der Landtagswahl im Jahre 2005.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, dies ist der erste Parteitag, der hier in Bochum stattfindet. Es ist ohne Zweifel ein Parteitag in nicht einfacher Zeit. Viele Augen sind ab heute auf uns gerichtet, im In- und Ausland, von Freunden und Gegnern, von Kritikern und von Sympathisanten. Es sind wahrlich nicht wenige, die uns straucheln sehen wollen. Es sind aber auch viele, die mit Sorge auf uns schauen und die meist hoffen, dass wir erneut die Fähigkeit und den Willen zur Verantwortung für Deutschland unter Beweis stellen.

(Beifall)

Wir haben bewiesen, Genossinnen und Genossen, zuletzt auf dem Sonderparteitag am 1. Juni dieses Jahres und bei schwierigen Abstimmungen im Bundestag, dass wir die Kraft haben, Dinge zu entscheiden, die heute entschieden werden müssen, damit sie morgen ihre Wirkung entfalten können.

Wir haben bewiesen, dass wir Populismus jedweder Herkunft widerstehen, Genossinnen und Genossen.

Mit der Agenda 2010 des Bundeskanzlers haben wir ein ehrgeiziges Reformprogramm auf den Weg gebracht, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern, um die politischen und die ökonomischen Strukturen auf die globale Ökonomie aber auch auf die demographischen Veränderungen einzustellen und um Kräfte freizubekom-



men – für dringend erforderliche und deutlich höhere Investitionen in die Zukunft, das heißt vor allem in Bildung und Weiterbildung, in Wissenschaft und Forschung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir passen sozialstaatliche Leistungen und Strukturen an. Wir tarieren die Verantwortung der Einzelnen gegenüber dem Ganzen sowie die Rechte und Pflichten aller neu aus. Aber unsere Ziele und Werte, nämlich Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit ebenso wie Chancengerechtigkeit, damit meine ich vor allem Bildungs-, Beschäftigungs- und Generationengerechtigkeit, bleiben für uns unantastbar, ein unverrückbarer Kompass für uns alle.

(Beifall)

Ich jedenfalls bin sehr froh darüber, dass wir es sind, die in diesem Prozess des Wandels das Heft des Handelns in der Hand haben. Dass es an uns ist, die soziale Marktwirtschaft in einer entgrenzten Weltwirtschaft weiterzuentwickeln, auch wenn es oft nicht leicht fällt und manchmal schmerzt. Aber glaubt denn irgendjemand, Genossinnen und Genossen, dass der Sozialstaat bei CDU/CSU und FDP besser aufgehoben wäre als bei uns? Glaubt denn irgendjemand, Genossinnen und Genossen, dass es mit CDU/CSU und FDP eine Familienpolitik mit dem Ziel geben würde, die tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer zu erreichen? Glaubt denn irgendjemand, dass CDU/CSU und FDP langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger in den Schutz der Sozialversicherung nehmen würden, wie wir es in unseren Gesetzentwürfen vorsehen, Genossinnen und Genossen? Glaubt denn irgendjemand, dass es mit CDU/CSU und FDP die Verankerung von Tarifverträgen in der neuen Zeitarbeit gegeben hätte, wie wir es getan und beschlossen haben, Genossinnen und Genossen? Glaubt irgendjemand, dass Tarifhoheit, wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe bei CDU/CSU und FDP besser aufgehoben wären als bei uns? Glaubt irgendjemand, dass CDU/CSU und FDP 20 Prozent und mehr in Bildung, Wissenschaft und Forschung investiert hätten, nachdem CDU/CSU und FDP in den 90er-Jahren das Gegenteil getan haben? Das ist es, worüber wir sprechen müssen! Wir müssen in den nächsten Jahren noch sehr viel mehr statt weniger in die Zukunft investieren, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Wir müssen und wir werden engagiert diskutieren und debattieren, was soziale Gerechtigkeit heißt und welchen Beitrag jeder und jede Einzelne dazu leisten kann und dazu leisten muss. Aber für uns alle ist klar: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lassen niemanden zurück, der sich nicht aus eigener Kraft helfen kann.

Wir sind jetzt in einer entscheidenden Phase im Vermittlungsausschuss, lieber Gerd. Es liegen harte Monate hinter sowie harte Tage vor dir und uns. Auch wenn es nicht immer leicht war, haben wir doch gemeinsam bewiesen, so denke ich, dass wir stark genug sind, das Wichtige und, so sage ich, das Notwendige zu tun. Gerade weil wir

es nicht leichtfertig tun, sondern mit Augenmaß und mit Verantwortung, können wir unsere Politik für eine bessere Zukunft auch selbstbewusst vertreten. Lasst uns bitte mehr Vertrauen in uns selbst haben! Lasst uns mehr Vertrauen in die großartigen Möglichkeiten unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben!

(Beifall)

Wir haben gerade hier in Nordrhein-Westfalen erlebt, Genossinnen und Genossen, welche Kräfte wir in schwierigsten Situationen – der industrielle Umbruch hier war und ist eine schwierige Situation – freisetzen können, wenn wir uns selbst vertrauen und uns nicht in ein vermeintliches Schicksal ergeben. Lasst uns in dieser Zeit der Globalisierung, der immer enger werdenden weltwirtschaftlichen Abhängigkeit, die tiefe Furchen zieht in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt, in neuen wie in alten Industrien, in den neuen wie auch in den alten Bundesländern, vom Besten lernen, was die europäische Sozialdemokratie zu bieten hat! Sozialdemokraten und sozialdemokratisch geführte Regierungen in den Niederlanden, in Großbritannien, in Dänemark, in Schweden, in Finnland haben es uns in den 90er-Jahren vorgemacht. Ihre Agenden für mehr Wachstum und weniger Arbeitslosigkeit folgten den Richtlinien, die auch der Agenda 2010 zugrunde liegen: eine effiziente Arbeitsvermittlung unter dem Leitwort des Förderns und Forderns, Abbau von Fehlanreizen bei der Frühverrentung, bessere Arbeitsmarktchancen und eine höhere Erwerbsbeteiligung vor allem von Frauen und wie in Skandinavien natürlich auch eine deutliche Steigerung der Ausgaben für Bildung, Ausbildung, Forschung und Entwicklung.

(Beifall)

Die Erfolge dieser Staaten, Genossinnen und Genossen, sind unübersehbar. Zwischen den frühen 90er-Jahren und 2002 konnten all jene Länder, die ich genannt habe, ihre Arbeitslosenquote nahezu halbieren – anders als wir, leider anders als wir. Seit Mitte der 90er-Jahre, nach Abklingen des Einheitsbooms in Deutschland, weisen all diese Länder eine hohe Wachstumsdynamik auf, eine höhere als wir. Nichts zeigt aus meiner Sicht deutlicher, wie wichtig und wie richtig und wie notwendig die Agenda 2010 ist, und, Genossinnen und Genossen, sie wirkt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute, die EU-Kommission und die OECD bestätigen es. Der Sachverständigenrat lobt sie. Die Stimmungsindikatoren der Wirtschaft zeigen: Das Vertrauen ist zurückgekehrt. Auch in den realen Daten liegt das Schlimmste hinter uns. Wir haben – so sieht es aus – die konjunkturelle Talsohle durchschritten, Genossinnen und Genossen. Die Wirtschaft macht sich wieder an den Aufschwung. Sie ist im dritten Quartal wieder leicht gewachsen. Wenn wir jetzt aus dem langen Schatten heraustreten, den die Opposition mit ihrer Verweigerung in Sachen Steuern und der Blockade wichtiger Gesetzvorhaben bis dato geworfen hat, dann wird die wirtschaftliche Belebung, die wir heute erleben, alsbald zu einem tatsächlichen Aufschwung werden. Dann werden wir ein Ziel erreichen können, Genossinnen und Genossen, das in meinen Augen das wichtigste und, wenn ihr so wollt, das sozialdemokra-

ERÖFFNUNG

tischste ist, nämlich möglichst bis zum Ende dieses Jahrzehnts Vollbeschäftigung auch in Deutschland wieder möglich zu machen.

(Beifall)

Was in Großbritannien geht, das muss auch in unserem Land möglich sein, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wer sonst, wenn nicht wir, muss diesen Ehrgeiz haben? Wir müssen wollen, dass unsere Kinder und Kindeskinde Vollbeschäftigung wieder zu Hause erleben und nicht nur in Reiseberichten aus dem Ausland kennen lernen. Wir müssen wollen, dass sich die vielen Talente, die wir haben, besser entfalten können und schneller Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt finden. Es ist doch ein lohnendes Ziel, dafür zu streiten, dass unsere Kinder und Kindeskinde ihre berufliche Perspektiven hierzulande sehen und nicht ins Ausland gehen müssen, wenn sie exzellent studieren wollen.

Es ist ein großartiges Ziel, Deutschland wieder dahin zu bringen, wohin es gehört, nämlich unter die ersten Bildungsnationen in der Welt.

(Beifall)

Wir haben schon gestern auf der Delegiertenkonferenz darüber gesprochen, dass es viel Aufbruch in Europa gibt. Wir erleben – nicht zuletzt dank des Einsatzes und des Elans unseres Bundeskanzlers – die Geburt einer europäischen Verfassung. Wir stehen vor dem Beitritt von zehn Staaten Mittel- und Osteuropas zur Europäischen Union, der die Spaltung unseres Kontinents endlich überwindet. Europa kann und muss eine zentrale Rolle zur Sicherung des Friedens, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der uns so bedrückt und der so viele Menschen trifft, und bei der Verwirklichung eines fairen und gerechten Welthandels sowie der sozialen Demokratie in der Welt einnehmen. Das ist eine Chance; das ist die Verantwortung, die gerade Deutschland begeistern sollte und der wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Nachfolge Willy Brandts und Helmut Schmidts verpflichtet sind.

(Beifall)

Es sind zahlreiche Freunde und Gäste aus dem In- und Ausland anwesend, die den Parteitag mit großem Interesse verfolgen. Ich möchte alle herzlich willkommen heißen.

Stellvertretend für alle internationalen Gäste begrüße ich namentlich António Guterres, Präsident der Sozialistischen Internationale. Herzlich willkommen, António!

(Beifall)

Ich begrüße auch Alfred Gusenbauer, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Herzlich willkommen, Alfred!

(Beifall)

Ich begrüße auch den Vorsitzenden der Partij van de Arbeid aus den Niederlanden, Ruud Koole.

(Beifall)

Für die Europäische Kommission begrüße ich Günther Verheugen.

(Beifall)

Ich begrüße die Botschafter und die Vertreter des diplomatischen Korps.

(Beifall)

Ich begrüße die Repräsentanten der Kirchen, namentlich Prälat Dr. Karl Jüsten von der Deutschen Bischofskonferenz und Dr. Stephan Reimers von der EKD.

(Beifall)

Ich begrüße mit besonderer Herzlichkeit die Repräsentanten und Spitzen der Gewerkschaften, namentlich unseren und meinen Freund Michael Sommer, den Vorsitzenden des DGB, und mit ihm alle Einzelgewerkschaften und ihre Vorsitzenden.

(Beifall)

Herzlich willkommen, Michael, und auch alle Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften. Ich habe Frank Bsirke und Eva-Maria Stange schon gesehen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße die Vertreter der Wirtschaft und die Repräsentanten namhafter Unternehmen.

Ich freue mich mit euch zusammen, Genossinnen und Genossen, dass viele unserer Mitstreiter hier sind, die schon ähnlich stürmische Zeiten, wie wir sie gerade erleben, erlebt haben. Ich freue mich, dass wir sie begrüßen dürfen.

Ich begrüße Hans-Jochen Vogel.

(Beifall)

Ich begrüße Erhard Eppler.

(Beifall)

Ich begrüße Annemarie Renger.

(Beifall)

Ich begrüße Antje Huber.

(Beifall)

ERÖFFNUNG

Ich begrüße Herbert Ehrenberg.

(Beifall)

Ich begrüße Georg Leber.

(Beifall)

Ich begrüße Hans-Jürgen Wischniewski.

(Beifall)

Ich begrüße Karl Ravens.

(Beifall)

Ich begrüße Jürgen Schmude.

(Beifall)

Wir begrüßen euch alle. Euer Rat ist uns stets willkommen. Ich begrüße euch alle herzlich.

Ich begrüße alle Besucherinnen und Besucher unseres Parteitages. Schön, dass ihr alle da seid. Es ist ganz besonders schön, dass auch Frau Doris Schröder-Köpf, die Frau unseres Bundeskanzlers, hier anwesend ist.

(Beifall)

Es ist eine gute Tradition, der seit dem letzten Parteitag verstorbenen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu gedenken. Ich bitte, dass ihr euch zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen erhebt.

Stellvertretend für alle, die seit dem Parteitag in Nürnberg im Jahr 2001 verstorben sind, nenne ich: Hilde Adolf, Hans Bardens, Günther Becker, Otto Bennemann, Else Berkmann, Wenzel Bredel, Emil Brune, Liselotte Bühler, Hermann Buschfort, Dieter Deneke, Inge Donnepp, Hanno Drechsler, Heinz Dunkel, Hans Fahning, Walter Faller, Jockel Fuchs, Volkmar Gabert, Ludwig Gehm, Kurt Gscheidle, Rudolf Hauck, Fritz Heine, Hans Hermsdorf, Regine Hildebrandt, Uwe Inselmann, Hans-Jürgen Junghans, Alwin Kulawig, Helmut Lenders, Günther Leonhardt, Rudolf Loskand, Dieter S. Lutz, Werner Marquardt, Willi Michels, Elisabeth Ostermeier, Rainer Pappenfuß, Karl Regling, Burkhard Reichert, Wolfgang Schäfer, Günter Schluckebier, Martin Schmidt (Gellersen), Kurt Schmitz, Wilhelm Wolfgang Schütz, Max Seither, Barbara von Sell, Waltraud Steinhauer, Frank Suplie, Hinrich Swieter, Karl Thorwirth, Tassilo Tröscher, Heinrich Wahlen, Thomas Wegscheider, Claus Weyrosta, Erich Wolfram, Günther Wuttke.

Wir sind unserer verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihr jahrzehntelanges Engagement für unsere Partei und für unsere Demokratie zu Dank verpflichtet.

Wir werden ihnen ein ehrendes Angedenken bewahren.

Verstorben ist in diesem Jahr aber auch Piet Dankert. Er starb am 21. Juni 2003. Er war Präsident des Europäischen Parlaments von 1982 bis 1984, stellvertretender Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion von 1978 bis 1979 und Abgeordneter des niederländischen Parlaments von 1968 bis 1981.

Zu unser aller Entsetzen ist Anna Lindh am 11. September in Stockholm einem brutalen Mordanschlag zum Opfer gefallen. Sie war seit 1998 Außenministerin Schwedens, Mitglied des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei seit 1991 und stellvertretende Vorsitzende der Jugendorganisation der Sozialistischen Internationale von 1987 bis 1989.

Wir werden sie als große europäische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unserer Erinnerung bewahren.

Ich danke euch, Genossinnen und Genossen.

(Die Anwesenden nehmen wieder Platz)

Ich möchte diesen Teil der Eröffnung unseres Parteitages hier in Bochum nicht schließen, ohne all denen zu danken, die diesen Parteitag in den Ortsvereinen, aber auch hier vor Ort gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parteivorstandes vorbereitet haben. Es ist alles gut bereitet. Wir danken euch, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Natürlich gilt mein Gruß auch den zahlreich erschienenen Vertretern von Presse, Funk und Fernsehen, die hier sind. Ich sehe, dass es dank des großen journalistischen Interesses an unserem Parteitag für Sie etwas eng ist. Wir werden also alle ein bisschen improvisieren, aber wir werden auch Geduld haben müssen. Als ehemaliger Berufskollege möchte ich Ihnen sagen: Gerade dann klappt es oft besser, als man denkt – auch wenn Geduld nicht zwingend meine Stärke ist.

Genossinnen und Genossen, für uns alle muss das heißen: Lasst uns enger zusammenrücken. Besinnen wir uns auf das, was uns eint und was wir wollen. Lasst uns von Bochum aus ein Signal setzen, das in die Zukunft weist, mit dem Mut, Neues zu denken und danach zu handeln.

Ich danke euch, Genossinnen und Genossen: Mit einem „Glück auf!“ erkläre ich den Parteitag in Bochum für eröffnet und überbebe jetzt an den Vorsitzenden des Parteirats, an Rüdiger Fikentscher.

Konstituierung

Rüdiger Fikentscher, Vorsitzender des Parteirats: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Parteitag konstituiert sich. Dazu gehört, dass zunächst das Präsidium gewählt wird. Es sind vorgeschlagen: Wolfgang Jüttner, Christoph Matschie, Ute Vogt, Heide Simonis und Martin Schulz. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Delegiertenkarte. – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Damit ist das Präsidium gewählt und kann seine Arbeit aufnehmen. Die soeben Gewählten haben in Voraussicht dieses Ergebnisses schon Platz genommen. Es kann also ohne Verzug losgehen.

Ich wünsche ihnen eine sichere Hand bei der Leitung dieses Parteitages, verbunden mit dem nötigen Einfühlungsvermögen. Ich wünsche unserem Parteitag zielführende Diskussionen und klare Beschlüsse, die wir im Land verständlich machen können, um damit die Sozialdemokratie wieder richtig voranzubringen.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, da wir hier schon sitzen, kann es gleich losgehen. Wir haben einfach darauf vertraut, dass ihr uns wählen werdet. Wir haben uns bei euch zu bedanken. Wir werden mit eurer Hilfe versuchen, die große Tagesordnung mit einer gewissen Zügigkeit, aber ohne Hetze und Hektik durchzubekommen.

Ich darf mich bei Wolfgang Clement bedanken, dass wir in „seiner“ Stadt zu Gast sein dürfen. Ich wünsche der Stadt Bochum weiterhin eine gute und positive Entwicklung, wie ich das übrigens allen Kommunen, Gemeinden und Städten in unserem Land und auch uns wünsche. Dazu wollen wir auf unserem Parteitag einiges beitragen.

Nun hoffe ich, dass Brigitte Zypries wieder im Saal ist. – Nein. Dann wird ihr später gratuliert, dann muss sie noch ein bisschen warten.

Dann werden wir in die Tagesordnung einsteigen. Die Unterlagen sind euch zugegangen. Es gibt ein paar geschäftsleitende Dinge zu erledigen, ehe wir in die Diskussion einsteigen können.

Es gibt einen Vorschlag zur Tagesordnung, einen Ablaufplan, der sich insoweit geändert hat, als wir heute Nachmittag nach der Rede des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, die vorgesehene Zeit zur Aussprache, die bisher anderthalb Stunden betragen hat, auf drei Stunden erweitern wollen.



(Beifall)

Das gibt hoffentlich allen die Möglichkeit, sich hier zu Wort zu melden. Wir wollen allerdings nach anderthalb Stunden eine kleine Unterbrechung machen, damit der Genosse Scholz, der Generalsekretär, seinen Bericht geben kann. Danach machen wir in der Aussprache weiter. Wir wollen eine Zeit erreichen, in der die Wahl unseres Parteivorsitzenden noch von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden kann. Mit ein bisschen Disziplin von eurer Seite und unserer Seite bekommen wir das hin, damit wir das nicht heute Nacht im Dunkeln machen.

Genossinnen und Genossen, wenn ihr damit einverstanden seid, dann frage ich, ob ihr mit dem Ablaufplan, so wie wir ihn jetzt in der veränderten Fassung vorgetragen haben, einverstanden seid? – Ich frage anders herum – das scheint mir schneller zu gehen –, wer ist nicht damit einverstanden? – Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu unserer Geschäftsordnung. Dazu liegt euch ein Zettel vor. Dieser Zettel ist lang, er hat 13 Punkte. Ich hoffe, dass das keine Unglückszahl ist. In der Geschäftsordnung ist im Einzelnen geregelt, wer wie lange reden darf, wann wir beschlussfähig sind usw. Ihr kennt das ja. Wer Spaß daran hat, kann sich das einmal durchlesen.

Dann ist euch eine Liste mit den Namen der zu benennenden Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission anlässlich unseres Parteitages vorgelegt worden. Ich frage, ob jemand der dort Genannten nicht da ist oder ob ein anderer/eine an-

KONSTITUIERUNG

dere vorgeschlagen wird. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wer ist dagegen, dass die Genannten der Mandatsprüfungs- und Zählkommission angehören? – Enthält sich jemand der Stimme? – Damit sind die Vorgeschlagenen gewählt.

Darf ich bitten, dass sich die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission von uns aus gesehen links von der Bühne treffen und dann im Hotel „Renaissance“ im ersten Obergeschoss in dem Arbeitsraum „London“ die Arbeit aufnehmen? Es scheint etwas anderes vorgesehen gewesen zu sein, denn ich soll zweimal darauf hinweisen, dass es der Raum „London“ ist. Wer sich verlaufen hat, kann wieder hier herunterkommen und fragen, wo er hingehen soll.

Ist Brigitte Zypries jetzt da? –

(Zurufe: Ja!)

– Wunderbar. – Brigitte hat gestern Geburtstag gehabt. Weil es so ein schöner runder Geburtstag ist, finden wir, dass wir ihr heute noch einmal gratulieren sollten. Sie ist 50 geworden und sieht um Jahre jünger aus.

(Beifall)

Dann habe ich euch noch mitzuteilen, dass die Karten für den Parteiabend heute seit 8 Uhr am Parteiabendschalter im Foyer, in der Nähe des Cafébereichs, erworben werden können.

Dann haben wir euch noch die Regularien bekannt zu geben, die Initiativanträge und Personalvorschläge betreffen. Unser Vorschlag ist: Um 13 Uhr ist Antragsschluss für Initiativanträge und Personalvorschläge, für Initiativanträge zur Finanzordnung und Satzungsänderungen. Um 14 Uhr ist Antragsschluss für andere Anträge. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dann ist das so einmütig angenommen worden. Initiativanträge, die ihr noch einreichen wollt, müssen 40 Unterschriften von Stimmberechtigten aus fünf Bezirken haben.

Das gilt übrigens auch für Anträge, die als E-Mail hier eingegangen sind.

Damit haben wir die Regularien zunächst beschlossen und können unseren Parteitag nun in geordneten Bahnen fortsetzen. Ich würde mich freuen, wenn jetzt der Oberbürgermeister von Bochum, Ernst Otto Stüber, an uns ein Grußwort richten würde.

Grußwort Ernst Stüber

(Beifall)

Ernst Otto Stüber, Oberbürgermeister der Stadt Bochum: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen! Als Wolfgang eben seine Eröffnungsworte gesprochen hat, habe ich schon gedacht, hier spricht der neue Oberbürgermeister von Bochum.

(Heiterkeit)

Das wäre sicher eine gute Lösung, Wolfgang; aber ich glaube, du wirst in Berlin noch gebraucht.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist so, liebe Genossinnen und Genossen: einmal Bochumer, immer Bochumer. Aber das gilt natürlich – bevor jetzt die Essener und Dortmunder Protest erheben – für die anderen Städte genauso.

Ich darf Sie/euch im neuen Ruhrcongress in Bochum herzlich begrüßen. Wir haben diese Halle neu gebaut und Anfang des Jahres eingeweiht, damit der Bundesparteitag der SPD endlich einmal nach Bochum kommt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir freuen uns und sind stolz, dass diese Veranstaltung in unserer Stadt stattfindet.

Ich darf euch in einer Stadt begrüßen – Wolfgang hat es angesprochen –, die sicher ein gutes Beispiel für den Strukturwandel in dieser Region ist. Mit 17 Schachtanlagen und 60 000 Beschäftigten im Bergbau, fast ebenso vielen im Stahlbereich, waren wir vor gut vier Jahrzehnten noch ein Zentrum europäischer Montanindustrie. Wir haben uns in diesen 40 Jahren zu einem modernen Dienstleistungszentrum, zu einem Wissenschaftsstandort mit vier Hochschulen und rund 50 000 Studierenden und einem kulturellem Zentrum entwickelt, das sich anschickt, sich gemeinsam mit der Nachbarstadt Essen und der Region im Jahre 2010 um den Titel einer Kulturhauptstadt Europas zu bewerben.

Natürlich sind wir auch noch Industriestandort: mit Opel, Nokia, einem Firmensitz des BP-Konzerns, Fertigungstechniken im Maschinenbau, aber beispielsweise auch der Produktion spezialbeschichteter Bleche, etwa für den Transrapid, zurzeit leider nur für den chinesischen Markt. Der Bergbau hat, obwohl die Förderung in dieser Stadt längst stillgelegt ist, weiterhin Bedeutung für Bochum. Dafür stehen die Bundesknappschaft, die Bergbau-Berufsgenossenschaft und nicht zuletzt das sicher weltweit einzigartige deutsche Bergbaumuseum.

Sie sehen, meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen: eine interessante, vielseitige, spannende Stadt. Ich kann allen nur empfehlen, diese Stadt auch einmal außerhalb von Tagungen, Sitzungen und Kongressen zu erleben. Sie werden ein buntes, vielfältiges Angebot an Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten finden und Sie werden feststellen – das gilt vor allen Dingen für jene Gäste, die aus größerer Entfernung angereist sind –, wie grün diese Region ist.

Natürlich haben wir – das muss ein Oberbürgermeister an dieser Stelle und vor diesem Gremium sagen – auch Sorgen. Nach wie vor sind in dieser Stadt über 22 000 Männer und Frauen ohne Arbeit; das entspricht einer Arbeitslosenquote von rund 12 Prozent. Wir kämpfen vor Ort, und zwar gemeinsam mit der Wirtschaft, mit der Industrie- und Handelskammer und mit der Kreishandwerkerschaft, um Ausbildung für junge Menschen. Wir wollen, dass jeder junge Mensch in dieser Stadt auch ohne Abgaberegulung eine Ausbildung bekommt.

Wir haben, wie inzwischen fast alle bundesdeutschen Kommunen, gewaltige Sorgen bezüglich unserer Finanzen. Sie wissen/ihr wisst, dass das Defizit in den kommunalen Haushalten, strukturell und auf das Jahr bezogen, inzwischen die astronomische Größenordnung von fast 10 Milliarden Euro erreicht hat. Wenn jetzt nicht zügig gehandelt wird, dann droht schon im nächsten Jahr ein beispielloser Kahlschlag bei den kommunalen Dienstleistungen. Von der Kinderbetreuung bis zur Seniorenarbeit, von der freien Kulturszene bis zur Weiterbildung und Sportförderung müssen dann Leistungen infrage gestellt werden.

Deswegen sage ich an dieser Stelle: Wir brauchen eine verlässliche Verbesserung der Einnahmen und eine grundsätzliche Entlastung der Ausgaben, und zwar möglichst schnell, am besten sofort.

(Beifall)

Deswegen finde ich das Motto dieses Parteitages gut: „Das Wichtige tun“. Aber wir hoffen auch auf richtige Entscheidungen; denn es macht keinen Sinn – auch das will ich an dieser Stelle sagen –, wenn man das Tempo erhöht, aber in die falsche Richtung läuft. Auch das führt nicht zum Ziel.

(Beifall)

Wir sind – das sage ich auch im Namen der kommunalen Spitzenverbände, gleich welcher parteipolitischen Schattierung sie sich verpflichtet oder verbunden fühlen – der SPD, insbesondere der SPD-Bundestagesfraktion, dankbar, dass sie zur Gewerbesteuerreform den richtigen Weg gewiesen hat.

(Beifall)

Wir danken euch, Genossinnen und Genossen, und wir hoffen, dass dieser Weg auch in den anstehenden Vermittlungsgesprächen genutzt wird und zum Ziel führt. Alle, die uns dabei unterstützen, finden unsere volle Zustimmung.

Sosehr wir uns freuen, dass die SPD in unserer Stadt tagt und damit Bochum in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückt, so hoch sind auch die Erwartungen an diesen Parteitag, auch in dieser Stadt. Die Menschen und damit die Wählerinnen und Wähler – im nächsten Jahr finden in Nordrhein-Westfalen Kommunalwahlen statt – sind verunsichert. Sie wissen, dass Reformen nötig sind; aber sie wollen wissen, was das für sie bedeutet. Sie sind bereit, Opfer zu bringen; aber sie wollen wissen, wofür.

Darum müssen – das ist unsere Ansicht – von diesem Parteitag klare Bochumer Botschaften ausgehen: Erstens. Wir werden eine Gesellschaft gestalten, die nicht nur wirtschaftlich sicher, sondern auch sozial und gerecht wirkt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen den Menschen Vertrauen geben. Wer morgen sicher leben will, muss heute für Reformen sorgen. Dies war und ist ein gutes Wort. Aber Gerechtigkeit, Solidarität und soziales Gleichgewicht müssen den Rahmen bilden.

Zweitens. Wir werden die Städte und Gemeinden stärken; denn die Kommunen sind Basis und Garant für den Zusammenhalt der Gesellschaft und für die Zukunft der Demokratie. Ohne Städte und Gemeinden gibt es keinen Staat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen erwarten wir klare Signale für den Aufbruch, eine Vorwärtsstrategie für Vertrauen und Zukunftsperspektiven für die Menschen, insbesondere die Schwächeren und Benachteiligten. Das müssen die Ziele dieser Tage in Bochum sein. Genossinnen und Genossen, wir setzen auf euch und hoffen auf euch!

Lasst mich abschließend sagen: Da heute Morgen in der Kirche nicht alle Platz gefunden haben, möchte ich denen, die sie nicht mitbekommen haben, die Tageslosung sagen. Die Herrnhuter Brüdergemeinde lost jeden Tag ein Bibelzitat aus, das für den heutigen Tag – ausgelost schon lange vor dem Beschluss, einen Parteitag in Bochum durchzuführen – lautet: „Ihre Wege habe ich gesehen, aber ich will sie heilen und sie leiten und ihnen wieder Trost geben.“

In diesem Sinne Glück auf und alles Gute für den Parteitag in Bochum!

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank für die tröstlichen Worte. – Ich darf jetzt Peer Steinbrück, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, bitten, zu uns zu sprechen.

Grußwort Peer Steinbrück

Peer Steinbrück, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen: Liebe Gäste! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich begrüße euch sehr herzlich in Nordrhein-Westfalen, im Revier, noch präziser: hier in Bochum. Diese Halle ist erprobt durch die Veranstaltung vieler Landesparteitage. Ich bin sicher, dass sie uns einen guten Rahmen für wichtige und, wie ich hoffe, wegweisende Beratungen geben wird.

Den letzten ordentlichen Parteitag hier im Revier hat es vor fast 20 Jahren, nämlich im Frühjahr 1984, gegeben. Ich habe diesen Parteitag nicht nur deshalb in Erinnerung, weil damals Hans Koschnick bewiesen hat, dass er Englisch noch schneller sprechen kann als Deutsch, sondern auch deshalb, weil es der erste ordentliche Parteitag nach der Wende im Oktober 1982 war. Das gab den Stoff für den damaligen Parteitag.

Man mag über die Gründe lange rasonieren, die zu dieser Wende geführt haben. Ich persönlich befürchte, dass es nicht allein ein Scheidungspapier war, das damals eine Rolle spielte, sondern vermute, dass es auch die Selbstaufgabe eines politischen Gestaltungsanspruches der Partei war.

(Vereinzelt Beifall)

Dabei spielten Stichworte eine Rolle, von denen ich den Eindruck habe, dass sie auch heute aktuell sind.

Wir haben uns damals über die Staatsfinanzen unterhalten müssen. Wir haben um die Sicherung der sozialen Transfersysteme, um Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ringen müssen.

Ich will darauf hinaus, dass die Lehre von damals bis heute trägt. Sie lautet, dass die SPD gerade in schwierigen Zeiten den Mut, die Courage und die Entschlossenheit haben muss, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zu gestalten. Wir, die SPD, müssen den politischen Entwurf dafür liefern, dass einerseits unabweisbare Realitäten aufgenommen werden, auf der anderen Seite aber, darüber hinausgehend, neue Realitäten im Sinne unserer Grundwerte geschaffen werden.

Hier, „Tief im Westen“, wie Herbert Grönemeyer singt, hat sich in den letzten Jahren sehr viel getan und sehr viel verändert. Neues ist entstanden, auf das die Menschen hier im Revier und auch die SPD als Regierungspartei seit 1966 sehr stolz sind. Ich lade euch ein: Guckt euch hier um und schaut euch das neue Revier an: das neue Revier der Photovoltaik in Gelsenkirchen, das neue Revier der Logistik in Duisburg, das neue Revier der Softwareentwicklung und der Mikrosystemtechnik in Dortmund, das neue Revier in Essen mit wichtigen Verwaltungs- und Dienstleistungseinrichtungen. Guckt euch auch die beispiellose Museums- und Kulturland-

schaft an! Ihr werdet die Erfahrung machen, dass es eine Mär ist, dass 18 Millionen Nordrhein-Westfalen unter Tage arbeiten. Es sind in Wirklichkeit nur noch 40 000. Vor 40 Jahren waren es einmal 500 000. Daran könnt ihr sehen, welchen Strukturwandel es hier gegeben hat. Guckt euch hier um und ihr werdet vielleicht in Dortmund einen Chinesen finden, der versucht, die letzte Schraube eines letzten Stahlwerkes zu inventarisieren und nach China zu schicken! Ihr werdet feststellen, welche Veränderungen es hier gegeben hat.

Wir leben hier in einer Metropolregion mit 12 Millionen Einwohnern. Sie unterliegt einem sehr tief greifenden Wandel. Sie hat viele Chancen aufgegriffen und genutzt. Aber, dieser Wandel wirkt fort. Er wirft eine Reihe von Schwierigkeiten auf, die euch genauso vertraut sind wie uns. Wir leben hier in einer Metropolregion mit neuen Arbeitsplätzen gerade im Handel und bei den Dienstleistungen, aber auch mit einer Arbeitslosigkeit, die überdurchschnittlich hoch ist. Wir leben in einer Metropolregion mit einer vitalen Städtelandschaft, aber auch mit den Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft und mit Stadtvierteln, die immer problematischer werden. Wir leben in einer Metropolregion mit jungen Familien, die wir, wie ich finde, mehr denn je in den Mittelpunkt unserer Politik stellen sollten, wobei Frauen, insbesondere alleinerziehende Frauen, Schwierigkeiten haben, Kinder und Beruf in Vereinbarung zu bringen. Wir leben hier in einer Metropolregion mit einer tüchtigen Kommunalpolitik, aber auch mit vielen Kommunen, die am Rande ihrer Handlungsfähigkeit stehen.

Die Menschen hier und in ganz Deutschland brauchen einen Aufbruch. Dabei geht es drei Jahre nach einer Flaute natürlich um einen wirtschaftlichen Aufbruch. Selbstverständlich geht es auch um den Kraftakt, unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Es geht darum, bürokratischen Ballast abzuwerfen. Aber es geht auch, liebe Genossinnen und Genossen, um einen Aufbruch im Kopf, im Denken und in den Einstellungen.

(Beifall)

Ich behaupte, dass die beiden Filme, die wahrscheinlich viele von uns gesehen haben, „Das Wunder von Bern“ und „Das Wunder von Lengede“, die Köpfe, den Bauch und die Tränendrüsen – vornehmlich von Männern – erreicht haben. Das liegt daran, dass damals aus einer Außenseiterrolle heraus in und mit einem bestimmten Geist gewonnen wurde, dass eine aussichtslose Lage mit Einsatz, Willen und technischem Sachverstand überwunden worden ist. Das ist der Grund dafür, warum diese beiden Filme nicht nur die Köpfe, sondern auch die Bauchlagen vieler erreicht haben. Da klingelt etwas. Ich glaube, das sollten wir politisch aufnehmen. Wir müssen uns und andere aus dem Jammertal herausführen. Wir haben alle Fähigkeiten und alle Talente, um Wohlstand und soziale Wohlfahrt auch an die Generationen unserer Kinder und Enkelkinder weiterzuerben.

Ja, es gibt Schwierigkeiten. Ja, vieles ist schmerzhaft. Ja, die Partei ringt mit Identitätsproblemen. Aber wir haben die Chance, die Stagnation zu überwinden.

Es sind wieder einmal die Sozialdemokraten, die den Karren ziehen müssen. Die letzten Wahlergebnisse und die letzten Umfragen haben zu einem blauen Auge und auch zu einem „Blumenkohlohr“ geführt. Das darf uns aber nicht aus dem Sattel heben; wir dürfen uns darüber doch nicht in Selbstzweifel stürzen, was die Regierungsfähigkeit gefährden könnte. Wir dürfen in der Aufnahme und der Bewältigung der Herausforderungen, die sich uns stellen, nicht versagen. Wir dürfen uns nicht vor der politischen Verantwortung drücken, auch wenn wir feststellen, dass uns die Altersentwicklung, das unzureichende Wirtschaftswachstum, die Lage der öffentlichen Haushalte und die globalisierten Märkte in eine Art Schraubstock packen und uns teilweise auch politische Mathematik lehren.

Ich gebe zu: Wir haben im Handwerk gelegentlich Fehler gemacht. Manchmal haben wir zu viele eines bekannten Nutztiers durch das Dorf gejagt. Wir haben wahrscheinlich zu wenig und zu schlecht erklärt. Unsere politische Inkontinenz hat vieles ertränkt. Vielleicht nehmen wir uns manchmal auch zu wenig Zeit, um bestimmte Positionen reifen zu lassen und vorzubereiten; all dies ist richtig.

Der größte Fehler allerdings war, Genossinnen und Genossen, dass wir nicht früh genug mit notwendigen Veränderungen angefangen haben.

(Beifall)

Wir gemeinsam, Parteiführung und Partei, haben es in meinen Augen in den 90er-Jahren versäumt, ein originär sozialdemokratisches Sozialstaatsmodell zu entwerfen, das den Bedingungen des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt. Wir haben in vielen Vier-Augen-Gesprächen gewusst, dass eine solche Anstrengung notwendig ist. Wir haben gewusst, dass ansonsten das Risiko sehr groß ist, einerseits an mürbe werden den Strukturen festhalten zu müssen und uns andererseits dem Gegenmodell einer konservativ-bürgerlichen Vorstellung der Entsolidarisierung auszusetzen. Wir haben die damit verbundenen Dispute und Auseinandersetzungen und auch das Risiko eines innerparteilichen Liebesentzugs im Zusammenhang mit einem solchen Disput gescheut.

Heute schmerzt jedes zurückgegebene Parteibuch umso mehr, insbesondere wenn es von denjenigen Genossinnen und Genossen zurückgegeben wird, die für den Transport von Botschaften wichtig sind, die das betreiben, was Johannes Rau immer „Mundfunk“ genannt hat; das ist richtig. Aber die Agenda 2010 ist nichts anderes als der richtige Versuch bzw. das Bemühen, dieses Versäumnis, das wir bereits in den 90er-Jahren angegangen sind, zu korrigieren.

Ein findiger Berater hat acht Spielregeln entworfen, die dabei helfen, dass eine Organisation wie die SPD zum völligen Stillstand kommen kann und jedwede Veränderung unterbunden wird. Die erste Spielregel lautet: Beschlüsse sollten auf der formellen Ebene, also in den Gremien der Partei, konsensfähig sein, um dann informell, draußen vor der Tür in der Nähe des nächsten Mikrofons, ausgiebig infrage gestellt zu werden. – Das ist die erste Spielregel.

Die zweite Spielregel lautet: Möglichst viele Aktivitäten sollten gleichzeitig angezettelt werden. Für eine ständige Überforderung ist zu sorgen.

(Vereinzelt Beifall)

Die dritte Spielregel lautet: Die Veränderungsgeschwindigkeit auf der Entscheidungsebene sollte stets größer sein als auf der Umsetzungsebene. Die vierte Spielregel lautet: Es sollte öffentlich emphatisch eine bessere Kommunikation angemahnt werden und gleichzeitig die Unzulänglichkeit des eigenen Führungspersonals herausgestellt werden.

Das sind vier Spielregeln, die wir nicht annehmen müssen. Es gibt vier weitere Spielregeln, die ich jetzt nicht erwähne. Sie liegen im Safe unserer Staatskanzlei. Wir sollten diese Spielregeln nicht annehmen. Wir sollten uns von niemandem den nötigen Wandel streitig machen lassen. Wir Sozialdemokraten standen von unserem Ursprung her immer für beides: für Veränderungen und sozialen Fortschritt, für Innovationen und Gerechtigkeit. Wir waren in den 140 Jahren unserer Geschichte niemals eine strukturkonservative Partei.

Tony Blair hat auf dem Parteitag der Labour Party im Oktober dieses Jahres seine Rede zum Reformkurs mit der Frage begonnen: Sollen wir aufgeben oder sollen wir weitermachen? Ich sage euch: Es wäre falsch, umzukehren und zu zaudern. Wir würden mehr verlieren als nur unsere Regierungsfähigkeit.

(Beifall)

Im Rahmen der Grußworte, mit denen wir in den Parteitag gehen, ist die Frage wichtig, wie wir wieder aus diesem Parteitag herauskommen und mit welchem Nachhall für unsere Parteiorganisation. Franz Müntefering hat in den letzten Tagen einen wichtigen Hinweis gegeben: Wie erreichen wir in den nächsten zwei, drei, vier Monaten alle Parteiorganisationen? Wir müssen von diesem Parteitag das klare Signal aussenden: Ja, wir nehmen den Gestaltungs- und den Regierungsauftrag umfassend wahr. Wir achten darauf, dass es auch in Zukunft sozial gerecht zugeht. Es geht weiterhin um den alten, unverbrüchlichen Wert der sozialen Gerechtigkeit. Aber wir haben ihn in neuen Zeiten auch neu zu deklinieren.

Gerhard Schröder, die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion haben zentrale Reformen auf den Weg gebracht. Ich bin überzeugt davon, dass sie die Voraussetzungen für einen Aufbruch sind. Sie werden in den nächsten Wochen zu einer Beratungsdichte in Bundestag, Bundesrat und Vermittlungsausschuss führen wie selten zuvor in früheren politischen Zeiten. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen wird alle diese Reformvorhaben im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss nach besten Kräften unterstützen.

Ich finde, der Parteitag bietet die Chance, unsere Ziele, die sich mit diesen Reformvorhaben verbinden, noch einmal deutlich zu machen. Sie sind ja kein Selbstzweck.

Wir reformieren, um den Aufschwung zu stützen und den Wohlstand von morgen zu ermöglichen. Wir reformieren, um auch unseren Kindern und Enkelkindern soziale Sicherheit zu geben. Wir reformieren, um mehr Menschen die Chance auf Erwerbsarbeit zu geben. Wir reformieren, um unsere Städte und Gemeinden handlungsfähig zu halten. Wir reformieren, um Menschen mit guten Ideen zu ermutigen und ihnen die Umsetzung dieser Ideen zu erleichtern. Wir reformieren, um jungen Familien, insbesondere jungen Frauen mehr und bessere Chancen zu eröffnen, zum Beispiel durch die Ganztagsbetreuung oder auch durch den verbesserten Zugang und eine bessere Qualität der Bildung. Das ist unser Kurs. Dieser Kurs hilft Deutschland. Dieser Kurs hilft auch Nordrhein-Westfalen, und zwar mit Blick auf die vor uns liegenden Kommunalwahlen in zehn Monaten und die Landtagswahlen in 18 Monaten.

Mein Wunsch an den Parteitag ist es, liebe Genossinnen und Genossen, dass eine Grundlage dafür gelegt wird, dass das Jahr 2004 unser Jahr wird, ein Jahr des Aufbruchs, ein Jahr des wirtschaftlichen Aufschwungs, ein Jahr der Innovation. Meine Bitte ist, dass jenen Genossinnen und Genossen, die ein verdammt schwieriges Amt in der Bundesregierung und die eine nicht minder schwierige Funktion in der Partei haben, solidarischer Rückenwind gewährt und gegeben wird.

(Beifall)

Dies ist wichtig für den gemeinsamen Erfolg. Dies ist wichtig für die geballte Kraft, die wir brauchen. Und dies ist wichtig für die persönlichen Batterien, die gelegentlich aufgeladen werden müssen. Es ist auch in unserer Partei erlaubt, manchmal zu loben und zu ermuntern.

Ich freue mich auf diesen Parteitag. Seid herzlich willkommen! Glück auf!

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank, lieber Peer. Ich hoffe, dass wir am Mittwoch nach den Diskussionen, die wir hier führen werden, und nach den Entscheidungen, die wir zu treffen haben, deine vier Spielregeln dann auch in den Tresor der Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen legen können und uns dann andere, bessere Spielregeln geben.

Nun darf ich Michael Sommer, den Vorsitzenden des DGB, bitten, zu uns zu reden.

(Beifall)

Grußwort Michael Sommer

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Genossinnen und Genossen! Meine Damen und Herren! Danke für die Einladung, diesem Parteitag ein Grußwort der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften mit auf den Weg zu geben.

Es sind ja nicht nur die gemeinsamen Wurzeln von SPD und den Gewerkschaften, die uns veranlassen, uns wechselseitig zu besuchen. Denen, die bei uns sprechen, sei es Gerhard Schröder, sei es Franz Müntefering oder andere, sage ich ausdrücklich Dank dafür, dass sie zu unseren Kongressen und Veranstaltungen kommen, sich unserer Diskussion und auch unserer Kritik stellen. Vor allem sage ich Dank dafür, dass sie nicht der Versuchung nachgegeben haben, uns beibringen zu wollen, was richtige Gewerkschaftspolitik ist. Ich bin auch nicht hierher gekommen, um euch zu sagen, was die SPD nach unserer Meinung tun oder lassen sollte.

Im Übrigen: Die Einheitsgewerkschaften haben auch christlich-soziale Wurzeln. In unseren Reihen finden sich außerdem zahlreiche Menschen, die sich nicht zu den beiden großen Volksparteien hingezogen fühlen, sondern zum Beispiel zu den Grünen. Deswegen wird der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes selbstverständlich auch die Parteitage der CDU und der Grünen in diesem Winter besuchen. Allen werde ich die gleiche Botschaft überbringen, und die lautet: Dieses Land braucht Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

(Beifall)

Wir brauchen den sozialen Ausgleich zwischen Jung und Alt, Arm und Reich gerade in Umbruchzeiten und wir brauchen endlich wieder mehr Arbeit, um diese Krise zu überwinden. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, sonst nirgendwo.

(Beifall)

Deswegen sage ich: Wir brauchen eine aktive Beschäftigungspolitik und wirkliche Solidarität. Ja, wir brauchen auch Generationengerechtigkeit. Die größte Ungerechtigkeit für die junge Generation ist es nicht, dass diejenigen, die dieses Land aufgebaut haben, die es nach der Terrorherrschaft der Faschisten buchstäblich aus dem Dreck gezogen haben, einen Anspruch auf einen würdigen Lebensabend haben, ohne Not und ohne schlechtes Gewissen.

(Beifall)

Nein, die wirkliche Ungerechtigkeit für die junge Generation ist, dass ihnen die eigentliche Startchance im Leben immer schwerer gemacht wird. Es gibt über eine halbe Million junger Menschen unter 25 Jahren, die noch nie eine Arbeit, die noch

nie einen Ausbildungsplatz hatten. Das ist der wirkliche Skandal und dafür können die Alten wahrhaftig nichts.

(Beifall)

Deswegen sage ich: Wir müssen aufpassen, dass nicht Alt und Jung gegeneinander ausgespielt werden, auch um von dem Übel abzulenken, dass die deutsche Wirtschaft viel zu wenig ausbildet.

(Vereinzelt Beifall)

Faktisch ist die berufliche Bildung von der Wirtschaft schleichend verstaatlicht worden. Jahr für Jahr immer das gleiche Gewürge: Viele junge Menschen wissen nicht, ob sie einen Ausbildungsplatz bekommen. Das Beste, was ihnen dann noch passieren kann, ist, dass der Staat ihnen einen Aufenthalt in der Warteschleife finanziert. Damit muss Schluss sein. Der Gesetzgeber muss handeln.

(Beifall)

Auch an diesem Beispiel sieht man, wie sehr sich in diesem Land die politischen, sozialen und ökonomischen Koordinaten verschoben haben, und zwar in die falsche Richtung: in Richtung Verstaatlichung der Probleme und Privatisierung der Lebensrisiken. Wer die Probleme Deutschlands zwischen Hartz und PISA wirklich lösen will, der darf sich nicht nur darüber aufregen, dass es sich die Menschen bis weit in die Mittelschicht angewöhnt haben, staatliche Transferleistungen in Anspruch zu nehmen; denn diese Anspruchshaltung gilt doch wohl auch für viele Großkonzerne.

(Beifall)

Dass die Ankündigung von Steuerflucht in deutschen Zeitungen als patriotische Großtat gefeiert wird, statt diese Steuerhinterzieher als vaterlandslose Gesellen zu brandmarken, zeigt ebenfalls, dass die politischen Koordinaten nicht mehr stimmen.

(Beifall)

Was wir brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, ist die Wiederherstellung von sozialer Balance, ist die Notwendigkeit, nicht nur die staatlichen Ausgaben zu überprüfen, sondern auch diejenigen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens zu beteiligen, die es sich wahrhaft leisten könnten.

(Beifall)

Im Übrigen empfehle ich, das gesamte Steuer- und Abgabensystem auf den Prüfstand zu stellen. Dann würde schnell deutlich, wer dieses System wirklich am Laufen hält und wer nicht. Eine Politik jedenfalls, die ihr Heil in sinkenden Löhnen und stärkerer Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Sozialabgaben sucht und zugleich das Steuersystem fast gänzlich auf Lohn-, Einkommen- und Verbrauchsteuern aufbaut, ist auf dem abschüssigen Weg.

(Beifall)

Gänzlich auf die schiefe Ebene gerät der, der meint, den globalisierten Wettbewerb mit mehr Staatsknete für Unternehmen, tschechischem Lohnniveau und amerikanischem Arbeitsrecht gewinnen zu können.

(Beifall)

Dass es in anderen Parteien mehr von denen gibt als in der SPD, das weiß ich sehr wohl. Nichtsdestotrotz: Wenn mir, wie in der vergangenen Woche geschehen, der SPD nahe stehende Manager erklären, dass die Zeit existenzsichernder Einkommen für alle vorbei und dass der Einstiegstarif für Leiharbeiter von acht Euro pro Stunde wesentlich zu hoch sei, der gefällt möglicherweise seinen Shareholdern, fügt dieser Wirtschaft aber einen schweren Schaden zu. Ja, er setzt die Abwärtsspirale aufs Neue in Gang.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen, wir Gewerkschaften stehen dafür, dass Arbeit auch künftig ohne staatliche Almosen die Existenz sichert; denn es geht auch um den Stolz arbeitender Frauen und Männer, um die Würde der sozial Schwachen und die Achtung ihrer Rechte.

(Beifall)

Da kann es für uns, für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, nicht mehr um Nachgeben, auch nicht ums kleinere Übel gehen, denn es geht um das Recht und den Wert arbeitender Menschen. Je unverschämter die Forderung nach Einschränkung sozialer Rechte erhoben wird und die Interessenvertreter der arbeitenden Menschen beschimpft und verunglimpft werden, ja sogar ihre Existenzberechtigung in Zweifel gezogen wird, desto mehr lautet unsere Botschaft: Jetzt ist nicht Kotau angesagt, sondern der aufrechte Gang.

(Beifall)

Angesichts dieser prinzipiellen Auseinandersetzung müssen sich auch die Parteien entscheiden, klar entscheiden, auf wessen Seite sie stehen. Dazu gibt es augenblicklich ein sehr wichtiges Demonstrationsobjekt: den Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie. Unser Sozialstaat hat es geschafft, die arbeitenden Menschen aus dem Stadium kollektiver und individueller Bettelei zu befreien. Zugleich hat er es den Unternehmen ermöglicht, mit ihren Wettbewerbern nicht über Löhne und Gehälter, sondern über Produkte und Qualität zu konkurrieren. Wer an dem System rumschraubt, der schadet nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern auch der gesamten Wirtschaft.

(Beifall)

Weil es in diesem Lande Mode geworden ist, dass sich zahlreiche Unternehmer so verhalten, als ob das Land ihnen gehört und die Politik nach ihrer Pfeife tanzen

müsste, sage ich: Dieses Land ist auch unser Land, dieses Grundgesetz ist auch unser Grundgesetz und der Reichtum dieses Landes wird immer noch von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschaffen und von niemandem sonst!

(Beifall)

Nicht nur die Gewerkschaften sind aufgerufen, die prinzipielle Auseinandersetzung für gute, anständig behandelte Arbeit und für soziale Gerechtigkeit zu führen. Es ist an der Zeit, diejenigen, die Sehnsucht nach dem 19. Jahrhundert haben, in die Schranken zu weisen. Wer will, dass es diesem Land auch im Jahr 2010, im Jahr 2020, im Jahr 2030 gut geht, muss nicht nur Herz und Verstand als Einheit betrachten, sondern er muss bei allen notwendigen Veränderungen die Solidarität zum zentralen Maßstab seiner Politik machen.

(Beifall)

Die Bundesrepublik Deutschland ist – so steht es in unserem Grundgesetz – ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat, in dem Eigentum verpflichtet und die Wünsche des Menschen im Mittelpunkt allen Tuns stehen müssen. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, in diesem Sinne Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu erhalten und krisenfest zu machen.

Ich wünsche euren Beratungen einen guten Verlauf und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Heide Simonis: Lieber Michael Sommer, ganz herzlichen Dank für deine mahnenden Worte an uns, an die SPD, in unseren Anstrengungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, sozialer Gerechtigkeit, Ausbildung und Qualifizierung nicht nachzulassen. Wir werden das bestimmt auch an den nächsten drei Tagen bei den Beratungen beherzigen und wiederfinden.

Ich möchte jetzt noch die Mitglieder des Seniorenrats der SPD begrüßen: Lucie Kurlbaum, Helga Timm, Brunhilde Peters – die Vorsitzende –, Eva Rühmkorf und Hermann Heinemann. Seid uns ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Von den Wohlfahrtsorganisationen sind bei uns der Präsident Manfred Ragati, Volker Hauff und Klaus Staeck. Auch euch ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Klaus Staeck gehört nicht ganz zu den Wohlfahrtsverbänden; ich habe ihn jetzt ein bisschen hochgezogen. Er ist uns genauso willkommen wie alle anderen auch.

Ich darf jetzt den Präsidenten der Sozialistischen Internationale, António Guterres, bitten, zu uns zu sprechen.

Grußwort António Guterres

António Guterres, Präsident der Sozialistischen Internationale (in der Übersetzung): Lieber Gerhard Schröder! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte heute mit den gleichen Worten beginnen wie gestern: Ich möchte hier die Solidarität der Sozialistischen Internationale gegenüber den deutschen Sozialdemokraten, gegenüber der Partei und gegenüber Gerhard Schröder zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Ich möchte eure Geschichte würdigen, denn letzten Endes wurde die Sozialdemokratie doch hier geboren, bei euch. Die Sozialdemokraten in Deutschland waren immer ein Symbol für wahrhaften engagierten Internationalismus. Ich kann das bezeugen: Meine eigene Partei, die portugiesische Sozialistische Partei, wurde im Exil geschaffen: in Deutschland, in Bad Münstereifel, und zwar mit Unterstützung der Sozialdemokraten und Willy Brandts. Das werden wir niemals vergessen!

(Beifall)

Darum brauchen wir euch. Wir brauchen euch, weil es der Welt nicht gut geht. Viele Dinge gehen nicht in die richtige Richtung. Es stimmt, dass die Globalisierung ein Hauptfaktor bei der Schaffung von Reichtum, bei der Erhöhung der Produktivität und bei der Verbesserung des Welthandels ist. Aber es stimmt auch, dass dieselbe Globalisierung einen Faktor bei der Vergrößerung der Ungleichheit auf der Welt, bei der Vergrößerung der Kluft zwischen Reich und Arm in der Welt darstellt.

Heute ist es so, dass noch mehr als 1 Milliarde Menschen auf der Welt mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt mit weniger als zwei Dollar pro Tag. Und die Kluft wird immer größer. Das Pro-Kopf-Einkommen in den 20 reichsten Ländern der Welt ist 40 mal so hoch wie das Pro-Kopf-Einkommen der 20 ärmsten Länder der Welt. In den 60er-Jahren war dieser Unterschied nicht so groß. Er betrug weniger als das Zehnfache. Diese Kluft wird immer größer.

In einer Welt, in der die Ungerechtigkeit vorherrscht, ist die Beseitigung dieser Kluft natürlich keine leichte Aufgabe. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist heute gefährdet

Auch der Frieden steht unter Bedrohung. Der Terrorismus ist gefährlicher als jemals zuvor. Es gibt Regionalkonflikte. Die sich vertiefenden regionalen Konflikte sind besonders Besorgnis erregend.

Es gibt zwei unterschiedliche Sichten. Die eine Sicht ist unsere Vision, die wir vor kurzem auf unserem Kongress in Sao Paulo dargelegt haben. Dort haben wir alle fortschrittlichen Kräfte der Welt aufgefordert, sich uns in einer großen Koalition für eine neue Weltordnung anzuschließen, für eine neue Weltordnung, die auf einem neuen multilateralen System der Global Governance beruht, sodass man die Globa-

lisierung besser steuern und die Weltmärkte so gestalten kann, dass sie für alle funktionieren. Dabei sollen die Vereinten Nationen den Eckstein für Frieden, Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte, Gleichheit der Geschlechter, sozialen Zusammenhalt und eine weltweite nachhaltige Entwicklung darstellen.

(Beifall)

Wir sind aber nicht allein auf der Welt. Es gibt auch noch eine andere Sicht, nämlich die Sicht der neoliberalen Ideologie, der neokonservativen Agenda, die den Unilateralismus verkörpert. Diese Sicht hat versucht, die menschliche Würde zugunsten des Marktes zu opfern und die UNO zu schwächen, alle multilateralen Formen der Regierungsführung zu unterminieren und beispielsweise den Internationalen Gerichtshof und das Kyoto-Protokoll zu blockieren.

Diese zwei Standpunkte stehen einander diametral gegenüber. Ich möchte hier ganz offen sein. Wir Sozialdemokraten können die andere Vision nicht gewinnen lassen.

(Beifall)

Frieden und Gerechtigkeit müssen gewinnen. Frieden ist aber nicht nur das Fehlen von Krieg. Frieden ist das Ergebnis von gut gestalteten internationalen Beziehungen. Gerechtigkeit ist der Grundpfeiler des Friedens. Ohne Gerechtigkeit wird es niemals einen dauerhaften Frieden geben.

(Beifall)

Wenn wir an Frieden denken, dann werden wir mit dem Terrorismus konfrontiert. Es ist sehr wichtig, dass wir Sozialdemokraten uns ganz klar zu diesem Thema verhalten. Wir verurteilen den Terrorismus unter allen Umständen.

(Beifall)

Nichts kann Terrorismus rechtfertigen, nicht einmal Armut. Auch wenn wir glauben, dass es dort, wo der soziale Zusammenhalt verloren geht, verzweifelte Menschen gibt, die Terroristen werden können: Aber nichts kann den Terrorismus rechtfertigen. Terrorismus muss unbedingt und bedingungslos verurteilt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, es ist aber auch wichtig, zu sagen, dass wir den Terrorismus nicht mit den Waffen des Terrorismus bekämpfen können.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen den Terrorismus bekämpfen und dabei die Menschenrechte respektieren.

(Beifall)

Wir müssen den Terrorismus bekämpfen, ohne die so genannten freundlichen Diktaturen mit einer Politik der Doppelmoral zu unterstützen.

(Beifall)

Damit wir bei der Bekämpfung des Terrorismus Erfolg haben, müssen wir kohärent bleiben und an der Umsetzung unserer Werte arbeiten, insbesondere an der Respektierung der Menschenrechte, die im Zentrum unserer Ideologie stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, der Terrorismus ist stärker als jemals zuvor. Auch die regionalen Konflikte werden immer komplizierter. Neue Mauern werden errichtet. Für einen Moment möchte ich mit Gefühl sprechen, aus meinem Herzen sprechen. Ich bin immer ein sehr enger Freund von Israel und unseren israelischen Genossen gewesen. Ich erinnere an Yitzak Rabin als einer der Schlüsselfiguren der Friedensverhandlungen und –bemühungen im letzten Jahrhundert.

(Beifall)

Trotz dieses Gefühls und wissend, dass Israel die Sicherheit seiner Bürger gegen terroristische Angriffe, die wir alle verurteilen, garantieren muss, trotz dieser Freundschaft für unsere israelischen Genossen und Freunde, die ich empfinde, die ich immer empfunden habe, muss ich ihnen als Vorsitzender der SI aber auch sagen, dass sie keine Mauer errichten sollten, dass diese Mauer abgerissen werden muss.

(Beifall)

Mitunter frage ich mich, ob die Menschheit nicht lernen kann. Mauern schützen keine Menschen. Mauern trennen. Mauern teilen. Mauern unterdrücken.

(Beifall)

Es sind nicht Mauern, die die Sicherheit der Menschen garantieren.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir den Frieden wollen, dann brauchen wir auch ein multilaterales System zur Sicherung des Friedens. Damit das möglich wird, müssen wir aber auch Reformen akzeptieren, Reformen, die auf dem Niveau des Völkerrechts beginnen. Wir alle wissen, dass es heute unmöglich ist, einen souveränen Staat einen Genozid gegen seine Bevölkerung begehen zu lassen. Es muss also Bedingungen für die internationale Gemeinschaft geben, sich einzumischen. Die internationale Gemeinschaft hat sich in Osttimor eingemischt – hoffentlich kann es dort so etwas nicht wieder geben. Aber sie hat sich nicht in Ruanda eingemischt. Dort ist es zu einer furchtbaren Tragödie gekommen. Es muss also Bedingungen für die internationale Gemeinschaft geben, sich einzumischen. Diese Bedingungen müssen jedoch auf festen Kriterien beruhen, auf Mechanismen von multilateralen Entscheidungen, nicht auf den willkürlichen Entscheidungen der Mächtigen.

(Beifall)

Dafür brauchen wir Reformen des Völkerrechts. Wenn wir wollen, dass die UNO im Zentrum der internationalen Gemeinschaft steht, dann müssen wir die UNO refor-

mieren, dann müssen wir auch den Sicherheitsrat reformieren, damit der Sicherheitsrat demokratischer, repräsentativer und auch effektiver in der Gewährleistung von Frieden und Sicherheit überall wird.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Frieden braucht Gerechtigkeit. Globale Gerechtigkeit erfordert eine neue Weltordnung. Gestern hatte ich die Möglichkeit, etwas über die gegenwärtige internationale Agenda zu sagen, über die Entscheidungen, die in der Generalversammlung der UNO und anderen internationalen Foren in Bezug auf Wirtschaft, soziale und Umweltprobleme unserer Zeit gefällt werden. Aber diese gegenwärtige internationale Agenda reicht für uns Sozialdemokraten nicht aus. Wir wollen mehr. Wir schauen darüber hinaus. Wir haben eine Vision, was die Welt haben sollte und was sie braucht. Wir haben eine Strategie zur Umsetzung dieser Vision. Wir wollen, dass die Globalisierung eine Chance für alle wird. Wir möchten ein globales System von multilateraler Regierungsführung, um zu gewährleisten, dass Frieden und Gerechtigkeit weltweit durchgesetzt werden können.

(Vereinzelt Beifall)

Um diese Vision auf den Weg zu bringen, haben wir erst kürzlich beim Kongress der Sozialistischen Internationale in Sao Paulo ein sehr wichtiges Dokument für sozialen Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung angenommen, das von unserem Wirtschaftsausschuss entworfen wurde, dessen Vorsitzender ein Mitglied Ihrer Partei ist, Christoph Zöpel, der heute hier bei uns sitzt. Dieses Dokument, das in Sao Paulo angenommen wurde, gibt einen umfassenden Einblick in die Welt, wie sie sein sollte, und auf welche Art und Weise wir meinen, dass diese Systeme der Regierungsführung nicht nur im Bereich des Friedens, der Gerechtigkeit, der Wirtschaft, der Umweltfragen und der Nachhaltigkeit entwickelt werden kann.

Ich möchte jetzt kurz zu diesen vier Punkte etwas sagen.

Zu allererst ist die globale Koordinierung eine Notwendigkeit in der Weltwirtschaft. Diese Koordinierung gibt es heute nicht. Die G 7 oder die G 8 kann das nicht. Sie ist dazu einfach nicht in der Lage. Es ist auch eine Frage der Legitimierung. Wir haben den Vorschlag gemacht, dass es zusammen mit einem reformierten UNO-Sicherheitsrat einen Nachhaltigkeitsrat in der UNO geben sollte,

(Vereinzelt Beifall)

der sich auf verschiedenen Ebenen treffen könnte, der sich einmal im Jahr – wie wir es in Europa machen, wo sich unser Frühjahrsgipfel auf der Ebene der Regierungschefs mit den führenden Vertretern der internationalen Gremien trifft – zusammen setzt und eine effektive Koordinierung der Weltpolitik und der globalen Strategien für nachhaltige Entwicklung entwirft und die Koordinierung durchführt, um zu gewährleisten, dass diese auch umgesetzt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ein zweiter Punkt ist die Reform des Bretton-Woods-Systems und die Vision des so genannten Washington-Konsenses. Es ist sehr wichtig, sich vor Augen zu rufen, dass IWF und Weltbank vor vielen Jahrzehnten, nach dem Zweiten Weltkrieg, geschaffen worden sind. Es gibt das Problem der Governance, der Regierungsführung, die sich an die gegenwärtigen Bedingungen anpassen muss. Es ist wichtig, anzuerkennen, dass man in den Ziehungsrechten, in den Kriterien auch zu Sonderziehungsrechten einen besseren Ausgleich der Vertretung zwischen Nord und Süd erreicht. Denn die Weltwirtschaft heute ist ganz anders, als sie damals war, nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir brauchen also ein anderes System der Regierungsführung. Wir müssen auch die Regeln verändern, die Verfahrensregeln und die Konditionen, nach denen der IWF und die Weltbank sich für unterschiedliche Länder in der Welt einsetzen (Original?).

Der Washington-Konsens ist ein Rezept mit zwei Zutaten: finanzielle Stabilität und Liberalisierung der Märkte. Wir sind der Meinung, dass das sinnvoll ist. Wir sollten das aber auch aus grundlegender Sicht sehen. Wir müssen weitere Elemente hinzunehmen, Elemente, die mit ökonomischer Entwicklung, mit Wachstum und Beschäftigung, mit den sozialen Bedürfnissen der Menschen zusammenhängen. Es ist für ein Land ganz wichtig, dass es finanzielle Stabilität gibt, aber das nützt nichts, wenn es zu sozialen Unruhen führt.

(Beifall)

Niemand wird in ein sozial unruhiges Land investieren.

Also: globale Koordination und Reformen des Bretton-Woods-Systems wie auch des Washington-Konsenses.

Eine globale Umweltorganisation ist das fehlende Glied in der Weltarchitektur. Notwendig sind auch die Reform der WTO und die Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation, der ILO, um zu gewährleisten, dass alle Arbeitsstandards überall effektiv umgesetzt werden. Das ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass freier Handel auch fairer Handel sein kann.

(Beifall)

Wir brauchen eine globale Sicht auf ökonomische und soziale Probleme, nicht um neue Formen des Protektionismus zu schaffen, sondern um die Zivilgesellschaft durch demokratische Teilhabe zu stärken, um die Rolle der Bürger zu stärken. Wir dürfen das nicht als eine Art Luxus sehen, den man sich nur in der westlichen Welt leisten kann. Diese Art Reformen brauchen auch die Organisationen. Die Organisationen müssen transparenter werden. Sie müssen Rechenschaftspflichten gegenüber den Parlamenten und gegenüber der Zivilgesellschaft haben, damit man sie versteht, damit ihre Politik effektiv wird und damit sie die Zivilgesellschaft in den einzelnen Ländern mobilisieren können.

Zum Schluss ein vierter Punkt: ein besser integriertes Gleichgewicht zwischen finanzieller, ökonomischer, sozialer und umweltlicher Sichtweise in Bezug auf die globale Politik. Finanzen stehen heute an erster Stelle. Die Wirtschaft kommt danach. Soziale Fragen hinken hinterher. Die Umwelt kommt ganz zum Schluss. So funktioniert die Weltpolitik heute. Das ist aber nicht das Vorgehen und nicht die Sicht der Sozialdemokraten.

(Beifall)

Finanzen, Wirtschaft, Soziales und Umwelt, all das muss in Einklang gebracht werden – für eine nachhaltige Entwicklung und für einen sozialen Zusammenhalt. Viele von euch sagen vielleicht, das sei eine utopische Sicht. Vielleicht stimmt das, wenn man sich das kurzfristig anschaut. Aber lasst uns nicht vergessen, dass die Utopien von heute die Realitäten von morgen sein können.

(Beifall)

Dafür müssen wir uns aber zusammenschließen. Darum brauchen wir eine große Koalition der progressiven Kräfte. Dazu haben wir unseren Kongress in São Paulo abgehalten. Wir haben eine Vereinbarung der politischen Zusammenarbeit mit der brasilianischen Partido dos Trabalhadores, der Partei des neuen Staatspräsidenten Lula, unterzeichnet, um zusammen mit der PT für diese Werte auf der ganzen Welt zu kämpfen.

Wir sind in einem engagierten Dialog mit den amerikanischen Demokraten. Ohne die USA wird es nicht zu einer Veränderung im Regierungssystem kommen. Um das zu ermöglichen, brauchen wir eine amerikanische Regierung, die dazu bereit ist. Wir müssen das jetzt mit den amerikanischen Demokraten diskutieren, auch wenn sie in der Opposition sind. Wir können uns daran erinnern, wie es möglich war, mit ihnen zu kooperieren, während Bill Clinton Präsident war. Ich erinnere mich an viele Gelegenheiten, wo es eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Fragen gegeben hat. Darum meinen wir auch, dass es wichtig ist, mit den Ländern zu diskutieren, die nicht zu unserer Familie gehören, die aber für unsere Zukunft wichtig sind, zum Beispiel China und Indien oder auch andere große relevante Akteure auf der Weltbühne von heute.

Darum sollten wir uns auch in der Debatte in der Zivilgesellschaft engagieren, sollten wir unser Bestes tun, um eine öffentliche Weltmeinung zu initiieren, damit sich ein Weltbewusstsein, ein Weltgewissen herausbilden. Ich bin davon überzeugt, dass es ein Weltgewissen geben wird für Frieden, für Menschenrechte und für nachhaltige Entwicklung auf der ganzen Welt.

(Beifall)

Aber für all das, liebe Genossinnen und Genossen, lieber Gerhard Schröder, brauchen wir euch. Wir möchten, dass ihr in eurer Politik der wirtschaftlichen und sozialen Reformen, zur Erhaltung der Nachhaltigkeit des Sozialstaats erfolgreich seid, um

zu gewährleisten, dass die Bedingungen für einen Neubeginn des Wachstums, für neue Beschäftigung in Deutschland gegeben sein werden. Wir möchten, dass ihr erfolgreich seid, um Deutschland zu einer führenden Kraft in der Gesellschaft, in der Wissensgesellschaft zu machen, in der eine moderne Wirtschaft mit sozialem Zusammenhalt und nachhaltiger Entwicklung kombiniert wird. Wir wissen, dass ihr in euren Anstrengungen Erfolg haben werdet. Unterschätzt nicht euren Einfluss auf die internationalen Angelegenheiten und insbesondere euren Einfluss auf die sozialdemokratische Familie,

(Beifall)

aus dem ganz einfachen Grund: Es ist wirklich so, dass im letzten Jahr Deutschland, die deutsche Regierung und Gerhard Schröder ein Symbol für den Frieden auf der Welt geworden sind,

(Beifall)

nicht für naiven Pazifismus, sondern für eine kohärente Politik für den Frieden, der auf Gerechtigkeit beruht.

(Beifall)

Ebenso sind Deutschland und die deutsche Regierung und Gerhard Schröder auch zu einem Symbol von wahrhaftem Multilateralismus in ihren Bemühungen um globale Regierungsführung geworden.

(Vereinzelt Beifall)

Sie werden weiterhin eine Hoffnung sein für Frieden und Gerechtigkeit in den Nord-Süd-Beziehungen – in der Tradition, die mit Willy Brandt und seinem wunderbaren Beitrag zur Welt und zum Ausgleich zwischen Arm und Reich, Nord und Süd begonnen hat.

Aus all diesen Gründen ist eure internationale Präsenz von großer Bedeutung für uns, für unsere Werte, die wir vertreten, für unsere Vision, die umgesetzt werden kann. Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Gerhard, wir brauchen euch, wir brauchen dich und wir danken euch.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Lieber António, wir danken dir dafür, dass du bei allen Problemen, die wir hier lösen wollen und lösen müssen, unseren Blick auf das himmelschreiende Unrecht von Elend und Armut, Krieg und Terrorismus in der Welt gelenkt hast. Ich wünsche allen Mitgliedern in der SI, dass sie in ihren jeweiligen politischen Institutionen die Gedanken, die du uns hier so engagiert vorgetragen hast, einbringen und Stück für Stück umsetzen können. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dann begrüße ich unter uns Ernst Breit, den ehemaligen DGB-Vorsitzenden. Ernst Breit, sei uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir haben uns vorhin auf Folgendes geeinigt – daran möchte ich noch einmal erinnern – um 13 Uhr ist Antragsschluss für Initiativanträge zu Personalvorschlägen und Initiativanträge zur Finanzordnung. Um 14 Uhr ist Antragsschluss für Initiativanträge zu allen anderen Anträgen. Es ist jetzt zwanzig vor eins. Wer gern noch etwas einbringen möchte, muss sich also sputen. Er muss ja 40 Unterschriften aus fünf Bezirken finden. Ich fände es aber nicht so gut, wenn das während der Rede des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden Gerhard Schröder gemacht würde, weil es sonst so unruhig wirkt.

Genossinnen und Genossen, ich darf euch jetzt um Aufmerksamkeit bitten und das Wort an Gerhard Schröder, den Parteivorsitzenden und Bundeskanzler geben.

(Beifall)

Rede des Parteivorsitzenden



Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Die Wahlniederlagen der letzten Zeit – darüber besteht kein Zweifel – schmerzen uns sehr. Die aktuellen Umfragen bedrücken euch wie mich. Wären wir eine andere deutsche Partei, würden wir angesichts all der Probleme und Herausforderungen wahrscheinlich in die Knie gehen. Aber wir sind keine beliebige Partei. Wir sind die deutschen Sozialdemokraten und wir haben schon ganz andere Herausforderungen erfolgreich gemeistert.

(Beifall)

In den schwersten Zeiten unseres Landes waren es immer die deutschen Sozialdemokraten, die geradegestanden sind und die das Richtige getan haben, das Richtige für Freiheit, für Frieden und für Völkerverständigung.

Wir müssen ja gar nicht so weit in unserer Geschichte zurückgehen, vielleicht nur 30 Jahre: Wie hat man – viele der Älteren erinnern sich sehr genau – Willy Brandt beschimpft und beleidigt, als er Deutschland zur Aussöhnung mit den Nachbarn und zu mehr Demokratie geführt hat. Die SPD, unsere SPD, ist damals fest geblieben und sie ist für ihre Standfestigkeit und für ihre Geschlossenheit belohnt worden. Auf diese Partei bin ich stolz; auf diese Partei können wir alle stolz sein, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist doch wahr: Mit unserer SPD beginnt die Demokratie in Deutschland. Ohne uns gäbe es weder heute noch morgen in Deutschland eine Gesellschaft, die so frei und so tolerant, so gerecht und so modern ist. Wir sind die Partei mit der längsten, aber vor allen Dingen mit der größten Geschichte in Deutschland. Nach 140 Jahren stehen wir wieder am Beginn einer neuen Epoche, gekennzeichnet von bisher nie gekannter demographischer Veränderung und von dem Druck der Globalisierung. Doch wenn wir uns selbst das Leben nicht schwerer machen, als es ohnehin ist, dann wird es – dessen bin ich sicher – eine große sozialdemokratische Epoche werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Agenda 2010 beschreibt die politischen Notwendigkeiten zu Beginn dieser Epoche. Aber dieser Parteitag handelt nicht allein von der Agenda 2010. Wir wollen mehr; wir gehen weiter. Wir werden über das Deutschland des Jahres 2010 sprechen, ein soziales, ein sozialdemokratisches Deutschland 2010. Warum sind wir denn nach 140 Jahren noch immer eine bestimmende, ja die bestimmende Kraft in Deutschland? Wir sind es, weil wir an unseren Werten festhalten und weil wir immer verstanden haben, auf die Fragen der Zeit die richtigen Antworten zu finden, das Wichtige und das Richtige zu tun.

Es gibt in Deutschland neuerdings die Aufforderung, die Debatte über Patriotismus zu führen, ausgelöst durch unselige Gedanken und die Rede eines Abgeordneten aus der anderen großen Volkspartei. Wir werden die Klärungsprozesse, die nötig sind, Sache der anderen sein lassen. Sie, die Union, muss für sich selbst bestimmen, was in ihren Reihen erlaubt und was jenseits des Konsenses in den eigenen Reihen ist. Wir können darauf hinweisen, was geht und was nicht geht. Aber der Klärungsprozess ist Sache der Union selbst. Wir, die deutschen Sozialdemokraten, brauchen in diesem Zusammenhang keine Patriotismusdebatte, weil wir schon seit 140 Jahren Patrioten sind.

(Beifall)

Unser Verhältnis zu unserem Land lässt sich mit Bertolt Brecht so beschreiben: „Und weil wir dies Land verbessern, lieben und beschirmen wir’s. Und das Liebste mag’s uns scheinen, so wie anderen Völkern ihr’s.“

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das reicht zur Bestimmung des Verhältnisses zwischen Heimat- und Vaterlandsliebe einerseits und Internationalismus andererseits.

Ich bin seit 40 Jahren Mitglied der SPD. Bitte glaubt mir: Auf nichts bzw. nur auf Weniges bin ich so stolz, wie Vorsitzender dieser großen deutschen Partei sein zu dürfen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin auch stolz darauf, dass wir gemeinsam bei der letzten Bundestagswahl aus – nach dem Urteil vieler – nicht so sonderlich aussichtsreicher Position zum zweiten Mal in Folge stärkste Partei in Deutschland geworden sind. Das ist ein bisher einmaliger Erfolg in der deutschen Nachkriegsgeschichte, soweit es die SPD betrifft. Wir dürfen diese Erfolge im Alltag nicht vergessen. Wir sind es uns schuldig, aber wir sind es auch unseren Genossinnen und Genossen an der viel zitierten Basis schuldig.

(Beifall)

Dennoch: Unsere Partei ist heute in einer schwierigen Lage. Wir müssen Deutschland in eine gute und in eine sichere Zukunft führen. Das braucht den Mut zur Wahrheit und den Willen zum Wandel.

Angesichts der objektiven Herausforderungen ist es im Übrigen kein Wunder, dass wir mit uns selbst ringen und auch um die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler ringen müssen. Viele – glaubt mir: das schmerzt mich sehr – haben sich von uns abgewandt. Manche haben die Gemeinschaft unserer Partei verlassen. Durch die richtige Politik wollen und werden wir sie wieder gewinnen. Wir werden ihnen sagen, was wir tun, warum wir es tun und vor allen Dingen wofür wir es tun. Von diesem Parteitag muss und wird die Botschaft ausgehen, dass wir es gemeinsam und geschlossen tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich füge selbstbewusst hinzu: Wir können es besser als andere Parteien. Das haben wir bei den großen Fragen in der deutschen Geschichte immer und immer wieder bewiesen.

Warum also ist unser Reformprogramm so bitter notwendig? 16 Jahre lang ist in Deutschland alles, was dringend hätte verändert werden müssen, auf die lange Bank geschoben worden. Unter meinem Vorgänger wurden die Probleme ausgesessen, anstatt die Strukturen so zu verändern, dass mehr Wachstum und mehr Beschäftigung entstehen konnte. In guten Zeiten wurde nichts zurückgelegt für schlechtere. Hinzu kam, dass die Einheit Deutschlands, die uns so am Herzen liegt, unseriös finanziert wurde.

Wir dagegen haben von 1998 an die Ärmel buchstäblich hochgekrempelt. Wir haben von der Familien- bis zur Energiepolitik die Gesellschaft modernisiert und damit vorgebracht. Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben so viel gemacht, dass wir bisweilen vergessen haben, unsere Erfolge auch zu feiern.

(Beifall)

Am Freitag begann mit der Abschaltung des Atomkraftwerks in Stade das, was man den Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie nennt.

(Beifall)

Diese Bundesregierung hat gemacht, wofür viele Sozialdemokraten, lieber Erhard Eppler, so lange gekämpft, auch demonstriert haben. Als wir die Gelegenheit hatten, es zu tun, haben wir es getan; wir sollten das nicht vergessen. Das war nicht einfach. Lasst mich daran erinnern, weil ich Volker Hauff hier sitzen sehe: Es war auf dem Parteitag in Nürnberg 1986, als wir zum ersten Mal mit jenem berühmten Antrag, den du damals zusammen mit anderen erarbeitet hattest, über die Frage gesprochen, ja gestritten haben, wie wir denn eine Energiepolitik ins Werk setzen könnten, ohne auf Atomenergie zurückgreifen zu müssen. 1986! Du hast damals – ich erinnere mich sehr gut – zwei Voraussetzungen genannt, Volker und all die anderen, die mitgeholfen haben. Die erste war: Das wird nur gehen, wenn wir regieren und solange wir regieren. Die zweite war: Wir brauchen dazu einen gesellschaftlichen Konsens, einen auch mit der Energie produzierenden oder umwandelnden Industrie. Das waren die beiden zentralen Voraussetzungen. Es hat dann verdammt lange gedauert, bis wir so weit waren. Viele – viele auch von euch – werden sich daran erinnern, übrigens auch ich, wenn ihr mir das gestattet.

Es gab in den frühen 90er-Jahren einen niedersächsischen Ministerpräsidenten, der begann, mit der Energiewirtschaft über den Ausstieg aus der Atomenergie im Konsens zu reden. Damals gab es auch einen niedersächsischen Bundesratsminister und – noch bedeutender – einen hessischen Umweltminister, die damals durch die Lande gingen und sagten: Konsens ist Nonsens. Und heute feiern sie den Konsens ohne Nonsens, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich erwähne das, damit nicht in Vergessenheit gerät, was der Lohn harter Regierungsarbeit ist und dass nur dadurch Dinge, die uns wichtig waren und, wie ich hoffe, noch immer sind, verändert und in der Veränderung behauptet werden konnten. Inzwischen ist der Bereich der erneuerbaren Energien ein Wachstumsmarkt in Deutschland. Wir haben die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen. Keine andere politische Kraft hätte das gewollt und hätte das bewerkstelligt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Mehr als 100 000 zukunftstaugliche Arbeitsplätze sind in diesem Sektor entstanden und es werden immer mehr. Das ist gut so. Das müssen wir behaupten und entwickeln. Wir werden das tun. Wir werden nicht zulassen, dass andere, die das offen formuliert haben, das Rad des Fortschritts, des von uns erkämpften Fortschritts, wieder zurückdrehen. Wir werden das nicht zulassen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir dürfen das nicht zulassen.

(Beifall)

Das geschieht natürlich mit Schmerzen für den einen oder anderen und mit harten innerparteilichen Diskussionen: Wir haben eine Steuerreform und eine Rentenre-

form gemacht. Hans Eichel hat damit begonnen, den Haushalt zu konsolidieren – durchaus erfolgreich. Das war gut und richtig, liebe Freundinnen und Freunde. Viele von uns haben gedacht, das würde zunächst einmal reichen. Aber auch wir – auch ich – haben das Wachstum zu optimistisch eingeschätzt. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 rutschte die Weltwirtschaft und auch unsere Wirtschaft in den Keller. Ängste fraßen gleichsam die Hoffnungen auf. Das hat uns als die größte Exportnation natürlich in besonderer Weise betroffen und zu schaffen gemacht – gar keine Frage. Inzwischen aber – darum muss es uns heute und morgen gehen – deuten alle Anzeichen auf Aufschwung. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, Aufschwung – das ist die Lehre, die wir mitnehmen müssen und behalten müssen – kommt eben nicht von allein. Wir müssen ihn stützen. Das ist der Grund, warum die Steuerreform jetzt vorgezogen werden muss, warum die nötigen Entscheidungen jetzt getroffen werden müssen und warum die Opposition im Bundesrat, mit Mehrheit ausgestattet, dies nicht blockieren darf, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst es uns deutlich sagen: Wer in dieser Situation nicht mitzieht, der stellt Parteitaktik über das Wohl des Landes, ja der versündigt sich an unserem Land, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Eines muss von diesem Parteitag ausgehen – eines ganz sicher –: Um Deutschland dauerhaft wieder in eine Spitzenposition zu bringen, was uns aufgetragen ist, müssen wir Altes aufgeben und müssen wir neue Wege gehen. Anders werden wir die Arbeitsplätze, die wir brauchen, und die die Voraussetzung für einen funktionierenden, weil bezahlbaren Sozialstaat sind, nicht schaffen können oder auch halten können.

Wir sind eine reiche Gesellschaft – auch das dürfen wir immer mal wieder sagen –, die auf wesentlichen Gebieten technisch führend ist. Aber wir wissen – das ist die Erkenntnis, die hinter der Agenda 2010 steht –, dass die Deutschen heute länger leben – Gott sei Dank – und weniger Kinder bekommen als früher, zu wenige, um alles so zu lassen, wie es ist. 1960 waren es noch fünf Erwerbstätige, die für einen Rentner arbeiteten, heute sind es nur noch drei. Das ist wirklich der Kern unseres Problems, liebe Genossinnen und Genossen. Im Jahre 2030, wenn unsere Kinder hier sitzen werden, müssen zwei Aktive für einen Rentner aufkommen.

Hinzu kommt, Rentnerinnen und Rentner kommen heute – wir sollten das nicht als einen Nachteil begreifen – im Schnitt doppelt so lange in den Genuss ihrer Altersbezüge wie noch 1960. Die Lebenserwartung steigt weiter – Gott sei Dank möchte ich als einer sagen, der auch bald 60 wird.

Dieser Druck auf sämtliche umlagefinanzierte Sozialsysteme ist enorm. Über ihn und die Konsequenzen daraus müssen wir reden, ehrlich miteinander reden. Das gilt

nicht nur, was die Rentenkassen angeht. Betroffen sind auch die Pflege- und die Krankenversicherung. Darum haben wir uns in den letzten Wochen und Monaten gekümmert. Liebe Genossinnen und Genossen, es wäre ein fataler Irrtum, zu glauben, diesen enormen Druck allein durch höhere Beiträge ausgleichen zu können. Wo würde das denn enden, wenn wir diesen Versuch ernsthaft machten? Die Kosten für Arbeit würden – denn es handelt sich um Umlagefinanzierung – unbezahlbar. Wachsende und nicht sinkende Arbeitslosigkeit, auch die Flucht aus den sozialen Sicherungssystemen wären beinahe die notwendige, die sichere Folge.

Liebe Genossinnen und Genossen, es wird in Zukunft immer leichter, Deutschland zu verlassen, ich meine und nenne an dieser Stelle das Stichwort der Globalisierung.

Wir, die deutschen Sozialdemokraten, dürfen eben nicht so tun, als sei Globalisierung etwas, was auf internationalen Konferenzen stattfindet. Nein Globalisierung bestimmt längst unseren wirtschaftlichen und unseren gesellschaftlichen Alltag. Globalisierung ist zum Beispiel, wenn ein Mittelständler aus Nordrhein-Westfalen Ingenieurleistungen in China einkaufen kann – zu Stundenlöhnen, die wir hier wirklich nicht zulassen dürfen; aber er muss dem Wettbewerb gewachsen bleiben, sonst werden seine Schwierigkeiten noch größer. Wenn der deutsche Student zum Beispiel seine wissenschaftlichen Kenntnisse beim Austauschstudium in den Vereinigten Staaten vermarktet und nicht in Deutschland. Dann ist es Zeit, dass sich etwas ändert. Wir können und müssen das tun. Jeder konkurriert mit jedem. Die Staaten konkurrieren, ob sie wollen oder nicht, auch um Investitionen eines global agierenden Kapitals. Für eine Hightechnation wie Deutschland ist das gewiss eine riesige Chance; aber diese Chance werden wir nur nutzen können, wenn wir den Mut zur Veränderung haben.

(Beifall)

Wir können uns eben nicht auf unserem deutschen Markenzeichen ausruhen, das allemal und Gott sei Dank in der Welt noch immer geschätzt wird. Wir müssen unser Land, unser Arbeiten, unser Wirtschaften, aber auch unseren Staat so verändern, dass wir unseren Menschen auch in dieser neuen Welt eine gute Zukunft gewährleisten können.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, an dieser Stelle ist es notwendig, auch darauf hinzuweisen, dass wir uns nicht allein auf Deutschland beziehen dürfen. Auch wenn wir zu Hause viel zu tun haben – wir tragen ebenso Verantwortung für die Entwicklung in Europa und in der Welt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit eben nicht nur für Deutschland. Als Internationalisten in der Nachfolge von Willy Brandt und anderen wissen wir, dass wir in Deutschland dann und nur dann sicher leben können, wenn es Gerechtigkeit auch in anderen Weltregionen gibt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir, die deutschen Sozialdemokraten, haben diesen Aspekt nie aus dem Auge verloren. Internationale Verantwortung ist nicht erst seit Willy Brandt eine der Kernbotschaften, der Kernüberzeugungen unserer Partei.

Wenn ich mit politischen Freunden wie dem brasilianischen Präsidenten Lula, Ricardo Lagos aus Chile oder Thabo Mbeki aus Südafrika spreche, dann wird in diesen Gesprächen eines immer besonders deutlich: Sie haben große, manchmal unerfüllbare Erwartungen an Deutschland – auch an Europa, aber allemal an Deutschland – und nicht zuletzt an das Verantwortungsbewusstsein und die Kraft der deutschen Sozialdemokraten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage euch: Diesen Erwartungen können und werden wir nur gerecht werden, wenn wir uns auf unsere Stärken besinnen und wenn wir unsere Kräfte unter gewandelten Bedingungen neu entfalten.

Liebe Freundinnen und Freunde, sozialdemokratische Außenpolitik war, ist und bleibt Friedenspolitik.

(Beifall)

Wir wissen: Unsere Politik der Krisenprävention, der gerechten Entwicklung und umfassenden Sicherheit hat international dann und nur dann Gewicht, wenn wir sie vor dem Hintergrund eines starken Landes – auch eines starken Europas – vertreten. Wirkliche Fortschritte bei der europäischen Integration in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gibt es nur, wenn Deutschland und Frankreich an einem Strang ziehen.

(Beifall)

Deshalb ist es so wichtig, dass es uns gelungen ist, die deutsch-französische Freundschaft so eng, so vertrauensvoll wie kaum je in unserer Geschichte zu gestalten – nicht exklusiv gedacht für die beiden, sondern offen für die anderen, denn gedacht für ein zusammenwachsendes Europa. Das ist unser Auftrag. Wir haben ihn mit eurer Unterstützung wahrgenommen. Wir können stolz darauf sein, liebe Freundinnen und Freunde, gerade in dieser Situation.

(Beifall)

Wir haben – das ist wohl wahr – Deutschlands Rolle in der internationalen Politik seit der Regierungsübernahme neu bestimmt. Wir konnten uns nicht mehr damit herausreden, dass wir ein geteiltes Land mit nur eingeschränkter Souveränität und deshalb nur bedingt handlungsfähig seien. Wir haben die Konsequenzen aus der seit der Einheit entstandenen neuen Lage auch und gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik bezogen. Wir haben Verantwortung übernommen auf dem Balkan und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, auch das will ich hier deutlich sagen: Wir haben nicht nur Pflichten übernommen, sondern ebenso von unserem Recht Gebrauch gemacht, klar Nein zu sagen, wenn wir mit Entscheidungen unserer Freunde nicht einverstanden waren.

(Beifall)

Unsere Haltung im Irakkrieg – es kommt mir darauf an, dass das in Deutschland und darüber hinaus klar wird – hatte nichts mit der Verweigerung von Partnerschaft und Freundschaft zu tun. Sie war Ausdruck des Selbstbewusstseins einer reifen Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Diese differenzierte Haltung hat uns Respekt und Achtung in der internationalen Staatengemeinschaft eingebracht. Aber glaubt bitte eines nicht: Glaubt bitte nicht, liebe Freundinnen und Freunde, dass es keinen Zusammenhang gäbe zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bei uns zu Hause und dem Gewicht unserer Stimme in der Welt. Man kann nur beides zusammen haben, eines alleine funktioniert nicht, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Stellt euch vor diesem Hintergrund einmal einen Augenblick vor, wo wir heute stünden, wenn es den anderen, die das ja wollten – sie reden wenig davon, aber wir sollten es nicht vergessen machen in unserem Volk –, gelungen wäre, Deutschland in diese Auseinandersetzung zu verstricken. Denkt an die menschlichen, die außenpolitischen und auch die ökonomischen Folgen. Heute, denke ich, können wir deshalb durchaus sagen: Gut, dass Deutschland am 22. September letzten Jahres eine andere Wahl getroffen hat.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, ich will es noch einmal betonen, weil es mir wichtig ist, davon zu überzeugen: Nur dann, wenn wir Deutschland in Ordnung bringen, werden wir in den Konflikten, die es gibt und geben wird, unsere starke Stimme in Europa und weltweit behalten können.

Deshalb: Unsere Reformen sind notwendig und richtig. Wir begrenzen die Lohnnebenkosten und werden sie, wo es möglich ist, senken. Unser Ziel muss doch sein, die Arbeit und wirtschaftliche Leistungen von Steuern und Abgaben zu entlasten, damit man – Michael Sommer, genau in dem Sinne, wie du es gesagt hast – durch Arbeit ein menschenwürdiges Leben führen kann und nicht auf Almosen angewiesen ist, wenn man sich und die Seinen durch der Hände und Köpfe Arbeit durchbringen kann und durchbringen will. Unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen. Das wollen wir ungeachtet der einen oder anderen Kontroverse Seite an Seite mit den deutschen Gewerkschaften tun.

(Beifall)

Die Kosten der Arbeit zu reduzieren, darum geht es. Es geht um ein Mehr an Arbeitsmöglichkeiten, um mehr Beschäftigung und darum, damit mehr Selbstbestimmung für die arbeitenden Menschen zu erreichen. Das ist der Grund, warum wir das Gesundheitssystem reformieren. Wir senken die Kassenbeiträge und müssen den Rentenbeitrag, so weit es geht, stabil halten, weil wir die Kosten der Arbeit nicht ins Uferlose wachsen lassen dürfen. Täten wir es, gäbe es nicht mehr Arbeit, die wir brauchen, sondern weniger. Das kann nicht die Aufgabe von Sozialdemokraten sein.

(Beifall)

Deshalb reformieren wir den Arbeitsmarkt. Wir liegen mit diesen Reformen richtig. Für die Dynamik, mit der das vollzogen wird, bin ich Wolfgang Clement ausdrücklich dankbar. Ich freue mich über die Arbeit, die wir zusammen machen können. Denn sie ist wichtig, um dieses Reformprojekt wirklich zu einem guten Ende zu bringen, liebe Freundinnen und Freunde. Es hilft; wir sehen es doch an den Zahlen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit – er ist längst nicht genug – ist nicht Folge einer konjunkturellen Besserung; die steht erst bevor. Er ist vielmehr die Folge einer veränderten Arbeitsmarktpolitik, bei der wir diejenigen fördern, die es brauchen, aber denjenigen Solidarität abfordern, die sie gewähren können, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Der Zusammenhang zwischen den Reformen und dem, was wir tun, ist: Wir schaffen bessere Voraussetzungen für mehr Wachstum. Wir schaffen bessere Voraussetzungen dafür, dass aus diesem Wachstum ein Mehr an Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt entstehen kann.

Liebe Freundinnen und Freunde, Gerechtigkeit, Schutz und Sicherheit, das ist das, was die Menschen von einem Sozialstaat erwarten, von einem Staat, der ihnen dazu verhilft, ein anständiges, eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu führen, der die Chancen gerecht verteilt und der Teilhabe in einem sehr umfassenden Sinne ermöglicht. Diesen Sozialstaat, für den wir sehr viele Jahre und Jahrzehnte miteinander gekämpft und den wir schließlich geschaffen haben, lassen wir uns von niemandem kaputtmachen, liebe Freundinnen und Freunde,

(Beifall)

schon gar nicht von denjenigen, die auf die aktuellen Herausforderungen nicht mit dem Umbau des Sozialstaates antworten, wie wir das tun, sondern die soziale Verantwortung ganz und gar privatisieren wollen.

In diesem Zusammenhang bitte ich sehr darum, sich einmal mit den Konzepten und Vorschlägen der anderen Seite zu beschäftigen, zum Beispiel mit dem, was der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog auf den Tisch gelegt hat: eine Kopfpromie,

einheitlich für die Sekretärin und den Vorstandsvorsitzenden zur Bezahlung der Gesundheitskosten. Liebe Freundinnen und Freunde, das ist das Gegenteil von gesellschaftlicher Solidarität und deshalb nicht unser Weg.

(Beifall)

Natürlich weiß die andere Seite auch, dass diese Kopfprämie nicht von allen zu bezahlen ist. Um dies einigermaßen im Lot zu halten, wird dann gesagt: Für diejenigen, die das nicht können, muss der Staat einspringen. Eines ist klar: Wenn einerseits dieser Unfug über die Steuer finanziert werden soll, andererseits von einer Vereinfachung des Steuersystems geredet wird, passt das nicht zusammen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Zu den Vorschlägen der anderen Seite, was die Steuern angeht, ein paar Bemerkungen. Es ist doch klar: Wir sind die Letzten, die ein kompliziertes Steuersystem wollen. Aber das Problem, das wir nach den Reformen haben, die wir gemacht haben, sind doch nicht die Steuersätze, sondern das, was tatsächlich versteuert wird, was hier versteuert wird und nicht in die Schweiz oder nach Luxemburg gebracht wird. Darum geht es doch, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn man daran geht, Steuerprivilegien abzubauen, dann erlebt man, was wir im abgelaufenen Jahr erlebt haben: Die Union hat im Bundesrat alles, aber auch alles, was Hans Eichel zum Abbau von Steuerprivilegien vorgeschlagen hat, blockiert. Das ist keine sehr seriöse Finanzpolitik, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir in unserer Gesellschaft Solidarität wollen – die deutschen Sozialdemokraten wollen das –, ist eines klar: Solidarität ist immer beides: die Verantwortung der Gemeinschaft für den Einzelnen, aber auch die Verpflichtung des Einzelnen der Gemeinschaft gegenüber. All diejenigen – davon war heute schon die Rede –, die in unüberbietbarer Dreistigkeit sagen: „Wir kassieren zwar für ein neu zu errichtendes Werk Subventionen in Höhe von 50 Millionen Euro, aber die in Deutschland fällige Erbschaftsteuer zahlen wir nicht und gehen stattdessen in die Schweiz“, zeigen das Gegenteil von Verantwortung. Das ist das Gegenteil von Patriotismus; auch das muss einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall)

Wir sollten klar machen, dass wir uns unumkehrbar auf einen Reformweg begeben haben, der von vielen etwas verlangt. Aber wir müssen genauso klar machen, dass wir kein Verständnis für diejenigen haben, die am lautesten von allen Möglichen den Verzicht fordern, selber aber zu keinem Deut bereit sind, ihn selber zu leisten.

(Beifall)

Auch das, denke ich, muss auf diesem Parteitag klar werden: Professoren in gesicherten Beamtenpositionen, die den Verzicht auf Rente predigen, sind nicht sonderlich glaubwürdig, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn der eine oder andere in den Leitungsetagen, die sich jede private Versicherung leisten können, den Verzicht auf solidarisch finanzierte Gesundheitsleistungen fordert, dann ist das unsere Sache nicht. Auch denjenigen werden wir entgegengetreten.

Nein, liebe Freundinnen und Freunde, das ist nicht unser Verständnis von Verantwortung, schon gar nicht unser Verständnis von Solidarität. Deshalb gilt: Wir müssen gar nicht davon Abschied nehmen, die Lasten der Gesellschaft gerecht zu verteilen. Wir werden das auch nicht tun. Wir müssen uns nur der Mühe unterziehen, deutlich zu machen, was es unter radikal veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen heißt, eine solidarische Gesellschaft lebensfähig, weil bezahlbar, zu halten.

Wir sind seit fünf Jahren in der Regierungsverantwortung. Das, was wir in dieser Zeit alles hinbekommen haben, ist gelegentlich vergessen worden: zum Beispiel für die Alleinerziehenden, für die Familien mit Kindern, für die Menschen mit niedrigen Einkommen, auch für die Menschen mit Behinderungen. Wir haben das Kindergeld mehrfach erhöht. Vielleicht – lasst mich das einmal in der Rückschau sagen – hätten wir früher erklären müssen, dass wir auch in diesem Bereich in Zukunft sehr viel mehr Wert auf Betreuung denn auf Auszahlung von Summen legen müssen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Übrigens: Denen, die uns vorwerfen, mit dem Vorziehen der Steuerreform sinke der Spitzensteuersatz auf 42 Prozent, haben ja Recht. Aber sie sollten auch – denn auch das ist unser Verdienst – selbstbewusst darauf hinweisen, dass der Eingangssteuersatz 1998 bei 25,9 Prozent lag und nächstes Jahr, wenn wir uns durchsetzen – und wir werden uns durchsetzen –, bei 15 Prozent liegen wird.

(Beifall)

Auch das, liebe Genossinnen und Genossen, ist kein Pappentier. Dies hat Wirkungen in die Progressionszonen hinein, in jene Einkommensbereiche, die Facharbeiterinnen und Facharbeiter betreffen. Auch das dürfen wir ruhig sagen.

Wir haben das Existenzminimum, also das Einkommen, auf das keine Steuern gezahlt werden müssen, deutlich erhöht. Auch das gilt, liebe Freundinnen und Freunde.

Jetzt gibt es neue Steuervorschläge. Wer hat sich nicht alles dazu berufen gefühlt! Dem Vorschlag von der Union wird nachgesagt, dass, sollte dies realisiert werden,

eine Familie mit einem Alleinverdiener und zwei Kindern und 32 000 Euro Einkommen im Jahr dann keinerlei Steuern mehr bezahlen müsse. Ich glaube, sie haben richtig gerechnet. Sie haben es als einen unglaublichen Erfolg verkauft. Wir haben nur vergessen, darauf hinzuweisen, dass, nachdem wir uns durchgesetzt haben, die gleiche Familie erst bei einem Einkommen von 37 000 Euro Steuern bezahlen muss, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich erwähne das natürlich in aller Bescheidenheit, um deutlich zu machen, wie wir gelegentlich – wir alle sind daran ein wenig mit schuld – mit unseren Leistungen umgehen und umgehen lassen, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir haben die Ausbildungsförderung nachhaltig verbessert. Das muss man denen, die jetzt in den Ländern demonstrieren, sagen. Das hat nicht zu weniger, sondern zu mehr Gerechtigkeit geführt.

Natürlich erwarten wir auch von den Stärkeren einen Beitrag, um das Gemeinwesen zu erneuern und die Schwächeren zu entlasten. Selbstverständlich haben wir das Recht, ja die Pflicht, diejenigen zu kritisieren, die immer dann am lautesten sind, wenn es darum geht, Erleichterungen und Subventionen zu fordern, die aber die Ersten sind, die sich davonmachen, wenn es darum geht, gesenkte Steuern auch wirklich zu bezahlen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Manche von denen haben in Deutschland ein Vermögen gemacht und wir neiden es ihnen nicht. Aber es sind Vermögen, zu denen Kunden, oft auch Steuerzahler einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet haben. Es sind Vermögen, die zuallererst tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verdanken sind. Deshalb lässt es uns jedenfalls nicht gleichgültig – und wir werden das auch verhindern –, wenn die Meinungen lauter werden, es sei ein Kavaliersdelikt, wenn man die Erbschaftsteuern umgeht. Nicht mit uns, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Natürlich werden bei der Übertragung von Vermögen Erbschaft- und Schenkungssteuer fällig. Wir bleiben dabei: Auch wenn die Zinsen im Ausland auflaufen, wird Einkommen aus Kapitalvermögen bei uns, in Deutschland, versteuert, so wie das Einkommen aus Arbeit auch in Deutschland versteuert wird. Warum sollte es hier einen Unterschied geben, liebe Freundinnen und Freunde?

(Beifall)

Das ist unser Beitrag zur Gerechtigkeit, auch zur Gerechtigkeit unter den Generationen.

Liebe Freundinnen und Freunde, weniges – das will ich hier sehr deutlich sagen – ist mir in meiner Regierungszeit so schwer gefallen wie die Entscheidungen, die wir zur

Rente haben treffen müssen. Ich weiß aus eigenem Erleben sehr, sehr gut, dass diese Maßnahmen auch ältere Menschen treffen, die es wahrlich nicht dicke haben und die nicht unbedingt Kinder haben, die ihnen helfen können. Mir muss keiner erzählen, wie es vielen Rentnerinnen und Rentnern bei uns geht. Dass es auch andere gibt, steht dem nicht entgegen. Wir haben nach langem Abwägen dennoch gesagt: Es gibt keinen anderen Ausweg, wenn wir verhindern wollen, dass die Rentenbeiträge ins Uferlose steigen. Das Wirtschaftswachstum, das wir alle brauchen, wäre dann nämlich noch schwerer zu erreichen. Aber in die Situation, solche Entscheidungen mit diesen Folgen treffen zu müssen, dürfen wir nicht wieder kommen. Darum müssen wir heute Vorsorge treffen.

Deshalb ist es richtig und notwendig, schon heute die Diskussion zu führen, wie wir nicht nur kurz- und mittelfristig, sondern für die Zeit nach 2030 eine einerseits sichere, andererseits bezahlbare Altersvorsorge gewährleisten können. Zunächst einmal, denke ich, müssen wir alle Anstrengungen darauf konzentrieren, dafür zu sorgen, die reale Renteneintrittsaltergrenze wieder der gesetzlichen anzunähern, denn die meisten Älteren wollen länger aktiv sein, wenn man sie nur ließe, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang – das ist eine Sache, die die Politik nicht alleine entscheiden kann – brauchen wir die Unterstützung der Unternehmen und ihrer Verbände, der Gewerkschaften. Wir brauchen deren Unterstützung, wenn es darum geht, dass in den Unternehmen jener ungute Jugendwahn aufhören soll, der lange Zeit Mode war und der dazu geführt hat, dass die Gesellschaft glaubte, sie könnte es sich leisten, auf die Kenntnisse, auf die Kreativität, auf den Willen zur Arbeit der älteren Generation zu verzichten. Wir spüren jetzt, dass das diesen Menschen gegenüber ungerecht ist, aber auch, dass es nicht bezahlbar ist, was unsere Sicherungssysteme angeht.

Liebe Genossinnen und Genossen, vor einem Jahr haben die Menschen ganz bewusst uns und nicht den anderen ihr Vertrauen ausgesprochen. Vor einem Jahr in der Auseinandersetzung mit den Konservativen stand unsere Koalition für mehr Offenheit, für mehr Freiheit, für mehr Toleranz, für Zukunftsorientierung in sozialer Gerechtigkeit, aber auch für die Erneuerung in Gemeinsinn, für internationale Verantwortung mit allen Pflichten, aber eben auch mit dem Recht, zu einem Krieg, den wir für nicht richtig hielten, Nein zu sagen.

(Beifall)

Hat sich das geändert, liebe Genossinnen und Genossen? Hat sich diese Situation wirklich geändert? Ich glaube, nicht. Aber wir müssen – ich hoffe, der Parteitag gibt hier eine Hilfe – das, was wir getan haben, vor allen Dingen das, was wir tun und tun wollen, besser erläutern, es miteinander offensiv vertreten. Wir dürfen nicht die Stichworte für die Diskreditierung unseres Tuns selber liefern. Das ist unsere Aufgabe, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Die Menschen haben uns nicht deshalb gewählt, weil sie die Hartz-Reformen nicht wollten, sondern sie haben uns gewählt, weil sie sagten: Die sind auf dem richtigen Weg, trotz mancher Schwächen, die mit ihrem Weg verbunden sind. Aber die Menschen werden nicht an den Erfolg dieser Politik glauben und uns neues Vertrauen schenken, wenn wir nicht selber daran glauben.

Wir machen doch unsere Reformen nicht, obwohl, sondern weil wir die Partei der Bildung, der Familie, auch der Zukunftschancen sind. Besinnen wir uns doch darauf, welch gewaltigen Weg wir hinter uns haben, was wir miteinander schon erreicht haben. Noch keine Regierung hat die Mittel für Forschung und Entwicklung so massiv aufgestockt wie wir – und dies trotz enormer Sparzwänge, liebe Genossinnen und Genossen. Niemand hat in Deutschland vonseiten des Staates so viel für Innovation getan, wie diese Bundesregierung es getan hat. Darauf können wir stolz sein!

(Beifall)

Wir wissen, Innovation ist die Basis für Wachstum und Wohlstand, jetzt und vor allen Dingen in der Zukunft. Da geht es um Zukunftschancen der heute lebenden Generation, aber vor allem der künftigen Generationen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen und wir tun das auch hier: Die Agenda 2010 ist nicht einfach nur ein Programm, ein notwendiges Programm zum Umbau des Sozialstaates. Nein, sie ist mehr: Die Agenda 2010 ist ein umfassendes Modernisierungsprogramm. Wir erneuern die alten Strukturen nicht um der Strukturen und der Erneuerung willen, sondern weil wir damit neue Gestaltungsräume und Gestaltungsmöglichkeiten für eine fortschrittliche Politik schaffen. Das ist der Zusammenhang, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

An dem innovativen Charakter unserer Gesellschaft entscheidet sich auch unsere Zukunftstauglichkeit. Innovation, das ist der Erfindergeist einerseits und die Anwendung andererseits. Damit werden wir wieder „Made in Germany“ weltweit als Gütezeichen neu schaffen. Weil wir das begriffen haben, waren wir doch die Ersten – ich nenne wieder Erhard Eppler und andere –, die gesagt haben: Es ist ein Unsinn, zu glauben, Ökonomie und Ökologie seien Gegensätze, miteinander unvereinbar. Wir waren es, die dafür gesorgt haben, dass im Bewusstsein unserer Bevölkerung, aber auch in der Realität Wirtschaft und Umwelt miteinander in Einklang gebracht worden sind. An diesem Punkt wollen wir weitermachen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Geht doch raus und sagt: Weil wir das begriffen haben, weil das Inhalt unserer Regierungsarbeit wie unserer gesellschaftlichen Tätigkeit ist, sind wir führend im Klimaschutz. Das müssen wir uns doch nicht wegnehmen lassen, das können wir selbst-

bewusst sagen: Zwei Drittel aller Anstrengungen in der Europäischen Union, was den Klimaschutz angeht, kommen aus Deutschland. Wir haben das gemacht, liebe Freundinnen und Freunde, wir waren das!

(Beifall)

Wir sind es gewesen, die seit 1998 gezielt in die Entwicklung unserer Zukunftspotenziale investiert haben, in der Informationstechnik, bei der Deutschland vor uns ein rückständiges Land war. Mithilfe der Regierung, mit der Initiative D21 haben wir den Rückstand aufgeholt und sind heute in Europa und in der Welt führend, was die Durchsetzung unserer Gesellschaft mit Internetmöglichkeiten angeht.

Wir sind es gewesen, die in der Biotechnologie, in der Medizintechnologie, bei den Nanotechniken investiert haben. Wir sind es, die weltweit führend sind, was die Investitionen und Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien angeht.

Lasst das doch nicht mit kleiner Münze handeln. Das sind große, gewaltige Aufgaben, die wir durchgekämpft haben, liebe Freundinnen und Freunde!

(Beifall)

Wenn ich gefragt werde „Was kommt denn nach der Agenda?“, dann weise ich immer darauf hin, dass das Jahr 2004 und die folgenden Jahre daran anknüpfen müssen. Es müssen Jahre der Innovation, der Forschung und Entwicklung in Deutschland werden. Wer denn, wenn nicht wir, soll dafür sorgen, dass das auch so wird?

(Beifall)

Die Möglichkeiten sind fast unbegrenzt. Wir werden weiter die Bedingungen für Forschung und Entwicklung verbessern. Wir wollen, dass die jungen Forscherinnen und Forscher eben nicht ins Ausland gehen, sondern dass die Besten und die Begabtesten zu uns kommen.

Innovation ist aber mehr als ein paar technische Spitzenleistungen. Innovation – darauf kommt es mir an, liebe Freundinnen und Freunde – ist gleichsam eine umfassende gesellschaftliche Kultur, eine Arbeitsorganisation, die Kreativität und Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mobilisiert, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Selbstständigkeit und Wagnisbereitschaft fördert.

Schließlich braucht eine Kultur der Innovation auch eine Politik der offenen Gesellschaft: offen nach innen, indem soziale Mobilität nicht nur ermöglicht, sondern auch erleichtert wird, sodass jeder nach seinen Fähigkeiten leben kann und in seinen Möglichkeiten unterstützt wird.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist doch wohl soziale Demokratie oder, wie wir es in unserem Berliner Programm nennen, demokratischer Sozialismus.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, über Begrifflichkeiten kann man streiten und dass dazu durchaus Lust auch auf diesem Parteitag besteht, habe ich an dem Beifall mitbekommen, liebe Freundinnen und Freunde. Aber ich füge hinzu: Der Streit um Begriffe allein bringt uns wahrlich nicht weiter.

(Beifall)

Aber eines muss dabei klar bleiben, wie immer wir die Begriffe wählen: Für deutsche Sozialdemokraten und nicht nur für die deutschen Sozialdemokraten ist Demokratie eben nicht auf den Staat zu verkürzen. Das ist es, was uns von den anderen unterscheidet: dass unser Demokratiebegriff einer ist, der nicht auf den Staat allein bezogen ist, sondern die Gesellschaft als solche umfasst. Das sollten wir deutlich machen, wenn wir diese Diskussion führen.

(Beifall)

Übrigens, wir bleiben dabei, wie immer wir das begrifflich ausdrücken: Offen muss die Gesellschaft, die wir uns vorstellen, auch für technische und wirtschaftliche Eliten sein, jedenfalls für diejenigen, die nicht einem Standesdünkel von gestern verhaftet sind, sondern die aufgrund ihrer besseren Ausbildung, ihrer besseren sozialen Lage das alles nicht nur für sich wollen, sondern die bereit sind, auch etwas zum Werden und Wachsen einer modernen Gesellschaft beizutragen.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, die Gesellschaft muss auch offen sein gegenüber anderen Kulturen, gegenüber anderen Menschen, gegenüber Menschen mit anderem ethnischen, religiösen oder sozialen Hintergrund. Auch das muss Teil unseres gesellschaftlichen Selbstverständnisses sein.

(Beifall)

Lasst es mich auch vor dem Hintergrund aktueller Debatten ganz klar und ganz deutlich für uns alle zusammen und für diese Gesellschaft, so weit wir sie beeinflussen, sagen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer Gesellschaft nichts, aber auch gar nichts zu suchen.

(Lebhafter Beifall)

Übrigens ist das der Grund, Otto Schily, dass wir miteinander nicht nachlassen werden, mit aller Kraft für ein modernes, für ein zeitgemäßes Zuwanderungsrecht zu kämpfen .

(Beifall)

Wir hoffen, dass andere gerade in dieser für die Zukunft unserer Gesellschaft so wichtigen Frage aus ideologischer Verbohrtheit und der damit verbundenen Blockade in der zweiten Kammer Deutschlands herausfinden. Sie müssen wissen: Wer dieses moderne Zuwanderungsrecht blockiert, der vergeht sich nicht nur gegen die Offenheit, die Toleranz in unserer Gesellschaft, nein, der schneidet uns auch von



Entwicklungen etwa auf dem Arbeitsmarkt ab, die wir brauchen und die andere längst genutzt haben, häufig zu deren Vorteil und zu unserem Nachteil. Das darf, das wird nicht so bleiben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Mit Innovation und Gerechtigkeit haben wir die SPD nach 16 Jahren Opposition wieder stark gemacht. erinnert Euch: Wir sind in die Regierungsverantwortung zurückgekehrt. Innovation und Gerechtigkeit, das heißt heute aber vor allem Bildung und Ausbildung. Bildung, glaube ich, ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Bildung ist nicht nur ein Gebot der Chancengerechtigkeit, sondern – wenn denn Pathos erwünscht ist – buchstäblich eine Überlebensfrage unserer Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das hat damit zu tun, dass Staaten und Kulturen der Welt näher aneinander gerückt sind. Wenn wir also wollen, dass aus der Globalisierung nicht neue gefährliche Konflikte entstehen, dann müssen wir mehr voneinander wissen. Dann heißt dieser Begriff von Bildung eben nicht, lediglich Kenntnisse zu erwerben, sondern Erkenntnisse bewerten zu können. Auch das sollten wir im Hinblick auf die gelegentlich anzutreffenden Irrtümer sagen, als könne, als dürfe man Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften gegeneinander ausspielen. Wir brauchen beides. In beidem brauchen wir Topleistungen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Lasst es mich so sagen: Eine oder mehrere Fremdsprachen zu sprechen, Grundkenntnisse der anderen Kulturen zu haben, das ist heute nicht nur für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidend, sondern auch für die Chancen, einen Beitrag zur friedlichen Entwicklung der Welt leisten zu können.

(Beifall)

Bildung und Wissen sind Grundpfeiler. Wir wissen das, und zwar die ganze lange Geschichte der deutschen Sozialdemokratie über. Wir wissen das. Denn die Geschichte der Arbeiterbewegung war immer die Geschichte der Emanzipation der arbeitenden Menschen durch und über Bildung, liebe Freunde. Das muss so bleiben.

(Beifall)

Das muss erst recht so bleiben, wenn wir wissen und verstehen, dass Bildung und Wissen heute die Grundlagen unserer Volkswirtschaft bereits sind und in Zukunft immer mehr und mehr werden. Bereits heute entstehen mehr neue Jobs in den Branchen, die mit Information, mit Kommunikation zu tun haben, als im verarbeitenden Gewerbe. Was es für diese Wissensgesellschaft vor allem braucht, sind Neugier, auch Ehrgeiz, Lernbegierigkeit, aber eben auch Lernmöglichkeiten, am besten ein ganzes Leben lang. Deswegen müssen Kinder gerade im Vorschulalter angemessen gefördert, aber eben auch gut gefördert werden. Darin liegt in Deutschland vieles im Argen, das wir aufarbeiten müssen.

(Beifall)

Denn dort, wo diese Förderung stattfindet, fallen spielerisches Lernen und Ausbildung der Fähigkeiten besonders leicht. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, und nicht, weil wir Geld zu verschenken haben – ich sage das den Kommunalpolitikern –, leisten wir die Summe, die wir eingestellt haben: 4 Milliarden Euro allein in dieser Legislaturperiode und anderthalb Milliarden aus der Umstellung bei der Bundesanstalt für Arbeit. Wir leisten das an die Kommunen, damit Betreuung dort besser als jemals in der Vergangenheit möglich ist, zum Wohl der Kinder, aber auch, damit Frauen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

(Beifall)

Wir wissen doch – wir haben es nicht vergessen –, dass Ganztagschulen etwas sind, in dem Förderung stattfinden kann, dass Kinder dort nicht verwahrt, sondern ganztätig gefördert werden. Wenn wir uns vergleichen, dann sehen wir, dass überall dort, wo das der Fall ist – zum Beispiel in den skandinavischen Ländern –, die Leistungen besser sind, weil Auswahl nicht so frühzeitig eintritt, wie das bei uns immer noch der Fall ist. Ich glaube, das Geld, das wir dort bei Hans Eichel locker gemacht haben, ist gut ausgegebenes Geld.

(Beifall)

Wer über soziale Gerechtigkeit redet, der hat Recht, wenn er sagt, dass das immer noch und auf absehbare Zukunft mit gerechter Verteilung zu tun haben wird und dass das auch so bleiben wird. Aber wer über Gerechtigkeit in der Zukunft redet, der muss vor allen Dingen dafür sorgen, dass soziale Herkunft nicht die Bildungschancen der Betroffenen reduziert. Das ist die zentrale Aufgabe, wenn es um diese Debatte geht.

(Beifall)

Wer, wenn nicht wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte, die eine Bildungsgeschichte ist, sollen dafür sorgen, dass dies nicht Wunsch bleibt, sondern Realität wird?

Liebe Freundinnen und Freunde, ich will ein Deutschland, in dem – das ist der andere Teil dieser Aufgabe – sich keine Frau mehr zwischen Kindern und Karriere entscheiden muss. Wir werden sehr viel mehr für gute Betreuungsmöglichkeiten tun müssen: In den Kommunen, aber auch – das muss man genauso klar sagen – in den Unternehmen – auch die haben eine Verantwortung dafür – und in den Nachbarschaften.

(Beifall)

Wir sind weit davon entfernt, den Menschen vorschreiben zu wollen, wie sie zusammenleben sollen. Schließlich waren wir es, die veraltete gesetzliche Bestimmungen der Lebenswirklichkeit und den Wünschen der Menschen angepasst haben. Für uns gilt und wird gelten: Familie ist da, wo Kinder sind, und zwar überall da, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich bin Renate Schmidt dankbar, dass sie rausgeht und jedem klar macht: Wir wollen ein Land werden, in dem sich die Menschen wieder gerne für Kinder entscheiden. Wir wollen und wir müssen auch die Mittel dafür bereitstellen. Das ist soziale, das ist sozialdemokratische Politik. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden. Dafür – das sage ich voller Überzeugung – lohnt es sich, heute bei den Staats- und Sozialausgaben neue Schwerpunkte zu setzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben unser Reformprogramm „Agenda 2010“ genannt, weil es um das Deutschland im Jahre 2010 geht. Was für ein Land wollen wir dann sein? Ich möchte Euch in wenigen Sätzen sagen, was ich mir vorstelle.

Deutschland 2010, das ist ein Land, das Spitze ist in Wirtschaft, weil es Spitze ist in Bildung und Forschung. Deutschland 2010, das muss ein Land für Familien sein, ein Land, in dem Ältere und Jüngere füreinander da sind, in dem Frauen Familie und Beruf miteinander verbinden können. Ein Deutschland, lieber Michael Sommer, das

Arbeit für alle hat, anspruchsvolle Arbeit, gut bezahlt und sozial abgesichert. Das ist keine Frage.

(Beifall)

Dieses Deutschland, wenn wir es schaffen wollen – und schaffen werden wir es –, wird nicht von denen beherrscht sein, die das große internationale Kapital kontrollieren, sondern dieses Deutschland wird wissen, dass sein größtes Kapital seine Menschen sind.

(Beifall)

Deutschland 2010 – es gilt, auch das in diesem Zusammenhang zu sagen – wird noch deutlichere Fortschritte auf dem Weg zu wirklich gleichartigen, nicht notwendig gleichen Lebensverhältnissen in Ost und West gemacht haben. Dieses Deutschland wird und muss ein Land der Chancen sein. Wer in ihm nach vorn will und kann, der muss alle Möglichkeiten haben, auch die Möglichkeiten, andere mitzuziehen. Es wird ein Land sein, in dem gilt: Wer hingefallen ist, bleibt nicht liegen. Höhere und höchste Schulen müssen allen offen stehen, die Talent und Begabung dafür haben, und zwar unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern.

(Beifall)

Deutschland 2010 ist ein Land, in dem Freiheit, aber auch Sicherheit Bürgerrechte sind. Wir, die deutschen Sozialdemokraten, werden nicht zulassen, dass persönliche Sicherheit zu einer Ware wird, die sich nur Wohlhabende leisten können. Das ist nicht unser Staatsverständnis.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, wir haben jetzt die große Chance, der langen Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ein weiteres Kapitel, auf das wir stolz sein können, hinzuzufügen. Aber vergessen wir auch nicht: Über viele Jahre der Geschichte war die SPD in der Opposition. In der Opposition ist manches einfacher. Man kann sich um die Forderung nach Wohltaten und nach sozialer Gerechtigkeit im Abstrakten kümmern; wir müssen es im Konkreten tun und wir tun es.

(Beifall)

Man kann das auch so machen, wie es die jetzige Opposition tut: einen Plan nach dem anderen fassen. Man ist versucht zu sagen – wiederum frei nach Bertolt Brecht –: „Ja, mach nur einen Plan! Sei nur ein großes Licht! Und mach dann noch 'nen zweiten Plan. Gehn tun sie beide nicht.“

(Beifall)

Das ist im Grunde das programmatische Selbstverständnis einer Opposition, die täglich zeigt, dass sie zwar machtbewusst ist, regierungsfähig aber noch lange nicht, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir, die deutschen Sozialdemokraten, waren immer dann besonders stark, wenn wir die Kritik am Heute mit dem Handeln für eine bessere Zukunft verbunden haben, wenn wir uns vor den Problemen nicht gedrückt, gleichwohl die Aufgaben der Zukunft ins Auge gefasst haben. Wir heutigen Sozialdemokraten wären also schlechte Sozialdemokraten, wenn wir vor den Realitäten, die uns Schwierigkeiten machen, kapitulierten, und wir wären dumme Sozialdemokraten, wenn wir die Instrumente zur Durchsetzung unserer Werte mit den Werten selber verwechselten.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben uns vorgenommen, dieses Land zukunftstauglich zu machen und es gut in das 21. Jahrhundert zu führen. Im Moment wimmelt es ja nur von Vorschlägen dazu, was alles verändert werden müsste. Aber lassen wir uns nichts vormachen: Die von Reformen sprechen, wollen nicht alle dasselbe. Ich will den entscheidenden Punkt nennen, der uns in Zukunft miteinander, so hoffe ich jedenfalls, streitig, aber durchaus solidarisch beschäftigen wird. Es ist die Frage nach der Rolle des Staates in unserer Gesellschaft.

Die anderen – das wissen wir – wollen den Staat aus immer mehr Bereichen zurückdrängen. Wir dagegen wollen den Staat stärken, nicht indem wir ihn wuchern lassen, sondern indem wir ihn schlank machen, aber stark; denn wir wissen: Ohne einen starken Staat sind die Menschen den Kräften der Märkte völlig ausgeliefert. Wer nicht selbst auf den Wellen der Globalisierung reiten kann, würde ohne die Hilfe eines solchen Staates untergehen. Nur ein starker, ein solidarischer Staat kann Gerechtigkeit und Chancen in einer alternden Gesellschaft organisieren und sie garantieren. Ohne einen starken Staat gibt es ein selbstbestimmtes Leben nur für die, die am stärksten sind. Ohne einen solchen sozialen Staat heißt Eigenverantwortung nichts anderes als Privatisierung: Privatisierung der Bildung, der öffentlichen Infrastruktur, aber eben auch der Lebensrisiken. „Nicht mit uns“, sollten wir sagen, liebe Genossinnen und Genossen; das ist die Aufgabe, die vor uns liegt.

Auf der anderen Seite gilt genauso klar: Der starke Staat, den wir wollen, ist eben kein bürokratisches Monstrum. Nur der schlanke Staat ist ein starker, arbeitet effizient, transparent und vor allem bürgernah. Wir wollen nicht den allmächtigen Versorgungsstaat, der möglichst viel Geld in Form von Sozialtransfers verteilt. Selbst wenn wir ihn bezahlen könnten, sollten wir ihn nicht wollen; denn das Glück einer offenen, einer vielfältigen Gesellschaft lässt sich eben nicht staatlich durchorganisieren oder gar anordnen. Also: Ein guter Sozialstaat, wie wir ihn wollen, verteilt vor allem Chancen und ermöglicht Teilhabe. Er sorgt für öffentliche Güter und Dienstleistungen, also für gute Schulen und gute Lehrer, für Krankenhäuser und Nahverkehr, für Erholungsmöglichkeiten sowie – lasst uns das nie vergessen – auch und gerade für kulturelle Einrichtungen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, eine Gesellschaft wie unsere, trotz aller Probleme wahrlich reich, darf die Sparprobleme und die Sparnotwendigkeiten nicht auf den Schultern derer abladen, die in unserem Land für Kultur sorgen und damit uns alle bereichern, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Diesen Staat werden wir durch unsere Reformpolitik schaffen: einen Staat der seine Stärke eben nicht daraus bezieht, dass er sich den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber aufspielt, sondern der stark ist, indem er die Menschen einbezieht. Vor uns, liebe Genossinnen und Genossen, liegt eine Aufgabe, die verdammt nicht einfach ist, nämlich unser Land zu erneuern und dabei uns selber und auch unsere Partei zu erneuern. Wer in diesem Land für Modernisierung, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität arbeiten will, der gehört zu uns. Sozialdemokratische Gestaltungspolitik gibt es nur – das muss uns immer wieder klar sein –, wenn wir Sozialdemokraten Regierungsverantwortung haben. Regierungsverantwortung trägt nicht der Bundeskanzler oder die Bundesregierung allein; die Partei muss sie schon wollen und mithelfen, dass sie behauptet werden kann, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Kein Zweifel: Wir alle haben einen schweren Weg hinter uns. Wir – das gilt auch für mich – haben uns dabei von manchem, von dem wir früher überzeugt waren, trennen müssen. Franz Müntefering und Olaf Scholz – die beiden will ich nur beispielhaft nennen – haben diesen Lern-, aber auch Diskussionsprozess mit uns allen zusammen vollzogen und mit organisiert. Das war vorbildlich. Dafür danke ich euch beiden von ganzem Herzen.

(Beifall)

Ich danke genauso allen, liebe Freundinnen und Freunde, die in der Regierung, in der Fraktion, in der Partei diesen verdammt harten Weg mit uns gegangen sind. Lasst uns daran anknüpfen, nicht nur auf diesem Parteitag, aber auch! Lasst uns dafür sorgen, dass die Menschen spüren: Die deutschen Sozialdemokraten wissen, was sie wollen.

Sie wissen auch, warum sie es wollen. Denen, so soll man sagen, geht es um unser aller Zukunft, vor allem um die Zukunft unserer Kinder.

Dazu brauchen wir alle viel Kraft. Wir sollten sie nicht verschwenden, indem wir uns selbst bekriegen, sondern wir sollten sie nutzen, um unsere Gegner zu besiegen. Das ist unsere Aufgabe. Wir müssen und wir werden sie bewältigen, weil wir die Träume unserer Eltern im Herzen und die Zukunft unserer Kinder im Kopf haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall)

Aussprache Generaldebatte

Vorsitzende Heide Simonis: Lieber Gerhard, ganz herzlichen Dank für deine große Rede. Ich hoffe, dass der Funke von Mut und Zuversicht, der von deiner Rede ausgeht, überspringt auf unsere Beratungen und Entscheidungen. Ich wünsche mir, dass die Delegierten neugierig auf das sind, was du angedeutet hast. Was unter deiner Kanzlerschaft alles schon erreicht worden ist, vergisst man viel zu schnell. Mit diesem Leistungskatalog und mit dem, was wir heute beschließen werden, können wir mutig für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes kämpfen.

Es haben sich sehr viele gemeldet, die mitdiskutieren wollen. Es liegen jetzt schon über 40 Wortmeldungen vor. Wir sind eben eine diskutierfreudige Partei. Um einigermaßen schnell und zügig verfahren zu können, rufen wir immer die nächste Rednerin bzw. Redner mit auf, die bzw. der dann bitte schon nach vorne kommen soll, damit die Zeit zwischen den Reden verkürzt wird.

Als Erster hat sich Ludwig Stiegler gemeldet. Ihm folgt Alfred Hilger.

Ludwig Stiegler, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Heribert Prantl hat in der „Süddeutschen Zeitung“ heute geschrieben, der Gerhard müsse für diese Rede aller Reden die Sprachkraft eines Ciceros haben. Cicero hat für eine gute Rede drei Maßstäbe aufgestellt: gaudere, docere und movere. Belehrt hat uns Gerhard über die Lage und über das, was wir getan haben. Er hat uns erfreut mit den eigenen Leistungen. Er hat dadurch bewegt, dass das Ziel aufgezeigt worden ist, wohin wir wollen.

Ihr wisst ja, in den letzten Wochen und Monaten lag der Gipfel oft im Nebel und die Partei war im Tal verirrt. Sie hat sich die Knie aufgeschlagen und die Brotzeitbude war geschlossen. Alle haben gemurrt. Aber heute liegt der Gipfel nicht mehr im Nebel. Wir wissen, wohin wir gehen, und wir können freudig dorthin gehen; denn diese Gesellschaft, die wir wollen, wird eine solidarische Gesellschaft sein.

Genossinnen und Genossen, uns wurde gelehrt – das ist die Aussage eines alten Buches von Walter Rathenau –, die Wirtschaft sei unser Schicksal. Wir haben zukünftig dafür zu sorgen, dass wir nicht nur Meister im Verteilen des Sozialprodukts und nicht nur Meister in der sozialen Gerechtigkeit sind, sondern dass wir auch Meister bei der Entstehung des Sozialprodukts werden. Es kommt darauf an, dass wir alle miteinander daran arbeiten, dass Innovation, Existenzgründung und das Fördern kleinerer und mittlerer Unternehmen die lebenslange Beschäftigung sichern. Es wird eine der Hauptaufgaben sein, dass wir auf diesen zwei Beinen stehen: Wachstum und Verteilung mit sozialer Gerechtigkeit. Auch das ist ein neuer Aspekt, den wir miteinander zur Kenntnis nehmen müssen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben mehrfach gehört, wie viele sich 1982 und auch früher nach der Opposition geseht haben. Sie dachten, wir könnte viele Dinge dann leichter machen. In unserem 140. Jahr darf dieses Land nicht denen überantwortet werden, die nichts dabei finden, dass ein Fünftel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Naziparolen als nicht ausschlusswürdig finden. Einer solchen Partei darf dieses Land nicht überlassen werden.

(Beifall)

Wir dürfen das Land nicht denen überlassen, die gerade bei den Sozialreformen extreme Vorstellungen haben und die versuchen, den sozialen Rechtsstaat zu zerstören, während wir ihn reformieren. Wir machen Reformen mit Augenmaß.

In diesem Zusammenhang habe ich eine Bitte an Michael Sommer. Es kann nicht sein, dass Sozialdemokraten und Schwarze auf die gleiche Stufe gestellt werden, lieber Michael. Die einen wollen dir das Kreuz brechen. Wie kannst du mit einem Edmund Stoiber, der die Tarifautonomie zerstören will, über die Schienbeinschienung reden und über die Krankenversicherung? Das haut nicht hin. Ich verwehre mich auch dagegen, Michael, wenn du sagst, dass Sozialdemokraten eine Beschäftigung zu Löhnen wie in Tschechien wollten. Das war der hessische Ministerpräsident, der das im Bundestag ausdrücklich gesagt hat. Du wirst mir keinen Sozialdemokraten nennen können, der dieser Meinung ist. Ich sage euch: Hört auf, nur immer die Splitter in unserem Auge zu suchen und die schwarzen Balken zu übersehen!

(Beifall)

Wen braucht ihr denn bei der Rettung der Tarifautonomie? Wen braucht ihr denn bei der sozialen Sicherheit? Da gibt es nur eine politische Kraft und das ist die deutsche Sozialdemokratie. Deshalb müssen wir eng beieinander bleiben. Nur wenn wir den Schwarzen vorhalten, was sie vorhaben, und wenn wir wegkommen von dieser Autoaggression, dann werden die Menschen die Unterschiede begreifen.

Nachdem wir uns festgelegt haben, haben wir die Alternativen gesehen. Nun darf es keine Auseinandersetzung ohne Angriff auf die anderen geben. Es gilt der Spruch: Oh heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus und zünd' andere an! Hier muss die Auseinandersetzung geführt werden, sonst schaffen wir sich selbst erfüllende Prophezeiungen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mit einem lateinischen Spruch enden: per aspera ad astra, über raue Pfade zu den Sternen. Wir können es miteinander hinkommen, dass wir eine Perspektive für das Jahr 2010 haben, dass Andrea Nahles oder andere junge Frauen als Ministerpräsidentinnen oder Kanzler diese Gesellschaft repräsentieren. Dazu müssen wir kraftvoll an der Macht bleiben.

Glück auf!

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Ich möchte noch mitteilen, dass die Mitglieder der Antragskommission jetzt zur Sitzung in das Renaissance-Hotel kommen sollen.

Als Nächster haben das Wort der Genosse Alfred Hilger und die Genossin Andrea Ypsilanti.

Alfred Hilger, Weser-Ems: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Gerhard Schröder hat heute lange über die Notwendigkeit von Reformen gesprochen. Ich glaube, die Frage, ob Reformen notwendig sind, ist für die SPD schon lange entschieden, und zwar so, dass Reformen notwendig sind.

Gerhard Schröder hat an einer anderen Stelle gesagt: Wir machen das gut, nun verkauft es auch so. Ich glaube, dass zum Verkaufen zwei Dinge gehören. Das eine ist, dass es gute Argumentationshilfen für die Genossinnen und Genossen gibt, die an Infoständen stehen.

Ich glaube, dass das Willy-Brandt-Haus da deutlich besser wird.

(Beifall)

Ich denke, dass es einen zweiten Aspekt gibt, den wir unbedingt beachten müssen, nämlich dass hin und wieder geäußerte Zwischentöne aus der Bundesregierung nicht immer hilfreich sind. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: Wenn man eine Veranstaltung macht, um mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern darüber zu diskutieren, dass es eine erfolgreiche Steuerreform und einen Eingangsteuersatz von 15 Prozent gibt, und wenn dann gleichzeitig vormittags in den Medien die Schlagzeile zu lesen ist: „Wir denken darüber nach, an Sonn-, Feiertags- und Nachtschichtzuschläge heranzugehen“, dann ist die Diskussion um Steuersätze an dieser Ecke erledigt. Ich glaube, dass wir an dieser Ecke professioneller werden können – aber jeder an seiner Stelle. Das fängt aus meiner Sicht oben an. Denn einen Trugschluss dürfen wir nicht zulassen – wenn ich das an Kommunalwahlen einmal deutlich machen darf –: Wir verlieren eine Wahl nach der anderen. Ich glaube aber nicht, dass diejenigen, die Kommunalpolitik machen, flächendeckend schlechter gearbeitet haben als früher.

(Beifall)

Ganz offensichtlich hat das schlechte Abschneiden bei Wahlen mit dem zu tun, was in Berlin passiert. Gebt uns bitte die Chance, das, was Gutes aus Berlin kommt, auch gut zu vermitteln. Dazu gehören abgestimmte Aktionen, dazu gehören Argumentationshilfen und dazu gehört auch, hin und wieder auf die Partei zu hören. Denn es muss uns schon ein wenig Sorge machen, dass im Moment so viele die Partei verlassen, die zu Zeiten von Willy Brandt eingetreten sind. Wenn von diesen so viele offensichtlich eine Identitätskrise haben, wir aber die richtigen Reformen machen, dann muss uns doch etwas einfallen, dass wir das besser an die Menschen bringen. An die Menschen werden wir es nur bringen, wenn man es zuerst der Partei vermittelt.

Es wäre auch ganz hilfreich, wenn man hin und wieder auf die Partei hören würde. Da sind „Basta!“ und ähnliche Geschichten in der Zukunft nicht mehr hilfreich.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Jetzt kommt die Genossin Ypsilanti und danach der Genosse Schartau.

Andrea Ypsilanti, Hessen-Süd: Genossinnen und Genossen! An diesen Parteitag werden hohe Erwartungen geknüpft, Erwartungen der Genossinnen und Genossen, was die langfristige und mittelfristige Perspektive der Partei angeht, aber auch Erwartungen der Menschen, die mit der SPD immer die Hoffnung auf eine gerechte Gesellschaft verbunden haben. Wenn wir ehrlich sind, haben wir diese in der letzten Zeit enttäuscht.

Lieber Gerhard, da genügt es in der Parteitagsrede nicht – ich habe das allerdings sehr positiv zur Kenntnis genommen –, das Gefühl und das Herz der Partei anzusprechen. Auch die Richtung und die Inhalte müssen stimmen. Die soziale Schiefelage, die wir noch haben, lässt sich nicht mit Herz und Gefühl der Partei und den Menschen vermitteln.

(Beifall)

Die Menschen verstehen genau, was wir in konkretem Regierungshandeln tun, und es gefällt ihnen nicht. Deshalb verlieren wir Wahlen. Daher müssen auf diesem Parteitag ganz klare und eindeutige Beschlüsse für mehr soziale Gerechtigkeit und für Chancengleichheit gefasst werden. Diese müssen dann aber auch in Regierungshandeln verbindlich umgesetzt werden.

(Beifall)

Die Regierung muss die politische Willensbildung der Partei anerkennen. Diesem Parteitag liegen 450 Anträge vor. Diese 450 Anträge wurden vor Ort, an der Basis mit der Partei, mit den Menschen diskutiert. Wenn wir heute Beschlüsse verabschieden, dann müssen diese auch in Regierungshandeln umgesetzt werden.

Genossinnen und Genossen, ich möchte nicht mehr hören: Nur der eingeschlagene Weg ist der richtige, es gibt keine Alternative. –Es ist verdammt noch einmal unsere Aufgabe, im Sinne der Menschen und im Sinne unserer sozialdemokratischen Tradition Alternativen zu suchen und sie zu benennen.

(Beifall)

Es ist möglich, für solidarische und gerechte Konzepte Mehrheiten zu finden. Wir können das zum Beispiel in Hessen anhand der solidarischen Bürgerversicherung belegen. Wir können eine Mehrheit für den Vorschlag belegen, auch die Starken zur Solidarität heranzuziehen. Da braucht es natürlich auch Mut und da müssen wir

kämpfen. Aber wenn wir die richtigen Konzepte finden, dann können wir auch überzeugen. Dann finden wir auch wieder Menschen, die mitmachen.

Zu diesen Konzepten gehört endlich auch die Umlagefinanzierung für Ausbildung.

(Beifall)

Dazu gehört endlich die Heraufsetzung der Erbschaftsteuer und die Einführung der Vermögensteuer. Dazu gehört der mutige Entschluss für eine Bürgerversicherung. Genossinnen und Genossen, wir müssen wieder eine ganz klare Kante zur Opposition ziehen. Natürlich wissen wir, was konservative Politik zerstört. Das zeigt uns Roland Koch in Hessen jeden Tag. Aber deshalb genügt es nicht, zu sagen: Wir sind weniger schlecht. –Genossinnen und Genossen, wir müssen richtig gut werden, damit wir die Leute wieder mitnehmen.

(Beifall)

Wenn im Vermittlungsausschuss von der Opposition unverschämte Preise gefordert werden, wie zum Beispiel beim Flächentarifvertrag oder bei der Finanzreform, dann sagen wir Sozialdemokraten: Nein, mit uns nicht. Mit uns gibt es keine Auflösung des Flächentarifvertrags. Ganz klar und eindeutig.

(Beifall)

Es reicht nämlich nicht, wenn wir von Wirtschaftsführern und Wirtschaftswesen gelobt werden. Wir brauchen wieder die Zustimmung in der Partei, von unseren Mitgliedern und vor allem von unseren Wählerinnen und Wählern für unsere Politik. Nur, wenn wir diese klare Kante zur Opposition ziehen, sind wir wieder authentisch und überzeugend, und dann finden wir auch wieder Mitstreiter.

Gerhard Schröder hat es gesagt: Die Sozialdemokratische Partei war die einzige Partei, die davon überzeugen konnte, dass Innovation und Gerechtigkeit zusammengehören. Hier haben wir noch etwas zu beweisen, Genossinnen und Genossen. Wir können das, aber dazu brauchen wir Mut und die Einsicht, dass der eingeschlagene Weg nicht einfach stur weitergegangen werden kann. Wir brauchen vielmehr klare Signale. Dafür will ich bei euch werben.

Es gibt bei den Menschen den Wunsch nach Solidarität und Gerechtigkeit. Es gibt das Verlangen nach Freiheit und Aufklärung. Das ist der sozialdemokratische Konsens, Genossinnen und Genossen. Den müssen wir wieder aufgreifen, um den müssen wir uns wieder kümmern. Das ist die Aufgabe der deutschen und übrigens auch der europäischen Sozialdemokratie, Genossinnen und Genossen. Wir haben nicht mehr lange Zeit.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Jetzt der Genosse Schartau. Danach kommt Klaas Hübner.

Harald Schartau, Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wie ihr habe ich mir vor dem Parteitag Gedanken darüber gemacht, wie ich aus diesem Parteitag herauskommen will. Wir sind alle in der gleichen Situation. Mein großer Wunsch ist, dass wir zu vier Themen klare Worte finden können: zu dem Thema Glaubwürdigkeit, zu dem Thema Verlässlichkeit, zu dem Thema Perspektive und zu dem Thema Entschlossenheit.

Glaubwürdig muss unsere Politik sein, weil wir den Menschen im Augenblick viel bittere Medizin verabreichen. Es muss glaubwürdig sein, dass wir das machen, weil wir damit zu anderen Ufern, zu besseren Perspektiven kommen wollen. Die Leute müssen wissen, dass wir ihre Lebensverhältnisse, ihre Arbeitsverhältnisse und ihre Einkommensverhältnisse dabei im Auge haben und es uns nicht einfach machen, wenn wir eine Politik betreiben, die zu Veränderungen führen soll.

Wenn wir über Veränderungen bei der Rente reden, müssen die Leute wissen, dass wir noch eine Vorstellung davon haben, dass eine Rentnerin mit 700 Euro im Monat durch die volle Einbeziehung in die Pflegeversicherung immerhin fast 6 Euro im Monat weniger hat.

Wenn wir darüber reden, dass wir den Menschen demnächst auch bei der Krankenversicherung mehr zumuten müssen, dann müssen die Menschen wissen, dass wir die Grenzen der Belastbarkeit dabei im Auge hatten und nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen sind.

Unsere Glaubwürdigkeit hängt in großem Maße davon ab, dass wir mit Ernsthaftigkeit an Veränderungen herangehen, weil es nicht anders geht. Wir müssen uns von denen unterscheiden, die glauben, in dieser schwierigen Zeit könnte man zu Veränderungen kommen nach dem Motto: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Denjenigen, die durch die Republik laufen und sagen, es gebe auch Reformen, die nicht weh tun, denjenigen, die behaupten, wir könnten aus einer der schwersten Krisen herauskommen, ohne dass wir auch nur angekratzt würden, kann man nur Scharlatanerie vorwerfen. Das können nicht unsere Bündnispartner sein; denn sie haben nur gelernt, Hosianna zu singen, und nicht, auch schwierige Entscheidungen vor der Bevölkerung zu begründen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen verlässlich sein. Man muss wissen, woran man bei der SPD ist. Das müssen die mittelständischen Unternehmen wissen, die investieren wollen, das müssen junge Familien wissen, die das vermeintlich große Risiko des Kinderhabens und Kindererziehens eingehen wollen, das müssen junge Leute wissen, die sich in die Selbständigkeit begeben wollen, und das müssen Leute wissen, die nach ihrer Schulzeit versuchen, sich in die Kurve zu werfen und für diese Gesellschaft etwas herauszuholen. Haben wir dieses Maß an Verlässlichkeit und wissen die Leute schon heute, auf welche Gedanken wir übermorgen kommen, dann ist, glaube ich, ein großer Schritt getan, um die Sozialdemokratie wieder nach vorne zu bringen.

Außerdem benötigen wir Perspektiven. Hinter allem muss eine Perspektive zu erkennen sein. Wenn wir unseren Kurs fahren, der an allen Ecken und Enden zu Diskussionen und auch zu Aufregung und Kritik führt, dann muss jeder wissen, wie unsere Perspektiven aussehen: was wir vorhaben bezüglich der Erneuerung der Gesellschaft, was wir vorhaben, um die soziale Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten, wie wir das Verhältnis von Staat und Bürger justieren wollen, dass wir niemanden überfordern wollen und dass wir zu dem Thema „Zukunft Deutschland“ mehr im Kopf haben als „weiter so“, dass wir nicht alles lassen wollen wie bisher.

Es gehört auch Entschlossenheit dazu. Wir müssen, wenn wir zur Finanzierung unseres Staates die Breite der Schultern vermessen, entschlossen denen gegenüber treten, die dann von Neid reden, und ihnen sagen, dass sie nur Klientelpolitik machen. Es gehört Entschlossenheit dazu, denen, die uns den größten Sozialabbau nach 1945 vorwerfen, entgegenzuhalten, dass sie der Bevölkerung vormachen, wir könnten zu Veränderungen kommen, ohne uns selbst zu verändern. Wir müssen uns mit denen auseinander setzen, die in dieser Republik der Auffassung sind, man müsse nur der Klientel der Wirtschaft etwas nachwerfen, um großen Erfolg zu haben.

Vorsitzende Heide Simonis: Kommst du bitte ganz langsam zum Ende?

Harald Schartau, Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen: Hast du nicht gemerkt, dass ich schon beim Ausgangssolo war? – Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb meine ich, dass man diese Politik mit Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit, Perspektive und Entschlossenheit machen kann. Ich glaube, wir schaffen das.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, wenn wir hier vorne ein bisschen streng auf die Zeit achten, dann liegt das daran, dass wir über 50 Wortmeldungen haben. Die müssen wir schließlich abarbeiten, sonst kommen wir heute nicht mehr nach Hause.

Als Nächster spricht der Genosse Klaas Hübner, ihm folgt Christel Humme.

Klaas Hübner, Bundestagsfraktion: Genossinnen und Genossen! Ich möchte aus der Sicht der Bundestagsfraktion etwas zu dem Kurs sagen, den wir gerade eingeschlagen haben. Ich muss gestehen, dass man im ersten halben Jahr nach der Wahl manchmal das Gefühl hatte, man sei in den falschen Film geraten. Es gab handwerkliche Fehler und Irritationen. Aber danach haben wir eine neue Perspektive gefunden. Was mich daran besonders freut, ist, dass wir eine ehrliche Bestandsaufnahme gemacht haben. Diese ehrliche Bestandsaufnahme hat ergeben, dass wir über einen langen Zeitraum über unsere Verhältnisse gelebt haben, dass wir ein Sozialsystem haben, das wir in dieser Art und Weise vor allen Dingen angesichts der demographischen Entwicklung, der wir ausgesetzt sind, nicht weiterhin so werden finanzieren können. Wir haben die Konsequenzen daraus gezogen. Wir haben dafür gesorgt,

dass das Sozialsystem nicht vor die Wand laufen kann, dass es nicht in einen Konkurs hineinläuft; denn dann wäre alles zerstört. Wir bauen es um, damit wir den Sozialstaat erhalten können.

Eine zweite wichtige Voraussetzung dafür ist, dass wir auch zukünftig ein entsprechendes Wachstum in Deutschland generieren können. Das haben wir jetzt drei Jahre lang nicht tun können. Darum wollen wir mit der Agenda 2010 im Jahre 2010 die wettbewerbsfähigste und innovativste Region in Europa und in der Welt werden. Nur dadurch können wir ein entsprechendes Wachstum generieren.

Dazu ist es notwendig, dass wir auf einem Politikfeld, auf dem wir bis zum Jahre 2000 führend waren, unsere Kompetenz zurückgewinnen, nämlich auf dem Feld der Wirtschaftspolitik insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wolfgang Clement hat dazu ein Gesetzespaket vorgelegt, das meines Erachtens sehr gut dazu geeignet ist, uns auf diesem Feld wieder nach vorne zu bringen; denn durch diese Gesetze wird der überregulierte Arbeitsmarkt ein wenig entflochten, junge Leute können sich schneller, einfacher und besser selbstständig machen und Investoren, Kapitalgeber, können aufgrund der Steuerpolitik wieder nach Deutschland kommen, um hier zu investieren und Arbeitsplätze und Produktionen zu schaffen.

Genossinnen und Genossen, in diesen Zeiten ist es oft so, dass wir Sozialdemokraten uns für das entschuldigen, was wir tun. Ich denke, dazu haben wir keinen Grund. Das, was wir tun, nämlich der Umbau des Sozialstaats, um ihn zu erhalten und Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen, ist etwas Ursozialdemokratisches, was wir, wie ich meine, mit Stolz verkaufen können. Es ist gut, dass wir im Moment an der Regierung sind und nicht die anderen. Darum bitte ich euch: Wo immer ihr seid – auf den Straßen, in den Kreisverbänden, auf verschiedenen Parteitag und Veranstaltungen –, verkauft unsere Politik positiv; denn ich glaube, das hat sie verdient.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Jetzt kommt Christel Humme. Ihr folgen Niels Annen und Christoph Matschie.

Christel Humme, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Zukunftsinvestitionen für Bildung und Betreuung in den Mittelpunkt der Agenda 2010 zu stellen ist genau das Richtige. Wir brauchen diese Zukunftsinvestitionen im Interesse unserer Kinder und für die Frauen und Männer, die mehrheitlich Familie und Beruf vereinbaren wollen. Mit dieser Politik sind wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen endlich in der Lebenswirklichkeit junger Frauen und Männer angekommen. Denn wir wissen, sie wollen eine echte Wahlfreiheit für ihre Lebenskon-

zeptionen so, wie sie die jungen Frauen und Männer in den europäischen Nachbarstaaten längst als Selbstverständlichkeit haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich appelliere an alle Kommunalpolitikerinnen und –politiker sowie Landespolitikerinnen und –politiker, die heute hier sind, die 4 Milliarden Euro, die der Bund zur Verfügung gestellt hat, und die 1,5 Milliarden Euro für mehr Betreuung und Bildung vor Ort einzusetzen. Denn das schafft in der Tat Wachstum und 400 000 Arbeitsplätze zusätzlich – das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnet –, Arbeitsplätze vor allen Dingen im Dienstleistungsbereich, einem Sektor, in dem wir in Europa eindeutig das Schlusslicht sind. Ich danke an dieser Stelle ganz besonders Renate Schmidt, die sich besonders in diesem Bereich die Hacken abläuft, weil sie dafür sorgen will, dass in den Kommunen die Ganztagsbetreuung auch der unter Dreijährigen auf den Weg gebracht wird.

(Vereinzelt Beifall)

Außerdem sage ich allen Kommunalpolitikern: Den Kommunen verschafft das, was wir machen, einen eindeutigen Standortvorteil.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist natürlich auch richtig, die Frauenerwerbsquote auf über 60 Prozent zu erhöhen, wie wir das in Lissabon beschlossen haben. Das ist ein wichtiger Ansatz, der von der Agenda 2010 richtig gesehen wird. Denn bei den entsprechenden Rahmenbedingungen bedeutet eine höhere Frauenerwerbsquote auch eine höhere Geburtenrate. Auch das zeigt sich in unseren europäischen Nachbarländern ausnahmslos.

Eine Politik für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für mehr Frauenbeschäftigung sind die richtigen Schritte in Richtung Geschlechtergerechtigkeit. Aber, Genossinnen und Genossen, ich betone ausdrücklich: in Richtung Geschlechtergerechtigkeit. Wir müssen leider beobachten, dass nach wie vor 90 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen sind. Auch die zusätzlich entstandenen Minijobs wurden im ersten Halbjahr – fast erwartungsgemäß – zu 93 Prozent von Frauen ausgefüllt. In Führungspositionen sind Frauen mit der Lupe zu suchen.

Diese Arbeitsmarkteffekte sind das Ergebnis eines nach wie vor vorherrschenden Rollenbildes der Frau als Zuverdienerin und des Mannes als Ernährer. Dieses Frauen- und Männerbild gehört in die Mottenkiste. Es entspricht überhaupt nicht der Tatsache, dass die jungen Frauen heute hervorragend ausgebildet sind. Wir können uns den ökonomischen Unsinn, sie nach einer Berufsausbildung nach Hause zu schicken, nicht leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte nicht, dass der Begriff Niedriglohnsektor ein Synonym für Frauena Arbeitsplätze ist. Ich glaube, wir haben die verdammte Pflicht, hinzuschauen, was unsere Arbeitsmarktreform für die Frauen bringt, und eventuell auch Korrekturen anzubringen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen alle Beschäftigungshemmnisse beseitigen, nicht nur für Männer, sondern auch für Frauen.

Das bedeutet auch, dass wir die Steuerklasse V im Blick haben müssen. Denn sie ist nach wie vor eine Strafsteuer für Frauen, die eine Arbeit aufnehmen. Sie ist sogar eine doppelte Bestrafung für solche Frauen, die es auf sich nehmen, Kinder zu erziehen und zu arbeiten.

Vorsitzende Heide Simonis: Kommst du dann bitte langsam zum Ende!

Christel Humme, NRW: In keinem anderen europäischen Land wird die Erwerbstätigkeit von beiden Ehepartnern so wenig honoriert wie bei uns.

Liebe Genossinnen und Genossen, in Zukunft geht es in unserer Agenda 2010 darum, systemimmanente Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen und die notwendigen Voraussetzungen für Geschlechtergerechtigkeit zu schaffen. Denn Frauen – das hat Gerd richtig gesagt – brauchen existenzsichernde sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, die ihnen im Alter eine eigenständige Rente garantieren.

Vorsitzende Heide Simonis: Kannst du vielleicht tatsächlich jetzt zum Ende kommen?

Christel Humme, NRW: Frauen brauchen darüber hinaus Arbeitsplätze, die eine gerechte Entlohnung darstellen. An dieser Stelle, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir das Richtige und das Wichtige tun.

Schönen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Dann kommen Niels Annen, Christoph Matschie, Andrea Nahles und Cornelia Walter.

Niels Annen, Vorsitzender der Jungsozialisten: Liebe Genossinnen und Genossen! 52 Prozent der SPD-Mitglieder wünschen sich eine linke SPD. Nur 16 Prozent aber halten die Politik der Bundesregierung für links. Das war in einer großen Illustrierte zu lesen. Ich glaube, das zeigt das Dilemma unserer Partei. Die Bundesregierung hat in den letzten Wochen und Monaten notwendige Reformen in Angriff genommen. Die Reform der sozialen Sicherungssysteme ließ sich ebenso wenig länger auf die lange Bank schieben wie erforderliche konjunkturelle Impulse. Doch wie die Reformen in Angriff genommen wurden, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine andere Frage.

Etwas anderes ist die Frage nach der Qualität der Reformen. Ich glaube, da ist Kritik angebracht. Liebe Genossinnen und Genossen, meine Generation wird ein Großteil der Folgen dieser Reformen zu tragen und zu ertragen haben. Doch kaum äußern wir diese Kritik, wird sie beiseite geschoben. Darum, liebe Genossinnen und Genossen,

sen: Redet nicht über Generationengerechtigkeit, sondern redet mit unserer Generation über Gerechtigkeit!

(Vereinzelt Beifall)

Vernachlässigt nicht länger die soziale Ausgewogenheit unserer Politik und hört mit halbherzigen Reformen auf!

Ich will hier aus Zeitgründen nur ein Beispiel nennen. Wir brauchen eine viel weiter reichende Gesundheitsreform als die nun beschlossene, eine mit einer gerechteren Finanzierungsgrundlage. Wir können die Bürgerversicherung nicht auf die lange Bank schieben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will eines klar sagen: Über die Kritikpunkte, die vorhanden sind, zu diskutieren und darüber zu beschließen ist in der Tat die originäre Aufgabe der Partei. Hier muss beschlossen werden; später wird umgesetzt. Das muss für alle Beteiligten gelten.

Die Ausbildungsplatzabgabe ist schon angesprochen worden. Nach der geltenden Beschlusslage hätten wir sie längst umsetzen müssen. Dass jetzt spät, aber nicht zu spät Eckpunkte auf dem Tisch liegen, begrüße ich ausdrücklich. Aber ich erwarte von unserer Regierung, lieber Wolfgang Clement, dass dies dann auch in Gesetzesform gebracht wird. Dass das umgesetzt wird, ist notwendig und überfällig.

(Beifall)

Ich habe eingangs Zahlen genannt; auf diese will ich noch einmal eingehen. 72 Prozent unserer Mitglieder und Anhänger geben die Bundestagswahl 2006 bereits heute verloren. Diese Zahl hat mich wirklich schockiert. Denn welche Mutlosigkeit spricht aus diesen Zahlen?

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist klar: Wer durch die Ortsvereine geht, wer in unserer Partei herunkommt, trifft auf Mutlosigkeit. Das darf so nicht bleiben. Wer ist denn heute noch bereit, sich für die SPD einzusetzen, am Arbeitsplatz, beim Studieren, in der persönlichen Umgebung und in der Familie zu sagen: „Jawohl, ich bin Sozialdemokrat und stehe für diese Politik“? Eine solche Stimmung, wie wir sie in den letzten Wochen hatten, setzt nicht nur unsere Wahlchancen, sondern auch die Politikfähigkeit unserer Partei aufs Spiel. Darum muss dieser Parteitag ein klares Signal setzen: Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir kämpfen um Gerechtigkeit, auch in der schwierigen Zeit des Wandels. Wir geben den Kampf um die Zukunft dieses Landes nicht auf.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden nicht zulassen, dass eine Parteiführung unserer Generation eine demoralisierte und bis ins Mark erschütterte Partei hinterlässt. Ich erwarte, dass das, was in dieser Stadt plakatiert worden ist, umgesetzt wird: dass wir um die Herzen und die Köpfe der Menschen, für unsere sozialdemokratische Politik und für unsere Idee von sozialer Gerechtigkeit kämpfen. Denn

dann – aber auch nur dann – werden auch unsere Mitglieder um die Herzen und um die Köpfe der Menschen kämpfen. Dann werden wir aus der Krise herauskommen, gemeinsam Erfolge feiern und 2006 die Bundestagswahl gewinnen.

Ich danke euch.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Ich nenne noch einmal die Reihenfolge der nächsten Rednerinnen und Redner: Jetzt kommt Christoph Matschie; danach kommen Andrea Nahles, Cornelia Walter und Michael Müller.

Christoph Matschie, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag beschäftigt sich mit den Perspektiven dieser Gesellschaft. Ich will zwei Punkte ansprechen, die mir dabei besonders wichtig sind. Mir geht es vor allem um die Perspektiven derjenigen Regionen in unserem Land, die es besonders schwer haben. Davon gibt es in Ostdeutschland mehr Regionen als anderswo in diesem Land.

Genossinnen und Genossen, ich verstehe natürlich, dass die Diskussion um die Unterstützung Ostdeutschlands schwieriger wird, wenn die Kassen überall klamm sind. Ich verstehe, dass die Diskussion schwieriger wird, wenn auch hier in Bochum oder an anderen Stellen in Nordrhein-Westfalen das Geld für wichtige Aufgaben fehlt. Trotzdem, Genossinnen und Genossen, will ich an dieser Stelle deutlich sagen: In dem Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West dürfen wir nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Wir können wirtschaftlich nur dann stark werden, wenn es uns gelingt, die Entwicklung der neuen Bundesländer weiter voranzutreiben. Das wird nur mit eurer Solidarität möglich sein.

(Vereinzelt Beifall)

Der Oberbürgermeister von Bochum hat vorhin deutlich gemacht, welcher Strukturwandel in Bochum, in Nordrhein-Westfalen, auf den Weg gebracht worden ist – und dies aus eurer eigenen Kraft heraus. Aber wir in den neuen Bundesländern haben diese wirtschaftliche Kraft noch nicht. Deshalb brauchen wir auch in den nächsten Jahren eure Unterstützung. Daher werbe ich darum, dass wir in den Leitantrag eine Passage aufnehmen, die deutlich macht: Wir ringen auch in den nächsten Jahren darum, dass die neuen Bundesländern vorankommen, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West gelingt.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich will einen zweiten Punkt nennen. In der Diskussion heute ist deutlich geworden, dass wir in der Zukunft eine Perspektive und eine kraftvolle Entwicklung nur dann hinbekommen, wenn wir heute anfangen, wieder mehr in Bildung und Forschung zu investieren. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren eine Menge auf den Weg gebracht. Aber dabei können wir nicht stehen bleiben. Wir werden sehr schwierige Entscheidungen zu fällen haben.

Ich sage ganz zugespitzt: Wenn in einem Land Geld für Bildung und Forschung fehlt, dann muss die Frage erlaubt sein, ob es trotzdem weiter gut ist, zum Beispiel für die Eigenheimförderung 6 Milliarden Euro und Milliarden für die Förderung der Pendler auszugeben. Ich glaube, dass wir an dieser Stelle schwierige Entscheidungen treffen müssen. Hans Eichel und Peer Steinbrück haben dazu Vorschläge gemacht. Wir müssen dazu kommen, wieder mehr in Zukunftsaufgaben zu investieren und unser Land für die Zukunft fit zu machen.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, manchen ist es in den letzten Monaten so gegangen wie der Königstochter in dem Märchen vom Froschkönig. Sie haben sich von diesem Reformen bedrängt und zu etwas genötigt gefühlt, was sie nicht wollen. Aber jeder, Genossinnen und Genossen, der diese Geschichte kennt, weiß, dass sie nur gut ausgeht, wenn man sich ein Herz fasst, mutig ist und die notwendigen Schritte geht. Genossinnen und Genossen, lasst uns das auf diesem Parteitag gemeinsam tun und lasst uns erhobenen Hauptes aus Bochum nach Hause fahren – mit der sicheren Gewissheit, dass wir es sind, die dieses Land verändern und diesem Land eine Zukunft geben!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vorsitzende Heide Simonis: Es kommt jetzt Andrea Nahles. Dann kommen Cornelia Walter, Michael Müller und Sigmar Gabriel.

Andrea Nahles, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Stolz sollen wir auf unsere Politik sein. Peer Steinbrück hat sogar dazu aufgefordert, unsere Parteiführung zu loben. Dazu sage ich: Wir würden ja gerne. Aber wenn nur noch 26 Prozent unserer Wählerinnen und Wähler die SPD mit ihrem Kernbereich, der sozialen Gerechtigkeit, als die Partei ansehen, von der sie glauben, dass sie sich am meisten für die soziale Frage stark macht, dann muss ich feststellen, dass in den letzten Monaten ein bisschen mehr schief gelaufen sein muss als nur der Vorwurf, dass wir uns mit dem, was wir tun, nicht richtig verkauft haben.

(Vereinzelt Beifall)

Es muss auch ganz gründlich etwas mit unserem Politikangebot schief gelaufen sein, wenn wir bei diesem Punkt mittlerweile keine höhere Kompetenz mehr haben als die CDU.

Die Gründe dafür sind relativ klar: Wir sind in den letzten Monaten als die Partei der Einschnitte im sozialen Bereich aufgetreten, in der Gesundheitspolitik und auch bei der Arbeitslosenhilfe. Wir haben es aber nicht geschafft, deutlich zu machen, dass wir die Partei des Umbaus und der Modernisierung unseres Sozialstaates sind.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen, lieber Gerhard, ist es richtig, zu sagen, die Kopfprämie von Roman Herzog gehöre auf den Müllhaufen der Geschichte. Was ich aber schmerzlich vermisst

habe, ist ein klares Bekenntnis von dir für eine Bürgerversicherung, wie sie die Mehrheit unserer Mitglieder möchte.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist die eine Sache, wenn man sich für Flexibilität im Arbeitsbereich einsetzt. Es kann aber nicht sein, dass der Wirtschafts- und Arbeitsminister und auch andere in der Frage der Tarifautonomie mit der Arbeitgeberseite flirten. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist für Sozialdemokraten nicht verhandelbar, auch nicht im Vermittlungsausschuss.

(Beifall)

Wenn ich nach den Gründen für unsere schwierige Lage suche, stelle ich fest, dass wir es immer wieder nicht hinbekommen, unsere eigene Position klar und deutlich aufzustellen. Wir gehen schon mit dem Kompromiss vom Kompromiss in die Kompromissverhandlung mit der CDU. Liebe Leute, wir wollten doch die CDU jagen. Und was ist jetzt? Jetzt jagen sie uns. Das muss ein Ende haben, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir Sozialdemokraten müssen diesem Land ein Zukunftsleitbild anbieten: Leben, Bildung, Arbeit – gut, gerecht und nachhaltig, für alle. Das ist etwas, wofür sich aller Schweiß der Debatten hier lohnt. Das bedeutet aber, dass das, was wir hier im Konsens vereinbaren, nachher auch von allen mitgetragen werden muss. Es darf keine Hintertürchen und keine Salomitaktik geben. Das gilt auch für die Ausbildungsabgabe. Wenn wir sie hier beschließen, dann muss sie auch Gesetz werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In diesem Sinne: Das Wichtige tun und sich vor dem richtigen Tun nicht fürchten!

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Die nächsten Redner sind Cornelia Walter, Michael Müller, Sigmar Gabriel und Nina Hauer.

Cornelia Walter, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag steht vor einer schwierigen Aufgabe. Wir schauen nach hinten, auf das, was war. Mir geht es aber vor allem darum, auf das zu schauen, was kommen muss. Dazu wollen wir produktiv um den richtigen Weg streiten.

Wir Sozialdemokraten müssen uns dabei politische Schwerpunkte setzen. Ich will hier deutlich machen, dass gerade meine Generation mit einem politischen Gestaltungsanspruch in die Offensive geht. Die Agenda meiner Generation lautet: soziale Gerechtigkeit in neuen Zeiten. Dies lässt sich an ganz konkreten Politikfeldern festmachen.

In den letzten Tagen ist viel über die Krise auf dem Ausbildungsmarkt geredet worden. Es ist und bleibt ein Skandal, dass wir seit Jahren immer neue Ausbildungsversprechen von den Unternehmen hören und am Ende des Herbsts wieder Tausende junger Menschen ohne Perspektive auf der Straße stehen. Deshalb ist und war es richtig, eine klare Verabredung zu treffen: Wenn die Unternehmen nicht ausbilden, müssen sie durch eine Ausbildungsumlage dazu gebracht werden. Ich begrüße daher ganz ausdrücklich die Eckpunkte der SPD-Fraktion zur Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Ausbildungsfinanzierung.

(Beifall)

Wir Jusos haben einen Initiativantrag eingebracht, mit dem wir diese Eckpunkte unterstützen. Ich fordere euch auf, diesen ebenfalls zu unterstützen. Gerade weil sich viele junge Menschen in den letzten Wochen und Monaten frustriert von der Politik abgewandt haben, ist es wichtig und richtig, dieses konkrete Projekt auf den Gesetzesweg zu bringen und unserer Generation das Signal zu setzen: Wir lassen euch mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit und der Ausbildungsnot nicht alleine. Eure Zukunft hängt nicht von der konjunkturellen Lage ab. Wir schaffen heute Zukunftschancen.

(Beifall)

Das zweite Anliegen unserer Generation schließt daran an. Es ist die Bildungspolitik, die wir im kommenden Jahr zum Schwerpunkt unserer Politik machen müssen. Die SPD ist die Partei der Chancengleichheit. Sie ist die Partei der ersten Bildungsreform in Deutschland. Sie muss heute die Partei einer neuen, zweiten Bildungsreform sein. Die PISA-Studie hat uns allen klar gemacht: In Deutschland hängen die Bildungschancen mehr vom Geldbeutel der Eltern ab. Das ist das Gegenteil von Chancengleichheit. Deshalb müssen wir die Partei derer sein, denen die Bildungschancen nicht in die Wiege gelegt werden. Wem allerdings bei der Frage der Bildungsinhalte nur Studiengebühren einfallen, der hat keine Ideen einer neuen Bildungsoffensive.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, eine moderne Sozialpolitik ist wichtig und richtig. Sie ist mehr als die Agenda 2010.

(Vereinzelt Beifall)

Die gesellschaftlichen Realitäten haben sich geändert. Wer weiß das besser als meine Generation. Aber wir müssen doch die Frage beantworten, wie wir auf die flexiblere Arbeitsgesellschaft mit einem neuen, passgenauen Sozialstaat reagieren. Dazu brauchen wir nicht nur reine Kürzungsdebatten, sondern einen Umbau des Sozialstaats zu einem präventiven, leistungsfähigen und gerechten Sicherungssystem.

(Vereinzelt Beifall)

Dazu gehört ein Mehr an Solidarität. Deshalb müssen wir noch in dieser Legislaturperiode Schritte zu einer solidarischen Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, machen. Für meine Generation sage ich: Hört nicht auf die gut verdienenden Yuppies in Agenturen und Kanzleien! Kopfpauschalen sind für den Arsch!

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Das wäre ein schönes Schlusswort gewesen. Würdest du bitte langsam zum Ende kommen?

Cornelia Walter, Hannover: Ja. – Ich möchte noch ganz kurz auf die jungen Frauen eingehen. Die jungen Frauen haben heute bessere Bildungsabschlüsse als ihre männlichen Altersgenossen. Trotzdem finden sie sich nicht in den Führungsetagen wieder. In nur 6,5 Prozent aller Unternehmen gibt es freiwillige Vereinbarungen zur Gleichstellung der Geschlechter. Das ist das Gegenteil von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Gegenteil von Chancengleichheit. Wir müssen jetzt abrechnen und sagen: Die Zukunftschancen junger Frauen müssen wir auch in der Arbeitswelt durchsetzen. Deshalb ist nicht nur die Frage der Betreuung wichtig, sondern auch eine gesetzliche Initiative für ein verbindliches Gleichstellungsgesetz.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Nun folgen Michael Müller, Sigmar Gabriel, Nina Hauer und Gerhard Langemeyer.

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man die heutige Debatte nachvollzieht, hat man den Eindruck, es ginge nur darum, dass wir alles schneller machen müssten, wir hätten also nur ein Umsetzungsproblem. Ich halte das für falsch. Wir haben auch einen Deutungskonflikt, wie die Wirtschafts- bzw. die Beschäftigungskrise zu werten ist.

Aus meiner Sicht gibt es eine fundamentale Auseinandersetzung in der Welt zwischen dem Modell des neoliberalen Kapitalismus und der Frage, ob wir fähig sind, das Modell der sozialen Demokratie zu erneuern. Das ist der Konflikt, um den es geht. In dieser Frage hilft nicht Anpassung, sondern nur Klarheit.

(Vereinzelt Beifall)

Die Globalisierung, so wie sie bisher vonstatten geht, ist eigentlich nichts anderes als die Privatisierung der Welt. Die Privatisierung der Welt bedeutet die Privatisierung der Finanzen, der Unternehmen, der Ökologie, der Ungleichheit. Wir privatisieren Terror und Gewalt. Das Entscheidende aber bleibt eingeschperrt, nämlich die Demokratie. Die Demokratie ist und bleibt ein öffentliches Gut. Wenn die Globalisierung nichts anderes ist als die Privatisierung der Welt, dann zerstört sie die Demokratie. Darum geht es bei diesem Konflikt, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb ist es eine Illusion, zu glauben, es gehe nur um eine grundsätzliche Auseinandersetzung um den Irakkrieg. Es geht auch um eine Auseinandersetzung darüber, welche Wirtschaftsverfassung für diese Welt richtig und verträglich ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir es nicht hinbekommen, in Europa eine Antwort darauf zu geben, dann haben wir verloren. Das ist der eigentliche Punkt, um den es geht, liebe Genossinnen und Genossen.

Die Privatisierung der Welt bedeutet die Aushebelung der Demokratie und damit der wichtigsten Instrumente zur Bündelung von Übel und Laster, also der dunklen Seite der globalen Wirtschaftsordnung. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Es geht darum, ob wir in der Lage sind, das Modell der sozialen Demokratie wieder in der Welt zu verbreiten. Wenn wir über die Agenda 2010 reden, dann kann dies nur ein Zwischenschritt sein, um wieder Kraft zu gewinnen, damit Europa diese Antwort geben kann. Sonst ist sie es nicht wert, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir alle befinden uns in einer schwierigen Situation. Niemand von uns macht es sich bei den Konflikten leicht. Aber die Wirklichkeit heute ist, dass beispielsweise drei Ratingagenturen bei den an der Börse notierten Unternehmen in der Welt bestimmen, ob Menschen entlassen werden oder nicht. Das ist die unkontrollierteste Machtkonzentration, die es in der Welt gibt!

(Beifall)

Bei den Banken- und Börsenberichten gibt es eine solche Kurzfristigkeit, indem der Erfolg eines Unternehmens allein an dem Geschäftsverlauf in einem Zeitraum von drei Monaten gemessen wird. Wer glaubt denn von uns im Ernst, dass sich Innovationen und Beschäftigungspolitik an Margen von drei Monaten orientieren können?

Wir können auch nicht eine amerikanische Gesellschaft mitmachen, die nichts anderes betreibt, als die Verschuldung der Welt zu erhöhen und im Grunde genommen einen modernen Kolonialismus zu praktizieren.

Es geht darum, was in dieser Situation Europa macht, ob wir einknicken oder ein Gegenmodell entwickeln. Ich plädiere dafür, dass sich die Sozialdemokratie bewusst wird: Wir sind die notwendige Kraft, um ein europäisches Gegenmodell zu entwickeln. Darum geht es, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich bitte euch, klar zu sehen: Bei der Agenda 2010, so schmerzlich sie ist, spüren wir im Grunde genommen die Versäumnisse der letzten 15, 20 Jahre. Wir haben es An-

fang der 90er-Jahre versäumt, das europäische Modell so zu entwickeln, wie wir es hätten entwickeln müssen. Deshalb ist das eine schmerzliche Etappe. Es ist kein Selbstzweck, sondern der Schritt, um wieder Kraft zu gewinnen, um sozusagen eine Welt der Vielfalt, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit möglich zu machen. Das ist unser Leitgedanke, das ist unser Ziel.

Wir müssen aufhören, bei dem Thema Gerechtigkeit, vor allem bei dem Thema der sozialen Gerechtigkeit die Debatte zu relativieren. Die Globalisierung führt die soziale Frage in aller Schärfe in alle Gesellschaften zurück. Wenn wir da wackeln, haben wir verloren. Nein, es geht darum, die soziale Gerechtigkeit mit neuen Antworten zu versehen, sie aber nicht aufzugeben – ganz im Gegenteil.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Jetzt kommt Sigmar Gabriel. Ihm folgen Nina Hauer, Gerhard Langemeyer und Susanne Kastner.

Sigmar Gabriel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir alle sind ja hierher gekommen, um uns die Frage zu stellen: Wie kommen wir aus der schwierigen Situation heraus? Bei allen Reden, die wir hier halten und hören, dürfen wir nicht vergessen: Wir werden in unserer Partei am Ende des Jahres 37 000 Mitglieder verloren haben. Wir haben viele Wahlen verloren und die Situation zu Hause wird nicht durch die guten Reden, die wir hier halten, geprägt, sondern offensichtlich auch weiterhin dadurch, dass sich unsere Leute nicht mehr trauen, nach außen hin für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten einzustehen. Sie haben Angst davor und sind nicht mehr stolz auf das, was wir machen.

Ich glaube, dass wir in der Diskussion über den Rechenschaftsbericht heute auch ein Stück weit darüber reden müssen, wie es dazu eigentlich gekommen ist. Damit meine ich nicht die Agenda 2010. Ich glaube, dass wir uns ein bisschen was vormachen, wenn wir immer so tun, als sei die Krise der SPD, in der wir jetzt stecken, durch die Regierungspolitik oder durch die Kommunikation des Generalsekretärs und Ähnliches entstanden. Ich glaube, da suchen wir uns eine schöne Notlüge, um nicht klar sagen zu müssen, dass wir alle miteinander in der Vergangenheit Defizite zugelassen haben.

Ich bin Michael Müller ausgesprochen dankbar dafür, dass er einmal gesagt hat, dass die jetzige Situation das Ergebnis der Entwicklung ist, dass wir zehn, 15 Jahre lang auf der Autobahn die Bremslichter gesehen haben, aber sowohl die Konservativen als auch wir haben immer tüchtig Gas gegeben. Jetzt sind wir aufgefahren, es gibt einen Riesenstau und es ist auf der Autobahn ganz schön was los. Die Leute sind stinksauer über diejenigen, die am Steuer gesessen haben.

Genossinnen und Genossen, mein Eindruck ist, dass wir den Kontakt zu jenen verloren haben, die eigentlich unsere alte Mitte gewesen sind. Wir haben uns – ich sage das auch selbstkritisch an mich gerichtet – sehr um die neue Mitte gekümmert, aber

wir haben offensichtlich vergessen, dass in Deutschland ein Koch 800 Euro im Monat als Nettoeinkommen hat. Wenn er zwei Kinder hat, muss er heute 10 Prozent seines Nettoeinkommens für Kindergartenplätze ausgeben.

Das ist es, weshalb wir bei diesen Leuten nicht mehr verstanden werden. Wir sind – lasst mich das offen sagen – eine Partei geworden, in der wir uns Stunde um Stunde darüber streiten, ob wir Studiengebühren einführen können. Ich sage euch ganz offen: Mir ist das inzwischen völlig egal. Ich will, dass wir auch mal ein paar Stunden über den Koch mit seinen 800 Euro Nettoverdienst reden und darüber, dass er eben nicht 10 Prozent seines Nettoeinkommens für zwei Kindergartenplätze aufwenden kann.

(Beifall)

Ich möchte, dass uns klar ist, dass ein Handwerksgeselle 1 000 Euro netto im Monat verdient. Bei dem werden wir nicht landen, wenn wir den Eindruck vermitteln, auch wir seien dafür, dass er in Zukunft hinsichtlich seiner Krankenversicherung wesentlich mehr Eigenvorsorge betreiben muss. Er kann das nicht!

Vor dieser Halle haben heute ein paar Leute demonstriert. Das waren nicht alles nur Ignoranten aus dem öffentlichen Dienst, die wir nicht beachten müssen, sondern es waren zum Beispiel auch Feuerwehrleute dabei, die im öffentlichen Dienst keine hohen Gehälter verdienen. Sie merken aber, dass sie seit vielen Jahren diejenigen sind, die im Wesentlichen Schwierigkeiten haben, zu den Einrichtungen, die wir schaffen, Zugang zu finden.

Neben allen Debatten, die wir über Zukunft, Innovation und Technologieförderung führen, müssen wir als Erstes wieder zeigen, dass wir die Alltagsrealität dieser Leute kennen, dass es unsere Politik ist, sich um diese Menschen zu kümmern, sie mit ihren Alltagsorgen nicht allein zu lassen.

(Beifall)

Ich habe auch kein Bilderbuchkonzept, ich habe auch kein Patentrezept, aber ich weiß, dass es wichtiger ist, einer Genossin, die zu mir kommt und sagt „Mein Sohn verdient 900 Euro, er hat zwei Kinder, er kann sich einen Kindergartenplatz nicht leisten“, eine Perspektive zu geben, als einen weiteren Streit über die Frage zu führen, ob Akademiker ihre Ausbildung in der Rentenversicherung angerechnet bekommen oder nicht.

(Beifall)

Eine letzte Bemerkung. Ich glaube, es geht auch um folgenden zentralen Unterschied zur CDU. Damit meine ich nicht Herz und anderes. Es nützt uns nichts, wenn wir uns als kleine Schweine fühlen und dann auf das große Schwein zeigen, das auch noch durchs Dorf rennt. Entweder mögen die Leute Schweinefleisch – dann nehmen sie das große Schwein – oder sie mögen kein Schweinefleisch – dann nehmen sie auch nicht das kleine Schwein.

Wir müssen klar machen, dass es prinzipielle Unterschiede gibt. Ich nenne zwei Unterschiede, über die hier auf dem Parteitag entschieden werden muss:

Erstens. Es darf mit uns kein Rütteln an der Tarifautonomie geben, auch keine Gedankenspiele. Das ist ein zentraler Unterschied.

(Beifall)

Soziale Balance bedeutet nicht nur Vermögen- und Erbschaftsteuer, sondern bedeutet auch, die Schutzfunktionen des Staates, der SPD und der Gewerkschaften für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufrechtzuerhalten.

(Beifall)

Zweitens. Ich würde gern etwas dafür tun, dass wir in Zukunft nicht mehr über die Zumutbarkeit von Arbeit reden, sondern mal sagen, dass diejenige Arbeit unzumutbar ist, von deren Einkommen man sein Leben nicht bestreiten kann. Lasst uns nicht über die Unzumutbarkeit bei Qualifikationen reden, sondern über Mindestlöhne! Das ist es, was die Leute wissen wollen. Sie wollen in Deutschland ihre Familien von *einem* Einkommen ernähren können. Lasst uns wieder über diese Menschen reden und nicht über die Probleme, die wir mit uns selber haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank. – Es folgt jetzt Nina Hauer. Danach kommen Gerhard Langemeyer, Susanne Kastner und Gernot Grumbach.

Nina Hauer, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist so: Gerechtigkeit bleibt unsere Aufgabe. Aber wir müssen auch sagen, was wir uns unter unseren Bedingungen, hier in unserer Gesellschaft unter Gerechtigkeit vorstellen, was wir verändern wollen. Es reicht doch nicht, immer zu sagen: Wir wollen die Form und die Tradition bewahren. Wir müssen auch sagen, was wir den Menschen anbieten wollen.

Natürlich gibt es Ungerechtigkeiten. Ist es gerecht, dass Sozialhilfeempfänger nicht arbeiten können, weil sie keine Möglichkeit haben, ihre kleinen Kinder betreuen zu lassen? Ist es gerecht, wenn ältere Beschäftigte aus den Betrieben hinausgeschoben werden und das von allen Sozialversicherungspflichtigen in Deutschland bezahlt wird? Ist es gerecht, wenn wir bei jemandem, der seinen Job verloren hat und dem keine Chance geboten wird, wieder Arbeit zu finden, nur darüber reden, wie hoch seine Versorgung sein muss? Wäre es nicht gerechter, die Frage zu stellen: Wie bekommen wir ihn wieder in Arbeit? Wie geben wir ihm eine Chance, seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen?

Ich habe die Agenda 2010 immer so verstanden, dass sie Fragen und Antworten zusammenbringt, die genau in diese Richtung gehen, dass sie sagen will: Für Sozialdemokraten in Deutschland ist gerecht, was Arbeit schafft, gerecht ist, was Chancen eröffnet.

Gerecht ist, was den Leuten die Möglichkeit gibt, wieder für ihre Existenz aufzukommen, was ihnen die Würde wiedergibt und was ihnen die Möglichkeit gibt, sich in unserem Staat zu beteiligen, ökonomisch und auch demokratisch. Da sind natürlich diejenigen unsere Bündnispartner, die vielleicht in den letzten Jahren in unserer Rhetorik in Vergessenheit geraten sind. Das sind die abhängig Beschäftigten in unserem Lande. Wenn der Koch, von dem der Sigmar gesprochen hat, 800 Euro im Monat verdient, will er schon wissen, wie viel Sozialabgaben er davon zahlen muss. Er will mit uns auch über Steuern reden. Aber ich glaube, wir haben für diese Einkommensgruppen viel getan. Er will wissen: Warum muss ich viel für die Rentenversicherung zahlen, mehr, als das früher der Fall war? Warum kriege ich am Ende weniger heraus? Er will wissen: Schafft ihr es, den Sozialstaat so aufzustellen und die Weichen so zu stellen, dass wir mehr Wachstum haben, damit ich auch noch in Jahren Koch sein kann oder in einem anderen Beruf arbeiten kann?

Das sind die Fragen, die uns die Menschen stellen. Dabei geht es auch um Verteilung. Aber, Genossinnen und Genossen, seien wir ehrlich: Die Arbeit, die wir haben, anders zu verteilen, das wäre eine schöne Sache. Aber wir glauben doch nicht im Ernst, dass es in einer Volkswirtschaft von der Größe der Bundesrepublik Deutschland nur eine begrenzte Zahl von Arbeitsplätzen gibt. Wir müssen dafür sorgen, dass mehr Arbeit zur Verfügung steht, dass Wachstum kommt, dass wir mehr Arbeitsplätze haben, dass wir neue Bereiche erschließen, dass diejenigen, die aus der industriellen Produktion herausfliegen, weil sie einfache Tätigkeiten, wenig produktive Tätigkeiten haben, anderswo wieder in Arbeit kommen, dass sie wieder eine Chance zur eigenständigen Existenzsicherung erhalten. Das sind die Fragen, die auch diejenigen umtreiben, die uns nahe stehen und denen wir verpflichtet sind, diejenigen, die mit abhängiger Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt verdienen. Sie wollen von uns einen Sozialstaat, den sie auch bezahlen können. Ich glaube, wir brauchen keine theoretischen Debatten darüber, ob es richtig ist, zu sagen: Die Lohnnebenkosten dürfen nicht zu hoch sein, oder nicht. Sie wollen wissen, wohin es mit uns geht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich denke, dass unsere Agenda an diesem Punkt die richtigen Antworten gegeben hat. Wir haben nicht nur darauf gesetzt, den Bundeshaushalt zu konsolidieren. Wer so denkt, der denkt wirklich zu kurz. Wir haben auch darauf gesetzt, dass wir wieder Wachstum bekommen. Wir haben darauf gesetzt, dass wir neue Chancen in Bereichen eröffnen können, in denen es in Deutschland keine Arbeitsplätze gibt. Wer will, dass Frauen erwerbstätig sein können, der muss ihnen die Chance geben, dass das, was sie früher gemacht haben, vielleicht andere machen. Der kann den Dienstleistungsbereich in Privathaushalten öffnen, in denen ältere Menschen gepflegt werden, in denen Kinder betreut werden, wo bei der Hausarbeit geholfen wird.

Vorsitzende Heide Simonis: Kommst Du bitte zum Ende?

Nina Hauer: Das sind Bereiche, die wir angesprochen haben. Das sind Chancen, die wir setzen, Genossinnen und Genossen. Das ist das Angebot, das wir Sozialdemokraten den abhängig Beschäftigten in unserem Land machen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke. – Gerhard Langemeyer, Susanne Kastner, Ger-
not Grumbach und Jörg Tauss.

Gerhard Langemeyer, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst uns enger zusammenrücken! Dieses Signal muss von diesem Parteitag ausgehen. Nach den misslungenen Wahlen in Bayern und Brandenburg ist es notwendig, dass wir die Europawahlen und die vielen Kommunalwahlen des Jahres 2004 gewinnen. Seht es mir nach, wenn ich dabei ganz besonders an die Kommunalwahl hier in Nordrhein-Westfalen denke. Denn nach dem Erlebnis von 1999 müssen wir dafür sorgen, dass wir jetzt die Scharte wieder ausweiten. Das kriegen wir nur hin, wenn Bundespolitik, Landespolitik und Kommunalpolitik zusammenwirken.

Wir werden gerne zu Hause erklären, wir werden gerne deutlich machen und offensiv vertreten, was notwendig ist. Aber wir werden dabei auch die Dinge besonders herausstreichen, die uns Kommunale interessieren. Aus der Sicht der Kommunalen – das muss man offen sagen – ist im Laufe dieses Jahres nicht alles optimal gelaufen. Aber ich will jetzt nicht zurückblicken, sondern nach vorne. Ich will mich vor allem bei der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion dafür bedanken, dass zwei wichtige Gesetze im Vermittlungsausschuss auf der Tagesordnung stehen, zunächst einmal das Gesetz zur Gemeindefinanzsteuer und das Gesetz Hartz IV mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe.

Reden wir über Hartz IV. Ich denke, es ist wichtig, die positiven Dinge herauszustellen. Denn nach Bedürftigkeit sind Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe gleichgestellt. Das ist sozial und gerecht. Ich bin davon überzeugt: Die neuen Jobcenter werden ein Erfolg. Wir Kommunale, Wolfgang, werden unseren Beitrag dazu leisten, dass das ein Erfolg wird. Denn wir haben ein Interesse daran, dass die Situation für die Menschen besser wird. Den Menschen muss schnell, effektiv und mit guter Beratung geholfen werden. Dazu bieten wir unsere Hilfestellung an.

Reden wir über die Gemeindefinanzsteuer. Den Kommunen fehlen etwa 10 Milliarden Euro, um zu ihrer alten Finanz- und Investitionskraft zurückzukommen. Die Binnenkonjunktur braucht ganz dringend und mehr denn je den kommunalen Impuls. Es geht deshalb im Gesetzesvorschlag um die Einbeziehung der Freiberufler, damit alle am Wirtschaftsleben Beteiligten bei der Finanzierung einbezogen werden. Für mich ist das ein wichtiges Stück Gerechtigkeit. Es geht um die Schließung von Steuerschlupflöchern. Auch das ist für mich ein wichtiges Stichwort zum Thema Gerechtigkeit.

Auch wenn nicht alle kommunalen Wünsche erfüllt sind: Nur die SPD sorgt im Augenblick dafür, dass sich überhaupt etwas in die richtige Richtung bewegt. Die CDU/CSU hat gerade wieder im Bundesrat alles blockiert, und das, obwohl selbst Frau Roth und andere Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sagen, dass dies zwingend notwendige Entscheidungen sind. Denn es geht um nicht weniger als um mehr Gerechtigkeit, um sozialen Ausgleich und kommunale Handlungsfähigkeit. Wir brauchen die Entscheidungen jetzt mit Wirkung zum 1. Januar, damit wir das vor Ort konkret umsetzen können, was auf diesem Parteitag neben anderem im Zentrum steht. Wenn wir mehr Ganztagsbetreuung wollen, wenn wir eine neue Qualität der Bildung wollen, wenn wir den jungen Menschen auf dem Weg in die Zukunft helfen wollen –

Vorsitzende Heide Simonis: Kommst Du bitte zum Ende?

Gerhard Langemeyer, Nordrhein-Westfalen: – dann brauchen wir Handlungsfähigkeit, dann brauchen wir diese Möglichkeit. Dann, bitte, wackelt nicht im Vermittlungsausschuss und sorgt für gute Ergebnisse!

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Jetzt kommt Susanne Kastner. Ihr folgen Genrot Grumbach, Jörg Tauss, Otmar Schreiner und Petra Ernstberger.

Susanne Kastner, Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, es gibt niemanden hier im Saal, der daran zweifelt, dass die Reformen, dass die Agenda 2010 wichtig und notwendig ist. Es gibt auch kaum jemanden in unserem Land, der nicht die Notwendigkeit dieser Agenda 2010 erkannt hat. Das hat jeder von uns in vielen Diskussionen mit jungen Leuten, aber auch mit Älteren sehr wohl erkannt.

Was die Leute etwas verunsichert ist, war sicher die Schnelligkeit unserer Reformen. Ich gebe zu, ich hätte mir des Öfteren eine längere Diskussion gewünscht. Aber wir sind im politischen Alltag von der Realität sehr schnell eingeholt worden. Ich muss nicht darauf hinweisen, dass wir im dritten Jahr einer Wachstumsschwäche in unserem Land sind. Daher ist das Anpacken von sozialen Reformen, die dringend notwendig sind, unser Alltagsgeschäft geworden.

Die Einschnitte, die wir alle hinnehmen mussten, kennt Ihr. Das Wie – wie wir das umgesetzt haben – hat bei manchen von uns und auch bei manchen von euch und bei vielen in der Partei, auch bei den Ortsvereinsvorsitzenden Ärger und Verdruss ausgelöst. Wer heute glaubt, dass man den Ärger und die Frustration, die man in sich trägt, dadurch los wird, dass man sich einen Sündenbock sucht und sagt, der oder die seien daran schuld, ist auf dem völlig falschen Weg. Das kann es nicht sein. Denn wir alle miteinander müssen uns fragen, wie wir als Verantwortliche in der Vergangenheit die Akzeptanz unserer Politik in unsere Partei hinein transportiert haben, wie

wir das an die Menschen herangebracht haben. Wir alle miteinander haben den Fehler gemacht, mehr über uns zu reden als miteinander.

Das war ein Grund, warum unsere Bevölkerung über die Zielsetzung unserer Politik verunsichert ist und die Umfrageergebnisse so sind, wie sie im Augenblick sind.

Was wir für die Zukunft brauchen, ist eine klare Umschreibung unserer Zukunftsprojekte Familie, Bildung, auch Bürgerversicherung. Was wir brauchen, ist wieder die offensive Auseinandersetzung, auch mit dem politischen Gegner.

Heute kann man in der Zeitung lesen, dass aus München das Signal kommt: Der neue Bildungsminister will Horrorgebühren für Studenten, 400 bis 600 Euro, einführen. – Da weiß man doch, aus welcher Ecke die eigentliche Gefahr für unseren Sozialstaat kommt.

(Vereinzelt Beifall)

Sie kommt aus München und auch aus Hessen. Weiter kann man nämlich lesen: CSU plant Kürzungen bei den Frührentnern. – Deshalb meine inständige Bitte, liebe Genossinnen und Genossen: Lasst uns auch in Zukunft nicht vergessen, dass wir gemeinsam unseren politischen Gegner bekämpfen, nämlich den, der unseren Sozialstaat infrage stellt.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank. – Gernot Grumbach, Jörg Tauss, Ottmar Schreiner, Petra Ernstberger und der Genosse Jüttner, der gerade nicht mehr da ist; ich hoffe aber, dass er wieder da ist, wenn er an der Reihe ist.

Gernot Grumbach, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen, an dem letzten Beispiel – es ging um die Studiengebühren – kann man zeigen, wo manchmal ein Fehler der SPD-Debatte ist. Wenn man weiß, dass eine bestimmte Klasse in dieser Gesellschaft den Zugang ihrer Kinder zu bestimmten Einrichtungen exklusiv halten will, dann darf man ihnen als Sozialdemokrat keine Vorlage liefern, die sie auf die Idee kommen lässt, Sozialdemokraten würden Studiengebühren mitmachen. Deswegen muss der Parteitag hier eine klare Entscheidung treffen.

(Beifall)

Wir haben heute vieles über Politik gehört, aber, finde ich, noch immer zu wenig über die Partei. Wenn einer Partei 6 Prozent ihrer Mitglieder und die Hälfte ihrer Wähler weglaufen, dann darf man sich nicht nur fragen, ob man das Wichtige tut, sondern muss auch einen Moment darüber nachdenken, ob alles das, was man tut, auch das Richtige ist. Dafür ist dieser Parteitag da.

(Vereinzelt Beifall)

In der SPD und in allen politischen Parteien erschreckt mich der Einfluss der größten politischen Theoretikerin des letzten Jahrhunderts, Margaret Thatcher. Sie ist die Erfinderin von TINA. „TINA“ heißt in der Langversion: There is no alternative. „TINA“ oder „Es gibt keine Alternative“ ist kein Zeichen für Politik, sondern das Zeichen für Politikverzicht. Wir Sozialdemokraten sind dazu da, Politik zu gestalten und Alternativen aufzuzeigen, die im Interesse der Menschen sind. Der Satz „Es gibt keine Alternative“ sollte aus dem politischen Vokabular verdrängt werden.

Es geht dann weiter mit der Frage der Zwänge. Wenn man über die Zwänge der Globalisierung redet und dann sagt: „Deswegen müssen wir das und das tun“, dann, finde ich, macht man es sich schon zu einfach. Wenn man dabei bleibt, dass Sozialdemokraten diejenigen sind, die für Gestaltung verantwortlich sind, dann gilt: Unsere Aufgabe ist es nicht, die Menschen an die Zwänge der Globalisierung anzupassen, sondern unsere Aufgabe ist, den Prozess der Globalisierung politisch so zu gestalten, dass er endlich auf die Menschen Rücksicht nimmt. Das hat in der SPD eine lange Tradition.

(Beifall)

Damit bin ich bei Nina Hauers Frage: Was ist Gerechtigkeit? – Man kann auch das mit einem ganz einfachen Beispiel deutlich machen. Wenn man schon dem normalen Krankenversicherten an die Zähne geht, in einer Situation also, in der dafür kein Geld da ist, wäre es ein Zeichen für Gerechtigkeit, wenn man sagte: In dieser Situation überlegen wir uns auch, ob es noch die Zeit ist, den Spitzensteuersatz zu senken. – Das war in unserer Hand. Das hätten wir mindestens versuchen können.

(Beifall)

Wir müssen ja aufpassen. Bei Unternehmen ist es so: Wenn sie keine Werte in großer Form mehr produzieren, müssen sie darauf achten, dass ihr Markenzeichen stabil bleibt. – Das Markenzeichen der SPD ist die soziale Gerechtigkeit. Unsere Aufgabe ist es, denke ich, dieses Markenzeichen stabil zu halten und Ausgewogenheit zu erreichen. Wenn es auf der einen Seite Kürzungen gibt und gesagt wird, sie seien unvermeidlich, dann müssen auch die Menschen, die breitere Schultern haben, die Vermögen haben, für Zukunftsinvestitionen endlich Vermögensteuer und Erbschaftsteuer zahlen. Dafür muss von diesem Parteitag ein Signal ausgehen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Komm dann bitte zum Ende.

Gernot Grumbach, Parteirat: Ja. – Ich erinnere mich noch an den letzten Parteitag. Da hieß es: Mut zur Veränderung. – Die Frage ist: Wie ist es mit dem Mut? – Es ist zwar relativ schnell möglich, eine Gesetzesregelung zu schaffen, die junge Menschen, die in Arbeitslosigkeit sind, unter massiven Druck setzt, wenn sie eine Arbeit verweigern. Da ist pädagogisch viel Gutes dran. Im Gegenzug muss aber gesehen werden, wie verfahren wird, wenn es darum geht, die Unternehmen zu verpflichten,

Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Da sehe ich nur Zaghaftigkeit. Dieser Mut nach unten und diese Mutlosigkeit nach oben, das ist das, was mich in den letzten Monaten zur Verzweiflung gebracht hat.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen einzigen Satz sagen. Ich glaube, dass wir in der SPD aufhören müssen, auf Sicht zu fahren. Wir brauchen ein Radar. Unser Radar sind unsere Mitglieder. Die erkennen, was die Menschen wollen. Die erkennen die Probleme dieser Gesellschaft. Wenn wir dieses Radar stabil haben wollen, dann müssen wir etwas ganz Simples tun: Wir müssen einfach mehr Demokratie wagen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, wir haben um 14 Uhr mit 46 Wortmeldungen angefangen und wir haben jetzt immer noch 46 Wortmeldungen. Wir haben also sozusagen noch nichts abgearbeitet. Wenn ihr euch ein bisschen an die Redezeit halten würdet, würde das helfen.

Jörg Tauss, Ottmar Schreiner, Petra Ernstberger, der Genosse Wolfgang Jüttner und Horst Schmidbauer, danach Gerd Andress.

Jörg Tauss, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wenn die Andrea jetzt hier wäre, hätte ich mir eine wüste Bemerkung natürlich nicht ersparen können. Ich finde es immer relativ witzig, wenn aus der Olympia-Parteiführung Menschen an dieses Rednerpult treten und Appelle an die Parteiführung richten. Genossinnen und Genossen, wir haben euch gewählt, damit ihr da oben miteinander diskutiert und nicht uns mitteilt, was ihr euch gern gegenseitig mitteilen würdet. – Ich sage das für als kleine Nebenbemerkung.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, heute ist viel diskutiert worden, gerade auch darüber, wer an dem sicherlich schwierigen Bild, das wir in der Öffentlichkeit abgeben, schuld ist. Ich habe dieser Tage wieder ein paar Beitrittserklärungen im Willy-Brandt-Haus abgeben können. Es ist also nicht nur so, dass uns Menschen verlassen, sondern es gibt auch Menschen, die zu uns kommen. Nur: Diese Menschen, die zu uns kommen oder die erst noch zu uns kommen wollen, sagen: Liebe Freunde, wir haben Probleme, mitzubekommen, was eure Mehrheitslinie ist. – Es wäre unsere erste Aufgabe, glaube ich, das wieder hinzubekommen.

Ein Bäckerladen, aus dem jeden Tag dröhnt, dass die Brötchen nichts taugen, dass der Bäcker unmöglich ist und dass der Teig misslungen ist, braucht sich nicht zu wundern, wenn dort keine Brötchen gekauft werden. Das kann man auf die SPD übertragen. Wenn es heißt, dass die SPD unsozial ist, braucht sie sich nicht zu wundern, dass sie nicht gewählt wird.

(Beifall)

Aus diesem Grunde sollte von diesem Parteitag ein Stück weit ein Signal der Geschlossenheit ausgehen; das gilt auch für die Themen. Ich will nur zwei, drei Themen ganz kurz ansprechen.

Ich habe überhaupt nichts dagegen, Sigmar Gabriel, dass du die Situation derer verstärkt diskutieren willst, die zu den Beziehern unterer Einkommen gehören. Völlig einverstanden! Das müssen wir verstärkt tun. Die Menschen müssen das Gefühl haben, dass wir die Sorgen der kleinen Leute ernst nehmen und dass wir als soziale Partei für die sozialen Sicherungssysteme Verantwortung tragen. Das haben wir vielleicht noch nicht hinreichend deutlich gemacht. Nur: Dann will ich auch politisch diskutiert wissen, auch in der Öffentlichkeit, dass auch der Koch, den du angesprochen hast – ich meine jetzt den Koch, der arbeitet, nicht den in Hessen –, die Möglichkeit hat, seine Kinder zum Studieren zu schicken. So will ich die Studiengebührendebatte geführt wissen: Wie können die mit kleinem Geldbeutel – da hat der Kanzler völlig Recht – dafür sorgen, dass ihre Kinder auch in Zukunft Bildung erfahren? Das habe ich in deinem Beitrag zur Studiengebührendebatte vermisst; ich habe ihn aufmerksam verfolgt.

Nächstes Beispiel: vier Spielregeln. Ich habe überhaupt nichts dagegen, Peer Steinbrück. Heide Simonis hat auch schon einen witzigen Satz dazu gesagt. Nur: Liebe Heide, aus der Staatskanzlei in Schleswig-Holstein kommen ja auch nicht immer nur Töne, die hilfreich sind. Aber lassen wir das einmal am Rande. Ich will an dieser Stelle nur sagen: Ich habe die Spielregeln nicht aufgestellt. Ich habe dich nicht gezwungen, mit Herrn Stoiber und mit dem Land Sachsen ein Medienpapier zu schreiben, ohne mit denen zu diskutieren, die in der Partei Medienpolitik machen.

(Beifall)

Eines unserer Probleme ist, dass ihr rausgeht und mit Stoiber über Medienpolitik diskutiert, bevor ihr mit uns diskutiert. Ich halte das für ein Problem.

Noch ein kleines Beispiel. Ich bin sehr dafür, dass wir auch über die Komplexität der Ausbildungsplatzabgabe diskutieren. Ich bin nur nicht dafür, dass führende Genossen und Genossen nur durch die Gegend laufen und sagen, wie furchtbar und wie kompliziert das alles ist. Ich bin sehr für das, was auch Peer Steinbrück sagte: Wir müssen uns auch um die Bauchlagen kümmern, um den Kopf auch, aber eben auch um den Bauch. Die Menschen sagen aus dem Bauch – das ist ihr Gefühl –: Es ist nicht gerecht, wenn die große Zahl der Betriebe nicht ausbildet und der Staat immer mehr Geld dafür aufwenden muss, Jugendliche unterzubringen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen.

(Beifall)

Ich wünsche mir, dass dies diskutiert wird und nicht die Frage der Komplexität eines Gesetzgebungsvorhabens.

Ich muss zum Schluss kommen. Deswegen muss ich ein paar andere, die auf meinem Zettel stehen, schonen. Liebe Genossinnen und Genossen, die gesamte Gesellschaft sei verantwortlich, sagte Gerhard Schröder. Das gilt – das will ich an dieser Stelle noch einmal sagen – für alle Teile der Agenda. Zur Agenda gehört die Ausbildungsplatzumlage für Betriebe, die nicht ausbilden. Zur Agenda gehört eine mittelfristige Finanzplanung, Hans Eichel, die nicht auf Kürzung ausgerichtet ist, sondern die die Erfolge, die wir im Bereich Forschung und Wissenschaft erzielt haben, kontinuierlich fortschreibt.

Dann können wir die Auseinandersetzung mit Stoiber gewinnen, der in Bayern nach der Wahl – genauso ist es in Niedersachsen passiert – als Erstes bei Bildung und Forschung gekürzt hat.

Wir stehen aber für etwas anderes. Das muss in unseren Papieren und vor allem in unseren Haushaltsplänen zum Ausdruck kommen. Da haben wir noch ein bisschen nachzulegen.

Ich bedanke mich.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, richtet euch bitte mental darauf ein, dass etwa ab 16.00 Uhr der Generalsekretär seinen Bericht abgibt. Wir diskutieren jetzt noch eine Dreiviertelstunde. Nach dem Bericht nehmen wir diese Diskussion wieder auf.

Das Wort hat jetzt Ottmar Schreiner. Dann kommt Petra Ernstberger, Wolfgang Jüttner, Horst Schmidbauer, Gerd Andres und Carl-Christian Dressel.

Ottmar Schreiner, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Eine der historischen Säulen der SPD war immer, dass die Politik unserer Partei auch aus der Sicht der Schwächeren zu denken ist. Wir wollten Unterprivilegierten zur Gleichberechtigung verhelfen. Das galt insbesondere für die beiden großen Sektoren Arbeit und Bildung.

Heute wurde in mehreren Redebeiträgen auf die Globalisierung Bezug genommen. Ich habe in den letzten Monaten mehrfach auch von führenden Genossen der eigenen Partei unter Hinweis auf Globalisierungszwänge die Forderung nach einem Niedriglohnsektor vernommen. Wir haben in Deutschland längst einen Niedriglohnsektor. Über 2,4 Millionen Menschen arbeiten unter Vollzeitbedingungen für weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens. Das sind rund 900 Euro im Monat, Tendenz in den letzten Jahren steigend. Sie wird vermutlich auch in den nächsten Jahren steigend sein. Das bezeichnen die Fachleute als Armutslöhne. Davon können viele Menschen in Deutschland nicht mehr vernünftig leben. Sie müssen sich ein Zubrot mit Nebentätigkeiten verdienen. Das ist der direkte Weg in die Amerikanisierung unserer Arbeitswelt. Das kann keine sozialdemokratische Perspektive für Deutschland sein.

(Beifall)

Ich will Beispiele aus den vergangenen Wochen nennen. Mir wurde gesagt, dass in Berlin arbeitslose Autoschlosser Tätigkeiten als Nachtwächter unter Vollzeitbedingungen für 3 Euro die Stunde annehmen. Das reicht nicht aus, auch nur sich selbst ernähren zu können. Ich habe mir berichten lassen, dass allein erziehende Frauen in Altenpflegeheimen unter schwersten Bedingungen alte Menschen pflegen. Ihr Einkommen ist Sozialhilfe plus 1 Euro die Stunde. Das sind keine modernen Arbeitsverhältnisse; das sind moderne Ausbeutungsverhältnisse, die wir in Zukunft nicht auch noch ausbauen wollen. Wir brauchen hier vernünftige Regelungen.

(Beifall)

Wir haben nicht zu wenig Menschen, die im Niedriglohnssektor arbeiten, sondern zu viele. Deutschland ist ein großer Globalisierungsgewinner. Das hängt mit unserer hohen Arbeitsproduktivität, mit Produktinnovation und mit moderner Produktgestaltung zusammen. Wir sind weltweit das Land mit dem höchsten Anteil am Export auf den globalisierten Märkten. Da kann doch niemand behaupten, die Globalisierung sei unser Problem. Wir sind eines der klassischen Gewinnerländer im Globalisierungsprozess.

Aber es gibt auch Kehrseiten. Wir haben in Deutschland auch Globalisierungsverlierer. Das sind insbesondere die Nichtqualifizierten, die Wenigqualifizierten, junge Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss sowie die Langzeitarbeitslosen. Wenn wir diesen Menschen eine Perspektive bieten wollen, dann kann die Antwort nur lauten: Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung. Die Bundesanstalt für Arbeit macht aber flächendeckend das Gegenteil. Es gibt heute 40 Prozent weniger Arbeitslose in Weiterbildungsmaßnahmen als noch vor einem Jahr. Das absolute Gegenteil wäre notwendig: mehr Geld für Bildung, mehr Geld für sinnvolle Weiterqualifizierung und Weiterbildung.

(Beifall)

Wenn wir dieses Problem nicht in den Griff kriegen sollten, dann gibt es in Zukunft einen tiefen Graben in unserer Gesellschaft. Auf der einen Seite gibt es die hochproduktiven Globalisierungsgewinner und auf der anderen Seite gibt es die Globalisierungsverlierer am Rande der Gesellschaft. Ein neuer Riss geht durch unsere Gesellschaft. Das hat auch mit fehlendem sozialem Ausgleich zu tun.

In folgendem Punkt stimme ich Gerhard Schröder ohne jede Einschränkung zu: Eine gut ausgebaute Bildungspolitik, bessere Schulen, mehr Kinderbetreuungseinrichtungen und hochwertige Universitäten sind die beste Sozialpolitik der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Das wichtigste Kapital einer Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht das Kapital. Das wichtigste Kapital jeder Gesellschaft ist ihre junge Generation.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Als Nächste haben Petra Ernstberger, Horst Schmidbauer, Gerd Andres, Carl-Christian Dressel und Christoph Zöpel das Wort.

Petra Ernstberger, Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich einmal ein anderes Schlaglicht auf die Diskussion werfen. Als ich heute Früh zum Parteitag gegangen bin, habe ich mir einmal überlegt, wie eigentlich die Diskussion heute auf diesem Parteitag in Bochum aussehen würde, wenn jemand anderes 2002 die Kanzlerschaft übernommen hätte. Würden wir dann nicht hier darüber diskutieren, was unsere jungen Männer und Soldaten im Irak tun? Würden wir dann nicht darüber sprechen, wie Deutschland sich als eine Besatzungsmacht gerieren würde? Würden wir nicht sogar im schlechtesten Falle über diejenigen Deutschen sprechen, die vielleicht in Zinksärgen nach Deutschland zurückkehren würden?

(Vereinzelt Beifall)

Dass dies heute nicht Thema ist, das haben wir der verantwortungsvollen Außen- und Entwicklungspolitik dieser Bundesregierung zu verdanken.

(Beifall)

Mit Augenmaß, aber auch mit dem entsprechenden Selbstbewusstsein haben wir unsere Zeichen in diesen Politikfeldern gesetzt. Wir haben auf Konfliktprävention gesetzt, also darauf, dass wir auf gleicher Augenhöhe miteinander in den Staaten diskutieren, und darauf, dass wir gemeinsam am Friedensprojekt, das auch eine globale Herausforderung ist, arbeiten. Es hat uns vonseiten der anderen Staaten ein hohes Maß an Anerkennung und Lob gebracht. Ich glaube, das Wichtigste ist, dass wir damit einen Rahmen geschaffen haben, in dem wir innenpolitische Diskussionen über soziale Gerechtigkeit überhaupt führen können. Ohne die Rahmenbedingungen einer friedlichen Welt, in der Wohlstand und Wachstum, welche die Ziele der Sozialdemokratie sind, auch wirklich gedeihen können, gäbe es dies nicht.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, wünsche ich mir eine Welt, in der unsere Kinder, die im Wohlstand aufwachsen sollen, die Bildungschancen bekommen, die sie verdient haben. Aber dies soll auch für andere Menschen in anderen Nationen gelten, die noch nicht diese Chancen haben.

Wir als Sozialdemokraten neigen oft dazu, gerade uns selbst besonders kritisch zu betrachten. Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Wir schauen auf das Haar in der Suppe, aber sehen dabei nicht, dass eine Menge Fettaggen auf dieser Suppe schwimmen. Genau das ist es, was wir vergessen haben, nämlich in einem Kommunikationsprozess unseren Genossinnen und Genossen mitzuteilen, was wir bereits getan haben. Ich glaube, das ist heute in der Rede von Gerhard Schröder ganz deutlich geworden.

Ich sage euch: Ich persönlich möchte in diesem Deutschland 2010 leben. Ich möchte, dass auch meine Kinder in diesem Deutschland 2010 leben können. Dafür müssen wir noch eine Menge tun. Wir müssen auch an diesem Sozialstaat arbeiten

und versuchen, ihn umzubauen. Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen ihn umbauen; er soll aber nicht demoliert werden.

Deshalb lasst uns die Diskussion in der Partei führen! Wir sind nämlich die Partei der Diskussion. Deshalb bin ich einmal in diese Partei eingetreten. Die Diskussion in unserer Partei war immer der Motor für Fortschritt. Lasst uns den politischen Gegner bekämpfen, aber lasst uns nicht untereinander bekämpfen!

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Nach Wolfgang Jüttner kommen Horst Schmidbauer, Gerd Andres, Carl-Christian Dressel, Christoph Zöpel und Ute Vogt.

Wolfgang Jüttner, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Der politische Gegner kriegt als Erster eines auf die Mütze. Aber wenn wir Rechenschaft ablegen wollen, dann muss man schon einmal analysieren, wo das Haar in der Suppe ist.

Gerhard Schröder hat eine gute Rede gehalten. Sie hat mir gefallen. Ich stelle mir einmal vor, im letzten Jahr wären die bundespolitischen Signale durchgängig so gewesen wie der Tenor der heutigen Rede von Gerhard Schröder. Wir hätten dramatisch weniger Probleme. Ich sage euch das in aller Deutlichkeit.

(Beifall)

„Ich hatte einen Traum“, so beginnt der Brief eines langjährigen Parteimitglieds an Gerhard Schröder, vor wenigen Tagen abgeschickt. Der Genosse, der vor 37 Jahren in die SPD in meinem Bezirk eingetreten ist, schreibt etwas über Frieden, über soziale Gerechtigkeit, über Selbstverwirklichung und zur Person von Willy Brandt. Der Brief endet – das wird euch nicht überraschen –: „Hiermit trete ich aus der SPD aus.“

Von diesen Briefen gibt es in den letzten Monaten zu viele. Ich mag sie nicht mehr lesen; das muss ich euch sagen. Allein in meinem Bezirk ist die Mitgliederzahl in den letzten zwei Jahren – das ist der Zeitraum dieser Wahlperiode – um mehr als 3 400 gefallen. Das sind dramatische Entwicklungen. Meine Vorstellung ist, dass ohne eine große linke Mitgliederpartei Demokratie in Deutschland gefährdet ist. Mir tut es weh, dass die SPD in Nordrhein-Westfalen von der CDU bei der Mitgliederzahl inzwischen überholt worden ist. In Niedersachsen haben wir in wenigen Monaten wahrscheinlich die gleiche Entwicklung.

Für mich heißt Mitgliederpartei kommunale Demokratie. Für mich bedeutet Mitgliederpartei die Gewährleistung, dass wir für morgen das politische Potenzial heranbilden, um in der politischen Auseinandersetzung bestehen zu können. Deswegen darf man das nicht abtun, sondern es muss eine unserer Aufgaben sein, die Mitgliederzahl zu stabilisieren.

Was ist dazu beizutragen? Erstens. Ich glaube, dass die Themen Vertrauen und Glaubwürdigkeit von zentraler Bedeutung für eine politische Partei sind. Übrigens:

Wir haben die Wahl in Niedersachsen vor der Agendadebatte verloren. Beides, Vertrauen und Glaubwürdigkeit, ist im letzten Jahr dramatisch abhanden gekommen. Wir sind in einer Situation, in der uns kaum jemand vertraut, in der uns aber alles zutraut wird. Wenn wir aus dieser Situation nicht herauskommen, ist es ziemlich egal, was wir politisch inhaltlich machen. Zurzeit ist es so, dass selbst gute Vorschläge in Berlin kaum noch zur Kenntnis genommen werden. Unstetigkeit, Sprunghaftigkeit, Beliebigkeit, das müssen Fremdwörter im sozialdemokratischen Sprachgebrauch werden. Darauf weise ich eindringlich hin.

(Beifall)

Zweitens. Das Ganze ist nicht nur eine Frage des Marketings, auch das Produkt muss geschärft werden. Wofür steht SPD-Politik, liebe Genossinnen und Genossen? Es geht nicht um einen dumpfen Begriff von sozialer Gerechtigkeit und Etatismus, wie er vielleicht vor 140 Jahren angedacht worden ist. Nein, wir müssen einen modernen Begriff dessen entwickeln, wie das 21. Jahrhundert den Sozialstaat organisiert. Wir fangen die Debatte an, wir sind mittendrin. Es gibt keine Alternative zu massiven Reformen, die notwendig sind. Aber, Genossinnen und Genossen, eine Debatte darf nicht damit begonnen werden, dass es heißt: Es gibt keine Alternative zu dieser Ausgestaltung von Reformen. Damit sind wir im Frühjahr konfrontiert worden.

(Beifall)

Ausgrenzung in der programmatischen Debatte reißt uns herunter. Das können wir uns nicht leisten. Lasst uns die nächsten Monate in der Debatte nutzen, um im Grundsatzprogramm das durchzubuchstabieren, wie in einer modernen Gesellschaft, in einem zeitgemäßen Gemeinwesen soziale Gerechtigkeit mit Zukunftsfähigkeit kombiniert werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank. – Horst Schmidbauer, dann Gerd Andres, Carl-Christian Dressel, Christoph Zöpel, Ute Vogt und Dr. Lale Akgün.

Horst Schmidbauer, Bundestagsfraktion: Genossinnen und Genossen! Ich finde, der politische Seismograph ist das wichtigste Gut, das wir haben. Ich denke, dass der politische Seismograph für die SPD die Partei als solche ist: unsere Ortsvereine, unser Unterbau. Ich meine, es ist wichtig, dass wir diesen Seismographen haben. Unser Problem ist, dass dieser Seismograph in den zurückliegenden Monaten und im zurückliegenden Jahr ganz wenig eingeschaltet worden ist, vielfach ausgeschaltet worden ist.

Es ist natürlich völlig klar: Wenn dieser Seismograph nicht mehr reagiert und nicht mehr reagieren kann, wenn Warnungen ignoriert werden, dann brauchen wir uns, Genossinnen und Genossen, gerade wenn dieser Seismograph auf soziale Gerechtig-



keit eingestellt ist, nicht zu wundern, dass die Ergebnisse letztendlich entsprechend aussehen. Die Konsequenzen daraus haben wir bei den Ergebnissen vieler Wahlen gesehen. Das haben wir bei unserem Mitgliederschwund gesehen. Das haben wir in vielen anderen Bereichen gesehen, die damit einhergehen, bis hin zu der Frage des Kompetenzverlustes im Bereich der Sozialpolitik, der letzte Kompetenzverlust, den wir als Sozialdemokraten haben feststellen müssen. Das tut natürlich weh, Genossinnen und Genossen. Ich glaube, daran müssen wir arbeiten, dass wir das Gut, das wir in der Sozialdemokratie entwickelt haben, pflegen, dass wir es wieder nach vorne bringen und zum Maßstab unseres Handelns machen.

Ich denke, dass die Frage der sozialen Gerechtigkeit natürlich der zentrale Maßstab ist. Schauen wir uns doch einmal die Entwicklungen der letzten Zeit an, beispielsweise in der Gesundheitspolitik, in der die Lasten völlig schief verlagert worden sind, nämlich zuungunsten der Kranken und der Versicherten. Auf der anderen Seite hatte die Anbieterseite so gut wie keine Lasten zu tragen. Das kann man nach draußen nicht vermittelbar ist. Die Menschen spüren, dass damit ein großes Maß an Ungerechtigkeit einhergeht.

Oder schauen wir uns an, wie das Ganze beim Sofortprogramm im Bereich der Rente aussieht. Es wäre für uns möglich gewesen, den Beitragssatz nicht zu einem Dogma, zu einer heiligen Kuh zu erklären. Wenn wir den Beitragssatz um 0,1 Prozentpunkte hätten ansteigen lassen können, hätten wir die Nullrunde für Rentnerinnen und Rentner in Deutschland aussetzen können. Ich glaube, dann wären die Be-

lastungen für die Rentnerinnen und Rentner sozial verträglich und sozial gerecht gewesen. Dann hätten wir das auf den richtigen Weg gebracht.

Wir müssen für Alternativen kämpfen. Ich habe mich heute sehr darüber gefreut, dass sich Gerhard Schröder in Richtung der Empfehlungen von Herzog positioniert hat und dass er gesagt hat, dass die Kopfpauschale für uns keine Lösung ist, weil sie weder sozial gerecht ist noch realisiert werden kann. Aber mir hat die sozialdemokratische Antwort gefehlt, dass wir mit allem Nachdruck dafür sorgen, in Deutschland eine Bürgerversicherung zu schaffen, an der alle beteiligt sind und in der die Lasten gerecht verteilt werden. Diese Botschaft hat mir heute gefehlt. Aber ich hoffe, wir werden sie im Rahmen der Antragsberatung noch hören.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Gerd Andres, bitte.

Gerd Andres, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Wolfgang Jüttner hat davon gesprochen, dass eine programmatische Debatte durch nichts zu ersetzen und für die deutsche Sozialdemokratie lebensnotwendig ist. Ich finde, er hat völlig Recht. Wir haben in den letzten Jahren die programmatische Debatte innerhalb unserer Partei verschlafen oder falsche programmatische Debatten geführt. Ich will dazu ein paar Belege anführen, die an Diskussionsbeiträge bzw. an Grußworte anknüpfen, die es hier gegeben hat.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident hat heute Morgen in seinem Grußwort erläutert und erklärt, dass wir mit Reformen eigentlich viel zu spät angefangen haben und zum Teil unter Reformblockaden leiden, die auf 16 Jahre Kohl zurückzuführen sind. Wer sich die Realitäten anschaut, der muss zur Kenntnis nehmen, dass in den letzten zehn Jahren das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Deutschland 1,4 Prozent betrug, in den Niederlanden 2,6 Prozent, in Großbritannien 2,8 Prozent und in der EU 3,3 Prozent. Die Beschäftigung stieg im Vergleichszeitraum in den Niederlanden um 2 Prozent, in Großbritannien um 1 Prozent, in den USA um 1,5 Prozent und in Deutschland um fast nichts.

Die Arbeitslosenquote konnte im Vergleichszeitraum von 1993 bis 2002 in den Niederlanden von 6,2 auf 2,7 Prozent, in Großbritannien von 10 auf 5,1 Prozent, in Schweden von 9,1 auf 4,9 Prozent, in den USA von 6,8 auf 4 Prozent gesenkt werden, während sie in Deutschland von 7,7 auf 8,6 Prozent, nach der ILO-Methode berechnet, anstieg.

Angesichts dieser Vergleichsdaten, Genossinnen und Genossen, muss man zur Kenntnis nehmen, dass bei einer Reihe sehr wichtiger Indikatoren in unserem Land exakt der gegenteilige Trend von dem in vergleichbaren europäischen Ländern eingetreten ist. Dabei werden nicht die Modelle des US-amerikanischen freien Kapitalismus und das europäische Sozialmodell einander gegenübergestellt, sondern die Si-

tuation in Deutschland wird mit der Situation in Ländern verglichen, in denen das europäische Sozialmodell genauso gültig ist wie bei uns. Bei diesem Vergleich schneiden wir schlecht ab.

Wer das ändern will, Genossinnen und Genossen, muss ganz deutlich ein paar Positionen formulieren. Möglicherweise muss er auch Fragen stellen. Er muss die Frage stellen, ob beispielsweise die Politik der Frühverrentung, die wir in diesem Land in den letzten 15 Jahren gemacht haben, und zwar alle zusammen – die Regierungen, die Gewerkschaften, die Arbeitgeber –, richtig ist – ich halte sie für falsch, wir können sie uns sowieso nicht leisten – oder ob sie nicht im Gegenteil dazu führt, dass die Beschäftigungsquoten noch weiter absinken, als sie ohnehin absinken würden. Man muss auch die Frage stellen, ob die Arbeitszeitverkürzung in dem Zusammenhang ein richtiger Weg war. Wir müssen unsere Anstrengungen darauf richten, in vielen Bereichen Beschäftigung für Personen zu finden – damit knüpfe ich an das an, was Ottmar Schreiner gesagt hat –, die eine geringe Qualifikation haben. Zu glauben, man könne das dadurch auffangen, dass die Bundesanstalt für Arbeit eine Qualifikation nach der anderen finanziert, statt etwas an der Beschäftigungsunfähigkeit der Personen zu ändern, ist falsch, Ottmar. Diesen Weg sind wir lange genug gegangen und dürfen ihn nun nicht fortsetzen. Wir müssen mit unserer Arbeitsförderungs politik, mit unserer Qualifizierungspolitik zu anderen Positionen kommen. Dabei müssen die Fragen gestellt werden: Welche Effizienz steht den eingesetzten Mitteln gegenüber? Was erreichen wir mit welcher beschäftigungspolitischen Maßnahme? Sind die Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren ergriffen haben, eigentlich die richtigen?

Eine letzte Frage greife ich gerne auf. Schade, dass Sigmar Gabriel gerade nicht hier ist. Ich würde mit ihm gerne über eine Position zu den Mindestlöhnen diskutieren. Das ist eine ganz spannende Diskussion. Er hat ja Mindestlöhne eingefordert. Er hat gesagt, dass Menschen mit geringem Einkommen noch nicht einmal die Kindergartenplätze bezahlen können. Ich möchte dazu eine andere programmatische Debatte eröffnen, Genossinnen und Genossen: Wieso leisten wir es uns eigentlich, dass das Unternehmen den Maschinenbauingenieur vom Staat finanziert und ausgebildet zur Verfügung gestellt bekommt, während es den Werkzeugmacher, den es braucht, selber ausbilden muss? Das ist eine ganz spannende Frage, der man einmal nachgehen kann. Wieso ist unser Schulsystem eigentlich kostenfrei, während Menschen – da stimme ich Sigmar zu – mit relativ geringem Einkommen, die zwei oder drei Kinder haben, inzwischen immer höhere Kindergartengebühren finanzieren müssen, was dazu führt, dass beispielsweise die Ehefrauen nicht mehr erwerbstätig sein können?

Wer solche Fragen formuliert, Genossinnen und Genossen, wird ganz schnell merken, dass die Frage der Studiengebühren damit in einen anderen Zusammenhang gestellt wird. Auch die Frage der Ausbildungsplatzabgabe hat dann eine ganz andere Systematik.

Vorsitzende Heide Simonis: Kommst du bitte langsam zu Ende?

Gerd Andres, Hannover: Ich glaube – damit komme ich zum Schluss –, dass unser duales Bildungssystem dringend renovierungsbedürftig ist. Dabei kommt die Finanzierungsfrage für meine Begriffe erst ganz zum Schluss. Ich warne davor, zu glauben, wir hätten die Probleme schon gelöst, wenn wir eine kleine Teilantwort gegeben haben, wie wir sie möglicherweise in der einen oder anderen Frage auf diesem Parteitag geben. Das halte ich für einen Irrtum. Ich glaube, dass uns, gerade in den Bereichen, die ich eben genannt habe, noch gewaltige Reformschritte bevorstehen. Ich glaube, dass die Beantwortung der Fragen, die ich gestellt habe, im weiteren Prozess völlig alternativlos ist. Ich denke auch, dass die Agenda vor dem Hintergrund unseres sozialen Grundverständnisses –

Vorsitzende Heide Simonis: Gerd!

Gerd Andres, Hannover: – völlig alternativlos ist.

Schönen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke. – Jetzt kommen noch Carl-Christian Dressel, Christoph Zöpel, Ute Vogt, Dr. Lale Akgün und Detlev Albers. Dann unterbrechen wir die Aussprache, damit der Generalsekretär seinen Bericht abgeben kann.

Carl-Christian H. Dressel, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Wie man schon von einigen Vorrednern hören konnte, ist es zurzeit wahrlich nicht vergnügungsteuerpflichtig, in unserer Partei Verantwortung zu tragen. Als Oberfranke kann ich das persönlich bestätigen. Wir waren einmal die Hochburg der Bayern-SPD. In unserer Region hat der Strukturwandel noch nicht in allen Bereichen sein Ende gefunden. Fehler der Kohl-Regierung vor und nach der Wiedervereinigung führen gerade jetzt zu Angst – Angst vor der Zukunft, Angst auch vor der EU-Osterweiterung. Die Menschen in der Region sind Menschen, die der SPD schon immer vertraut haben. Zurzeit sind sie teilweise arbeitslos und Sozialhilfeempfänger. Diese Menschen haben bei der bayerischen Landtagswahl vor einigen Wochen leider gezeigt, dass ihr Vertrauen erschüttert ist.

Aber gerade deshalb will ich, dass von diesem Parteitag ein Signal ausgeht, das drei Dinge klarstellt: Erstens macht die SPD Deutschland fit für die Zukunft. Ich bin im Nebenamt Hochschullehrer und kann sagen: Gerade im Bildungsbereich, besonders in Bayern, muss die SPD, müssen wir dafür sorgen, dass Deutschland wieder an die Spitze kommt und dass Bildung nicht zu Stoibers Sparschwein oder Göppels Gerechtigkeitlücke verkommt.

Zweitens. Die SPD steht fest zu ihren Idealen. Diese Ideale sind für mich soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengerechtigkeit. Lassen Sie mich hinzufügen: Soziale Gerechtigkeit ist für mich nicht eine leere Worthülse, sondern eine Anleitung zum praktischen Handeln. Ich will, dass Bildung und Teilhabe jedem offen stehen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wenn ich mir anhöre, was aus München

kommt, stelle ich fest: Über den Tellerrand schauen schon die Forderungen nach Schulgeld für die Gymnasien für übermorgen, nachdem die CSU morgen Studiengebühren einführen will.

Liebe Genossinnen und Genossen, das darf nicht sein. Denn – drittens – wir als SPD versündigen uns nicht an unserer Zukunft und unserem Land. Wir haben Mut zur Verantwortung. Ich habe mit meinen 33 Jahren noch keine Kinder. Aber ich will, dass meine Kinder in einem Land aufwachsen, in dem man merkt, dass die SPD Regierungsverantwortung trägt, und dass sie im Jahr 2010 in einem Deutschland zur Schule gehen, das so aussieht, wie Gerhard Schröder es vorhin beschrieben hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, auf unserem außerordentlichen Parteitag im Juni haben wir beschrieben, wie wir die konkreten Grundlagen für die strukturelle Erneuerung unseres Landes sehen. Deutschland sei zu Reformen verdammt, schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ vor einigen Monaten. Ich sage: Unsere Reformen sind zum Erfolg verdammt, Erfolg um Deutschlands und Europas willen und um des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande willen. Sie sollen uns wieder vertrauen, und das mit Recht. Deshalb lasst uns das Richtige und Wichtige tun.

Ich danke euch.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Christoph, bitte.

Christoph Zöpel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Über drei Dinge möchte ich reden: über Stolz, über den Wunsch nach Klarheit und über meine Sorge.

Stolz kann jeder Sozialdemokrat sein, der außerhalb unseres Landes über unsere Partei und unseren Parteivorsitzenden spricht. Die historischen Beiträge der deutschen Sozialdemokratie dazu, Kriege, die zu nichts führen, zu verhindern, haben ihre Fortsetzung gefunden mit der Verweigerung, Soldaten in den Irak zu schicken. Dadurch konnte vermieden werden, dass dort Soldaten aus Deutschland und großen Teilen Europas sein würden. Begonnen haben unsere Beiträge 1914 mit der Verweigerung des Kriegskredites. Man kann gar nicht oft genug wiederholen, welche hohe Meinung die sozialdemokratische Welt von uns hat.

Mein Wunsch nach Klarheit bezieht sich auf die Debatten über Reformen. Ich mag dieses Wort kaum mehr in den Mund nehmen, weil ich glaube, dass uns die positive Bedeutung dieses Wortes bereits entwunden worden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Der Wunsch nach Klarheit bedeutet Folgendes: Es gibt gar keinen Zweifel, dass wir in einer Gesellschaft, in der die Menschen älter werden können und es weniger Junge gibt, die Einnahmen und Ausgaben der Sozialsysteme, des Rentensystems, des Gesundheitssystems, neu austarieren müssen. Das ist unstrittig und erklärbar. Es ist

auch völlig klar, dass in einer Gesellschaft mit weniger Kindern viel mehr getan werden muss, um jedes Talent und jede Fähigkeit so früh wie möglich zu fördern, damit jeder junge Mensch später im Berufssystem ist. Auch das ist zu begreifen und zu erklären.

Nicht zu erklären hingegen ist, dass unter dem Begriff „Reformen“ im Rahmen der Globalisierung etwas zu uns überschwappt: der immer vorhandene Wunsch eines Teils dieser Welt, nämlich der Privilegierten, die Ungerechtigkeit zu steigern. Wer wahrgenommen hat, mit welcher Begeisterung deutsche Unternehmen über Jahrzehnte ungeschminkt über die ungerechte Einkommensverteilung in Lateinamerika geschrieben und geredet haben, der kann verstehen: Sie möchten es auch hier.

Aufgrund gut ausgearbeiteter Statistiken können wir feststellen: Die Einkommensverteilung in Deutschland wird Schritt für Schritt ungerechter.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb meine ich, Klarheit bedeutet: Wenn wir einander Veränderungen, die nötig sind, durchsetzen wollen, muss es klare Absagen geben. Eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich ist Lohndrückerei und nichts anderes; das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall)

Es gibt keinen Grund, die Steuern in Deutschland weiter zu senken. Denn die Steuern in Deutschland sind die niedrigsten der EU. Auch unsere Abgabenquote liegt in der EU ganz unten.

(Vereinzelt Beifall)

Wer Schweden als ein Beispiel für gelungene Reformen nennt – das stimmt –, wer darauf hinweist, dass das Wachstum in Schweden erträglich hohe Raten hat, sollte hinzufügen: Die Abgabenquote in Schweden ist zehn Prozentpunkte höher als die in Deutschland. An der Abgabenquote können die Probleme in Deutschland also nicht liegen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist mein Wunsch nach Klarheit: der demographischen Veränderung begegnen, aber Nein sagen zu einer Verschiebung der Einkommensverteilung.

Zum Wort „Verteilung“: Ich glaube, umverteilen wollen in dieser Gesellschaft andere – nicht wir. Sie wollen von unten nach oben umverteilen. Dieses Phänomen ist das Verteilungsproblem, das wir zurzeit haben.

(Beifall)

Jetzt komme ich zu meiner Sorge. Gerhard Schröder, du hast gesagt: Wir wollen nicht nur einen demokratischen Staat, wir wollen auch eine demokratische Gesell-

schaft. Zwischen dem demokratischen Staat und der demokratischen Gesellschaft stehen als Vermittler demokratische Parteien. Das ist die Voraussetzung dafür, dass es eine demokratische Gesellschaft in einem demokratischen Staat geben kann. Mich sorgt der Mitgliederschwund. Mich sorgt auch unsere Unfähigkeit, noch ausreichend innerparteilich zu kommunizieren.

(Beifall)

Die Welt ist schwierig geworden. Sie wird nicht dadurch leichter, dass man zwar Tausende und Abertausende Informationen über das Internet und andere Netze bekommen kann, sie aber nicht verstanden werden. Was nicht verstanden wird, kann nicht zu Orientierung führen. Ich glaube, unsere Sozialdemokratie versagt an dieser Stelle. Wir sind in diesem Sinne keine ausreichend demokratische Volkspartei mehr, weil wir uns nicht ausreichend bemühen, Veränderungen zu verstehen, sie dann zu kommunizieren und aus dieser Kommunikation die ganze Fülle von Wissen zu saugen, die notwendig ist, um Politik zu gestalten.

Zur innerparteilichen Demokratie gehören für mich zwei ganz einfache Dinge: optimale Transparenz und Offenheit aller Vorgänge und Geduld – Geduld, zuzuhören, umso komplizierter die Zusammenhänge sind. Wenn sich Offenheit und Geduld bei der innerparteilichen Kommunikation paaren, macht es zum Schluss, so glaube ich, Spaß, weil alle wieder verstehen. Wenn man merkt, dass andere verstehen, freut man sich auch selber.

Ich runde ab: Diese wieder mehr demokratische Partei, in die mehr kommen, weil es ihnen Spaß macht, brauchen wir, um den Stolz über unsere historische Leistung in der Friedenspolitik ausreichend zu vermitteln.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Dank. – Dann kommt jetzt Ute an die Reihe.

Ute Vogt, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will an dem letzten Gedanken von Christoph Zöpel anknüpfen – das passt ganz gut –: an der Sorge, die er hinsichtlich der Diskussionskultur und der Form der Demokratie in unserer Partei zum Ausdruck gebracht hat. Die Partei muss mithelfen, dass die Regierungsverantwortung getragen und erhalten werden kann, so lautete vorhin die Bitte von Gerhard Schröder in seiner Rede. Ich denke, wir sollten sie als Partei insgesamt als Aufforderung dazu verstehen, uns, ausgehend von diesem Parteitag, wieder stärker in die Debatten einzumischen, aber gegenseitig zu wissen, dass man sich früher über Themen, die anstehen, unterrichten muss und dass wir über Veränderungen, die die einen oder die anderen auf uns zukommen sehen, rechtzeitig sowie offen und ehrlich diskutieren.

Wir haben in der Vergangenheit auf Parteitag häufig in vielen Themen Kompromisse gefunden, mit denen viele hinterher leben konnten, die aber oft keine Klärung gebracht haben. Bei dem Beispiel der Lohnnebenkosten erinnere ich mich gut daran, dass auch ich bei meiner ersten Bundestagswahl damit durch die Gegend zog, dass es auf die Höhe der Lohnnebenkosten überhaupt nicht ankomme. Ich bin heute anderer Meinung – und mit mir sicher die große Mehrheit der Partei. Denn im morgigen Antrag wird formuliert, dass wir zur sozialen Sicherung eben nicht nur auf die Steigerung der Beiträge setzen können, sondern dass wir auch die steuerfinanzierte Anteile erhöhen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Erkenntnis hat die Partei erst jetzt in dem vorliegenden Antragspapier niedergeschrieben. In der Bundestagsfraktion und in der Regierungspraxis ist dies schon länger Leitlinie. Deshalb glaube ich, dass uns dieser Parteitag die Chance gibt, das, was wir morgen in unserem Perspektivantrag verabschieden, nicht nur zu beschließen, sondern mitzunehmen, auszuarbeiten und darüber an der Basis so zu diskutieren, dass die Genossinnen und Genossen die Chance haben, sich rechtzeitig einzubringen und dies zu vertreten.

Schon bei der Bundestagswahl haben wir bemerkt, dass es vielen schwer fällt, vor Ort zu argumentieren. Ich glaube nicht, dass es reichen wird, wenn man die Politik einfach besser verkauft, schönere Plakate macht oder das Bundespresseamt noch tollere Regierungskampagnen unterstützt. Politik vertreten kann man nur dann, wenn man die Chance hat, selbst darüber zu diskutieren und sie mit zu entwickeln. Das haben wir alle zusammen in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Denn dies ist nicht nur etwas, was man von oben verordnen kann, sondern auch etwas, was man gemeinsam bearbeiten und erarbeiten muss.

Als ich in die SPD eingetreten bin, wäre ich mit Sicherheit nie Mitglied geworden, wenn ich das Gefühl gehabt hätte: Das ist eine Partei, in die man sich nicht einbringen kann. Wenn es keinen Streit und keine Diskussionen gegeben hätte, dann hätte ich nicht den Eindruck gehabt: Ich kann etwas verändern. Nur wenn es dies gibt, hat man die notwendige Motivation, mitzumachen.

Deshalb wünsche ich mir, dass wir es ernst nehmen, mitzuhelfen und wieder aktiv Debatten zu führen. Ich wünsche, dass wir wieder Stolz und Selbstbewusstsein in die Mitgliedschaft hineinragen.

Auch ich möchte zum Schluss einen Brief zitieren – auch Wolfgang Jüttner hat dies getan –, den ich vor drei Wochen erhalten habe. Drei Mitglieder haben mir geschrieben: „Liebe Ute! Wir sind stolz darauf, dass unsere Partei in so schwierigen Zeiten Problemen nicht aus dem Weg geht und Probleme anpackt, auch wenn es für unsere Umfragewerte derzeit schlecht ist und wenn es uns Parteimitgliedern ungeheuer viel Kraft kostet.“ Wenn wir es schaffen, deutlich zu machen, dass wir in Zukunft, ausgehend von diesem Parteitag, die Meinung und die Kenntnisse der Mitgliedschaft wie-

der ernst nehmen und langfristig vorbereiten, sie wieder einzubeziehen, dann, glaube ich, wird es sehr viel einfacher, mit Stolz, der berechtigt ist, und mit dem notwendigen Selbstbewusstsein für das zu streiten, für das es sich wirklich zu streiten lohnt: für eine starke Kraft der Sozialdemokratie in Deutschland.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Jetzt kommt Lale Akgün an die Reihe. Danach kommt Detlev Albers und dann machen wir einen Schnitt.

Lale Akgün, NRW: Liebe Genossinnen und Genossen! Es war in diesem Herbst für uns alle nicht leicht, einige notwendige Veränderungen auf den Weg zu bringen. Ich will ein Beispiel nennen: Der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II beendeten ein jahrzehntelanges Nebeneinander und den Wirrwarr zwischen den kommunalen Sozialämtern und den staatlichen Arbeitsämtern. Die Kolleginnen und Kollegen sind zwischen den beiden Einrichtungen hin- und hergeschickt und nicht immer fair behandelt worden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren so mit der komplizierten Verwaltung der beiden konkurrierenden Systeme beschäftigt, dass sie kaum mehr dazu kamen, ihren eigentlichen Job zu erledigen: die Vermittlung in Arbeit.

Erst ein integriertes Fallmanagement aus einer Hand schafft die Voraussetzungen für eine passgenaue Vermittlung in Arbeit und Qualifizierung.

Bitte versteht mich nicht falsch: Es ist unbestritten, dass wir mehr Wachstum und Beschäftigung nicht allein über eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und den Umbau der Bundesanstalt erreichen werden. Makroökonomische Probleme sind auch mit makroökonomischen Instrumenten zu lösen. Ohne Zweifel leidet unsere Volkswirtschaft unter einer gravierenden binnenwirtschaftlichen Nachfrageschwäche. Die trotz Krise steigenden Exportüberschüsse sind ein Indikator für diese These. Dennoch müssen wir die Krise nutzen, um auch unsere mikroökonomischen Hausaufgaben zu erledigen. Auch hier gibt es Spielräume für politisches Handeln. Diese müssen wir nutzen. Das ist der Sinn der Agenda 2010. Der Umbau der Bundesanstalt ist eine dieser Baustellen, auf deren Baustellenschild steht: Wegen Umbau geöffnet. Ich bitte daher um eure Solidarität auch bei der Verwirklichung derjenigen Projekte, die auf den ersten Blick nicht besonders populär sind.

Genossinnen und Genossen, nach all den harten Konflikten, die wir in den letzten Monaten untereinander und miteinander ausgetragen haben, müssen wir jetzt wieder die Reihen schließen. Damit dies keine hohle Phrase bleibt, will ich drei Zukunftsprojekte nennen, mit denen wir mit Blick auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen wieder punkten können.

Erstens: Verteilungsgerechtigkeit. Ich sage das Grand-Old-Dirty-Word hier ganz bewusst zu Anfang. Wir müssen beim Umbau die soziale Symmetrie wahren. Die

Erbschaft- und die Vermögensteuer werden kommen. Niemand darf sich bei der Finanzierung unseres Gemeinwesens ausklinken.

Zweitens: Teilhabegerechtigkeit. Der erste berufsqualifizierende Bildungsabschluss muss frei von Studiengebühren sein. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr junge Menschen, die ein Studium aufnehmen. Wir brauchen insbesondere die Talente aus den ärmeren sozialen Schichten. Wir lassen aber auch die Lehrlinge nicht im Regen stehen. Sie solidarische Ausbildungsumlage wird allen ausbildungswilligen jungen Menschen eine Lehrstelle garantieren.

Drittens: kommunale Gerechtigkeit. Es sind unsere Städte und Gemeinden, die diejenigen öffentlichen Güter anbieten, die Voraussetzung für das Funktionieren und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind: Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten und Müllabfuhr. Hier können wir durch öffentliche Investitionen die lahrende Binnenkonjunktur anstoßen und gleichzeitig unsere lähmende öffentliche Infrastruktur modernisieren. Wir haben deshalb die Reform der Gemeindefinanzen auf den Weg gebracht. Wir wollen die kommunale Realsteuer stärken und nicht demonstrieren, wie es die Union plant.

Wer dieses Programm als vernünftigen Mix aus Angebots- und Nachfragepolitik als neoliberal diffamiert, hat nicht alle Tassen im Schrank. Moderne Sozialdemokraten wissen ganz genau, dass der Markt allein nicht alles zum Guten wendet.

Vorsitzende Heide Simonis: Liebe Genossin, würdest du dann bitte langsam zum Ende kommen?

Lale Akgün, Nordrhein-Westfalen: Ja. – Lasst mich dennoch ein Wort zu den jungen Leuten vor dieser Halle sagen. Unsere Antennen haben beim Regieren ein bisschen die nötige Sensibilität eingebüßt, in die Gesellschaft hineinzuhorchen. Die neue globalisierungskritische Bewegung ist ein Fakt. Es bringt nichts, sie zu ignorieren oder zu diffamieren. Stattdessen müssen wir den Dialog suchen, auch wenn dies nicht immer leicht fällt. Bestimmt können wir das eine oder andere von den jungen Leuten lernen, vor allem wenn es um die Frage geht, wie wir das europäische Sozialmodell gegenüber dem amerikanischen behaupten können.

Vorsitzende Heide Simonis: Sei bitte ein bisschen fair und komme jetzt zum Ende! Die anderen haben sich auch mehr oder weniger daran gehalten.

Lale Akgün, Nordrhein-Westfalen: Gut. – Ich möchte euch sagen: Es ist an der Zeit, dass wir miteinander und nicht gegeneinander kämpfen. Wir müssen in diesen schwierigen Zeiten solidarischer sein und sehen, wie wir weiterkommen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Bitte, Detlev.

Detlev Albers, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben in Bremen in den letzten 13 Monaten nicht weniger als drei Wahlgänge absolviert. Wir haben alle drei Wahlgänge gewonnen. Das war nicht ganz selbstverständlich.

(Beifall)

Wir haben vor 14 Monaten 48,5 Prozent der Zweitstimmen im Land Bremen geholt und damit den Sieg für unsere ganze Partei, mit Gerhard Schröder an der Spitze. Wir haben im Mai wieder gewonnen, nur hatten wir nur noch 42 Prozent. Aber das war immerhin hart erkämpft und hat den Abstand zwischen der SPD und der CDU zu unseren Gunsten vergrößert. Wir haben erst vor sechs Wochen bei den Kommunalwahlen in Bremerhaven erneut den Vorsprung vor den Christdemokraten vergrößert. Wir sind mit 36,5 Prozent an der Spitze geblieben.

(Beifall)

Gleichzeitig muss ich sagen: Innerhalb dieses Zeitraums jedes Mal sechs Prozent zu verlieren ist etwas, was uns umtreiben muss. Außerdem haben wir in Bremen allein im Monat Oktober 85 Mitglieder verloren, darunter viele, die jahrzehntelang in unserer Mitte gearbeitet haben. Das ist der Grund, warum wir aufgerüttelt zu diesem Parteitag gekommen sind.

Ihr fragt mich nach den Ursachen. Im Schnittpunkt unserer drei berühmten Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – liegt der zentrale, unersetzbare Begriff unserer Parteiziele, die soziale Gerechtigkeit. Darin, diesen Begriff verständlich zu machen, liegt aus meiner Sicht die schwerste Herausforderung und es ist ein Stück Selbstkritik erforderlich, damit umgehen zu können.

(Vereinzelt Beifall)

Soziale Gerechtigkeit beziehe ich jetzt nicht rückwärts, sondern auf das, was in den nächsten vier Wochen vor uns liegt.

Wenn wir ein Ergebnis des Vermittlungsausschusses am 19. Dezember bekommen werden, das wir selbst nicht mehr mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit in Einklang bringen können, das wir nicht glaubwürdig umsetzen können, dann gehen wir gemeinsam in eine Krise, in eine Krise, aus der ich keinen Ausweg sehe. Niemand will euch von diesem Parteitag für den Weg zum 19. Dezember Details mit auf den Weg geben. Es darf aber nicht dazu kommen, dass die Tarifautonomie in dieser Verhandlungsrunde substanziell beschädigt wird. Das kann und darf nicht passieren.

(Beifall)

Es darf auch nicht dazu kommen, dass das, was wir in schwierigen Diskussionen geleistet haben, um mit dem Arbeitslosengeld II Vorkehrungen zu treffen, damit kein weiterer Zugang in Altersarmut droht, ins Gegenteil verkehrt wird. Wenn sich neue Abgründe in dem Prozess des Umbaus auftun würden, den wir angehen müssen und wollen, und zwar in Richtung eines sozialen Abstiegs für ältere Arbeitnehmer, in

Langzeitarbeitslosigkeit, würden wir damit in die Knie gehen. Das ist nicht auszuhalten und das ist es, worauf die CDU schwerpunktmäßig gesetzt hat. Wenn wir dies aber unterbinden können, dann können wir von diesem Parteitag aus ein Signal senden. Dann aber müssen wir alle, von unten bis zur Spitze, wissen, dass wir uns nicht rückwärts drehen dürfen, so wahr wir Sozialdemokraten sind und bleiben wollen.

(Beifall)

Nun ein Letztes: Dieser Parteitag ist der letzte vor einem Ereignis, das wir nur alle Jahrzehnte vor uns haben, vor einem Parteitag über ein neues Grundsatzprogramm. Wir haben heute nicht nur in der Rede von Gerhard, sondern vor allem in der Rede von António Guterres auf bestem Englisch die großen Eckpfeiler einer Vision gehört, auf die wir Sozialdemokraten unser neues Grundsatzprogramm entwickeln wollen. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns damit ernst machen, dass sich dieser Parteitag auf den Weg begibt, mit einem neuen Grundsatzprogramm die Ziele der Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie in der Globalisierung durchzusetzen. Das sind die Angelpunkte, an denen wir mit der sozialen Gerechtigkeit im Mittelpunkt unserer täglichen Arbeit und im Mittelpunkt der Regierungsarbeit, aber eben auch als langfristige programmatische Zielsetzung festhalten sollten. Auf dem Weg dorthin haben wir eine riesige Chance. Lasst sie uns gemeinsam nutzen!

Ich danke euch.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank. – Wir kommen jetzt zum Bericht des Generalsekretärs. Olaf, du hast das Wort.

Bericht des Generalsekretärs

Olaf Scholz, Generalsekretär der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bekomme täglich Briefe von Mitgliedern und SPD-Anhängern. Sie fragen: Wo bleibt das Soziale? Ist das, was ihr tut, ausgewogen? Werden nicht immer nur die kleinen Leute belastet? Sind wir noch die alte SPD?

Viele Mitglieder verlassen unsere Partei, auch nach vielen Jahren der Mitgliedschaft. Darunter sind Mitglieder, die über Jahrzehnte zu den Aktivsten gezählt haben, die Plakate geklebt haben, die mit uns Politik gemacht haben, die für die SPD den Kopf hingehalten haben, die in den Kommunalparlamenten unsere Partei vertreten haben. Fast jeder von uns kennt jemanden, der lange dabei war und ausgetreten ist. Wir nehmen diese Austritte nicht auf die leichte Schulter.

Jeder weiß: Es sind nicht nur Austritte, die uns Sorgen machen. Wir haben bittere Niederlagen bei Landtags- und Kommunalwahlen eingesteckt.

Alles das belastet uns. Ganz ehrlich: Als ich vor einem Jahr Generalsekretär unserer Partei wurde, hatte ich mir eine solche Entwicklung nicht vorgestellt.

Genossinnen und Genossen, wir stecken mitten in einem Umbruch unseres Landes. Der Abschied von alten Gewohnheiten, von alten Erwartungshaltungen und Mentalitäten fällt uns verdammt schwer, uns allen. Vielleicht konnten wir deshalb nicht immer gut genug erklären, was wir machen und warum wir es machen. Aber wir müssen kämpfen, jeden Tag, um jedes Mitglied, um jeden Wähler!

(Beifall)

Ich hoffe sehr, dass dann Wählerinnen und Wähler, Kollegen und Mitglieder zu uns zurückfinden werden. Wenn manche davon nicht jetzt gleich zurückkommen, aber in einem Jahr oder in zwei Jahren, dann ist auch das unsere Mühe wert.

Im Übrigen: Auch jetzt, auch in diesen Monaten verzeichnen wir Eintritte – sicher weniger als Austritte, aber es sind doch fast Zehntausend und sehr viele dieser neuen Mitglieder sind junge Leute.

Wir können mehr Mitglieder gewinnen. Das wird so sein, wenn die Menschen ihre Hoffnung auf Gerechtigkeit und soziale Sicherheit mit uns verbinden. Das wird so sein, wenn sie uns erneut als Partei des Fortschritts und der Zukunft in Deutschland verstehen.

Genossinnen und Genossen, wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren es, die in den letzten Monaten die zentrale Zukunftsdebatte unserer ganzen Gesellschaft geführt haben. Wir alle wissen, wie anstrengend, wie schwierig und unendlich mühsam diese Debatte ist. Aber wir sind es eben, die diese Debatte führen. Auch darauf können wir stolz sein. Wir haben uns nicht gedrückt.

Die Reform der Agenda 2010 halte ich für richtig. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass ohne diese Reformen Sozialstaat und soziale Marktwirtschaft in unserem Lande gefährdet wären. Die Reformen sind – das wissen wir – nicht populär. Wer sie öffentlich vertritt, bekommt das oft zu spüren. Trotzdem, Genossinnen und Genossen: Wir haben diese Reform auf unserem Parteitag im Juni gemeinsam beschlossen. Generalsekretär und Partei werden sich nicht gegen die Fraktion und die Bundesregierung bei der Durchsetzung dieser Reformen stellen.

(Beifall)

Gerade jetzt ist es gut, dass wir die Verantwortung für die Regierung haben, denn der sozialstaatliche Konsens in Deutschland ist in Gefahr. Das ist gefährlich. Der sozialstaatliche Konsens war immer eine der ganz großen Stärken unseres Landes: gut für unsere Wirtschaft, gut für den sozialen Frieden, gut für unseren Wohlstand. Deshalb wollen wir diesen Konsens bewahren.

Heute nimmt aber die Zahl derjenigen in Deutschland zu, die offen und zynisch die Meinung vertreten, der ganze Sozialklimbim sei sowieso Belastung und Bürde aus einer vergangenen Zeit. Herr Rogowski, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, hat gesagt, er wünsche sich manchmal ein großes Lagerfeuer, um das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hineinzuworfen. Genossinnen und Genossen, was für ein Bild!

Und: Herr Rogowski wird sich auf andere Weise warm halten müssen. Wir werden die Tarifautonomie und die Betriebsverfassung verteidigen!

(Beifall)

Frau Merkel profiliert sich als Theologin. Vor dem Herrgott sind Hausmeister und Manager gleich – das hat sie gesagt, um zu begründen, dass in Zukunft alle, unabhängig von ihrem Einkommen, denselben Krankenversicherungsbeitrag zahlen sollen, nämlich 264 Euro pro Kopf. Der Frau Merkel muss man sagen: Im Himmel mögen Hausmeister und Manager gleich sein. Als Sozialdemokraten bestehen wir sogar darauf.

(Heiterkeit – Beifall)

Aber wir wissen auch: Die Geldbeutel von Hausmeistern und Managern auf dieser Erde sind unterschiedlich prall gefüllt. Darum wollen wir die solidarische Bürgerversicherung, darum lehnen wir die Einführung von Kopfpauschalen in der Krankenversicherung ab!

(Beifall)

Viele werden sich eine solche Krankenversicherung gar nicht leisten können, viele verdienen gar nicht so viel.

Dann hören wir, dass durch Zuschüsse geholfen werden soll. Aber, Genossinnen und Genossen, es ist ein Unterschied, ob man – wie heute – seine Krankenversicherung

aus eigenem Einkommen zahlen kann oder ob man auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist. Kein Mensch weiß überhaupt, wo mal eben bis zu 40 Milliarden Euro für Zuschüsse aus Steuermitteln herkommen sollen.

Und ein paar Tage später kündigt Herr Merz an, dass er den Spitzensteuersatz auf 36 Prozent senken will.

Genossinnen und Genossen, das passt vorne und hinten nicht zusammen.

(Beifall)

Wir lehnen eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes ab.

(Vereinzelt Beifall)

Die Zeche dafür zahlen doch nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Schaut man gleich weiter zu Herrn Kirchhof, auch in der CDU sehr beliebt, dann zahlen bald alle dieselbe Steuer von 25 Prozent. Gewissermaßen kommt nach der Kopfpauschale in der Krankenversicherung die Kopfsteuer.

Genossinnen und Genossen, das werden wir nicht mitmachen. Zu einem gerechten Steuersystem gehört auch, dass die Steuerlast mit wachsendem Einkommen steigt.

(Beifall)

Friedrich Merz – das ist ja ein ganz besonders interessanter Fall – erklärt die 16 Jahre Helmut Kohl kurzerhand zu einem einzigen großen Irrtum und verkündet den Anfang vom Ende der Sozialdemokratisierung der CDU. Wir fragen uns: Was meint der Mann damit? Heiner Geißler hat es auf den Punkt gebracht: Sie machen aus der CDU eine neoliberale Wirtschaftspartei.

Genossinnen und Genossen, auch wenn die derzeitigen Umfragen das wirklich nicht nahe legen: Für diese Politik gibt es in Deutschland auf Dauer keine Mehrheiten!

(Beifall)

Unsere Sozialreformen dienen einem Ziel: dafür zu sorgen, dass alle Menschen Arbeit haben. Seit über 20 Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen immer weiter gestiegen. Gerade die Langzeitarbeitslosigkeit hat immer weiter zugenommen. Damit werden wir uns nie abfinden.

Genossinnen und Genossen, unsere Partei hat ihr ganzes Selbstbewusstsein, ihren ganzen Stolz immer über die Würde und über den Wert der Arbeit begründet. Dabei bleibt es, weil Arbeit auch heute noch fundamental ist für das Wohlergehen der allermeisten Menschen in Deutschland. Dabei bleibt es, weil die Lebenschancen, die Anerkennung und die Einbindung der Menschen in unsere Gesellschaft davon abhängen, ob die Menschen Arbeit haben oder nicht.

Genau darum halten wir, so weit wir jetzt auch davon entfernt sind, an unserem Ziel der Vollbeschäftigung fest. Manche sagen: Das gibt es nicht mehr. Sie sind aber, finde ich, widerlegt. Schauen wir uns in Europa um: Beispielsweise in Schweden, in Finnland, in Norwegen und in Dänemark finden heute mehr Menschen Arbeit. Warum soll in einem reichen Land wie dem unsrigen nicht gelingen, was dort gelungen ist?

In diesen Ländern sind sozialdemokratische Parteien den Weg gegangen, den wir jetzt zum Beispiel mit unserer Reform der Arbeitsvermittlung gehen. In einer so großen persönlichen Katastrophe, wie es die Arbeitslosigkeit ist, dürfen wir die Menschen nie alleine lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, entscheidend für die beruflichen Chancen der Menschen ist die Bildung, die wir ihnen ermöglichen. Das ist übrigens ein lebensbegleitendes Thema. Hier unterscheiden wir uns fundamental von denen, die den Menschen nur einmal eine Chance geben wollen. Wir wollen ein Leben lang immer wieder neue Chancen geben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich war neulich in meinem Wahlkreis Hamburg-Altona bei der Volkshochschule. Sie bietet Menschen, die ihren Hauptschulabschluss nachholen wollen, einen einjährigen Unterricht an. Jedes halbe Jahr bewerben sich 200 Interessierte. Gerade 40 können genommen werden. Genossinnen und Genossen, so werden Menschen im Stich gelassen. So werden Chancen und Hoffnungen zerstört.

(Beifall)

Viele von uns – auch hier im Saal – haben von den Bildungsreformen der 60er- und 70er-Jahre profitiert. Auch ich zähle zu denen, die die Chance genutzt haben, das erste Mal in der Geschichte ihrer Familie Abitur zu machen und zu studieren. Das habe ich wie viele andere dem Engagement der eigenen Eltern, aber auch dem Engagement sozialdemokratischer Bildungspolitiker zu verdanken.

(Vereinzelt Beifall)

Aber die große Bildungsreform der 60er- und 70er-Jahre ist zum Erliegen gekommen. Die Bildungsleitern, auf denen viele emporgestiegen sind, sind hochgezogen worden. Die Durchlässigkeit nach oben auch für die kleinen Leute hat es in der Bundesrepublik eine Zeitlang gegeben. Heute sieht das schlechter aus. In keinem vergleichbaren Land hängen die Bildungschancen so sehr von der sozialen Herkunft ab wie bei uns in Deutschland. Das darf nicht so bleiben. Damit können wir Sozialdemokraten nicht leben.

(Beifall)

Bildung wird immer wichtiger. Wer heute einen Hauptschulabschluss macht, hat Schwierigkeiten, damit den Beruf seiner eigenen Eltern zu ergreifen. Aber wer heute gar keinen Schulabschluss hat, der hat nur ganz geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft. Deshalb: Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass ein solches Land wie die Bundesrepublik Deutschland 10 Prozent seiner Schülerinnen und Schüler ohne irgendeinen Abschluss aus den Schulen entlässt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Gerechtigkeit durch Bildung, das heißt übrigens nicht, dass sich andere Gerechtigkeitsfragen erledigt hätten. Der Ausweitung der Investitionen in die Bildung der Menschen hat auch etwas mit Verteilung zu tun. Wer starke Schultern hat, muss einen größeren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Darum muss das Vererben großer privater Vermögen wieder höher besteuert werden.

(Beifall)

Es kann nicht sein, dass die Erbschaftsteuer heute real geringer ist als zu Ludwig Erhards Zeiten. Deshalb, glaube ich, ist das schon eine notwendige Reform, die wir dort auf den Weg bringen wollen.

Genossinnen und Genossen, Bildung endet nicht mit der Schule. Wir wollen, dass alle jungen Menschen nach der Schule einen Ausbildungsplatz bekommen. Heute wird zu wenig ausgebildet. Früher war das anders. Früher war Ausbildung eine moralische Selbstverständlichkeit. Viele Unternehmen begriffen es als ihre Aufgabe. Aber das ist anders geworden. Deshalb ist es richtig, dass die Unternehmen, die nicht oder nicht genug ausbilden, eine Umlage zur Finanzierung der Ausbildung zahlen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Deutschland ist ein kinderunfreundliches Land. Das gilt trotz all der Verbesserungen, die wir durchgesetzt haben. Wir sind schlechter als andere Länder. Es gibt zu wenig Betreuungsmöglichkeiten, vor allem zu wenig qualitativ gute Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder. Die Folgen kennen wir alle. Die Zahl der Geburten in Deutschland nimmt ab, obwohl sich junge Leute in Deutschland genauso viele Kinder wünschen wie junge Menschen anderswo. Klar. Aus der Perspektive der Wettbewerbsgesellschaft ist das Idealbild vom Menschen der berufstätige Single. Aus der Perspektive der Menschen ist er es nicht. Deshalb machen wir unsere Politik aus der Perspektive von Eltern und Kindern. Dieser Parteitag wird dazu viele weitreichende Beschlüsse fassen.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, alle diese Themen und weitere werden wir in den nächsten Tagen noch intensiv diskutieren, weil sie alle zu der Frage gehören, wie wir unser Land in sozialer Verantwortung gerecht erneuern können, wie wir wieder Per-

spektiven für Wachstum, Beschäftigung und gesellschaftliche Innovation aufzeigen können. Intensive inhaltliche Debatten sind kein Makel, im Gegenteil. Wir müssen sie führen, damit Entscheidungen von allen mitgetragen werden können. Besser, wir diskutieren vor einer Entscheidung, und nicht, wenn sie bereits gefallen ist. Bei der Agenda 2010 – das wissen wir alle – war es anders herum. Ein Teil der Probleme, die wir miteinander haben, rühren sicher daher. Aber es ist völlig klar: Im Regelfall müssen wir erst untereinander diskutieren und dann entscheiden. Bei den Themen des Perspektivantrages auf diesem Parteitag sind wir genau so vorgegangen. Wir brauchen Freiräume für die Diskussion und die kontroverse Debatte, Freiräume auch für unser Nachdenken über den Tag hinaus.

Eine Partei, die sich, weil sie in Regierungsverantwortung ist, das Denken über den Tag hinaus verbieten würde, würde sich selbst aufgeben. Das hat die CDU unter Kohl bitter erfahren. Diesen Fehler dürfen und werden wir nicht machen.

(Beifall)

Die Grenze des sozialdemokratischen Denkens liegt auch nicht dort, wo der unionsgeführte Bundesrat gerade noch zustimmt. Über die Inhalte sozialdemokratischen Denkens bestimmen wir selbst.

(Beifall)

Das, liebe Genossinnen und Genossen, gilt allemal für unsere Programmdebatte. Wir haben uns 1999 vorgenommen, ein neues Grundsatzprogramm zu schreiben. Inzwischen ist die Debatte in Gang gekommen. Das ist auch notwendig. Denn die Diskussion über unsere Grundsätze, darüber, was Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität heute bedeuten, brauchen wir, wenn wir im Sinne von Willy Brandt auf der Höhe der Zeit sein wollen. Unterschiedliche Ansätze können da zusammenwachsen. Bis zum nächsten Jahr werden wir einen Text als Grundlage für die innerparteiliche Diskussion vorlegen. Für diese Diskussion nehmen wir uns ausreichend Zeit, bevor wir auf einen eigenen Parteitag unser neues Programm beschließen. Denn eines ist klar: Unsere Debatte über das Programm ist mindestens so wichtig wie am Ende der Text.

(Vereinzelt Beifall)

Nur durch offene Diskussion werden wir in unübersichtlichen Zeiten gemeinsam vorankommen. Wir wissen alle, wie schwer das ist, wenn das Interesse der Medien an Unterhaltung innerparteiliche Diskussion zu Krisen und Aufständen hochjazzt und damit jede ernsthafte und abwägende Debatte im Keim erstickt. Genossinnen und Genossen, das macht es uns nicht leichter. Ganz und gar unakzeptabel ist es aber, und zwar nicht allein für uns, wenn große deutsche Zeitungen behaupten, Politik sei nur noch Blabla. So wird Politik verächtlich gemacht. So wird Politikverdrossenheit systematisch erzeugt. Das geht an die Substanz der Demokratie.

(Beifall)

Die Geschichte der Weimarer Republik hat uns gelehrt, wohin es führen kann, wenn das demokratisch legitimierte Parlament als „Quasselbude“ diskreditiert wird. Politik ist alles andere als Blabla.

Genossinnen und Genossen, ein schwieriges, ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Das vor uns liegende wird nicht viel weniger einfach: die Europawahl, vier Landtagswahlen, acht Kommunalwahlen, eine ganz wichtige hier in Nordrhein-Westfalen. Bei allen Wahlen haben wir die Chance, besser abzuschneiden,

(Vereinzelt Heiterkeit)

weil wir mit diesem Parteitag ein Aufbruchsignal geben werden, weil wir gemeinsam Projekte wie Mitgliederwerbung, Reform der Organisation und Programmdebatte vorantreiben werden, weil wir unmittelbar nach diesem Parteitag eine Dialogoffensive starten werden. Ich schlage vor, dass alle Mitglieder des neu gewählten Vorstandes, dass Ministerinnen und Minister, dass alle Verantwortlichen in unserer Partei überall in Deutschland in den nächsten Monaten in Veranstaltungen für die Politik der Erneuerung und für die Ziele werben, die wir hier festlegen werden.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wer könnte bestreiten, dass sich unsere Gesellschaft in einem historischen Umbruch befindet? Wer könnte bestreiten, dass auch wir davon betroffen sind? Aber in jeder Krise steckt auch eine Chance, wir können diese Chance nutzen, wenn wir einen klaren Kopf behalten, die notwendigen Entscheidungen treffen und den Blick nach vorn richten.

Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Aussprache

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank, lieber Olaf. – Ich setze euer Einverständnis damit voraus, dass wir, wie zu Beginn verabredet, die Rednerliste weiter normal abarbeiten. Im Moment sind noch 30 Wortmeldungen auf der Liste. Es liegt in eurer Macht, es irgendwann zu begrenzen. Unser Zeitplan sieht vor, dass wir nach Möglichkeit vor 18 Uhr mit den Wahlen beginnen. So wie die Lage jetzt ist, wird das nicht eingehalten werden können.

Wir fahren fort. Es gibt eine halbe Stunde weitere Wortbeiträge. Dann gebe ich der Schatzmeisterin das Wort. Als Erstes hat sich Hermann Haack gemeldet, dann folgt Constanze Krehl.

Karl Hermann Haack, Bundestagsfraktion: Genossinnen und Genossen! Hier steht jemand vor euch, der seit 1987 Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag ist.

In vielen Wortbeiträgen ist gesagt worden, dass das, was wir „Agenda 2010“ nennen, nicht hinreichend diskutiert worden ist. Ich möchte das nicht in toto behandeln, aber doch einige Akzente setzen.

Worüber haben wir in der SPD-Bundestagsfraktion und in der Partei vor der Agenda 2010 geredet? Zunächst einmal haben wir uns doch die Aufgabe gestellt, Regierungsfähigkeit wiederzugewinnen, um dieses Land nach unseren Grundsätzen von Solidarität und Gerechtigkeit gestalten zu können. Wir haben nach 16 Jahren Helmut Kohl erlebt, dass dieses Land mit Mehltau belegt war. Wir wussten: Veränderung ist notwendig, um in Zukunft bestehen zu können. Wir haben in der Partei und in der Fraktion über soziale Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt, über den Umbau des Sozialstaats und über den Frieden geredet. Wir haben uns in Partei und Fraktion an anderen Ländern orientiert. Gerhard Schröder hat in seiner Rede heute Morgen darauf hingewiesen, was die Nachbarländer um uns herum, ob es Holland, Großbritannien oder Schweden ist, gemacht haben. Wir sind aus diesen Ländern zurückgekommen und haben gesagt: Veränderung tut Not und Veränderung müssen wir selbst in unserem Land herbeiführen. Das Bedauerliche ist, dass wir es nicht vor der Übernahme der Regierungsverantwortung geschafft haben, ein in sich geschlossenes Reformkonzept für den Arbeitsmarkt, für den Umbau des Sozialstaats, für die Steuerreform und für die Ausstattung von Gemeinden zu entwickeln.

Das hat uns in der Regierungsverantwortung eingeholt. Wir haben dann versucht, in der Agenda 2010 die Antwort darauf zu geben. Genossinnen und Genossen, für die Bundestagsfraktion, für den Teil, der überwiegend zugestimmt hat, und für den Teil, der auf dem letzten Parteitag der Agenda 2010 zugestimmt hat, möchte ich sagen: Bei dieser Zustimmung hat für uns die Frage der sozialen Gerechtigkeit eine große Rolle gespielt.

(Beifall)



Es war schon schmerzlich, zu erfahren, dass wir zu der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gruppen über die Reform des Arbeitsmarkts und über die Gesundheitsreform und zu der Auseinandersetzung mit einer versifften Gegenpartei dann auch noch in der eigenen Partei eine Debatte über die soziale Gerechtigkeit an den Hals bekommen haben. Wir mussten gewissermaßen eine Auseinandersetzung an zwei Fronten führen. Auf der einen Seite mussten wir das Neue durchsetzen, das Land zukunftsfähig machen. Auf der anderen Seite hatten wir eine Debatte – ich will das in dieser Deutlichkeit sagen; das ist ein Stück Wahrheit in der Frage, wie wir das empfunden haben –, in der unter dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit gefragt worden ist: Ist es bei 4 Euro noch zumutbar? Ist es bei 6 Euro noch zumutbar? Ist es bei 9 Euro noch zumutbar? – Ich habe aus der Geschichte der Partei gelernt – so haben wir das in meiner Generation erlebt –: Soziale Gerechtigkeit ist, Landwirtschaftskindern auf dem Land Bildung zugänglich zu machen und Arbeiterkindern Bildung zu ermöglichen. Soziale Gerechtigkeit ist, Arbeit zu ermöglichen. Soziale Gerechtigkeit ist, die Erwerbsquote von Frauen zu erhöhen, indem wir mit Kinderbetreuung die Möglichkeit schaffen, Familie und Beruf zu verbinden. Das ist im Grunde soziale Gerechtigkeit. Es geht um die große Linie.

Genossinnen und Genossen, ich muss auch die Feilschereien erwähnen. Wenn ich mir ansehe, womit sich Ulla Schmidt in der Frage der Zuzahlungen auseinander setzen muss oder womit sich Wolfgang Clement beim Konzept des Arbeitslosengeldes II auseinander setzen muss, dann muss ich sagen, dass sich aus der Sicht derjenigen,

die zu entscheiden haben, in der SPD-Bundestagsfraktion die Perspektiven verschoben haben.

Was bleibt jetzt an und für sich als Aufgabe? Dieser Parteitag soll Aufbruch bringen. Dieser Parteitag soll auf das Ziel verweisen, 2006 die Wahlen zu gewinnen. Gerhard Schröder hat gesagt, dass er 2006 zur Verfügung steht. Das heißt doch: Wir versammeln uns hinter Gerhard Schröder und wir marschieren mit Gerhard Schröder in Richtung 2006, damit dieses Land auch 2010 immer noch von der SPD regiert wird. Darum geht es, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Seid doch nicht so kleinmütig, wenn ihr zur AWO geht und erklärt, was Agenda ist, oder wenn ihr zur Gewerkschaft geht und erklärt, was Agenda ist. Wenn ihr in euren Wahlkreisen irgendwohin geht, dann leugnet nicht, was wir tun, leugnet nicht, was wir verantworten wollen, sondern macht es den Menschen klar. Es gilt immer noch der Grundsatz von Johannes Rau: Mundfunk statt Rundfunk. Es gilt, die Menschen da abzuholen, wo sie sind: bei der Gewerkschaft, bei der AWO, in den Kindergärten, in den Schulen. Es gilt, dort meinungsbildend zu sein. Das ist unser Ziel, Genossinnen und Genossen. Lasst uns diesen Parteitag verstehen als einen Parteitag des Aufbruchs für den Wahlsieg in Nordrhein-Westfalen, in anderen Bundesländern und letztlich im Bund 2006! Nichts anderes zählt!

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank. – Von Sönke Rix aus Schleswig-Holstein liegt mir ein Antrag auf Schließen der Rednerliste vor. Spricht jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Constanze Krehl auf. Dann folgen Heide Simonis und Hermann Scheer.

Constanze Krehl, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann da nahtlos anschließen. Lasst uns von diesem Parteitag dieses Aufbruchsignal geben! Wir müssen zu den Menschen kommen und nachweisen, dass unsere Politik, die wir machen, Bundesregierung und Partei zusammen, wirklich zukunftsfähig ist. Wir müssen deutlich machen, dass wir auch und gerade mit den Reformen für soziale Gerechtigkeit eintreten, weil wir so mehr Chancen eröffnen, zu Arbeit und zu Bildung zu kommen.

Zur sozialen Gerechtigkeit sind drei Punkte zu sagen, die ich hier kurz anreißen möchte.

Erstens. Es gehört zu den Grundlagen sozialdemokratischer Politik, funktionierende Kommunen in unserem Land zu haben. Das sind Kommunen, die eine ausreichende Finanzausstattung haben, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden können, Arbeitsplätze schaffen können, soziale und, wie Gerhard Schröder das vorhin schon sehr

deutlich sagte, kulturelle Dinge fördern können. Ich hoffe, dass die Gemeindefinanzreform der richtige Weg und das richtige Zeichen für unsere Kommunen ist.

Zweitens. Ein ganz wichtiger Punkt ist für mich der Zugang zu Bildung. Zukunftsfähigkeit geht nicht ohne Bildung, kann ohne Bildung nicht funktionieren. Sozial gerecht ist insbesondere, wenn unsere Kinder den Zugang zu Bildung bekommen. Im Vorschulalter, im Grundschulalter entscheidet sich nämlich, welche Möglichkeiten man später hat, eine Berufsausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Genau das müssen wir stärken.

Ich lade euch alle ganz herzlich ein, mit uns sächsischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten genau ein solches Schulkonzept zu diskutieren. Wir sollten nicht nur über PISA reden, sondern wir sollten ein solches Konzept in den Ländern auch tatsächlich umsetzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, soziale Gerechtigkeit misst sich natürlich auch daran, wer eigentlich in diesem Sozialstaat einzahlt. Ich denke, dass von diesem Parteitag ein deutliches Signal ausgehen muss, dass wir die Lasten auf breite Schultern verteilen wollen.

Ich möchte, dass ein weiteres Signal von diesem Parteitag ausgeht; ich bitte dringend darum. Wir haben nicht erst im Jahre 2006 Wahlen; auch das ist heute schon angesprochen worden. In Sachsen haben wir nächstes Jahr drei Wahlen zu bestehen: die Europawahl, die Kommunalwahl und im Herbst die Landtagswahl. In der Bundespolitik muss man sich nur mit einem großen Gegner auseinandersetzen. In Sachsen haben wir mindestens zwei. Hinzu kommt nämlich noch die PDS, mit der wir uns sehr stark in Bereichen, die gerade uns wichtig sind, auseinander setzen müssen. Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn von diesem Parteitag das Signal ausgehen würde, dass die Sozialdemokratie die neuen Bundesländer unterstützt.

Der Bochumer Oberbürgermeister hat heute Früh gesagt, dass vor über 20 Jahren hier im Bochumer Raum fast 60 000 Arbeitsplätze im Bergbau verloren gegangen sind. Ich kann gut nachfühlen, was das für die Region und für die Menschen bedeutet, die betroffen waren und sind. 1990 sind im Raum Leipzig innerhalb eines halben oder dreiviertel Jahres 55 000 Arbeitsplätze im Braunkohlebergbau verloren gegangen. Ich glaube, ihr könnt ermessen, was das bedeutet und welchen Umstrukturierungsprozess wir in den neuen Bundesländern vornehmen müssen. Ich glaube auch, dass ihr alle wisst, dass dieser Prozess lange Zeit dauern wird.

Wir wollen mit eigenen Ideen und eigener Arbeit schaffen. Aber ganz allein kommen wir da nicht hin. Wir brauchen eure Unterstützung. Ich würde mich freuen, wenn deutlich wird, dass von Bochum ein Signal der Unterstützung ausgeht. Dann können wir auch in Sachsen Wahlen gewinnen und ein gutes Ergebnis für die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vorlegen.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank. – Jetzt Heide Simonis und anschließend Hermann Scheer und Garrelt Duin.

Heide Simonis, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! In einem Interview des „Vorwärts“ mit dem ehemaligen dänischen Premierminister Rasmussen schildert dieser, welche tief greifenden und schmerzlichen Eingriffe er in Dänemark hat mitmachen müssen und wie er und die Arbeiterpartei gebeutelt wurden. Das selbe könnte Göran Persson oder unsere Kollegen aus Holland erzählen.

Göran wurde von einem Mitglied seiner Partei als das größte Arbeitverrätterschwein in der schwedischen Sozialdemokratie beschimpft. Dennoch: Aufgrund der Leitidee, dass jeder etwas beizutragen hat und Opfer erbringen muss, können Schweden und Dänen heute voller Stolz darauf verweisen, dass die Arbeitslosigkeit halbiert oder noch weiter gesenkt wurde, dass das Wirtschaftswachstum nach oben und das Defizit gegen Null geht, dass sie eine gute Position im internationalen Wettbewerb und beste Positionen im Rahmen der PISA-Studie und bei der Frauenerwerbstätigkeit haben.

Diese Rosskur hat sich also gelohnt. Deswegen müssen wir überlegen, ob wir weiterkommen, wenn wir so tun, als ob wir keine Rosskur brauchten. Wir müssen überlegen, ob wir – wenn schon Rosskur – diese so durchführen, dass alle gleichermaßen zur Finanzierung herangezogen werden. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die meisten Menschen, die man fragt, einsehen, dass etwas geschehen muss. Was sie aber irritiert, ist, dass wir manchmal nach Art der Echternacher Springprozession bestimmte Fragen angehen: erst nein, dann ja, erst nicht zu viel, dann ein bisschen mehr. Dies macht die Menschen nervös und ängstlich. Dann sind sie für diese Politik nicht mehr erreichbar.

Angesichts des demographischen Wandels, der hohen Arbeitslosigkeit und der drastischen Steuerausfälle, von denen jeder Landesfinanzminister mit Tränen in den Augen erzählen könnte, sind wir gezwungen, mehr zu tun als nur Kosmetik. Dabei müssen wir Prioritäten setzen bei Ausbildung, Forschung und Betreuung, weil uns das wettbewerbsfähig macht. Wir müssen dann aber auch so ehrlich sein, die Posterioritäten zu nennen, nämlich, was wir uns nicht mehr leisten können, wenn unsere Kassen leer sind.

Ich glaube, dass unsere Wähler das verstehen, wenn wir diese Fragen mit Mut und immer wieder ansprechen und ihnen nicht ausweichen. Dann verstehen sie nämlich, wo der Unterschied zwischen uns und anderen Parteien liegt. Wenn beispielsweise der Stoiber eine Wochenarbeitszeit von 42 Stunden verkündet, regt sich niemand darüber auf. Bei uns sind schon 39,5 Stunden Wochenarbeitszeit ein nie wieder gutzumachender Eingriff.

Wenn wir den Leuten erzählen, dass wir neue Wege auf dem Arbeitsmarkt brauchen, dann bedeutet das nicht, dass wir die Tarifautonomie angreifen und antasten wollen. Wenn wir sagen, dass wir den Staat und staatliches Handeln modernisieren wollen, dann heißt das nicht, dass wir die TDL in die Luft sprengen wollen. Wenn wir gesellschaftlich gewünschte Maßnahmen in der Rentenversicherung durchführen wollen – wie zum Beispiel Einbeziehung der Zeiten für Kinderbetreuung –, dann finde

ich, dass dies aus Steuermitteln bezahlt werden muss; denn es sollte von der ganzen Gesellschaft und nicht nur von den Beitragszahlern finanziert werden.

(Beifall)

Wenn in der Herzog-Kommission der herzlose Vorschlag gemacht wird, die Witwenrente um ein Viertel zu kürzen, wenn die Frau keine Kinder gehabt hat, dann ist es erstens der falsche Zeitpunkt, zweitens viel zu spät und obendrein gemein; denn man weiß nicht, ob die Frau keine Kinder haben wollte oder keine Kinder bekommen konnte. Dann lieber das Ehegattensplitting kappen

(Vereinzelt Beifall)

und den Familien, die Kinder haben und diese groß ziehen, das Geld in Form eines Familiengeldes zukommen lassen. Das ist besser, als der alten Witwe, die keine Kinder hat und die wirklich nichts mehr tun kann, um ihre finanzielle Situation zu verbessern, die Rente zu kürzen.

Ich bin sehr für eine Vereinfachung des Steuersystems, weil uns das viele Steuerbeamte ersparen würde, weil dann jeder Arbeitnehmer weiß, warum er was zu bezahlen hat, und weil die Vermeidungsmöglichkeiten nicht so groß sind. Das heißt aber nicht, dass der Staat von allen Ressourcen befreit wird, auf dass er überhaupt nichts mehr tun kann. Ich habe manchmal das Gefühl, dass hinter der Diskussion der Vereinfachung in Wirklichkeit der Gedanke steht, dass man dem Staat nichts mehr zukommen lassen will.

Wir wollen die aktive Bürgergesellschaft. Sie ist vielmehr notwendig, um alle Bürgerinnen und Bürger am guten Gelingen unseres staatlichen Wesens teilhaben zu lassen.

Wir wollen, dass große Vermögen an der Finanzierung unserer Gesellschaft beteiligt werden, durch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Der rote Faden der Gerechtigkeit muss erkennbar bleiben.

Wenn wir innerhalb und außerhalb der Partei erklären, warum wir was tun und warum wir einiges, was wir in der Vergangenheit versprochen haben, nicht mehr tun, dann werden die Menschen uns verstehen. Ich glaube, ihr seht ein: Wer sich nicht bewegt, der wird bewegt. Wer bewegt wird, kann nichts mehr bewegen. Das heißt mit anderen Worten: Wenn wir noch Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten auf eine Gesellschaft haben wollen, in der es sozial gerecht – vielleicht auf etwas niedrigerem Niveau – zugeht, in der der Staat und die Kommunen das Geld für die Daseinsfürsorge haben und wo klar ist, dass nicht die einen immer ein Plus machen und die anderen, die sowieso schon wenig haben, ein Minus machen, dann werden wir auch unsere Agenda 2010 und auch die weiteren notwendigen Strukturreformen, die uns noch bevor stehen, erklären können.

Vielen Dank für eure Geduld.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank, Heide. – Nach Hermann Scheer folgt Garrelt Duin und Sigrid Skarpelis-Sperk.

Hermann Scheer, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! 1999 waren von 15 Regierungschefs in Europa 12 sozialdemokratische Regierungschefs. Heute sind es noch vier. Diese 12 sozialdemokratischen Regierungschefs Ende der 90er-Jahre gab es, nachdem offenkundig geworden war – vor allem in Großbritannien und in manchen anderen Ländern –, dass die Politik des so genannten Neoliberalismus gescheitert war. Dass es jetzt trotzdem überwiegend so genannte neoliberale Regierungschefs bzw. Mehrheiten gibt – auch in klassischen sozialdemokratischen Ländern; Gott sei Dank bei uns noch nicht –, ist das Ergebnis einer tiefen Verunsicherung bei sozialdemokratischen Wählern.

Nicht Wähler haben gewechselt, sondern ein Prozess durchzieht Europa, ein Prozess der zunehmenden Enthaltung von sozialdemokratischen Wählern. Zu beklagen sind auch die schon häufig angesprochenen Mitgliederverluste.

Deswegen ist die große Frage, von der wir stehen: Machen wir eine Politik in der Krise oder zur Überwindung der Krise? Haben wir nur politische Macht in den Verhältnissen oder können wir politische Macht wieder über die Verhältnisse bekommen, Verhältnisse, die eine tiefe Krise sozialökonomischer Art, die heute die Industriegesellschaften generell durchzieht, durchmachen?

Wir haben in den letzten 15 Jahren in den OECD-Ländern eine Verdopplung des Sozialprodukts und gleichzeitig eine Ausweitung der Armut zu verzeichnen. Hier stimmt also offensichtlich etwas nicht, und zwar etwas Grundlegendes nicht. Das, was nicht stimmt, hängt meines Erachtens damit zusammen, dass die Wachstumsformel der 50er-, 60er-, 70er- und vielleicht noch der frühen 80er-Jahre nicht mehr stimmt. Sozialdemokratische Politik, Wohlfahrtsstaatspolitik, Sozialstaatspolitik hat von dieser Wachstumsformel gelebt. Diese Wachstumsformel stimmt aus mehreren Gründen nicht mehr, weswegen es auch nicht allzu viel helfen wird, allein auf den Aufschwung zu warten, selbst wenn er kommt. Denn die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungszunahme ist durch die informationstechnologische Revolution längst eingetreten, die alle Wirtschaftsbereiche durchzieht.

Wir haben gleichzeitig das Problem zunehmender wirtschaftlicher Wachstumsschäden. Allein die Flutkatastrophe im letzten Jahr hat in Mitteleuropa 20 Milliarden Euro an Schäden hervorgerufen. Sie müssen bezahlt werden, und zwar in der Regel von der öffentlichen Hand.

Wir haben gleichzeitig außerdem das Problem, dass in dieser Zeit der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungszunahme die Staatseinnahmen sinken, aber gleichzeitig – das ist das Interessante und die große Herausforderung – das Bedürfnis nach dem Staat wächst. Wenn Steuern und Abgaben ungefähr auf der gleichen Höhe bleiben oder sogar steigen, aber die Staatsleistungen dafür durchgehend

auf breiter Front gesenkt werden, ist die Legitimationskrise des Staates, die dann zu unseren Lasten geht, die zwangsläufige Folge.

Vor diesem Schlüsselproblem stehen wir alle. Wir können dieses Schlüsselproblem nicht durch Manipulation am Gerechtigkeitsbegriff lösen. Hier ist viel über Gerechtigkeit geredet worden. Aber was verstehen wir unter „Gerechtigkeit“? Chancengerechtigkeit, Chancengleichheit war immer sozialdemokratisches Ziel. Wer hat denn die Bildungsreformen gegen Konservative über Jahrzehnte hinweg auf den Weg gebracht? Das heißt, das ist nichts Neues. Wir müssen natürlich auch die Frage der Ergebnissgerechtigkeit diskutieren, gerade in einer Zeit, in der die Einkommensunterschiede, die Reichtums-Armuts-Differenzen so groß sind wie noch nie zuvor in der Geschichte. Das ist ein Tatbestand.

(Beifall)

Ergebnissgerechtigkeit heißt, wenn man es nachvollziehbar formulieren will, Leistungsgerechtigkeit herzustellen. Denn es ist in der Tat so, dass es immer mehr Menschen gibt, die vielleicht hundertmal mehr verdienen als andere, die hart arbeiten; sie bekommen es höchstens, aber sie verdienen es nicht. Deswegen können wir die Ergebnissgerechtigkeit nicht aufheben.

Aber warum ist die Verunsicherung da? Die Verunsicherung hängt damit zusammen, dass in der Zeit, in der die Wachstumsformel nicht mehr stimmt, wir nicht zwei Prämissen zugleich dienen können: zum einen der Prämisse einer internationalen Liberalisierung aller Wirtschaftsbeziehungen, die seit dem Welthandelsvertrag 1994 quasi als Weltverfassung um sich greift. Zum anderen macht auch die Prämisse der Liberalisierung der Europäischen Union, wenn sie als wirtschaftliches Dogma quasi verfassungsmäßig festgeschrieben ist, sozialdemokratische Politik zunehmend schwieriger, wenn nicht gar unmöglich.

Deswegen ist es eine Schlüsselfrage, wie man die Liberalisierungsprämisse von den alten Konzepten in vorausschauende Konzepte überführt, die uns gleichzeitig helfen, aus der veralteten Wachstumsformel in eine neue, wirtschaftlich tragfähige Perspektive für die Wirtschaftsfelder der Zukunft zu kommen. Das heißt mehr regionalisierte Wirtschaftsförderung. Wir haben in Deutschland doch nicht in erster Linie das Problem einer Wettbewerbsbeeinträchtigung auf den Weltmärkten. Wir haben vielmehr ein Binnenmarktproblem. Das gilt auch für die anderen Industrieländer in Europa zunehmend. Wir könnten das Problem, wie man aus der ökologischen Wachstumsfalle herauskommt, dadurch lösen, dass wir eine ökologische Wachstumsperspektive eröffnen, die gleichzeitig binnenmarktorientiert ist.

Wenn der Treibstoff der Weltwirtschaft im Industriezeitalter allmählich zu Ende geht – neben seinen dramatischen Umwelteffekten –, stehen wir vor dem Schlüsselproblem, wie wir eine „Weg vom Öl“-Strategie als Wirtschaftsstrategie und als internationale Friedensstrategie begreifen können. Wenn wir solche Perspektiven eröffnen, bekommen wir eine wirtschaftliche Grundlage für einen Sozialstaat, der pro-

duktiver werden muss als heute, der aber das Gerechtigkeitsziel auch in Bezug auf Ergebnisgerechtigkeit im Sinne der sozialdemokratischen Idee nicht aufgeben kann.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Als Nächster Garrelt Duin und dann Sigrid Skarpe-lis-Sperk.

Garrelt Duin, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Es war heute schon viel die Rede davon, dass vom Bochumer Parteitag Signale ausgehen sollen. Ich glaube, wir haben in der Tat die Chance dazu, wenn wir die richtigen Beschlüsse fassen. Gerade wir als niedersächsische SPD würden es sehr begrüßen, wenn die Bundespartei ein klares Bekenntnis zur Einführung der Vermögensteuer abgeben würde.

(Beifall)

Wir können uns natürlich auch ein klares Bekenntnis zur Tarifautonomie und zum Flächentarifvertrag vorstellen, aber auch ein ebenso deutliches Signal für eine Bürgerversicherung, aber nicht für eine weich gespülte Bürgerversicherung, über der nur noch der Name steht und bei der alles kleingeredet wird. Wenn, dann die Bürgerversicherung so, wie sie ursprünglich angedacht worden ist!

(Beifall)

Was uns aber neben diesen inhaltlichen Fragen treibt – ich will das klar benennen –, ist das Innenleben der Partei. Ich lasse mir dabei, wie von einigen Rednern heute schon gesagt, nicht einreden, dass das zu kleinteilig sei und man darüber hinweggehen müsse. Tausende haben unsere Partei verlassen. Diejenigen, die sich heute zu Wort gemeldet haben, so wie ich das auch mache, aber auch in den vergangenen Monaten, wie ich das ebenfalls gemacht habe, machen das nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil sie Sorge um den Charakter der SPD erstens als Programmpartei und zweitens als Mitgliederpartei haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Für viele – ich habe genauso viele Briefe bekommen, wie viele andere Redner auch –, die ausgetreten sind, war gar nicht die Agenda 2010 der Grund. Das, was das Fass zum Überlaufen gebracht hat, war eine zu diesem Zeitpunkt völlig unnötige Infragestellung sozialdemokratischer Grundwerte, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben heute erlebt, dass Gerhard Schröder das Wort „demokratischer Sozialismus“ einmal benutzt hat, und sofort hat der ganze Saal heftig applaudiert. Dieser Applaus hat gezeigt, dass in dieser Frage erheblicher Zündstoff liegt. Da, wo Zündstoff ist, liebe Genossinnen und Genossen, sollte man lieber nicht zündeln.

Es wird versucht, einen Begriff wie Chancengleichheit durch die Hintertür durch den Begriff „Chancengerechtigkeit“ zu ersetzen. Wir haben den Begriff „Chancen-

gleichheit“ geprägt, weil wir darunter verstanden haben – das haben wir bis heute betont –, dass es nicht vom Portemonnaie abhängen darf, welche Chancen man im Leben hat. „Chancengerechtigkeit“ war der Kampfbegriff der CDU, den sie in den 60er-Jahren dagegengesetzt hat. Deswegen sollten wir bei unserem Begriff bleiben und nicht leichtfertig den Begriff der anderen Seite übernehmen.

(Beifall)

Es geht um die Mitgliederpartei: Welche Rolle sollen die Mitglieder künftig eigentlich noch spielen?

Sollen sie sich aktiv einbringen? Sollen sie motiviert werden, um sich aktiv einzubringen? Oder sollen sie nur noch Empfängerinnen und Empfänger von Botschaften, im Zweifel sogar von Drohungen werden? Ich glaube, das kann nicht unser Ziel sein. Willy Brandt hat 1974 geschrieben:

„Die SPD hat die Aufgabe, die von ihrem Kanzler geführte Regierung zu stützen und ihr im Rahmen des Möglichen den Rücken freizuhalten. Sie darf weder die Arbeit der Bundestagsfraktion duplizieren noch von der Regierung Unmögliches fordern. Aber die Partei hat natürlich den Auftrag, die Leitlinien zu entwickeln, nach denen ihrer Meinung nach die Bundesrepublik Deutschland in den kommenden Jahren regiert werden soll und wofür sie das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler erringen will.“

Liebe Genossinnen und Genossen, Willy Brandt hat bis heute Recht. Wir müssen die Partei als Programmpartei und als Mitgliederpartei erhalten. Das ist jedenfalls für mich ein ganz zentraler Punkt.

(Beifall)

Da nützt es nichts, wenn wir jetzt eine Kampagne mit dem Namen „Mit Herz und Verstand“ fahren. Wenn wir wirklich herüberbringen wollen, dass wir eine Partei sind, die mit Herz und Verstand handelt, dann brauchen wir dafür keine Plakate, sondern in erster Linie persönliche Glaubwürdigkeit.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Sigrid, du hast das Wort.

Sigrid Skarpelis-Sperk, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Karl Hermann Haack hat vorhin in seinem Redebeitrag die hitzigen Diskussionen über die Agenda 2010 in der Bundestagsfraktion und auch in der Partei beklagt. Ich halte es da mit August Bebel: Alle Änderung beginnt mit dem Aussprechen dessen, was ist. Dieser Parteitag bietet die Gelegenheit dazu, über die ernste Situation der Partei zu sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Die SPD befindet sich gewiss in ihrer größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Außer in Bremen gingen alle Landtags- und Kommunalwahlen verloren. Die Wähler blieben in Millionen von den Urnen weg. Mitgliederschwund und Resignation bedrohen unsere Fähigkeit, Wahlen und Kampagnen durchzuführen. Zu Recht ist hier davon gesprochen worden, dass es unsere Mitglieder sind, die der wirkliche Radar in der Gesellschaft sind, unsere Ortsvereine, die rückkoppeln. Deswegen sind demoskopische Umfragen wichtig; aber sie können niemals die Ortsvereine, die Qualität der Partearbeit und jene Hunderttausende von Mitgliedern der SPD ersetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Bürgerinnen und Bürger, aber auch unsere eigenen Mitglieder und Ortsvereine fragen: Ist das noch die SPD, der wir 1998 und 2002 unser Vertrauen geschenkt haben? Sind das die, deren Wahlprogrammen wir vertraut haben? Die Mitglieder fragen sich: Was haben wir eigentlich an den Ständen erzählt? Mit welchen Versprechungen sind wir von Haustür zu Haustür gegangen? Gehen die nun mit den Versprechungen so um wie Jugendliche auf einer Party mit einem Sechserpack Bier: ex und hopp, wenn die Party vorbei ist?

Ist die SPD noch die Schutzmacht des kleinen Mannes? Geht es noch gerecht zu? Die Menschen haben berechtigte Zweifel. Als Beispiel nenne ich – Sigmar Gabriel hat es schon angeführt – den Koch, der mit gerade einmal 800 oder 900 Euro auskommen muss, die Sozialhilfebezieherin, die für 1 Euro Schwerstarbeit macht, und den 55-jährigen Werkzeugmacher, der in meine Sprechstunde kommt, dessen Firma geschlossen hat und der mich nun fragt, wo er einen Job findet. Es ist ja schön, wenn man beschließt, von diesen Menschen wie in den skandinavischen Staaten mehr Verantwortung zu verlangen. Aber was sage ich dem Einzelnen, wenn er mich fragt, wo er eine Stelle findet, wenn weit und breit keine zu haben ist?

Wenn wir in einer Zeit, in der es 4,5 Millionen Arbeitslose in Deutschland gibt, die Arbeitslosenunterstützung von 33 Monaten auf 18 Monate verkürzen, dann fragen die Menschen natürlich: Welche Alternativen habt ihr für mich? Welchen Job könnt ihr mir anbieten? Wie kann ich meine Zeit bis 65 oder vielleicht sogar 67 Jahre verbringen?

Das heißt, mehr Verantwortung und Flexibilität, die wir zu Recht fordern, können wir nur dann verlangen, wenn wir wieder die Partei sind, die in Deutschland für mehr Arbeit und mehr Wachstum sorgt.

(Vereinzelt Beifall)

Aber – um auf die Schutzmacht des kleinen Mannes zurückzukommen – es ist ja nicht so, dass die Menschen nur durch den Streit in der Partei darauf aufmerksam geworden sind, dass hier ein Problem liegt. Wenn wir eine Gesundheitsreform in Angriff nehmen, bei der Einsparungen in Höhe von 14,3 Millionen Euro von den normalen kleinen Versicherten finanziert werden sollen und gerade einmal 3,4 Millionen Euro von der pharmazeutischen Industrie und den Ärzten, dann muss ich ein-

fach sagen: Das sind die falschen Relationen, das ist sozial nicht gerecht. Das haben die Leute gemerkt und das nehmen sie uns übel, was wir bei den Wahlen zu spüren bekommen.

(Beifall)

Wie kann es angehen, dass wir in demselben Monat, in dem wir das Arbeitslosengeld kürzen und Rentenkürzungen ankündigen, Steuererleichterungen für die deutsche Versicherungswirtschaft in Höhe von 3,5 Milliarden Euro beschließen, obwohl wir wissen, dass diese in den vergangenen zehn Jahren so gut wie keine einzige Mark in die Steuercasse abgeführt hat?

(Vereinzelt Beifall)

Das kann man in einer aktuellen Krise aufgrund der Verantwortung für die Versicherungswirtschaft beschließen. Aber dann muss man doch wenigstens ankündigen, wie man sie dazu bringen will, in den nächsten Jahren wenigstens einige Milliarden Steuern zu zahlen!

Genossinnen und Genossen, wenn die Menschen die Worte Reform und Globalisierung hören, dann haben sie häufig das Gefühl, dass sie belastet werden sollen, dass ihnen unter dem Stichwort Globalisierung neue Belastungen auferlegt werden sollen. Leider sehe ich im Moment den Wirtschaftsminister nicht; darum will ich hier nur eine Sache ansprechen.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Die Zeit ist um!

Sigrid Skarpelis-Sperk, Parteivorstand: Eine der Forderungen in den letzten Wochen war, dass die Menschen länger arbeiten. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit sollen die Menschen länger arbeiten, während die meisten Betriebe, die versuchen, Arbeitsplätze zu retten, Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Wie kann so etwas vernünftigerweise angehen, Genossinnen und Genossen? Mehrarbeit heißt zum jetzigen Zeitpunkt, dass mehr Leute auf der Straße stehen, dass weniger Arbeitsplätze gesichert werden, und es bedeutet eine faktische Lohnkürzung.

Deswegen sage ich: Wer in diesem Land für mehr Arbeit kämpft, darf die Bedingungen für die Menschen und die Binnenkaufkraft nicht weiter schwächen. Arbeitszeitverlängerungen sind kontraproduktiv. Sie schaden den Menschen und werden uns bei den Wahlen keinen Schritt weiterbringen.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank, Sigrid. – Das Wort hat jetzt die Schatzmeisterin.

Bericht der Schatzmeisterin

Inge Wettig-Danielmeier, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Über den schriftlich vorliegenden Finanzbericht hinaus will ich ein paar Anmerkungen zur Rechenschaftslegung machen:

Als vor vier Jahren der Parteispendenskandal als „Kiep-Kohl-Affäre“ öffentlich wurde, habe ich dem Parteitag in Berlin neun Punkte vorgetragen, die die Unterschiede zwischen uns und der CDU bei den Parteifinzen deutlich machen sollten. Was danach startete, war der umfassende Versuch der CDU und auch der CSU, uns ebenfalls Fehlverhalten vorzuwerfen. Die Union hat viel Kraft darauf verwandt, dass ihre Angriffe Verbreitung fanden; sie muss wohl auch einiges an Geld investiert haben und intensiv auf einige Medien eingewirkt haben.

Ausdrücklich halte ich fest: Die Mehrzahl der Medien hat sich in diese Kampagne gegen uns nicht einspannen lassen. Ich bedanke mich für diese journalistische Fairness.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Fairness war und ist keine Selbstverständlichkeit; denn auch eine vermutete Unregelmäßigkeit bei den Parteifinzen findet allemal breiten Raum in der Öffentlichkeit. Die Richtigstellung, die Entlastung vom Verdacht, erscheint dann gar nicht oder unter „Vermischtes“.

Wenn der Kölner Skandal nicht gewesen wäre, könnte ich noch heute sagen: Nicht einen Punkt meiner neun Punkte muss ich einschränken. Leider hat Köln den Verdacht entstehen lassen, auch bei den Sozialdemokraten sei eine Schattenwirtschaft gang und gäbe. Dieser Eindruck ist falsch; er ist sogar für Köln falsch. Aber er hat uns allen enorm geschadet. Köln wirkt nach.

Aber richtig ist auch: Wir haben den Kölner Skandal selbst aufgeklärt, und zwar vollständig.

In den vergangenen zwei Jahren ist es uns gelungen, zahlreiche öffentliche Angriffe der Union auf unsere Finanzwirtschaft abzuwehren. Die Union, die uns keine illegalen Praktiken nachweisen konnte, hat schließlich ihren Angriff auf den Unternehmensbereich der SPD gelenkt. Wieder und wieder wurden Fälle konstruiert, um uns Schattenwirtschaft und Verstöße gegen das Parteiengesetz oder die Steuergesetze nachzuweisen. Wir konnten alles widerlegen. Doch, Genossinnen und Genossen, diese Angriffe haben uns schon geschadet. So abstrus die öffentlichen Behauptungen auch manchmal waren: Sie haben uns außerordentlich viel Arbeitskraft gekostet. Die Abwehr dieser Angriffe hat viel Geld für die juristische Begleitung, für ständige Sonderprüfungen durch Wirtschaftsprüfer, für Archivarbeiten und auch für Gerichtsprozesse verschlungen. Alles in allem haben wir seit 1999 circa 3 Millionen Euro aufwenden müssen, um unseren guten Ruf zu schützen.

Die Angriffe der Union sind bisher erfolglos geblieben. Aber sie gehen weiter. Über ihre Mehrheit in einigen Landesparlamenten versuchen Union und FDP, uns zum Verkauf unserer Unternehmensbeteiligungen zu zwingen. Mediengesetze der Bundesländer wurden geändert, allein mit dem Ziel, uns zu schaden, uns aus unseren Beteiligungen hinauszudrängen und uns in letzter Konsequenz unser Vermögen wegzunehmen.

Ich nenne das den Versuch einer kalten Enteignung.

(Beifall)

Wir werden uns auch gegen diese Attacken wehren, und zwar mit allen rechtlichen Mitteln. Dazu brauchen wir einen langen Atem. Aber ich bin sicher, dass wir auch hier erfolgreich sein werden. Da viele der Zeitungen, an denen wir beteiligt sind, auch Rundfunkbeteiligungen besitzen, soll die SPD mit dem Argument „Schutz der Freiheit des Rundfunks“ zum Verkauf dieser mittelbaren Beteiligungen gezwungen werden. Ein direkter Verkaufszwang wird zwar nicht ausgeübt; aber die Lizenzen laufen aus und dürfen nicht wieder vergeben werden, sodass uns schon ein erheblicher Vermögensschaden entstanden ist, der sich fortsetzen wird, wenn wir die Union nicht stoppen können. Aber das werden wir mit eurer Hilfe tun. Da der Initiator dieser Anti-SPD-Politik der hessische Ministerpräsident Koch war, sollte es keinen Zweifel an dessen langfristig angelegten Absichten geben. Koch hat nie Skrupel gehabt, wenn er eine Chance zur Schwächung der SPD sah.

Nun gibt es immer wieder Stimmen, die uns die Aufgabe der Unternehmensbeteiligungen nahe legen. Viele der Stimmen, die ich in den zwölf Jahren meiner Amtszeit gehört habe, waren interessengeleitet. Sie meldeten sich in dem Augenblick, als wir ökonomisch erfolgreich wurden. So drängt sich der Eindruck auf, dass sie weniger an sicheren Einnahmen für die SPD und mehr an einem Schnäppchen für die von ihnen vertretenen Medienunternehmen interessiert waren. Wir haben diese Überlegungen trotzdem untersucht. Das Ergebnis ist ziemlich eindeutig: Unsere Beteiligungen bringen nicht nur Einnahmen; sie sichern auch unsere Finanzrisiken ab, weil sie uns kreditwürdig machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in diesem Jahr den 140. Geburtstag der SPD gefeiert. Zu unserer Geschichte gehört von Anfang an die unternehmerische Betätigung. Wir sind in diesen Unternehmen als verlässliche und langfristig engagierte Partner geschätzt. Wir sind und bleiben nicht zuletzt auf sichere Einnahmen angewiesen. Weil wir Einnahmen aus unserem Vermögen hatten, konnten wir den großen Vorsprung, den die CDU/CSU und die FDP bei den Wirtschaftsspenden haben, wenigstens verringern. Dies war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir die Bundestagswahlkämpfe 1998 und 2002 auf gleicher Höhe mit den Konkurrenten führen konnten. Auch in Zukunft sollen uns diese Einnahmen dabei helfen, stabile Finanzen zu sichern.

Genossinnen und Genossen, vor uns stehen finanziell sehr schwierige Zeiten. Die verlorenen Landtags- und Kommunalwahlen haben die regionale Ebene, vor allem

die Landesverbände und Bezirke, erheblich geschwächt. Einige Bezirke stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Fast alle ändern ihre Strukturen und arbeiten daran, langfristig mit weniger Geld auszukommen. Bei der Umorganisation, der Sanierung hilft der Parteivorstand. Er müsste auch finanziell mehr helfen; aber er kann das nicht, weil wir selbst seit Jahren immer mehr Aufgaben übernommen haben und auch bei uns die Einnahmen wegbrechen. Ebenso wie viele Bezirke hat der Parteivorstand schmerzhaft Einsparungen vorgenommen, vor allem im Personalbereich. Ein Ende der Einsparungen ist nicht absehbar. Mitgliederverluste führen überall zu finanziellen Einbußen.

Ich bin überzeugt, dass wir nur als Mitgliederpartei existieren und erfolgreich sein können.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben keine finanzkräftigen Lobbys auf unserer Seite. Wir können nicht als kleine, kalte Interessenpartei funktionieren. Wir eignen uns nicht als zentralistischer Wahlkampfapparat ohne weitere Ansprüche, der an die Stelle engagierter Mitglieder Professionals setzt. Wir haben eine eigene gewachsene Vorstellung von Partei. Wir leben von der Mitwirkung unserer Mitglieder. Deshalb sind die Mitgliederverluste so schmerzhaft und bedrohlich – weit über die finanziellen Verluste hinaus. Es lohnt sich, Genossinnen und Genossen, um jeden, der uns verlassen will, zu kämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen alles tun, um die Austritte zu stoppen und neue Mitglieder zu gewinnen. Klare inhaltliche Konturen und die Modernisierung unserer Arbeitsweisen gehören dazu. Wir sollten nicht im eigenen Saft schmoren, sondern kommunikativer werden. Damit meine ich nicht millionenschwere Anzeigenkampagnen, sondern die Stärkung des Parteilebens.

(Vereinzelt Beifall)

Finanziell schwierige Situationen bringen für die Verantwortlichen hohe Belastungen mit sich. Das gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Parteivorstandes, die vor allem bei Controlling und Revision arbeitsreiche Jahre hinter sich haben. Ich danke ihnen herzlich; denn sie haben der gesamten SPD geholfen.

(Beifall)

Ich habe dann den vielen Tausenden Finanzverantwortlichen zu danken, die in ihrer Freizeit dafür sorgen, dass unser Finanzsystem in Ordnung bleibt. Gar nicht wenige waren Verdächtigungen ausgesetzt. Alle haben durch die Verschärfungen des Parteiengesetzes Mehrarbeit zu erledigen. Herzlichen Dank euch allen! Bitte geht nicht von der Fahne!

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte in dieser schwierigen Zeit an Bord bleiben, mit eurer Unterstützung den Angriff der CDU/CU abwehren und die finanzielle Stabilität der SPD verteidigen.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank, Inge. – Es folgt der Bericht der Vorsitzenden der Kontrollkommission, Christa Randzio-Plath.

Anschließend geht es in der Rednerliste weiter mit Klaus Uwe Benneter.

Bericht der Kontrollkommission

Christa Randzio-Plath, Vorsitzende der Kontrollkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! In eurem Auftrag, und wie es das Statut unserer Partei gebietet, hat die Kontrollkommission auch in den vergangenen Jahren die Arbeit des Vorstands laufend kritisch begleitet. Beim letzten Parteitag stand eine Bundestagswahl vor der Tür. Diesmal liegen Wahlen hinter uns und vor uns. Wir haben es 2002 geschafft, Regierungspartei zu bleiben, und wir wollen es bei den bevorstehenden Wahlen im Jahr 2004 auch wieder schaffen, die Menschen für uns und unsere Politik zu gewinnen. Das wird schwer genug sein. Wir müssen zum zweiten Mal in der Rolle der Regierungspartei im Bund den Europawahlkampf bestreiten. Wir hoffen sehr auf Rückenwind aus Berlin. Aber wir müssen gleichzeitig vermitteln, dass es im Juni 2004 um die Zukunft Europas geht und nicht nur um eine Zwischenbilanz für die Politik in Berlin.

Die Kontrollkommission hat seit dem Parteitag in Nürnberg elfmal getagt und 34 förmliche Beschlüsse gefasst, die fast alle umgesetzt wurden oder noch bearbeitet werden. Wir produzieren keine Schlagzeilen, glücklicherweise. Wir wirken nicht im Dunklen, aber wir wirken im Stillen. Und das ist gut so. Die Finanzen der Partei sind nämlich in Ordnung. Die Abschlüsse der Betriebshaushalte 2001 und 2002 sowie die Rechenschaftsberichte sind von der Kontrollkommission geprüft und gebilligt worden. Aber einige Anmerkungen kritischer Art sind doch erforderlich.

Erinnern wir uns: Die öffentliche Diskussion um die Parteifinanzen hat mit den Skandalen in der Union begonnen. Dann hatten wir jedoch unsere eigenen Probleme, zum Beispiel in Köln und Wuppertal. Die Probleme dort haben sich – das ist gesagt worden – negativ auf die Arbeit und den Ruf der SPD ausgewirkt. Der rechtswidrige Umgang mit Spenden hat uns Kraft und Zeit, aber vor allem Geld gekostet. Wir hoffen sehr, dass die Partei in allen Gliederungen daraus gelernt hat.

Die Kontrollkommission hat als Konsequenz die Einstellung zusätzlicher Revisoren durchgesetzt. Wir wollen nämlich, dass vor Ort rechtzeitig geholfen wird. Wir haben auch transparentere Verfahren für den Umgang mit Spenden gefordert. Hierzu liegt euch ein Antrag zur Änderung der Finanzordnung vor. In diesem Antrag wird sowohl dem geänderten Parteiengesetz als auch unseren Forderungen Rechnung getragen. Ein bisschen mehr Radikalität hätten wir uns gewünscht. Aber die Kontrollkommission respektiert, dass landes- und regionalpolitische Interessen einer zentralisierten Spendenvereinnahmung entgegenstehen. Wir machen nur darauf aufmerksam, dass wie die Beispiele zeigen, bei Gesetzesverstößen der schwarze Peter bei der Bundespartei hängen bleibt – politisch und zum größten Teil auch finanziell.

Die Einnahmelage der SPD, liebe Genossinnen und Genossen, ist schwierig. Glücklicherweise hat die SPD immer schon auf das Drei-Säulen-System von Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Erträgen aus Unternehmen gesetzt. Das ist SPD-Geschichte, auf

die wir stolz sind. Im Berichtszeitraum hat uns manchmal auch Sponsoring geholfen, manchmal aber auch nicht. Die Spendeneinnahmen bleiben gering und – das möchte ich betonen – fast alle unsere Spendeneinnahmen stammen von SPD-Mitgliedern.

Inzwischen ist das neue Parteiengesetz wirksam, an dem unsere Fraktion und unsere Schatzmeisterin maßgeblich mitgearbeitet haben. Wir wollen, dass damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Partei, in Parteien überhaupt, wieder zurückgewonnen werden kann. Wir hoffen, dass viele von ihnen weiterhin oder wieder eine fortschrittliche Politik mit ihren Spenden unterstützen.

Allerdings bedeutet das neue Gesetz auch Umstellungsarbeit für die Partei, da die neuen Vorschriften kommuniziert und eingehalten werden müssen. Wir haben mit Erfolg angeregt, dass jetzt auch alle Finanzverantwortlichen, Kassierer, Schatzmeisterin und Revisoren und Revisorinnen, den Gliederungen entsprechend und verstärkt geschult werden. Schließlich tragen die Genossinnen und Genossen auf allen Ebenen eine hohe Verantwortung, wenn sie diese Ämter übernehmen. Wir können ihnen nicht genug danken. Danken tun mir auch der Schatzmeisterei und der Schatzmeisterin.

(Beifall)

Wichtig sind auch die Beiträge der Amts- und Mandatsträger und die Sonderbeiträge nach der Finanzordnung. Die werden in der Regel pflichtgemäß gezahlt. Ich fordere hier die wenigen Genossinnen und Genossen im Kabinett bzw. in den Aufsichtsräten und Beiräten auf, sofern sie dies noch nicht getan haben, endlich ihren satzungsgemäßen Verpflichtungen nachzukommen.

(Beifall)

Sie sollten sich die Tausenden von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zum Vorbild nehmen, die mit ihren regelmäßigen Sonderbeiträgen und dem Verzicht auf Sitzungsgelder die finanziellen Stützen für die Basisarbeit in den Ortsvereinen sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang muss ich auch die dramatische Mitgliederentwicklung unserer Partei kommentieren. In den letzten Monaten sind viel zu viele Mitglieder ausgetreten; neue sind kaum hinzugekommen. Wir alle wissen, dass das auch mit dem Regieren in Berlin zu tun hat. Der Frust vieler Mitglieder drückt sich in Austritten, aber auch in Kürzungen ihrer Mitgliedsbeiträge aus. Das Letztere wird sich bei einer weiteren Verschiebung der Altersstruktur besonders bemerkbar machen. Rentner und Pensionäre zahlen in der Regel nicht mehr die Beiträge, die sie als Erwerbstätige bezahlt haben.

Der Staat gibt den Parteien für jede Wählerstimme, aber auch für jeden kleinen Betrag bei den Beiträgen und Spenden eine Honorierung. Es wird also die Verwurzelung einer Partei im Volk honoriert.

Die ständige Motivierung der Mitglieder gehört auch dazu. Auch wenn wir über das Internet sehr gut vertreten sind und Chatrooms anbieten, so kann der virtuelle Ortsverein allein nicht unsere Zukunft sein. Wir brauchen die inhaltliche Debatte, die direkte und persönliche Kommunikation zwischen den Mitgliedern.

Die SPD ist mehr als die Addition von Ich-AGs. Wir sind Teil einer Gemeinschaft. Nur so kann es gelingen, dass die SPD frei nach Goethes „Faust“ die Bande bindet, die zerstreut im Lande sind.

Die Debatte um die Zukunft der SPD ist nicht beendet. Erinnern wir uns aber: Mit viel Glück und erfolgreich absolvierten Bewährungsproben für den Bundeskanzler haben wir die Bundestagswahlen 2002 gewonnen, weil die ursprüngliche Wahlkampfstrategie umgestoßen worden ist. Die Mobilisierung unserer Mitglieder hat dabei keine geringe Rolle gespielt.

(Beifall)

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Kontrollkommission lag wegen der schwierigen finanziellen Lage wieder bei möglichen Maßnahmen zur Kostenreduzierung. Zum einen ging es darum, die Kosten für den Wahlkampf 2002 möglichst gering zu halten. Hier konnte sich die Kontrollkommission nicht durchsetzen. Das galt auch für die Kampa. Nicht jedes teure Konzept ist per se gut. Die Kampa war 1998 erfolgreich. Da war sie eine Innovation, die eine eigene mediale Wirkung entfaltete. Die externe Kampa 2002 hat nach unserem Urteil keinen Mehrwert gebracht. Das sieht man schon daran, das hundert Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WBH ihre Büros in der Kampa aufgeschlagen hatten, während ihre Büros im Willy-Brandt-Haus verwaist waren.

Eine sehr hohe Miete samt Nebenkosten haben wir zusätzlich bezahlen müssen. Die SPD hat nicht die Millionen auf der hohen Kante, um sich derartige Experimente wiederholt leisten zu können.

(Beifall)

Von daher zählt die Kontrollkommission auf den Erfolg der ersten internen Kampa, der Kampa für den Europawahlkampf im Willy-Brandt-Haus.

Der Medienetat war wieder die größte Position des Bundestagswahlkampfes. Wir wissen, es ist ungeheuer schwer, zu bilanzieren, welches Element, welches Instrument am effizientesten ist. Wir brauchen verlässliche Kriterien, um Geld, Instrumente und politische Ziele in einem Wahlkampf in Einklang zu bringen. Deswegen müssen wir für die Zukunft die Instrumentendebatte auch unter dem Gesichtspunkt führen, dass ausreichend finanzielle Ressourcen für die Weiterarbeit der Partei nach den Wahlen erhalten bleiben. Das gilt auch für die erforderlichen Ausschreibungen. Nicht alle Last-Minute-Aktivitäten sind das Geld wert, das sie kosten.

Einige der neuen Wahlkampfinstrumente haben wir zu loben. Das gilt insbesondere für die „Jungen Teams“ und wir wollen auch die aktive Mitarbeit der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen nicht verschweigen.

Nach Ende des Wahlkampfes ging und geht es darum, die Etats möglichst sparsam zu gestalten, um kampagnen- und politikfähig zu sein. Von daher muss es eine ständige Aufgabenkritik geben, damit es im Willy-Brandt-Haus auch zu den notwendigen Strukturveränderungen kommt.

Allerdings ist ein neuer Trend auffällig: Immer mehr Parteigliederungen wollen vom Parteivorstand Zuschüsse für Veranstaltungen bzw. führen Veranstaltungen nur dann durch, wenn sie vom Parteivorstand bezahlt werden. Wir brauchen dringend eine neue Debatte über Lasten- und Aufgabenverteilung. Doppelarbeit werden wir uns immer weniger leisten können.

Einsparungen sind sicherlich notwendig. Sie müssen nicht notwendigerweise zum Stellenabbau führen. Es ist ein Anliegen der Kontrollkommission, nicht durch Personalreduzierung die politische Kampagnenfähigkeit zu gefährden. Deshalb müssen Betriebsvereinbarungen über Sonderleistungen zwischen Geschäftsführungen und Betriebsrat geprüft werden. Dies geschieht ja schließlich auch in anderen Großorganisationen, in den Betrieben und in den öffentlichen Verwaltungen.

Genossinnen und Genossen, ein Ärgernis sind immer die hohen Kosten des Parteitages. Das war schon immer der Fall. Wir haben nachdrücklich gefordert, dass wir die Ausrichtung möglichst aller Parteitage am Ort des Sitzes der Parteizentrale ermöglichen, weil die außerordentlichen Parteitage, die wir in Berlin durchgeführt haben, zu außerordentlichen Kostenersparnissen geführt haben.

Ein Punkt noch, den ihr immer wissen wollt: War die Arbeit der stellvertretenden Parteivorsitzenden kostenneutral? Ich kann Euch hier nur bestätigen, dass die Arbeit kostenneutral gewesen ist und die Büros der stellvertretenden Parteivorsitzenden zusätzliche Aufgaben mit ihren Referenten und Referentinnen bei der Betreuung von Kommissionen übernommen haben.

Genossinnen und Genossen, durch die umsichtige Tätigkeit der Schatzmeisterin, das Zusammenwirken der Abteilungen sowie das von der Kontrollkommission vor Jahren durchgesetzte Controlling, die EDV-gestützte Haushaltsführung und die Budgetierung geht es uns in der Partei trotz des strukturellen Defizits besser als den anderen politischen Parteien. Ich muss auch sagen: Es ist schon eine Freude, dass die EDV-Umstellung endlich erfolgreich abgeschlossen ist. Hier ist allen Beteiligten auf allen Ebenen herzlich zu danken.

(Beifall)

Neben der Prüfung konkreter Ausgabepositionen muss es der Kontrollkommission auch darum gehen, Prozesse zu kontrollieren und zu bewerten sowie Verbesserungen vorzuschlagen. Zum Bereich Transparenz, Protokolle, Beschlüsse und Zu-

schüsse sind uns Probleme aufgefallen, deren Behebung wir gefordert haben. Es ist erfreulich, dass die Kreditbeziehungen zwischen Parteivorstand und Gliederungen im Prinzip umfassend funktionieren und der Parteivorstand über Kredite entscheidet – eine langjährige Forderung der Kontrollkommission.

Zuschüsse werden gelegentlich noch immer freihändig vergeben, auch wenn das Vier-Augen-Prinzip in der SPD gilt. Wir erwarten, dass bei Zuschüssen an Gliederungen künftig immer das Präsidium entscheidet, wenn nicht gar der Parteivorstand. Es geht hier schließlich um Transparenz, Klarheit und Gleichbehandlung der Gliederungen.

Wir fordern darüber hinaus auch, dass die Kontrolle über die Protokolle möglich ist, denn sonst fällt es uns manchmal schwer, nachzuvollziehen, ob alles mit rechten Dingen zugegangen ist, wie es in der Tat glücklicherweise der Fall ist.

Genossinnen und Genossen, was für die CDU die Spenden sind, sind für uns die Unternehmenserträge. Sie helfen uns, größere Belastungen zu tragen. Ich muss sagen, dass wir über das umsichtige Wirtschaften der ddvg sehr erfreut sind. Die Ausschüttungen reichen aus, um die Belastungen des Willy-Brandt-Hauses zu tragen. Das Versprechen, dass die Partei durch das Willy-Brandt-Haus in ihrer Kampagnenfähigkeit nicht beeinträchtigt wird, ist also eingehalten worden.

Dass die SPD Medien besitzt, darauf hat Inge schon hingewiesen. Die Kontrollkommission unterstützt die SPD, die sich dazu entschlossen hat, die Rundfunkgesetze mit einer Normenkontrollklage dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen.

Ich möchte euch abschließend daran erinnern, dass der andere Unternehmensbereich für uns nicht weniger wichtig ist, nämlich die Immobilienverwaltung. Wir sind froh, dass sich von den 114 Grundstücken inzwischen 82 bereits in der treuhänderischen Verwaltung der „Konzentration“ befinden. Es gibt viele korrekte Besitzformen, aber für die Kontrollkommission ist der treuhänderische Besitz die gewünschte Besitzform, weil sie parteirechtlich und steuerrechtlich unangreifbar ist.

Zusammengefasst, liebe Genossinnen und Genossen: Die finanzielle Lage der SPD ist nicht besonders rosig, aber wir können es schaffen, dass die SPD auch in Zukunft finanzstark bleibt, um sich gegenüber den politischen Gegnern zu behaupten.

Von daher, liebe Genossinnen und Genossen: Namens der Kontrollkommission der SPD beantrage ich die Entlastung des SPD-Parteivorstandes für den Berichtszeitraum vom Parteitag in Nürnberg bis heute.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank, Christa, für deine Ausführungen. Herzlichen Dank auch für die Arbeit der Mitglieder der Kontrollkommission. – Als nächster Redner Klaus Uwe Benneter. Ihm folgen Edelgard Bulmahn und Karin Junker.

Aussprache zu den Berichten

Klaus Uwe Benneter, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen! So schlecht kann es um unsere Partei eigentlich nicht bestellt sein, wenn der Bericht der Kontrollkommission fast wesentlich länger ist als der Bericht des Generalsekretärs. Immerhin hat der Bericht der Kontrollkommission ergeben, dass die Schatzmeisterin gut gewirtschaftet hat. Das ist etwas, was ich in der persönlichen Aussprache mit den Mitgliedern in den Ortsvereinen weitertragen kann.

Ein Thema, das in letzter Zeit an mich herangetragen wurde – ich bin erst ein Jahr im Bundestag und habe vieles mit zu erledigen – lautet: Wohin geht die Reise? Wo sind denn unsere Visionen? Was steht denn am Ende dessen, was wir im Bundestag machen?

Ich muss schon sagen, dass das, was uns Gerhard Schröder hier heute vorgetragen hat, mir Mut und auch die Zuversicht gab, dass wir mit einer klaren, deutlichen Vision, mit einer klaren, deutlichen Unterschiedlichkeit auch zur CDU in die zukünftigen Auseinandersetzungen gehen.

Gerhard Schröder hat klar gemacht: Erstens. Wir wollen einen starken Staat. Wir wollen einen starken, aber schlanken Staat. Dadurch unterscheiden wir uns ganz deutlich von all denen, die alles privatisieren und neoliberalisieren wollen.

Gerhard Schröder hat zweitens gesagt: Wir wollen das europäische Sozialstaatsmodell aufrechterhalten. Auch das ist ein ganz zentraler Unterschied zur CDU. Ich denke, auch das sollten wir in die Partei hineintragen.

Als Drittes hat Gerhard Schröder deutlich gemacht, dass die Solidarität für uns auch weiterhin der zentrale Maßstab unseres Handelns ist.

Was ist heute solidarisch? Was ist heute gerecht? Es ist darauf hingewiesen worden, dass keine Bundesregierung vor der jetzigen mehr für Forschung und Innovationen an Geldern bereitgestellt hat. Dennoch muss jedenfalls ich darauf hinweisen, dass wir im Bundesetat für Zinsen inzwischen viermal mehr ausgeben als für Bildung und Forschung. Das hat auch etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun, denn wenn die Zinsausgaben viermal höher sind als die Ausgaben für Forschung und Bildung, dann bedeutet dies, dass diese Gelder eben nicht für Zukunftsaufgaben aufgebracht werden.

Insofern, denke ich, ist es wichtig, dass wir unser Schuldenverhalten in der Zukunft entsprechend orientieren müssen, wenn wir generationengerecht vorgehen wollen. Solidarisch heißt für uns immer – daran haben wir alle unsere Vorhaben ausgerichtet –, dass die Gesunden für die Kranken, die Starken für die Schwachen, die Jungen für die Alten, die Singles für die Familien einzustehen haben.

Deshalb bitte ich alle diejenigen, die immer sagen, dass wir nicht zulassen dürfen, dass uns die soziale Kernkompetenz verloren geht, in der Partei und in der Öffent-

lichkeit dafür einzustehen, dass wir uns nicht selber fahrlässig demotivieren, dass wir uns nicht zu Kronzeugen und Stichwortgebern für Dritte machen, die unsere Gegner in der politischen Auseinandersetzung sind. Wir Sozialdemokraten haben unsere soziale und gesellschaftliche Aufgabe in den 140 Jahren unseres Bestehens immer als eine ganz konkrete Verbesserung der Alltagsgegebenheiten, der alltäglichen Lebensverhältnisse begriffen. Deshalb werden wir auch noch nach 140 Jahren unseres Bestehens in der Bundesrepublik bestimmen. Das soll so bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Als Nächste Edelgard Bulmahn, dann Karin Junker und Franz Müntefering.

Edelgard Bulmahn, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Das, was die Leute umtreibt –uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten umtreibt –, ist die Frage, wie wir es schaffen, was wir tun können, was der Staat tun kann, damit alle eine gute Bildung und Ausbildung erhalten, damit sie anschließend einen Arbeitsplatz bekommen können, und wie wir es schaffen, wieder zu einem neuen wirtschaftlichen Wachstum zu kommen, damit unser Sozialstaat seine Aufgaben erfüllen kann. Liebe Genossinnen und Genossen, viele Menschen setzen dabei ihre Hoffnung auf uns. Die Debatte heute, finde ich, hat gezeigt, dass sie diese Hoffnung zu Recht auf uns setzen.

Wir haben eine ganze Menge geschafft. Deshalb ist die Debatte über Bildung und Forschung wichtig und notwendig. Sie ist keine modische Debatte, sondern sie bildet das Fundament für unsere zukünftige Entwicklung. Wir sind in wichtigen Bereichen wieder deutlich nach vorne gekommen. Wir haben es geschafft, dass wir in wichtigen Forschungsbereichen, in Innovationsbereichen weltweit wieder vorne sind: in der Informations- und Kommunikationstechnologie, in der Nanotechnologie, in der Biotechnologie, in der Umwelttechnologie. Wir können uns mittlerweile weltweit wieder sehen lassen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen noch besser werden. Die skandinavischen Länder machen uns vor, wie man es macht. Das ist keine Frage nur von Fachpolitiken, sondern es geht im Kern darum, wie wir es schaffen, wie wir es sicherstellen können, dass auch in Zukunft die wichtigen Branchen, von denen wir in unserem Land leben, sich auf dem Weltmarkt behaupten, eine Zukunft haben, wie wir sicherstellen können, dass wir auch in Zukunft Arbeitsplätze haben, in denen man gutes Geld verdient. Denn eines ist auch völlig klar: Alleine durch Erweiterung des Niedriglohnsektors werden wir in unserem Land nicht den Wohlstand halten, den wir brauchen, damit wir unsere Systeme der sozialen Sicherung auf Dauer erhalten können.

Das alles in wirtschaftliches Wachstum umzusetzen, das geht nicht von heute auf morgen. Dazu gehört, dass das klare Signal für Bildung und Forschung, das wir in den letzten Jahren gesetzt haben, auch für die kommenden Jahre gesetzt wird,

(Vereinzelt Beifall)

und zwar sowohl bei den finanziellen Entscheidungen als auch bei den Rahmenbedingungen. Ohne das geht es nicht.

Gut ausgebildete, kreative und motivierte Menschen sind für eine erfolgreiche Zukunft entscheidend. Deshalb ist das A und O eine gute Schulausbildung. Als Bundesministerin weiß ich sehr wohl, dass die Bundesregierung hier herzlich wenig tun kann. Aber wir sind nicht allein da, um Bundespolitik zu diskutieren, sondern wir reden über SPD-Politik. SPD-Politik muss es auch in Zukunft sein, dass wir jungen Menschen, Kindern eine gute und attraktive Bildung bieten können. Dies ist eines unserer wichtigsten Ziele, eine unserer wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen, dafür zu sorgen, dass dies auch funktioniert und geschieht.

Das war der Grund, warum die Bundesregierung 4 Milliarden Euro in die Hand genommen hat, um die Länder zu unterstützen: damit wir es gemeinsam schaffen, in den nächsten Jahren deutlich voranzukommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, Chancengleichheit ist unsere Vision. Sie ist unsere gemeinsame Idee und sie ist unser gemeinsames Ziel.

Deshalb nehmen wir es nicht hin, dass 38 000 junge Leute jetzt noch vor den Arbeitsämtern stehen und keine Ausbildung finden.

(Vereinzelt Beifall)

Obwohl wir in den letzten Jahren in der beruflichen Bildung sehr viel verändert haben, flexibilisiert haben, Berufsqualifikationsbausteine geschaffen haben, über die Hälfte der gängigen Berufe modernisiert haben, brauchen wir jetzt eine gesetzliche Regelung machen. Denn es geht nicht an, dass knapp 30 Prozent der Betriebe überhaupt nicht ausbilden.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir das nicht verändern, wenn wir es nicht hinkriegen, hier die Weichen grundlegend anders zu stellen, dann schaffen wir es nicht, dass alle Jugendlichen gut ausgebildet werden. Deshalb brauchen wir die gesetzliche Regelung: damit die duale Ausbildung eine Zukunft hat und damit sie in Zukunft ein wichtiger Ausbildungsweg bleibt.

(Vereinzelt Beifall)

Das Ziel einer guten Ausbildung gilt sowohl für diejenigen, die in die berufliche Bildung, wie auch für diejenigen, die in die Hochschulen gehen. Deshalb finde ich es falsch, wenn man jetzt die Einführung von Studiengebühren fordert.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben in den vergangenen 3 Jahren erreicht, dass endlich wieder mehr Jugendliche aus einkommensschwachen Familien an die Hochschulen gehen und studieren.

Der Anteil dieser Jugendlichen ist um rund 20 Prozentpunkte gestiegen. Vielen ist gar nicht klar, wie viel wir hier erreicht haben. Wir haben es mit der BaföG-Reform geschafft, dass das Studium nicht mehr davon abhängt, ob die Eltern Geld in der Tasche haben oder nicht. Lasst uns das, was wir hier erreicht haben, ausbauen! Lasst es uns nicht wieder zurückdrehen! Denn eines ist völlig klar: Wir leben nicht von Rohstoffen. Wir leben nur von gut qualifizierten Menschen. Wir leben von dem, was in den Köpfen ist. Deshalb gilt es, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit das in Zukunft möglich. – Vielen Dank.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Karin Junker, Franz Müntefering und Jürgen Grosse.

Karin Junker, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist hier sehr eindringlich vom demographischen Druck gesprochen worden, unter dem wir stehen. Er lässt sich auch nicht leugnen. Aber er lässt sich abmildern, zum Beispiel, indem man Frauen die Chance gibt, berufstätig zu sein, Beitragszahlerinnen und Steuerzahlerinnen zu werden, und nicht, indem man es ihnen schwer macht, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

Es geht bei der Ermöglichung von Frauenerwerbstätigkeit – ich will dies deutlich sagen – auch um die Chance, Karriere zu machen, das, was Frauen mit ihren besseren Schul- und Ausbildungsabschlüssen gelernt haben, anwenden zu können und sich nicht auf Minijobs reduzieren zu lassen, weil sie aus heutiger Sicht oft keine andere Möglichkeit haben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Sie haben ein Recht auf Arbeit wie alle anderen. Sie haben ein Recht auf existenzsicherndes Einkommen. Wenn sie dieses Einkommen haben, dann können sie sich auch an den sozialen Kosten für die Allgemeinheit beteiligen.

Das ist im Übrigen nicht nur geschlechtergerecht. Es ist auch arbeitsplatzschaffend. Denn die Möglichkeit, Beruf und Familie miteinander zu verbinden, bedeutet auch, Dienstleistungsangebote nachzufragen. Das wiederum ist arbeitsplatzschaffend, übrigens in vielen Fällen für Frauen, aber nicht nur für sie.

Wir haben im europäischen Vergleich viel nachzuholen. Ich will aus Zeitgründen die Daten nicht nennen. Nicht nur was die Geburtenentwicklung angeht, sondern auch was die Erwerbstätigenbeteiligung von Frauen angeht sowie in vielen anderen gleichstellungspolitischen Bereichen hinken wir hinterher.

Die Kampagne „Betreuung und Bildung“ ist ein wirklicher Meilenstein in der Geschichte der SPD. Es war eine schwierige Überzeugungsarbeit zu leisten, um klar zu machen, dass der Dreh- und Angelpunkt wirklich im Ausbau von Betreuungseinrichtungen, seien es Ganztagschulen oder Kindertagesstätten, besteht.

Hier sind uns die ostdeutschen Länder weit voraus. Es geht darum, das Angebot, das es dort gibt, auch wirklich zu erhalten, statt schon mit in den Blick zu nehmen, dass die Erwerbsneigung von Frauen in den ostdeutschen Ländern möglicherweise sin-

ken könnte. Zum Glück ist das nicht der Fall. Das ist ein wichtiger Motor dafür gewesen, erreicht zu haben, dass es heute ein anerkanntes Ziel der SPD ist, in diesem Bereich mehr zu tun. Das gilt nicht nur für den Bereich der Ganztagschulen, sondern dies gilt für die Kinderbetreuung insgesamt.

Wir haben eine neue Offenheit für neue Perspektiven in diesem Sinn gefunden. Aber diese neue Offenheit stellt noch nicht ausreichend in Rechnung, dass wir es mit einer Pluralisierung der Lebensformen zu tun haben. Wir haben es geschafft, eingetragene Lebensgemeinschaften für gleichgeschlechtliche Paare zu ermöglichen und sie so weitgehend mit anderen Lebensgemeinschaften gleichzustellen, was wirklich begrüßenswert ist. Das hat für die SPD auch viele neue Sympathien gebracht. Das gehört zu den Themen, die bei der aktuellen Diskussion etwas in den Schatten geraten sind, mit denen wir aber punkten konnten.

Diese Bereitschaft für neue Perspektiven ist aber nicht festzustellen, wenn es darum geht, sich von einem patriarchalen Leitbild im Zusammenleben von Männern und Frauen zu trennen. Wir haben es nach wie vor mit abgeleiteten Systemen des Steuerrechts, des Rentenrechts und anderer Sozialsysteme zu tun. Ich sage nur das Stichwort Steuersplitting. Seit 30 Jahren kämpft die ASF dafür, dass hier eine Veränderung eintritt, übrigens wirklich im Sinn der Geschlechtergerechtigkeit. Alle, die wir hier sitzen, sind von den Veränderungen von Lebensformen berührt, aber rechtlich hat dies noch nicht seine Entsprechung gefunden. Es ist wichtig, dass auch dies endlich auf die Agenda kommt; denn die Frauen erwarten, dass wir ihre Lebenswirklichkeit mit berücksichtigen: hohe Scheidungsraten, Patchworkfamilien, großer Anteil von Singlehaushalten und anderes mehr. Dies findet sich in der Sozialpolitik nicht ausreichend wieder.

Auch die Auswirkungen von sozialpolitischen Entscheidungen auf die Lebenswirklichkeit von Frauen werden zu wenig berücksichtigt. Ich will als Beispiel die Streichung der Anerkennung von drei Ausbildungsjahren nennen. Es geht mir nicht um die Auseinandersetzung zwischen Akademikerinnen und Akademikern auf der einen Seite und den Nichtbegünstigten auf der anderen Seite. Aber den Frauen fehlt die Zeit einfach für die Rente. Ich habe eine Fülle von Mails von Frauen zwischen 50 und 60 Jahren bekommen, in denen steht: Meine Lebenssituation war so, dass ich auf die Anerkennung dieser Jahre angewiesen bin. – Zumindest muss man entsprechende Übergangszeiten vorsehen. Auch die Anerkennung von drei Erziehungsjahren gibt es ja nur für Kinder, die nach 1992 geboren sind. Die Frauen zwischen 50 und 60 haben nicht die Chance gehabt wie unsere jungen Frauen. Sie haben nicht die Kindertagesstätten und anderen Betreuungsmöglichkeiten gehabt, die sie nötig gehabt hätten, um in ihrem Beruf reüssieren zu können. Diese Generation bedarf unserer besonderen Aufmerksamkeit. Für die anderen hoffe ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Wir haben es versäumt, all diese Fragen in einer Programmdebatte mit zu erörtern. Eine Programmdebatte wäre nötig gewesen, um unsere Mitglieder auf dem Weg,

den wir als Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen programmatisch zu beschreiten haben, mitzunehmen. Es ist nicht zu spät, um das nachzuholen. Wir müssen uns dieser Debatte um die Suche nach Lösungsmöglichkeiten im nächsten Jahr widmen, bevor wir den Programmparteitag haben. Das wird, hoffe ich, dann auch die Wahlentscheidung gerade von Frauen für die SPD wieder stärken; sie waren es, denen wir 1998 und 2002 den Wahlsieg zu verdanken hatten.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank, Karin. – Ich mache darauf aufmerksam, dass der Gleichstellungsbericht schriftlich vorliegt.

Als Nächstes Franz Müntefering. Da gilt das Gleiche: Der Bericht der Bundestagsfraktion liegt schriftlich vor. – Franz, du hast das Wort.

Franz Müntefering, Vorsitzender der Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will kurz noch zwei Gedanken aus der Debatte aufnehmen, die wir heute geführt haben:

Ich bin für soziale Gerechtigkeit. Alle hier im Saal sind für soziale Gerechtigkeit. Alle sind für soziale Gerechtigkeit auf hohem Niveau. Wir als Sozialdemokraten müssen uns damit noch auseinander setzen; denn das mit dem hohen Niveau kommt nicht von allein. Dieser Teil der Debatte um die Agenda 2010 wird noch zu führen sein, und zwar mit allem Nachdruck.

Wer Wohlstand heute und in zwanzig Jahren und in dreißig Jahren will, muss heute dafür sorgen, dass in zwanzig und in dreißig Jahren auch Wohlstand ist, liebe Genossinnen und Genossen. Es gibt ein großes Missverständnis in meiner Generation, also der Generation derjenigen, die heute 60, ein bisschen darüber oder ein bisschen darunter sind. Es ist kein Zufall, dass uns so viele aus dieser Generation kritisch angucken. Wir haben über 50 Jahre hinweg gelernt: Wachstum gibt es in Deutschland immer, mal 2,5 Prozent, mal 2 Prozent, dann wieder 3 Prozent. Wenn es mal nicht geklappt hat, hat man das Geld aus der öffentlichen Kasse genommen, Impulse gegeben, Konjunktur gemacht und das Geld, das man so verdient hat, ausgegeben, statt damit die Schulden abzubauen.

Eines haben wir in diesen drei Jahren gelernt – das ist die tief greifendste Erfahrung, die wir alle miteinander gemacht haben –: Das mit dem Wachstum ist nicht selbstverständlich. Deshalb werden wir alles dafür tun müssen, dass es auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Wachstum und Wohlstand gibt. Wir wollen ja alle miteinander in eine gute Zukunft gehen.

Soziale Gerechtigkeit, Genossinnen und Genossen, kann man auch auf niedrigem Niveau organisieren. Das gibt es in ärmeren Ländern. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen soziale Gerechtigkeit auf hohem Niveau. All denen in der Partei, die mir immer sagen: „Jetzt streiten wir über die Rentenhöhe. Sollen es 62 Prozent oder 58 Prozent sein?“, sage ich: Was soll es? Die Frage ist: 62 Prozent von was? Was wird im Jahr 2020 100 Prozent sein?

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist keine Zeit, das auszudiskutieren, aber eines ist klar, ganz im Sinne dessen, was Wolfgang Clement, Edelgard Bulmahn und natürlich Gerhard Schröder gesagt haben: Wir müssen einen Teil dessen, was wir erwirtschaften, in die Köpfe und in die Herzen der jungen Menschen investieren.

(Vereinzelt Beifall)

Was wir heute in Kindergärten, Schule, Ausbildung, Hochschulausbildung, Weiterbildung, Forschung und Technologie investieren, ist eine Investition in die Zukunftsfähigkeit des Landes, übrigens auch eine Voraussetzung für eine vernünftige Alterssicherung in den kommenden Jahren.

(Beifall)

Lasst uns diese Debatte unter der Überschrift „Innovation und Wachstum“ in den kommenden Monaten führen!

Gernot Grumbach, Sigrid und andere haben die Frage der Führung und das Bild von den Ortsvereinen als Radar angesprochen. Das ist gut. Ich sage trotzdem – wir wollen ja offen miteinander reden –: Man muss auch politische Führung haben. Wer sich nur in der Partei umhört, wie denn die Meinung ist, wie man es denn gern hätte, der, liebe Genossinnen und Genossen, kann Politik nicht wirklich gestalten.

(Beifall)

Wenn man am 1. Juni dieses Jahres einen Parteitag durchführt und beschließt: „Wir wollend die Agenda 2010“, dann gehört auch dazu – das sage ich vor dem Parteitag hier und über den Parteitag hinaus –, dass alle, auch die Delegierten eines solchen Parteitags, auch alle Bezirks- und Landesvorsitzenden, der Partei anschließend erklären, was das ist, und nicht uns in Berlin angucken nach dem Motto: Nun sagt, was ihr eigentlich gemeint habt!

(Beifall)

Das gehört zur Lebenswahrheit dazu, liebe Genossinnen und Genossen.

Da erlebe ich die seltsamsten Dinge. Man kann sich helfen. Man kann sich aber auch das Leben schwer machen. Was der Gernot eben erzählt hat, dass man den Leuten an die Zähne geht, ist natürlich eine Diffamierungsformel. Ich würde es noch verstehen, wenn das irgendwer sonst am Rande gesagt hätte. Aber dass wir uns das Leben selbst schwer machen, ist nicht nötig.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb sage ich noch einmal, liebe Genossinnen und Genossen: Die Erwartung ist und die Erwartung muss sein – das müssen Führungspersönlichkeiten auch sagen; alle, die hier sind, alle Delegierten, sind Führungspersönlichkeiten; ihr seid als Delegierte von euren Ortsvereinen und Unterbezirken gewählt –: Wir müssen der Partei erklären, was wir hier diskutieren und wohin die Reise geht. Die Überschriften sind, finde ich, gut gesetzt. Es sind noch zu viele, die – das ist die schlichte Wahrheit – vor der Vermittlungsnotwendigkeit weglaufen. Das kann man nicht mit einer großen Rede allein schaffen. Gerhard Schröder hat heute eine tolle Rede gehalten. Ich war davon begeistert und habe mich ausdrücklich auch persönlich bei ihm bedankt. Was darauf geladen worden ist, in den vergangenen Tagen, von uns hier aus dem Saal, von der ganzen Öffentlichkeit! Als ob man mit einer Rede die Welt umschmeißen könnte! Das werden wir schon alle miteinander machen müssen, liebe Genossinnen und Genossen; sonst funktioniert das nicht.

(Beifall)

Lasst uns so verfahren, dass die Menschen erkennen, dass wir Lust haben zu regieren. Das täte uns mal ganz gut. Im Moment ist in Deutschland jedes halbe Glas halb leer. Wir gucken uns an und sagen: Das ist ja ganz schlimm. Das Glas ist halb leer.

Wer von uns sagt den Menschen eigentlich noch, dass das Glas halb voll ist? Wer sagt den Menschen noch, wie gut es uns im Grunde genommen geht? Wir haben seit 58 Jahren Frieden in Europa; das gab es noch nie. Wir sind eine reiche Gesellschaft. Wir haben alle Potenziale, um nach vorne zu kommen.

Diese Generation von Sozialdemokraten soll es nicht schaffen? Schaut euch einmal an, wie Sozialdemokraten in den 140 Jahren unserer Geschichte gelitten haben und verfolgt worden sind. Wir können den Menschen ohne Furcht sagen: Wir sind die Sozialdemokraten. Wir gestalten das Land neu und erneuern Deutschland. Wir sorgen dafür, dass es nach vorne geht. Wir wollen dieses Land sozial und demokratisch gestalten. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Der Bericht der Bundestagsfraktion liegt schriftlich vor. Ich habe versprochen, mich kurz zu fassen. Deswegen will ich zusammenfassen: Die Fraktion ist gut, die Partei auch.

Glück auf!

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Liebe Genossinnen und Genossen, ich war geneigt, den letzten Satz als Antrag zu begreifen. Durch Applaus ist bereits über ihn abgestimmt worden. Er ist damit so beschlossen.

Es gibt noch über 20 Wortmeldungen. Es liegt aber ein Antrag von Joachim Mertes aus Rheinland-Pfalz auf Schluss der Debatte vor. Stimmt jemand gegen diesen Antrag? – Das ist nicht der Fall. Dann ist es so beschlossen.

(Beifall)

Ich sage nun etwas zum weiteren Verfahren.

Erstens. Wir machen jetzt eine kleine Bewegungsübung. Die Kontrollkommission hat Antrag auf Entlastung des Parteivorstandes gestellt. Wer stimmt dem Antrag auf Entlastung des Parteivorstandes zu? – Viele. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Gibt es ebenfalls nicht. Damit ist die Entlastung so beschlossen.

Zweitens. Es gibt eine Bitte der Organisatoren des Parteitags: Wir wollen morgen Früh bei der Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer zügig in die Gänge kommen. Die Zettel für die Wahl werden heute schon vorbereitet. Die Bitte ist daher, dass diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten, die vorgeschlagen worden sind, aber nicht kandidieren werden, dies bis heute Abend 20 Uhr beim Präsidium anzeigen, damit die

Wahlzettel für morgen korrekt vorbereitet werden können. Das dient der Beschleunigung des Verfahrens.

Drittens. Ehe wir gleich in die Wahlgänge eintreten, möchte ich noch eine Bemerkung zu dem machen, was inhaltlich heute noch abläuft. Um die Zeit zwischen den Wahlgängen auszufüllen, beabsichtigten wir zum Ersten, den Antrag zur Olympiabewerbung 2012 aufzurufen. Das ist der Antrag 227. Vorausgesetzt, die Zeit reicht noch aus, schließt sich zum Zweiten der Bereich bundesstaatliche Ordnung an. Das sind die Anträge 222 bis 224. Zum Dritten folgen die medienpolitischen Anträge. Das ist der Antrag 452 und der Initiativantrag 17. Das ist die Planung des Präsidiums für heute Abend. Ich gehe davon aus, dass wir in der Zeit des Auszählens so verfahren können.

Dann kommen wir zum Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Kann der Parteitag den Bericht hören? – Bitte sehr.

Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 480 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstandes zusammen. Anwesend sind 474 Delegierte und 41 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft.

Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 228 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 44,27 Prozent. Die Quote ist also erfüllt.

(Beifall)

Das Quorum für die Vorstandswahlen liegt damit bei 258 Stimmen im ersten Wahlgang.

Die älteste Delegierte ist mit 78 Jahren Gisela Menke aus dem Bezirk Hannover.

(Beifall)

Der jüngste Delegierte ist mit 18 Jahren Stephan Renner aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Damit ist der Parteitag beschlussfähig. Ich wünsche uns einen guten Verlauf.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank. – Bei der jetzt folgenden Wahl des Parteivorsitzenden handelt es sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 unserer Wahlordnung. Ich habe die herzliche Bitte an die Medienvertreter, zu gewährleisten, dass hier geheim gewählt werden kann und sie die Objektivität nicht auf die Delegierten in der Zeit des Wahlgangs richten.

Es gibt einen Wahlvorschlag: Gerhard Schröder ist vorgeschlagen. Auf dem Wahlzettel kann man Ja, Nein oder Enthaltung ankreuzen, wie das bei einer Einzelwahl immer der Fall ist. Ich weise darauf hin, dass ihr den Stimmzettel mit der Kontrollmarke Nummer 19 versehen müsst. Das ist die erste freie Nummer, die euch zur Verfügung steht.

Können die Stimmzettel für die Wahl des Parteivorsitzenden ausgeteilt werden? – Die Stimmzettel werden jetzt verteilt.

Ich habe die Bitte, dass die Taschen in den Gängen unter die Tische gestellt werden, damit die Mitglieder der Wahlkommission eine Chance haben, durch die Reihen zu gehen. Ich bekomme gerade den Hinweis, dass sich möglicherweise ein Teil der De-

legierten außerhalb der Halle befindet. Ich habe die herzliche Bitte, dass alle in die Halle zurückkehren. Ich weise noch einmal darauf hin, dass im ersten Wahlgang 258 Stimmen notwendig sind, um die erforderliche Mehrheit zu erhalten.

Ich frage noch einmal: Wo fehlen noch Stimmzettel? Wenn ihr die Hand hebt, kann die Wahlkommission das besser sehen. Augenscheinlich sind alle Stimmzettel bei den Adressaten angekommen.

Meine Damen und Herren an den Kameras, ich bitte ganz höflich um Beachtung unseres Wunsches, die Delegierten bei der Stimmabgabe nicht zu filmen.

Die Wahlkommission kann jetzt mit dem Einsammeln der Stimmzettel beginnen.

Wo befinden sich noch Stimmzettel in den Delegiertenreihen? –

Letzter Aufruf: Wo sind noch Stimmzettel? – Ich sehe niemanden mehr, der noch einen Stimmzettel hat. – Das wird nicht beanstandet. Dann schließe ich jetzt diesen Wahlgang.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir nutzen die Zeit, bis wir das Ergebnis vorliegen haben – erst dann wollen wir in die Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter eintreten –, indem wir einige Anträge abarbeiten.

Als Erstes rufe ich den Antrag „Olympiabewerbung 2012“ auf. Das ist der Antrag 227. Ihr findet ihn im Antragsbuch auf Seite 324/325. Wir haben uns darauf verständigt, keine Debatte dazu zu führen, sondern das Ganze mit der freundlichen Begrüßung von Wolfgang Tiefensee zu versehen, der hier ist – herzlich willkommen! –,

(Beifall)

verbunden mit Daumendrücken für diese Aktion und dem Hinweis, dass der Parteivorstand heute Abend um 19 Uhr in der Rundsporthalle das Forum „Sportgroßveranstaltungen – Standortfaktor für Deutschland“ durchführt, wo Wolfgang Tiefensee und viele andere mitdiskutieren.

Ich lasse über den Antrag 227 abstimmen. Wer stimmt dem Antrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Herzlichen Dank und viel Erfolg, Wolfgang!

(Beifall)

Dann kommen wir zu den Anträgen „Bundesstaatliche Ordnung erneuern“. Das sind die Anträge A 222 bis A 224 auf den Seiten 316 bis 322. Die Antragskommission ist der Meinung: Die Antragslage und die Empfehlung der Antragskommission sprechen für sich. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Dann lasse ich über den Antrag A 222 abstimmen, Annahme in der Fassung der Antragskommission, was heißt, dass in Abs. 1 Zeile 3 der Halbsatz „in der Vergangenheit“ gestrichen wird und ein letzter Satz angefügt wird: „Wir werden die Arbeit der

Kommission begleiten und ihr Ergebnis in der Partei diskutieren. Der Parteirat wird fortlaufend über den Fortgang der Beratungen informiert.“ Wer diesem Antrag in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zum Antrag A 223: „Verantwortung vor Ort stärken“. Hier empfiehlt die Antragskommission, die Ziffern 1 und 3 bis 5 an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Ziffer 2 ist durch Beschluss des Deutschen Bundestages erledigt. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einmütig bei Ignoranz eines Teils der Delegierten.

Wir kommen zu A 224. Das ist ein Änderungsantrag zu A 222. Die Antragskommission schlägt Überweisung an die Bundestagsfraktion vor. Wer folgt diesem Vorschlag? – Das ist überwältigend.

Kurt Beck, ihr solltet einmal überlegen, ob wir noch andere Anträge vorziehen, wenn das so weitergeht.

Ich rufe den Bereich Medienpolitik auf. Kurt Beck von der Antragskommission führt ein. Dann habe ich eine Wortmeldung von Angelica Dullinger aus Bayern.



Bericht der Antragskommission – Medienpolitik

Kurt Beck, Antragskommission: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich denke, dass das Thema Medienpolitik nicht ohne Begründung und Debatte über die Runden gehen sollte, zumal wir in der Medienkommission der Partei den Versuch unternommen haben, zusammenzufassen, wie sich die elektronischen Medien hinsichtlich der Konvergenz und der Zuständigkeiten auf Europa-, Bundes- und Länderebene nach unserer Auffassung über den Tag hinaus entwickeln sollten.

Dabei wollen wir ein möglichst großes Maß an Freiheit und Gestaltungsmöglichkeit für diejenigen, die entsprechende Angebote machen. Aber wir sagen genauso deutlich, dass in diesen Medienbereichen, auch bezüglich dessen, was über den PC empfangbar ist, die Spielregeln, die in der Gesellschaft ansonsten gelten, in den Wohnzimmern und Kinderzimmern nicht außer Kraft gesetzt werden dürfen. Deshalb wollen wir, soweit wir dies vermögen, im Bereich Jugendschutz für Fälle, die nicht der allgemeinen guten Sitte entsprechen, klare Regelungen, und zwar elektronisch und mit den Möglichkeiten, die wir auf europäischer und nationaler Ebene haben.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind uns bewusst, Genossinnen und Genossen, dass solche Regelungen nur begrenzt möglich sind; denn vieles im Internet stammt nicht aus dem europäischen Raum. Wir dürfen nicht so tun, als könnten wir das national oder auf europäischer Ebene in den Griff bekommen. Aber wir wollen, dass das, was möglich ist, auch getan wird. Ich plädiere ausdrücklich dafür, in der Zukunft Konferenzen auf der Ebene der Vereinten Nationalen zu veranstalten, ähnlich wie es bei Themen wie der Kinderarbeit oder dem Schutz des Klimas, der Natur und der Umwelt geschieht. Auf diesen Konferenzen muss der Versuch unternommen werden, den schrecklichen Schund, den es gibt, einzudämmen und Missbrauchstatbeständen, dem Missbrauch all dessen, was einem normalen Menschen heilig ist, weltweit entgegenzutreten.

Ich will darüber hinaus deutlich machen, Genossinnen und Genossen, dass der Antrag 452 von einer fairen Entwicklung im dualen Rundfunk- und Fernsehsystem in der Bundesrepublik Deutschland bei Weiterentwicklung des europäischen, nationalen und Länderrechts ausgeht. Wir wollen gemeinsam versuchen, eine faire Regelung zu finden. Die Rundfunkkommission der Länder hat entsprechende Aufträge entgegengenommen – das ist ja in der aktuellen Diskussion –, wann, unter welchen Bedingungen und bei welchen vorgeschalteten Effizienz- und Sparbemühungen die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten berechtigterweise eine Anpassung ihrer Gebühren erwarten dürfen.

Genossinnen und Genossen, lasst mich zu dem Initiativantrag 17 eine kurze Bemerkung machen. Wir schlagen vor, dass der Antrag, wie vorgeschlagen, in seinem

ersten Teil in den Antrag 452 auf Seite 529 nach Zeile 20 eingefügt wird, dass allerdings der letzte Absatz geändert wird, und zwar so, wie ihr ihn vorliegen habt. Darin wird verlangt, dass die Länder bei der Erteilung von Lizenzen an private Veranstalter die Vorbedingung stellen, für hör- und sehbehinderte Menschen Angebote zu unterbreiten. Darum wollen wir uns bemühen. Das soll der Antrag zum Ausdruck bringen. Aber wir können den privaten Anbietern nicht mehr abverlangen als dem öffentlich-rechtlichen Bereich. Auch in diesem Punkt geht es um Fairness.

Ich sage, auch in meiner Funktion als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder, dass wir mit Nachdruck daran arbeiten, dass hör- und sehbehinderte Menschen jeweils auf ihre Art und Weise – durch Untertitelung oder Zweikanalton, Hörfilm genannt – bedient werden. Diese Entwicklung bei den öffentlich-rechtlichen und auch privaten Anbietern in der Zukunft sind wir diesen behinderten Menschen schuldig.

(Vereinzelt Beifall)

Die Antragskommission schlägt vor, beide Anträge mit diesen Änderungen anzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank, Kurt. Ich weise noch einmal darauf hin: Es geht um die Seiten 518 bis 529 und den Initiativantrag 17. – Das Wort hat Angelica Dullinger aus Bayern. Dann folgt Genosse Ruffert aus Hessen.

Antragsberatung Medienpolitik

Angelica Dullinger, Bayern: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich bin keine Abgeordnete, sondern habe das Rederecht als einfache Delegierte erhalten. Ich bin froh, dass das möglich war.

Ich habe von der Demonstration heute Morgen eine Fahne von Martin Lübeck aus Dortmund geschenkt bekommen. Ich finde die Solidarität der Leute, die heute Morgen demonstriert haben, sehr hilfreich; das wollte ich hier einmal sagen, da es schließlich gerade um die Medien geht.

(Vereinzelt Beifall)

Zu dem Antrag des Parteivorstands, den ich übrigens gelesen habe, bevor ich das Antragsbuch durchgearbeitet habe: Ich fand ihn sehr interessant. In der Partei gibt es ja sehr viel Wissen darüber, wie mit den modernen Kommunikationsformen umzugehen ist. Ich möchte einige Punkte dazu sagen, warum ich den Antrag so nicht annehmen würde, sondern ihn an den Parteivorstand überweisen würde, damit Verbesserungen vorgenommen werden können.

In dem Antrag spiegelt sich etwas Ähnliches wie in dem Leitantrag wider: Ein guter Wille ist vorhanden, aber manchmal fehlt die zur Umsetzung nötige Präzision. In dem Antrag steht, dass der öffentliche Rundfunk, die öffentlichen Medien weitergeführt werden sollen, dass aber auch die privatrechtliche Seite gestärkt werden soll, dass ein großer Teil der Medien privatisiert werden soll. Aber wie man die Privaten dann kontrolliert oder beeinflusst, steht dort nicht; es bleibt letztlich bei Appellen.

Auf Seite 524 steht, dass die Ausbildungskosten im Zusammenhang mit den neuen Medien auf die öffentliche Hand verlagert werden sollen. Sonst ist immer vom schlanken Staat die Rede, aber in diesem Fall wird die private Seite völlig außen vor gelassen.

Überrascht hat mich auch, dass davon ausgegangen wird, dass das Internet und die neuen Medien überall präsent sind und dass es ausreicht, wenn in jeder zweiten Bibliothek ein Internetzugang möglich ist. Dazu muss ich sagen: Deutschland ist ein Flächenstaat. Wir haben nicht nur Städte, sondern auch die Fläche. Ich komme aus Bayern, wo es in vielen Orten und Dörfern überhaupt keine Bibliothek, geschweige denn eine zweite gibt.

Auf Seite 524 ist davon die Rede, dass nicht rein marktwirtschaftliche Gesichtspunkte die Angebotsvielfalt einschränken dürfen. Deshalb wird an die verantwortlichen privaten Anbieter appelliert, das anders zu machen. Appelle haben eigentlich selten geholfen, etwas durchzusetzen. Das haben wir bei der Ausbildungsumlage gesehen: Da appellieren wir seit 20 Jahren und es ist nichts passiert.

Mich verblüfft, dass bei diesen Medien so viel Wert darauf gelegt wird, dass sich etwas ändert. Wir sehen, lesen und lernen jetzt auch noch das Internet kennen. Aber hinhören, zuhören ist noch kein Begriff; das wird noch nicht gelehrt. Vielleicht müssen wir da alle noch etwas dazulernen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Nun spricht der Genosse Ruffert. Ihm folgt Jörg Tauss, Baden-Württemberg.

Detlef Ruffert, Hessen-Nord: Genossinnen und Genossen! Ich möchte gerne die Gelegenheit wahrnehmen, zu diesem, wie ich finde, wichtigen Bereich der Medienpolitik ein paar Ausführungen zu machen. Ich will drei Schwerpunkte nennen.

Wir haben gerade gehört, dass es uns wichtig ist, dass die Medien auch in der Lage sind, auch unsere Kinder und Jugendlichen in einer richtigen Weise zu betreuen und zu behandeln. Dazu gehört sicherlich, dass wir die Kinder und Jugendlichen vor den schädlichen Wirkungen von Medien schützen. Wir haben in der Vergangenheit nach den Ereignissen in Erfurt das Jugendschutzgesetz bezüglich des Medienschutzes sehr stark verändert und bereits Reformschritte eingeleitet. Aber ich bin folgender Meinung: Wir sollten uns diesen Bereich in der nächsten Zeit noch einmal gründlich anschauen.

Denn wir haben hier eine Vielzahl von unterschiedlichen Einrichtungen, die sich alle mit den gleichen Medien beschäftigen. Der gesamte Jugendmedienschutz ist eine einzige Zersplitterung zwischen FSK, FSF und unserer neu gebildeten Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten. Es gibt noch immer die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften bzw. jugendgefährdende Medien, wie sie jetzt heißt. Dann prüfen auch noch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und schließlich die Landesrundfunkanstalten. Genossinnen und Genossen, wir sollten darangehen, zu versuchen, hier etwas mehr Stringenz hineinzubringen, damit klarer wird, wer in diesem Bereich für was zuständig ist.

Der zweite Bereich ist: Wir führen seit einiger Zeit wieder eine Diskussion über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Interessant ist auch, welche Allianzen sich auf tun. Die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ganz offensichtlich ein Sparkonzept verordnen – und das in einer Art und Weise, die uns zu denken geben sollte. Ich bin der Meinung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nach wie vor ein wichtiges Element in unserer Gesellschaft ist, was – bitte sehr – so bleiben sollte.

(Vereinzelt Beifall)

Natürlich stehen wir zum dualen System. Natürlich sind wir auch für den privaten Rundfunk. Aber wir können doch nicht über eine neue Debatte über die Grundver-

sorgung darangehen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk plötzlich zu beschneiden und die attraktiven Felder dem privaten Rundfunk zu überlassen. Das kann es doch nicht sein!

(Beifall)

Hier möchte ich also für Chancengleichheit auf allen Ebenen plädieren. Natürlich frage ich auch in Richtung öffentlich-rechtlicher Rundfunk, ob man nicht zum Beispiel durch eine stärkere Vernetzung Synergien erzielen könnte. Ich finde das notwendig. Ich frage mich auch, ob der Automatismus der Gebührenerhöhungen unbedingt stattfinden muss. Vielleicht könnten wir auch hier ein bisschen zarter herangehen und erst einmal Einsparmöglichkeiten prüfen, die in diesem Feld vielleicht vorhanden sind.

Dritter Bereich – ganz kurz –: In dem vorliegenden Antrag ist das Thema der Medienkompetenz ganz intensiv beschrieben; ich bin den Antragstellern dafür sehr dankbar. Seit der PISA-Studie diskutieren wir mehr über die Lesekompetenz. Aber die Lesekompetenz ist ein Teil der Medienkompetenz. Wir brauchen heute auf allen Ebenen Medienkompetenz, die mehr sein muss als technische Kompetenz, um uns in dieser Gesellschaft medial verhalten, an der Gesellschaft medial teilhaben und in dieser Gesellschaft gestaltend mitwirken zu können. Denn schließlich haben wir eine Medien- und Informationsgesellschaft.

Deshalb darf ich das Augenmerk besonders auf den Teil Medienkompetenz lenken – mit der Bitte, dass wir hier noch stärker darüber nachdenken, in welchen unterschiedlichsten Bereichen wir die Medienkompetenz fördern können. Denn sie ist inzwischen bei uns ein Stück Lebenskompetenz geworden. Ich bin sehr dankbar für diesen Antrag und bitte, dass dieser Antrag in dieser Form angenommen wird.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank. – Um die Zügigkeit des Parteitags voranzutreiben, hören wir jetzt das erste Wahlergebnis. Ich unterbreche also den Punkt „Medienpolitik“; wir machen damit nachher gleich weiter. – Margret, bitte.

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich darf euch das Ergebnis bekannt geben: Wir haben 507 abgegebene Stimmen. Eine davon ist ungültig, sodass 506 gültig sind. Mit Ja stimmten 409, mit Nein 77. Es gab 20 Enthaltungen. Dies bedeutet eine Zustimmung von 80,83 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen.

(Lang anhaltender Beifall)



Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Lieber Gerhard, herzlichen Glückwunsch im Namen des Parteitages! Es stellt sich die – ich weiß nicht, ob sie vorgeschrieben ist – statuarische Frage, ob du die Wahl annimmst. Ich halte die eigentlich für Unfug.

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler: Lieber Wolfgang, ich finde, das ist eine berechtigte Frage. Ich nehme die Wahl sehr gerne an. Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, unter den obwaltenden Umständen und vor dem Hintergrund unserer intensiven Debatte, die ich richtig und verständlich finde, ist das ein ehrliches Ergebnis, das der Würde unserer Partei gerecht wird. Ich bin euch dafür dankbar.

(Lang anhaltender Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Liebe Genossinnen und Genossen, wir treten in die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden ein. Wir haben noch einmal prüfen lassen, ob es rechtlich zulässig ist, dies als verbundene Einzelwahl auf einem Stimmzettel zu machen. Das ist deshalb unkompliziert, weil es für fünf Funktionen fünf Kandidaturen gibt und über jede Person einzeln mit Ja, Nein oder Enthaltung abgestimmt wird. Ihr bekommt jetzt einen grünen Stimmzettel, auf dem die fünf Kandidaturen ausgewiesen sind. Meine Bitte ist, die Kontrollmarke 20 aufzukleben. Das macht das Ganze dann gültig.

Ich habe noch einmal an die Medienvertreter die Bitte, weder zu filmen noch zu fotografieren, weil das Wahlanfechtungen mit sich bringen könnte. Solchen Dingen wollen wir uns nicht aussetzen.

Die Wahlkommission kann mit der Austeilung der Stimmzettel beginnen. – Haben wir ein Problem mit den Zetteln? – Kann ich einen Hinweis bekommen, ob wir den Wahlgang durchführen können? – Die Stimmzettel kommen gerade. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir in den vergangenen Jahren bei den Wahlen der Stellvertreter fünf Zettel ausgeteilt haben. Es handelt sich bei allen fünf Personen um eine Einzelwahl. Bei jeder Person muss die notwendige Stimmenzahl von 258 erreicht werden, damit die jeweilige Person im ersten Wahlgang gewählt ist. Nur zur Beschleunigung des Verfahrens machen wir das alles auf einem Zettel.

Wo fehlen noch Stimmzettel? – Bitte die Nummer 20 aufkleben und jeder macht fünf Kreuze, immer nur ein Kreuz in einer Reihe. – Haben jetzt alle einen Stimmzettel? – Dann beginnen wir mit dem Einsammeln der Stimmzettel.

Könnt ihr die Stimmzettel hochhalten, die noch nicht in der Urne sind? – Keine. Dann schließe ich den Wahlgang.

Ich rufe die Anträge zur Medienpolitik auf. Das Wort hat Jörg Tauss.

Antragsberatung

Jörg Tauss, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Weil dafür plädiert worden ist, den Antrag nicht zu verabschieden, sondern ihn quasi als Arbeitsmaterial zu verwenden, möchte ich herzlich darum bitten, das Gegenteil zu tun. Ich kann Kurt Beck nur zustimmen: Es ist seit Jahren das erste Mal, dass wir mal wieder einen medienpolitischen Antrag haben. Ich glaube, die medienpolitische Diskussion im Lande und das, was wir hier schon andiskutiert haben, zeigt, dass es notwendig ist, dass die SPD in diesem Bereich wieder Farbe bekennt.

Ich glaube, es gab einige Missverständnisse, auf die ich als einer der Mitautoren in der Medienkommission gerne eingehen möchte. Zum einen ging es um den privaten Medienbereich. Ich glaube, wir haben mit diesem Antrag schon sehr sorgfältig zwischen den Interessen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und denen der privaten Medienlandschaft, die sich in diesem Land entwickelt hat, abgewogen. Man kann das auch hier im Saal an den zahlreichen Kameras unterschiedlichster Sender sehen. Dieses Miteinander ist okay. Aber wir wollen die Spielregeln klar machen.

Damit hier keine Missverständnisse aufkommen: Auch der öffentlich-rechtliche Bereich ist nicht sakrosankt. Auch da gibt es jede Menge Kritik an den Programmen. Der Grundversorgungsauftrag aber muss erhalten bleiben und die Erfüllung des Grundversorgungsauftrags für eine offene Medienlandschaft kann nur der öffentlich-rechtliche Rundfunk leisten. Das haben wir in diesem Antrag klar gemacht.

Der zweite Punkt betrifft die Ausbildungskosten. Ich glaube, hier gibt es ein Missverständnis. Wir wollen Medienkompetenz, aber wir wollen Medienkompetenz und deren Vermittlung nicht privatisieren. Schaut euch den Antrag daraufhin noch einmal genau an!

Drittens haben wir den Bereich des Jugendmedienschutzes erstmals klar geregelt, liebe Genossinnen und Genossen. Das, was hier gerade kritisiert worden ist, ist also sozusagen schon im positiven Sinne erledigt. Es gibt mit der KJM ein Instrument, das die Rundfunkanstalten und die unterschiedlichen Medien der Länder im Bereich des Jugendschutzes quasi zusammenfasst. Mit dieser Reform des Jugendmedienschutzes haben wir das, was als Ziel formuliert worden ist, erreicht.

Last, not least, liebe Genossinnen und Genossen, meine herzliche Bitte: Nehmt den Antrag heute an mit der Ergänzung, wie sie vorgeschlagen worden ist! Wir sollten in unserer Partei endlich die medienpolitische Debatte wieder voranbringen, und zwar entsprechend der Bedeutung, die sie verdient.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank, Jörg. – Die Antragskommission übernimmt den Antrag auf Überweisung nicht, sodass ich über den Antrag 452 der Antragskommission in der Fassung der Antragskommission abstimmen lasse. Über Initiativantrag 17 stimmen wir anschließend ab.

Wer stimmt dem Antrag 452 in der Fassung der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Dann stimmen wir über den Initiativantrag 17 mit den drei Veränderungen im letzten Absatz ab. Wer stimmt dem Antrag in der Fassung der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist auch so beschlossen.

Damit haben wir den Bereich der Medienpolitik durch. – Ich denke, wir warten mit dem nächsten Wahlgang, bis die Stimmen für die Stellvertreterinnen und Stellvertreter des Vorsitzenden ausgezählt sind. Ich denke, es ist vernünftig, so zu verfahren.

Weil die Antragskommission einen Teil der Anträge heute Abend noch einmal schlussberaten muss, bietet sich jetzt die Gelegenheit, die Anträge zu dem Antragsblock „Sonstige Anträge“ zu behandeln. Ihr findet die Anträge dazu im Antragsbuch auf den Seiten 382 bis 433; es geht um die Anträge 286 bis 415.

Mir ist gesagt worden, dass sich für die Antragskommission Hubertus Heil bereit hält. Hubertus ist da.

Ich rufe Antrag 286 auf. Dabei geht es um Fragen des demographischen Wandels.

Da wird eine kleine Änderung vorgeschlagen. Wer stimmt 286 in der Fassung der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Wenige. Enthaltungen? – Keine. Dann ist dem so zugestimmt.

Dadurch ist der Antrag 287 erledigt.

288 befasst sich mit dem Thema Reform der Erzieher/innen-Ausbildung. Hier wird Überweisung an Landtagsfraktionen und SPD-Landesregierungen wegen der Zuständigkeiten vorgeschlagen. Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? – So beschlossen.

Dann kommt der Antrag 289. Da geht es um Lohndumping bei Aus- und Weiterbildung. Dieser Antrag wird in die Beratung zum Grundsatzantrag morgen Nachmittag einbezogen. Wir stellen das hier zurück.

290 beschäftigt sich mit dem Hochschulrahmengesetz. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wortmeldungen? – Keine. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – So beschlossen.

291 steht unter dem Titel „Solidargemeinschaft stärken“. Vorgeschlagen wird Überweisung an Bundesregierung und Bundestagsfraktion. Wortmeldungen habe ich keine. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – So beschlossen.

Antrag 292 trägt den Titel „Innovative Hochschulen“. Da wird vorgeschlagen: erledigt durch Regierungshandeln. Das ist überzeugend, Edelgard. Das kritisiert auch keiner. Wer folgt der Empfehlung? – Gegenstimmen? – Wenige Gegenstimmen. So beschlossen.

293: Kriterien für Schul- und Hochschulausbildung. Hier wird Überweisung als Material an Parteivorstand, Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen vorgeschlagen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Ihr habt so beschlossen.

294: BAFöG – Förderungskatalog ändern. Vorschlag: erledigt durch Regierungshandeln. Einwände sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

295: Studiengebühren. Auch hier wird empfohlen: erledigt durch Regierungshandeln. Wortmeldungen? – Keine. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – So beschlossen.

Antrag 296 beschäftigt sich mit dem Verbot des Tragens religiös-weltanschaulicher Symbole in staatlichen Schulen und Jugendeinrichtungen. Die Empfehlung lautet: Überweisung an Parteivorstand/Grundwertekommission und an den Parteirat. Die Alternative wäre eine sehr ausführliche Debatte. Ich glaube, die haben wir hier heute nicht im Kreuz. Wortmeldungen gibt es nicht. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – So beschlossen.

297: Ganztagschulen und Ferienzeiten. Empfohlen wird Überweisung als Material an Landtagsfraktionen. Einwände sehe ich nicht. Gegenstimmen? – Keine. So beschlossen.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen 298 bis 304. Diese Anträge werden hier zurückgestellt. Wir behandeln sie im Rahmen des Themas Verbraucherpolitik.

Wir kommen zum Antrag 305 auf Seite 398. Es geht um die Zusammenlegung von LVAs und BfA. Empfohlen wird Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Antrag 306: Tabakwerbung. Auch hier wird Überweisung an die Bundesregierung empfohlen. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – So beschlossen.

Die Anträge 307 bis 310 werden mit dem Kapitel 5 im Antrag A 1 morgen Nachmittag behandelt. Sie werden hier also zurückgestellt.

Ich rufe den Antrag 311 auf. Es geht um das Thema Alkohol im Straßenverkehr. Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. – Das löst Gelächter im Präsidium aus. Hier wird gesagt: Das löst das Problem. Stimmen alle zu, keine Einwände? – So beschlossen.

Die Anträge 312 bis 316 werden im Bereich Organisationspolitik behandelt und hier ausgeklammert.

Ich rufe 317 auf. Es geht um die Legislaturperiode des Bundestages. Empfohlen wird Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer folgt dieser Aufforderung? – Es ist so beschlossen.

Antrag 318 trägt den Titel „Gläserne Abgeordnete“. Es wird Überweisung an den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Keine Einwände? – Dann ist das so beschlossen.

Der Antrag 319 beschäftigt sich mit dem Thema Nebeneinkünfte. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Bei einer ganzen Zahl von Gegenstimmen beschlossen. Das Erste war deutlich die Mehrheit.

320: Überversorgung von Politikern. Empfohlen wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Einige Gegenstimmen. Das Erste war die Mehrheit. So beschlossen.

321: Finanzierung der Bundestagsfraktion. Die Empfehlung lautet: Ablehnung des Antrags. Wer folgt der Empfehlung? – Gegenstimmen? – Einmütig beschlossen.

322: Aufgaben des Parteivorsitzenden. Empfohlen wird die Ablehnung. Wortmeldungen habe ich nicht. Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – So beschlossen.

Dann kommen wir zum Antrag 323: Unvereinbarkeit von Amt und Vorsitz. Der Vorschlag lautet: Ablehnung des Antrags. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Einige wenige. Das ist so beschlossen.

324 betrifft dasselbe Thema. Das ist dann auch erledigt, abgelehnt.

325: Amtszeit des Bundeskanzlers. Hier wird Ablehnung empfohlen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

326: Trennung Amt des Parteivorsitzenden vom Amt des Bundeskanzlers. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Ich meine dieser Antrag ist erledigt durch Tun. Das gilt auch für den nächsten Antrag. Das ist meines Erachtens durch Tun erledigt, es sei denn, es wird eine Mittelfristperspektive im Text aufgezeigt. Das kann ich jetzt so schnell nicht sehen. – Die Antragskommission besteht auf Ablehnung. Dann stimmen wir über 327 ab. Wer lehnt ab? – Danke, ist abgelehnt.

328: Zusammenführung von Ministerien der Bundesregierung. Der Vorschlag lautet Ablehnung. Wer folgt dem Vorschlag? – Gegenstimmen? – Doch ein Teil Gegenstimmen. So beschlossen.

Beim Antrag 329 geht es um das bürgerschaftliche Engagement. Es wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer folgt dem Vorschlag? – Das ist so beschlossen.

330, Ausweis für freiwillig und ehrenamtlich tätige Personen. Vorschlag: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer stimmt zu? – Es ist so beschlossen.

331, Absicherung Ehrenamt. Empfehlung: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer folgt dem? – Auch eine dramatische Mehrheit.

332, es geht um ein Lebenspartnerschaftsgesetz. Wortmeldungen liegen nicht vor. Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung ist vorgeschlagen. Wer stimmt dem zu? – Die überwältigende Mehrheit.

333, Lebensformenpolitik. Es wird vorgeschlagen, an Bundestagsfraktion und Bundesregierung zu überweisen. Wer folgt dem Vorschlag? – Ebenfalls eine deutliche Mehrheit.

334, Gleichberechtigung für Schwule und Lesben. Es gibt die gleiche Empfehlung: Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung. Wer stimmt dem zu? – Es ist so beschlossen.

335 ist vom Antragsteller zurückgezogen worden.

Zu 336 wird Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Es ist so beschlossen.

337, Mobilfunkgrenzwerte. Es wird Überweisung an Bundestagsfraktion empfohlen. Wer stimmt zu? – Es ist so beschlossen.

338, Immissionen durch Mobilfunksendeanlagen. Empfohlen ist Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem zu? – Das ist so beschlossen.

339, Schluss mit Tierversuchen für Chemikalien. Hier wird Überweisung an Bundestagsfraktion und an Fraktion der SPE im Europäischen Parlament empfohlen. Wer folgt dieser Anregung? – Es ist so beschlossen.

340, Eisenbahnverbindung Emmerich–Oberhausen. Wollt ihr das in Nordrhein-Westfalen haben? – Dann kriegt ihr es jetzt von uns überwiesen. Wer möchte, dass sich die Landesregierung damit befassen muss? – Wir machen euch hier Freude und Arbeit.

(Vereinzelt Beifall)

341, Börsengang der Deutschen Bahn AG. Empfohlen ist Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer folgt der Anregung? – Das ist so beschlossen.

342, Finanzierung Lärmschutz. Die Empfehlung lautet ebenfalls: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer schließt sich dem an? – Es ist so beschlossen.

343, Ergänzung der VOB. Empfohlen wird Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer folgt dem? – Es ist so beschlossen.

344, Restabfallbehandlung. Wer folgt dem Vorschlag der Antragskommission auf Überweisung an Bundestagsfraktion? – Auch das ist beschlossen.



345, Überholverbot für LKW. Auch hier wird Überweisung an Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer stimmt dem zu? – Das ist beschlossen.

Die Anträge 346 bis 348 werden in der energiepolitischen Debatte behandelt. Wir stellen sie hier zurück.

Ich komme zu 349, Einstellung des Transrapid-Projektes. Hier wird empfohlen: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer schließt sich dem an? – Gegenstimmen? – Mit Riesenv Mehrheit beschlossen.

350 stellen wir zurück, weil das in den Bereich A 1 fällt, der morgen behandelt werden soll.

Ich komme zu 351. Auch dieser Antrag soll zurückgestellt und in Verbindung mit A 1 behandelt werden.

Ich rufe den Antrag 352 auf. Hier gibt es die Wortmeldung von Karl Finke.

Karl Finke, Behindertenauftragter der Bundesregierung: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich freue mich, dass ich heute zu euch sprechen kann. Ich bin Sprecher des Netzwerks „Selbst aktiv – behinderte Menschen in der SPD“. Das ist ein Zeichen dessen in der SPD, was Gerhard Schröder vorhin gesagt hat: Teilhabe ermöglichen und dies innerhalb der SPD Wirklichkeit werden zu lassen. Wir selber von der AG „Selbst aktiv“, dem Netzwerk behinderter Menschen, haben einen Antrag für ein zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz eingebracht. Dies war und ist eine

der zentralen Botschaften der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung. Sie hat gesagt: „Wir machen ein Gleichstellungsgesetz.“ Das habt ihr prima gemacht. „In der nächsten Legislaturperiode machen wir ein Antidiskriminierungsgesetz. Sorgt dafür, dass ihr auf Länderebene Gleichstellungsgesetze bekommt.“

Diese drei Punkte sind unabdingbar und machen einen Kanon von Behindertenpolitik aus einem Guss aus, wie sie ganz symptomatisch für Deutschland und europaweit von Gerhard Schröder und der sozialdemokratischen Bundesregierung gestaltet wurde. Teilhabe ermöglichen heißt aber nun, dass wir nicht allein über den Antrag 352 abstimmen sollten. Für den bin ich sehr. Ich habe nichts dagegen, dass Ethnien und Rassismus, das Lesben und Schwule im Rahmen eines ZAG erwähnt werden. Allerdings habe ich als aktiver behinderter Mensch deutlich etwas dagegen, dass dieser Personenkreis gefördert, Menschen mit Behinderung aber nicht erwähnt werden. Das halte ich für unsere Arbeit für nicht kennzeichnend und auch nicht für das Selbstverständnis der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Bundesregierung.

(Beifall)

Ebenfalls bin ich der Meinung, dass sich unser Antrag in drei wesentlichen Punkten vom Antrag 352 unterscheidet. Erstens ist er von uns selber erstellt worden, von behinderten Menschen. Zweitens sind wir als Bezugsgruppe drin. Drittens wird das neue Politikelement, das von der sozialdemokratischen Bundesregierung eingeführt wurde, nämlich Politik mit behinderten Menschen zu machen und künftig zu gestalten, hier ausdrücklich hervorgehoben. Unter uns – der Bundeskanzler in allen Ehren, er ist Jurist –: Ein Antrag von einer Zielgruppe ist allemal wichtiger als ein Antrag der ASJ. Ich freue mich, wenn ihr den Antrag 356 unterstützen würdet. Er macht deutlich: Innerhalb der SPD sind behinderte Menschen aktiv. Wenn sie sich zu Wort melden, heißt „Teilhabe ermöglichen“ auch: Lasst den Worten Taten folgen. Wir haben das europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen. Die zentrale Botschaft lautet: uneingeschränkte Teilhabe verwirklichen. Wir tun das. Stimmt für 356! – Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank, Karl. – Hubertus Heil für die Antragskommission.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, Karl Finke hat natürlich vollständig Recht. Die Antragskommission hat deshalb in ihrer Sitzung am Sonnabend genau das gemacht. Wir empfehlen den Antrag 352 in folgender Fassung anzunehmen – das ist nicht ausgedruckt –: In der Zeile 20 soll nach dem Wort „Weltanschauung“ eingefügt werden: „einer Behinderung“. Der letzte Satz soll gestrichen werden.

Den letzten Satz wollen wir streichen, weil wir uns nicht mit den dort Aufgeführten an diesen Punkt anlegen müssen. Wir sind für das Antidiskriminierungsgesetz. Wir sind dafür, dass das den Bereich der behinderten Menschen umfasst.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank. Das heißt, wir stimmen über den Antrag 352 in der Fassung der Antragskommission ab, in dem der Behindertenteil integriert ist. Wer stimmt dem zu? – Das ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann rufe ich den Antrag 357 auf, „Gegen Gewalt und Diskriminierung“. Es wird Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung vorgeschlagen. Wortmeldungen habe ich nicht. Wer stimmt der Empfehlung zu? – Das ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 358 auf, Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien. Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Vorschlag lautet auf Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung. Wer folgt diesem Vorschlag? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

359: Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes. Vorgeschlagen ist Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer folgt dem Vorschlag? – Das haben wir so beschlossen.

360: Entwicklung des ländlichen Raumes. Vorgeschlagen ist die Überweisung an die Landtagsfraktion Niedersachsen.

(Heiterkeit)

– Das ist wahrscheinlich die Heimzahlung für NRW eben. Also: Überweisung an Sigmar. Wer stimmt dem zu?

(Zuruf)

– „Ländlicher Raum“ ist Schwerpunktthema bei uns, mein Lieber.

361: Bekämpfung des Rechtsextremismus. Vorgeschlagen ist Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer folgt der Empfehlung? – Gegenstimmen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

362: Einheitlicher Verteilungsschlüssel. Hierzu liegt mir eine Wortmeldung von Jochen Ott vor.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Lieber wäre es mir, wir würden den Antrag beschließen, aber Köln ist auch damit einverstanden, wenn er überwiesen wird.

Ich möchte nur noch einmal nachdrücklich dafür werben, dass es einen einheitlichen Verteilungsschlüssel gibt. Ihr habt vielleicht die Debatte in den Medien mitbekommen und wisst, dass es eine sehr große Gruppe von Flüchtlingen in Köln gibt, insbesondere Sinti und Roma. Wir müssen gerade da Lösungen finden. Die CDU spricht da mit gespaltener Zunge. Sie versucht, das Flüchtlingsproblem mit massiven radikalen Maßnahmen, mit Massenunterkünften und mit einer Verschlechterung der Chancen für die Flüchtlinge – beispielsweise nur noch Verteilung von Nahrung und

nicht mehr von Geld –, also mit Abschreckungspolitik, zu lösen. Wir wissen, dass das der falsche Weg ist.

Wir müssen aber dafür sorgen, dass die Lasten, die damit verbunden sind, wenn man Flüchtlinge aufnimmt, in der ganzen Bundesrepublik verteilt werden. Weil wir da in einer besonderen Situation sind, bitten wir um Unterstützung. Allein können wir das nicht leisten. Viele von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Köln wissen, dass es für eine tolerante und sehr ausländerfreundliche Gesellschaft notwendig ist, ganz klar durchzugreifen, wenn Fehler passieren. Es gibt viele Kinder, die von ihren Eltern missbraucht werden, die zum Klauen geschickt werden. In dieser Woche ist ein Kind zum 103. Mal aufgegriffen worden. Wir müssen auch im Sinne dieser Kinder etwas tun. Aber wenn die Konzentration von Menschen an einem Ort so stark ist, dann kann man auch nicht mehr pädagogisch einwirken, dann ist es überhaupt nicht mehr möglich, irgendetwas zu tun.

Deshalb also meine Bitte an die Bundestagsfraktion, gerade auch für Lösungen im Zuwanderungsgesetz zu sorgen, der CDU auch den Ball zurückzuspielen und ihr zu sagen: Wenn ihr das blockiert, dann bekommt ihr eben auch keine Lösung in den Kommunen, in denen ihr das Sagen habt. – In diesem Sinne bitte ich euch wirklich darum. Das Thema ist für uns ein ganz wichtiges, gerade im Vorfeld der Kommunalwahl.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Du hast keinen Antrag gestellt.

Dann stimmen wir über Antrag 362 ab. Vorschlag: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wer stimmt zu? – So beschlossen.

363: Waffenrecht und Innere Sicherheit. Empfohlen ist, Bundestagsfraktion und Bundesregierung damit zu befassen. Wer folgt dem Vorschlag? – Das ist so beschlossen.

364: Genetische Daten. Dazu liegt mir eine Wortmeldung vor: Arne Schneider, Hannover.

Arne Schneider, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Nur ganz kurz, damit das Thema hier nicht untergeht.

Dieser Antrag entspricht ungefähr der Beschlusslage unserer Partei, aber ich bin der Ansicht: Wir brauchen dringend ein Gesetz, das die genetischen Daten der Bürgerinnen und Bürger schützt. Nachdem wir das vor einigen Jahren beschlossen haben, wird es endlich Zeit, finde ich, dass die Bundesregierung bzw. unsere Bundestagsfraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegt.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Wir stimmen über den Vorschlag der Antragskommission zu Antrag 364 ab. Wer ist für Überweisung? – So beschlossen.

365: DNA-Analysen. Auch damit soll sich die Bundestagsfraktion befassen. Wer stimmt zu? – Beschlossen.

366: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Grundgesetz. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Das ist demnächst bei euch im Posteingang. – Ich ziehe das mit dem Posteingang zurück. Das geht ja heute technisch anders. Den ganzen Packen geben wir dem Franz mit. – Wer stimmt zu?

367: Telekommunikationsüberwachung. Wortmeldungen: keine. Vorschlag: Annahme. Wer stimmt zu? – So beschlossen.

368: Informationsfreiheitsgesetz des Bundes. Auch hier sind Bundestagsfraktion und Bundesregierung als Adressaten vorgeschlagen. Wer stimmt zu? – So beschlossen.

Wir kommen zu 369: Rasterfahndung. Hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer trägt das mit? – Das ist so beschlossen.

370: Umbau der Städtebauförderung. Vorschlag: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer stimmt zu?

371: Bundesseniorengesetz. Überweisung an die Bundestagsfraktion ist vorgeschlagen. Wer stimmt zu? – So beschlossen.

372: Anti-Doping-Gesetz. Auch hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer trägt das mit? – Beschlossen.

373: Neuregelung des Wahlrechts zum Europäischen Parlament. Vorschlag: Überweisung an Bundestagsfraktion und Fraktion im Europäischen Parlament. Wer stimmt zu?

374. Das betrifft: aktives und passives Wahlrecht. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Die Ablehnung ist mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

375: Altersbezüge. Dazu wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit, also Ablehnung.

376: Aufhebung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure. Die Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion wird vorgeschlagen. Wer stimmt dem zu? – Beschlossen.

377: Abschaffung des Steuerberatungsprivilegs. Auch hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer stimmt zu? – So beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Überprüfung der „Briefkastenoptimierung“ unter strukturpolitischen Gesichtspunkten, 378. Auch das soll die Bundestagsfraktion bearbeiten, es sei denn, ihr folgt dem Votum der Antragskommission nicht. Folgt ihr dem Votum der Antragskommission jetzt oder nicht? – Alle wollen das. Gut.

379: Fair Play der Fußballbundesliga. Überweisung an die Bundestagsfraktion wird vorgeschlagen. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer stimmt dem zu? – So beschlossen.

380: Arbeitsmarkt. Wird erledigt durch Regierungshandeln.

(Heiterkeit)

– Steht hier! – Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wer stimmt dem zu? – So beschlossen.

381: Änderung BSHG. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer stimmt dem zu? – Wenige. Gegenstimmen? – Noch weniger. Dann war das Erste die Mehrheit. Also: Ablehnung.

382: Betriebliche Mitbestimmung. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer folgt dem? – Das ist die Mehrheit.

383: Freier Zugang zu Gewässern. Vorschlag: Überweisung an Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen. Wer folgt diesem Votum? – So beschlossen.

Antrag 384 „Stoppt den Elbeausbau“. Auch hier ist die Empfehlung, die Bundestagsfraktion und die betroffenen Landtagsfraktionen damit zu befassen. Wortmeldungen gibt es keine. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war die überwältigende Mehrheit.

Antrag 385 „Vergangenheit bewahren, Zukunft gestalten“. Hier wird Annahme empfohlen. Wortmeldungen gibt es keine. Wer stimmt zu? – Dann ist es so beschlossen.

Antrag 386 „BGB-Generalverweis“. Es wird Überweisung an Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer folgt der Empfehlung? – Dann ist es so beschlossen.

Zum Antrag 387 habe ich eine Wortmeldung von Lale Akgün.

Lale Akgün, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche für den Antrag 387 der Ortsvereine Sülz, Klettenberg und Mülheim in Köln.

Worum geht es? Es geht darum, dass es unser Bürgerliches Gesetzbuch den Vermietern erlaubt, ihre Häuser zu modernisieren, aber die Kosten dafür als Modernisierungsaufschläge auf ihre Mieter abzuwälzen. Die Vermieter machen von dieser Erlaubnis ausgiebig Gebrauch.

Wir fordern daher: Erstens. Die Abwälzung der Kosten für Modernisierungen auf die Mieter gemäß § 559 BGB muss zeitlich begrenzt werden. Denkbar ist eine Frist

von zwölf Jahren. Wer als Vermieter seine Mieter jahrelang für frühere Modernisierungen zahlen lässt, obwohl diese schon dreimal abgezahlt sind, betreibt Abzocke. Das sind verdeckte Mieterhöhungen. In das BGB muss deshalb eine Frist hinein.

Zweitens. Modernisierungsaufschläge müssen getrennt von der Grundmiete ausgewiesen werden, damit sich spätere Mieterhöhungen nicht auf frühere Modernisierungsaufschläge beziehen können. Wir müssen dem Missbrauch einen Riegel vorschieben. Auch die saubere Trennung muss ins BGB.

Mieterschutz ist Verbraucherschutz. Wir haben nicht mehr die finanzielle Kraft wie in den 70er-Jahren, im großen Stil sozialen Wohnungsbau zu betreiben. Gewiss brauchen wir das finanzielle Engagement der privaten Wohnungsvermieter. Aber machen wir uns klar: Mieterschutz ist eine Kernkompetenz der Sozialdemokraten und ist außerdem ein klassisches Gerechtigkeitsthema. Deswegen verbinde ich mit meiner Rede auch die Bitte um Annahme.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank. – Die Antragskommission kommt dieser Bitte nicht nach. Wir stimmen ab über das Votum der Antragskommission, Antrag 387 an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? – Das ist die überwältigende Mehrheit.

Wir unterbrechen die Abstimmungen an dieser Stelle, sodass Margret Wahlergebnisse vortragen kann.

Ergebnisse – Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Bevor ich die Wahlergebnisse bekannt gebe, möchte ich euch mitteilen, dass noch eine Delegierte nachgekommen ist. Das Quorum für die Vorstandswahlen liegt jetzt bei 259 Stimmen.

Wir kommen zur Wahl von Kurt Beck. Es gab 504 abgegebene Stimmen. Davon sind 3 Stimmen ungültig, also 501 Stimmen gültig. 414 stimmten mit Ja und 38 mit Nein. Es gab 49 Enthaltungen. Das sind 82,63473 Prozent.

(Beifall)

Wir machen weiter mit der Wahl von Wolfgang Clement. Abgegebene Stimmen 501. 2 Stimmen waren ungültig. Es gab also 499 gültige Stimmen. Davon haben mit Ja gestimmt 283. 169 stimmten mit Nein und 47 enthielten sich. Das sind 56,71343 Prozent.

(Beifall)

Wir machen weiter mit der Wahl von Wolfgang Thierse. Es sind 506 Stimmen abgegeben worden. 3 Stimmen waren ungültig. Das heißt, 503 Stimmen waren gültig. Davon stimmten 453 mit Ja, 25 stimmten mit Nein. Es gab 25 Enthaltungen. Das sind 90,05964 Prozent.

(Beifall)

Weiter geht es mit der Wahl von Ute Vogt. 505 abgegebene Stimmen. 3 waren ungültig. Das bedeutet 502 gültige Stimmen. Mit Ja stimmten 354. 103 stimmten mit Nein und 45 enthielten sich. Das sind 70,51793 Prozent.

(Beifall)

Wir kommen zur Wahl von Heidemarie Wiczorek-Zeul. 510 abgegebene Stimmen, 3 ungültige Stimmen. Somit sind 507 Stimmen gültig. Davon stimmten 429 mit Ja, 42 mit Nein. Es gab 36 Enthaltungen. Das sind 84,61538 Prozent.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Liebe Genossinnen und Genossen, damit sind alle fünf Stellvertreter im ersten Wahlgang gewählt. Herzlichen Glückwunsch auch vom Präsidium. Ich wünsche euch ein glückliches Händchen in den nächsten zwei Jahren.

Der Parteitag möchte jetzt noch hören, ob die Kandidaten ihre Wahl annehmen. Ich frage Kurt Beck.

Kurt Beck, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Ja, ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Wolfgang Clement.

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Das ist noch einmal gut gegangen.

(Beifall)

Ich finde, das ist ein ehrliches Ergebnis. Ihr könnt euch darauf verlassen: Ich bleibe es auch. Wir gehen noch ziemlich wichtigen Diskussionen entgegen. Ich freue mich darauf. Glück auf!

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Wolfgang Thierse.

Wolfgang Thierse, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Ute Vogt.

Ute Vogt, stellvertretende Vorsitzende der SPD: Ja, ich auch.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Heidemarie Wieczorek-Zeul.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, stellvertretende Vorsitzende der SPD: Ja.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Glückwunsch an alle fünf.

Wir kommen jetzt zur Wahl des Generalsekretärs. Es ist eine Einzelwahl. Es kann Ja, Nein oder Enthaltung angekreuzt werden. Der Kontrollzettel hat die Nummer 21. Die Stimmzettel können verteilt werden.

Vorsitzende Heide Simonis: Haben alle einen Stimmzettel bekommen?

Haben alle einen Stimmzettel bekommen? – Ihr müsst bitte eure Karte hochhalten, sonst sieht es so aus, als ob alle einen bekommen hätten.

Haben jetzt alle einen Stimmzettel? – Dann darf ich bitten, dass die Stimmzettel eingesammelt werden.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Wir haben die herzliche Bitte, dass ihr nach dem Wahlgang hier bleibt, weil wir den Wahlgang zur Schatzmeisterin unmittelbar anschließen.

Kann ich davon ausgehen, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind? – Das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

Wir bekommen gerade das Signal, eine kurze Pause einzuschieben.

Das hat zur Konsequenz, dass ich Antrag 388 aufrufe. Das Wort hat die Kollegin Ulrike Nissen aus Hessen-Süd.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Antrag ist so wichtig, dass wir ihn nicht an die Bundestagsfraktion überwiesen haben wollen, sondern euch bitten, ihn direkt zu beschließen.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Was sagt die Antragskommission? – Das ist doch klar und eindeutig.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Zum Ersten haben wir Überweisung beantragt, weil das Thema so wichtig ist, dass man es nicht in einem Satz abhandeln kann. Zum Zweiten hat sich der Bundestag auf Antrag der SPD-Bundestagsfraktion zu diesem Thema geäußert. Zum Dritten geht es nicht um Privatisierung – das findet leider Gottes in Kommunen statt und kann durch Bundesgesetz nicht aufgehoben werden –, sondern es geht um Liberalisierung, die wir nicht wollen. Wir wollen den Vorbehalt. Wir wollen aber, dass sich die Bundestagsfraktion weiter damit beschäftigt. Deswegen empfehlen wir Überweisung bei diesem wichtigen Thema.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich stimme über den Antrag der Antragskommission auf Überweisung an die Bundestagsfraktion ab. Wer stimmt dem so zu? – Das ist mit Mehrheit bei Gegenstimmen aus Hessen-Süd und von anderen so beschlossen.

Antrag 389: Stasi-Überprüfung. Hier gibt es eine Wortmeldung aus Sachsen, Ronald Lässig.

Ronald Lässig, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche für den Ortsverein Leipzig-Mitte, den Antragsteller dieses Antrags. Wir wollten den Antrag gern beschließen lassen, geben uns aber auch mit der Überweisung an die Bundestagsfraktion zufrieden, allerdings mit einer kleinen Änderung, die auf dem Kommunikationsweg offensichtlich untergegangen ist, die aber wesentlich ist. Es heißt in unserem Antrag, dass wir alle Mandatsträger und alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst überprüft haben wollen, die vor dem 9. November 1989 ihren Wohnsitz in der Altbundesrepublik gehabt haben. Hier muss es richtigerweise heißen: alle leitenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Denn wir glauben, dass man 14 Jahre nach der Wende durchaus die Verhältnismäßigkeit im Blick haben muss. Wir empfinden diesen Antrag als sehr wichtig, und zwar aus folgendem Grunde: Gerechtigkeit – wir haben dieses Thema heute schon des Öfteren gehabt – bezieht sich nicht nur auf soziale Aspekte, sondern auch auf Dinge, die in diesem Antrag angesprochen werden. Wir sind durch die Rosenholz-Dateien jetzt in der Lage, Gerechtigkeit auch auf diesem Gebiet Geltung zu verschaffen. Deshalb bitten wir euch, diesem Antrag zuzustimmen. Wir meinen, Zukunft hat nur dann eine Chance, wenn wir die Vergangenheit richtig aufarbeiten.

Ich danke euch.

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank. – Die Antragskommission übernimmt deinen Vorschlag, also die Reduzierung auf leitende Beschäftigte und schlägt Über-

weisung an die Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen vor. Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – Es gibt Gegenstimmen relevanter Größe, trotzdem so beschlossen.

Antrag 390: Kami in die Sesamstraße. Empfehlung: Nichtbefassung. Wortmeldungen habe ich nicht. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu den Anträgen 391 bis 415. Diese Anträge befassen sich mit Dingen, die sich auf die Grundsatzdebatte beziehen und die wir, wird hier vorgeschlagen, in die Programmdebatte einbeziehen und daher hier heute nicht vorab zur Abstimmung stellen sollten. Antrag 412 ist davon ausgenommen. Dann würde ich, wenn ihr einverstanden seid, unter Ausklammerung von 412 von 391 bis 415 Vorlage auf dem außerordentlichen Programmparteitag vorschlagen, wie die Antragskommission empfohlen hat. Gibt es Einwände gegen dieses Verfahren? – Das ist nicht der Fall. Wer folgt dem Votum der Antragskommission. – Das ist so beschlossen.

Dann rufe ich Antrag 412 auf. – Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Debatten des heutigen Tages, vor allem die Grundsatzdebatte über die Rede von Gerhard Schröder, haben gezeigt, dass die Suche nach Orientierung in der Partei wieder besonders stark geworden ist und dass sehr viele Mitglieder, sehr viele Genossinnen und Genossen die Fragen beschäftigen: Warum sind wir eigentlich eingetreten? Was trägt uns in die Zukunft? Wie identifizieren wir uns? Wie finden wir als Genossinnen und Genossen in unserer Partei wieder Sicherheit? Wie können wir diese auch nach draußen vermitteln?

Instrument für eine solche Debatte ist meistens die Erinnerung an Grundwerte und die Übertragung dieser Grundwerte auf die veränderten Realitäten. 1999 – das ist jetzt vier Jahre her – hat es einen Einsetzungsauftrag für eine Kommission gegeben. Gerhard Schröder wollte sie selber leiten, Rudolf Scharping wollte die Geschäfte dieser Kommission führen. Sie hat zwei Jahre später auch einen Zwischenbericht vorgelegt, aber dann war wieder mehr oder weniger Schweigen im Walde. Man hat hier und dort gehört, dass an Papieren gearbeitet werde, man hat auch einmal Papiere zugesandt bekommen, die man lesen konnte. Aber einen organisierten Diskussionsprozess zur Fortsetzung des Grundsatzprogramms mit Terminen, mit einem Engagement des Parteivorstandes, wie die Diskussion an der Basis organisiert werden soll, hat es bisher nicht gegeben. Vorletzte Information war irgendwann im Spätsommer aus dem Willy-Brandt-Haus, wir würden zu diesem Parteitag einen ersten Entwurf bekommen. Später hieß es dann, der Entwurf komme vielleicht im nächsten Frühjahr.

Liebe Genossinnen und Genossen, aus diesem Grunde hat Schleswig-Holstein einen Verfahrensvorschlag unterbreitet, den wir euch zur Annahme empfehlen. Er würde

auch ausreichend Zeit lassen, einen Entwurf an der Basis zu diskutieren. Ich möchte hier nur eine Frage anfügen, weil ich im Augenblick nicht weiß, wer eigentlich die Grundsatzkommission ist, und es keinen Einsetzungsbeschluss für eine neue gibt. Deshalb würde ich gerne von den Verantwortlichen im Willy-Brandt-Haus im Parteivorstand hören, wie es nach ihrer Auffassung weitergehen soll. Ich freue mich, dass der Antrag zur Annahme empfohlen worden ist, weil er ein Verfahren beschreibt, das die Möglichkeit bietet, dass die Partei darüber diskutiert. Heute Morgen ist gesagt worden, manchmal sei der Prozess wichtiger als das, was beschlossen werde. Ich hoffe, dass beides wichtig ist.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank, Eckart. – Es gibt keine weitere Wortmeldung. Deshalb lasse ich jetzt über den Vorschlag der Antragskommission – Annahme und Überweisung an den Parteivorstand – abstimmen. Wer folgt diesem Votum? – So beschlossen.

Damit haben wir die Anträge zum Punkt „Sonstiges“, die heute behandelbar waren, abgeschlossen. Weitere Anträge sind entweder nicht verteilt oder von der Antragskommission noch nicht schlussberaten.

Es bleibt für heute die Wahl der Schatzmeisterin. Diese erfolgt mit dem grünen Stimmzettel, Kontrollmarke 22. Die Stimmzettel werden jetzt verteilt. 259 Stimmen



werden gebraucht, um im ersten Wahlgang gewählt zu werden. Es ist eine Einzelwahl; man kann abstimmen mit Ja, Nein oder Enthaltung. Meine Bitte noch einmal an die Medienvertreter, die geheime Wahl mit zu gewährleisten, indem sie nicht fotografieren und nicht filmen.

Wer hat noch keinen grünen Stimmzettel in der Hand? – Keiner; alle haben einen bekommen. Dann fangt mit dem Einsammeln an. – Hat jemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? – Das ist nicht der Fall. Dann geht es jetzt ans Zählen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind mit der Tagesordnung für heute fertig, pünktlich zur „Tagesschau“, wie vorgesehen. Ich habe noch ein paar organisatorische Hinweise: Erstens. Die abgegebenen Stimmen zu den beiden Wahlen werden ausgezählt und gleich verkündet; das dürfte relativ schnell gehen. Zweitens. Der Shuttledienst für den Parteiabend steht vor der Tür und ist bereit.

Morgen früh um 9 Uhr geht es hier pünktlich weiter; darauf will ich hinweisen.

Wer seine Sachen nicht mitschleppen will, kann sie auf den Stuhl legen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Tische werden abgeräumt. All das, was auf den Stühlen liegt, bleibt euch erhalten.

Gibt es von der Geschäftsführung organisatorische Hinweise, die ich noch nicht verkündet habe? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir für heute Abend fertig. Wir unterbrechen den Parteitag aber noch nicht und warten – klar – die Wahlergebnisse ab. Ansonsten bedanke ich mich bei euch für das zügige Mitmachen. Wir haben schon einen gewichtigen Teil der Anträge der Willensbildung zugeführt und für die Bundestagsfraktion die Arbeit der nächsten Jahre gesichert.

So, liebe Genossinnen und Genossen, wir hören das erste Ergebnis. – Du hast das Wort, Margret.

Ergebnis Wahl des Generalsekretärs und Wahl der Schatzmeisterin

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich darf euch das Ergebnis mitteilen: Es wurden 505 Stimmen abgegeben. Davon waren wieder 3 ungültig; das heißt 502 waren gültig. Mit Ja stimmten 264, mit Nein 201. Es gab 37 Enthaltungen. Das ist 52,5896 Prozent.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Olaf, die Frage an dich? – Olaf nimmt die Wahl an. Damit ist auch dieser Wahlgang im ersten Wahlgang erfolgreich abgeschlossen.

Jetzt steht noch die Auszählung der Stimmen für die Wahl der Schatzmeisterin an. Das kann gute fünf Minuten dauern. Wir warten das Ergebnis hier noch ab.

Vorsitzende Heide Simonis: Ich möchte um die Aufmerksamkeit der Mitglieder der Antragskommission bitten. Ihr habt heute Abend auch einen bunten Abend, und zwar beim Essen im Novotel. Dann dürft ihr euch über Papier beugen. Wir anderen werden an euch denken.

Das Ergebnis kommt. Ich bitte noch um einen kleinen Moment Geduld. – Bitte schön.

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt weiß ich, warum ich so schlank bin: Es muss immer schnell gehen.

Ich darf das Ergebnis der Wahl der Schatzmeisterin bekannt geben. Abgegebene Stimmen: 491; davon waren 13 ungültig. Das heißt, wir haben 478 gültige Stimmen. Davon stimmten mit Ja 406; 48 stimmten mit Nein. Es gab 24 Enthaltungen. – Das sind 84,937 Prozent.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Inge, wir gratulieren dir dazu. Ich frage dich: Nimmst du die Wahl an?

Inge Wettig-Danielmeier, Schatzmeisterin der SPD: Ich danke und nehme die Wahl an.

Vorsitzende Heide Simonis: Das ist sehr nett von dir. Dann rechne mal schön in der Zukunft.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind mit den Punkten für den heutigen Tag durch. Die Shuttlebusse stehen draußen.

Wir unterbrechen den Parteitag bis morgen früh. Seid bitte morgen früh pünktlich um 9 Uhr hier.

(Schluss: 20.08 Uhr)

Zweiter Verhandlungstag Dienstag, 18. November 2003, Beginn: 9.10 Uhr

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wünsche euch einen schönen guten Morgen. Der Parteitag ist hiermit wieder eröffnet.

Wir steigen gleich ein in die inhaltliche Arbeit. Wir beginnen mit dem Bericht der Antragskommission. Das Wort für die Antragskommission hat deren Vorsitzender Kurt Beck. Bitte schön, lieber Kurt.

(Vereinzelt Beifall)

Bericht der Antragskommission

Kurt Beck, Antragskommission: Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Vielen Dank für den Beifall zur Begrüßung; das baut auf.

(Beifall)

Ich hoffe, dass es euch so geht: dass wir trotz des anstrengenden gestrigen Tages einen guten Parteabend hatten, der für uns Motivation ist, heute über die inhaltlichen Weichen in die Zukunft, die zu stellen sind, miteinander in einem Stil, in einer Art zu diskutieren, wie dies unserer Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerecht wird.

Ich möchte mich herzlich bedanken für die mehr als 450 ordentlichen Anträge, die eingereicht worden sind, und für die fast 40 Initiativanträge. Wenn jemand sagt, dass die Partei nicht lebendig an der Zukunftsgestaltung unseres Landes und unserer Gesellschaft mitarbeite, dann sollte er sich diese Initiativen aus vielen, vielen Ortsvereinen und anderen Gliederungen der Partei betrachten. Wir wollen die Zukunft miteinander gestalten, liebe Genossinnen und Genossen, und wir werden dazu heute entscheidende Weichen stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will auch ein ausdrückliches Wort des Dankes an die Mitglieder der Antragskommission sagen. Wir waren dort, wie es sich gehört, ein Spiegel der Partei in ihrer gesamten Breite. Ich möchte allen Mitgliedern dafür danken, dass wir einen Stil des Arbeitens gefunden haben, bei dem man aufeinander zugegangen ist und der darauf ausgerichtet war, nicht Formelkompromisse zu suchen und zu finden, sondern Konflikte dort, wo sie bestehen, auszudiskutieren und dann miteinander Ansätze zu finden, die es ermöglicht haben, dass alle Leitanträge einstimmig oder allenfalls mit der einen oder anderen Enthaltung verabschiedet worden sind. Vielen herzlichen Dank

an alle, die daran mitgewirkt haben, und vielen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Liebe Genossinnen und Genossen, gestattet mir, vorweg einen Punkt anzusprechen, nämlich wie wir mit den Anträgen, die auf die Änderung des Grundsatzprogramms ausgerichtet sind, umzugehen vorschlagen. Im Einvernehmen mit dem Parteivorstand schlagen wir euch vor, dass wir diese Anträge der Grundwertekommission überweisen, dass sie zugleich aber ordentliche Anträge für den Parteitag bleiben, der sich mit der Fortschreibung unseres Grundsatzprogramms befasst, sodass niemand die Furcht haben muss, es gehe um so etwas wie eine Beerdigung erster Klasse. Nein, das, was angestoßen worden ist, bleibt auf dem Tisch. Aber es macht sicher Sinn, die Grundwertediskussion insgesamt zu führen und sich dafür auf einem eigenen Parteitag ausreichend Zeit zu lassen. Deshalb wäre ich euch sehr dankbar, wenn ihr diesen Weg mitgehen würdet.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich denke, dass die Menschen von uns erwarten, gerade von den inhaltlichen Beratungen, dass wir nüchtern analysieren, dass wir ihre Sorgen, ihre Nöte begreifen und aufnehmen und damit auch deutlich machen: Diese Beratungen haben etwas mit der tatsächlichen Situation in unserer Gesellschaft zu tun und sie zeigen die notwendige Perspektive auf, wie in einer veränderten wirtschaftlichen Situation, in einer weltweit veränderten wirtschaftlichen Situation und bei der demographischen Entwicklung, wie sie auf uns zukommt, eine Politik betrieben werden kann, die an den Interessen der Menschen orientiert nicht die einfachen, nicht die bequemen Antworten, aber die richtigen Antworten gibt, die auch noch morgen und übermorgen Bestand haben.

In diesem Sinne haben wir auch versucht, in der Antragskommission gerade die Leit-anträge so weiterzuentwickeln, dass sie sprachlich fassbarer sind und dass bei ihnen unser manchmal vorhandenes Parteitagsdeutsch hintangestellt wird.

Ziel muss es dabei sein, deutlich zu machen, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als einzige Partei in Deutschland in der Lage sind, die entscheidenden Herausforderungen der Zukunft anzugehen und die Lösungen in eine vernünftige Balance miteinander zu bringen.

Wirtschaftlichen Erfolg, arbeitsmarktpolitischen Erfolg, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft: Das werden wir nicht als Gegensätze akzeptieren, wie es manche uns einzureden versuchen, sondern wir werden daraus ein stimmiges Ganzes machen. Dazu bieten die vorliegenden Leit-anträge eine hervorragende Basis.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle wissen, dass es vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der Arbeitsmarktsituation höchste Zeit war, Entscheidungen zu treffen. Wir wissen aber genauso, dass es nicht nur um die wirtschaftlichen, die arbeitsmarktpolitischen, die sozialen und kulturpolitischen Fragen mit Blick nach innen geht. Vielmehr kommt es auch darauf an – das hat Gerhard Schröder gestern in seiner Rede deutlich gemacht –, dass die internationalen Rah-

menbedingungen so sind, dass wir erfolgreiche Politik in Deutschland für die Menschen hier in Europa und weltweit mitgestalten können. Dazu sind wir als große Partei in einem großen Land, das sich für das, was sich in der Welt entwickelt, immer mitverantwortlich fühlt, aufgestellt und wir sind willens, unseren Beitrag zu leisten.

Willy Brandt hat uns ins Stammbuch geschrieben, dass wir gemeinsame Anstrengungen für eine gerechte Weltordnung, eine konsequente Armutsbekämpfung und eine stabile Friedensordnung zu unternehmen haben. Nach dem 11. September 2001 hat diese Herausforderung durch die Terrorismusbedrohung, mit der wir ständig konfrontiert werden, eine noch intensivere, uns noch dichter bedrängende Bedeutung bekommen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich deutlich machen, liebe Genossinnen und Genossen, dass der internationale Antrag, der uns vorliegt, die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union unterstreicht. Er unterstreicht, dass wir im Rahmen der Vereinten Nationen unseren Auftrag im Sinne einer friedlichen, auf Zusammenarbeit und Verantwortlichkeit füreinander ausgerichteten Welt zu erfüllen haben. Wir machen das nicht nur verbal, sondern stellen es durch das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland auch unter Beweis: Durch die Friedenseinsätze von vielen zivilen Helferinnen und Helfern, durch die politischen Einsätze, aber nicht zuletzt auch durch die 10 000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr an verschiedenen Orten der Welt stellen wir unter Beweis, dass wir auch in schwierigen Fragen Verantwortung zu übernehmen bereit sind.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten von dieser Stelle aus den Soldatinnen und Soldaten sowie den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die derzeit im Auslandseinsatz sind, unsere Grüße übermitteln, verbunden mit der Hoffnung, dass sie ihre Mission erfüllen können und dass sie alle gesund und wohlbehalten heimkommen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben auch deutlich gemacht – ich denke, darauf können wir stolz sein –, dass wir ganz klare Positionen haben, wenn es darum geht, mit militärischen Mitteln im Rahmen der weltweiten Verantwortung zu operieren. Deshalb sind wir froh darüber und dankbar dafür, lieber Gerhard, dass du in der Irakfrage eine Politik gemacht hast, die zwischenzeitlich weltweit anerkannt ist – das war zu Beginn nicht durchweg so – und die uns in unseren Grundbestimmungen und Grundwerten bestätigt. Wir haben mit unserer Politik gezeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland eine führende, eine verantwortliche Rolle in dieser Welt wahrzunehmen bereit, willens und in der Lage ist.

(Beifall)

Nachdem die Agenda 2010 auf dem Weg ist, hoffen und erwarten wir – wir fordern es auch von den anderen politischen Kräften; denn die haben jetzt einen Gutteil Verantwortung zu übernehmen –, dass vernünftige Entscheidungen im Vermittlungs-

ausschuss und darüber hinaus getroffen werden. Dafür müssen wir jetzt die Weichen stellen. Das ist die Diskussion dieses und des morgigen Tages. Wir müssen über die aktuell notwendigen Entscheidungen hinaus den Menschen deutlich machen, wo der rote Faden verläuft, wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gedenken, den Menschen soziale Sicherheit, aber auch wirtschaftlichen Erfolg als Basis für die soziale Sicherheit und für das Erhalten unserer kulturellen, unserer infrastrukturellen Errungenschaften für die Zukunft zu sichern.

Wir sind sicher, dass ein entscheidender Beitrag darin besteht, gerade den Familien mit Kindern entgegenzukommen. Von ganz entscheidender Bedeutung sind Betreuungsangebote, die in zunehmendem Maße auch Bildungsinhalte haben. Wir wollen dies nicht nur für Kinder unter drei Jahren intensiver anbieten, auch nicht allein für das Kindertagesstättenalter, sondern wir müssen diese Angebote im schulischen Bereich fortsetzen. Es war eine große Hilfe, dass die Bundesregierung mit ihrem 4-Milliarden-Programm den Ländern und Kommunen unter die Arme gegriffen hat, um deutlich zu machen: Ja, wir wollen solche Angebote.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, denjenigen, die einwenden, dass solche Angebote einen Beitrag dazu leisten würden, die Familie und das Zusammenleben mit Kindern zu schwächen, kann man nur entgegenhalten, dass sie offensichtlich in einer idealistisch beschriebenen, aber in den meisten Fällen nicht in einer realistischen Welt leben und argumentieren. Denn wenn beide arbeitende Elternteile um 16 Uhr heimkommen, die Kinder ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben und die Französischarbeit zu korrigieren ist, man selber aber kein Französisch gelernt hat, ist es schnell vorbei mit der Familienidylle. Dann gibt es eher Ärger und Auseinandersetzungen als eine Förderung des Familienverbundes. Deshalb: Wir wollen helfen, dass alle Kinder nach ihren Fähigkeiten eine Chance auf Förderung erhalten. Dazu muss die Ganztagschule einen entscheidenden Beitrag leisten, und zwar sowohl für die Eltern, die akademisch vorgebildet sind, als auch für alle anderen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, natürlich gehört dazu, dass nach den unterschiedlichen schulischen Wegen dann auch ein Weg in die berufliche Zukunft eröffnet wird, und zwar für alle jungen Menschen. Aus diesem Grunde sind wir uns darin einig, dass dem Angebot an ausreichend qualifizierten Ausbildungsplätzen in unserer Zeit eine entscheidende Bedeutung zukommt. Heute schon – in wenigen Jahren noch sehr viel intensiver – wird die Wirtschaft, wird das Handwerk, wird insbesondere die mittelständische Wirtschaft Fachkräfte nachfragen. Wer aber heute nicht ausgebildet wird, der wird morgen nicht als Facharbeiterin und als Facharbeiter oder als Angestellte und als Angestellter im fachlichen Bereich zur Verfügung stehen. Deshalb ist es ein Gebot der Vernunft und der Verantwortung gegenüber den jungen

Menschen, aber auch im Interesse unserer wirtschaftlichen Zukunftschancen, dass wir Ausbildungsplatzangebote in ausreichendem Maß fordern.

(Vereinzelt Beifall)

Es geht nicht an, dass sich nur noch gut ein Drittel der Unternehmen dieser Verantwortung stellt. Das geht auch deshalb nicht an, weil damit innerhalb der Wirtschaft eine Wettbewerbsverzerrung eintritt, die nicht in Ordnung ist: Die einen stellen sich der Ausbildungs herausforderung und die anderen bieten dann nachher 10 Cent mehr Stundenlohn und werben denen, die ausgebildet haben, die gut ausgebildeten Leute ab. Deshalb ist es gerade auch im Interesse der Zukunft unserer Wirtschaft nur fair, dass Ausbildung von allen mit verantwortet und mit getragen wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir schlagen euch vor, dass das, was die Bundestagsfraktion auf den Weg gebracht hat, auch Position dieses Parteitags wird. Ich selbst habe nicht verschwiegen und will auch an dieser Stelle nicht verschweigen, dass ich so wie Wolfgang Clement in Bezug auf eine Umlage meine Bedenken habe. Aber die Mehrheit der Antragskommission schlägt euch exakt den Weg vor, wie er von der Bundestagsfraktion gegangen wird. Wir sind uns, abgesehen von der Instrumentarienfrage, im Ziel völlig einig.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht auch darum, dass wir den Weg konsequent weitergehen, der hinsichtlich der Ausstattung unserer Hochschulen und unserer Forschungseinrichtungen mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Sozialdemokratie in Deutschland begonnen worden ist. Wir wissen, was es bedeutet, in diesem Bereich führend zu sein. Wir wissen, was es bedeutet, wenn man diese Führung verliert. Wir müssen deshalb darum ringen, dass Deutschland wieder das wird, was es gewesen ist, nämlich ein Land, an dessen Hochschulen man aus der ganzen Welt gern kommt. Das ist eine entscheidende Grundlage nicht nur dafür, dass unsere Studentinnen und Studenten sowie ausländische Studentinnen und Studenten gut ausgebildet werden, sondern das ist auch eine Grundlage für die Bindungen und Verbindungen, die wir als Exportnation für unsere Zukunft brauchen. Deshalb ein ausdrückliches Bekenntnis zu den hochschulpolitischen Anstrengungen, die heute und auch gestern schon deutlich geworden sind!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir empfehlen euch, hier klar und deutlich zu beschließen, dass für ein Erststudium keine Studiengebühren erhoben werden. Da gibt es, wie wir als Antragskommission finden, klügere, intelligentere Wege, beispielsweise den Weg über Ausbildungsgutscheine. So kann auf der einen Seite erreicht werden, dass das Erststudium kostenfrei absolviert werden kann, dass man also nicht mit Schulden in das Berufsleben hineingehen muss, und auf der anderen Seite kann damit ein Anreiz geschaffen werden, in den entsprechend bemessenen Regelstudienzeiten fertig zu werden. Diejenigen, die schneller fertig werden, haben damit sozusagen Gutscheine in Reserve, um das zu tun, was wir in Zukunft tun müssen, nämlich lebenslang zu lernen, das Wissen der Erstausbildung immer wieder zu erneuern und

uns damit neu auf den Weg zu machen, die Herausforderungen der jeweiligen Gegenwart und der Zukunft zu bewältigen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist unser Vorschlag und ich wäre dankbar, wenn man ihm auch folgen würde.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht uns in diesem Antrag aber auch darum, gegenüber der mittelständischen Wirtschaft und gerade gegenüber jungen innovativen Unternehmen ein deutliches Zeichen zu setzen. Sie müssen mit ihren Interessen in der Programmatik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Platz haben. Viele, die in den Verbänden Reden halten, scheinen manchmal vom Parteibuch, das sie in der Tasche haben, sehr viel stärker geprägt zu sein als von den wirklichen wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen. All denen sagen wir: Schaut euch an, was wir auf den Weg gebracht haben und was wir auf den Weg bringen! Das geht von der Infrastruktur bis hin zu steuerlichen und anderen Fördermöglichkeiten, die wir geschaffen haben und die wir weiterentwickeln werden. Ein Handwerker, ein mittelständischer Unternehmer, der gegenüber seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verantwortlich handelt, wird dann erkennen, dass er in der Sozialdemokratie die richtigen Fürsprecherinnen und Fürsprecher hat, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben als Ziel, wirtschaftlich erfolgreich zu sein und damit arbeitsmarktpolitischen Erfolg zu haben und das mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vernunft zu verbinden. Damit sind zwei entscheidende Eckpunkte beschrieben.

Natürlich müssen wir auch dafür sorgen, dass nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Demographie die großen Sozialsysteme auch in Zukunft dafür stehen, dass sie solidarische Absicherungen bieten für die heutige Rentnergeneration, für die so genannten Zugangsrentnerinnen und Zugangsrentner, aber auch für die Zeit, in der unsere Kinder Rentnerinnen und Rentner sein werden. Wir müssen mit den solidarischen Systemen also so umgehen, dass sie auch dann noch tragen und dass sie weiterhin das Rückgrat eines wirklichen Sozialstaats Bundesrepublik Deutschland darstellen.

Deshalb haben wir bereits eine Reihe von notwendigen Reformen auf den Weg gebracht. Dies muss fortentwickelt werden. Wir haben den jungen Menschen gesagt: Wenn ihr ein Rentenniveau wie das heutige erreichen wollt, dann dürft ihr nicht nur auf die solidarischen Leistungen der Rentenversicherung bauen, sondern müsst euren Beitrag erbringen, auch dadurch, dass ihr euch eine zusätzliche private Absicherung aufbaut. Wir haben ihnen auch gesagt, dass wir dabei die finanziell Schwächeren, diejenigen mit kleinem Einkommen, durch staatliche Transfers unterstützen. Damit besteht für alle eine faire Chance, einen solchen Weg mitzugehen.

Es ist genauso klar, liebe Genossinnen und Genossen, dass, wenn man verantwortlich handelt, kein Weg daran vorbeiführt, die Beitragsentwicklung im Griff zu behal-

ten, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen, aber eben auch aus Gründen der Brutto- und Nettolohnsituation der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland.

Deshalb gibt es eine klare Positionsbestimmung in unserem Leitantrag. Damit sollen die Beiträge im Griff gehalten werden und es soll eine klare Orientierung geben, dass die Ansprüche aus der Rentenversicherung, die erworben werden, auch für künftige Generationen erfüllt werden können. Das ist einer dieser Sprünge in der sozialen Gerechtigkeit, mit dem nicht nur auf das Heute, sondern auch auf das Morgen abgestellt wird.

Insoweit sind Entscheidungen notwendig. Diese Entscheidungen haben etwas damit zu tun, dass die Menschen – Gott sei Dank – älter werden und dass wir insgesamt eine älter werdende Gesellschaft sind. Die faktische Anhebung des Rentenalters bis 2008 soll dies entsprechend berücksichtigen.

Wir werden dann ab 2010 weitere Antworten zu geben haben, die vernünftigerweise erst dann gegeben, wenn die Entwicklungen klarer und deutlicher einzuschätzen sind. Dann wird man auch über die Anhebung des Rentenalters reden. Wir haben in einem Antrag deutlich gemacht, dass wir untersuchen müssen, ob die Entwicklung des Lebensalters auch in der Anzahl der Versicherungsjahren, die jemand einbringt, berücksichtigt werden muss. Damit können wir auf die Lebenssituation einzelner Gruppen in unserer Gesellschaft noch exakter eingehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich denke, dass dies die entscheidenden Weichenstellungen im Bereich der Altersversorgung sind. Sie müssen natürlich von neuen Weichenstellungen in dem zweiten großen Sozialsystem begleitet werden. Ich meine die Absicherung des Risikos Krankheit. Auch da wissen wir, dass uns die Kosten weggelaufen sind. Deshalb sind Maßnahmen ergriffen und Entscheidungen getroffen worden.

Jetzt geht es darum, wie eine Absicherung dieses Lebensrisikos in der Zukunft für unser Land so organisiert werden kann, dass uns die Beiträge nicht weglaufen, dass aber die Menschen am medizinischen Fortschritt in der Bundesrepublik Deutschland teilhaben können. Wir dürfen aber weder die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch die Arbeitgeber überfordern. Deshalb haben wir in der Diskussion einen Weg geöffnet hin zu dem Gedanken der Bürgerversicherung. Aber wir wissen auch, dass diese nicht ein Allheilmittel ist. Deshalb haben wir eine Reihe von Voraussetzungen in die Antragsentwürfe aufgenommen. Wir haben den Weg beschrieben, den wir miteinander zu gehen gedenken. Wir haben aber auch beschrieben, welche Voraussetzungen geprüft und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit wir diesen Weg verantwortlich gehen können.

Eines muss man noch hinzufügen: Wir sollten diejenigen, die daran Kritik üben, daran erinnern, was an ersten Informationen über ein mögliches Alternativmodell der Union vorliegt. Da kann man nur sagen: Wo Herr Seehofer Recht hat, da hat er Recht: Was von Herrn Herzog vorgelegt worden ist, das geht hinten und vorne nicht

auf. Zu sagen: Wir senken die Kopfpauschalen und legen noch einmal 10 oder 12 Milliarden Euro drauf, würde voraussetzen, dass wir das Geld haben. Da wir dieses Geld nicht haben, kann man sagen, dass den Menschen von der Union ein X für ein U vorgemacht wird. Das heißt: weniger soziale Gerechtigkeit, weniger Chancen und weniger Zukunft. Diesen Weg werden wir nicht mitgehen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ein drittes großes Lebensrisiko, nämlich die Pflegebedürftigkeit, bedrückt uns als Person, fordert aber auch die Gesellschaft in erheblichem Maße. Deshalb werden wir auch da über eine Absicherung in der Zukunft auf der Grundlage unserer Vorschläge reden müssen. Einer der Maßstäbe, die dafür gelten müssen, ist ein deutlich höheres Maß an Selbstbestimmung der Menschen, die Pflegebedarf haben. Das gilt für behinderte Menschen und auch für Menschen, die im Alter pflegebedürftig werden.

Selbstbestimmung heißt aber auch, auszutesten, inwieweit persönliche Budgets an die Stelle bisher starrer Pflegestufen treten können. Das heißt auch, dass wir den Vorrang von häuslicher Pflege organisieren. Auf diese Art und Weise können wir kostenbewusst sein und individuelle Selbstbestimmung in eine Balance bringen, die verantwortbar gegenüber den Menschen ist und die das System stabilisiert. Wir alle sind nicht davor gefeit, dass wir von einer solchen Regelung eines Tages persönlich tangiert werden. Wir haben mit unserem Leitantrag eine Antwort auf die Probleme hinsichtlich dieses großen Risikos und der großen Sorgen der Menschen.

Liebe Genossinnen und Genossen, dass wir an vielen Stellen immer auch auf die Ebene der Kommunen verwiesen werden, wenn wir über die Zukunftsfähigkeit des Staates, der europäischen Ebene und der Länder reden, ist berechtigt. Aus diesem Grunde haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehandelt. Es liegt derzeit eine Gemeindefinanzreform im Vermittlungsausschuss. Ich möchte gerne den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern von der Union sagen: Es ist ja schön, wenn ihr vor dem Bundesrat demonstriert. Aber ihr müsst auch sagen, gegen wen. Wir haben unsere Vorschläge gemacht, aber die Union blockiert sie.

(Beifall)

Wir sind willens, diesen Weg zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen zu gehen. Ich denke, das ist auch ein Gebot der Verantwortung gegenüber der kommunalen Selbstverwaltung, ein Gebot der Vernunft, weil dort, wo Kommunen investitionsfähig sind, sich auch die wirtschaftlichen Bedingungen verbessern. Im Übrigen: Die Antragskommission hat in den Anträgen klar und deutlich herausgearbeitet, dass wir für ein Konnexitätsprinzip sind, sodass auch diese Fragen, die immer wieder diskutiert werden, klar entschieden sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, über die unterschiedlichen Felder hinweg denke ich, dass das, was wir hier erreichen können und erreichen müssen und was unsere Auf-

gabe auf diesem Parteitag ist, mit der Annahme der Leitanträge geleistet werden kann und geleistet wird. Es geht darum, vom Stand der Reformen, die jetzt auf dem Weg sind, in die Zukunft zu blicken. Wir müssen die Verantwortlichkeiten klar herausstellen, Entscheidungen treffen und Vorgaben machen. Es geht darum, dass wir einen Faden spinnen. Ich bin sicher: Es wird ein roter Faden sein, der in die Zukunft führt.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön, lieber Kurt Beck. – Ich darf euch jetzt darauf hinweisen, dass wir in Kürze in den Wahlgang für die Mitglieder des Parteivorstandes eintreten wollen. Jetzt sollten auch diejenigen in den Saal kommen, die sich noch außerhalb befinden.

Zum weiteren Verfahren möchte ich euch darauf hinweisen, dass wir während der Auszählung des ersten Wahlgangs die satzungsändernden Anträge aufrufen. Die organisationspolitischen Anträge sollen also während der Auszählung beraten werden. Im Anschluss daran steigen wir in die Beratungen über den Leitantrag „Internationale Politik“ ein. – So viel zum weiteren Fortgang der Beratungen.

Jetzt darf ich die Gelegenheit nutzen, diejenigen, die schon gestern gefeiert haben, aufzufordern, heute weiterzufeiern. Zumindest am Ende des Parteitages wird einer ein großes Fest veranstalten, dem wir hier ganz herzlich gratulieren. Wir dürfen Franz Maget gratulieren, der heute 50 Jahre alt wird und mit uns feiert.

(Beifall)

Lieber Franz, wenn du zu uns kommst, gibt es auch Blumen.

(Beifall)

Aus der bayerischen Delegation wollte jemand einen Glückwunsch loswerden. Das solltet ihr nun tun. Das Mikrofon gehört euch.

Dagmar Wasserrab, Bayern: Lieber Franz, natürlich möchten auch „deine“ Bayern dir heute zu deinem runden Geburtstag alles Gute wünschen. Keine 99, aber 50 rote Luftballons haben wir heute mitgebracht, prall gefüllt mit unseren guten Wünschen für Gesundheit, Kraft und Stärke. Viel Glück für den heutigen Tag, für den Wahltag! Heute morgen hat ein Genosse so schön gesagt: Bis zum letzten Atemzug stehen wir zu dir.

(Beifall)

Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Parteivorstandes

Vorsitzende Ute Vogt: Das sind wunderbare Wünsche. Alles Gute für Franz Maget und für euch in Bayern!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf anschließen: Wir haben heute leider auf einen unserer Kollegen zu verzichten, der mit einer Lungenentzündung zu Hause ist und nicht am Parteitag teilnehmen kann. Es ist Matthias Platzeck. Wir wünschen ihm von hier aus alles Gute und baldige Genesung.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, nun kommen wir zur Wahl der Mitglieder des Parteivorstandes. Wir haben als Parteitag das Recht und die Pflicht, festzulegen, wie viele Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen sind. Wir empfehlen euch, wie im vergangenen Jahr 37 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Ich darf fragen, ob es dagegen Widerspruch gibt. – Dies ist nicht der Fall. Dann findet das die Zustimmung des Parteitages. Somit ist festgelegt, dass wir 37 zu Wählende haben. Im ersten Wahlgang müssen für jeden einzelnen mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten gestimmt haben, damit die Wahl angenommen werden kann. Das heißt, wer im ersten Wahlgang mehr als 259 Stimmen auf sich vereint, ist bereits im ersten Wahlgang gewählt.



Es handelt sich um eine Listenwahl. Das heißt, die Stimmzettel sind nur dann gültig, wenn ihr auf eurem Stimmzettel mindestens die Hälfte der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste der zu wählenden Beisitzer ankreuzt. Das bedeutet, ihr müsst mindestens 19 Kandidatinnen und Kandidaten und dürft höchstens 37 ankreuzen. Ich sage es noch einmal: mindestens 19, höchstens 37, sonst sind eure Stimmzettel nicht gültig. Die Quote wird festgelegt, wenn die Wahl durchgeführt ist. Das heißt, die Wahlzettel braucht ihr nicht quotiert auszufüllen, aber es wäre kein Fehler, wenn man darauf achtet, die Stimmen gleichmäßig zu verteilen.

Dann darf ich noch ein paar Hinweise zu denen geben, die kandidieren. Ihr habt ein Vorstellungsbuch vorliegen, in dem alle Kandidierenden mit Lebenslauf und Foto aufgeführt sind. Im Falle von Constanze Krehl ist das Foto im Zuge der Herstellung verloren gegangen. Sie ist allerdings hier oben zu besichtigen, insofern mag das ein Ausgleich sein. Ferner möchte ich euch darauf hinweisen: Barbara Hendricks hat uns gebeten, sie zu entschuldigen. Sie kann heute nicht hier sein, weil sie die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten muss. Sie hat uns gebeten, das ausdrücklich zu sagen. Sie hat also, obwohl sie hier zur Wahl steht, einen guten Grund, heute nicht hier zu sein.

Dann würde ich jetzt gerne die Namen derer vorlesen, die kandidieren, damit wir auch da auf dem richtigen Stand sind. Falls jemand von denen, deren Namen jetzt vorgelesen werden, nicht kandidieren sollte, brauche ich ein lautes und deutliches Nein. Ansonsten gehen wir so durch.

Die Namen lauten: Detlev Albers, Niels Annen, Klaus-Uwe Benneter, Ute Berg, Kurt Bodewig, Edelgard Bulmahn, Ulla Burchardt, Herta Däubler-Gmelin, Bärbel Dieckmann, Erika Drecoll, Garrelt Duin, Hans Eichel, Ursula Engelen-Kefer, Birgit Fischer, Sigmar Gabriel, Kerstin Griese, Gernot Grumbach, Barbara Hendricks, Reinhard Höppner, Karin Junker, Susanne Kastner, Constanze Krehl, Christian Lange, Heiko Maas, Franz Maget, Christoph Matschie, Andrea Nahles, Matthias Platzeck, Arno Pöcker, Joachim Poß, Manfred Püchel, Walter Riester, Harald Schartau, Hermann Scheer, Renate Schmidt, Ottmar Schreiner, Martin Schulz, Frank Schwabe, Angelica Schwall-Düren, Heide Simonis, Sigrid Skarpelis-Sperk, Ludwig Stiegler, Christoph Zöpel.

Haben wir jetzt irgendjemanden vergessen, der benannt und vorgeschlagen war und dessen Name nicht vorgelesen wurde? – Es hat auch keiner widersprochen, dass sein Name auf dieser Liste steht. Dann können wir jetzt die Wahlzettel verteilen. Der Wahlgang ist damit eröffnet.

Ich darf euch darauf hinweisen, dass ihr, wenn ihr die Wahlzettel habt, die Kontrollnummer 26 verwendet, und zwar deshalb, weil es Hinweise gab, dass einige Delegierte Nr. 25 verloren haben. Weiß der Geier, wo die jetzt kleben. Jedenfalls scheint Nr. 26 da zu sein. Deshalb machen wir bei 26 weiter.

Ich bitte, jetzt die Wahlzettel auszuteilen. Ich werde noch einmal auf die Kontrollnummer hinweisen.

Es gibt einen weiteren Hinweis zu der erstellten Kandidatenvorstellungsbroschüre. Die allerletzte Seite ist offensichtlich verloren gegangen. Die Arbeit von Angelica Schwall-Düren hat nicht 1996 aufgehört. Sie ist auch weiterhin als stellvertretende Fraktionsvorsitzende tätig, zuständig für den Bereich Europa. Ergänzt das bitte, weil diese Seite aus technischen Gründen verloren ging.

Ich darf wiederholen, dass ihr bitte die Kontrollnummer 26 aufklebt und dass ihr mindestens 19 und höchstens 37 Kandidaten ankreuzt. – Die Kamerateams und die Fotografen werden noch einmal gebeten, am besten ganz von den Delegierten wegzugehen. Dann kommt niemand in einen Verdacht. – Haben alle Delegierten Stimmzettel erhalten? Fehlen irgendwo noch Stimmzettel? – Gibt es Delegierte, die noch nicht fertig sind? – Ich darf noch einmal daran erinnern, dass die Kontrollnummer 26 aufgeklebt werden muss. Kontrolliert, dass ihr mindestens 19 und nicht mehr als 37 Stimmen vergeben habt. – Ich darf jetzt die Zählkommission bitten, mit dem Einsammeln zu beginnen. – Liebe Genossinnen und Genossen, sind noch Stimmzettel einzusammeln? – Gibt es noch Delegierte, die keinen Stimmzettel abgegeben haben? – Jetzt wird der letzte Stimmzettel eingeworfen. Dann ist der Wahlgang hiermit geschlossen.

Antragsberatung – Satzungsänderte Anträge und Organisationsanträge

Ich rufe als Nächstes die Antragsberatung zu den satzungsändernden Anträgen und den Organisationsanträgen auf. Wir beginnen in Antragsbuch auf Seite 328, und zwar mit dem Antrag 228. Darin geht es um die Finanzordnung. Mir liegt eine Wortmeldung von der Genossin Gabriele Frechen aus Nordrhein-Westfalen vor. Zuerst hat allerdings Inge Wettig-Danielmeier für die Antragskommission das Wort. – Bitte schön, Inge.

Inge Wettig-Danielmeier, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Mit dem Antrag wird die Neufassung des Parteiengesetzes vom vergangenen Jahr in unsere Satzung umgesetzt. Die Vorschläge sind im Kreis der Schatzmeister und Schatzmeisterinnen diskutiert und mehrfach geändert worden, sodass wir hoffen, dass sie den praktischen Bedürfnissen entsprechen.

Wir hoffen, dass sie auch für die 12 000 ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierer handhabbar bleiben; denn das neue Parteiengesetz ist angesichts des Parteispendenskandals nicht ganz einfach.

Die Änderungen könnt ihr in der Synopse erkennen. Ihr habt sie alle in den Delegiertenmappen. Das ist auch für die Diskussion nützlich; denn dort stehen jeweils die alte und die neue Regelung und dazwischen die parteirechtlichen Regelungen, die zu den Änderungen geführt haben.

Ich möchte einige Punkte aufgreifen, die an mich herangetragen worden sind:

Erstens. Die Beitragstabelle wird inhaltlich nicht geändert. Es werden lediglich die in Euro umgerechneten ehemaligen DM-Beträge geglättet.

Zweitens. Der Beitrag für Mitglieder ohne Einkommen bleibt bei 2,50 Euro. Da wird nichts geändert. Er ist auch nicht in der Dynamisierung. Es besteht also kein Problem.

Drittens. In § 1 Abs. 2 wird eine Mitgliedschaft zum Beitrag von 2,50 Euro für Mitglieder aus europäischen Schwesterparteien eingeführt. Das heißt, diese Mitglieder zahlen in ihrer Partei in Schweden, Frankreich oder wo auch immer ihren Beitrag und zahlen zusätzlich 2,50 Euro, damit sie auch bei uns als Mitglied mitarbeiten können.

Viertens. Die Sonderbeiträge der Mandatsträger werden grundsätzlich nicht geändert. Im neuen Parteiengesetz ist aber eine Ausweis- und Veröffentlichungspflicht für Mandatsträgerbeiträge vorgesehen. Deswegen müssen hier einige Klarstellungen vorgenommen werden. Nur darum handelt es sich.

Auch bei der Spendenregelung in § 3 werden die Änderungen des Parteiengesetzes nachvollzogen. Hier möchte ich auf einige Punkte hinweisen: Spenden jeglicher Art von Fraktionen – auch von kleinen Kommunalfraktionen – an die Partei sind nicht zulässig. Sie sind verboten. Gleiches gilt für Spenden von Unternehmen, an denen

die öffentliche Hand zu mehr als 25 Prozent direkt beteiligt ist. Die Annahme von Spenden über 2 000 Euro muss im gesamten Vorstand erfolgen. Nach der Rechtsprechung und den Auseinandersetzungen, die wir gehabt haben, zeichnet sich ab, dass eine Spende, die von der Wahlkampfleitung bzw. vom Wahlkampfmanager oder von ähnlichen Wahlkampfkommissionen, die ihr vor Ort gelegentlich habt, angenommen worden ist, im Geruch ist, nicht legal zu sein. Nach dem Urteil in Wuppertal ist es sinnvoll, das so und nicht anders zu regeln.

In § 4 schaffen wir für die Bezirke die Möglichkeit, die Quittierung von Spenden abweichend zu regeln. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen hatte das bereits getan und war davon ausgegangen, dass das zulässig sei. Dagegen hat es eine Schiedskommissionsentscheidung gegeben. Die Erfahrungen vor Ort besagen: Es muss in den Bezirken je nach den Bedürfnissen möglich sein, andere Regelungen zu treffen. Auch die Kontrollkommission hat sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, dass wir das tun sollen. Sie hatte uns vorgeschlagen, das sogar von uns aus zu regeln. Wir gehen aber davon aus, dass das besser vor Ort, das heißt in den Landesverbänden oder Bezirken, geregelt werden kann.

Wir haben in § 4 die Annahme von Erbschaften geregelt. Das haben wir schon bisher praktiziert. Genossinnen und Genossen, es kommt immer wieder zu Immobilienerbschaften. Auf diesen lasten gelegentlich mehr Schulden, als Erträge zu erwarten sind. Nur wenn wir das über den Parteivorstand koordinieren und rechtliche und finanzielle Auskünfte einholen, können wir euch und uns davor bewahren, in Schuldenfallen zu laufen.

Wir haben auch – das ist nicht unumgänglich – die Pflicht zur mittelfristigen Finanzplanung der Landesverbände und Bezirke eingeführt. Denn in gegenseitigem Einvernehmen haben wir festgestellt, dass das angesichts der schwierigen finanziellen Lage, die in vielen Bezirken und Landesverbänden eingetreten ist, sehr notwendig ist.

Ich weise ausdrücklich auf die Änderung des § 13 hin, die jetzt vom Parteiengesetz gefordert wird. Wir hatten bereits eine ähnliche Regelung. Dies betrifft die Regressansprüche des Parteivorstandes gegenüber Gliederungen. Der Parteivorstand ist darauf angewiesen, seine Ansprüche gegen solche Gliederungen durchzusetzen, die Sanktionen nach dem Parteiengesetz ausgelöst haben. Das ist oft hart für die Gliederungen, insbesondere dann, wenn inzwischen neue Führungen die Arbeit übernommen haben. Aber weder als Parteivorstand noch als Gesamtpartei können wir diese Gliederungen aus der Pflicht entlassen, den entstandenen Schaden auszugleichen.

Ich denke, dass wir gut damit fahren, wenn wir diese Erläuterungen und Änderungen der Finanzordnung annehmen. Ich hoffe, dass wir dann zur gemeinsamen Zufriedenheit aller mit dem schwierigen, komplizierten Parteiengesetz einigermaßen klarkommen.

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Antragsberatung satzungsändernde Anträge und Organisationsanträge

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön, Inge. – Dann kommen wir jetzt zum Antrag 228. Das Wort dazu hat Gabriele Frechen.

Gabriele Frechen, NRW: Guten Morgen liebe Genossinnen und Genossen! Ich stimme mit fast allem überein, was die Inge Wettig-Danielmeier gesagt hat. Ich denke, die Änderungen, so wie sie jetzt im Antragsbuch stehen, sind größtenteils sinnvoll und richtig.

Aber auf einen Satz möchte ich euer Augenmerk lenken – auch das hatte die Inge schon angesprochen –: „Die Bestätigung von Spenden an Ortsvereine, Unterbezirke und regionale Zusammenschlüsse kann abweichend von Satz 1 durch Beschluss der Bezirksvorstände gesondert geregelt werden.“

Ich bitte euch, diesen Satz zu streichen. Die Schatzmeisterin hat davon gesprochen, dass das Parteiengesetz, so wie es jetzt besteht, praktikabel sein muss, und hat gesagt, dass es ein Schiedskommissionsverfahren gibt. Das stimmt. Unser Unterbezirk hat ein solches Schiedskommissionsverfahren gegen den Landesverband angestrengt und sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene gewonnen. Denn der Landesverband war nicht berechtigt, die Unterbezirks- und Ortsvereinskassierer in Generalverdacht zu stellen. Durch die Missbräuche, die vorgekommen waren, wurde allen Ortsvereinskassierern das Recht entzogen, Spendenquittungen auszustellen. Wir haben uns den Unmut der Kassierer zugezogen, was ich durchaus verstehen kann.

Inge sprach von 12 000 Ortsvereinskassierern. Diese alle werden jetzt wegen einer Hand voll Missbrauchsfälle unter Verdacht gestellt. Ihnen wird das Recht entzogen, Spendenquittungen auszustellen, weil sie angeblich nicht in der Lage sein sollen, ordentlich mit dem Parteiengeld umzugehen. Hier geht es nicht um Großspenden und noch nicht einmal um 2 000-Euro-Spenden, von denen Inge gesprochen hat. Die sind sowieso dem Vorstand vorzulegen. Hier geht es um Spenden von 50 oder 20 Euro. Ich kann euch sagen, wie die Praxis aussieht: In NRW sind in diesem Jahr die letzten Spendenquittungen im September eingegangen. Jeder, der vom Finanzamt Geld zurückbekommt, möchte im Januar, Februar oder März seine Steuererklärung abgeben. Derjenige, der gespendet hat, musste auf seine Quittung über seine 50-Euro-Spende bis September warten. Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, auch von diesen Genossen bekommen wir im nächsten Jahr keine 50 Euro mehr.

Deshalb möchte ich euch um Folgendes bitten: Die Bezirke, die anders handeln können, können nach wie vor anders handeln. Aber dort, wo es funktioniert, sollte man das Vorgehen belassen. Bei uns hat es funktioniert. Deshalb bitte ich euch um eure Unterstützung, dass der von mir zitierte Satz gestrichen wird.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Dazu liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann hat für die Antragskommission noch einmal Inge Wettig-Danielmeier das Wort.

Inge Wettig-Danielmeier, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, euer Antrag beruht auf einem Missverständnis. Wenn die Satzung so angenommen wird, ist es selbstverständlich, dass die Ortsvereine oder die Unterbezirke quittieren. Nur wenn der Landesverband oder der Bezirk eine andere Regelung trifft, kann dies anders gehandhabt werden. Das heißt: Im Normalfall bleibt es in allen Landesverbänden wie bisher.

Liebe Genossinnen und Genossen, es kann ja wohl kein Zweifel daran bestehen, dass es in Nordrhein-Westfalen das dringende Bedürfnis gibt, andere Regelungen zu treffen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir können doch nicht noch einmal in eine solche Falle geraten.

(Widerspruch)

– Das müsst ihr bei euch zu Hause aushandeln, liebe Leute.

(Vereinzelt Beifall)

Nur weil ihr meint, wir müssten das hier festschreiben, können wir doch anderen Bezirken nicht die Möglichkeit nehmen, hier Regelungen zu treffen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Ich glaube, dies ist die liberalste Möglichkeit, die wir vorsehen können. So ermöglichen wir es jedem Bezirk und jedem Landesverband, eine Regelung zu finden, die ihren Bedürfnissen entspricht.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Vielen Dank. – Dann habe ich noch eine Wortmeldung von Jörg Wenghöfer, Schleswig-Holstein. Bitte, Jörg.

Jörg Wenghöfer, Schleswig-Holstein: Genossinnen und Genossen! Es geht nur um die Praktikabilität, und zwar in § 5 Abs. 1, die Pflege der Mitgliederdateien. Damit ist hoffentlich nicht gemeint, Inge, dass die Kassierer die MAVIS zu pflegen hätten. Es soll natürlich heißen, dass sie die Datenerhebung vor Ort organisieren. Die MAVIS-Pflege bleibt aber sehr wohl hauptamtliche Arbeit. Das ist für uns in Schleswig-Holstein nicht anders organisierbar. So hatten wir das damals auf der Konferenz auch besprochen. – Da du jetzt nickst und das alle wissen, ist das in Ordnung.

Danke.

Vorsitzende Ute Vogt: Diese Feststellung war zutreffend.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Änderungsantrag zu Antrag 228. Es wurde beantragt, in § 4 Abs. 1 den Satz 2 zu streichen, also den Satz

„Die Bestätigung von Spenden an Ortsvereine ... gesondert geregelt werden“. Wer für die Streichung dieses Satzes votieren möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das Zweite war die Mehrheit. Dann bleibt dieser Satz drin.

Wir stimmen jetzt über den unveränderten Antrag mit der Empfehlung der Antragskommission ab. Die Antragskommission empfiehlt euch, diesen Antrag anzunehmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte – es bedarf dazu einer Zweidrittelmehrheit; ich bitte deshalb alle, sich zu beteiligen –, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Ich glaube, das war eine deutliche Zweidrittelmehrheit. Ganz herzlichen Dank! Dann ist der Antrag 228 damit angenommen.

Antrag 229. Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu dem Initiativantrag 20. Darin geht es um eine Aussetzung der Dynamisierung der Beiträge für die Rentner. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Stimmt jemand gegen das Votum der Antragskommission? – Es gibt nur ganz wenige Gegenstimmen. Ich frage aber auch noch: Wer ist dafür? – Das sind deutlich mehr. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Antrag 230 ist erledigt durch die Annahme von Antrag 228.

Antrag 231. Dazu empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Es geht um die Reduzierung des Strukturbeitrages für den Aufbau Ost. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Antrag 232. Es geht um einen ähnlichen Sachverhalt, den Abbau der Strukturhilfe. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Im Antrag 233 geht es um den Verteilerschlüssel der Mitgliedsbeiträge Aufbau Ost. Wer dem Votum der Antragskommission „Ablehnung“ folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Antrag 234, beitragsfreie Mitgliedschaft. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 235, Familienmitgliedschaften. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 236, Familienrabatt beim Mitgliedsbeitrag. Auch hier wird Ablehnung empfohlen. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. –

Gegenstimmen? – Es gibt wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen 237 bis 255 auf den Seiten 334 ff. Dabei geht es insgesamt um die Organisationsanträge. Dazu möchte die Antragskommission noch einmal Stellung nehmen. Für die Antragskommission hat Hubertus Heil das Wort.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Herbert Wehner ist oft zitiert worden, vor allen Dingen von Franz Müntefering: Organisation ist natürlich auch Politik und – andersherum – Politik ist natürlich auch Organisation. Wir sollten an diesem Punkt also nicht nur über Technik reden, sondern auch darüber, in welchem Zustand wir uns befinden und was jetzt notwendig ist, und zwar organisationspolitisch.

In der 140-jährigen Geschichte der SPD war es vor allen Dingen die attraktive Programmatik. Aber all diese attraktive Programmatik hat nichts genutzt, wenn es organisatorisch nicht funktioniert hat. Wir haben hier Defizite und Nachholbedarf. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, wird auf Antrag des Parteivorstandes – ohne dem vorzugreifen – von der Antragskommission vorgeschlagen, vor allen Dingen mit der Einsetzung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Moderne Volks- und Mitgliederparteien“ dafür zu sorgen, dass wir tatsächlich von der Analysephase zur Umsetzung kommen. Was die Notwendigkeiten angesichts des organisatorischen Zustands anbetrifft, hatten wir zig Kommissionen. Das Skandalöse aber ist, dass sich die Union mittlerweile unserer Analysen bedient, aus „SPD 2000“ und dem, was 1995 vorgeschlagen wurde. Wir müssen nun endlich in die Strümpfe kommen.

Insgesamt besteht kein Analysedefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe soll innerhalb eines Jahres konkrete Vorschläge zur Umsetzung von organisationspolitischen Reformen machen. Dabei soll es auch darum gehen, dass die Zielgruppenarbeit intensiviert wird, dass die Qualifizierungskompetenz von ehrenamtlichen Funktionären, Mandats- und Funktionsträgern gestärkt wird, dass wir auch dem Prinzip des Gender Mainstreaming gerecht werden, auch in den Kommunikationsformen der Partei. Natürlich umfasst dies auch Vorschläge für umfassende Satzungsänderungen, wenn sie denn notwendig werden.

Wir haben in der Antragskommission sehr lange auch über die Frage von organisatorischen Reformen diskutiert. Wir haben jetzt den Grundsatzprogrammprozess vor uns. Wir sagen als Antragskommission: Das muss von einer Debatte und konkreten Maßnahmen zur organisatorischen Erneuerung der SPD begleitet werden – übrigens in der Art und Weise, dass es nicht zu einem scheinbaren Gegen-einander der Erfordernisse einer modernen Medienkompetenz und dem real existierenden Ortsverein kommt. Diese Partei muss und soll künftig beides sein: modern in der Kommunikation, aber vor allen Dingen weiter lebendig als sozialer Organismus.

Herzlichen Dank.

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön, Hubertus. – Wir treten jetzt in die Behandlung der Anträge ein. Beim Antrag 237 geht es um die Aufnahme neuer Mitglieder. Dazu gibt es eine Wortmeldung. Das Wort hat Manfred Püchel.

Manfred Püchel, Sachsen-Anhalt: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich danke der Antragskommission, dass sie die Annahme unseres Antrags empfiehlt. Wir sind zwar etwas enttäuscht darüber, dass aus „vier Wochen“ die Definition „ein Monat“ wurde, aber das werden wir verkraften.

Ich weiß nicht, wie es euch geht, aber wir in Sachsen-Anhalt haben manchmal Probleme damit, dass einige Ortsvereine träge sind und sich mit der Aufnahme neuer Mitglieder Zeit lassen. Wenn gerade junge Menschen in die Partei eintreten wollen und lange nichts mehr vom Ortsverein hören, sagen sie sich: Eigentlich will ich ja, aber wenn die nicht wollen, dann will ich auch nicht mehr. Der Antrag dient dazu, dies zu verhindern. Diese Änderung ersetzt zwar nicht den lebendigen Ortsverein, macht ihn aber vielleicht lebendiger. In diesem Sinne hoffe ich auf eure Unterstützung.

Noch eine Randnotiz: Ich danke euch ganz herzlich, dass ihr euch so eindeutig – fast einstimmig – für die Beibehaltung der Strukturhilfe Ost ausgesprochen habt.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Wer diesem Antrag mit der Änderung, dass es um einen Monat gehen soll, zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag so angenommen.

Als nächstes rufe ich den Antrag 238 auf. Da geht es um die Aufhebung des Wohnortprinzips. Dazu habe ich die Wortmeldung des Genossen Wolf Kutzer aus Hannover.

Wolf Kutzer, Hannover: Genossinnen und Genossen! Ich spreche hier für den Antragsteller und möchte zum Verfahren eine Änderung vorschlagen. Wir haben auf dem Parteitag vor zwei Jahren einen kompletten Antrag gestellt, der jetzt Eingang in den Vorschlag zur Begründung der Ad-hoc-Gruppe gefunden hat. Unser Antrag 225 wurde damals an die Organisationskommission überwiesen. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass dies die falsche Adresse war.

Wir schlagen daher vor, dass unsere Anträge 238, 243, 246, 247, 248, 249, 253 und 254 gleichzeitig an die Ad-hoc-Gruppe überwiesen werden. Wir wollten nicht Kosmetik am Organisationsstatut betreiben, sondern wir wollen uns in eine Diskussion einbringen, die Ballast abwirft und uns die inhaltliche Debatte erleichtern soll. Deshalb bitte Überweisung an die Ad-hoc-Gruppe und nicht die Einzelablehnung wie im Antrag 254. Das soll dann schnell aufgearbeitet werden.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Die Antragskommission folgt dem Petitem. Allerdings muss ich darauf hinweisen: Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe ist noch nicht eingesetzt. Sollten wir sie später nicht einsetzen, müssen wir noch einmal zu diesen Anträgen zurückkehren.

Wir kommen zum Antrag 238. Danach soll Abs. 1 durch die Annahme des Antrags 237 erledigt sein. Abs. 2 soll an die Ad-hoc-Gruppe überwiesen werden. Wer diesem Votum zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dies so beschlossen.

Der Antrag 239 soll überwiesen werden. Gibt es Gegenstimmen? – Die Überweisung ist beschlossen.

Antrag 240 soll ebenfalls überwiesen werden. Gibt es Gegenstimmen? – Auch hier ist die Überweisung erfolgt.

Antrag 241. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung erfolgt.

Antrag 242. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch hier die Überweisung erfolgt.

Zu Antrag 243 wird ebenfalls die Überweisung vorgeschlagen. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser Antrag überwiesen.

Zu Antrag 244 empfiehlt die Antragskommission die Annahme. Dazu gibt es die Wortmeldung von Karin Junker. Es geht um die Aufhebung der zeitlichen Begrenzung für die Quotierung.

Karin Junker, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich weiß nicht, ob ihr Zeit und Gelegenheit hattet, den Gleichstellungsbericht, der dem Parteitag ja vorgelegt wurde, durchzusehen. Wenn ihr das getan habt, dann werdet ihr festgestellt haben: Die so genannte Quote ist eine Erfolgsstory der SPD.

Aber auch in den 15 Jahren, in denen es diese Quote gibt, ist noch nicht alles erreicht worden, was wir uns zum Ziel gesetzt haben. Bei der Europadelegiertenkonferenz am Sonntag war ein Thema die Frage: Wie sichern wir die Frauen ab? In diesem Zusammenhang ist von „Frauenquote“ geredet worden. Es gab sogar ein Papier, in dem von „Frauenquote“ die Rede war. Es ist aber keine Frauenquote; es ist eine Mindestabsicherung für beide Geschlechter.

(Beifall)

Das heißt, es ist im Zweifelsfall auch eine Garantie für Männer, ihren geschlechtergerechten Anteil an Funktionen und Mandaten zu erhalten. Darauf legen wir großen Wert. Das Ziel ist doch die Parität, die gleichberechtigte Verteilung der politischen Verantwortung innerhalb der Partei.

Das ist in den 15 Jahren aber nicht überall erreicht worden. Es ist auch schwierig, Parlamente auf einen so hohen Stand von mindestens 40 Prozent für jedes Geschlecht zu bringen. Im Bundestag sind wir jetzt bei knapp 38 Prozent. In manchen Landtagen ist dieses Verhältnis noch lange nicht geschafft. Ich will das hier nicht alles aufzählen.

Die Befristung, die noch in der Satzung steht, die ein bisschen optimistisch war, als ob alles ganz schnell und ein bisschen von selbst ginge, ist hinderlich, weil sie keine Verlässlichkeit und keine Rechtssicherheit gerade auch für die Frauen bringt, die immer noch ein Stück hinterherhinken und nur – das muss man lobend hervorheben – in der Regierung in der ersten Reihe gleichberechtigt sitzen. Wir haben – das ist wirklich ein großer Erfolg der SPD – noch nie ein paritätisch besetztes Kabinett gehabt. Jetzt haben wir es. Das ist ein Highlight, das wir anderswo noch nachvollziehen müssen. Wir wollen den Frauen und den Männern die Verlässlichkeit einer klaren Satzungsregelung ohne Beschränkung geben. Deshalb hat sich der Parteivorstand dem angeschlossen, deshalb hat die Antragskommission die Annahme empfohlen. Deshalb bitte ich euch ebenfalls um Annahme.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Es gibt zu diesem Antrag keine Wortmeldungen mehr. Dann können wir darüber abstimmen. Wer möchte dem Antrag 244 zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist der Antrag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Dadurch hat sich der Antrag 245 erledigt.

Ich rufe den Antrag 246 auf. Es ist Überweisung an die Organisationspolitische Kommission und die Ad-hoc-Gruppe vorgeschlagen. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall.

Antrag 247. Es wird die gleiche Überweisung vorgeschlagen. Wer dagegen ist, den bitte ich, sich zu melden. – Es gibt keine Gegenstimme.

Auch für Antrag 248 wird Überweisung an die beiden vorgenannten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Dann ist so beschlossen.

Für Antrag 249 wird die gleiche Überweisung vorgeschlagen. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall.

Für Antrag 250 – es geht um die Erhöhung des Anteils der Ortsvereine an Mitgliedsbeiträgen – empfiehlt die Antragskommission Nichtbefassung, da diese Frage im Zuständigkeitsbereich der Bezirke und Landesbezirke geregelt werden kann. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Nichtbefassung bestätigt.

Für Antrag 251 – es geht um eine Änderung des Verteilerschlüssels – empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer möchte dem Votum folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dieser Antrag abgelehnt.

Für Antrag 252 lautet das Votum: Überweisung an Ad-hoc-Gruppe und Organisationspolitische Kommission. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist A 252 überwiesen.

Ich komme zu A 253. Es wird ebenfalls Überweisung vorgeschlagen. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Damit ist auch dieser Antrag überwiesen.

Für Antrag 254 – es geht um die Streichung der Worte „in geheimer Wahl“ – empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer will dem Votum der Antragskommission folgen, Antrag 254 abzulehnen? – Gegenstimmen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Für Antrag 255 ist Überweisung empfohlen. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Antrag 255 überwiesen.

Wir kommen zum Initiativantrag 13. Hierzu hat die Antragskommission um das Wort gebeten. Hubertus Heil, bitte.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, die Antragskommission möchte die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass Initiativanträge zu Satzungsänderungen nicht zulässig sind. Das sei auch für die Zukunft gesagt. Wir haben eine Frist von acht Wochen. Deshalb versucht nicht, satzungsändernde Anträge als Initiativanträge einzubringen.

Nichtsdestoweniger wollen wir die Antragsteller nicht ärgern. Formal können wir den Antrag aber nicht einbringen. Wir könnten ihn jedoch als Material an den Parteivorstand und die Ad-hoc-Gruppe überweisen.

Vorsitzende Ute Vogt: Wer möchte diesem Votum folgen? – Gegenstimmen? – Dies ist nicht der Fall. Damit ist der Initiativantrag 13 an Parteivorstand und Ad-hoc-Gruppe überwiesen.

Wir kommen zu den Anträgen 225, 226 und 256 bis 276. Wir sind auf Seite 324 des Antragsbuches. Zum Antrag 225 habe ich eine Wortmeldung von Sigmar Gabriel.

Sigmar Gabriel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, wir diskutieren ein Thema, das sehr eng etwas damit zu tun hat – wie jedenfalls ich glaube –, in welchen Schwierigkeiten die SPD steckt. Wir haben soeben beschlossen, dass wir die Quotierung entfristen. Aber wir müssen festhalten: Selbst die Quote hat nicht dazu geführt, dass wir in den letzten Jahren ausreichend viele junge Frauen in die SPD und in die Mandate bekommen haben. Wir haben inzwischen nicht nur zu wenig Frauen, wir haben zu wenig junge Leute, wir haben zu wenig Facharbeiter, wir haben zu wenig Betriebsräte, zu wenig Handwerker, zu wenig Techniker. Das ist der Zustand der SPD.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, daran sollten wir etwas ändern. Deswegen lohnt es sich, über diesen Antrag etwas mehr zu beraten, als nur zu sagen: Wir gründen eine Ad-hoc-Gruppe. Das ist vielleicht Anlass, darüber zu reden, was wir machen wollen.

Ich glaube, unser größtes Problem besteht darin, dass wir die Sozialstruktur, die Bandbreite der Alltagserfahrung der Menschen in Deutschland in der Partei nicht mehr ablegen. Wir haben einmal die Quote eingeführt, weil wir – zu Recht – gesagt haben: Es kann nicht sein, dass sich die Sichtweise von Frauen in der Politik nicht widerspiegelt. Nicht etwa deshalb, weil sie besser oder schlechter wäre als die von Männern, sondern schlichtweg, weil sie anders als die von Männern ist. Aber das, was zwischen Männern und Frauen gilt, gilt natürlich auch zwischen Jüngeren und Älteren, für Leute, die im aktiven Berufsleben stehen, die Betriebsräte sind oder in Personalvertretungen sitzen oder Leute, die selbstständig sind, junge Existenzgründer, Unternehmerinnen und Unternehmer sind. Auch die haben nicht die richtige oder falsche, sondern eine andere Alltagssichtweise.

Ich glaube, dass unsere Politik deshalb manchmal ein bisschen langweilig und grau daherkommt, weil uns die Unterschiedlichkeit dieser Sichtweisen verloren gegangen ist. Politik macht dann Spaß, wenn sie unterschiedliche Sichtweisen bei sich generiert. Wir organisieren unsere Vorstände oft danach, woher die Leute kommen, wie alt sie sind – wie lange wie schon dabei sind, ist gemeint –, ob sie Mann oder Frau sind, und wahrscheinlich noch, ob sie links oder rechts eingetütet werden können.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist eine uralte Form von Parteiorganisation. Es geht nur noch darum – wie zum Beispiel heute –, irgendwelche Flügel in die Parteivorstände hineinzuwählen.

Mensch, wir brauchen im Parteivorstand endlich wieder einen aktiven Betriebsrat, einen aktiven Personalvertreter,

(Vereinzelt Beifall)

eine junge Elternvertreterin, einen Polizeibeamten, eine Krankenschwester. Solche Leute fehlen bei den Mandatsträgern in Landtagen und Bundestag und in den Ortsvereinen auf den Listen, die wir zur Kommunalwahl anbieten.

Ich werbe darum, diesen Antrag ernst zu nehmen. Denn die großen Probleme, die wir heute haben, haben mit der Entwicklung zu tun, dass uns die jungen Leute und die unterschiedlichen Berufsgruppen seit 20 Jahren verloren gehen. Wir diskutieren Bildungspolitik mit Lehrerinnen und Lehrern, die in den 70er-Jahren in die Partei eingetreten sind.

(Vereinzelt Beifall)

Das kommt manchmal wie eine Kyffhäuser-Kameradschaft daher: immer mit den gleichen Schlachtgesängen, in der gleichen Marschordnung, mit den gleichen Marschritten wie früher. Übrigens: Als ich den Vergleich mit der Kyffhäuser-Kameradschaft bei mir zu Hause angestellt habe, hat sich die Kyffhäuser-Kameradschaft beschwert, weil sie dachte, sie gerate in schlechte Gesellschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist der Zustand, den wir heute haben. Es sollen uns nicht noch mehr Parteitage wie dieser hier begegnen. Ich finde ihn nach dem, was wir gestern hier miteinander erlebt haben – ich sage das ganz offen –, zum Teil ein bisschen gespenstisch.

Wir haben Fehler gemacht. Auch in Niedersachsen geht es uns nicht besser als dem Rest der Partei. Aber wenn wir die SPD wieder stärker machen wollen, dann müssen wir uns um diese Organisationsfragen kümmern. Es geht nicht nur um die Frage: Wie ist der lebendige Ortsverein?, sondern auch darum: Wie wird diese Partei wieder eine Partei in der Mitte des Volkes, in der alle Berufsgruppen, alle Altersgruppen und beide Geschlechter verankert sind?

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Es gibt dazu keine weiteren Wortmeldungen. Damit können wir zur Abstimmung kommen.

Antrag 225. Wer der Annahme in der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag so angenommen.

Dadurch ist der Antrag 226 erledigt.

Wir kommen als Nächstes zum Antrag 256. Das ist im Antragsbuch auf Seite 346. Es geht um die Einrichtung einer Kommission „Bildungsfinanzierung in Deutschland“. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Parteivorstand. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist dieser Antrag überwiesen.

Antrag 257. Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Reform der Organisationspolitik“. Das ist durch Antrag 225 erledigt.

258: Kampagne Sozialpolitik. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Parteivorstand. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag an den Parteivorstand überwiesen.

259: Kommunikationsstrategie. Empfehlung: Überweisung an den Parteivorstand. Ist jemand gegen diese Überweisungsempfehlung? – Das ist nicht der Fall.

260. Es geht um die Umbenennung der AG 60+ in „AG 70plus“. Hier empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer dies ablehnen möchte, den bitte ich um das

Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Also ist dieses Begehren abgelehnt.

Antrag 261. Es geht darum, dem Arbeitskreis Schwusos den Status einer Arbeitsgemeinschaft zu geben. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer stimmt der Ablehnung zu? – Gegenstimmen? – Also ist der Antrag abgelehnt.

262. Es geht um einen ähnlichen Inhalt. Die Antragskommission empfiehlt ebenfalls Ablehnung. Wer möchte den Antrag ablehnen? – Gegenstimmen? – Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

263. Es geht darum, das Höchstalter bei den Jusos herabzusetzen. Empfohlen ist die Ablehnung. Wer folgt der Empfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen abgelehnt.

264. Gegenstand ist: Virtueller Ortsverein als Projektgruppe. Es ist Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Stimmt jemand gegen die Überweisung? – Das ist nicht der Fall.

(Zurufe)

– Zu 264 ist Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Dann habt ihr wohl eine andere Vorlage als ich. Die Antragskommission empfiehlt euch die Überweisung an den Parteivorstand. Es geht darum, dass der Virtuelle Ortsverein eine Projektgruppe werden soll, die Rederecht erhält. Das ist in kürzester Fassung der Inhalt des Antrags.

Wer stimmt der Empfehlung zu, dies an den Parteivorstand zu überweisen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer beachtlichen Anzahl von Gegenstimmen mit Mehrheit überwiesen.

265: Es geht um die Gründung einer Arbeitsgruppe Migration. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Es gibt eine Wortmeldung.

(Zurufe)

– Entschuldigung. Über 265 haben wir abgestimmt.

Es gibt den Antrag 266. Zu dem kann die Genossin sprechen.

Frau Geldel: Ich habe meine Wortmeldung frühzeitig abgegeben, nämlich schon um halb zehn. Vielleicht hätte ich sie noch eher abgeben müssen, damit sie berücksichtigt wird. Sorry, dass das ein Problem macht.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde es schade, dass dieser Antrag abgelehnt werden soll. Die Anträge aus Hessen-Süd und aus Frankfurt haben den Hintergrund, dass wir festgestellt haben, dass gerade in diesem Bereich die aktivsten Mitglieder sind. Bei uns in den Arbeitsgruppen sind zum Teil 30, 40 Leute regelmäßig dabei.

Deshalb finden wir es sehr wichtig, diese Menschen, die neuen Inländer, ernster zu nehmen. Deshalb bitte ich euch darum, gegen das Votum der Antragskommission zu stimmen und dafür zu stimmen, dass eine Arbeitsgemeinschaft Migration wirklich mit allen Rechten und Pflichten gebildet wird.

Danke schön.

Vorsitzende Ute Vogt: Das Wort für die Antragskommission hat jetzt Hubertus Heil.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Anders als ausgedrückt geht es nicht darum, eine Arbeitsgruppe zu bilden. Der Antragsteller will eine zusätzliche Arbeitsgemeinschaft. Darüber, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir uns einmal ernsthaft unterhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Die große Zeit der Arbeitsgemeinschaften waren die frühen 70er-Jahre. Es gab einen Riesenschub von Leuten, die in die SPD kamen. Wir haben auch deshalb damals viele Arbeitsgemeinschaften eingerichtet, damit ganz viele, die aktiv mitarbeiten wollten, dies auch konnten. Heute, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir schon in der richtigen Organisation der Partei, im Hauptstrang der Partei Probleme, genug Funktions- und Mandatsträger zu finden. In vielen Arbeitsgemeinschaften wird gute Arbeit geleistet, aber es gibt auch personelle Probleme. Die Frage ist, liebe Genossinnen und Genossen, ob wir immer weiter neue Arbeitsgemeinschaften gründen sollten.

Das heißt nicht, dass sich Migrantinnen und Migranten nicht organisieren können und sollen. In meinem Bezirk ist das der Fall. Da gibt es einen Arbeitskreis. Aber ob es jedes Mal sinnvoll ist, eine Arbeitsgemeinschaft einzurichten, die dann vielleicht versucht, für sich Hauptamtliche und irgendwelche Etats zu organisieren, ist die Frage, liebe Genossinnen und Genossen.

Lasst uns diesen Antrag ablehnen! Wir sollten über die Frage von Mitarbeit weiter diskutieren. Aber es ist auch eine Aufgabe der organisationspolitischen Arbeitsgruppe, der Ad-hoc-Arbeitsgruppe, dafür langfristige Antworten zu finden.

Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Es gibt eine weitere Wortmeldung von Apostolos Tsalastras.

Apostolos Tsalastras (NRW): Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte das, was der Hubertus eben hier vorgetragen hat, ausdrücklich unterstützen. Das tue ich als jemand, der viele Jahre in der Migrationsarbeit tätig ist. Was wir im Augenblick erleben und auch sehr oft beobachten können, ist, dass sich die Migranten, die bei uns in der Partei aktiv sind, in Arbeitskreisen oder sonstwie organisieren, wo sie ihre Mi-

grationsprobleme und Migrationsthemen diskutieren können. Wenn man sich an-guckt, welche Mandate vergeben werden, wo solche Leute in Vorständen mitarbei-ten usw., dann stellt man fest: Da finden wir kaum Migranten, weil sie in ihren eigen-en Zirkeln verbleiben. Das kann nicht das Ziel sein. Mit einem solchen Antrag wür-den wir eine solche Tendenz noch viel mehr verstärken.

Wir müssen ein anderes Ziel verfolgen. Wir müssen die Migranten in unserer Partei viel stärker integrieren, als wir das bisher tun.

(Beifall)

Da ist ein Arbeitskreis auf Bundesebene der richtige Ort. Es geht um die Frage: Wie können wir die Situation der Migranten in unserer Partei und die Integration der Migranten in unseren Vorständen – das betrifft Mandate – besser fördern? Es gilt, dazu Sachen zu entwickeln und die dann vor Ort umzusetzen.

Die Zeit der Arbeitsgemeinschaften – da hat Hubertus Recht – ist leider schon lange vorbei, liebe Genossinnen und Genossen. Wir brauchen andere Organisationsfor-men und andere Mitentscheidungsmöglichkeiten als die, die wir in der Vergangen-heit hatten.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke. – Es folgt Andreas Matthae, danach Angelica Dullin-ger.

Andreas Matthae, Berlin: In einem will ich meinen Vorredner in jedem Fall nicht zustimmen. Die Zeit der Arbeitsgemeinschaften scheint mir nicht vorbei zu sein.

(Beifall)

Man kann es, glaube ich, an der AG 60+ erkennen. Das ist eine Arbeitsgemeinschaft, die wir erst vor kürzerer Zeit gegründet haben, die in gesellschaftliche Gruppen hi-neinwirkt, die wir als Partei vorher nicht so erschlossen hatten.

Wir haben im Landesverband Berlin die AG Migration als Arbeitsgemeinschaft ge-gründet. Sie hat gerade in der Situation Berlins und in bestimmten Stadtteilen eine große Wirkung. Ich glaube, dass wir als Partei an dem Punkt eine Veränderung der Gesellschaft nachvollziehen müssen, und deshalb halte ich die Migrationsarbeitsge-meinschaft für ein sinnvolles Projekt.

(Beifall)

Zum anderen glaube ich nicht, dass es ausreicht, jemanden mit Migrantenhinter-grund in Mandate zu schicken, wie wir es am Sonntag getan haben. Wir müssen viel-mehr als Partei eine Institution schaffen, in der Menschen mit nicht deutscher Her-kunftssprache gemeinsam mit Menschen mit deutscher Herkunftssprache in dem

Politikfeld arbeiten können. Deswegen finde ich, dass wir das Votum der Antragskommission ablehnen sollten.

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Es folgt Angelica Dullinger und danach Dilek Kolat.

Angelica Dullinger, Bayern: Schönen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich gewundert, dass wir zunächst einem Antrag zustimmen, in dem es um eine virtuelle Arbeitsgruppe geht, und dass es zwei Minuten später heißt: Bei der Migration geht das nicht, weil es nichts bringt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich freue mich sehr, dass es wieder Engagement in der Partei, durch die Partei und mit der Partei gibt. Ich sehe mich ein bisschen an die Diskussion über die Frauenarbeitsgemeinschaft erinnert. Ich denke, die Zeiten sind eigentlich vorbei, dass man unbedingt irgendwen ausgrenzt. Ich bitte um Unterstützung des Antrags „Arbeitsgemeinschaft Migration“.

Schönen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Nun spricht Dilek Kolat. Ihr folgt Serdar Yüksel.

Dilek Kolat, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte gerne zu euch als türkischstämmige Sozialdemokratin sprechen. Ich sehe mich als eine Person, die sich in die Parteistrukturen integriert hat. Wir sprechen über Parteiorganisation, über Reformen und Modernisierung. Wir wissen, dass die Parteistrukturen sehr starr sind und dass wir ein bisschen Flexibilität bekommen müssen.

Vorhin wurde gesagt: Wenn man sich die Aktiven anguckt, dann kann man feststellen, dass die Partei die gesellschaftliche Struktur nicht ganz wiedergibt. Es wurde angesprochen, dass Arbeiterinnen und Arbeiter sowie junge Menschen und Frauen in der Partei fehlen. Liebe Genossinnen und Genossen, es fehlen auch Migrantinnen und Migranten in der Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Die Internationalisierung muss auch innerhalb der Partei bei den Genossinnen und Genossen tatsächlich wiederzufinden sind. Genau da liegt unser Problem mit der Integration innerhalb der Partei. Ich denke, eine Partei ist nur dann glaubwürdig, wenn sie über Integration, Migration und über Zuwanderung spricht. Wir haben sehr viel Nachholbedarf hinsichtlich einer parteiinternen Integration.

Vorhin wurde schon berichtet, dass wir im Landesverband Berlin eine AG Migration gegründet haben. Wir haben all die Argumente, die wir vorhin hier gehört haben,

auch in Berlin gehört: Inflation von Arbeitsgemeinschaften und das Argument, dass Arbeitsgemeinschaften nicht mehr zeitgemäß sind. Wenn das so ist, dann muss man sie abschaffen und über neue Strukturen nachdenken. Aber solange die Struktur da ist, muss man die Migranten auch integrieren und sie gleichberechtigt innerhalb der Parteistrukturen sehen. Man darf sie nicht als Randgruppe innerhalb der Partei behandeln. Deshalb bitte ich euch, liebe Genossinnen und Genossen: Stimmt dem Antrag zu und folgt nicht der Antragskommission!

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Jetzt spricht Serdar Yüksel und ihm folgt Jochen Ott.

Serdar Yüksel, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Als ich vor 15 Jahren Mitglied der SPD wurde, wurde nach einem Jahr, in dem ich für den Ortsverein gearbeitet habe, in die Runde geschaut. Man sah mich mit meinem „schwarzen Kopf“ und sagte: Du machst den Ausländerbeauftragten.

Ich habe es in meinem Ortsverein geschafft, allen zu vermitteln, dass die Migrationsarbeit eine Arbeit ist, die unsere sozialdemokratische Partei als Ganzes zu leisten hat und die nicht in eine Arbeitsgemeinschaft gehört. Ich denke, die Sozialdemokratische Partei darf nicht von dieser Verpflichtung ausgenommen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb bin ich dafür, dass die Migrationspolitik nach wie vor in der Gesamtheit bei der Sozialdemokratischen Partei bleibt und dass wir eine ehrliche und weitsichtige Migrationspolitik machen. Das kann nur Aufgabe der SPD sein und nicht die Aufgabe einer Arbeitsgemeinschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Eine Bitte habe ich noch. Schleswig-Holstein hat 1988 eine Bundesratsinitiative gestartet, mit der das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer eingeführt werden sollte. Das finde ich gut. Wenn man den Migranten in diesem Land einen Gefallen tun will: Schafft die Ausländerbeiräte ab und unterstützt endlich die Bundesratsinitiative für das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer.

Danke sehr.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Jetzt Jochen Ott, bitte.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Meinem Vorredner ist in der Frage, was die Integration angeht, zuzustimmen. Aber was die Arbeitsgemeinschaften angeht, muss ich Folgendes sagen. Wir sollten nicht über Dinge reden,

die mit der Realität nichts zu tun haben. Wir haben in vielen Ortsvereinen meiner Stadt überhaupt keine Strukturen mehr, was Jusos, was ASF und was 60 plus angeht. Warum? Weil keiner bereit ist, da mitzumachen. Es gibt sogar Ortsvereine, in denen Leute nicht bereit sind, den Vorsitz zu übernehmen. Wir sind in einer Situation, in der wir dafür sorgen müssen, dass wir die Arbeit von Ortsvereinsvorständen noch am Laufen halten.

Ich halte es für ganz wichtig, dass wir in einer solchen Situation vor Ort dafür sorgen, dass die Partei stark wird und dass die Ehrenamtler geschont werden, was die Termine angeht. Man muss sich auf die Arbeit im Ortsverein konzentrieren können. Die Arbeit darf nicht in alle möglichen Richtungen ausfransen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb sage ich: Wichtig ist, sich darauf zu konzentrieren, dass es der SPD wieder gut geht. Wir müssen heute andere Antworten finden als die Leute Anfang der 70er-Jahre. Die Welt hat sich verändert.

Ich war vor kurzem auf einer Ehrung für ein 25-jähriges Jubiläum. Ich habe da nachgelesen, dass es 1978 300 000 Genossinnen und Genossen unter 35 Jahren gab. Das entspricht einem Anteil von 30 Prozent. Heute beträgt der Anteil 3 Prozent. Wir sehen an dieser Struktur, dass wir uns heute etwas anderes einfallen lassen müssen. Jetzt nach mehr Arbeitsgemeinschaften zu schreien ist genau der falsche Weg. Wir dürfen diese Entwicklung nicht unterstützen, sondern wir müssen intelligent darüber nachdenken, wie wir als SPD vor Ort gemeinsam auftreten können. Man sollte deshalb der Antragskommission folgen.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Noch einmal Hubertus Heil für die Antragskommission.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist gut, dass es diese Diskussion gibt. Denn da kommen ein paar Punkte hoch, die wir in dieser Partei wirklich miteinander besprechen müssen. Wir müssen über die Zukunft der Arbeitsgemeinschaften reden. Deshalb gibt es unter anderem die Ad-hoc-Arbeitsgruppe.

Um es einmal klar zu sagen: Die Unterstellung, dass Migrantinnen und Migranten keinen Arbeitskreis gründen können, habt ihr in Berlin widerlegt. Man kann das machen. Es geht nur um die Frage, ob man eine Arbeitsgemeinschaft mit einem offiziellen Status auf Bundesebene gründen kann. Da sage ich euch: Es geht mir ein bisschen auf den Senkel, dass ein reales Problem, nämlich die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Parteiarbeit, nur phantasielos beantwortet wird, indem man eine neue Institution schaffen will.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sozis bei Problemen immer nur Institutionen und Gesetze schaffen und sich nicht phantasievoll einmal etwas anderes überlegen, dann haben wir wirklich ein Problem. Deshalb sage ich: Es kann nicht sein, dass gilt: Wenn keiner weiter weiß, dann gründen wir einen Arbeitskreis. In diesem Fall ist es eine Arbeitsgemeinschaft.

Wir müssen ernsthaft darüber sprechen. Deshalb die herzliche Einladung, hierüber nachzudenken. Wir werden als Material auch euren Antrag an die Ad-hoc-Arbeitsgruppe weitergeben. Das ist kein Problem. Aber ich bin dafür – das sage ich ganz klar –, diesen Antrag heute abzulehnen. Wir werden ihn heute ablehnen und keine Arbeitsgemeinschaft einrichten.

Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag 266. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Bei Antrag 267 wird die Überweisung an die Ad-hoc-Gruppe empfohlen. Ich darf fragen, ob es dazu Gegenstimmen gibt? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag überwiesen.

Es wird empfohlen, Antrag 268, in dem es um die Befragung von Mitgliedern geht, abzulehnen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Im Antrag 269 geht es um eine Quote für junge Mitglieder. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Antrag 270 ist erledigt durch Praxis.

Zum Antrag 271 gibt es eine Wortmeldung von Mark Rosendahl. – Bitte schön.

Damit es schneller geht, sage ich: Ich habe bei 273 die nächste Wortmeldung. Das wäre dann Rudolf Hausmann. Aber jetzt zu 271 erst einmal Mark Rosendahl.

Mark Rosendahl, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr wisst alle: Die Aufgaben der Ortsvereine nehmen zu. Der Parteivorstand hat beschlossen, dass zehnjährige Mitgliedschaft mit einem Jubiläum gefeiert werden soll. Die finanzielle Lage der Ortsvereine ist schlecht und wird schlechter. Wir haben sinkende Mitgliederzahlen. Wir haben sinkende Einnahmen aus Mandaten. Überall, wo die Kommunalwahlen schlecht ausfallen, geht die finanzielle Situation rapide bergab.

Wir sind der Meinung, das Konnexitätsprinzip sollte auch hier greifen. Das heißt, dass die Basis von finanziellen Belastungen verschont werden sollte. Die Ortsvereine sind die Basis der Partei. Wir meinen, bei allem, was mit Jubilarehrung usw. zu tun hat, sollte, auch wenn es nur ein kleiner Teil ist, der Parteivorstand die finanziellen Lasten tragen und nicht die Ortsvereine.

Ich bitte euch, der Empfehlung der Antragskommission nicht zu folgen, sondern dem Antrag zu folgen.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum und empfiehlt Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Antrag 272. Es ist Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Gibt es gegen diese Empfehlung Widerspruch, also Gegenstimmen? – Dies ist nicht der Fall. Dann ist 272 an die Bundestagsfraktion überwiesen.

Antrag 273: Einführung von Landeslisten zur Europawahl. Hier gibt es die Empfehlung Überweisung an den Parteivorstand. Ich habe hier die aktuelle Fassung der Antragskommissionsempfehlung vorliegen. Deswegen habe ich sie euch genannt. Sie hat sich nämlich im Vergleich zu eurer Vorlage geändert. Es gibt dazu zunächst eine Debatte. Rudolf Hausmann, ihm folgt Christian Lange, beide aus Baden-Württemberg.

Rudolf Hausmann, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Ich wusste von der Empfehlung der Antragskommission auf Vertagung, obwohl im Antragsbuch noch Ablehnung steht. Ich habe mich trotzdem zu Wort gemeldet. Ich möchte in drei Punkten ganz kurz meine Haltung begründen.

Erstens: Warum Landeslisten? Weil für die Organisation wichtig ist, dass die Leistung im eigenen Landesverband oder Bezirk, die man selber beeinflussen und entwickeln kann, authentisch ist und sich in die Aufstellung der Liste niederschlägt.

(Beifall)

Zweitens. Ich meine, es ist wichtig, dass auch unsere Landesliste in Zukunft ein Gesicht bekommt, sodass Europa ein Gesicht bekommt und nicht nur ein gutes Programm. Wir müssen den Menschen in unserem Land näher kommen und müssen uns daher positionieren.

Drittens – damit bin ich fast am Ende; die Diskussion ist gar nicht so kompliziert –: Wir haben vorhin über die Frage moderne Volkspartei diskutiert. Es ist doch keine Frage, dass moderne Volkspartei bedeutet, dass da, wo Politik entwickelt wird, den

Menschen nahe gebracht wird und dass wir das, was dezentral gemacht werden kann, möglichst nahe an den Mitgliedern entwickeln. Ich halte nichts von der Empfehlung, den Antrag an den Parteivorstand weiterzuleiten; denn da liegt dieser Antrag schon sehr lange.

Ich meine, man sollte dem Votum der Antragskommission nicht folgen, weil das Ganze nicht schlecht, sondern gut wäre.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Christian Lange, bitte.

Christian Lange, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte mich dafür aussprechen, dass wir eine Landesliste für die europäische Ebene einführen. Warum? Ich bin der festen Überzeugung – ich weiß nicht, wie es euch geht, wie ihr Wahlkampf in Sachen Europa macht –: Wir müssen gegen ein Misstrauen anrennen, gegen ein Misstrauen gegenüber Brüssel und gegenüber den Bürokraten. Meine Antwort darauf sind unsere Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort.

(Beifall)

Meine Antwort darauf ist ein Europa der Regionen, Genossinnen und Genossen. Deshalb brauchen wir eine Landesliste, die das widerspiegelt.

(Beifall)

Ich will euch sagen, wie meine Erfahrung da ist: Unsere politische Konkurrenz macht das, etwa in meinem Heimatland, schon lange und mit Erfolg. Ich stelle fest, dass regionale Fürsten der CDU diese Plattform zunehmend nutzen. Ich weiß nicht, wie es bei euch ist. Das Ganze wird zunehmend mit Kommunalwahlen kombiniert. Auch das zeigt, in welche Richtung es geht, nämlich mit personeller Identifikation Europa rüberzubringen.

Ich möchte euch sagen, wie wir inhaltlich das Europa der Regionen fassen. Wir können es mit regionaler Wirtschaftsförderung kombinieren. Wir haben schon gestern darüber gesprochen; etwa Hermann Scheer hat es hier erwähnt. Wir müssen landwirtschaftliche Projekte, Ziel-2-Gebiete, Ziel-1-Gebiete – das sind alles regionale Probleme – rüberbringen. Wir können das nur über unsere Kandidatinnen und Kandidaten. Diese Klammer muss hergestellt werden. Deshalb ist das eine inhaltliche Forderung zur Stärkung der Glaubwürdigkeit unseres Europawahlkampfes. Ich meine, dass wir die regionalen Strukturen, die regionalen Anliegen vieler Mitglieder sowie vieler Bürgerinnen und Bürger mit einer solchen Landesliste kombinieren könnten.

(Vereinzelt Beifall)

Mein letztes Argument: Das ist das Argument der Mobilisierung. Über das hinaus, was wir von Berlin aus machen können, ist die Frage der regionalen und der lokalen

Mobilisierungen zu sehen, Genossinnen und Genossen. Das schaffen wir nur, wenn wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten auf den Wahlzetteln finden. Deshalb bitte ich euch um Zustimmung zu dem Antrag 273 für eine Landesliste.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Für die Antragskommission Hubertus Heil.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist gut und richtig, dass wir dieses Thema hier noch einmal besprechen, gerade nach den Diskussionen am Sonntag. Das ist vollkommen klar. Ich habe hier nicht meine persönliche Meinung als Niedersachse zu vertreten, sondern als Sprecher der Antragskommission. Schönen Gruß an Niedersachsen!

Ich will die Argumente, die uns in der Antragskommission bewogen haben, an dieser Stelle zu sagen: „Das ist ein Problem, das im Parteivorstand besprochen werden muss, wir können das hier nicht einfach beschließen“, nennen. Ihr wisst, dass eine Landeslistenregelung zur Folge hätte, dass viele ostdeutsche Bundesländer, wahrscheinlich bis auf Brandenburg, sowie das Land Bremen und das Saarland nicht mehr einen eigenen Europaabgeordneten hätten. Ich sage, Christian Lange, nicht nur weil du in Saarlouis geboren bist, dass das eine Unverschämtheit ist. Es geht auch darum, wenn du ein Europa der Regionen willst, ob diese Regionen nicht als solche gelten.

Es gibt aber auch gute Gründe für eine Landesliste; das hat Christian hier deutlich gemacht. Deshalb meine Bitte: Wir müssen dieses Thema ordentlich miteinander besprechen.

Ihr wisst auch – das ist das Letzte –, dass wir ein paar rechtliche Probleme haben. Bei verbundenen Landeslisten, die wir prüfen müssten – ich weiß, die Union macht das; es gibt eine Auskunft aus dem Innenministerium –, müssten wir rechtlich etwas ändern. Das kann man machen.

Wie gesagt, die Bitte ist, der Überweisung zu folgen.

Vorsitzende Ute Vogt: Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen über das Votum der Antragskommission ab. Wer für die Überweisung stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das war meiner Ansicht nach die Mehrheit. Ich bin ein bisschen befangen.

(Beifall)

Ich frage die anderen Mitglieder. Auch sie empfinden, dass es hier die Mehrheit war. Dann müssen wir über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag 273 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist dieser Antrag so angenommen.

(Beifall)

Damit haben sich die Anträge 274 und 275 erledigt.

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, ich rufe den Antrag 276 auf. Ich frage, ob zu 276 Wortmeldungen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Es ist Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen worden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das war die Mehrheit und somit wird der Antrag an den Parteivorstand überwiesen.

Dann rufe ich den Antrag 312 auf. Hier geht es um verständliche Sprache. Möchte zu diesem Thema jemand etwas Verständliches sagen? – Nein. Empfohlen worden ist Annahme. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit. Von nun an haben wir ordentlich zu reden, damit uns die Leute verstehen.

Vorsitzende Heide Simonis: Ich rufe den Antrag 313 auf: „Umgestaltung des Vorwärts“. Für den ersten Satz ist Überweisung an den Parteivorstand, für den zweiten Satz Ablehnung vorgeschlagen. Wer möchte dazu das Wort haben? – Niemand. Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über die Überweisung des ersten Satzes an den Parteivorstand. Wer stimmt dem zu? – Das scheint eine ausreichende Mehrheit zu sein. Für den zweiten Satz wird Ablehnung empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Das ist eine Mehrheit.

Dann rufe ich den Antrag 314 auf: „Kommerzialisierung der Partei stoppen – zurück zur Politik“. Hier wird Ablehnung empfohlen. Möchte jemand das Wort dazu haben? – Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist eine Mehrheit.

Ich rufe den Antrag 315 auf: „SPD-Card“. Hier wird Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen. Wünscht jemand das Wort dazu? – Bitte.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossen! Wegen der SPD-Card sind viele Menschen ziemlich sauer. Insbesondere dass eine Versicherung wirbt, die noch nicht einmal den Stresstest der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht bestanden hat, finde ich äußerst peinlich. Deshalb möchte ich darum bitten, dass, wenn schon Produkte aufgenommen werden, diese Produkte wenigstens vernünftig sind. Ich bitte daher darum, dass Votum der Antragskommission abzulehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Inge möchte dazu noch einmal das Wort für die Antragskommission ergreifen. Bitte schön.

Inge Wettig-Danielmeier, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD-Card ist 1997 vom Parteitag beschlossen worden. Wir sind mehrfach gemahnt worden, diesen Beschluss umzusetzen. Schließlich hat der damalige Bundesgeschäftsführer und spätere Generalsekretär das in die Hände genommen. Wir haben das dann gemeinsam der Firma Image übertragen. Diese Firma holt für jedes der Produkte die am Markt vorhandenen Auskünfte ein; wir haben das jeweils nachgeprüft. Inzwischen hat es verschiedene Probleme gegeben; das ist richtig. Die Pro-

bleme entstehen auch dadurch, dass unsere Mitglieder einerseits etwas Bestimmtes wollen, aber andererseits Dinge verlangen, die nicht möglich sind. Man kann nicht Profit machen wollen und dann sagen: Igittigitt! Man kann auch nicht irgendwelche besonderen Rabatte anbieten und hinterher davon nichts wissen wollen.

Ich weiß, dass die Mitglieder durchaus anfällig sind für alle möglichen Angebote, zum Beispiel von Spielen, zum Teil sogar von Softpornos. Dann können wir aber hier auf dem Parteitag nicht beschließen, dass das nicht erlaubt ist. Wir sind eine Volkspartei, die viele Mitglieder mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen hat. Keiner muss das, was angeboten wird, annehmen. Ich denke, wir haben inzwischen auch gelernt. Jedes dieser Angebote wird vom Bundesgeschäftsführer, dem Generalsekretär und mir daraufhin überprüft, ob es moralisch zumutbar ist. Dennoch zeigen die Erfahrungen, dass wir von der anderen Seite, von unionsnahen Presseorganen, immer wieder auf unanständige Weise angegriffen werden. Ich habe darauf allgemein auch in meinem Bericht hingewiesen. Ich bitte, es bei dem Votum der Antragskommission zu belassen. Wir geben uns alle Mühe. Wenn ihr es nicht bei dem Votum belasst, müssen wir die SPD-Card abschaffen. Aber darüber habt ihr selber anders beschlossen.

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön, Inge. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen dazu. Dann kommen wir zur Abstimmung über Antrag 315. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Parteivorstand. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist dieser Antrag so überwiesen.

Antrag 316, ebenfalls zur SPD-Card. Hier ist Ablehnung empfohlen. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Bei einigen Gegenstimmen ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Initiativantrag 9; hier geht es um elektronische Abstimmung. Dazu gibt es eine Wortmeldung des Genossen Jörg Wenghöfer.

Jörg Wenghöfer, Schleswig-Holstein: Genossinnen und Genossen! Einem Schatzmeister ist ein Parteitag lieb und vor allen Dingen teuer. Unsere Zeit ist sehr wertvoll. Wer am Sonntag hier war, weiß, dass man sich entscheiden muss, ob man diskutieren oder abstimmen will, wie man seine Zeit verbringen möchte. Jeder Tag, den wir hier zubringen, kostet sehr viel Geld. Bei den Abstimmungsprozessen kann man sehr viel Zeit und somit auch Geld sparen, indem wir schlichtweg Abstimmungsmaschinen einsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

In Rheinland-Pfalz und in Berlin wird das bereits erfolgreich gemacht. Auch hier können wir darüber entscheiden, ob wir das wollen oder nicht. Vielleicht ist es ja eine Traditionsfrage, dass man bis 22 Uhr hier sitzt und – mit Lückenfüllern, die sich eine Rede abringen – darauf wartet, dass die Wahlzettel ausgezählt worden sind. Aber

stattdessen könnte man auch ein Knöpfchen am Tisch anbringen, mit dem abgestimmt werden könnte. Dann hat man das Ergebnis schneller.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb bitte ich euch, dem Votum der Antragskommission nicht zu folgen, sondern diesem Initiativantrag zuzustimmen und damit darüber zu entscheiden, ob wir das wollen oder nicht.

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann hat jetzt noch Hubertus Heil für die Antragskommission das Wort.

Hubertus Heil, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Antragskommission hält das für eine gute Idee, der wir nicht im Wege stehen wollen. Wir können beschließen, dass wir das wollen; aber ihr müsst natürlich die Möglichkeit geben, das organisatorisch und finanziell gut vorzubereiten. Wenn ihr jetzt die Willenserklärung abgibt, hat die Antragskommission nichts dagegen, das so zu machen. Ihr müsst jedoch wissen: Wenn die Parteitagsbeschlüsse ernst genommen werden sollen, dann muss die Zeit ausreichen, die Beschlüsse zu realisieren. Aber als Delegierter habe ich überhaupt nichts dagegen.

Vorsitzende Ute Vogt: Dann überweisen wir mit der Empfehlung, dem Petikum zu folgen, wenn das finanziell machbar ist. So habe ich Hubertus verstanden.

Hubertus Heil, Antragskommission: Es war ein Vorschlag zur Güte; nehmt ihn ruhig an. Aber behaltet im Hinterkopf, dass es möglich gemacht werden muss.

Vorsitzende Ute Vogt: Das ist eine klarere Empfehlung als die vorhergehende. Die Antragskommission empfiehlt also Annahme des Initiativantrags 9. Ich darf fragen: Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Initiativantrag 9 so angenommen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann kommen wir zum Initiativantrag 28: „Ausstellung ‚Lebendiger Ortsverein““. Dazu hat der Genosse Matthias Kollatz das Wort.

Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich aus zwei Gründen zu Wort gemeldet: erstens, um noch einmal darauf hinzuweisen, dass es, wenn wir mit der Partei weiterkommen wollen, wichtig ist, die Mobilisierung der Ortsvereine im Umfeld des Bundesparteitages zu verstärken und ihnen bessere Möglichkeiten zur Präsentation zu bieten.

(Vereinzelt Beifall)

Insofern bitte ich um Annahme. Zweitens – um ein Missverständnis, das wir heute schon zweimal hatten, zu vermeiden –: Die Antragskommission hat auf ihrer gestrigen Sitzung Annahme und Überweisung beschlossen, auch wenn das falsch ausgedrückt ist; also keine Verwirrung.

Die Antragskommission hat Annahme empfohlen. Ich bitte um Zustimmung. Der Antrag kommt aus unserem Bezirk. Es hat sich in vielen Diskussionen gezeigt, dass dafür auf diesem Parteitag Rückhalt vorhanden sein könnte.

Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke. – Dann lese ich noch einmal die Empfehlung der Antragskommission vor. Die Antragskommission empfiehlt, den Initiativantrag 28 in folgender Fassung anzunehmen: „Der Parteivorstand wird aufgefordert, die Rahmenbedingungen für die Ausstellung „Lebendiger Ortsverein“ zu verbessern und dieser wieder mehr Gewicht zu verleihen.“ Ich darf fragen, wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgen möchte. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Initiativantrag, wenn ich es richtig gesehen habe, einstimmig angenommen worden.

Ganz herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben jetzt alle Satzungsänderungen und organisationspolitischen Anträge sowie die dazu gehörigen Initiativanträge beraten. Da die Wahlergebnisse noch nicht vorliegen, gebe ich jetzt an Christoph Matschie zur Einführung in die Beratungen des Leitantes zum Kapitel „Internationale Politik“ weiter.

Vorsitzender Christoph Matschie: Genossinnen und Genossen, vom Ortsverein jetzt wieder in die weite Welt, zum Bereich „Internationale Politik“. Zuerst gibt es – so steht es hier auf meinem Plan – eine kleine Animation.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich glaube, das war es schon.

(Heiterkeit)

Das reicht uns natürlich nicht. Deshalb hat jetzt für die Antragskommission zunächst Heidemarie Wieczorek-Zeul das Wort.

Leitantrag „Internationale Politik“



Heidemarie Wieczorek-Zeul, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben – ich spreche in einer Einleitung zu den gesamten Anträgen zur internationalen Politik – mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und den Folgen daraus gehofft, dass wir eine friedlichere Welt erleben würden. Wir haben am Ende des 20. Jahrhunderts die schrecklichen Konflikte auf dem Balkan erlebt. Uns stehen die Bilder der schrecklichen Anschläge vom 11. September 2001 vor Augen. Wir erleben jeden Tag aufs Neue, dass Terroristen unschuldige Menschen ermorden. Liebe Genossinnen und Genossen, seit 1990 sind jährlich zwischen 500 000 und 1 Million Menschen durch Kriege, Bürgerkriege, Kriegsfolgen und privatisierte Gewalt gestorben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will an dieser Stelle sagen: Ich kann keinen Sozialdemokraten verstehen, der angesichts der Situation in unserem Land mutlos wird. Wir alle sind doch aufgefordert, dazu beizutragen, dass sich die Verhältnisse in der Welt ändern. Wer wenn nicht wir könnte das tun?

(Vereinzelt Beifall)

Dazu brauchen wir unser Engagement, eine starke SPD und eine starke Bundesregierung.

Denn wir erleben doch, wie Ohnmacht, Demütigungen, Hoffnungslosigkeit und Zorn in einem Teil der Welt entstehen, wo Gewaltgruppen als Nährboden für bestimmte Ziele genutzt werden. Wo Armut, Marginalisierung, Erniedrigung und ungelöste Gewaltkonflikte herrschen, finden Extremisten leichter Unterstützung. Eine friedlichere Zukunft, liebe Genossinnen und Genossen, kann es nur dann geben, wenn wir zum einen Gewaltgruppen und terroristischen Gruppen entschlossen entgegentreten und wenn wir zum anderen ein neues Gleichgewicht auf dieser Welt schaffen. Entweder schaffen wir Schritte in Richtung einer gerechteren Weltordnung und eines Ausgleichs zwischen armen Entwicklungsländern und wohlhabenden Industrieländern oder eine neue Weltunordnung wird die Konsequenz sein. Für uns ist die Entscheidung klar: Wir müssen Schritte in Richtung dieser gerechteren Weltordnung gehen. Die leisten wir vonseiten der Bundesregierung und vonseiten der SPD.

Wozu sind wir verpflichtet? Wie orientieren wir unsere internationale Politik? Im Jahr 2000 hat sich die internationale Gemeinschaft das Ziel der Armutsbekämpfung gegeben. Wir werden zum Ersten dazu beitragen, dass die Armut bis zum Jahr 2015 weltweit drastisch reduziert wird. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist in einer UN-Resolution, in der UN-Resolution 55/2, festgeschrieben worden. Ich bin dafür, dass wir mit der gleichen Leidenschaft, wie wir das auch bei anderen UN-Resolutionen getan haben, dafür sorgen, dass diese UN-Resolution in praktische Politik umgesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Resolution sollte uns mit gleicher Leidenschaft verpflichten.

Wir haben zum Zweiten – das haben wir gestern vom Genossen Guterres gehört – die Verpflichtung zur steigenden Finanzierung der Entwicklungsländer. Ich will an dieser Stelle auch sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Wir befinden uns schon wieder in einer Situation, in der weltweit insgesamt 700 Milliarden US-Dollar für Rüstung – es gibt also steigende Ausgaben in diesem Bereich – und nur 57 Milliarden US-Dollar für die Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden. Ich finde, wir sollten dazu beitragen, dass sich die letzte Zahl erhöht und wir im Rahmen der weltweiten Finanzierung eine Tendenz zugunsten der Entwicklungszusammenarbeit erreichen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir hatten zum Dritten die Konferenz von Johannesburg. Sie hat zu Konsequenzen geführt. Wir haben uns dort verpflichtet – der Bundeskanzler hat das angekündigt; das werden wir im nächsten Jahr umsetzen –, im Juni 2004 eine große Konferenz zu den erneuerbaren Energien und zur Energieeffizienz durchzuführen. Wir wollen dazu beitragen, dass es dort eine so genannte Koalition der Willigen für eine neue Energiezukunft gibt. Alle Regierungen, große und kleine Unternehmen, die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften sind dazu eingeladen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben angesichts all dieser Verpflichtungen schwerwiegende Entscheidungen zu treffen gehabt; der Bundeskanzler, der Parteivorsitzende, hat das gestern dargestellt. Ich will daran erinnern und auf die Perspektiven, die wir im Antrag aufzeigen, eingehen. Wir mussten gegen den Terrorismus in Afghanistan auch militärisch vorgehen. Ich sage an dieser Stelle auch: Es gibt Situationen, in denen ein militärisches Vorgehen notwendig ist, um solchen Gewaltgruppen das Handwerk zu legen. Das Talibanregime musste beseitigt werden; dem Terrorismus musste Einhalt geboten werden.

Aber wahr ist auch: Die Gefahr des Terrorismus ist noch lange nicht gebannt. Es bedarf großer Anstrengungen beim Wiederaufbau. Da gibt es aber auch Erfolge, die wir, Genossinnen und Genossen, nicht klein reden sollten. Was wir dort leisten, trägt dazu bei, dass Millionen Kinder wieder in die Schule gehen können und Frauen wieder ihre Rechte zurückbekommen, auch wenn es ein schwieriger Prozess ist, sie in der Praxis durchzusetzen. Ich sage euch: Was dort sowohl unsere Soldaten für das Klima der Sicherheit als auch die Entwicklungshelfer beim Wiederaufbau leisten, verdient ein Dankeschön. Sie tun das unter Einsatz ihres Lebens.

(Beifall)

Sie tun es dafür, dass in Afghanistan ein selbstbestimmtes und eigenständiges Land entstehen kann, ein Land, das im Inneren und nach außen in Frieden lebt. Das ist in letzter Konsequenz, liebe Genossinnen und Genossen, in unserem eigenen Interesse.

In diesem Sinne sprechen wir uns in einem der Anträge für den Kunduz-Einsatz aus. Er ist ein Teil der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Stabilisierung. Wir hoffen, dass ihm viele Beispiele in Afghanistan folgen. Wir tun dies auch deshalb, weil wir sicherstellen wollen, dass die Entwicklung in diesem Land eine gute Chance hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben erreicht, dass dieser Einsatz kein Teil der Operation Enduring Freedom ist, sondern dass er im Rahmen des ISAF-Einsatzes stattfindet. Das ist das Ergebnis unseres sozialdemokratischen Engagements und des Engagements unserer Bundesregierung in den Vereinten Nationen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wie ich zu Beginn erinnert habe, geht es darum, den Frieden in der Welt zu sichern. Der Irakkrieg war ein schwerer Rückschlag. Wir haben den Krieg gegen den Irak in aller Deutlichkeit abgelehnt. Wir sind für diese Haltung kritisiert worden, aber wir haben international auch sehr viel Zuspruch erfahren. Wer sich an die großen internationalen Demonstrationen zu Beginn des Jahres gegen den Irakkrieg erinnert, der weiß, dass hier so etwas wie eine neue globale Weltöffentlichkeit entstanden ist; und das ist gut. Ich bin stolz darauf – wir alle können stolz darauf sein –, dass wir als SPD, als Bundesregierung diese klare Position bezogen haben.

(Beifall)

Es ehrt uns: Wir hatten die richtige Einschätzung und haben unsere Position auch international mit allem Engagement vertreten.

Der Krieg war Ausdruck einer strategischen Überzeugung in den USA, die wir in aller Entschiedenheit ablehnen. Wir lehnen das Konzept des Preemptive Strike ab; das steht auch in unserem Antrag. Präventivkriege sind nicht zu rechtfertigen. Notwendig ist die Prävention von Krieg, nicht aber Präventivkriege.

(Beifall)

Jimmy Carter hat, als er den Friedensnobelpreis in Stockholm erhalten hat, gesagt: „Mächtige Länder, die das Prinzip des Präventivkriegs anwenden, könnten ein Exempel mit katastrophalen Folgen statuieren.“

Liebe Genossinnen und Genossen, wir trauern um die Opfer, um die Zivilisten und die Soldaten, die zu Tausenden Opfer dieses Krieges und nach dem Krieg geworden sind. Niemand hat ein Patentrezept, wie jetzt zu handeln ist. Aber eines ist klar: Ohne die schnelle Übertragung der Souveränität auf das irakische Volk mit einem verbindlichen Zeitplan wird die Situation nicht besser werden, sondern schlechter. Ohne eine führende Rolle der Vereinten Nationen wird sich die Situation verschlechtern und nicht besser werden. – Wir helfen den Menschen mit humanitären Maßnahmen in einem Umfang von mindestens 50 Millionen Euro; denn wir sind der Meinung, dass wir alles tun müssen, was aufgrund der Sicherheitslage möglich ist, um dazu beizutragen, dass die Menschen weniger leiden müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, eine der Schlussfolgerungen – das haben wir auf der Europadelegiertenkonferenz ausführlich besprochen – ist, dass wir sagen: Die Europäische Union muss zukünftig eigenständig handeln können. Wir brauchen den Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und auch der europäischen Entwicklungspolitik, damit die EU in der Welt eigenständig handeln kann, sich nicht unterordnen muss und ihre Orientierung nicht von anderen Entscheidungen ableiten muss.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will an dieser Stelle noch etwas sagen: Es gibt doch ein klasse Beispiel. Wir haben ja gesehen, wie diplomatische Politik aussieht, und zwar am Beispiel des angeblichen Problemstaats Iran. Wir setzen eben nicht auf das Militär. Drei europäische Außenminister, darunter der deutsche, haben im Iran Verhandlungen gegen das iranische Atomprogramm aufgenommen. Und dies wird Erfolg haben. Das ist europäische Politik, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben über Jahrzehnte gelernt, dass Kooperation Veränderung bringt. Wir haben über Jahrzehnte gelernt, dass wir über die Nationalstaaten hinaus kooperieren müssen und dass diese Art der diplomatischen Bemühungen mehr zur Veränderung

der Welt beiträgt als militärische Aktionen. Das ist ein positives Beispiel für die Möglichkeiten europäischer Außenpolitik.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Aufgabenspektrum der Bundeswehr – das wird anhand dessen deutlich, was ich vorhin gesagt habe – hat sich erweitert – Peter Struck wird dazu nachher noch ausführlicher Stellung nehmen –: Es geht bis hin zu internationaler Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Der Antragskommission war wichtig, zu sagen: Wir wollen, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee bleibt. Was das an Veränderungen für die Wehrform und die allgemeine Wehrpflicht bedeutet, wird die SPD auf ihrem nächsten Bundesparteitag entscheiden. Zur Vorbereitung empfiehlt die Antragskommission, im nächsten Jahr eine Fachkonferenz zum Thema „Zukunft der Wehrpflicht“ durchzuführen, sodass wir ausführlich Gelegenheit haben werden, alle Punkte zu besprechen.

Frieden sichern, Armut bekämpfen, Globalisierung gerecht gestalten. Wir brauchen – das hat António Guterres hier sehr deutlich gesagt – eine gerechte Welthandelsordnung und ein neues globales Gleichgewicht. Ich will an dieser Stelle sagen, wie wichtig es ist, dass es mit Brasilien mittlerweile ein Land in Lateinamerika gibt, in dem der Präsident Lula für ein Konzept von Wirtschafts- und Sozialpolitik einsteht, das wirtschaftliche Verantwortung mit sozialer Verantwortung verbindet. Solche Länder sind für die Sozialdemokraten Bündnispartner für eine gerechtere Welthandelsordnung und eine gerechtere Welthandelsstruktur.

(Vereinzelt Beifall)

Sie sind auch beispielhaft für Länder in Lateinamerika. Es kann dazu beitragen, dass auch in solchen Regionen Demokratie nicht in letzter Konsequenz keine Chancen für die Menschen und nur wirtschaftliche Bemühung im Sinne des IWF bedeutet, sondern dass Demokratie auch bedeutet, den vielen armen Menschen in diesen Ländern eine neue, eine gute Zukunft zu geben.

In diesem Sinne war das Scheitern von Cancun ein Misserfolg. Ein Erfolg wäre es gewesen, wenn in der Konsequenz rund 150 Millionen Menschen weltweit aus der Armut hätten befreit werden können. Von Cancun ging aber auch ein Signal aus: Die Entwicklungs- und Schwellenländer wollen sich nicht mehr von den Industrieländern dominieren und sich die Positionen vorgeben lassen. Sie wollen gleichberechtigt handeln. – Das ist im Sinne unserer sozialdemokratischen Zielsetzungen. Dem müssen wir auch Rechnung tragen.

(Vereinzelt Beifall)

Im Übrigen: Der wichtigste Schritt, der im Rahmen dieser Welthandelsordnung notwendig ist, ist es, dazu beizutragen, dass die Produkt- und die Exportsubventionen im Agrarbereich endlich aufgehoben werden. Es ist völlig undenkbar, dass es nach wie vor einen Schutz der Agrarmärkte der Industrieländer im Umfang von 300 Milliarden US-Dollar gibt, während umgekehrt den Entwicklungsländern unfaire

Konkurrenz auf den Weltmärkten gemacht wird. Es ist also wichtig, endlich dazu beizutragen, dass das Prinzip des Freihandels nicht nur im Munde geführt wird, sondern dass in Bezug auf die Agrarpolitik drastische Veränderungen und Reformen durchgeführt werden, damit die Chancen für die Entwicklungsländer in der Welt besser und die Handelsbeziehungen gerechter werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich nehme einmal ein Beispiel heraus: In den USA werden 25 000 Baumwollfarmer mit pro Kopf rund 148 000 US-Dollar subventioniert. Aber durch den Export ihrer Produkte machen sie den armen westafrikanischen Ländern Konkurrenz. Dort sind 10 Millionen Menschen von der Baumwollproduktion abhängig. Ich sage euch: Wenn wir in diesem Bereich keine Veränderungen vollziehen, werden sich Wut, Hass und Aggression in diesen Ländern steigern und wird die Armut zunehmen. Das können wir nicht hinnehmen. Wir müssen dazu beitragen, dass solche Perversionen beendet werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir brauchen eine Renaissance des Multilateralismus. Wir haben in den letzten Jahren, zum Teil schmerzlich, erleben müssen, wie komplex die Welt geworden ist. Einfache Lösungen von Problemen funktionieren nur noch in den seltensten Fällen. Unilaterales Handeln ist eine einfache Lösung. Wir wissen, wie schlecht sie funktioniert. Unilateralisten stehen trotz aller Stärke stets in der Gefahr, ihre Fähigkeit zu verlieren, zuzuhören, mitzufühlen, zu überzeugen, Vertrauen aufzubauen und Ziele durch Verhandlungen zu erreichen.

Wir brauchen also eine Renaissance des Multilateralismus. Armut zu bekämpfen, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu gewährleisten, den Terrorismus zu bekämpfen, den Klimaschutz international voranzubringen – das sind Aufgaben, die heute niemand mehr in der Welt allein leisten kann, auch nicht das größte Land dieser Welt. Deshalb muss es gemeinsam geschehen.

Wir brauchen eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Wir brauchen starke Vereinte Nationen. Wir müssen das Thema Gerechtigkeit auch international anpacken. Es gibt Ungerechtigkeiten, mit denen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten niemals abfinden können. Es ist nicht hinnehmbar, dass weltweit 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen müssen. Es ist nicht hinnehmbar, dass pro Tag 6 000 Kinder deshalb sterben, weil sie kein sauberes Trinkwasser haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass in der Welt mittlerweile 700 Milliarden US-Dollar für Rüstung, mehr als 300 Milliarden US-Dollar für den Schutz der Agrarmärkte ausgegeben werden, aber nur die vorhin genannte Summe für die Entwicklungszusammenarbeit.

Viele grundlegende Güter wie Frieden und Sicherheit, Nachhaltigkeit oder finanzielle Stabilität sind heute globale öffentliche Güter. Gerechtigkeit wird in Zukunft

auch daran gemessen werden, ob in ausreichendem Maße eine Bereitstellung von öffentlichen Gütern und globalen öffentlichen Gütern gewährleistet werden kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich zum Schluss mit einem Zitat von Kofi Annan enden. Er sagt: Wir sehen heute mit ernüchternder Klarheit, dass eine Welt, in der Millionen von Menschen brutale Unterdrückung und extremes Elend erleiden, nie ganz sicher sein kann, nicht einmal für die Privilegiertesten ihrer Bewohner. Tragen wir dazu bei, dass wir und die nachkommenden Generationen in Sicherheit leben können.

Wir, die wir über die demographische Entwicklung bei uns sprechen, können uns kaum vorstellen: In zwölf Jahren werden weltweit 3 Milliarden Menschen leben, die jünger als 25 Jahre sind. 90 Prozent werden in den Entwicklungsländern leben. Wenn diese jungen Leute keine Chancen und keine Zukunft haben, dann wird die Welt, in der wir leben werden, in wenigen Jahren nicht gewaltfreier, sondern sie wird gewaltsame Aktionen erleben und sie wird gewalttätiger werden.

Es ist deshalb, wenn wir internationale Politik betreiben, keine Frage unserer Außenbeziehungen – es ist mir wichtig, das zu sagen –, es ist eine Frage unserer eigenen Sicherheit, liebe Genossinnen und Genossen. Internationale Politik, Entwicklungszusammenarbeit, dazu beizutragen, dass Frieden in der Welt herrscht – das ist eine Politik auch in unserem eigenen Sicherheitsinteresse.

(Beifall)

Deshalb: Tun wir etwas, dass wir diese Sicherheitsaufgabe heute wirklich verantwortlich und weitsichtig erfüllen. In diesem Sinne arbeiten wir als Bundesregierung, in diesem Sinne sind wir in den internationalen Organisationen tätig.

Wir brauchen Bündnispartner. Wenn wir als Bundesregierung in den internationalen Institutionen nicht vertreten wären, gäbe es weniger Chancen, die Punkte, die ich angesprochen habe, zu verwirklichen.

Deshalb zum Schluss noch einmal: Das ist die große historische Aufgabe der Sozialdemokratie. Wir brauchen keine Visionen zu suchen. Es geht darum, eine gerechtere Welt zu schaffen. Es geht darum, eine friedlichere Welt zu schaffen. Wer, wenn nicht wir, könnte dazu beitragen, in unserem Land und zusammen mit anderen Sozialdemokraten und Bündnispartnern auch weltweit diese Chancen zu nutzen und ein solche Zukunft zu schaffen? Dazu fordere ich uns alle auf.

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Antragsberatung „Internationale Politik“

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Heidi, für deine engagierte und kundige Einführung in das Thema internationale Politik. – Ich rufe jetzt den Antrag 416 in der Fassung der Antragskommission auf. Das ist der Leitantrag des Parteivorstands. Dazu liegen die Initiativanträge 5 und 19 vor, die hier gemeinsam diskutiert werden.

Als erster Redner hat Bernd Faulenbach das Wort. Ihm folgt Serdar Yüksel.

Bernd Faulenbach, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich zu diesem ganzen Komplex, insbesondere zum Leitantrag vier Bemerkungen machen. Ich denke, wir können hier sagen, dass das wachsende Gewicht, das Deutschland in der internationalen Politik hat, von dieser Bundesregierung unter Gerhard Schröder seit 1998 in maßvoller Weise eingesetzt worden ist. Dies sollte, wie ich meine, auch auf einem Parteitag ausgesprochen werden. Ich meine dies sowohl im Hinblick auf den Balkan als auch im Hinblick auf Afghanistan, obgleich mich da manchmal – anderen wird es auch so gehen – die Sorge beschleicht, ob wir uns da nicht übernehmen. Ich meine dies vor allem auch im Hinblick auf den Irak.

Wir müssen ein Verhältnis gewinnen zwischen dem notwendigen Multilateralismus und der gegebenenfalls vorhandenen Notwendigkeit, eigenverantwortlich zu handeln. Ich glaube, dies ist gerade bezogen auf die Irakfrage in mustergültiger Weise von Gerhard Schröder realisiert worden.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, lasst mich eine zweite Bemerkung machen. In dem Antrag wird auch das Verhältnis Europas zu den USA angesprochen. Da müsste man womöglich die Dinge noch etwas deutlicher benennen. Jedenfalls sind die europäischen Interessen und die amerikanischen Interessen keineswegs in jeder Hinsicht kongruent. Wir werden als Europäer – dies sollten wir auch als europäische Sozialdemokraten deutlich sagen – eine amerikanische Hegemonialpolitik nicht akzeptieren können.

(Beifall)

Eine dritte Bemerkung. Es wäre natürlich gut, wenn die Handlungsfähigkeit Europas größer wäre. Sie hat sich gerade in der Phase des Irakkriegs als nicht hinreichend erwiesen. Hier wird man offenbar nur in einem langen Prozess zu einer Veränderung kommen können.

Aber Europa macht auch insofern Sorge – das wird in diesem Leitantrag nicht angesprochen –, als wir selbstverständlich auch im europäischen Zusammenhang darauf achten müssen, dass nicht der weltweite Neoliberalismus Europa in besonderer Weise als ein Vehikel der eigenen Politik begreift. Wir müssen in Europa so etwas

wie die soziale Marktwirtschaft entwickeln. Ich denke schon, dass man manchmal den Eindruck hat, dass auf europäischer Ebene ein Marktradikalismus auf dem Vormarsch ist. Gerade das wollen wir nicht. Wir wollen das europäische Sozialstaatsmodell ganz bewusst weiterentwickeln. Auch dies gehört in den Antrag, der sich mit der internationalen Politik beschäftigt.

Schließlich, Genossinnen und Genossen, eine vierte Bemerkung. António Guterres hat in seiner Rede eindrucksvoll dargestellt, dass wir die ökonomische Entwicklung, die soziale Entwicklung und auch die ökologischen Fragen – ich will hinzufügen: ebenso die gemeinsame kulturelle Entwicklung – als Herausforderung begreifen müssen. Heidi Wiecek-Zeul hat zu Recht darauf hingewiesen: Hier liegen wesentliche Aufgaben auch für die sozialdemokratische Politik. Wir brauchen eine neue Weltordnung, eine neue Welthandelsordnung.

Wir müssen dazu kommen, den internationalen Kapitalströmen und auch, wenn man so will, dem internationalen Kapitalismus Grenzen zu setzen. Dies ist auch eine Aufgabe von sozialdemokratischer Politik auf der internationalen Ebene.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, wir haben in unserer 140-jährigen Geschichte immer den Internationalismus beschworen. Wir haben ihn jetzt unmittelbar praktisch zu realisieren.

(Vereinzelt Beifall)

Wahlergebnisse Beisitzerinnen und Beisitzer

Vorsitzender Christoph Matschie: Wir unterbrechen jetzt ganz kurz, weil ein Ergebnis der Zählkommission aus dem ersten Wahlgang zum Parteivorstand vorliegt.

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, ich darf euch das Ergebnis für die 37 Beisitzerinnen und Beisitzer bekannt geben. Ich mache es sehr langsam zum Mitschreiben. 259 Stimmen werden gebraucht, um gewählt zu sein. Abgegeben wurden 479 Stimmen. Davon waren 9 ungültig. Also haben wir 470 gültige Stimmen.

Detlev Albers 245, Niels Annen 312,

(Vereinzelt Beifall)

Klaus-Uwe Benneter 107, Ute Berg 189, Kurt Bodewig 217, Edelberg Bulmahn 351,

(Vereinzelt Beifall)

Ulla Burchardt 200, Herta Däubler-Gmelin 242, Bärbel Dieckmann 292,

(Vereinzelt Beifall)

Erika Drecoll 97, Garrelt Duin 220, Hans Eichel 290,

(Vereinzelt Beifall)

Ursula Engelen-Kefer 212, Birgit Fischer 256, Sigmar Gabriel 295,

(Vereinzelt Beifall)

Kerstin Griese 191, Gernot Grumbach 163, Barbara Hendricks 240, Reinhard Höppner 207, Karin Junker 166, Susanne Kastner 152, Constanze Krehl 152, Christian Lange 106, Heiko Maas 298,

(Vereinzelt Beifall)

Franz Maget 300,

(Vereinzelt Beifall)

Christoph Matschie 219, Andrea Nahles 248, Matthias Platzeck 369,

(Vereinzelt Beifall)

Arno Pöker 171, Joachim Poß 284, Manfred Püchel 127, Walter Riester 238, Harald Schartau 297,

(Vereinzelt Beifall)

Hermann Scheer 257, Renate Schmidt 262,

(Vereinzelt Beifall)

Ottmar Schreiner 251, Martin Schulz 275,

(Vereinzelt Beifall)

Frank Schwabe 137, Angelica Schwall-Düren 178, Heide Simonis 356,

(Beifall)

Sigrid Skarpelis-Sperk 137, Ludwig Stiegler 291

(Vereinzelt Beifall)

und Christoph Zöpel 247.

Damit sind im ersten Wahlgang gewählt: Niels Annen, Edelgard Bulmahn, Bärbel Dieckmann, Hans Eichel, Sigmar Gabriel, Heiko Maas, Franz Maget, Matthias Platzeck, Joachim Poß, Harald Schartau, Renate Schmidt, Martin Schulz, Heide Simonis und Ludwig Stiegler.

In den zweiten Wahlgang müssen Detlev Albers, Klaus-Uwe Benneter, Ute Berg, Kurt Bodewig, Ulla Burchardt, Herta Däubler-Gmelin, Erika Dreccoll, Garrelt Duin, Ursula Engelen-Kefer, Birgit Fischer, Kerstin Griese, Gernot Grumbach, Barbara Hendricks, Reinhard Höppner, Karin Junker, Susanne Kastner, Constanze Krehl, Christian Lange, Christoph Matschie, Andrea Nahles, Arno Pöcker, Manfred Püchel, Walter Riester, Hermann Scheer, Ottmar Schreiner, Frank Schwabe, Angelica Schwall-Düren, Sigrid Skarpelis-Sperk und Christoph Zöpel.

Vorsitzende Ute Vogt: Ich frage diejenigen, die gewählt worden sind, ob sie die Wahl annehmen. Niels Annen? – Edelgard Bulmahn? –

(Vereinzelt Beifall)

Bärbel Dieckmann? – Hans Eichel? – Sigmar Gabriel? – Heiko Maas? – Franz Maget? – Matthias Platzeck? – Joachim Poß? – Harald Schartau? – Renate Schmidt? – Martin Schulz. – Heide Simonis? –

(Vereinzelt Beifall)

Ludwig Stiegler?

Nun stellt sich die Frage, ob diejenigen, die nicht im ersten Wahlgang gewählt worden sind, wieder kandidieren. Es gibt den Wunsch, dass wir, bevor sich die einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten entscheiden, eine kurze Pause einlegen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir unterbrechen für fünf Minuten Bedenkzeit. Oder braucht ihr sie nicht mehr? – Ihr braucht zehn Minuten oder mehr? – Ihr könnt euch jetzt eine Viertelstunde lang die Füße vertreten, um dann pünktlich wieder da zu sein.

Der Parteitag ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 11.58 bis 12.28 Uhr)

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bitte euch, jetzt wieder Platz zu nehmen. Der Parteitag geht weiter.

Da ich jetzt ein paar Abfragen machen muss, wäre ich den anwesenden Journalisten dankbar, wenn sie mir einen freien Blick ermöglichen würden.

(Beifall)

Geben Sie bitte die Sicht frei! Damit sind alle gemeint. – Danke schön.

Dann darf ich jetzt noch einmal die Namen der im ersten Wahlgang nicht gewählten Genossinnen und Genossen vorlesen und die Betroffenen fragen, ob sie als Kandidaten für einen weiteren Wahlgang zur Verfügung stehen:

Detlev Albers? – Ja. Klaus-Uwe Benneter? – Ja? – Ute Berg? – Ja. Kurt Bodewig? – Ja. Ulla Burchardt? – Ja. Herta Däubler-Gmelin? – Ja. Erika Drecolt? – Ja. Garrelt Duin? – Ursula Engelen-Kefer? – Ja. Birgit Fischer? – Ja. Kerstin Griese? – Ja. Ger-not Grumbach? – Ja. Barbara Hendricks? – Sie hat vorher erklärt, dass sie zur Verfügung steht. Reinhard Höppner bittet um das Wort. Bitte schön. Reinhard.

Reinhard Höppner: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich hätte mich sehr gefreut, noch einmal im Parteivorstand mitarbeiten zu können. Ich habe mich auch über das Ergebnis des ersten Wahlgangs gefreut.

Ich habe festgestellt, dass es im Hinblick auf die Ostdeutschen, insbesondere die ostdeutschen Landesvorsitzenden der SPD, richtig schwierig wird. Ich möchte gern, dass mein Landesvorsitzender auf alle Fälle im Parteivorstand vertreten ist. Nach der letzten Wahl bei uns habe ich ihm ja in verschiedener Hinsicht Aufgaben abgegeben. Deswegen sage ich jetzt, so schwer es mir fällt: Ich bitte euch, ihn zu wählen. Denkt beim zweiten Wahlgang an die kleinen ostdeutschen Landesverbände!

(Zuruf)

– Die stehen alle dahinter. Christoph Matschie zum Beispiel hat im nächsten Jahr Landtagswahlen. Da braucht er eure Unterstützung.

(Beifall)

Constanze Krehl hat Europawahlen und braucht eure Unterstützung. Auch Arno Pöker von Mecklenburg-Vorpommern – er ist schon längere Zeit drin – kann eure Unterstützung gebrauchen.

Ich werde also im zweiten Wahlgang nicht mehr kandidieren.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Karin Junker? – Ja. Susanne Kastner? – Ja. Constanze Krehl? – Ja.

Reinhard Höppner: Entschuldigung! Ich habe gerade einige Namen genannt und meinen Landesvorsitzenden, um den es mir ging, nicht genannt. Das will ich aber ausdrücklich tun: Manfred Püchel.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Das war, glaube ich, ein berechtigter Nachtrag.

Christian Lange? – Nein. Christoph Matschie? – Andrea Nahles? – Arno Pöker? – Manfred Püchel? – Walter Riester? – Hermann Scheer? – Ottmar Schreiner? – Frank Schwabe? – Angelica Schwall-Düren? – Sigrid Skarpelis-Sperk? – Christoph Zöpel?

Wenn ich alles richtig verstanden habe, dann ziehen Reinhard Höppner und Christian Lange zurück. Alle anderen können auf dem Wahlzettel aufgeführt werden. Der Wahlgang wird dann aufgerufen, wenn die neuen Stimmzettel gedruckt sind.

Vielen Dank.

Ich gebe zur Beratung des Antrags zur internationalen Politik an Christoph zurück.

Antragsberatung Internationale Politik

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Ute. – Wir kommen dann zurück zum Leitantrag „Internationale Politik“ des Parteivorstandes in Verbindung mit dem Initiativantrag 5 und dem Initiativantrag 19. Als Nächster hat Serdar Yüksel das Wort. Ihm folgt Gernot Erler.

Serdar Yüksel, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Auch wenn es nach den Beratungsrunden schwer fällt, sich wieder der internationalen Politik zuzuwenden, darf ich euch bitten, diesem wichtigen Punkt euer Gehör zu schenken.

Eine Bemerkung gleich vorweg. Ich möchte Heidemarie Wieczorek-Zeul ausdrücklich – es gab nach meiner Ansicht heute zu wenig Applaus – für ihre weitsichtige und sehr gute Entwicklungspolitik danken.

(Beifall)

Heidemarie Wieczorek-Zeul macht eine sehr gute Entwicklungspolitik in der Tradition von Egon Bahr, der heute nicht unter uns ist. In seinem Sinne wirkst du weiter und das freut uns Sozialdemokraten sehr.

Lieber Hans Eichel, ich habe trotz der schwierigen Haushaltslage in diesem Zusammenhang eine Bitte. Wir haben gestern schon über Bildung und Forschung gespro-



chen. Das ist eine Investition in die Zukunft. Ich halte die Friedenspolitik und die Entwicklungspolitik für genauso wichtig wie die Punkte, die gestern angesprochen worden sind. Deshalb müssen wir unser selbst gestecktes Ziel erreichen, 0,8 Prozent unseres Bruttosozialprodukts als Entwicklungshilfe bereitzustellen. Wenn wir die Argumente, die wir vorgetragen haben, ernst meinen, dann müssen wir versuchen, so schnell wie möglich diesen Anteil von 0,8 Prozent zu erreichen. Das ist gut angelegtes Geld. Es dient der Prävention und der Friedenssicherung.

(Vereinzelt Beifall)

Noch ein Punkt. Liebe Heidemarie Wieczorek-Zeul, du hast vom Unilateralismus gesprochen. Der Unilateralismus ist nicht neu. Ihn gibt es seit Anfang der 90er-Jahre, als die Ost-West-Gegensätze verschwanden. Ich darf daran erinnern, dass in den 70er-Jahren unter amerikanischer Führung, gerade unter Führung der CIA, in Mittel- und Südamerika viele Demokratien gestürzt worden sind. Ich darf Argentinien und Chile, ein Land, mit dem wir besonders stark verbunden waren, nennen.

Deshalb sage ich: Der Unilateralismus ist nicht neu. Neu ist aber, dass die europäischen Länder und vor allen Dingen auch Deutschland ihn nicht mehr so hinnehmen, wie er in den 70er-Jahren zum Teil hingenommen worden ist. Internationale Politik ist Friedenspolitik. Sie ist eine Politik, die den Menschen in den Vordergrund stellt und nicht die Profitgier des globalen Kasinokapitalismus, die in einer Manier des Neokolonialismus Menschen ausbeutet und für den Tod von Zehntausenden Menschen verantwortlich ist.

Heidemarie Wieczorek-Zeul hat Zahlen genannt: Zehntausende Menschen verhungern täglich. In den drei Tagen unseres Parteitages werde 30 000 Menschen an Hunger sterben. 5 Millionen Menschen sterben jährlich an Infektionen, verursacht durch schmutziges Trinkwasser. 500 000 Kinder erblinden jährlich wegen Vitamin-A-Mangels. Mehrere 100 000 Kinder leiden unter Nervenkrankheiten, weil es einen Mangel an Vitamin B gibt.

Das zeigt, dass der Protektionismus der Ersten gegenüber der Dritten Welt dazu geführt hat, dass die Welt nicht gerechter, sondern leider ungerechter geworden ist. Dem müssen wir unsere Politik entgegensetzen. Was in Cancun passiert ist, hat mir auf der einen Seite Leid getan. Auf der anderen Seite hat es mich gefreut, dass sich die Dritte Welt von der Ersten Welt emanzipiert hat. Wenn der Einfluss der Entwicklungsländer sich vergrößern soll, dann ist es notwendig, dass sie untereinander Netzwerke schaffen und Interessensgruppen bilden, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Ich möchte noch etwas zum Schuldenerlass für die Ärmsten der Armen sagen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren besonders stolz, dass während unserer fünfjährigen Regierungszeit Schuldenerlass betrieben worden ist. Aber ich darf ergänzen, dass der Schuldenerlass für die Ärmsten der Armen die Zinslast eines

halben Jahres beträgt. Das zeigt die Dimension von dem, was da erlassen worden ist und was an tatsächlichen Belastungen für die Entwicklungsländer jetzt noch besteht.

Ich komme zum Schluss. Genossinnen und Genossen, Entwicklungshilfe ist die beste Kriegsprävention. Deshalb sollten wir Heidemarie immer kräftig unterstützen. Das Geld, das Heidemarie verwaltet, ist gut angelegtes Geld. In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Serdar Yüksel. – Jetzt hat Gernot Erler das Wort. Dann folgt Eckart Kuhlwein.

Gernot Erler, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! In schwierigen Zeiten kann es Themen geben, bei denen es für die Arbeit unserer Regierung nur eine 70- oder 80-prozentige Unterstützung gibt. Ich glaube aber, dass für die Arbeit von Bundeskanzler Gerhard Schröder, von Heidemarie Wieczorek-Zeul und auch von Joschka Fischer in der internationalen Politik eine hundertprozentige Unterstützung angesagt ist.

(Beifall)

Diese hundertprozentige Unterstützung drückt sich auch in dem Leitantrag und in dem Initiativantrag „Irak und die Folgen“ aus. Ich möchte aus diesem Initiativantrag einen schlichten, aber wichtigen Satz vorlesen: „Die Entscheidung der Bundesregierung, sich gemeinsam mit anderen Nationen in keiner Weise an dem Irakkrieg zu beteiligen, war und bleibt richtig.“

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Unterstützung, die dieser Parteitag für diese Politik zum Ausdruck bringen sollte, wird nötig sein. Der Druck auf die Bundesregierung gerade aufgrund der krisenhaften Entwicklung in der Region wird sich noch erhöhen – das sage ich voraus –, obwohl wir im Kampf gegen den internationalen Terrorismus unsere Pflicht mehr als erfüllen. Wir geben über 200 Millionen Euro für die humanitäre Hilfe vor Ort im Irak aus. Wir leisten einen wichtigen Beitrag in Afghanistan und sind nach wie vor in der Balkanregion und anderswo engagiert.

Die Unterstützung für diese Politik ist auch deswegen notwendig, weil wir jetzt in eine entscheidende Phase der Diskussion über das internationale politische System der Zukunft eintreten. Es ist ganz entscheidend, welches internationale politische System sich jetzt aus der Krise vor Ort entwickelt. Ich möchte noch einmal festhalten: Für die SPD gibt es keine Alternative zu der führenden Rolle der Vereinten Nationen mit dem Recht auf ein Gewaltmonopol.

(Beifall)

Wir haben uns nicht in die Diskussionen in Amerika und in Großbritannien über die Frage einzumischen, warum sich der Kriegsgrund, nämlich dass im Irak Massenvernichtungswaffen gebaut werden, nicht bestätigt hat. Aber eines müssen wir festhalten: Die Vereinten Nationen sind nicht gescheitert mit ihrem Sanktions- und Inspektionsregime. Wir brauchen dieses Mittel auch in Zukunft noch im Umgang mit Problemstaaten.

Es geht auch darum, ob eine Politik nicht der Ausgrenzung, sondern der Einbindung, ob eine Politik eben nicht des Vorrangs einer militärischen Intervention, sondern einer politischen Lösung unsere Unterstützung bekommt. Deshalb wird in diesem Antrag deutlich: Wir haben es für richtig gehalten, dass jetzt die Außenminister der Regierungen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Iran eine Veränderung der Politik von außen und von innen erreicht haben.

Das funktioniert, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist das Gegenmodell zu dem, was im Irak passiert ist. Deswegen ist es so wichtig, dass dieser Parteitag ein Signal gibt, dass das das Richtige ist.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir hören jetzt gute und vernünftige Überlegungen Amerikas über einen Wechsel der Strategie. Wir können das nur unterstützen. Ich habe noch nie geglaubt, dass die neokonservativen Berater der Regierung Bush das ganze Amerika sind. Das glauben wir alle nicht.

Was wir brauchen, ist ein transatlantischer Dialog über das politische System der Zukunft. Wir müssen uns mit der nationalen Sicherheitsstrategie, die der amerikanische Präsident im September letzten Jahres unterzeichnet hat, kritisch auseinandersetzen. In der Strategie stehen wichtige und sehr interessante Teile, die weniger beachtet worden sind als die Preemptive-Strike-Festlegungen. An diese Teile kann man anknüpfen.

Javier Solana hat jetzt gerade die zweite Version der Fassung einer europäischen Strategie vorgelegt. Das müssen wir in einem internationalen Dialog regeln. Es kann doch nicht sein, dass das Wichtigste für die Öffentlichkeit ist, ob sich der Bundeskanzler und der amerikanische Präsident die Hand geben oder wo sie sich treffen. Das Wichtige sind die Inhalte eines künftigen politischen Systems für die internationale Politik. Darüber müssen wir reden.

Liebe Genossinnen und Genossen, es kann ja wohl nicht wahr sein – um auch das Thema der Entwicklungspolitik, die immer wichtiger wird, hier noch einmal aufzugreifen –: Die amerikanische Regierung musste wegen des Irakkrieges den Militärhaushalt, der für uns mit 435 Milliarden Dollar unvorstellbar hoch ist, in diesem Jahr bereits um 166 Milliarden Dollar erhöhen. Das ist mehr als dreimal so viel wie auf der ganzen Welt in einem Jahr für Entwicklungshilfe zur Verfügung steht. Das ist kein Weltsystem, auf dem man einen Frieden und eine Zukunft aufbauen kann.

Deswegen will ich damit schließen: Es gibt noch Themen wie die internationale Politik, für die es sich lohnt zu kämpfen. Wir kämpfen dafür, dass die rot-grüne Regierung weiterhin die Verantwortung in diesem Lande dafür hat. Lasst uns dies auf diesem Parteitag auch durch eine möglichst breite Unterstützung der Anträge, die euch vorliegen, deutlich machen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Eckart Kuhlwein. Danach folgt Nils Hindersmann.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben am Sonntag auf einer Europadelegiertenkonferenz unsere Europaliste gewählt. Ich glaube, dass manche der Botschaften, die da von Gerhard Schröder und Günter Verheugen kommuniziert worden sind, es wert sind, auch hier diskutiert zu werden und in den bevorstehenden Europawahlkampf mitgenommen zu werden. Es ist deutlich geworden, dass Europa mehr ist als gemeinsame Ökonomie und zu einem Gegenmodell gegen den weltweiten Neoliberalismus und –kapitalismus werden kann, wie er von einigen Weltkonzernen und insbesondere von den USA geprägt wird.

Genossinnen und Genossen, am Sonntag ist auch deutlich geworden: Wir freuen uns auf die Erweiterung der Europäischen Union. Europa wird vielfältiger und sicherer werden. Wir wissen aber auch, dass dabei noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Ich möchte ein Thema ansprechen, das sich im Leitantrag wiederfindet, nämlich die Frage: Wie wird unser Umgang mit der Türkei und ihrem Beitrittswunsch sein? In dem Leitantrag findet sich auf Seite 467 der Satz: „Eine demokratische Türkei als Mitglied der EU könnte eine wichtige Rolle für die Entwicklung dauerhafter friedlicher Beziehungen zu den Nachbarn im Süden und ihren Gesellschaften mit muslimischer Bevölkerung spielen.“

Genossinnen und Genossen, wenn wir über den Türkeibeitritt reden, sollten wir diesen strategischen Ansatz immer im Hinterkopf haben. Die Türkei könnte ein Beispiel werden, auf den Nahen Osten ausstrahlen und dort dauerhafte Friedensprozesse fördern.

Aber noch gibt es da ein Problem – das will ich nicht verschweigen; ich bin in diesem Bereich ehrenamtlich aktiv –: Nach heutigem Stand wird mit der Republik Zypern ein Land der EU beitreten, in dessen einem Teil europäisches Recht nicht gelten wird. Nun ist bis zum 1. Mai nächsten Jahres noch etwas Zeit. Es gibt außerdem ein Fenster der Gelegenheit, weil am 14. Dezember in dem nicht anerkannten Staat Nordzypern gewählt wird. Die jungen türkischen Zyprioten wollen zur europäischen Familie gehören. Die Opposition, die das auf ihr Banner geschrieben hat, hat

realistische Chancen, die Mehrheit zu gewinnen und den Hardliner Rauf Denktas, der bisher alle Verhandlungsergebnisse blockiert hat, abzulösen.

Aber, Genossinnen und Genossen, in diesem Zusammenhang kommt es auch auf das Verhalten der Türkei an. Sie trägt für alles, was in Nordzypern geschieht, die volle Mitverantwortung. Sie muss sicherstellen, dass die Wahlen am 14. Dezember nach demokratischen Spielregeln ablaufen. Wir werden als Partei – die Bundestagsfraktion wird das, wie ich gehört habe, auch tun; ich nehme an, die Bundesregierung auch – sehr sorgfältig beobachten, wie diese Wahlen ablaufen, auch wenn es in der nicht anerkannten Republik Nordzypern keine offiziellen Wahlbeobachter geben kann.

Die Beitrittsfähigkeit der Türkei, Genossinnen und Genossen, wird auch davon abhängen, ob sie konstruktiv an der Lösung der Zypernfrage bis zum 30. April nächsten Jahres mitwirken wird. Das hat Günter Verheugen der Türkei als politisches Junktim im letzten Fortschrittsbericht ins Stammbuch geschrieben.

Eine vorletzte Bemerkung – nicht ganz ohne einen freundschaftlichen Appell auch an die griechischen Zyprioten –: Eine Lösung für Zypern wird nur möglich sein, wenn sich beide Seiten bewegen, auch der Süden Zyperns. Europa setzt auf eine rechtzeitige Lösung auf der Grundlage des Plans von Kofi Annan, damit das ganze Zypern am 1. Mai nächsten Jahres Mitglied der EU werden kann.

Eine letzte Bemerkung zum Irak – das ist schon mehrfach angesprochen worden –: Gerhard Schröder hat Recht behalten, dass sich Deutschland am Abenteuer der USA nicht beteiligt hat, weil wir wussten, dass das Ganze nicht zur Befriedung der Region führen würde, den Frieden dort eher noch weiter gefährden könnte. Er hat viel Prügel einstecken müssen, auch Peter Struck. Es hieß in den Medien: Verrat an den Grundsätzen der deutschen Außenpolitik. Am Ende war das Hauptthema nur noch: Wann gibt Rumsfeld Peter Struck wieder die Hand? Und: Wird George Bush Shakehands mit Gerhard Schröder machen?

Genossinnen und Genossen, die Medienvertreter, die inzwischen wissen, dass wir mit unserer Haltung zum Irakkrieg Recht gehabt haben, müssten sich bei der SPD und beim Bundeskanzler eigentlich entschuldigen.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Eckart Kuhlwein. – Nächster Redner ist Nils Hindersmann. Dann folgt Angelica Schwall-Düren.

Nils Hindersmann, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Heidemarie, auch ich möchte ausdrücklich die Arbeit, die du als unsere Entwicklungsministerin geleistet hast und die die Bundesregierung in ihrer Gänze geleistet hat, loben. Ebenso möchte ich die Bundestagsfraktion für ihre sehr gute Arbeit in den vergangenen Jahren loben.

Mich stört bei dem Leitantrag zur internationalen Politik allerdings ein bisschen, dass die Entwicklungspolitik darin sehr stark sicherheitspolitisch begründet wird. Ich finde das wichtig und gut; aber ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir in der Tradition der internationalen Solidarität stehen und dass auch die internationale Solidarität ein fester Wert dieser Partei ist, was ein Zeichen unserer guten Entwicklungspolitik ist.

Wir haben uns im Bezirk Hannover, aus dem ich komme, sehr kritisch mit der laufenden Welthandelsrunde auseinandergesetzt und viele der Liberalisierungsforderungen, die auch von der Europäischen Union aufgestellt worden sind, sehr kritisch bewertet. Wir haben dazu einen GATS-Antrag verfasst, den wir wahrscheinlich später noch beraten werden, was ich ein bisschen schade finde, weil er ganz gut zum Thema internationale Politik gepasst hätte. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass in dem Leitantrag einige deutlichere Aussagen zu den Liberalisierungsforderungen in der Welthandelsrunde zu finden sind.

Ein ausdrückliches Lob spreche ich dafür aus, dass in dem Antrag steht, dass wir die Agrarexportsubventionen reduzieren wollen. Aber ich hätte es gut gefunden, wenn man auch auf die so genannten Singapur-Themen Bezug genommen hätte und deutlich gemacht hätte, dass die an die Entwicklungsländer gestellten Liberalisierungsforderungen für die noch nicht so entwickelten Ökonomien weitreichende Folgen haben und dass man sehen muss, in welchem Verhältnis das zu dem Nutzen für die Industrieländer steht. Denn gerade bei der Frage des so genannten Investitionsschutzes – das ist ein Punkt der Singapur-Themen – ist festzustellen, dass vieles, was in diesem Zusammenhang gefordert wird, eher großen, transnationalen Konzernen nutzt. Von daher sind für die Bundesrepublik keine erheblichen beschäftigungsfördernden Effekte dadurch zu erwarten, aber für die Entwicklungsökonomien sind große Risiken damit verbunden.

Deswegen hätte ich es gut gefunden, wenn dieser Punkt aufgegriffen worden wäre. Aber wir nutzen den Parteitag ja auch, um darüber zu sprechen. Darüber hinaus gibt es das „Eine-Welt-Forum“, in dem, inzwischen auch in vielen regionalen Foren, große Teile der Partei mitarbeiten. Auch dort können wir über diese Fragen noch einmal diskutieren, um zu einer Position zu finden.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Nils. – Jetzt ist Angelica Schwall-Düren an der Reihe. Anschließend folgt Jo Leinen, Saarland.

Angelica Schwall-Düren, Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Auch ich möchte ganz ausdrücklich den Leitantrag zur internationalen Politik begrüßen. Ich finde, dass darin eine hervorragende Analyse und Bewertung der deutschen Außenpolitik im europäischen Kontext vorgenommen worden ist.

Es wird mit diesem Antrag aber auch ganz deutlich, dass der Erfolg dieser Politik von der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union abhängig ist. Gerhard Schrö-

der hat gestern auf einen Punkt hingewiesen, der mir an dieser Stelle wichtig ist, nämlich dass die Handlungsfähigkeit auch von der Wirtschaftsstärke der Europäischen Union abhängt. Deswegen finde ich es wichtig, dass in diesem Antrag im Zusammenhang mit der Rolle Europas als globaler Akteur die Lissabon-Strategie erwähnt wird, die dazu beiträgt und weiter dazu beitragen kann, dass wir mit unserer Wirtschaftskraft wieder an die Spitze kommen. Zum Ausdruck kommen muss ebenso, dass diese Wirtschaftsstärke mit dem europäischen Sozialmodell verbunden ist. Da möchte ich Bernd Faulenbach ausdrücklich zustimmen, der darauf hingewiesen hat, dass dieses Modell auch im internationalen Kontext ein attraktives Modell und Voraussetzung für unseren wirtschaftlichen Erfolg ist. Deswegen wäre ich dankbar, wenn das in diesem Ergänzungsantrag zur internationalen Politik noch Erwähnung finden könnte.

Zweiter Punkt: Handlungsfähigkeit Europas. Wir haben mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die Europäische Union Handlungsfähigkeit wiedererlangt, beispielsweise mit der Initiative im Iran durch die drei Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands. Ich bin aber überzeugt, dass wir darüber hinausgehend initiativ werden müssen. Der Konvent hat mit dem Verfassungsentwurf die Initiative ergriffen, dass ein europäischer Außenminister etabliert wird. Ich finde, das und ein gemeinsamer diplomatischer Dienst sind wichtige Schritte in Richtung einer abgestimmten europäischen Außenpolitik. Dass wir in diesem Bereich noch keine qualifizierte Mehrheit erreicht haben, ist bedauerlich. Aber ich glaube, wir sollten hier das Signal senden, dass wir mittelfristig unbedingt an diesem Ziel festhalten müssen, und wir sollten mit unseren europäischen Freunden daran arbeiten, durch weitere Schritte zur europäischen Vertiefung auch in diesem Sinne zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommen.

Deswegen bitte ich um eure Zustimmung zu der Ergänzung des Antrages in Punkt 7.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Angelica. – Jetzt liegen die Wahlzettel für den zweiten Wahlgang vor. Deshalb unterbreche ich kurz die Beratung und übergebe an Ute.

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir treten jetzt in den zweiten Wahlgang ein. Ich weise euch darauf hin, dass insgesamt noch 23 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen sind. Wir verwenden dazu die Kontrollnummer 27. Auf dem Stimmzettel müssen mindestens zwölf und dürfen höchstens 23 Kandidatinnen und Kandidaten angekreuzt werden. Ich bitte, jetzt die Wahlzettel zu verteilen. – Darf ich fragen, wer noch keinen Stimmzettel hat?



Auch hier im Präsidium sind noch nicht alle mit Stimmzetteln versorgt; vielleicht könnte noch einmal jemand nach oben kommen. Bitte die Kontrollnummer 27 verwenden und mindestens zwölf Kandidierende ankreuzen.

Ich glaube, wir können langsam mit dem Einsammeln der Stimmzettel beginnen. – Ich bitte, sich zu melden, falls an irgendeiner Stelle die Stimmzettel noch nicht eingesammelt wurden. Auch hier oben im Präsidium sind noch Stimmzettel zu vergeben. – Dann frage ich noch einmal: Sind irgendwo Stimmzettel noch nicht eingesammelt worden? – Es gibt im Plenum keine Meldungen mehr. Dann darf ich noch einmal fragen: Gibt es noch einen Delegierten, der seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat? – Dies ist nicht der Fall. Dann ist der zweite Wahlgang geschlossen. Wir machen mit den Beratungen zur internationalen Politik weiter.

Vorsitzender Christoph Matschie: In diesem Bereich geht es jetzt mit Jo Leinen weiter. Ihm folgt Tom Stolle.

Josef Leinen, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Geschlossenheit der SPD in der Außenpolitik ist sehr groß. Das ist gut so. Ich glaube, die Richtung stimmt. Wir haben in Europa und in der Welt aufgrund der Entscheidungen, die in den letzten Monaten getroffen wurden, ein hohes Ansehen. Auch ich darf Dank an Bundeskanzler Gerhard Schröder und Heidemarie Wiecek-Zeul dafür sagen, dass sie in der Welt ein deutsches Profil verbreitet haben, ein Profil der Partnerschaft und auch des Friedens. Dieses Profil geht von diesem Land als Signal

aus. Dafür großen Dank an die Mitglieder der Bundesregierung, die hier gewirkt haben!

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen, dass deutsche Außenpolitik immer mehr europäische Außenpolitik wird. Wir wollen, dass Europa in der Welt als Partner und als Friedensmacht auftritt. Ich bin sehr froh, dass im Rahmen der europäischen Sicherheitsdoktrin ein umfassender Sicherheitsbegriff und nicht ein einseitig militärisch verengter Sicherheitsbegriff wie die Bush-Doktrin in Angriff genommen wird. Europa will die Ursachen von Konflikten und nicht nur die Folgen bekämpfen. Die Ursachen sind: unfairer Welthandel, Armut, Analphabetismus und Umweltzerstörung. Wir müssen all unsere Kraft und Möglichkeiten einsetzen, um diese Ursachen zu bekämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen allerdings Selbstständigkeit auch im militärischen Bereich. Ich sage: So wie wir mit dem Euro wirtschaftliche Souveränität bekommen haben, so müssen wir auch mit eigenständigen Kapazitäten im militärischen Bereich politische Souveränität erhalten. Ich begrüße deshalb, dass sich die SPD im Rahmen der Fortentwicklung der EU zu einer Sicherheits- und Verteidigungsunion bekennt. Ihr habt gehört, welcher Eiertanz in Brüssel im Zusammenhang mit der Frage stattfindet, ob Europa eine eigene Planungskapazität errichten darf. Der NATO-Botschafter der USA hat die Kollegen gleich zweimal in einer Woche zu Sondersitzungen einberufen – als ob es etwas Unanständiges wäre, Eigenständigkeit auch in Verteidigungsangelegenheiten zu bekommen. Ich meine, das ist so ähnlich, wie wenn wir zwar den Euro eingeführt hätten, die Zinspolitik aber die amerikanische Federal Reserve Bank und nicht die Europäische Zentralbank gemacht hätte. So wäre es, wenn wir die schnelle Eingreiftruppe hätten, die Planungen aber die NATO und die USA machen würden. Das kann doch wohl nicht sein.

(Vereinzelt Beifall)

Lest einmal dazu das neue Buch von Egon Bahr: „Der deutsche Weg“. Dort wird glasklar und klasse analysiert, dass Europa diesen Weg gehen muss.

Ich möchte Gerhard Schröder und die Bundesregierung ermuntern, sich nicht beirren zu lassen, sondern den klaren Weg der Eigenständigkeit Europas in diesen Dingen zu gehen. Die USA müssen sich entscheiden, ob sie Partnerschaft – das wollen auch wir – oder ob sie Patronage wollen. Letzteres wird nicht mehr gehen; denn wir sind erwachsen geworden und wollen uns in diesen Dingen nicht mehr vorschreiben lassen, was wir zu tun und zu lassen haben.

Als letzten Gedanken will ich anführen, dass eine solche Verteidigungspolitik mit 25 Ländern nicht gehen wird; das wissen wir alle. Wir brauchen eine Avantgarde. Hierzu brauchen wir die deutsch-französische Zusammenarbeit. Peter Struck, ich fände es gut, wenn dein Stellvertreter im Verteidigungsministerium ein Franzose

wäre und in Paris der Stellvertreter des dortigen Verteidigungsministers ein Deutscher wäre.

(Vereinzelt Beifall)

Das wäre ein Symbol dafür, dass wir gemeinsam, Schulter an Schulter, vorangehen und damit Europas Profil in der Welt formulieren.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Jo Leinen. – Jetzt kommt Tom Stolle. Danach hat Peter Struck das Wort.

Tom Stolle, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Nils Hindersmann hat vorhin für den Bezirk Hannover die eindeutige und weitgehende Zustimmung zum Leitantrag zum Ausdruck gebracht. Ich möchte für unseren Bezirk auf ein kleines Problem aufmerksam machen, das wir mit diesem Leitantrag haben. Es betrifft auch eine ganze Reihe anderer Anträge. Natürlich möchte ich für dieses Problem eine Lösung vorschlagen.

Zunächst das Problem: Seit Jahren vertagt der Bundestag immer wieder – und das meist auf Drängen des Parteivorstandes – die Debatte um die Zukunft der Wehrpflicht. Dabei gilt es, dringend Antworten auf viele Fragen zu geben: Wie soll die Bundeswehr bei immer weniger wehrpflichtig Dienenden gesellschaftlich eingebunden werden? Warum werden junge Männer zum Dienst in den Streitkräften verpflichtet, obwohl das die sicherheitspolitische Lage nicht erfordert?

Verstößt es nicht gegen die Chancengleichheit, wenn nur wenige den Dienst leisten müssen und die Einberufung vom Zufall abhängig ist? Ist die Bundeswehr noch auf die Wehrpflicht zur Nachwuchswerbung angewiesen, wenn, wie die Verteidigungsexperten Rainer Arnold und Rolf Kramer am 12. November in einer Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion erklärten, der Soldatenberuf nunmehr wieder erstrebenswert und lukrativ ist? Müssen wir das Innovationshemmnis Wehrpflicht nicht gerade auch deshalb aufgeben, damit die gut ausgebildeten Menschen ohne Umwege eine Beschäftigung oder ein Studium aufnehmen können?

(Vereinzelt Beifall)

Nicht zuletzt auch: Wie können wir die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft gewährleisten und sichern?

Mit dem Gutachten der Weizsäcker-Kommission, mit den verschiedenen Entscheidungen von Gerichten und mit den neuen Bundeswehrkonzept des Verteidigungsministers ist das Problem nunmehr eigentlich entscheidungsreif. Wir wollen diese Debatte nicht jetzt führen. Es gibt den Verfahrensvorschlag, für diese Entscheidung

eine Fachtagung zu veranstalten und den nächsten Bundesparteitag abschließend mit diesem Thema zu befassen. Wir unterstützen diesen Vorschlag ausdrücklich.

Nun legt der Parteivorstand aber in dem Kapitel „Reform der Bundeswehr“ des Leitantrages – das findet sich auf Seite 472 des Antragsbuches – dar, dass die Bundeswehrreform – dabei wird vom Weiterbestehen der Wehrpflicht ausgegangen – wie geplant weitergeführt werden müsse. Wenn wir dem Antrag des Parteivorstandes, auch in der Fassung der Antragskommission, zustimmen würden, würden, anders als im Koalitionsvertrag, wo dies noch infrage gestellt wurde, Änderungen der Wehrverfassung in punkto Wehrpflicht nicht erfolgen. Damit würde sich der Parteitag für die Beibehaltung der Wehrpflicht aussprechen. Dann wäre im nächsten Jahr eine Fachkonferenz auf einem wesentlich niedrigeren thematischen Level erforderlich, um die zukünftige Ausgestaltung derselben zu diskutieren.

Daher haben wir zwei Anliegen: Der Bezirk Hannover wünscht sich erstens eine Verankerung des genannten Verfahrensvorschlags im Leitantrag. Zweitens wünschen wir uns einen geringfügig anderen Titel für die Fachtagung; denn das, was diskutiert werden soll, die genannten Fragen und das, was sich zu diesem Komplex sonst noch im Antragsbuch findet, ist mit „Zukunft der Wehrverfassung“ eher und besser beschrieben. Es geht eben nicht um die Wehrpflicht allein.

In diesem Zusammenhang sähe das also so aus: Der Absatz, der in Zeile 41 mit dem Satz endet: „Sie wird diese Reform wie geplant weiterführen“ wird ergänzt um den Nachsatz: Dabei wird auch die für die Reform der Bundeswehr grundlegende Frage der Abschaffung oder Beibehaltung der Wehrpflicht, wie von der Koalition vereinbart, innerhalb der 15. Wahlperiode überprüft und entschieden. Nach Beratung auf einer SPD-Fachkonferenz „Zukunft der Wehrverfassung“ im kommenden Jahr wird der nächste Bundesparteitag über diese Frage entscheiden.

Wir bitten euch um eure Unterstützung unseres Änderungsantrages. Ich gebe ihn gleich ab.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank. Dieser Änderungsantrag müsste hier eingereicht werden, damit wir ihn abstimmen lassen können. – Ich gebe jetzt Peter Struck das Wort. Danach spricht Markus Meckel.

Peter Struck, Bundesverteidigungsminister: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde es ja in Ordnung, dass auf einem SPD-Parteitag unser Kanzler, die Entwicklungshilfeministerin und auch der Außenminister gelobt werden. Ich finde es aber nicht in Ordnung, dass ihr nicht den Verteidigungsminister lobt; denn wir machen die Hauptarbeit.

(Beifall)

Meine Soldatinnen und Soldaten übernehmen eine Aufgabe, die für uns vor vielleicht zehn oder 15 Jahren auf Parteitag niemals vorstellbar gewesen wäre. Sie tun dies unter Einsatz ihres Lebens und sie tun das hervorragend.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage euch: Die Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan oder auch auf dem Balkan sind, sind zu 30 Prozent ehemalige Grundwehrdienstleistende, die freiwillig länger dienen, weil sie diesen Auslandseinsatz für richtig halten. Vor diesem Hintergrund muss man sich sehr genau überlegen, ob man daherreden kann, eine Berufarmee würde dies besser machen. Ich bin nicht dieser Auffassung, liebe Genossinnen und Genossen, und wir werden das auf der Konferenz diskutieren.

(Beifall)

Ich möchte darauf hinweisen, weil man auf einem Parteitag immer auch in die Zukunft blicken soll, dass auf euch alle – natürlich auch auf uns in der Regierung – schwierige Entscheidungen zukommen. Abgesehen davon, dass wir die Mandate für Afghanistan, für Enduring Freedom mit der Marine am Horn von Afrika verlängert haben, werden unsere Soldatinnen und Soldaten auch noch länger auf dem Balkan bleiben müssen. Das, was sie dort tun, hat allerdings immer weniger mit militärischen Aufgaben zu tun. Aber ich sage euch: Ich finde es gut, dass die Angehörigen unserer Bundeswehr albanische Kinder in serbischen Gebieten zur Schule begleiten und umgekehrt.

(Beifall)

Das hat mit soldatischem Handeln nicht sehr viel zu tun. Aber wenn sie nicht da wären, würde vieles nicht möglich sein.

Genauso ist es in Kabul, in Afghanistan. Wir übernehmen ein größeres Engagement, und zwar, wie ihr wisst, in der Region Kunduz. Ich will aber klar festhalten, dass die Bundeswehr nicht dazu da ist, gegen den Drogenanbau zu kämpfen. Die Bundeswehr ist dazu da, diejenigen bei ihrer Arbeit zu begleiten, die Heidi oder auch die NGOs, also die Nichtregierungsorganisationen, in diese Region schicken. Wir werden in Kunduz Patrouillen haben. Wir werden, wenn es geht, unser regionales Wiederaufbauteam als Modell für viele andere nehmen. Im Augenblick diskutieren wir darüber, vielleicht 15 bis 17 solcher Teams in diesem Land zu installieren; denn das ist die einzige Chance, um dieses Land davor zu bewahren, wieder Ausgangspunkt für Terroristen zu werden. Da übernehmen wir unsere Aufgaben.

(Beifall)

Nun zum innenpolitischen Bereich, der für meinen Verantwortungsbereich ebenfalls wichtig ist: Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und wird es auch bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte nicht größere Kompetenzen haben. Was ich gerne möchte, ist, dass die Verfahrensabläufe da, wo dies geht, beschleunigt werden. Das muss möglich sein, auch in Bezug auf unsere internationalen Verpflichtungen. Ich bin aber immer dafür, liebe Genossinnen und Genossen, dass das gesamte Parlament darüber entscheidet, wenn eine Soldatin oder ein Soldat in einen gefährlichen Auslandseinsatz geschickt wird. Jeder muss wissen, was er tut, wenn er abstimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben, wie ihr wisst, auch Todesfälle zu beklagen. Es sind die schlimmsten Ereignisse, die einem als Minister bevorstehen, wenn man mit den Angehörigen verstorbenen Soldaten sprechen und über den Sinn dieses Auslandseinsatzes reden muss. Ich bin aber der festen Überzeugung, dass es sinnvoll ist, was wir in Afghanistan tun.

Wir wollen Mitte des nächsten Jahres, wenn die Verhältnisse dies zulassen, im Kosovo, auf dem Balkan unsere Präsenz reduzieren. Ich nenne dazu ein Beispiel: Ich war noch Fraktionsvorsitzender, als mir 19 Mitglieder meiner Fraktion in einer wichtigen Frage die Gefolgschaft verweigert haben. Damals ging es um das Einsammeln von Waffen in Mazedonien. Ich habe zu der Zeit die Position derer, die nicht zugestimmt haben, nicht verstanden. Aber ich sage heute, liebe Genossinnen und Genossen: Mazedonien ist ein Erfolgsmodell. Dort gibt es Demokratie, auch weil wir dort waren.

(Vereinzelt Beifall)

Ihr könnt euch in diesem Land umsehen.

Noch ein Punkt zur Innenpolitik: Wir diskutieren auch über ein Luftsicherheitsgesetz, also darüber, welche Befugnisse die Bundeswehr im Inland hat. Dort, wo nur wir die Fähigkeit besitzen, terroristische Gefahren abzuwehren, beispielsweise bei Luftzwischenfällen, muss dies auch möglich sein. Ich will klare rechtliche Verhältnisse. Ich will nicht in der Lage sein, einem Piloten eventuell einen Abschussbefehl geben zu müssen, ohne eine gesicherte Rechtslage zu haben. Das muss geregelt werden.

Aber wir müssen aufpassen: Die Union, die Opposition hat in dieser Debatte auch noch eine andere Zielrichtung. Sie hat nämlich die Zielrichtung, wie Herr Schäuble es einmal ausgedrückt hat, die Bundeswehr auch bei Demonstrationen am 1. Mai in Kreuzberg einsetzen zu wollen. Da sage ich: nicht mit uns Sozialdemokraten! Niemals werden wir eine solche Aufgabe übernehmen.

(Beifall)

Nun etwas Unerfreuliches für euch alle, die ihr politische Verantwortung tragt. Ihr kennt die Finanzsituation des Bundeshaushalts. Ihr kennt die Finanzsituation auch meines Haushalts. Mein Amtsvorgänger hat eine Bundeswehrreform auf den Weg gebracht, die ich an einigen Stellen noch gravierend verändern will. Dies führt dazu,

dass wir im Jahre 2010 nicht mehr 285 000, sondern nur noch 250 000 Soldaten haben werden. Dies wird dazu führen, dass wir die Anzahl der Zivilbeschäftigten von jetzt über 100 000 nicht auf 85 000, sondern auf 75 000 reduzieren.

Das, liebe Genossinnen und Genossen, geht nicht ohne Standortschließungen. Ich bin Bundesminister der Verteidigung, ich bin nicht der Wirtschaftsförderungsminister von Bayern oder Schleswig-Holstein. Die Frage, welcher Standort aufrechterhalten werden kann, wird nur an zwei Kriterien gemessen werden: Was ist militärisch erforderlich? Was ist betriebswirtschaftlich erforderlich?

Wir reden, bezogen auf diesen Zeitraum, über die Schließung von – gegenüber der bisherigen Planung – zusätzlich 100 bis 110 Standorten in Deutschland. Ich sehe hier viele Freunde aus der Fraktion sitzen, die das schon miterlebt haben. Ich weiß: Wenn es um 110 Standorte geht, bekomme ich mindestens 220 Briefe von Abgeordneten aus dem Bundestag, aus jedem Wahlkreis mindestens zwei. Ich bekomme Briefe von Landräten, ich bekomme Briefe von Bürgermeistern und ich bekomme Briefe von den Bürgern dort.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt keine Alternative dazu. Wenn ich denn Standorte aus infrastrukturellen Gründen aufrechterhalten soll, dann muss man mir auch das Geld dafür geben; dann mache ich das gern. Aber es macht keinen Sinn, Standorte aufrechtzuerhalten, die man militärisch und betriebswirtschaftlich nicht mehr braucht.

(Vereinzelt Beifall)

– Für den Beifall bin ich dankbar. Willi Brase hat Beifall geklatscht, weil er das alles schon erlebt hat.

Es geht nicht anders, liebe Genossinnen und Genossen, denn wir haben uns auch auf neue Aufgaben umzustellen. Wir haben 3 000 Leopard-2-Panzer. Wir brauchen etwa 800. Das heißt, wir haben teilweise Gerät, das noch für die alte Bedrohungssituation – aus dem Osten kommt der böse Feind – bestimmt war. Der böse Feind kommt aber nicht mehr von dort.

Man muss also neue Fähigkeiten schaffen und alte, die man nicht mehr benötigt, beseitigen. Ich brauche dafür eure politische Unterstützung, liebe Genossinnen und Genossen. Ich sage das hier, weil man klar verdeutlichen muss, wohin die Reise geht. Ich bin der Partei dankbar, wenn ihr dem Leitantrag folgt, in dem diese neue Aufgabenbeschreibung der Bundeswehr, die ich dargestellt habe, zu finden ist. Es hat schon mal andere Situationen im Verhältnis zwischen SPD und Bundeswehr gegeben. Ich bedanke mich dafür, dass ich eure Unterstützung für diesen neuen Kurs habe.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Peter Struck. Du hörst an dem Applaus, dass du hier breite Unterstützung hast. – Als nächster Redner kommt Markus Meckel. Ihm folgt Gert Weisskirchen.

Markus Meckel, Bundestagsfraktion: Liebe Freundinnen und Freunde! Ich denke, es ist richtig: Wir sollten Peter Struck für das loben, was er für uns alle tut. Sein Aufgabenbereich gehört ganz wesentlich zur Wahrnehmung unserer internationalen Verantwortung und auch zu den Herausforderungen, die wir in den letzten fünf bis zehn Jahren auch in Deutschland in ganz neuer Weise erfüllen. Es ist richtigerweise und deutlich gesagt worden, dass wir als vereintes Deutschland in einer größeren und klarer identifizierten Europäischen Union, die auch politisch wird und die auch Sicherheitspolitik betreibt, eine größere internationale Verantwortung haben. Es kommt uns eine größere internationale Verantwortung zu, wie wir in den letzten anderthalb Jahren sehr deutlich gesehen haben, insbesondere auch durch den Streit, der dadurch entstanden ist.

Ich sage aber auch gerade angesichts der Debatten, die wir gestern und vorgestern miteinander geführt haben: Wir müssen uns überlegen, was das in Zukunft für uns bedeutet, auch für unser Budget. Wir sind bereit, schwierige soziale Reformen durchzuführen. In vielen Bereichen reicht das Geld nicht. Wir werden die Gewichtung innerhalb unseres Haushalts neu zu bedenken haben, gerade auch im Bereich der internationalen Politik. Es ist hier nicht mehr möglich, weiter zu sparen. Wir müssen uns einmal anschauen, wie andere große europäische Länder wie Frankreich oder Großbritannien ihre internationale Verantwortung wahrnehmen und welche Ressourcen sie dafür haben.

Es ist wichtig, dass wir sparen und genau hinsehen, was wir tun, aber wir sollten der Tatsache ins Auge sehen, dass wir hier in Zukunft mehr tun müssen. Wir brauchen mehr Ressourcen für die internationale Politik in allen ihren Bereichen, nicht nur – obwohl ich dies ausdrücklich begrüße – im Bereich der Entwicklungspolitik. Wenn wir unsere innenpolitischen Debatten anschauen, wissen wir alle, dass dies natürlich ein schmerzhafter Prozess ist. Er ist aber notwendig.

Ich möchte unmittelbar an Jo Leinen anknüpfen – ich bin froh, dass er dies hier so deutlich gesagt hat –: Wir diskutieren nun immerhin 14 Jahre nach den Umbrüchen in Europa und nach der EU-Erweiterung über eine europäische Verfassung. Wir brauchen darüber hinaus eine sicherheitspolitische Eigenständigkeit und die Möglichkeit zu dieser Eigenständigkeit. Das bedeutet nicht, dass wir alles selbst tun wollen. Wir als Europäer sind in besonderer Weise an der transatlantischen Zusammenarbeit und auch an einer funktions- und handlungsfähigen NATO, gemeinsam mit den Amerikanern, interessiert.

Das Problem ist nur, dass wir fragen müssen, ob die Amerikaner die NATO als solches Instrument noch genügend ernst nehmen. Im Augenblick hat man manchmal den Eindruck, dass bestimmte neokonservative Gruppen in den USA, die ja, wie wir

wissen, nicht ganz einflusslos sind, die NATO nur noch als Pool für Instrumente und Staaten haben wollen, um dann eine coalition of the willing zu bilden. Dies ist nicht unser Verständnis von einer handlungsfähigen NATO.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen einen handlungsfähigen europäischen Pfeiler, wo irgend möglich natürlich mit den anderen. Aber wir werden immer wieder feststellen, dass die Amerikaner in bestimmten Fragen eben nicht mitmachen wollen, weil sie ihre Interessen woanders sehen. Dann müssen wir selbstständig handlungsfähig sein, nicht deshalb, weil wir gegen die Amerikaner sind – wir brauchen diese Zusammenarbeit –, sondern weil es notwendig ist, als Europäer gelassen und mit Selbstbewusstsein nicht nur unsere Interessen zu vertreten, sondern eine verantwortliche Politik zu betreiben.

Ich danke euch.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Markus. – Als nächster Redner hat Gert Weisskirchen das Wort. Ihm folgt Christoph Zöpel.

Gert Weisskirchen, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Vor 25 Jahren hat Willy Brandt im Auftrag der Nord-Süd-Kommission ein Buch mit dem Titel „Das Überleben sichern“ geschrieben. Eines der zentralen Kapitel hat Willy Brandt so überschrieben: Wir gehen auf eine gefährliche Zukunft zu.

Heute sind wir in dieser gefährlichen Zukunft, von der Willy Brandt vor 25 Jahren gesprochen hat. Es gibt zwei Wege, um aus dieser gefährlichen Gegenwart herauskommen zu können. Den einen Weg hat Willy Brandt schon 1976 sehr klar beschrieben. Er hat erklärt: Was wir brauchen, ist, dass alle Staaten dieser Welt, die in der inklusiven Ordnung dieser Welt, nämlich den Vereinten Nationen, versammelt sind, gemeinsame globale Reformen durchsetzen. Das war damals die Botschaft von Willy Brandt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind noch immer an diesem Punkt. Noch immer braucht diese Welt gemeinsame globale Reformen, beispielsweise um die Armut zu bekämpfen, beispielsweise um Not und Elend zu bekämpfen. Machen wir uns nichts vor: Im Schatten der Globalisierung wächst die Angst jener Menschen heran, die vom Welthandel ausgeschlossen sind, die keine Zukunft für sich und ihre Kinder sehen.

50 Prozent der Menschen auf der Erde müssen täglich von 2 Dollar ihr Leben bestreiten. Nein, liebe Genossinnen und Genossen, was wir brauchen, ist genau das, was Willy Brandt schon damals gesagt hat, nämlich globale Reformen, damit alle Menschen auf dieser Erde eine gemeinsame neue Chance haben.

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt einen zweiten Weg, den wir beschreiten können. Das tun wir jetzt überall da, wo Peter Struck auf Beschluss des Bundestages einen Teil unserer Soldaten hinschicken kann und – wie die internationale Staatengemeinschaft beschlossen hat – auch hinschicken muss. Wir müssen versuchen mitzuhelfen, dass die Menschen, die in Not und Elend in zerfallenden Staaten leben, eine Chance haben, neue staatliche Strukturen aufzubauen. Sie müssen die Chance haben, Demokratien zu entwickeln. Schaut euch das Beispiel in Südosteuropa an. Das ist noch nicht bis zum Ende gelungen. Schaut euch an, was vorgestern in Serbien passiert ist. Schaut euch das furchtbare Ergebnis an, das sich herausgestellt hat: Die faschistische Revanche hat in Serbien wieder eine Chance.

Nein, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen mithelfen, dass überall dort Demokratien entstehen, wo die Menschen Demokratien aufbauen wollen. Das ist unsere zweite gemeinsame Antwort, die wir auf die Zerfallsprozesse dieser Welt geben.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin stolz darauf, dass wir Sozialdemokraten daran beteiligt sind, dass wir mithelfen, damit diese neue Weltordnung entsteht, dass wir gemeinsam eine neue Antwort darauf finden, dass diese Welt eben nicht in Kriegen zerfällt. Denn Krieg ist immer das Ende von Politik. Krieg ist immer eine Niederlage der Menschheit. Die Sozialdemokratie ist eine Friedensmacht. Wir setzen beispielsweise die Bundeswehr immer noch als ein Instrument ein, damit Demokratie eine Chance hat und Frieden auf der Welt sich durchsetzt.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Gert. – Jetzt kommt Christoph Zöpel, danach Karin Kortmann.

Christoph Zöpel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich den Antrag, für dessen Annahme ich sehr plädiere, in zwei längere Zusammenhänge einbinden. Der erste Zusammenhang hat einen Bezug zu dem, was ich gestern gesagt habe: warum demokratische Parteien notwendig sind und dass wir stolz darauf sein können, was wir manchmal erreichen.

Erinnern wir uns zurück an die leidenschaftlichen und teilweise anstrengenden Debatten um die Beteiligung deutscher Soldaten im Kosovo, in Mazedonien, vor allen Dingen um Enduring Freedom in Afghanistan und ISAF. Man kann sich an die Anstrengungen erinnern, man kann aber auch stolz sein. Ich glaube, in diesen Debatten der Sozialdemokratie haben wir etwas herausgebildet, was ich als ein kollektives Bewusstsein, repräsentierend, stellvertretend für die deutsche Gesellschaft nennen möchte. Das Ergebnis dieser Debatten ist der Einsatz deutscher Soldaten – was offenkundig notwendig ist – in einer Weise, wie man sich das früher nicht vorgestellt hätte. Sozialdemokratische Verteidigungsminister – Peter, jetzt lobe ich dich – führen deutsche Soldaten in einem Maße der Verhältnismäßigkeit der Mittel – fast schon polizeilich agierend –, die wirklich eine Wende gebracht hat. Noch einmal:



Ohne diese anstrengenden und leidenschaftlichen Debatten, glaube ich, wären wir nicht dazu gekommen. Deshalb sollten wir stolz darauf sein.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Zusammenhang. Auf dem Parteitag vor vier Jahren hatten wir einen Antrag zur Außen- und Sicherheitspolitik. Damals hatte ich angeregt: Lasst uns diese Anträge „Internationale Politik“ nennen. Das ist dann vor zwei Jahren geschehen und ist diesmal wieder der Fall. Schon vor zwei Jahren habe ich gesagt: Ich glaube, der bessere Begriff wäre, über „globale Politik“ zu sprechen. Inzwischen sind wir weiter. António Guterres hat darüber gesprochen, dass die Sozialistische Internationale jetzt ein Programm hat: „Governance in a global Society“. Das ist nicht ganz einfach zu übersetzen. Wahrscheinlich ist „Politik in der Weltgesellschaft“ die beste Übersetzung. Da das erst vor 14 Tagen erschienen ist, gibt es das nur in Englisch. Aber wer es lesen will: Am Kampa-Stand der Eurokampagne liegt es. Man kann es mitnehmen.

Die Sozialdemokraten haben also als erste Parteiengemeinschaft der Welt in der Tat ein Programm für Weltgesellschaftspolitik. Wir sollten uns damit beschäftigen. Dann könnten wir vielleicht – das ist mein Wunsch – auf dem nächsten Parteitag in zwei Jahren so weit sein, dass der Antrag, der sich mit unseren Beziehungen zu Menschen vor allem jenseits unserer Staatsgrenzen und auch über Europa hinaus befasst, die Überschrift hat: Unsere Politik in der Weltgesellschaft. – Herzlichen Dank.

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Christoph. – Jetzt hat Karin Kortmann das Wort. Ihr folgt Hermann Scheer.

Karin Kortmann, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossen! Liebe Genossinnen! Auch von mir ein Dank an die Autoren und Autorinnen dieses Leitantes, der auf die veränderten Rahmenbedingungen und vor allem auf die notwendigen Abstimmungen zwischen der Außen- und Verteidigungspolitik auf der einen und der Entwicklungszusammenarbeit auf der anderen Seite hinweist. Heidemarie Wieczorek-Zeul hat zu Beginn darauf hingewiesen, an welchen Programmen der Bundesregierung das verdeutlicht, versymbolisiert worden ist, was damit gemeint ist.

Das Aktionsprogramm 2015, die Umsetzung der Millennium Development Goals, ist Aufgabe der gesamten Bundesregierung geworden. Damit ist Deutschland führend in dieser Problemstellung und in der Aufarbeitung des Ganzen. Was Peter Struck das Afghanistan-Konzept dieser Bundesregierung genannt hat, hat verdeutlicht, dass Verteidigungspolitik, Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit, aber auch die Innenpolitik zu verbesserten Rahmenbedingungen beitragen, wenn sie sich zusammenschließen und ein gemeinsames Konzept vorlegen. Wie das ist, haben wir heute erfahren. Das ist auch sehr erfolgreich.

Wie diese Fragen in den internationalen Erfolgsbilanzen zum Tragen kommen, wenn nämlich diese kohärente Politik sichtbar wird, möchte ich an einem Beispiel deutlich machen, das das Washingtoner Institute for Global Development in diesem Jahr vorgelegt hat.

Wir haben zu Beginn der heutigen Debatte gehört, wir sollten das 0,8-Prozent-Ziel erreichen. Aber es ist das 0,7-Prozent-Ziel, das wir seit Jahrzehnten vor uns hertragen. Heide hätte sicherlich nichts gegen die 0,8 Prozent. Aber wir sind erst bei 0,7. Bisher wurde die erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit der Staaten immer daran gemessen, ob sie die 0,7 Prozent in absehbarer Zeit vielleicht erreichen.

Dieses Institut in Washington ist anders herangegangen. Es hat gesagt: Wir untersuchen die Politiken der einzelnen Industrieländer und schauen uns die Wirkungen und die Auswirkungen an, die ihre Politiken für die Entwicklungsländer haben. Dabei wurden Problembereiche wie nationale Migrationspolitik oder die Handelspolitik oder der Umweltschutz einbezogen. Ich denke, das ist Lob genug für die Bundesregierung: Sie kam bei diesem Ranking auf Platz 6 und auf Platz 1 der G-7-Staaten. Das ist beispielhaft dafür, was innerhalb von fünf Jahren in der Bundesrepublik erreicht werden konnte.

(Vereinzelt Beifall)

Dennoch ist die Frage, ob wir das 0,7-Prozent-Ziel erreichen und ob wir den Monterrey-Konsens, den wir beschlossen haben, nicht nur als Symbolik vor uns hertragen, sondern ob wir uns dem weiter verpflichtet fühlen. Peter hat die angespannte Haushaltsslage angesprochen. Ich hätte mir sehr gewünscht, wenn der Bundeseinsatz

sowohl im Verteidigungsministerium als auch im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung höher veranschlagt worden wäre und man nicht mit den bisherigen Haushaltsmitteln so wichtige Aufgaben zusätzlich übernehmen muss.

Große Sorge habe ich auch, was in den einzelnen Bundesländern geschieht. Denn das 0,7-Prozent-Ziel lässt sich nur in gemeinsamem Fortschritt von Bundespolitik und Landespolitiken erreichen. Leider sind dort viele Rückschritte eingeleitet worden, die vielleicht kurzfristig dazu beitragen, Haushaltslöcher zu stopfen, im Ergebnis aber zu größeren globalen Problemen führen.

Da bitte ich sozialdemokratisch geführten Bundesländer, dem Einhalt zu geben. Wir müssen – das hat einer meiner Vorredner gesagt – die Doha-Runde zu einer erfolgreichen Entwicklungsrunde machen. Die Entwicklung, die durch den Konferenzabbruch in Cancun eingetreten ist, müssen wir umkehren und das zu einem erfolgreichen Projekt machen.

Würden die Handelsbarrieren fallen, Genossen und Genossinnen, könnten wir mehr erreichen als über die 0,7 Prozent und mehr erreichen als über Entschuldungskampagnen. Aber bis wir das hinbekommen, sind das die richtigen Wege. Dafür weiterhin Glückauf der Bundesregierung!

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Karin. – Jetzt ist Hermann Scheer an der Reihe, danach Mirjana Serič-Vač.

Hermann Scheer: Liebe Genossinnen und Genossen! Seit der neuen amerikanischen Militärstrategie wird über Unilateralismus und Multilateralismus diskutiert. Unilateralismus meint eine singuläre Aktion einer einzelnen Macht, vielleicht gestützt von einigen wenigen anderen. Mit Multilateralismus wird in der Regel eine internationale Politik gemeint, die im globalen Konsens vorgeht. So richtig es ist, militärischen Unilateralismus zu kritisieren und dabei nicht mitzumachen: Wir dürfen den Multilateralismus bezogen auf nicht militärische Fragen in der internationalen Politik nicht zum Maß aller Dinge machen. Das Problem beim Prozess der internationalen Konsensbildung ist, dass es zwangsläufig äußerst langsam vorangeht, dass es aber in den weltpolitischen Entwicklungen eine ganze Reihe von Fragen gibt, bei denen wir uns in einem Wettlauf mit der Zeit befinden. Hier wird es notwendig sein, Initiativen zum Voranschreiten zu entwickeln, die dann andere mitziehen.

Das gilt insbesondere für die meines Erachtens zentralste entwicklungs-, umwelt- und zugleich friedenspolitische Frage des gesamten 21. Jahrhunderts: die Energiefrage. Wir sind in den Energiedebatten fast immer auf nationale Energiedebatten und nicht auf eine globale Debatte konzentriert. Was die globalen Fragen anbetrifft, so gibt es eigentlich seit den 70er-Jahren, seit einem berühmten Harvard-Report von 1973 unmittelbar im Zusammenhang mit der Ölkrise, schon immer die Warnung

vor kommenden Energiekriegen, und zwar angesichts der voraussehbaren Verknappung und des voraussehbaren Endverbrauchs insbesondere der beiden gegenwärtig wichtigsten fossilen Energieträger, nämlich Erdöl und Erdgas.

Beim Erdöl – hiermit ist vor allem das flüssige gemeint – müssen wir mit einem Verfügbarkeitszeitraum von vielleicht vier Jahrzehnten rechnen. Beim Erdgas ist es nicht sehr viel mehr. Die Erdgasförderländer und die Erdölförderländer sind weitgehend identisch. 40 Prozent der Weltenergieversorgung werden allein durch Erdöl gedeckt. 60 Prozent davon werden in der Golf-Region gefördert. Das Hauptpotenzial kommt von 40 so genannten Giant Shields.

Wir erleben seit Beginn der 80er-Jahre einen Prozess der zunehmend auch militärischen Sicherung dieses Erdölpotenzials. Im fossilen Energiebogen von den arabischen Ländern bis in den Kaukasus und den Transkaukasus verstärkt sich seit den 90er-Jahren die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten. Die militärischen Kosten für dieses Gesamtunternehmen belaufen sich allein auf 120 Milliarden Dollar. Das bedeutet: Pro Barrel Öl, der von diesen Regionen geliefert wird, entstehen mindestens 60 bis 70 Dollar an Kosten für die militärische Sicherung, das heißt das Dreifache dessen, was gegenwärtig das Barrel Öl kostet.

Das ist eine Strategie, die in den USA erst 1981 eingeschlagen worden ist. In den 70er-Jahren war Amerika sogar etwas weiter als wir. In den 70er-Jahren, in der Carter-Zeit, stellte man sich darauf ein, auch aus Gründen der nationalen Unver-



wundbarkeit und der internationalen Friedenssicherung die vollständige Umstellung der eigenen Energieversorgung auf erneuerbare Energien voranzutreiben. Diese Strategie wurde von Reagan zerschlagen. Seitdem hat die amerikanische Politik nie wieder daran anknüpfen können.

Wenn wir uns vor Augen führen, was sich in diesem Zusammenhang zusammenbraut, dann können wir ermessen, was in den nächsten drei bis vier Jahrzehnten, wenn die Vorräte zu Ende gehen, für die Weltwirtschaft und für den Weltfrieden bevorsteht, wenn einzelne Strategien darauf erpicht sind, die zur Neige gehenden Reserven – die Erschöpfung der Vorräte wird damit ja nicht aufgehalten – für sich noch etwas länger unter Kontrolle zu behalten, als es anderen Ländern möglich ist. Dabei müssen wir sehen, dass die Entwicklungskrise der Dritten Welt in den 70er-Jahren, in der Ölkrise, vor allem durch eine Versechsfachung der Verschuldung infolge der Energiepreise vorangetrieben worden ist. Wenn wir Friedenspolitik im nächsten Jahrhundert, in den nächsten Jahrzehnten ernst nehmen, müssen wir in dieser Frage notfalls auch unilateral vorgehen, das heißt mit mehreren anderen zusammen, und dürfen nicht unbedingt auf den Weltkonsens warten.

Wir müssen eine Strategie der Befreiung von der Abhängigkeit von diesen Erdölresourcen vorantreiben. Das ist nicht nur wirtschaftspolitisch relevant. Das ist die Schlüsselfrage für die Friedenssicherung in den nächsten Jahrzehnten.

(Beifall)

Das ist das, was wir als Schwerpunkt internationaler Politik erkennen müssen. Das wird auch in den Anträgen deutlich. Wir müssen unsere, ich sage einmal, manchmal provinziellen energiepolitischen Debatten auf dieses Schlüsselfeld internationaler Herausforderung und künftiger Politik ausweiten.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Hermann. – Jetzt spricht Mirjana Serič-Vač für die Sozialdemokratische Partei Kroatien zu uns. Herzlich willkommen hier auf unserem Parteitag! Wir warten mit Spannung auf das, was du uns zu sagen hast.

Mirjana Serič-Vač, Mitglied des Hauptausschusses der Sozialdemokratischen Partei Kroatiens, Vorsitzende des Frauenforums: Danke schön. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich überbringe die Grüße und die Hoffnung, dass dieser Parteitag auch weiterhin dazu beiträgt, die sozialdemokratische internationale Gemeinschaft und Familie zu stärken. Er war zukunftsweisend, er wird weiterhin auch für uns zukunftsweisend bleiben. Ich danke auch den Kolleginnen und Kollegen Kandidatinnen und Kandidaten für die Europawahl im nächsten Jahr, die für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die wir ja noch nicht so weit sind, das Beste herausholen sol-

len. – Ich bedanke mich auch dafür, dass ich zu diesem Arbeitsbereich das Wort ergreifen kann.

Im Rahmen der internationalen Politik haben gerade die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die letzte Hälfte des vergangenen Jahrhunderts weitgehend geprägt. Vieles von dem, was in diesen Tagen zur internationalen Politik hier gesagt worden ist, zeigt auch klar die Bereitschaft, weiterhin diese bedeutende Aufgabe zu erfüllen und Voraussetzungen dafür zu schaffen. Der Wille allein reicht nicht, wenn die Voraussetzungen fehlen. – Das ist eine der Botschaften, die ich mitnehme.

Aktiv und im Dialog bleiben, ist wohl die zweite Botschaft.

Ich möchte mich jetzt auf Europa beschränken. Liebe Genossinnen und Genossen, da muss ich an die in dieser Partei denken und denen danken, die damals nach der großen Wende in den 90er-Jahren sehr schnell erkannt haben, welche Notwendigkeiten hinsichtlich der Erweiterung der Europäischen Union bestehen und die Erweiterung zu einer neuen EU, zu einem neuen Europa, befürwortet haben. Diese Chance einer friedlichen Vereinigung Europas ist einmalig. Sie darf nicht verspielt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Kroatien freuen uns, dass so viele der neuen Demokratien ihre Zeit der Kandidatur so erfolgreich abgeschlossen haben und bald Mitglieder werden.

Wir blicken zum Teil mit Leid auf eine Zeit zurück, die tiefe Spuren hinterlassen hat. Ich brauche weder den Jüngeren noch den Älteren in dieser Partei zu sagen, dass der Krieg, liebe Genossinnen und Genossen, immer ein Ausnahmezustand des Körpers und des Geistes ist.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Kroatien galt es aber, Verantwortung zu übernehmen, wahrhaftig mehr Demokratie zu wagen und für Veränderungen und Reformen zu sorgen, die wir seit dem Regierungswechsel im Jahre 2000 durchführen. Vor dem Wiederaufbau der Wirtschaft und dem Neuerrichten von Häusern und Wohneinheiten mussten die Voraussetzungen für die Rückkehr der Flüchtlinge und der Vertriebenen geschaffen werden. Das alles war die Aufgabe der Sozialdemokraten. Wir haben sie bis jetzt erfolgreich gemeistert.

Am nächsten Sonntag sind Parlamentswahlen in Kroatien. Es steht noch einmal an, Verantwortung zu übernehmen – nicht nur in Kroatien und für Kroatien. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind besonders stolz, dass wir durch die Besuche von Gerhard Schröder und Günther Verheugen neue Wege der Zusammenarbeit gefunden haben.

Wir haben die Verantwortung übernommen, in dieser Region Südosteuropas aktiv zu werden, die durch viele Krisen gebeutelt wurde und die – das wurde hier schon mehrfach erwähnt – auch einen neuen Weg finden muss. Diese wichtige Aufgabe

wird in unserem Land angegangen. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen. Wir müssen, wie schon gesagt wurde, auch weiterhin aktiv bleiben. Dafür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unserem Wahlkampf Stellung bezogen. Dafür stehen wir auch weiterhin.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Angesichts der Erweiterung der erweiterten EU – hoffentlich gilt die Erweiterung auch für Kroatien im Jahre 2007 – rufe ich euch auf, keine Riegel, Tore und Türen zu errichten. Denn draußen vor der Tür stehen Menschen mit ihren Erwartungen und Fähigkeiten. Wir stehen in der Verantwortung, ein gemeinsames Europa gemeinsam zu gestalten. Wir müssen im Dialog bleiben. Wagen wir also ein gemeinsames Europa!

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Mirjana. – Wir fahren fort in der Debatte mit Angelica Dullinger. Anschließend folgt Rainer Arnold.

Angelica Dullinger, Bayern: Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich denke, die Debatte ist deshalb so ausführlich, weil es um das Thema Friedenssicherung mit militärischen Mitteln geht. Es ist auch für unsere Partei ein sehr heikles Thema. Es war ein großes Glück – und es war kein Zufall –, dass die rot-grüne Regierung entschieden hat, dass wir uns nicht am Krieg im Irak beteiligen. Darüber bin ich sehr froh. Das unterscheidet uns letztlich von CDU und FDP. Das hat uns weltweit ein positives Ansehen gebracht und hat auch – davon bin ich überzeugt – zum Wahlerfolg der SPD vor einem Jahr beigetragen.

Die Menschen wollen humanitäre Hilfe. Sie wollen keine Bomben. Auch in der Kommunalpolitik wird man mit diesem Thema konfrontiert. Bei der letzten Kommunalwahl wurde mir oft die Frage gestellt: Was machen unsere Kriegsschiffe am Kap Horn? Was passiert da? So viel zum Bewusstsein der Menschen – selbst der Menschen im Süden Bayerns – in dieser Frage.

Ziel des Antrags ist es, die internationalen Beziehungen zu verbessern und die Wirtschaft zu stärken, der Prävention ein Gewicht zu geben und Krisen durch eine militärische Absicherung zu vermeiden. Ziel ist es auch, die Bundeswehr besser auszustatten. Ich verstehe das Ansinnen von Peter Struck und unterstütze es. Ich habe aber Bedenken, wenn es darum geht, die Bundeswehr zu reformieren. Ich frage mich, ob es Absicht ist, das Grundgesetz zu ändern. Denn im Antrag heißt es auf Seite 472:

„Angesichts des erweiterten Aufgabenspektrum können sich Struktur und Fähigkeiten der Bundeswehr nicht mehr allein an der territorialen Landesverteidigung orientieren. Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sind nunmehr die vordringlichen Aufgaben der Bundeswehr.“

Wenn wir hier einer Entscheidung des Bundestages vorgreifen, dann möchte ich darum bitten, den Satz aus dem Antrag 417 mit aufzunehmen, so wie es Peter Struck vorhin gesagt hat:

„Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft eine Parlamentsarmee. Ihre unmittelbare und umfassende Kontrolle durch den Deutschen Bundestag und dessen Zuständigkeit für die Bestimmung von Art und Umfang der Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen bleibt substantziell unberührt.“

Es ist mir sehr wichtig, dass letztlich das deutsche Parlament die Entscheidung trifft, ob es zu einem militärischen Einsatz kommt. Ich bitte um Unterstützung.

Vielen Dank.

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Angelica. – Jetzt spricht Rainer Arnold und anschließend Kerstin Griese.

Rainer Arnold, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich habe mich gemeldet, als ich festgestellt hatte, dass der Verteidigungsminister nicht gelobt wurde. Inzwischen ist dies nachgeholt worden. Gernot hat mir spontan sein Manuskript gezeigt und gesagt, dass er die entsprechende Stelle überlesen hat.

Es ist klar, Peter Struck: Nicht nur die Soldatinnen und Soldaten der Streitkräfte wissen, was sie an diesem Minister haben. Auch unsere Partei weiß, wie wichtig es ist, dass wir in diesem sensiblen Feld politisch nicht auch noch viele komplizierte Baustellen haben, sondern dass durch die Arbeit des Ministers Ruhe in der Bundeswehr eingekehrt ist. Herzlichen Dank hierfür.

(Beifall)

Wir haben in den letzten fünf Jahren viel dazu gelernt, was die internationale Politik anbelangt. In der Tat ist die Frage der Einsätze von Streitkräften eine ganz entscheidende Frage. Wir haben die Einsätze in der Vergangenheit immer eher ethisch legitimiert, entlang unserer kontinuierlichen Linie der Friedenspolitik. Das ist richtig und wird auch richtig bleiben. Aber ich glaube, dass wir über eine Frage noch ein bisschen stärker nachdenken müssen, möglicherweise noch weiter, als wir es in diesem guten Antrag formuliert haben. Wir müssen fragen: Wo liegen die Interessen Deutschlands und welche Rolle spielen die Streitkräfte?

Damit mich niemand falsch versteht, sage ich: Es geht hier nicht um die Durchsetzung von ökonomischen Interessen. Hermann Scheer hat das Beispiel Rohstoffe angeführt. Für mich geht es vielmehr um die Frage des politischen Interesses. Überlegt einmal: Es wäre nicht möglich gewesen, dass der Bundeskanzler den Ausstieg aus dem Kosovokrieg mithilfe des Einbindens der Russen hingekriegt hätte, wenn nicht die Streitkräfte einen wichtigen Beitrag dazu geleistet hätten. Ohne diesen Einsatz wären wir in der internationalen Gemeinschaft nicht ernst genommen worden. Ähnliches gilt für Afghanistan.

Was ich sagen will, ist: Wir sollten uns schon dazu bekennen, dass die Stärkung und die Modernisierung der Streitkräfte auch etwas mit der Wahrung von den politischen Interessen Deutschlands zu tun haben. Unser Interesse ist doch, den unglaublich dynamisch gewordenen europäischen Prozess, von dem wir vor drei oder vier Jahren geglaubt hatten, er stehe ganz am Ende in der Außen- und Sicherheitspolitik, maßgeblich mitzugestalten. Gewicht werden wir in diesem Prozess nur haben, wenn wir eine Bundeswehr haben, die ganz spezifisch ausgeprägte Fähigkeiten hat.

Deshalb ist die Reform, die der Minister angestoßen hat, so wichtig. Es geht nicht nur um die schmerzhaften Standortschließungen, bei denen er unsere Solidarität braucht. Es darf nicht jeder Kommunalpolitiker sofort klagen. Wenn jemand über Standortschließungen schimpft, dann sage ich immer: Die Verteidigungspolitiker sind die falsche Adresse. Geht doch zum Finanzminister. Wir stellen uns unserer Verantwortung, Hans, indem wir sagen, auch der Verteidigungsetat muss seinen Beitrag leisten. Das tun wir selbstverständlich.

Aber bei diesem Wandel der Streitkräfte geht es um eine Verbesserung ihrer Fähigkeiten. Deshalb ist es richtig, Genossinnen und Genossen, dass wir heute keine schnelle Diskussion über die Wehrpflicht führen. Ich will diese Diskussion nicht vorwegnehmen. Ich möchte aber auf zwei Punkte hinweisen.

Erster Punkt. Das hohe Ansehen, das die Bundeswehr in den Einsatzgebieten hat – dieses Ansehen mehrt auch das Ansehen des deutschen Volkes und der Bundesrepublik –, hat etwas damit zu tun, wie hoch qualifiziert und wie intelligent die deutschen Soldaten im Einsatz handeln. Sie sind eher in der Lage, wie Polizisten, denn wie Soldaten zu arbeiten. Diesen Zusammenhang mit unserer Wehrverfassung müssen wir uns genau anschauen.

Der zweite Punkt ist mir besonders wichtig. Manche glauben, sie könnten in der Wehrpflichtdebatte schnell einen Hebel umlegen. Sie meinen, man könnte die Bundeswehr von 250 000 Zeit- und Berufssoldaten, die jetzt angestrebt werden, auf 190 000 reduzieren. Hier schließt sich der Kreis hinsichtlich der Interessen.

Wer als wirtschaftsstärkstes Land in Europa in diesen Prozess nicht auch eine adäquate Menge an Fähigkeiten einbringt, der wahrt seine Interessen in diesem Prozess nicht. Deshalb halte ich die Zahl von 200 000 für absurd.

Ich halte sie auch aus einem anderen Grund für falsch. Die Bundeswehr hat ein ganz spezifisches Profil, wenn es darum geht, Frieden zu bewahren. Mit 190 000 Soldaten kann man intervenieren, vielleicht, wenn die technischen Fähigkeiten da sind, sogar besser, als wir das im Augenblick können. Aber nachhaltig Peacekeeping zu machen – siehe Großbritannien – ist mit dieser Zahl nicht möglich. Das heißt, wer die spezifische Ausprägung der Bundeswehr bewahren will – das wollen wir mit unserem friedenspolitischen Ansatz –, der kann die Zahl nicht beliebig nach unten senken, sondern wird bei den 250 000, die wir im Augenblick anstreben, bleiben müssen.

Lasst mich ganz zum Schluss noch einen Satz zu der Befürchtung, die meine Vorrednerin geäußert hat, wir müssten das Grundgesetz ändern, sagen. Genossinnen und Genossen, bei der Diskussion in Berlin über die Frage: „Brauchen wir ein Gesetz, das die Entsendung von Soldaten neu regelt?“, geht es in erster Linie darum, jetzt bestehende Grauzonen zu klären. Was passiert mit Soldaten in Vorauskommandos, die Quartier machen? Warum gelingt es uns nicht, einzelne Soldaten für die Vereinten Nationen zur Verfügung zu stellen? Weil wir ein kompliziertes Prozedere haben. Was ist mit integrierten Verwendungen? Diese Aspekte sollen im Interesse der Soldaten auf eine klare rechtliche Basis gestellt werden. Um nichts anderes geht es. Das heißt, diese Parlamentsarmee, diese Armee mit Kontrolle durch das Parlament, wird in Deutschland nie und nimmer eine Regierungsarmee werden, sondern wird eine Parlamentsarmee bleiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Rainer. – Jetzt habe ich eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Bettina Schnute.

Bettina Schnute, Braunschweig: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich stelle den Antrag, die Debatte über dieses Thema zu beenden und den Leitantrag einer Abstimmung zuzuführen.

Vorsitzender Christoph Matschie: Das war ein klarer Antrag. Ich will dazu sagen: Wir haben noch zwei Wortmeldungen. Wäre die Antragstellerin damit einverstanden, dass wir diese noch zulassen und dann die Debatte abschließen?

Bettina Schnute, Braunschweig: Ich denke, die können wir noch zulassen.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Okay. Ich hoffe, das findet eure Zustimmung. – Dann verfahren wir so.

Als nächste Rednerin Kerstin Griese und dann Hans Eichel. Im Anschluss wird Heidemarie Wieczorek-Zeul noch etwas aus der Sicht der Antragskommission zu den vorgetragenen Änderungen sagen.

Kerstin, du hast das Wort.

Kerstin Griese, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Vielen Dank, dass ich noch reden kann. Ich möchte zu dem Themenbereich der internationalen Politik ein ganz konkretes Projekt vorstellen und bei euch dafür werben. Das ist ein gelungenes Projekt, in dem sich besonders Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten engagieren. Wir konnten im Oktober dieses Jahres in Jerusalem das Willy-Brandt-Zentrum für Begegnung und Verständigung eröffnen. Das ist ein großer Erfolg, der auf einem langen Prozess fußt, auf einem Prozess der trilateralen Zusam-

menarbeit der deutschen Jusos, der israelischen Arbeitspartei Jugend und der palästinensischen Fatah-Jugend. Das Haus, das dort im Oktober dieses Jahres eröffnet worden ist, liegt in Abu Tur, im ehemaligen Niemandsland in Jerusalem. Wir haben vor inzwischen sieben Jahren mit einer Jusodelegation in Jerusalem und in Ramallah ausgehandelt, dass wir gemeinsam an Begegnung und Verständigung arbeiten wollen.

Es ist hier schon vielfach auf die Lage im Nahen Osten hingewiesen worden. Dieses Projekt ist eines der wenigen ganz konkreten Projekte, in denen es Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Israelis und Palästinensern gibt. Dass die deutschen Jusos und die deutsche Sozialdemokratie dabei eine unterstützende Rolle spielen, ist, finde ich, Genossinnen und Genossen, eine gute Sache.

Ich will ganz herzlich Heidemarie Wiczorek-Zeul als zuständige Ministerin danken. Denn erst seit Rot-Grün im Bund regiert, gibt es das Konzept der zivilen Friedensfachkräfte, die ausgebildet werden, um in Krisenregionen präventiv zu wirken. Das ist ein gutes Stück sozialdemokratischer internationaler Politik. Auch das sollten wir einmal erwähnen.

(Beifall)

Dieses Projekt ist nicht ein klassisches Graswurzel-Projekt, sondern eines, das auf der mittleren politischen Ebene ansetzt, das die Begegnung von jungen Politikerinnen und Politikern sowie Jugendorganisationen fördert. Ich halte das in dieser feindseligen Situation im Nahen Osten zurzeit für eine sehr große Chance. Denn es bedarf, damit sich dort tatsächlich etwas ändert, mehr als der Ratifizierung von Abkommen. Man braucht vielmehr etwas wie die tagtägliche Zusammenarbeit von Menschen in einem Netzwerk, die sich kennen und verstehen. Man braucht auch einen Weg zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit; denn auch daran mangelt es im Nahen Osten sehr häufig.

Ich möchte euch bitten, diese Form der trilateralen Kontakte zu unterstützen. Es finden dort Seminare und Begegnungen von jungen Menschen statt. Die Grundidee ist, Alternativen zur Gewalt zu entwickeln, zivile Konfliktarbeit zu unterstützen, zu lernen, vor Ort durch gemeinsame Kontakte und Begegnungen etwas zu tun, damit wir dem Weg des Friedensprozesses ein ganz kleines bisschen näher kommen, wovon man im Nahen Osten zurzeit angesichts der Bilder von Mauer und Sicherheitszaun, die ihr alle kennt, wenig sprechen kann.

Ich möchte darauf hinweisen, dass euch heute Nachmittag auf den Tischen ein Papier verteilt wird, in dem die Bitte geäußert wird, den Förderverein des Willy-Brandt-Zentrums in Jerusalem zu unterstützen. Das ist ein Projekt, das von den Jusos initiiert wurde. Ich denke, es sollte ein Projekt werden, das von der Sozialdemokratie insgesamt getragen wird. Ich möchte euch das sehr herzlich empfehlen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Kerstin, für diesen Hinweis. – Als letzter Redner hat Hans Eichel das Wort.

Hans Eichel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich bin in der Debatte gemahnt worden, ich sollte doch mehr Geld für Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen.

(Beifall)

Das habe ich genau gehört, liebe Freunde. Das Spiel ist natürlich immer dasselbe: Bei fast allen ist die Decke zu kurz. Wenn es nicht reicht, ist der Finanzminister schuld. Das ist in Ordnung; das ist mit meinem Gehalt abgegolten. Aber ich will ein paar Bemerkungen zu dem Thema machen, weil das den Finanzminister nicht nur nicht kalt lässt, sondern ihn selber sehr umtreibt.

Zunächst will ich festhalten: Wer unsere Außenpolitik unter dem Aspekt des Geldes betrachtet, kommt zu dem Ergebnis, dass wir im militärischen Teil weniger tun als andere vergleichbare Nationen. Ich finde das nicht kritikwürdig, will mich aber zurückhalten; das ist eine Frage der Kabinettsdisziplin. Ich möchte Peter Struck herzlich Dank sagen, dass er sich anders als seine Vorgänger nicht dauernd mit mir herumbalgt, um dann einen nicht vorhandenen Finanzrahmen weiter dehnen zu können.

(Beifall)



Peter, ich möchte das ausdrücklich sagen. Ich weiß, wie schwer das für dich im Kreise deiner Kollegen manchmal ist.

Wahr ist, dass wir im zivilen Teil hervorragend sind, auch was die Menge des eingesetzten Geldes betrifft. Das ist allerdings unterschiedlich. Zuallererst: Wir sind Hauptfinanziers der europäischen Einigung. Das ist prinzipiell so in Ordnung, nicht aber in allen Details. Da muss man kämpfen und die deutschen Interessen wahren. Aber wer zahlt und macht das meiste auf dem Balkan? Das sind inzwischen wir. Wir sind auch – dafür haben Heidi und Joschka Fischer gekämpft – in den internationalen Organisationen hervorragende Beitragszahler. Wenn die einzig verbliebene Supermacht ein so guter Beitragszahler der Vereinten Nationen wäre wie wir, ginge es den Vereinten Nationen besser.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir setzen eine Menge Geld – da ist in besonderem Maße Peter Struck mit seinen Leuten gefordert – bei Nation Building, bei Peacekeeping- und bei Peacesaving-Aktionen ein. Da liegt inzwischen der Schwerpunkt dessen, was von der Bundeswehr erwartet wird.

Wir sind auch bei der Entwicklungshilfe nicht schlecht. Ich will einmal an das Thema der Entschuldungsaktion, an die HIPC-Aktion, erinnern. Das ist von dieser Bundesregierung, von Gerhard Schröder, beim Kölner Gipfel seinerzeit ordentlich vorangetrieben worden.

Da finde ich den Übergang zum unmittelbaren Interesse des Finanzministers. Ich habe eine ganz klare Position und die heißt: auf der einen Seite runter mit den Subventionen und auf der anderen Seite die Märkte auch der hoch industrialisierten Länder für die Produkte der Schwellenländer und der Ärmsten öffnen. Das ist materiell gesehen die beste Entwicklungshilfe, die wir machen können. Da verdient der Finanzminister nämlich auf beiden Seiten: Er kann zu Hause Subventionen und Exportsubventionen sparen, und die Menschen in den Entwicklungs- und Schwellenländern haben eine Chance, mit ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dahin müssen wir lenken. Da haben Heidi und ich überhaupt keine unterschiedlichen Positionen.

Schließlich sage ich: Wir brauchen stabile und gerechte internationale Finanzmärkte. Davon sind die Finanzminister unmittelbar engagiert. Internationale Organisationen wie IWF und die Weltbank haben unter unserem Einfluss Gott sei Dank eine Menge Reformen gemacht, bei denen die Armutsbekämpfung inzwischen wirklich eine zentrale Rolle spielt.

Dazu gehört dann auch ein Weltfinanzsystem, das frei ist von Korruption und Kriminalität. Deshalb muss dieses System transparent sein und auch den Kampf gegen Steueroasen zum Ziel haben. Dann kommt man langsam zu einer Finanzordnung, die auch den ärmeren Ländern und den Schwellenländern dient.

Das ist der gemeinsame Arbeitshorizont, vor dem Peter, Heidi, der Außenminister und der Finanzminister im internationalen Rahmen arbeiten.

(Beifall)

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Hans Eichel. – Damit sind wir am Ende der Debatte. Jetzt bekommt für die Antragskommission noch einmal Heidi das Wort.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Antragskommission: Genossinnen und Genossen! In der Debatte sind drei Anträge angesprochen worden. Der erste ist der Initiativantrag 19. Darin geht es um das europäische Sozialmodell und um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Bei den Empfehlungen zum Leitantrag könnt ihr sehen, dass wir das zur Annahme empfehlen.

Zweitens gibt es einen Antrag des Genossen Stolle aus dem Bezirk Hannover. Wir haben uns mit den Antragstellern geeinigt, dass wir ihn in folgender Form aufnehmen: Auf Seite 472 in der Fassung der Antragskommission soll in Zeile 55 – nach der Passage zur Reform der Bundeswehr – neu folgende Formulierung angefügt werden: „Nach Beratung auf einer SPD-Fachkonferenz ‚Zukunft der Wehrverfassung‘ im kommenden Jahr wird der nächste Bundesparteitag über die Frage der Wehrverfassung entscheiden.“ Ich denke, das ist im Sinne der Antragsteller.

Der dritte Antrag beinhaltet eine Präzisierung dessen, was auf Seite 472 zur Parlamentsarmee gesagt worden ist. Ich weise darauf hin, dass wir aus genau den Gründen, die die Antragsteller vorgetragen haben, in der Antragskommission den Passus „Die Bundeswehr bleibt Parlamentsarmee“ eingefügt haben. Das möchte ich, auch in Übereinstimmung mit Peter Struck, ausdrücklich deutlich machen. Aufgrund dessen frage ich die Antragsteller, ob sie unter diesem Gesichtspunkt ihren Antrag noch aufrechterhalten wollen. Ich meine, wir haben das deutlich gemacht, sodass diese detaillierte Ergänzung nicht mehr notwendig ist.

Das sind die drei Anträge, die die Antragskommission zu bewerten hatte.

Vorsitzender Christoph Matschie: Herzlichen Dank, Heidi. – Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über diese Anträge. Ich lasse zunächst über den Vorschlag abstimmen, den Leitantrag „Internationale Politik“ des Parteivorstandes um den Initiativantrag des Genossen Stolle zu ergänzen, wie Heidemarie Wieczorek-Zeul es eben vorgetragen hat, nämlich auf Seite 472 in Zeile 55 den eben vorgetragenen Text einzufügen.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Antragskommission: Entschuldigung, die erste Ergänzung würde auf Seite 466 erfolgen; das ist der Initiativantrag 19.

Vorsitzender Christoph Matschie: Das wollte ich im Anschluss machen. Zunächst zu dieser textlichen Änderung, die hier vorgetragen worden ist.

(Zuruf)

– Über die Empfehlung der Antragskommission muss ja abgestimmt werden. – Wer möchte dem Votum der Antragskommission für die Aufnahme dieses Textes folgen? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Das Erste war klar die Mehrheit; dann wird diese Ergänzung vorgenommen.

Nun komme ich zum Initiativantrag 19, der an zwei Stellen Änderungen vorsieht, wie ihr das im Votum der Antragskommission auf euren Plätzen findet. Wer möchte diesem Vorschlag der Antragskommission, den Initiativantrag 19 in den Leitantrag einzuarbeiten, folgen? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch das mit großer Mehrheit so beschlossen.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Antragskommission: Die Antragsteller des letzten Antrages haben mir gerade gesagt, dass sie mit der Erklärung, die ich hier abgegeben habe, einverstanden seien und der Ergänzungsantrag entfallen könne, sodass es bei dem Text bleibt.

Vorsitzender Christoph Matschie: Gut, vielen Dank. – Dann haben wir über alle beantragten Änderungen am Text des Leitantrages „Internationale Politik“ abgestimmt. Nun lasse ich über den so geänderten Antrag 416 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das hier einmütig so angenommen.

(Vereinzelt Beifall)

– Ja, da kann es ruhig einen kleinen Applaus geben.

(Beifall)

Damit sind die Anträge 417 bis 419, 424, 430, 432, 447 ab dem zweiten Absatz und der Initiativantrag 19 erledigt.

Ich komme jetzt zum Initiativantrag 5; das ist die Resolution des Parteivorstandes „Irak und die Folgen“. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Wer möchte diesem Votum der Antragskommission folgen? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das, wenn ich das richtig sehe, einstimmig angenommen. Damit sind die Anträge 447 erster Absatz, 448, 449 und 450 erledigt.

Wir kommen jetzt zum Antrag 420; er findet sich auf den Seiten 480 bis 487 und hat den schönen zweisprachigen Titel: „It's our Europe – sozial und demokratisch!“ Hier empfiehlt die Antragskommission, diesen Antrag für erledigt zu erklären durch das Europamanifest der SPD, das von der Europadelegiertenkonferenz am Sonntag beschlossen worden ist. Wer möchte diesem Votum der Antragskommission zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen. Damit sind auch die Anträge 421 bis 423, 427 und 431 erledigt.

Ich rufe jetzt den Antrag 425 auf Seite 495 auf: „Europäische Verfassung“. Hier schlägt die Antragskommission Überweisung an Bundestagsfraktion, Bundesregie-

rung und SPD-Gruppe im Europäischen Parlament vor. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 426 auf: „Diskriminierung von Frauen außerhalb des Arbeitsplatzes“. Hierzu gibt es eine neue Textfassung. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag in der neuen Textfassung anzunehmen. Mir liegen keine Wortmeldungen dazu vor. Wer möchte dem Votum der Antragskommission auf Annahme dieses Antrags folgen?

(Zuruf)

– Die neue Textfassung ist nicht da? Sie sollte an den Plätzen verteilt sein. – Ich höre gerade, dass sie verteilt worden ist. Vielleicht liegt sie nur an einigen Plätzen nicht aus. – Haben alle diese Textfassung nicht? – Dann stellen wir diesen Antrag einen Moment zurück und klären das.

Dann rufe ich zunächst den Antrag 428 auf Seite 497 auf: „SPE weiterentwickeln!“. Auch dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme dieses Antrages.

Wer stimmt für das Votum der Antragskommission? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Antrag so beschlossen.

Ich rufe den Antrag 429 „Europa-Verfassung“ auf Seite 497 auf. Hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an den Parteivorstand, an die Bundesregierung, die Bundestagsfraktion und die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament. Gibt es Widerspruch gegen diese Überweisung? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Dann rufe ich den Antrag 433 „Einsetzung einer Enquete-Kommission“ auf der Seite 498 auf. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch das so beschlossen.

Damit kommen wir zum Antrag 434 „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ auf den Seiten 499 bis 502. Hierzu empfiehlt die Antragskommission Überweisung an den Parteivorstand zur Vorbereitung der SPD-Fachkonferenz „Zukunft der Wehrverfassung“, so wie das hier diskutiert worden ist. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch diese Überweisung so beschlossen. Damit sind auch die Anträge 435 bis 443 erledigt.

Damit kommen wir zum Antrag 444 „Auslandseinsätze der Bundeswehr“ auf der Seite 509. Hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Bundesregierung. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zum Antrag 445 „Keine Ausweitung des Bundeswehreininsatzes in Afghanistan ohne UN-Mandat“ auf der Seite 510. Dazu möchte Heidi etwas sagen. – Bitte, Heidi, du hast das Wort.

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Antragskommission: Ich möchte nur feststellen: Der im Antragsbuch ausgedruckte Text sollte verändert werden. Ich lese euch das vor, damit ihr wisst, worum es geht. Ich nehme aber an, dass der Text den Unterlagen beiliegt. Zu dem Zeitpunkt, zu dem die Antragskommission beraten hat, gab es das UN-Mandat für den erweiterten ISAF-Einsatz in Afghanistan noch nicht. Deshalb würde der Antragstext jetzt neu lauten: „Wir unterstützen die vom UN-Sicherheitsrat mandatierte und vom Bundestag beschlossene Ausweitung des Einsatzgebietes der ISAF in Afghanistan als einen wichtigen Schritt zur Stabilisierung des Landes.“

Die Ergänzung besteht nur darin, dass mittlerweile eine UN-Entscheidung getroffen worden ist. Ansonsten wäre der Text nicht mehr aktuell gewesen.

Vorsitzender Christoph Matschie: Vielen Dank, Heidi. – Die Antragskommission empfiehlt also Annahme in der eben vorgetragenen Fassung. Wer möchte diesem Votum der Antragskommission folgen? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das so beschlossen. Damit ist auch der Antrag 446 erledigt.

Wir kommen jetzt zum Antrag 451 „AIDS-Bekämpfung in der Entwicklungszusammenarbeit weiter verstärken“ auf der Seite 516. Die Antragskommission empfiehlt hierzu Annahme. Wer möchte diesem Votum der Antragskommission folgen? – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einmütig so beschlossen.

Dann komme ich zurück zum Antrag 426 neu. Wer hat diesen Antrag auf den Tischen? Bitte einmal melden, wo er vorhanden ist! – Das heißt, er ist nirgends verteilt



worden. Dann müssen wir diesen Antrag noch einmal zurückstellen und später wieder aufrufen. Wir sorgen dafür, dass er verteilt wird und später beschlossen werden kann.

Damit sind wir am Ende der Diskussion zum Bereich „Internationale Politik“. Ich gebe jetzt das Wort an Ute Vogt ab. Es liegen Wahlergebnisse vor.

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Genossinnen und Genossen, die Vertreterin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission ist auf dem Weg. Deshalb macht es keinen Sinn, wenn wir jetzt eine neue Debatte anfangen.

Ich möchte vorher eine Sache mit euch besprechen. Wir würden euch gerne vorschlagen, unsere Tagesordnung zu ändern. Dazu brauche ich aber eure Zustimmung. Wir hätten die Möglichkeit, noch heute die beiden anderen Wahlen, die Wahl zur Kontrollkommission und die Wahl zur Bundesschiedskommission, vorzunehmen. Wir hatten die eigentlich für morgen vorgesehen. Da wir aber mit den Wahlgängen sehr flott vorangekommen sind, wäre es möglich, diese Wahlen heute durchzuführen. Das hieße, die Kontrollkommission würde gegen circa 17 Uhr und die Schiedskommission gegen 18 Uhr gewählt werden können. Dazu bräuchte ich aber euer Einverständnis. Seid ihr dafür, dass wir das vorziehen? – Überwältigende Zustimmung. – Ich sehe keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Dann leiten wir das in die Wege.

Jetzt darf ich die Vertreterin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission um die Wahlergebnisse bitten.

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir hatten 497 Stimmzettel. Davon waren 12 ungültig. Wir hatten also 485 gültige Stimmen. Auf Detlev Albers entfielen 265, auf Klaus-Uwe Benneter 118, auf Ute Berg 231, auf Kurt Bodewig 282, auf Ulla Burchardt 240, auf Herta Däubler-Gmelin 322,

(Beifall)

auf Erika Drecoll 99, auf Garrelt Duin 309,

(Lebhafter Beifall)

auf Ursula Engelen-Kefer 264,

(Beifall)

auf Birgit Fischer 315,

(Beifall)

auf Kerstin Griese 224, auf Gernot Grumbach 171, auf Barbara Hendricks 273, auf Karin Junker 191, auf Susanne Kastner 156, auf Constanze Krehl 242, auf Christoph Matschie 328,

(Vereinzelt Beifall)

auf Andrea Nahles 273, auf Arno Pöker 232, auf Manfred Püchel 318,

(Beifall)

auf Walter Riester 292,

(Vereinzelt Beifall)

auf Herman Scheer 319,

(Beifall)

auf Ottmar Schreiner 261,

(Vereinzelt Beifall)

auf Frank Schwabe 132, auf Angelica Schwall-Düren 236, auf Sigrid Skarpelis-Sperk 145 und auf Christoph Zöpel 277.

Damit fallen heraus – ich lese nicht vor, wer gewählt worden ist –: Klaus-Uwe Ben-
neter, Erika Drecoll, Frank Schwabe und Sigrid Skarpelis-Sperk.

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Genossinnen und Genossen, das waren die Ergebnisse. Ich darf die Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen. Detlev Albers? – Ute Berg? – Kurt Bodewig? – Ulla Burchardt? – Herta Däubler-Gmelin? – Garrelt Duin? – Ursula Engelen-Kefer? –

Birgit Fischer? – Kerstin Griese? – Gernot Grumbach? – Barbara Hendricks hat ihr Einverständnis im Vorfeld erklärt. Karin Junker? – Susanne Kastner? – Constanze Krehl? – Christoph Matschie? – Andrea Nahles? – Arno Pöker? – Manfred Püchel? – Walter Riester? – Hermann Scheer? – Ottmar Schreiner? – Angelica Schwall-Düren? – Christoph Zöpel? – Dann darf ich allen gewählten Genossinnen und Genossen ganz herzlich gratulieren. Ich wünsche uns allen eine gute Hand im neuen Parteivorstand.

(Beifall)

Da keine weitere Nachwahl erforderlich ist, weil der Parteivorstand von euch auch quotiert gewählt wurde, können wir jetzt zur Antragsberatung zurückkommen. Heide Simonis übernimmt die Führung beim Leitantrag.

Leitantrag „Unser Weg in die Zukunft“

Vorsitzende Heide Simonis: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir kommen jetzt zur Antragsberatung zum Kapitel „Unser Weg in die Zukunft“, Präambel und Kapitel übergreifende Anträge zum Perspektivantrag. Später kommen noch andere hinzu. Zu diesem Teil ist Olaf Scholz der Berichterstatter. – Du hast das Wort.

Olaf Scholz, Generalsekretär der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Perspektivantrag ist in der Partei sehr sorgfältig diskutiert und vorbereitet worden. Wir haben uns auf dem letzten Bundesparteitag, als wir die Agenda 2010 beraten und beschlossen haben, vorgenommen, dass wir unsere Meinungsbildung über die Wege zu einem neuen Fortschritt weiter vorantreiben wollen. Wer ein Gefühl für Zeitabläufe hat, der weiß, was für eine enorme Leistung es war, dass die Genossinnen und Genossen, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben, es am Ende geschafft haben, ein gemeinsames Ergebnis zustande zu bringen.

Kurt Beck hat es heute morgen bei der Vorstellung sämtlicher Ergebnisse der Beratung der Antragskommission bereits gesagt: Wir sind uns in der Antragskommission in fast allen Fragen, die hier eine Rolle spielen, einig geworden und haben einige Wegweiser aufgestellt, die für die politische Debatte unserer Organisation wichtig sind. Wir müssen es schaffen, dass wir über das hinaus, was wir gegenwärtig tun müssen und tun wollen, politische Themen bestimmen, die für unsere Arbeit in den nächsten Jahren wichtig sein sollen. Ich will zu einigen Punkten etwas sagen, die in diesem Perspektivantrag und darum herum eine Rolle spielen.

Innovation und Bildung, das sind die zentralen Bestandteile der Zukunftsdebatte, die die sozialdemokratische Partei jetzt führen muss. Innovation, da geht es darum, wie wir die Grundlagen des wirtschaftlichen Wohlstandes und auch der sozialen Sicherheit in Deutschland erhalten können, wie wir es schaffen können, dass wir nach wie vor ein Land sind, das vornan steht, ein Land, in dem die Menschen aufgrund dessen, was hier produziert und erwirtschaftet wird, unser Niveau an sozialer Sicherheit erhalten können. Deshalb ist es notwendig, dass wir nicht nur über die Frage diskutieren, wie wir unsere Gesellschaft gerecht organisieren, sondern auch darüber, wie wir es hinbekommen, dass wir optimal aufgestellt sind hinsichtlich Innovationen.

Es ist im Übrigen ein Thema, das an eine alte sozialdemokratische Tradition anknüpft: Fortschritt ist das, wofür Sozialdemokraten immer eingetreten sind, technisch, wirtschaftlich und sozial. Innovation, das ist die Übersetzung dieses Themas in die heutige Zeit.

Wer sich den Antrag anschaut, der sieht eines: Dies ist ein Thema, bei dem ganz unterschiedliche Interessenrichtungen und ganz unterschiedliche politische Strömungen auch unserer Partei zusammenkommen und zusammenfinden können.

Innovation, das ist ein Thema für diejenigen, die wissen und zu Recht darauf hinweisen, dass wir technologischen Fortschritt brauchen, dass wir vornan sein müssen bei den Technologien, die in dieser Welt entwickelt werden, dass wir mehr erreichen müssen, dass sich aus dem, was wir erforschen, auch umsetzbare Produkte und Dienstleistungen ergeben. Das ist ein Thema für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Innovation, das ist ein Thema für diejenigen, die zu Recht darauf hinweisen, dass das etwas mit Nachhaltigkeit zu tun hat, mit ökologischer Effizienz, damit, dass wir uns auf die Zukunft richtig vorbereiten und nicht mit der Form der technischen Entwicklung weitermachen, die sich von selbst ergibt, dass wir das führende Land sind bei ökologischer Effizienz und Nachhaltigkeit und dass wir so eine Voraussetzung für Wohlstand und Zukunftssicherung gewährleisten.

Innovation, das ist ein Thema für diejenigen, die zu Recht darauf hinweisen, dass wir bessere wirtschaftliche Voraussetzungen für neue Unternehmen, die in diesem Lande entstehen, schaffen müssen. Deshalb beschäftigen wir uns mit den Bedingungen für die Unternehmen, die sich im technologischen Bereich neu bilden: Wie kann man mehr Venture-Capital, wie kann man die Entstehung solcher Unternehmen fördern?

Letztlich: Innovation und Bildung. Bildung als Innovationsthema – das haben wir auf diesem Parteitag immer wieder diskutiert – wird in der Zukunft ein ganz wichtiger roter Faden unserer Politik sein. Es kann nicht sein, dass Deutschland mit vielen anderen führenden Ländern in Europa nicht mithalten kann, die es geschafft haben, dass 40 bis 50 Prozent eines Altersjahrgangs Studien abschließen. In Deutschland ist es noch nicht einmal möglich, so viele Studierende zu erreichen, wenn es darum geht, sie ein Studium beginnen zu lassen. Insofern gibt es etwas nachzuholen. Wir haben uns als ein Element der Agenda 2010 vorgenommen, zu erreichen, dass 40 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen und auch beenden. Das ist notwendig, wenn wir mithalten und uns auf die Zukunft ausrichten wollen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Es gibt Genossen, die signalisieren, dass sie kein Wort verstehen, weil der Geräuschpegel so hoch ist. Das wäre nun wirklich schade angesichts dieses Antrags und der Begründung dazu.

(Beifall)

Entschuldige bitte, aber jetzt hast du wieder das Wort.

Olaf Scholz, Generalsekretär der SPD: Das zweite große Thema unserer Debatte und der Perspektiven, die wir weiterentwickeln wollen, sind Kinder und Familie. Wir wissen, dass wir in diesem Bereich etwas ändern müssen. Alle haben es mitbekommen: In Deutschland werden weniger Kinder geboren als in anderen Ländern. Dies ist nicht deshalb so, weil die jungen Leute hier anders leben, weil sie andere Vorstellungen haben als die jungen Menschen in anderen Ländern Europas, als in

Frankreich, in den Niederlanden, in Skandinavien oder Großbritannien, um unterschiedliche Länder zu nennen. Dies ist vielmehr so, weil wir das Land sind, in dem es die Familien schwerer haben als anderswo, in dem Eltern nicht die Bedingungen vorfinden, das Leben untereinander und das Leben mit Kindern so zu organisieren, wie sie es wollen. Weil wir in dieser Hinsicht eine kinderunfreundliche Gesellschaft sind, schneiden wir im Vergleich zu anderen Ländern so schlecht ab.

Das, was wir hier diskutieren, ist keine „staatspolitische“ Zielsetzung. Wenn wir die Politik aus der Perspektive von Eltern und Kindern formulieren und sie auf dieser Basis anlegen, dann schaffen wir es auch, dass die Geburtenrate in Deutschland wieder steigt. Insoweit ist ein weiteres Element der Agenda 2010 in diesem Papier enthalten: Wir wollen dafür Sorge tragen, dass bis zum Jahre 2010 eine Ganztagsbetreuung für Kinder im Vorschulalter und auch für Schulkinder vorhanden ist, wie sie sich die Eltern und Kinder in diesem Lande wünschen. Diesen Kulturwechsel müssen wir zustande bringen.

(Beifall)

Mir liegt daran, etwas zu dem Argument zu sagen, das sei ja nicht finanzierbar. Wenn wir uns volkswirtschaftliche Daten ansehen, dann wissen wir um die Schwierigkeiten, die wir heute haben. Wir wissen aber auch, dass die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor das leistungsfähigste und erfolgreichste Wirtschaftsland Europas ist. Unser Sozialprodukt gibt einiges her. Wenn Länder, die ähnlich aufgestellt sind wie wir oder weniger stark, es schaffen, eine solche Ganztagsbetreuung zu organisieren, dann kann es kein Naturgesetz geben, nach dem das in Deutschland – in den Kommunen, in den Ländern und im Bund – nicht organisierbar ist. Hier müssen die Prioritäten verschoben werden.

(Beifall)

Ich glaube schon, dass es notwendig ist, einen festen Blick auf die Haushalte zu haben und nichts Unsinniges zu beschließen. Bei mancher Diskussion, die wir heutzutage führen, habe ich aber den Eindruck: Hätten damals Finanzminister in allen Bundesländern und von allen Parteien in gleicher Weise geredet wie heute, dann wäre die allgemeine Schulpflicht in Deutschland niemals eingeführt worden.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb glaube ich, dass wir das, was wir bei Kindern und Familien voranbringen wollen, auch als eine Entscheidung von dieser Dimension begreifen müssen: Es geht um etwas ganz Selbstverständliches, das in unserem Lande eben nicht selbstverständlich ist. Das müssen wir ändern!

(Beifall)

Wir haben bei der Weiterentwicklung unseres Steuerrechts viel geleistet. Wir sind jetzt dabei, die letzten Schritte der Steuerreform umzusetzen. Ich bin sehr dafür, dass

wir den Menschen immer wieder in Erinnerung rufen, welche Entscheidungen damit verbunden sind. Eine Entscheidung lautet: Wir senken die Steuersätze und bauen dafür Subventionen ab. Das ist abstrakt immer sehr willkommen, aber konkret wird es schwer.

Deshalb ist es schon eine Leistung, dass mit der Steuerreform, die jetzt Stück für Stück Realität wird – wenn wir sie vorziehen, wird sie ab 1. Januar 2004 Realität –, über 60 Steuervergünstigungen und Subventionen gestrichen wurden und werden, wodurch es möglich war, dass auch in den berühmten Steuerbezirken Deutschlands, die wir vor 1998 in unseren Wahlkämpfen immer genannt haben, wieder Steuern gezahlt werden: in meinem Wahlkreis die eine Ecke am Elbufer, an der Elbchaussee, im Main-Taunus-Gebiet und am Starnberger See. Das sind Gegenden, wo neuerdings von reichen Leuten wieder Steuern gezahlt werden, weil wir das Steuerrecht gerechter ausgestaltet haben.

(Beifall)

Aber wir haben auch etwas dazu beigetragen, dass eine Entlastung für Familien, für Arbeitnehmer und für den Mittelstand zustande kommt. Deshalb ist es manchmal einfach nur notwendig, die Steuersätze und die Veränderungen zu nennen, die in diesen Gesetzen stehen. Das steuerfreie Existenzminimum für einen Einzelnen steigt auf 7 600 Euro von einem erheblich darunter liegenden Betrag. Wenn man das auf eine Familie mit zwei Kindern hochrechnet, liegt alles, was wir heute an Steuervergünstigungen haben können, ab 1. Januar 2004 deutlich über den Vergünstigungen, die uns Friedrich Merz verspricht. Der spricht von weniger, weil er nämlich das Kindergeld wegnehmen will, um seine Steuerreform zu finanzieren. Bei uns wird es bis zu einem Einkommen von 37 000 Euro für eine Familie mit zwei Kindern keine Steuerzahlungspflicht mehr geben.

(Beifall)

Wir haben den Eingangssteuersatz gesenkt. Er lag über 25 Prozent. Er wird am 1. Januar 2004 15 Prozentpunkte betragen, wenn wir die Steuerreform vorziehen können. Auch das ist eine Entlastung für die kleinen Leute, die wir zustande gebracht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser Antrag und die Diskussionen, die wir bisher geführt haben, zeigen auf, um was es im Steuerrecht jetzt geht. Wir sagen: Wir wollen ein bisschen dazu beitragen, dass es in unserem Land ebenso ist wie in vielen anderen Ländern. Es ist nämlich eine deutsche Besonderheit, dass Veräußerungsgewinne bei Wertpapieren oder Veräußerungsgewinne bei fremdgenutzten Immobilien, also denen, die man nicht selber bewohnt, nicht mit einer – es ist meistens so ausgestaltet – Abgeltungsteuer belegt sind. Bei uns gibt es Situationen, in denen man steuerfrei davonkommt. Das ist keineswegs der Normalfall, sondern das ist, wie Hans Eichel zu Recht immer sagt, eine Steuerlücke, die es in Deutschland gibt.

Mit einem gewissen Interesse, ganz sicher auch mit einer gewissen Irritation haben wir verfolgt, wie vor kurzem in Kalifornien ein Gouverneurswahlkampf stattgefunden hat. Arnold Schwarzenegger ist mit wenigen Worten, er wolle aufräumen, dort zum Gouverneur gewählt worden. Liebe Genossinnen und Genossen, wer die vielen Berichte gelesen hat, der hat für die deutsche Provinz eine kleine Nebenbotschaft lesen können. Was war die Ursache für die Haushaltsprobleme des Staates Kalifornien? Die Ursache war, dass die in einer bestimmten Boomphase der Börse erzielten Steuereinnahmen aus der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen als fortdauernd in dieser Höhe zufließend eingeschätzt wurden. Man hat die dauerhaften Staatsausgaben daran ausgerichtet.

Das war nicht schlau. Die Meldung für die deutsche Provinz lautet: In einem der Kernländer des Kapitalismus ist die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen gang und gäbe. So etwas muss auch hier erläuterbar sein!

(Beifall)

Die zweite Weichenstellung, die wir dort vornehmen, besteht darin, dass wir sagen: Erbschaften müssen höher besteuert werden, als das heute der Fall ist. Dafür gibt es juristische Anlässe. Wir werden es aufgetragen bekommen, das Besteuerungsrecht bei Erbschaften zu ändern. Deshalb wollen wir auch erreichen, dass das bis zum 1. Januar 2006 gelingen kann.

Es gibt dafür aber auch viele andere Gründe, die etwas mit Gerechtigkeit zu tun haben. Es kann nicht sein, dass, wie uns unser Managerkreis mitteilt, die Besteuerung von Erbschaften in Deutschland heute geringer ist – die reale Besteuerung betrachtet – als zu Ludwig Erhards Zeiten. Das jedenfalls sollten wir Sozialdemokraten nicht auf uns sitzen lassen. Es entspricht auch nicht den Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen in diesem Lande.

(Beifall)

Wenn wir das tun, dann sagen wir natürlich auch: Die Besteuerung von Omas Haus soll unverändert bleiben; das wollen wir nicht höher besteuern. Es soll auch keine Beeinträchtigung beim Übergang eines mittelständischen Betriebs geben.

Alle, die sich damit befassen haben, wissen, wie ein solcher Weg aussehen kann. Wir sollten uns darauf konzentrieren, das zu tun.

Wenn es um die Frage geht, wie die Vermögenden an dem, was wir in Zukunft an Aufgaben in unserer Gesellschaft zu lösen haben, beteiligt werden können, gibt es zwei Operationalisierungsschritte, die wir wählen wollen: die Veräußerungsgewinne und die Frage der Erbschaften. Ich glaube, das ist eine gute Entscheidung, die der Parteitag trifft.

Ich habe es sehr gut gefunden, dass es über viele Bezirke hinweg und über viele politische Strömungen hinweg, die unsere Partei kennt, ein Einvernehmen darüber ge-

geben hat, dass wir das so tun wollen. Ich werbe dafür, dass wir bei diesem konkreten Einvernehmen zu diesen beiden konkreten Punkten auch bleiben. Wir haben es mit einem Versprechen miteinander verbunden: Wir wollen das hier nicht nur beschließen, sondern wir wollen das hinterher in Gesetzgebung und Politik umsetzen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das vierte Thema, dessen Behandlung wir für die Weiterentwicklung unseres Landes notwendig finden, ist, dass wir uns mit der Frage befasst haben: Wie soll es in Deutschland mit den sozialen Sicherungssystemen weitergehen? Dazu will ich ein klares Bekenntnis ablegen, das sich in diesem Antrag und auch in dem wiederfindet, was wir diskutiert haben. Wir bekennen uns dazu, dass auch in Zukunft die soziale Sicherheit zu einem ganz wesentlichen Teil über die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Pflegeversicherung und die Arbeitslosenversicherung gewährleistet werden soll. Wir wollen den deutschen Weg, Sicherheit über soziale Versicherungen herzustellen, nicht abschneiden, sondern weitergehen. Das ist es, was die Sozialdemokraten entscheiden.

(Beifall)

Ich bin auch dafür, dass wir das sehr klar und deutlich tun. Denn eines ist ja klar: Sozialpolitik kann man nicht in der Art und Weise betreiben, dass man sich jeden Morgen auf eine grüne Wiese setzt, eine Staffelei vor sich hat und ein neues Bild „Der Sozialstaat ab morgen früh“ malt. Man muss vielmehr auch auf das Rücksicht nehmen, was wir an Traditionen haben. Es gehört nun einmal zu den Traditionen der Bundesrepublik Deutschland und Deutschlands – also länger zurückliegend –, dass, auch um die Sozialdemokraten an ihrer politischen Emanzipation zu hindern, es seit Bismarck so ist, dass es diesen Weg der Sozialversicherung gibt. Das ist sehr mit der Geschichte der SPD verbunden. Es hat nicht so richtig geklappt, was sich Bismarck vorgenommen hat. Wir haben mittlerweile ein gutes Sozialversicherungssystem und die Sozialdemokraten sind daran stark geworden, sie haben sich darum gekümmert, dass es wächst.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir darüber diskutieren, dann darf man natürlich sagen, dass es ein bisschen mehr Steuerfinanzierung geben soll. Nur eines sollte man nicht tun: Die Illusion erwecken, als gebe es einen kompletten Umstieg in ein steuerfinanziertes soziales Sicherungssystem, wie wir es in anderen Ländern kennen. Wir zahlen in Deutschland an Sozialversicherungsbeiträgen jedes Jahr etwa 350 Milliarden Euro. Man muss sich nur einmal vorstellen, die Bundessteuern würden um diesen Betrag angehoben! Das wäre bei einem Bundeshaushalt, der heute 250 Milliarden Euro umfasst, erforderlich.

Jeder, der das einmal durchdacht hat, weiß: Diesen Weg können wir in Deutschland nicht beschreiten; das ist nicht sinnvoll. Was dabei herauskommt, sagen die Herren Miegel und Biedenkopf ganz offen und ehrlich.

Wenn sie Steuerfinanzierung meinen, dann meinen sie nur eine Grundsicherung auf ganz geringem Niveau. Wenn sie „Steuerfinanzierung“ sagen, dann sollen viele Leistungen, die heute mit der sozialen Sicherung verbunden sind, nicht mehr dabei sein. Darum warnen wir vor diesem Weg und wollen ihn auch nicht gehen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber wir müssen natürlich dafür Sorge tragen, dass wir Wege finden, wie wir die solidarischen Strukturen für die Zukunft fit machen. Ein Teil ist das Schmerzliche, was wir gegenwärtig tun – die Reformentscheidungen, die mit der Agenda 2010 zusammenhängen –, weil wir dafür sorgen wollen, dass die Rechnung aufgeht und dass man sich auch in Zukunft noch auf diese Systeme verlassen kann, dass Einnahmen und Ausgaben zusammenpassen, dass die Beiträge zu den Systemen der sozialen Sicherung nicht die Chance auf Arbeit und Beschäftigung erschlagen.

Aber eines ist auch klar: Nicht alles ist so, wie wir uns das vorstellen. Deshalb muss es eine Weiterentwicklung geben. Wir haben gesagt: Wir wollen bei der Krankenversicherung den Weg einschlagen, der unter dem Stichwort „Bürgerversicherung“ diskutiert wird. Das ist zunächst einmal ein Pfad, den wir beschreiten wollen. Aber es ist wichtig, diesen Weg zu nennen. Denn wir befinden uns an einer Weggabelung. Das kann man ganz deutlich sehen, wenn man sich die Vorschläge der CDU – die der FDP sind sowieso klar – anschaut. Dort wird über Kopfpauschalen diskutiert. Es wird darüber diskutiert, die Pflegeversicherung abzuschaffen und die Kapitaldeckung einzuführen. Man ist bereit, über viele Jahre hinweg hinzunehmen, dass die Beiträge höher sind als heute, und zwar trotz aller Diskussionen über Lohnnebenkosten, nur um das ideologische Konzept des Ausstiegs aus einem solidarischen Sicherungssystem hin zu einem anderen durchzusetzen. Diesen Weg wollen wir nicht beschreiten, sondern wir wollen den der Solidarität gehen. Das ist das, was in diesem Antrag steht.

(Beifall)

Wer sich die Diskussion zur Bürgerversicherung anschaut, weiß: Damit sind viele Detailvorschläge verbunden. Jeder hat seine Meinung dazu. Auch für mich gibt es Vorschläge, die ich besser finde als andere. Aber heute auf dem Parteitag werden wir nicht alle Einzelheiten eines solchen Gesetzes beschließen können, nicht einmal alle Details der Grundentscheidungen. Vielmehr sollten wir sagen: Wir wollen nicht, dass es dabei bleibt, dass man sich durch eine individuelle Entscheidung aus der Solidarität entfernen kann. So ist Krankenversicherung heute nämlich organisiert: in der jetzigen Form des Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung.

Wir müssen gucken, ob es Wege gibt, wie die Solidaritätsbeziehungen verbessert werden können. Es gibt Vorschläge, die sehr weit gehen. Es gibt Vorschläge, die besagen, man müsse auf jeden Fall dafür sorgen, dass man sich immer an der Finanzie-

rung der sozialen Sicherung beteiligt. Was ist der Unterschied zwischen den beiden Angestellten, die in einem großen Versicherungskonzern in Düsseldorf arbeiten? Beide verdienen etwa 4000 Euro im Monat. Der eine ist privat krankenversichert und der andere ist in der Techniker-Krankenkasse. Der in der Techniker-Krankenkasse überweist ein Drittel seines Beitragsvolumens in den Solidaritätsausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung. Der andere ist an der Solidarität überhaupt nicht beteiligt. So jedenfalls geht es nicht mehr weiter.

(Beifall)

Aber wie es genau gehen soll, wollen wir nicht beschließen. Vielmehr sagen wir, wie unsere Prinzipien aussehen. Ich glaube, das ist auch gut so. Denn wir müssen sehr sorgfältig, sehr präzise sein. Wir dürfen bei dem, was wir am Ende wollen, keine Fehler machen. Denn eines kann passieren: dass die Wahlauseinandersetzung des Jahres 2006 auch um die Alternative Kopfpauschale, unterstützt von FDP und CDU, oder Weiterentwicklung der solidarischen Krankenversicherung unter dem Stichwort Bürgerversicherung der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht. Das wäre eine vernünftige Wahlauseinandersetzung, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber wenn wir das machen wollen, dann dürfen wir nichts falsch machen. Man darf uns nicht sagen können: Das habt ihr nicht zu Ende gedacht. 2006 ist nicht jetzt. Deshalb geht es um den Pfad, den wir beschreiten wollen. Wir müssen dann hart arbeiten, damit wir sehr präzise sein können, wenn die Wahlauseinandersetzung beginnt.

Ich glaube, dass es ein gutes Paket ist, mit dem wir uns auf den Weg machen können.

Noch ein Wort zur Rente. Kurt Beck hat das Wesentliche dazu gesagt. Wir haben uns sehr genau überlegt, wie und wann wir die Gesetzgebung zu diesem Thema beginnen. Ein Teil musste sofort entschieden werden. Hier hat die Bundestagsfraktion schnell und richtig gehandelt. Denn wir wollen nicht, dass zum 1. Januar 2004 die Beiträge von 19,5 auf 20,3 Prozent steigen.

Daneben gibt es langfristige Entscheidungen, zum Beispiel zum Nachhaltigkeitsfaktor. Hierzu soll das Gesetzgebungsverfahren, soll die Beschlussfassung in der Bundesregierung und in der Fraktion erst nach unserem Parteitag stattfinden. Insofern ist schon wichtig, was wir hier heute beschließen. Denn das ist die Maßgabe, die wir der Gesetzgebung von Fraktion und Regierung mitgeben. Deshalb bin ich froh, dass wir es so konkret machen konnten, wie es jetzt steht. Ich bitte allerdings um Unterstützung dessen, was wir im Antrag finden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir den roten Faden dieser Politik beschreiben, dann gehört dazu stets das Thema Gerechtigkeit. Wir haben das in dem Antrag untergebracht; wir haben es erwähnt. Wir haben gesagt, warum für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Weiterentwicklung von sozialer Ge-

rechtigkeit eine zentrale Bedeutung hat. Es hat viele Anträge dazu gegeben, darunter einen aus Nordrhein-Westfalen, der das sehr gut und sehr präzise formuliert hat. Wir haben vieles von diesem Antrag in dem Beschluss, den die Antragskommission vorschlägt, übernommen.

Wir haben aber gesagt: Das ist nicht genug. Deshalb schlagen wir euch vor, den NRW-Antrag aufzugreifen, der hier als Initiativantrag vorliegt, und in der Weise zu beschließen, dass wir sagen: Wir wollen uns über das Leitbild Gerechtigkeit in einer Kampagne „Gerechtigkeit“ im nächsten Jahr unterhalten. Das soll ein gemeinsames Thema von Sozialdemokraten sein. Denn das halten wir für die Zukunftsfragestellung, mit der wir Sozialdemokraten vorankommen müssen. Ich glaube, das kann im großen Konsens beschlossen werden.

(Beifall)

Letzte Bemerkung. Wir haben alle vieles getan, mitgetragen und mitentschieden, damit die deutsche Einheit vorankommt. Aber die Aufgaben, die sich damit verbinden, sind noch lange nicht erledigt und noch lange nicht zu Ende. Deshalb ist es richtig, dass wir die besonderen strukturellen Defizite in einigen Regionen unseres Landes insbesondere in Ostdeutschland – nicht nur da, aber insbesondere dort – bedenken, dass wir dafür Sorge tragen, dass die den Aufschwung des ganzen Landes nicht behindern. Deshalb geht es darum, diese Herausforderung anzunehmen und uns damit zu beschäftigen. Das wollen wir in dem Antrag auch ausdrücken. Wir wollen deshalb aufgreifen, was in einem Initiativantrag zu diesem Thema aufgeschrieben worden ist, ein Teil im Antrag, ein Teil als Aufgabe von Partei, Bundesregierung und Fraktion. Ich glaube, dass das eine gute Lösung für das ist, was wir wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass dieser Antrag über die Perspektiven, über unseren Weg für einen neuen Fortschritt etwas ist, was die Politik der Sozialdemokraten bestimmen kann, nachdem wir die Strukturreformen durchgesetzt haben, um die es jetzt geht. Es kann nicht so sein, dass wir, wenn alles gut läuft und wir im Dezember damit fertig sind, ab Januar drei Jahre warten, wie sich die Sachen auswirken werden. Vielmehr gibt es auch dann für Sozialdemokraten noch allerhand zu tun. Was das ist, wollen wir hier beschreiben, und zwar bevor es Politik von Regierung und Fraktion geworden ist. Deshalb ist es wichtig, dass wir heute diesen Antrag behandeln. – Schönen Dank.

(Beifall)

Antragsberatung „Unser Weg ist die Zukunft“

Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank, lieber Olaf. Ich gehe davon aus, dass du damit gleichzeitig eine Begründung für die Präambel mitlieferst. Oder möchtest du dazu noch extra das Wort? – Nein.

Dann bitte ich euch jetzt, Genossinnen und Genossen, in die Diskussion einzutreten. Wir haben nur ein kleines Problem. Es haben sich 52 Genossinnen und Genossen gemeldet. Einige haben sich zur Generalausprache gemeldet, einige haben sich zu einzelnen Kapiteln gemeldet und einige haben sich gemeldet. Es kann durchaus sein, dass ich nicht genau weiß, wer wozu etwas sagen möchte. Ihr müsst uns dann ein wenig helfen. Es ist keine Bosheit von uns hier oben. Es ist nicht anders zu lösen.

Als Erstes spricht Jochen Ott aus NRW. Ihm folgt Isolde Ries.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Ein Punkt, der uns die Tage immer wieder begleitet, ist die Frage nach der Gerechtigkeit und den Visionen, für die wir streiten wollen. Das bewegt mich ganz besonders.

Im Kapitel über die Bildungspolitik steht, dass Bildung das Wichtigste für uns alle ist. Gerd Schröder hat gestern gesagt: Bildungspolitik ist notwendig. Wir wollen Menschen eine Chance geben. – Ich möchte mit einem Satz beschreiben, was für mich Aufgabe und Auftrag der Sozialdemokratie ist: Wir müssen dafür sorgen, dass Aische und Chantal, Achmed und Kevin aus Köln-Kalk eine Chance haben, in 20, 30 Jahren Führungspositionen in dieser Gesellschaft zu erlangen.

(Vereinzelt Beifall)

Für mich ist dieser Satz der zentrale Punkt unserer Bildungsdebatte. Mit den von uns geschaffenen Strukturen in der Bildungspolitik nach der sozialdemokratischen Bildungsreform der 70er-Jahre können wir heute nicht dafür sorgen, dass diese Kinder in bestimmten Stadtteilen in den Großstädten dieser Republik, aber auch, denke ich, in vielen kleineren Städten eine Chance haben. Da müssen wir uns fragen, an welchen Stellen wir vielleicht auch Fehler gemacht haben und welche Dinge, die wir bisher nicht angesprochen haben, wir wieder ansprechen müssen.

Ich möchte ein ganz konkretes Beispiel bringen. Wenn man sich in Amerika für irgendetwas bewirbt, dann steht im Lebenslauf nicht der Beruf der Eltern. Der Beruf der Eltern spielt dabei keine Rolle. Bei uns ist das anders. Aufgrund der Noteninflation in vielen Bereichen – der „Stern“ hat vor kurzem einen längeren Bericht darüber gebracht – besteht das Problem, dass viele Personalabteilungen nicht mehr nach den Leistungen der Leute aussuchen können – die haben alle Einheitsnoten – und dann im Lebenslauf nachsehen, aus welcher Familie die Leute kommen und was der Beruf der Eltern ist. Die Konsequenz ist, dass wir Menschen aus bestimmten sozialen Schichten heute nicht mehr die Möglichkeit geben, aufzusteigen. Sie haben ein-

fach schlechtere Bedingungen als die, die aus normalen bürgerlichen Verhältnissen kommen, deren Vater Lehrer oder Gewerkschaftsfunktionär oder Abgeordneter oder was weiß ich ist.

Genossinnen und Genossen, deshalb haben wir unter anderem zur Bildungspolitik morgen – ich meine, das gehört aber auch zum A 1 – deutlich gemacht, dass Leistung für uns Sozialdemokraten ganz wichtig ist. Das ist nämlich die Chance für Kinder aus unteren Schichten, in dieser Gesellschaft nach oben zu kommen, sich durchzubeißen und durchzukämpfen, deutlich zu machen, dass sie etwas zu bieten haben. Es darf nicht ausschlaggebend sein, was die Eltern machen, welchen Einfluss die Eltern gewonnen haben. Das ist jedenfalls nicht die Politik, die wir Sozialdemokraten vertreten sollten.

Deshalb möchte ich hier noch einmal dafür werben, den A 1, der aus meiner Sicht insgesamt in die richtige Richtung weist, auch in den Debatten vor Ort ernst zu nehmen. Wer nur an dem festhält, was in der Bildungspolitik in den vergangenen 30 Jahren diskutiert worden ist, liegt falsch; denn mit unserem jetzigen Bildungssystem sorgen wir dafür, dass gerade die von mir erwähnten Kinder keine Chance haben. Ich möchte, dass wir es schaffen, dass in zehn Jahren die beschriebenen Kinder Führungspositionen erlangen können. Das ist etwas, was auch Gerd gestern gesagt hat. Er hat darauf hingewiesen, dass er aus kleinen Verhältnissen kommt. Er hat es an die Spitze der SPD gebracht. Wir müssen dafür sorgen, dass auch in der nächsten Generation solche Aufstiege möglich werden, dass das nicht eine einmalige kurze Phase der Geschichte in den 70er-Jahren bleibt. Die sozialdemokratische Politik muss wieder ein solches Fenster für viele Menschen in der Gesellschaft schaffen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Ich wäre den Herren über die Mikrofone dankbar, wenn sie mein Mikrofon ständig eingeschaltet lassen würden, damit ich auch mal dazwischengehen kann.

Jetzt kommt Isolde Ries. Ihr folgen Mark Rackles, Berlin, und dann Marc Herter.

Isolde Ries, Saarland: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wir haben einen Initiativantrag zum A 1 eingereicht, nämlich den Initiativantrag 8 zum Thema gesetzliches Mindesteinkommen. Worum geht es bei diesem Antrag? Es geht darum, Genossinnen und Genossen, dass viele Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland Vollzeit arbeiten, ohne von dem Lohn für diese Arbeit überhaupt leben zu können. 5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik verdienen weniger als 1 300 Euro brutto und 2,5 Millionen Menschen verdienen weniger als 900 Euro brutto. Sie sind also von einer angemessenen Lebensführung ausgeschlossen.

Hierbei sind die 6 Millionen Beschäftigten in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen noch nicht einmal berücksichtigt. Es sind nicht nur die Beschäftigten bei

Rechtsanwälten, Notaren, Friseuren und Ärzten, sondern es sind auch Beschäftigte, die unter Tarifverträge fallen, nämlich Gebäudereiniger, Menschen in Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie, Speditionsgewerbe, Textilindustrie.

Ich weiß, wovon ich rede, weil ich Tarifverhandlungen für das Hotel- und Gaststättengewerbe führe. Ein Zimmermädchen bekommt für Vollzeitstätigkeit im Monat 850 Euro. Viele von euch sind mit der Bahn hergekommen. Die Beschäftigten von Mitropa, jetzt Bahn AG, die euch dort so nett bedienen, verdienen gerade mal 850 Euro brutto im Monat. Das ist ein Gehalt, von dem man seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten kann. Es sind insgesamt 7 Millionen Menschen, die so arbeiten. 80 Prozent dieser Menschen sind Frauen. Deshalb das zum A 1.

Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz ist auf die Herstellung faktischer Gleichberechtigung gerichtet. Deshalb fällt auch ein Mindesteinkommen unter die Zweckbestimmung des Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz.

Vorsitzende Heide Simonis: Isolde, ich habe schon zweimal geklingelt.

Isolde Ries, Saarland: Tut mir Leid. Zwei Sätze noch zum Abschluss.

Mindesteinkommen gibt es in vielen europäischen Ländern. Mindeststandards gibt es auch in der Bundesrepublik. Das sage ich nur, weil einige meinen, sie könnten das nicht unterschreiben. Es gibt Mindesturlaub und die Tarifparteien regeln noch anderes.

Damit wir in Zukunft Menschen vor Arbeit in Armut schützen, ist es notwendig, ein gesetzliches Mindesteinkommen zu beschließen. Ich bitte deshalb um Unterstützung dieses Initiativantrags.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – jetzt kommt Mark Rackels. Ihm folgen Marc Herter und Peter Friedrich.

Mark Rackels, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche zum Initiativantrag 3. Das ist der „Berliner Appell“. Ich möchte euch namens der Berliner Delegation für die Unterstützung danken. Wir hatten kein Problem, diesen Initiativantrag auf den Weg zu bringen. Ursprünglich sollte er gestern im Zusammenhang mit den Wahlen zur Parteiführung beraten werden, da er sachlich ein Appell an die Parteiführung ist, die Erosionsprozesse ernst zu nehmen, denen wir als Mitgliederpartei, als soziale Programmpartei und als Volkspartei zurzeit unterliegen.

Wir Berliner haben eben noch einmal miteinander gesprochen. Wir meinen: In der gestrigen Debatte ist der größte Teil der Punkte aufgegriffen worden. Das Signal ist zum großen Teil angekommen. Wir werden über die Initiativ- und Änderungsanträge diverse Punkte zum so genannten sozialen Profil des A 1 einbringen können;

Stichwort: Erbschaftsteuer; Stichwort: Bürgerversicherung usw. Die Berliner Delegation will, dass dem Anliegen des Appells nach wie vor Rechnung getragen wird, aber sie zieht den Initiativantrag als solchen hier und heute zurück und bittet um Unterstützung für die Änderungs- und Initiativanträge, die den A 1 in den genannten Punkten sozialer machen und sozialer gestalten.

In dem Sinne danke ich euch.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke. – Dann kommt Marc Herter. Ihm folgen Peter Friedrich und Martin Rosemann.

Marc Herter, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! In dieser Debatte ist die soziale Gerechtigkeit in den neuen Zeiten neben der Frage der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Innovationen das Schlüsselthema der Sozialdemokratie. Es geht darum, wie wir aufbrechen.

Wir müssen den Menschen erklären, liebe Genossinnen und Genossen, wie wir sie in die neuen Zeiten mitnehmen wollen, wie wir sie in die Zeiten mitnehmen wollen, die wir als Regierungspartei für dieses Land gestern definiert haben.

Wenn es dabei um die Zukunft des Sozialstaats geht, dann geraten wir immer wieder in die Situation, dass wir so etwas wie eine Generationen-debatte führen, die meines Erachtens den Namen, unter der wir sie führen, nicht verdient. In der Regel wird die junge Generation für Sozialkürzungen in Haftung genommen. Pauschal wird gesagt: Sozialkürzungen sind im Interesse der jungen Generation. Ich sage: Das ist Quatsch. Das geschieht auch nicht in meinem Namen. Es ist doch bodenloser Unsinn, wenn man uns erzählt, wenn man insbesondere den Jüngeren erzählt, man müsse jetzt gegen die Kosten für neue Hüftgelenke der Älteren zu Felde ziehen, wie das zum Beispiel die Junge Union tut. Ich bin froh, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten solch einen menschenverachtenden Quatsch nicht mitmachen.

Aber auch in unseren Debatten greifen wir gerne zu dem Hilfsinstrument, man tue das für die junge Generation. Ich will einmal die Gegenthese aufstellen: Gerade für die junge Generation ist nicht der Sozialstaat das Problem, sondern vielfach die Lösung. Das fängt bei Krippen- und Hortplätzen für junge Familien an und geht über den Zugang zur Bildung über die Förderung von jungen Menschen hin zur Absicherung, die solidarisch finanziert wird.

Häufig hört man den Einwand, dass die junge Generation die finanziellen Lasten nicht tragen könne. Ich halte dagegen: Jede arbeitende Generation wird aus der aktuellen Wertschöpfung die aktuellen Renten- und Gesundheitskosten tragen müssen. Es ist dann egal, ob die Kosten durch Umlage oder durch einen aktivierten Kapitalstock finanziert werden. Über diese ökonomische Grundfrage müsste man doch diskutieren können.



Auch ein zweiter Punkt ist wichtig. Die junge Generation erbt doch nicht nur die Staatsschulden. Ein Teil der jungen Generation erbt auch die Schuldscheine inklusive der Zinsansprüche, die sich aus diesen Staatsschulden ergeben. Deshalb ist es so wichtig, dass in den Forderungen der Sozialdemokratie enthalten ist – nicht um irgendeine Neiddebatte zu eröffnen –, die Vermögenden durch Steuern und nicht durch die Zur-Verfügung-Stellung von Krediten an der Finanzierung des Staates zu beteiligen. Deshalb ist es so wichtig, die Erbschaftsteuer zu erhöhen. Deshalb ist es so attraktiv, die Erbschaftsteuer in den Fokus zu stellen. Dieses Geld fließt nämlich in die Landeshaushalte und kann für Bildung ausgegeben werden.

Wir müssen die Frage beantworten, wie die Zukunftschancen innerhalb der jungen Generation verteilt werden. Soll das dadurch geschehen, dass man erbt, oder dadurch, dass man beste Voraussetzungen im Bildungssystem hat? Liebe Genossinnen und Genossen, es bleibt Aufgabe der Sozialdemokratie, im Sozialstaat möglichst viele Möglichkeiten für alle zu schaffen.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Nun hat Peter Friedrich das Wort. Dann folgen Martin Rosemann und Michael Müller.

Peter Friedrich, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Unser Genosse Bundeskanzler Gerhard Schröder hat gestern eine Innovationsoffensive für Deutschland angekündigt. Es war von Jahren der Innovation die Rede. Es ist für die

SPD eine gute Ansage, dass in der nächsten Zeit deutlich gemacht werden soll, dass wir dieses Land fit für die Zukunft machen wollen, und zwar nicht nur, was die Sicherungssysteme, sondern auch, was die Gesellschaft insgesamt und den Bereich Technologie betrifft.

Eine technische Innovationsperspektive löst bei den Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen und auch bei den Menschen keineswegs nur Freude aus. Die Menschen empfinden die neuen Technologien nicht per se als positiv. Auch wenn sie die Chancen, die darin liegen, sehen, werden sie von vielen als Gefahr oder als Bedrohung ihrer Existenz empfunden. Die Menschen erleben nämlich, wie sich Rationalisierungsprozesse auswirken. Deswegen ist es konsequent, dass in dem Antrag auch von einer Bildungsoffensive die Rede ist. Eine Innovationsoffensive kann nur mit einer Bildungsoffensive zusammengehen.

(Vereinzelt Beifall)

Mir macht allerdings die Schwerpunktsetzung in der Bildungsoffensive ein bisschen Sorge. Natürlich brauchen wir für Spitzentechnologien Ingenieure, Chemiker, Informatiker usw. Wir müssen aber auch die Menschen mit auf die Reise nehmen, die heute schon in den Betrieben arbeiten. Wir müssen nicht nur die Zahl der Studierenden erhöhen, sondern wir müssen auch die Anzahl derer erhöhen, die es schaffen können, von einem ungelernten Arbeiter zu einem Facharbeiter aufzusteigen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir wollen, dass die Menschen diese Entwicklung als positiv ansehen, dann müssen wir ihnen diese Chancen eröffnen. Es war ein Manko des Leitantrages, das die Antragskommission zur Hälfte geheilt hat. Das Thema Weiterbildung ist nun stärker berücksichtigt worden. Diese Ergänzung ist nicht schlecht. Aber ich bitte euch herzlich, dass ihr im Rahmen eures Regierungshandelns diese Leute nicht vergesst. Sie stehen beispielsweise am Band oder sind im Dienstleistungsbereich tätig. Sie erleben, wie sich ihr Alltag beispielsweise durch E-Mail beschleunigt und wie sie unter Druck geraten. Sie fühlen sich nicht mehr in der Lage, mit der Entwicklung Schritt zu halten. Deswegen müssen wir gerade diesen Menschen ein Angebot machen.

Der zweite Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, ist das Thema Steuern. Dazu steht Richtiges und Wichtiges im Antrag. Wir sind in den letzten Wochen in eine etwas unschöne Situation geraten. Die SPD muss nämlich gegen Widerstände aus der CDU die Neuverschuldung verteidigen. Nachdem wir mit der Konsolidierung gut angefangen hatten – wir wollen da ja auch weitermachen –, ist das keine gute Situation.

Es ist schön, wenn wir über die Erbschaftsteuer reden. Wir haben uns in der Antragskommission und auch im Land Baden-Württemberg sehr bemüht. Aber mein dringender Appell ist: Lasst uns nur Dinge hineinschreiben, von denen wir wissen,

dass wir sie auch finanzieren können. Wenn wir mehr Schulden machen, dann werden künftige Generationen belastet. Außerdem wird die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland dadurch nicht erhöht. Wir müssen nämlich aus Steuermitteln Zinsen an die Leute zahlen, die dem Staat einmal Geld geliehen haben. Deswegen verschärfen wir die Verteilungsproblematik, wenn wir in Deutschland die Verschuldung erhöhen. Wir können aber über Schulden keine Verteilungsprobleme lösen. Deswegen müssen wir bei allem, was wir heute unternehmen, finanziell seriös bleiben.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke. – Jetzt hat das Wort Martin Rosemann. Ihm folgen Michael Müller, Wolfgang Clement und Claus Möller.

Martin Rosemann, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte etwas aufgreifen, was der DGB-Vorsitzende Michael Sommer gestern in seinem Grußwort kurz angesprochen hat. Es geht mir um die Frage, was uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wichtiger ist: Die Senkung von Steuern oder die Senkung bzw. die Stabilisierung von Lohnnebenkosten?

Ich bin der Auffassung, dass die aktuelle Debatte in Deutschland, aber auch in unserer Partei – oder zumindest unter Beteiligung unserer Partei – über die Konzepte von Merz, Kirchhof und über andere Konzepte eine deutliche Schlagseite hat. Ich glaube, dass die Richtung dieser Diskussion falsch ist. Ich bin auch der Auffassung, dass niedrigere Steuersätze in Deutschland für Investitionen notwendig sind. Wir können mit Stolz sagen – Olaf Scholz hat es zu Recht getan –: Durch unsere Steuerreform sind die Durchschnittssteuersätze genauso wie die Grenzsteuersätze in Deutschland extrem gesunken. Wir sind international durchaus wettbewerbsfähig.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das große Problem haben wir bei den Lohnnebenkosten. Dieses Problem sollten wir nicht nur durch strukturelle Reformen innerhalb des Sozialversicherungssystems selbst beantworten, so wichtig und so richtig das ist. Wir sollten auch den Spielraum nutzen, um den steuerfinanzierten Anteil an den Sozialversicherungen zu erhöhen. Damit können wir die Lohnnebenkosten senken.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen eine Debatte über die Finanzierungsgerechtigkeit von sozialer Sicherung in Deutschland. Wir brauchen eine Debatte darüber, wie die wirklich Leistungsfähigen ihren Beitrag zum Sozialversicherungssystem leisten können. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass zum einen die Lohnnebenkosten nur den Faktor Arbeit belasten, also in Gänze von den Beschäftigten erwirtschaftet werden müssen, und dass sie zum anderen überproportional die Geringverdiener und die Mittelverdiener in Deutschland belasten. Das ist bei den Steuern in diesem Maße nicht der Fall.

Deshalb sollte die mittelfristige Perspektive unserer Steuer- und Abgabepolitik lauten: zum einen eine stärkere Steuerfinanzierung von Sozialversicherungssystemen – das kann dadurch geschehen, dass die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen im Einkommensteuerrecht auch dazu genutzt wird, den steuerfinanzierten Anteil zu erhöhen – und zum anderen eine Enttabuisierung der Mehrwertsteuerdebatte in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Blick über die Grenzen hinweg in die europäischen Nachbarländer –

Vorsitzende Heide Simonis: Martin, ein Blick auf die Uhr zeigt, dass du überziehst.

Martin Rosemann, Baden-Württemberg: Ich komme zum Ende. – Ein Blick in die europäischen Länder zeigt, dass höhere Mehrwertsteuern nicht unbedingt zu einer schlechteren Verteilungsgerechtigkeit führen. Deswegen meine ich: Wir sollten die Debatte ergebnisoffen führen und der Parteitag sollte festhalten, dass wir einen höheren steuerfinanzierten Anteil in den Sozialversicherungssystemen wollen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Jetzt hat Michael Müller das Wort. Ihm folgt Wolfgang Clement.

Michael Müller, Düsseldorf: Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist gut, dass wir in dieser Zeit der schwierigen und schmerzlichen Aufräumarbeit den Schwerpunkt auf Innovation setzen. Was man von der SPD erwartet, ist, dass sie eine Idee des gesellschaftlichen Fortschritts hat. Wenn die SPD es nicht schafft, die Politik „Morgen geht es den Menschen besser“ zu vermitteln, hat sie ihren historischen Auftrag verloren.

(Beifall)

Deshalb ist jetzt das Entscheidende, eine Fortschrittsdebatte zu führen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich glaube, dass ein Teil unserer Probleme darin liegt, dass wir in den 90er-Jahren versäumt haben, diese Fortschrittsdebatte zu führen. Denn man muss sehen: Die meisten der Veränderungen, die wir heute unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen vollzogen haben, haben andere Länder in der ersten Hälfte der 90er-Jahre vorgenommen, also in einer Zeit, in der sie in Deutschland nicht stattgefunden haben. Das Dilemma, nicht frühzeitig genug eine Fortschrittsidee zu entwickeln und zu vertreten, holt uns heute ein. Umso wichtiger ist, dass von diesem Parteitag nicht nur das Signal ausgeht, dass wir uns selbst lähmen, sondern dass wir gemeinsam wieder nach vorne blicken in Richtung der Idee eines neuen Fortschritts.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen vor der großen Aufgabe der sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung. Das ist die Aufgabe, die sich uns

stellt. Denn heute ist die Globalisierung nichts anderes – ich wiederhole das – als die Privatisierung der Welt. Wenn die Welt globalisiert wird, gibt es keine Demokratie und keinen Sozialstaat. Es geht um die Gestaltung der Globalisierung. Das ist die Aufgabe der deutschen und die europäischen Sozialdemokratie, die wir in dieser Zeit lösen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, man muss allerdings auch feststellen: Es ist nicht möglich, die Weltwirtschaft, so wie sie jetzt ist, einfach nur aus nationalstaatlicher Sicht zu betrachten. Wir müssen auf neue Bedingungen neue Antworten geben. Wir müssen auf die alte Frage „Wie ist Fortschritt möglich?“, die sich heute wieder stellt, eine neue Antwort geben. Das ist das, was man von der SPD erwartet. Deshalb meine Bitte, nicht nur nach hinten zu schauen. Wir müssen gemeinsam nach vorne schauen, damit von der SPD wieder ausgeht: Morgen werden die Menschen besser leben, auch unter den Bedingungen der Globalisierung. Das ist das, was wir vermitteln müssen. Wir können nämlich zur Globalisierung weder Nein sagen noch können wir heute mit den alten Konzepten Politik machen. Es geht um etwas Neues.

Ich finde, wir haben mit der großen Idee der Nachhaltigkeit eine Antwort, die wir geben können. Wir haben mit der Idee, Soziales, Ökonomie und Ökologie zusammenzuführen, ein Konzept. Wir wissen: Wir stehen vor einer grundlegenden „Systemauseinandersetzung“ zwischen neoliberalen Kapitalismus und sozialer Demokratie. Ob wir diese Herausforderung bewältigen, wird sich in Deutschland und ganz entscheidend in der Sozialdemokratie entscheiden. Deshalb meine Bitte, nach vorne zu schauen. Seid mutig! Nehmen wir die Herausforderungen an und sagen wir: Wir stehen für einen neuen Fortschritt. Wir verstehen Innovation nicht nur im technischen Sinne, sondern in einem umfassenden, gesellschaftlichen Sinne als die Idee des neuen Fortschritts.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Jetzt kommt Wolfgang Clement. Ihm folgt Claus Möller. Dann kommen Hans Eichel und Arne Schneider.

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Genossinnen und Genossen! Ich habe jetzt für die Generalausssprache drei Bitten, auf die ich hinweisen möchte.

Erstens: Wir brauchen mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze, gerade wenn wir über die Wege in die Zukunft sprechen. Wir werden aus der Regierung heraus den Weg in die Zukunft nur gehen können, wenn wir mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze schaffen. Wenn wir das wollen, brauchen wir mehr Investitionen. Wenn wir mehr Investitionen brauchen, dann – das wissen alle; jeder und jede von uns weiß das aus dem eigenen Betrieb – müssen wir mit den Steuern und den Abgaben herunter. Jede Diskussion über Steuererhöhungen einschließlich der Erbschaftsteuer – ich höre schon die verschiedenen steuerrechtlichen Begriffe – muss mit äußerster Sorgfalt und Sensibilität geführt werden.

Wir erwarten in Kürze eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Es gibt eine Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, auf die ich sehr deutlich hinweisen möchte. Sie bezieht sich auf das Betriebsvermögen. Ich halte eine Erbschaftsteuer für richtig. Ich halte es auch für richtig, dass man dort deutlicher zugreift. Das ist alles richtig. Das ist eine sehr sauber zu definierende Fragestellung.

Nur, wenn wir nicht rechtzeitig klar machen, dass es uns nicht darum geht, eine Ausnahme zu schaffen, sondern darum, dass das Betriebsvermögen sozialpflichtig ist, das heißt, dass aus dem Betriebsvermögen Arbeitsplätze entstehen und dass daher dieses Betriebsvermögen von uns selbstverständlich nicht so besteuert wird, dass aus den Betrieben Gelder abfließen und die Liquidität gefährdet ist, wodurch Arbeitsplätze nicht mehr gesichert werden können, dann ist dies ein schwerer Fehler. Meine Bitte genauso wie bei anderen Gesichtspunkten ist: Ich höre Mehrwertsteuer und Ähnliches. Jeder und jede von uns weiß, dass Begriffe dieser Art, die jetzt ins Gespräch gebracht werden, ihre eigene Dynamik entfalten. Deshalb ist meine Bitte: Lasst keinen Zweifel daran: Wir müssen mit den Steuern und Abgaben herunter – für die Unternehmen und die Investitionen sowie für die Bürgerinnen und Bürger, damit die Menschen wieder einkaufen, wir also wieder Kaufkraft bekommen und die Nachfrage steigt. Denn das eigentliche Problem zurzeit in Deutschland ist die mangelnde Binnennachfrage, ist der mangelnde Mut der Menschen, jetzt und nicht nur in der Zukunft.

Zweitens: Bildung und Wissenschaft. Wir reden da nicht nur über mehr Geld und Investitionen. Ich finde richtig, was wir tun: mehr Ganztagsbetreuung. In vielen Ländern findet ein Vorziehen der schulischen Bildung statt. Alles das – das wissen wir – ist längst fällig, es findet viel zu spät statt. Aber ich möchte in diesem Bereich gerne auch fordern. Wir haben im Westen der Bundesrepublik Deutschland einen Fehler gemacht. Wir hätten auf zwölf Schuljahre übergehen sollen, statt die ostdeutschen Länder dazu zu bewegen, von zwölf auf 13 Schuljahre zu gehen. Das war ein Fehler, der korrigiert werden muss.

(Beifall)

Die Bildungswege sind zu lang; das alles ist zu unkonzentriert.

Des Weiteren: Ich lese sehr viel über die große Klasse unserer Hochschulen. Ich sage euch, Genossinnen und Genossen: Wenn wir heute in Deutschland die Realität haben, dass ein Hochschul- bzw. Universitätsabsolvent in der Regel 28 oder 29 Jahre alt ist, ist das völlig unhaltbar. Wir müssen von den Hochschulen und Universitäten erwarten, dass sie ein ganz anderes Tempo vorlegen und eine sehr viel beschleunigtere Reformkraft entwickeln.

Letzte Bemerkung: Wir reden über Bürokratie und Regulierung. Wir wollen alle Entbürokratisierung und Deregulierung. Lasst uns damit ernst machen. Lasst uns nicht an jeder Stelle neue Gesetze und neue Regelungen fordern. Ich bin jemand – da stehe ich völlig zu Unrecht unter Verdacht –, der viel von Tarifoheit hält. Ich

halte überhaupt viel von denen, die etwas aus freien Stücken erreichen und damit Gesetze überflüssig machen. Das gilt für die Tarifhoheit und beispielsweise auch für Mindestlöhne. Wer in Mindestlöhne einsteigen will, Genossinnen und Genossen, der beendet auf längere Sicht das System der Tariffreiheit und der Tarifhoheit. Das ist so klar wie nur etwas. Bleibt in diesem Punkt ein bisschen logisch.

(Beifall)

Lasst uns nicht solche Wege beschreiten. Wir haben zu viele Gesetze, Regelungen und Normen. Ich habe damit zu tun, dass ich mit der Frage konfrontiert werde, wie viel wir denn noch regeln, normieren und gesetzlich durchbuchstabieren wollen. Ich werde später auf dieses Thema zurückkommen. Tarifhoheit und Mindestlöhne – setzt auf freie Vereinbarungen.

(Vereinzelt Beifall)

Allerdings sollte von den Gewerkschaften davon richtig Gebrauch gemacht werden, so wie es das Gesetz und die rechtlichen Möglichkeiten vorsehen. Wir sollten von der Regel „Setzt auf das Tun aus freien Stücken“ Gebrauch machen, wenn wir nachher über Berufsausbildung diskutieren. Darauf freue ich mich.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Schönen Dank. – Claus Möller, Hans Eichel, Arne Schneider und Ulrike Nissen.

Claus Möller, Parteirat: Genossinnen und Genossen! Ich bin ganz sicher, dass sich die SPD mit Annahme des Leitantrages A 1 heute deutlich hinter die Reformpolitik der Bundesregierung stellt. Es gibt zu ihr keine Alternative.

Ich kenne keine Sehnsucht in der Partei nach Opposition. Aber was ich kenne, sind nach einigen verlorenen Wahlen und nach wöchentlichen Meinungsumfragen Ängste vor der Opposition. Dabei ängstigt mich nicht so sehr die Sonntagsfrage, sondern ich finde beunruhigend, dass gerade in dem Kernstück sozialdemokratischer Grundsätze, „Starke Schultern tragen mehr als schwache Schultern“ – wir sind die Partei, die seit 140 Jahren für diesen Grundsatz steht –, die Wählerinnen und Wähler Zweifel haben und uns in diesem Punkt nur 27 Prozent Kompetenz zusprechen. Deshalb muss nach den kurzfristig wichtigen Reformschritten nachgearbeitet werden. Wir müssen mit diesem Antrag deutlich machen, wofür wir stehen und wie der Sozialstaat langfristig aussehen könnte. Wir haben verabredet, das heute zu diskutieren. Unser Grundsatz muss auch in Zukunft gelten.

Zur Verteilungsfrage will ich sagen: Es gibt nicht viel zu verteilen. Aber in einer Situation, in der nichts zu verteilen ist, sondern in der wir den Bürgerinnen und Bürgern Einschnitte zumuten müssen, gilt umso mehr der Grundsatz „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern“.

(Beifall)

Ich sage, da ich zu den Kritikern gehörte, unumwunden, dass wir mit diesem Leit Antrag 1 ein gutes Stück vorangekommen sind. Ich will dafür ein paar Beispiele nennen: die Klarstellung in der Präambel, der NRW-Initiativantrag „Leitbild der Gerechtigkeit“ – ein sehr guter Antrag –, die deutliche Aussage zur Chancengleichheit im Bildungssystem und – das gehört für mich dazu – Chance auf einen Ausbildungsplatz; auch dazu werden wir Beschlüsse haben.

Zu dem Ansatz in diesem Antrag, dass breitere Schultern mehr tragen müssen als schwache Schultern, gehört die Beschlusslage zur solidarischen Bürgerversicherung, gehört der klare Zeitplan für die Einführung der Erbschaftsteuer. Wolfgang Clement, ich finde es gut, dass wir erst die Entscheidung des Verfassungsgerichts abwarten und dann mit der Umsetzung beginnen, wie wir es in Eckwerten beschrieben haben. Dabei geht es gerade um den schwierigen Punkt, den Generationswechsel in kleinen und mittleren Unternehmen nicht unmöglich zu machen. Das haben wir sehr wohl im Auge.

Dazu gehört für mich auch die Absage an eine weitere Senkung des Spitzensteuersatzes.

(Vereinzelt Beifall)



Ja zum Vorziehen der Steuerreform, aber was die Senkung des Spitzensteuersatzes angeht, ist jetzt Schluss. Wenn etwas gesenkt werden soll, dann müssen es die Abgaben sein, denn die Steuern sind so hoch nicht.

Genossinnen und Genossen, ich will noch einmal darstellen, wie wir uns auf den Weg gemacht haben. Es war gar nicht so einfach, erst einen Sonderparteitag durchzusetzen und dann diesen Parteitag. Der Diskurs mit der Partei hat sich gelohnt: Es gibt über 200 Anträge zum Leitantrag. Dass die Fassung der Antragskommission heute so aussieht, ist auch Olaf Scholz zu verdanken. Olaf Scholz hat sich in unendlich vielen Arbeitsgruppen und Antragskommissionen in dem Prozess sehr bemüht, den Konsens mit der Gesamtpartei zu finden. Olaf, so manch eine lange Tischvorlage aus dem Kabinett hat uns das nicht immer leicht gemacht.

(Vereinzelt Beifall)

Lasst uns diesen Antrag mit breiter Mehrheit beschließen. Wir wissen aber: Mit Parteitagsbeschlüssen allein ist es nicht getan. So wie jetzt die eingeleiteten kurzfristigen Reformen im Vermittlungsausschuss zum Erfolg gebracht werden müssen, erwartet die Partei natürlich, dass das, was wir heute beschließen, rasch, aber ohne Überstürzung umgesetzt wird. Dann wird es der Regierung gemeinsam mit der Bundestagsfraktion und der Basis umso leichter fallen, die Reformpolitik der Bundesregierung in den 13 vor uns stehenden Wahlen zu vermitteln.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Es folgt Hans Eichel, dann Arne Schneider.

Hans Eichel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich möchte zuerst die Aversion von Olaf Scholz gegen Finanzminister zurückweisen: Auch Finanzminister sind für die Schulpflicht.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin nämlich dafür, dass jeder die Grundrechenarten und auch den Dreisatz beherrscht,

(Vereinzelt Beifall)

damit jedem klar ist, dass weniger Steuereinnahmen, weniger Schulden und mehr Ausgaben nicht zusammenpassen. Das lernt man in der Schule. Deswegen, lieber Olaf, kannst du dich darauf verlassen, dass auch der Finanzminister Geld für Schulen will, jedenfalls für die Elementarbildung.

Nun ein paar grundsätzliche Bemerkungen zur Finanzpolitik in diesem Zusammenhang. Zunächst zur Frage der Gerechtigkeit in der Steuerpolitik. Dazu muss ich nach der Einführung von Olaf nicht mehr viel sagen. Es kommt zuallererst darauf an,

dass wir alle Besteuerungslücken schließen; denn diese werden nicht von Leuten mit kleinem Einkommen genutzt, sondern von Leuten mit großem Einkommen.

(Beifall)

Dazu gehört nicht nur, im Steuerrecht alle möglichen Vergünstigungs- und Ausnahmetatbestände abzuschaffen. Ihr habt übrigens bei der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, die wir grundsätzlich für richtig halten, gesehen, wie eine solche Ausnahme genutzt werden kann, und zwar im Fall der Fußballmillionäre. Ebenso ist es nötig, Spekulationsgewinne und Veräußerungsgewinne zu besteuern. Ich sage ausdrücklich: Kapitalerträge. Der Kampf gegen Steueroasen, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit muss nachdrücklich erfolgen.

Immer, liebe Freunde, wenn wir dazu Vorschläge gemacht haben, wie zum Beispiel mit dem Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen – Gerd hat gestern darauf hingewiesen –, hat die Union diese abgelehnt. Jetzt finde ich zum ersten Mal – das ist positiv – in dem Merz-Konzept folgenden simplen Sachverhalt: Warum soll nur der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber für das Finanzamt sein Gehalt bescheinigt bekommen, warum soll nicht auch der, der Kapitalerträge hat, diese von der Bank bescheinigt bekommen? Damit würden wir eine Fülle von Problemen lösen.

Unser Problem, liebe Freunde, ist nicht die Höhe der Steuerlast. Wir haben die niedrigste Steuerquote in der Europäischen Union. Aber wir haben ein Problem bei der Steuerstruktur. Das ist schwierig zu diskutieren; das müssen wir uns im Einzelnen ansehen.

Steuersenkungen über das hinaus, was in der dritten Stufe der Steuerreform vorgesehen ist, kann ich wirklich niemandem mehr versprechen. Das gesamte System – Bund, Länder, Gemeinden und soziale Sicherungssysteme – hat ein Defizit von 90 Milliarden Euro in diesem Jahr. Diese Lücke muss geschlossen werden.

Zweite Frage: Was machen wir mit dem Geld? Ich will das ganz grob zuspitzen, damit das für jeden klar wird: Entweder geben wir es für Vergangenheit und Gegenwart aus oder wir geben es für Gegenwart und Zukunft aus. So einfach ist das. Gegenwart und Zukunft bezieht sich zum einen auf die Rente, ein Riesenproblem, das wir nicht verdrängen können. Zum anderen kämpfe ich nachdrücklich darum – da befinde ich mich mit Edelgard Bulmahn zwar im Einzelfall manchmal im Clinch, aber nicht, was die Linie angeht –, dass viel mehr für das getan wird, was künftiges Wachstum schafft, das heißt für Kinderbetreuung, Bildung, Ausbildung, Forschung, Entwicklung, Innovation, Umsetzung in neue Produkte. Dafür brauchen wir mehr Geld. Machen wir uns bitte nichts vor: Wir haben die Wahl, das Geld entweder für heutige Schulden und bestimmte Sozialausgaben zu verwenden oder aber für Sozialausgaben, die dringend nötig sind, wie zum Beispiel die Rente, damit es keine Altersarmut gibt, und für die Zukunft. Das ist entscheidend.

Eine weitere Bemerkung, wenn ihr sie mir erlaubt; denn das wird in der nächsten Zeit eine ganz zentrale Debatte sein. Wir müssen raus aus der Staatsverschuldung, ja.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage auch in Richtung Brüssel: Ich stehe zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, wie er jetzt ist. Das ist die gemeinsame Position der Bundesregierung; so ist das mit Gerhard Schröder abgesprochen. Aber, liebe Freunde, man muss doch sehen, dass Konsolidierung in Zeiten der Stagnation etwas anderes ist als Konsolidierung in Zeiten des Aufschwungs.

(Vereinzelt Beifall)

In Zeiten des Aufschwungs muss das Geld herausgenommen werden, aber in Zeiten der Stagnation darf keine restriktive, kontraktive, prozyklische Finanzpolitik gemacht werden, sonst wird die Phase der Stagnation verlängert. Konsolidierung ist nur in der Kombination von Sparen und Wachsen möglich.

Angesichts der Anstrengungen mit der Agenda 2010, dem Subventionsabbau und den Eingriffen in die sozialen Sicherungssysteme gäbe es eine andere, angemessenere Antwort aus Brüssel als die, die uns gegenwärtig zu erreichen scheint. Darüber sollte man in aller Ruhe reden können.

Letzte Bemerkung, liebe Freunde. Es wird gefragt: Wo soll das Geld herkommen? Ich habe eben gesagt, dass man entscheiden muss, wie viel für das Soziale und wie viel für die Zukunft ausgegeben werden soll. Ich will das in einem Punkt ein wenig deutlicher machen: Wir leisten uns in der Mitte der Gesellschaft, vor allem im Steuersystem, eine große Fülle von Privilegierungen, von einzelnen schönen Dingen, die jeder gut findet, steuerliche Absetzbarkeit des Arbeitszimmers, steuerliche Niedrigbewertung von Schnittblumen, Förderung des Eigenheims, Förderung des Weges zur Arbeitsstelle und einiges mehr, obwohl der Staat riesige Schulden macht. Aber das alles geht angesichts der beiden großen Blöcke Rente und Zukunft nicht mehr. Das müssen wir klar machen, wenn die Frage gestellt wird, wo wir das Geld hernehmen wollen. Wir können hier nicht nur neue Prioritäten beschließen, aber nicht sagen, welche Dinge nachrangig sind, bei denen wir Geld einsparen. Nur, wenn wir darüber sprechen, werden wir als kompetent wahrgenommen. Aber dann ist die Debatte auch ziemlich ungemütlich.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor. Der muss leider dem von Arne Schneider vorgezogen werden.

Jörg Wenghöfer, Schleswig-Holstein: Genossinnen und Genossen! Wir haben über 50 Wortmeldungen. Die wichtigen Reden, glaube ich, haben wir gehört. In Anbetracht dessen, dass wir aus Schleswig-Holstein gerne eure Meinungsvielfalt hören

wollen, stelle ich für viele von uns den Antrag, die Redezeit auf drei Minuten zu begrenzen.

Vorsitzende Heide Simonis: Ihr habt es gehört: Die Redezeit soll auf drei Minuten begrenzt werden. Möchte jemand widersprechen? – Soll das ein stummer Widerspruch sein? – Nein, Zustimmung, also kein Widerspruch.

(Zurufe: Doch!)

– Gut, es gibt also Widerspruch. – Dann müssen wir abstimmen. Wer dafür ist, die Redezeit auf drei Minuten zu begrenzen, bitte ich, das Kartenzeichen hoch zu heben. – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit. Von nun an gilt also eine Redezeit von drei Minuten. – Jetzt hast du das Wort.

Arne Schneider, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Eine Redezeit von drei Minuten ist für mich kein Problem. – Zunächst möchte ich sagen, dass die Antragskommission im Zusammenhang mit dem Leitantrag sehr gute Arbeit geleistet hat. Es war die Antragskommission, die ihn überhaupt zustimmungsfähig gemacht hat. Dafür herzlichen Dank!

Ganz besonders freut mich, dass deutlich wird, dass soziale Gerechtigkeit für all das, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in diesem Land tun, Maßstab ist und bleibt. Der Bezirk Hannover schlägt dennoch drei Änderungen vor, die ich hier vortragen möchte.

Erstens. Wir sind ganz besonders für den angesprochenen Bürokratieabbau, aber nicht dann, wenn unter diesem Deckmantel Arbeitsschutz-, Datenschutz- oder Verbraucherschutzrechte eingeschränkt werden sollen, liebe Genossinnen und Genossen. Daher wollen wir eine entsprechende Passage einführen.

Zweitens. Es ist richtig, dass wir junge Frauen für Studiengänge in IT-Berufen gewinnen müssen, aber nicht nur für IT-Berufe. Wir sind der Auffassung, dass aufgenommen werden muss, dass wir sie für alle naturwissenschaftlichen und technischen Berufe gewinnen müssen, und schlagen daher auch diese Änderung vor.

Drittens. Es wundert mich ein bisschen, welches antiquierte Rollenverständnis der PV im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit hat. Liebe Genossinnen und Genossen, ich dachte, dass wir in dieser Partei das Bild vom Mann, der als Alleinverdiener die Verantwortung trägt, schon lange überwunden hätten.

(Vereinzelt Beifall)

Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Von daher sollten wir den Satz, den ihr in diesem Zusammenhang in den Leitantrag geschrieben habt, den ich aber nicht besonders schön finde, ersatzlos streichen. – Ich hoffe, das waren weniger als drei Minuten.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Es kommen immer mehr Wortmeldungen herein; wir kommen richtig in Tüdel. Hier wurde gerade ein Änderungs- und Initiativantrag eingereicht. Von wem wird der gestellt? – Von Hannover. Das geht eigentlich nicht mehr. Unter den Antrag müssen noch ein paar Unterschriften. Die Fristen sind abgelaufen. Wollt ihr ihn wieder mitnehmen

(Heiterkeit)

oder sollen wir ihn hier oben wegwerfen? – Gut, dann führen wir nachher eine Geschäftsordnungsdebatte. Dann schaut sich das mal einer an.

Dann hat jetzt Thomas Isenberg das Wort.

Thomas Isenberg, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich denke, es reicht nicht aus, nur über Chancengerechtigkeit zu reden. Im Gegenteil: Wir müssen weiter über Verteilungsgerechtigkeit reden. Ansonsten bleiben auch in Zukunft die Chancen ungleich verteilt. Gerade in Zeiten, in denen 2 Millionen Kinder von Sozialhilfe abhängig sind, geht es nicht an, dass die SPD ihr soziales Profil zur Disposition stellt. Deswegen müssen wir die entsprechenden Änderungsanträge annehmen. Ich bin froh, Genossinnen und Genossen, dass die Antragskommission vieles aufgegriffen hat.

Ich möchte am Beispiel der Gesundheitspolitik klarmachen, wie wichtig das ist. Ich will nicht, dass jemand wie Mißfelder oder andere in Zukunft, wenn diese Partei irgendwann einmal nicht mehr an der Regierung sein sollte – das ist ja nicht auszuschließen – Umverteilung nicht mehr im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung vorsehen. Dann wäre Arm und Reich nicht nur an den Zähnen, sondern auch daran zu erkennen, ob jemand eine Hüftprothese bekommt. Dies ist nicht sozial. Deswegen müssen wir den Erfolg der Gesundheitsreform, bei der wir uns in wesentlichen Punkten haben durchsetzen können, öffentlich verteidigen.

Es ist gut, dass wir eine Gesundheitsministerin haben, die in der Lage ist, sich im Haifischbecken Gesundheitswesen zu bewegen. Nach zehn Jahren neoliberaler Abbaupolitik haben wir hier eine Trendwende erreicht. Aber, liebe Ulla Schmidt, jede Medaille hat zwei Seiten. Das sollten wir, denke ich, der Bevölkerung ganz deutlich sagen, wenn wir ernsthaft und glaubwürdig sein wollen. Es ist ganz klar, dass die Gesundheitsreform in der öffentlichen Wahrnehmung nicht nur Gutes bringt. Es ist gut, dass wir mehr Wahlmöglichkeiten haben. Es ist toll, dass die Patienten Hausarztmodelle wählen können, dass wir die Prävention stärken, dass wir den Internetversandhandel ermöglichen und dort Verbraucherschutzrechte ausbauen. Aber, liebe Ulla Schmidt, es ist auch so, dass die Bevölkerung momentan nicht weiß, was sie im Januar angesichts dessen machen soll, dass die Ärzte Verbraucher fehl informieren und mit gruppenegoistischen Ansätzen Stimmung machen. Wir in der Partei haben hier ein Kommunikationsproblem.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich denke, es ist nicht gerecht, die Patienten einseitig durch weitere Zuzahlungen zu belasten. Deswegen ist es notwendig, dass wir

mit dem Beschluss des Leitantrages eine Leitplanke einsetzen, indem wir die Bürgerversicherung nicht nur als Weg beschreiten, sondern indem wir auch sagen, wohin wir konkret wollen und was unser Ziel ist. Wir wollen Umverteilung, indem wir die guten Risiken in die gesetzliche Krankenversicherung einbeziehen und indem wir nicht weiter zulassen, dass sich derjenige, der viel verdient und ein gutes Gesundheitsrisiko hat, der Solidarität entziehen kann. Wir brauchen die Leistungsträger dieser Gesellschaft – und nicht nur den Arbeiter – in der gesetzlichen Krankenversicherung. Wir brauchen jeden – und das unabhängig vom Einkommen, liebe Genossinnen und Genossen. Das darf nicht geprüft werden; das muss deutlich gesagt werden, damit wir unser Profil auch in der Gesundheitspolitik beibehalten.

Lasst mich abschließend noch auf einen Punkt eingehen. Es geht nicht, dass wir als Partei im Januar sagen: Wir haben einen Parteitag zur Gesundheits- und Sozialpolitik gehabt; aber so richtig glauben auch wir nicht daran, was beschlossen worden ist. – Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns deswegen die Chance nutzen, die Ulla Schmidt im Zusammenhang mit Patientenrechten bietet! Wir werden die Patientenrechte stärken. Eine Beteiligung von Patientenorganisationen an den gesamten Gremien des Gesundheitswesens ist vorgesehen.

Vorsitzende Heide Simonis: Kommst du jetzt bitte zum Schluss.

Thomas Isenberg, Berlin: Wir sind diejenigen, die den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort erläutern sollten, warum wir zum einen den Zahnersatz teilprivatisieren und welche guten Dinge wir zum anderen mit den Elementen, die ich eben erwähnt habe, tun. Dabei können wir vor Ort mit vielen Selbsthilfegruppen gemeinsame Bündnisse schließen

Vorsitzende Heide Simonis: Jetzt ist aber langsam Schluss, Genosse.

Thomas Isenberg, Berlin: und unser Profil darstellen.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank. – Genossinnen und Genossen, hier sind noch weit über 50 Wortmeldungen. Ich glaube, wir kommen wieder wie gestern an die 100. Wenn jeder zweimal drei Minuten redet, dann wird das doppelt so lange.

Jetzt hat Uli Nissen das Wort. Dann kommen Otto Graeber, Horst Schmidtbauer und Florian Gerster.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr froh, dass im Ergänzungsantrag zu A 1 deutlich aufgenommen worden ist, dass das Erststudium gebühren- und kostenfrei bleiben soll. Das Netzwerk hat uns da in Hessen keinen großen Dienst erwiesen. Der hessische Wissenschaftsminister nimmt die Meinung des Netzwerkes der SPD als Argumentation dafür, warum in Hessen ein

Erststudium gebührenpflichtig werden sollte. Deshalb: Danke, liebe Antragskommission, dass ihr das so deutlich aufgenommen habt.

Ein weiterer wichtiger Punkt als Ergänzung zu A 1 ist, dass in Riester-Verträgen Unisextarife vorgesehen werden sollen. Dies darf ganz klar nur ein erster Schritt sein. Unisextarife sollten nicht nur für Riester-Verträge gelten. Alle Versicherungsverträge sollten geschlechterneutral gestaltet werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wer dazu Näheres wissen will: Ich habe Zahlen dazu; die kann ich aber natürlich in den drei Minuten meiner Redezeit nicht nennen.

Auch die Vermögensteuer ist aufgenommen worden.

Sie sollte eigentlich noch intensiver aufgenommen werden; denn es ist wenig sinnvoll, dass Vermögende erst sterben müssen, bevor sie sich finanziell beteiligen. Deshalb sollte die Vermögenssteuer umgehend wieder erhoben werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin als Finanzfrau selbstständig und schade mir selbst mit diesem Vorschlag. Ich habe sehr viel vermögende Privatkundschaft. Diese Kunden sind sehr dankbar, dass wir so schöne Steuersparmodelle haben. – Daran kann ich sehr viel verdienen, aber ich hoffe, dass sie umgehend abgeschafft werden. – Schiffsfonds werden zum Beispiel intensiv gefördert. Diese Fonds sind völliger Schwachsinn. Dadurch werden Schiffe gefördert, die in Korea produziert werden. Wenn dadurch wenigstens der Schiffbau an unserer Küste gefördert würde, an dem deutsche und ausländische Kollegen beteiligt sind, sähe ich wenigstens einen Sinn darin. Dass aber Schiffe gefördert werden, die in Korea gebaut werden, ist absolut ätzend. Das Gleiche gilt für Medienfonds. Damit werden Filme gefördert, die in Hollywood produziert werden.

Ein ganz wichtiger Punkt noch zur Gesundheitsreform: Wir müssen uns Restriktionen überlegen. Eine meiner Mandantinnen ist Krankenschwester. Sie hat mir erzählt – das wollte sie leider nicht öffentlich sagen –, dass eine junge Patientin, eine junge Frau mit 20 Jahren, nach einem Unfall ins Krankenhaus kam. Die Ärzte meinten, dass man das Bein mit aufwendigen Maßnahmen retten könnte. Das Budget würde das aber nicht mehr hergeben. Deshalb wurde das Bein amputiert. – Das ist grauenvoll. Deshalb müssen wir uns Restriktionen überlegen, wo die Krankenhäuser sparen können. Aber einer jungen, 20-jährigen Frau das Bein zu amputieren, nur um Kosten zu sparen, ist wirklich widerwärtig.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke. – Otto Graeber und dann Horst Schmidbauer, bitte.

Otto Graeber, Vorsitzender der AG 60 plus: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bräuhete mindestens eine halbe Stunde, um das in knappen Worten sagen zu können, was unseren Leuten in der AG „60 plus“ eigentlich auf der Seele brennt. Das muss ich mir aber verkneifen. Darum jetzt ein bisschen Philosophie, was auch dazu gehört und was nach unserer Auffassung in diesem Antrag fehlt.

Was fehlt, ist: Wir sorgen für Gerechtigkeit zwischen den Generationen oder wir sorgen für eine nachhaltige Politik, die dem demographischen Wandel in Europa Rechnung trägt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der manchmal untergeht. Das wird einfach so hingenommen. Vielleicht kann man ja auch auf die Arbeitsgemeinschaft verzichten. Ich sage euch aber: Wir sind keine Treppenterrier und wir veranstalten auch keine Kaffeekränzchen, wie manche meinen. Wir machen vor Ort Politik, wir müssen Politik umsetzen. Wir müssen uns mit diesen Dingen auseinandersetzen, und zwar Tag für Tag. Darüber muss man, denke ich, gelegentlich nachdenken dürfen.

Die Gesellschaft muss sich vom Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Generationen leiten lassen. Wir stehen ein gegen den Krieg zwischen den Generationen, und zwar von Anfang an. Das ist eine große Aufgabe unserer Arbeitsgemeinschaft. Ich stelle allerdings auch an eure Adresse die Frage: Haben eigentlich alle in der Politik, in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Kultur, begriffen, was demographischer Wandel heißt? Sind sie da auf dem Laufenden? Ich habe da manchmal große Zweifel. Sind die älteren Menschen eigentlich nur eine Belastung und weniger eine Bereicherung für diese Gesellschaft? Wir treten ein gegen die gesellschaftliche Abwertung des Alters. Ich denke, das macht unsere Partei. Darauf müssen wir uns auch stützen dürfen. Unsere Gesellschaft muss die Kompetenzen älterer Menschen in ausreichendem Maße berücksichtigen. Eine Gesellschaft, die sich nur auf „Jugend“ schminkt, verschenkt das Entwicklungspotenzial älterer Menschen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist aber erfreulich, dass es noch Solidarität in der Familie gibt und sich die Älteren und Jüngeren gegenseitig helfen. Das muss man anerkennen. Die ältere Generation unterstützt die jüngere Generation jährlich mit circa 180 Milliarden. Ist das nichts? Ist das ein Pappensiel? Das fängt beim Babysitten an und hört beim Erben auf, beim Erben natürlich ohne eine entsprechende Belastung.

Vorsitzende Heide Simonis: Otto, ich habe schon geläutet.

Otto Graeber, Vorsitzender der AG 60 plus: Ja, ich weiß. Heute rede ich aber zu Ende. Jedes Mal wird mir das Wort abgeschnitten.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir schon etwas sagen – und wir sagen ganz wenig; wir sind ja bescheiden und melden uns nicht bei jedem Thema zu Wort, was wir eigentlich tun könnten –, dann möchten wir auch ausreden. Ich bin aber gleich fertig.

Die Stärken und Kräfte des Alters sollten in der Öffentlichkeit ein bisschen deutlicher herausgestellt werden. Die älteren Menschen müssen nach wie vor Gelegenheit haben, aktiv an der Lösung der sozialen, kulturellen und politischen Probleme beteiligt zu werden. Dies sollte nicht über ihre Köpfe hinweg geschehen. Dafür treten wir ein und das ist auch gut so.

Wir brauchen nicht in erster Linie die Änderung von Gesetzen. Was wir brauchen, ist die Änderung von Einstellungen und Mentalitäten. Denkt immer daran: Wir brauchen uns und uns alle. Jeder trage des anderen Last.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, ich habe wirklich viel Verständnis für Emotionalität und drehe auch keinem den Ton ab. Aber wenn dies alle machen, dann sitzen wir heute Abend um elf noch hier. Seid bitte so nett und haltet euch ein bisschen an die von euch mitbeschlossene Redezeit von drei Minuten. Ich schaue schon nicht ganz genau auf unsere Eieruhr. – Horst Schmidbauer.

Horst Schmidbauer, Bundestagsfraktion: Genossinnen und Genossen! Ich bin sehr froh darüber, dass wir uns einig sind, dass wir die CDU mit ihren Herzog-Vorschlägen zur Kopfpauschale als unseren politischen Gegner ausmachen und uns inhaltlich damit auseinandersetzen. Ich denke, dazu gehört auch die verdeckte Kopfpauschale in den Vorschlägen der Rürup-Kommission, die diese als eine Prämie bezeichnet. Ich denke, wir können dies in einem Aufwasch machen. Dann sind wir gut beraten, uns auf eine gerechte Versicherung zu konzentrieren, nämlich auf die Bürgerversicherung.

Ich denke aber, wir brauchen noch etwas, Genossinnen und Genossen: Wir müssen die Meinungsführerschaft bei der Bürgerversicherung wieder zurückgewinnen. Durch eine Diskreditierung aus unseren eigenen Reihen ist in der Öffentlichkeit inzwischen der Eindruck entstanden, dies sei eine grüne Idee, der wir Sozialdemokraten und auch ein Herr Seehofer nur zögerlich folgten. Wir müssen die Bürgerversicherung wieder als sozialdemokratische Aufgabe publik machen, weil diese Idee durch uns entstanden ist. Es ist wichtig, dass wir in diesem Wettlauf die Kompetenz zurückgewinnen und dass wir dies auch klar rüberbringen.

Das setzt aber voraus, liebe Genossinnen und Genossen, dass man präziser werden muss, als es in diesem Antrag formuliert ist. Deshalb bitte ich euch, die Präzisierungen, die im Initiativantrag aufgenommen sind, anzunehmen. Darin heißt es, dass wir in dieser Legislaturperiode damit beginnen und nicht irgendwann. Außerdem wird der Begriff „prüfen“ durch „machen“ ersetzt. Die Dinge sind in der Zwischenzeit fachlich mehr als ausdiskutiert. Wir können die Kompetenz aber nur dann zurückgewinnen, wenn wir in der Lage sind, dies umzusetzen und zu präzisieren.

Ich glaube, wir brauchen mehr Gerechtigkeit. Durch die Bürgerversicherung wird dies erreicht. Dadurch können wir den fortschreitenden Entsozialisierungsprozess

durch den Wettlauf der beiden Versicherungsarten aufhalten. Wir können diesen Prozess nur stoppen, wenn wir die Leistungsstarken und Gesünderen heranziehen. Wenn wir ihn nicht stoppen können, dann müssen wir uns in der Tat damit auseinandersetzen, dass wir eine Zweiklassenmedizin haben. Dann werden wir die Zweiklassenmedizin auch fortsetzen.

Ich denke, wir benötigen die Bürgerversicherung vor allen Dingen als Zukunftsaufgabe. Die Bürgerversicherung würde uns nämlich in die Lage versetzen, die Aufgabenstellung der Krankenkassen zukunftsfest zu machen. Es ist wichtig, angesichts der demographischen Entwicklung eine Regelung zu haben und diese zukunftsfest zu gestalten. Das setzt allerdings voraus, dass alle einbezogen werden, auch die gut Verdienenden, und dass auch Miet-, Zins- und Kapitaleinkünfte herangezogen werden.

Ich höre die ganze Zeit, das sei nicht zu machen.

Vorsitzende Heide Simonis: Horst, du bist am Ende deiner Redezeit.

Horst Schmidbauer, Bundestagsfraktion: Ja, ich bin auch gleich fertig. – Ich höre, das sei nicht zu realisieren. Ich bitte euch aber mal an die Rentnerinnen und Rentner zu denken, die bereits einen freiwilligen Beitrag zur Rentenversicherung zahlen. Zur Bemessung ihres Beitrags müssen nämlich die Miet-, Zins- und Kapitaleinkünfte vorgelegt werden. Ich sage: Was für die Gruppe der Rentner funktioniert, muss bitte schön für alle gelten. Da gibt es keine Ausreden mehr.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, vom Genossen Link aus Nordrhein-Westfalen liegt der Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste vor. Wird dem widersprochen? – Nein. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer stimmt diesem Geschäftsordnungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Das Erste war die Mehrheit. Ihr braucht also keine Wortmeldezettel mehr auszufüllen; ich kann sie nun nicht mehr entgegennehmen.

Jetzt hat Florian Gerster das Wort. Danach kommen Ute Berg und Gernot Grumbach.

Florian Gerster, Rheinland-Pfalz: Genossinnen und Genossen! „Deutschland gerecht erneuern“ steht hier im Saal an der Wand. Das heißt, Modernisierung und Gerechtigkeit gehören zusammen. Sie sind untrennbar miteinander verbunden. Das muss in den Ergebnissen dieses Parteitags deutlich werden. Es sollte eigentlich auch in den Personalentscheidungen deutlich werden, dass diejenigen, die eindeutig für eine Modernisierung stehen, bei Vorstandswahlen und anderen Entscheidungen nicht schlechter behandelt werden als diejenigen in der Partei, die eindeutig für das Phänomen Gerechtigkeit stehen. Wenn auch da eine gewisse Ausgewogenheit deutlich würde, wäre das hilfreich für den Zusammenhang zwischen Modernisierung und Gerechtigkeit.



Wenn wir in diesen Wochen und Monaten so große Probleme haben, in der eigenen Partei, in der Öffentlichkeit und bei wichtigen Zielgruppen unsere Modernisierungspolitik akzeptabel zu machen, dann liegt das vielleicht auch daran, dass viele von uns ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie in der Agenda 2010 und bei anderen wichtigen Vorhaben dieser Monate an der einen oder anderen genau festzulegenden Stelle den Sozialstaat zurückschneiden. Viele von uns schämen sich dafür, dass Sozialdemokraten die Hand dazu reichen, den Sozialstaat an der einen oder anderen Stelle zurückzuschneiden.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich halte das für falsch. Ich meine im Gegenteil, dass wir den Rückschnitt des Sozialstaats an der einen oder anderen Stelle nicht mit schlechtem Gewissen vornehmen sollten. Wenn es nicht mit der Rasenmähermethode geht, sondern strategisch gezielt, kann dies mit gutem Gewissen und guter Begründung geschehen. Diese gute Begründung kann und muss heißen: Wir machen das im Sinne der Nachhaltigkeit für zukünftige Generationen. Wir machen es aber auch, damit wir noch genug Geld haben, um in die Zukunft zu investieren. Die Zukunftsinvestitionen betreffen im Wesentlichen die Investitionen für Bildung, Wissenschaft, Forschung und verwandte Gebiete.

Dafür brauchen wir Geld. Mein Eindruck ist, liebe Genossinnen und Genossen: Der Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik ist – zumindest verstandesmäßig – in der Partei weitgehend angekommen. Viele fühlen sich dabei nicht wohl, aber sie akzep-

tieren es dem Grunde nach, weil es an den wesentlichen Stellen, über die zu sprechen ist, im Grunde genommen ohne Alternative ist.

Ein anderer Paradigmenwechsel ist meinem Eindruck nach allerdings noch nicht wirklich vollzogen: Das ist der Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik. Wenn ich die Anträge und den Leitantrag des Parteivorstands genau lese, so bin ich sicher: Wir haben in der Programmsprache eine hohe Übereinstimmung, wie wichtig das alles für uns ist. Aber schauen wir uns die öffentlichen Haushalte im Bund und in den Ländern an; sie sprechen eine andere Sprache. Wo sind die Prioritäten im Vergleich zu früheren Jahrzehnten? Wo kann wirklich dort, wo Politik umgesetzt und auch in Euro und Cent ausgedrückt wird, der Schwerpunkt gesetzt werden?

Deswegen brauchen wir Freiräume für Investitionen in den öffentlichen Haushalten. Deswegen macht der Rückschnitt bei konsumtiven Sozialleistungen an der einen oder anderen Stelle zugunsten von investiven Ausgaben an einer anderen Stelle wirklich Sinn. Ich habe den Eindruck: Wir sind auch noch nicht am Ende der Debatte, was die Frage angeht, ob wir das alles wirklich im Wesentlichen mit den öffentlichen Haushalten bestreiten können oder ob wir nicht an der einen oder anderen Stelle privates Einkommen und privates Vermögen für Zukunftsinvestitionen dieser Art mobilisieren können. Ich habe den Eindruck – ich will das aus Zeitgründen nicht weiter ausbreiten –: Wir haben jetzt eine Art Burgfrieden bei dem Thema des gebührenfreien Erststudiums. Das ist ja schon ein deutlich eingegrenzter Begriff: gebührenfreies Erststudium. Das ist ein Burgfrieden. Ich glaube nicht, dass wir an dieser Stelle am Ende der Debatte sind.

Ich denke, es ist in diesem Zusammenhang richtig, wie es Gerhard Schröder gestern in seiner Eröffnungsrede getan hat, dass wir das Thema Verteilungsgerechtigkeit nicht völlig abschreiben. Dann macht das Ganze auch wieder einen gewissen Sinn. Wir reden über die Erbschaftsteuer als Möglichkeit, öffentliche Haushalte an einer Stelle mit Einnahmen besser auszustatten, sodass es für den Arbeitsmarkt, für die Beschäftigung unschädlich ist. Das ist etwas ganz anderes als eine hohe Belastung der direkten Einkommen mit Abgaben. Die höhere Erbschaftsteuer ist ein Weg, den ich für richtig halte, um die Einnahmenseite des Staates verbessern zu können, damit wir für die Zukunftsinvestitionen für Bildung etwas mehr ausgeben können.

Meine Empfehlung nach den Debatten der letzten Jahre lautet – das geht auch als Bitte an Hans Eichel –, nicht darüber zu sprechen, ob das von den Ländern ausgehen muss, ob das eine Initiative im Bundesrat sein muss. Wenn heute beschlossen wird, 2006 sollte die Erbschaftsteuer, wenn wir es bestimmen können, verändert sein, dann machen wir es auch und reden nicht fruchtlos über die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Sie wird aus vielen Gründen nicht kommen.

Wir sollten das tun, was möglich ist, nämlich von Generation zu Generation die Karten neu zu mischen. Dann haben wir ein bisschen mehr Geld für diese Zukunfts-

investitionen und auch ein bisschen mehr Gerechtigkeit. Ich glaube, hier gibt es in der Partei eine relativ große Gemeinsamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank, Florian Gerster. – Es folgt Ute Berg, anschließend Gernot Grumbach.

Ute Berg, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Ich kann gleich an das anknüpfen, was Florian Gerster gerade für den Bereich Bildung gesagt hat. Ich freue mich, dass in vielen Redebeiträgen gestern und heute dem Bereich Bildung eine so hohe Priorität eingeräumt wurde. Das ist gut so, denn unsere Partei war und ist die Partei der Bildung, angefangen bei den Ursprüngen der Arbeiterbildungsvereine über die Bildungsoffensive in den 60er- und 70er-Jahren bis heute. Das muss unbedingt so bleiben. Das muss schon deshalb so bleiben, weil Bildung über Lebens- und Teilhabechancen eines jeden Einzelnen entscheidet, aber auch deshalb, weil unsere Gesellschaft auf gut ausgebildete Menschen dringend angewiesen ist.

Neben guten Schulen und guten Ausbildungsstätten brauchen wir unbedingt auch gute Hochschulen. Mit dem Initiativantrag 18 möchte ich diesen Bereich mit in den Perspektivantrag einfügen. Die Hochschulen der Zukunft müssen durch gute Lehre und Forschung den Studierenden Perspektiven geben, die sie im 21. Jahrhundert weiterbringen. Dazu gehört, dass die Internationalität ein stärkeres Gewicht an den Hochschulen bekommt. Zur Stärkung der Hochschulen im internationalen Wettbewerb ist es eben unerlässlich, dass wir in den nächsten vier Jahren die Studierendenquote erhöhen. Das steht bereits im Antrag. Darüber hinaus müssen wir dafür sorgen, dass mehr Frauen in Spitzenpositionen in Wissenschaft und Forschung aufrücken.

Wir müssen dafür sorgen, dass Bund und Länder gemeinsam den Ausbau des europäischen Hochschulraumes zügig voranbringen. Ihr erinnert euch sicher daran, dass vor kurzem die Berlin-Konferenz der Bildungsminister in Europa stattgefunden hat. Dort wurde nochmals bekräftigt, dass bis zum Jahre 2010 ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum geschaffen werden soll. Das bedeutet aber auch, dass alle Studierenden in Europa studieren müssen, ohne einen Verzug irgendwo in Kauf nehmen zu müssen. Das heißt, die Studienabschlüsse müssen überall vergleichbar sein, auch die Studienabschnitte müssen vergleichbar sein.

Dies wiederum heißt, dass das gestufte Bachelor/Master-System flächendeckend eingeführt wird, natürlich verbunden mit internationalen Standards und entsprechenden Qualitätssicherungsmaßnahmen.

Ich bitte euch, den Initiativantrag 18 zu unterstützen und das noch in den Perspektivantrag einzufügen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Dann kommen Gernot Grumbach, Birgit Fischer, Bernd Faulenbach und Manfred Stolpe.

Gernot Grumbach, Parteirat: Florian Gerster hat gewarnt, bei den Parteitagspersonalentscheidungen die einen als Modernisierer abzustrafen und die anderen als Kämpfer für Gerechtigkeit zu belohnen. Ich halte diese Spaltung für einen der größten Fehler, die man begehen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Was wir brauchen, sind Vorschläge, die die Modernisierung bringen und den Ansprüchen von Gerechtigkeit genügen. Wenn wir uns auf eine Arbeitsteilung einlassen – die einen machen die Modernisierung und die anderen die Gerechtigkeit –, wird vieles von dem, was wir an Gemeinsamkeiten längst haben und was die einen, die hier für Gerechtigkeit stehen sollen, längst begriffen haben und auch die anderen, die für Modernisierung stehen, ebenfalls begriffen haben, verschenkt. Wer eine solche Spaltung in die Partei bringt, der sorgt dafür, dass wir keine vernünftigen gemeinsamen Konzepte auf die Reihe kriegen.

(Vereinzelt Beifall)

Was ist modern? Es war die Moderne, die die Studiengebühren abgeschafft hat, weil sie dafür gesorgt haben wollte, dass es mehr Menschen gibt, die die Chance auf höherqualifizierte Ausbildung haben. Ich finde es schon ganz spannend, dass wir in der Situation sind, wo auf der einen Seite die nächste Stufe heißen soll: Hochschulausbildung ist ein Dienstleistungsauftrag zur Förderung der persönlichen Karriere, während wir Sozialdemokraten immer gesagt haben: Die Ausschöpfung der Bildungsmöglichkeiten ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Das Bundesland Rheinland-Pfalz hat in seinem Prozess der Modernisierung gerade diese gesellschaftliche Aufgabe mit einer Hochschulstruktur und einer Hochschulpolitik verbunden, die die Studiengebühren nicht einführt, weil sie den Menschen den Zugang versperrt. Deswegen sollten wir als Gesamtpartei dem modernen Land Rheinland-Pfalz in dieser Frage folgen und Studiengebühren weiterhin ablehnen.

(Vereinzelt Beifall)

Zweiter Punkt. Wir haben mit den Anträgen einen Geleitzug auf den Weg gebracht. Ich will nicht mehr viel zur Bürgerversicherung sagen. Sie ist eines der Modelle, wie Modernität und Gerechtigkeit zusammengebracht werden können. Wir haben Nacharbeitsbedarf im Bereich der Renten. Dort gibt es noch unterschiedliche Vorschläge, wie das geschehen kann. Das wäre der zweite Teil des Geleitzuges. Hier geht es darum, andere Einkommen einzubeziehen. Wir hatten mit der Arbeitsversicherung dazu auf einem Bundesparteitag schon einmal eine spannende Diskussion.

Ich will zu einem Punkt kommen, der in diesen Debatten immer zu kurz kommt und wo ich glaube, dass wir uns mit der anderen großen Partei auseinander setzen müssen. Wir haben in den Antrag aus gutem Grund die Geschlechtergerechtigkeit auf-

genommen. Ich rede darüber, wie sich die Welt in der CDU gerade entwickelt. Sie haben eine Frau als Vorsitzende. Das ist okay so. Aber schauen wir uns an, wie in Hessen – ihr wisst, ich komme aus Hessen – Kürzungspolitik gemacht wird. Da werden die Mittel für die Berufsintegration für Frauen gestrichen, da werden die Mittel für die Existenzgründung für Frauen gestrichen, da werden die Mittel für Weiterbildung für Frauen gestrichen, und zwar zu 100 Prozent. Man muss nicht nur über die Kürzung klagen, sondern wir Sozialdemokraten müssen sagen: Dahinter steckt ein Gesellschaftsbild, das hinter die 50er-Jahre zurückkehrt, das die Frauen in die Küche verbannt. Sozialdemokraten jedenfalls können ein solches Gesellschaftsbild nicht mittragen.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank. – Birgit Fischer, bitte.

Birgit Fischer, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen! In Zeiten tiefgreifender Veränderungen ist es maßgeblich wichtig, dass wir Sozialdemokraten klare Perspektiven beschreiben und deutlich machen, welche Ziele wir vor uns haben. Uns helfen keine Anträge, die versuchen, über Konflikte hinwegzutäuschen, ganz im Gegenteil. Konflikte sind im Grundsatz etwas Konstruktives. Man muss sie suchen, um Perspektiven deutlich zu machen, um eine Einigung zu erzielen: Wie sehen unsere Vorstellungen, unsere Spielregeln in der Zukunft aus?

Darum begrüße ich es sehr, dass in dem Leitantrag viel in punkto sozialer Gerechtigkeit eingebaut worden ist, was diesem Antrag bislang fehlte. Das macht deutlicher, was gemeint ist. Ich glaube aber – das möchte ich an einigen Punkten deutlich machen –, dass wir für mehr Klarheit auch in anderen Fragen sorgen müssen. Das betrifft zum einen den Begriff Chancengerechtigkeit. Chancengerechtigkeit ist ohne Verteilungsgerechtigkeit nichts. Es nützt mir nämlich überhaupt nichts, wenn ich formal bestimmte Chancen habe, sie aber gar nicht nutzen kann, diese Chancen nicht leben kann. Es ist immer gleichermaßen eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit. Wenn ich Recht habe, ist das schön. Recht zu bekommen ist etwas anderes. Wenn ich Chancen habe, ist es gut. Ich muss diese Chancen aber auch nutzen können. Darum kommt es maßgeblich darauf an, wie wir unsere gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestalten, damit wir tatsächlich Teilhabe und Selbstbestimmung für einzelne Menschen ermöglichen.

Das Zweite. Wir reden viel über den demographischen Wandel, dass dies die Ursache und der Grund dafür ist, warum ein Handlungsdruck entsteht. Das ist einerseits richtig. Maßgeblich ist aber, dass sich unsere Lebens- und Erwerbsbiographien erheblich verändert haben. Sie sind außerdem in unserer Gesellschaft vielfältiger geworden, gleichen sich nicht mehr so sehr. Wenn wir wollen, dass wir trotz dieser unterschiedlichen Lebens- und Erwerbsbiographien unsere Systeme der sozialen Sicherung solidarisch erhalten, dann können sie nur geändert werden, wenn wir den Maßstab der sozialen Gerechtigkeit, der Teilhabe und der Selbstbestimmung anlegen.

Das Dritte, Genossinnen und Genossen, ist die Frage der sozialen Verantwortung. Eine soziale Gerechtigkeit ohne soziale Verantwortung gibt es nicht. Für unsere Gesellschaft ist konstituierend, dass wir nicht nur eine Gesellschaft aus Bürgern und Bürgerinnen sind, sondern dass wir die Arbeitgeber, nämlich die Ökonomie, gleichermaßen in die Verantwortung für diese Gesellschaft nehmen. Darum dürfen wir sie bei den Systemen der sozialen Sicherung nicht aus der Verantwortung entlassen, sondern müssen sie eindeutig einbeziehen und einbinden.

Damit bin ich beim Thema Gesundheit. Ich möchte sehr deutlich machen: Was die CDU im Augenblick macht, ist Sozialpolitik nach Kassenlage. Mit ihrem Kopfprämienmodell gelingt ihr nämlich eines: Sie zerstört die Solidarität dadurch, dass sie es zulässt, dass alle das Gleiche bezahlen – die Kopfprämie – und ein gewisser abmildernder Ausgleich über die Steuer herbeigeführt werden soll. Wir brauchen eine Bürgerversicherung, die alle gleichermaßen in die Mitverantwortung nimmt, damit wir gesellschaftlich das schaffen können, was wir in einer demokratischen Gesellschaft in Selbstbestimmung brauchen.

Unser Gesundheitswesen ist qualitativ ausgesprochen gut. Es ist organisatorisch mittelmäßig bis schlecht. Daran müssen wir etwas verändern. Um die sozialpolitischen und die gesellschaftspolitischen Leistungen zur Geltung zu bringen, brauchen wir ein starkes Solidarsystem. Mir ist in unseren Debatten bisher immer zu kurz gekommen, dass die Stärke unseres Gesundheitswesens und auch unsere wirtschaftliche Stärke – nämlich Gesundheitspolitik als Wirtschafts- und Standortfaktor – daran sichtbar wird, dass 85 Prozent der Bevölkerung in der gesetzlichen Krankenversicherung sind und 85 Prozent der Bevölkerung unsere Dienstleistung im Gesundheitswesen, die Versorgung, in Anspruch nehmen können. Sich auf diese Stärke zu besinnen ist meines Erachtens ein Argument mehr dafür, unser Gesundheitswesen auf eine breite solidarische Basis zu stellen und damit in einer Bürgerversicherung alle Einkommensarten und alle Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.

Vorsitzende Heide Simonis: Birgit, kommst du bitte zum Ende?

Birgit Fischer, Parteivorstand: Wir müssen aber auch für Klarheit sorgen. Bürgerversicherung kann nicht bedeuten, dass wir einen Wettbewerb der Systeme machen. Bürgerversicherung kann nur bedeuten, dass wir einen Wettbewerb um die beste Qualität der Versorgung machen. Dazu gehört auch, dass wir den Kassen gleichermaßen die Möglichkeit geben – sowohl den privaten wie den gesetzlichen –, sich an dieser Bürgerversicherung zu beteiligen. Aber die Grundlagen müssen nun einmal gemeinsam sein, damit wir sie wirklich solidarisch ausgestalten können und die soziale Gerechtigkeit zum Tragen kommt. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Bernd Faulenbach und danach Manfred Stolpe.

Bernd Faulenbach, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst mich zur Philosophie des Antrags 1 und des Initiativantrags 23 einige Bemerkungen machen.

Mir hat an der Rede Gerhard Schröders gestern in besonderer Weise gefallen, dass er gegenwärtige Fragen auf der Folie einer 140-jährigen Geschichte aufgeworfen und sie im Hinblick auf die Zukunft beantwortet hat. Zu den Dingen, die geradezu kennzeichnend für unsere Partei sind, gehört der Leitbegriff „soziale Gerechtigkeit“. Ich bin sehr froh, dass dieser Leitantrag, den wir hier in Bochum, mitten im Ruhrgebiet, beschließen wollen, den Leitbegriff deutlich macht und dass er klar macht, dass er für uns nach wie vor eine zentrale Bedeutung hat.

Lasst mich in diesem Zusammenhang auf drei Probleme hinweisen. Der sozialdemokratische Begriff der Gerechtigkeit ist nicht nur mit dem Begriff der Freiheit verbunden, sondern auch mit dem der Gleichheit. Täuschen wir uns nicht: Zum neoliberalen Zeitgeist gehört, dass die Ungleichheit häufig als gerecht betrachtet wird.

Wir müssen uns heute gegen diese Legitimation von Ungleichheit in vielen Bereichen wenden. Wir stehen da vor schwierigen Diskussionen.

Eine zweite Bemerkung. In der Präambel – Birgit Fischer hat schon darauf hingewiesen – wird ausgeführt, dass der Begriff der Chancengerechtigkeit für uns bedeutend ist. Es wird von gleichen Startchancen und von der Gleichheit grundlegender Lebenschancen gesprochen. Aber es geht nicht nur um Chancengerechtigkeit, sondern auch um Verteilungsgerechtigkeit. Dies wird in dem neuen Antrag A 1 gottlob wirklich deutlich. Die Erbschaftsteuer ist in diesem Zusammenhang bedeutsam. Wir Sozialdemokraten werden uns niemals mit dem Tatbestand abfinden, dass zum Beispiel ein Arbeiter und ein Vorstandsvorsitzender eines Unternehmens im Verhältnis von 1 : 150 bezahlt werden. Genossinnen und Genossen, mit so etwas können wir uns nicht abfinden!

(Vereinzelt Beifall)

Drittens. Gerechtigkeitsbegriffe, Genossinnen und Genossen, sind selbstverständlich dem Wandel unterworfen. Dies kann man anhand der Geschichte unserer Partei gut sehen. Aber wir müssen in dem Zusammenhang auch bedenken, dass sich bestimmte Begriffe in einer bestimmten Zeit aufgebaut haben. Selbst wenn bestimmte Erwartungen unrealistisch sind, weil keine Zuwächse mehr vorhanden sind, so muss doch das Umsteuern in einer Weise erfolgen, dass für die Menschen noch so etwas wie Verlässlichkeit gegeben ist. Auch das scheint mir ein Gesichtspunkt von Gerechtigkeit zu sein.

Lasst mich abschließend darauf hinweisen, dass es in unserer Gesellschaft aus meiner Sicht einen wirklichen Bedarf gibt, einen Diskurs darüber zu führen, was gerecht ist. Deshalb scheint mir die von Nordrhein-Westfalen geforderte Kampagne „Leitbild Gerechtigkeit“ berechtigt zu sein. In dieser Kampagne müssen wir dann allerdings

unseren zeitgemäßen Gerechtigkeitsbegriff entwickeln und ihn übrigens auch gegen andere Gerechtigkeitsbegriffe behaupten. Aus meiner Sicht gibt es durchaus einen weit verbreiteten Wunsch nach einer wertgebundenen Politik, die ein Korrektiv zum verbreiteten Ökonomismus darstellt.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke. – Jetzt kommt Manfred Stolpe. Edelgard Bulmahn hat ihre Wortmeldung zurückgezogen und wird ihre Gedanken nachher bei der Begründung zum Antrag einbringen. – Manfred!

Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Liebe Genossinnen und Genossen! In der Präambel des Leitantrags werden die strukturschwachen Regionen erwähnt. Ich würde in diesem Zusammenhang gern etwas zum Aufbau Ost sagen. Aufbau Ost, das ist ein Wort, das doch schon immer wieder Verdross auslöst. Man wird gefragt: Wie lange noch? Was ist damit eigentlich gemeint? – Es gibt wohl ein paar Gründe, die dafür verantwortlich sind, dass diese Stimmungslage hier und da aufgekommen ist.

Das hängt zum Ersten damit zusammen, dass es in den Regionen Deutschlands tatsächlich eine immer stärkere Differenzierung gibt. Man kann nicht schlechthin sagen: Im Osten ist alles schwierig, der Westen ist ein Paradies. – Wir haben im Osten glücklicherweise auch schon zwei, drei Regionen, in denen Wachstum zu beobachten ist, und wir haben durchaus auch im Westen Deutschlands strukturschwache Regionen. Ich will hier einmal ganz klar sagen: Die Probleme in Gelsenkirchen sind nicht viel anders als in der Partnerstadt Cottbus. Anders gesagt: Beiden geht es schlecht. – Das dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, wenn wir über den Aufbau Ost reden: Nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedarf muss entschieden werden; da, wo Probleme sind, muss etwas getan werden.

(Beifall)

Ich will nur anmerken, dass dies auch bei unserer Infrastrukturpolitik berücksichtigt wird. Wir sehen zu, dass wir wirklich nach Bedarf vorgehen.

Zweitens wird manchmal hinterfragt, ob denn Investitionszulagen für den Osten überhaupt noch nötig seien. Darauf will ich ganz klar sagen: Ja, sie sind nötig; denn die Hauptursache für die schwache Wirtschaftskraft Ostdeutschlands und damit auch für die Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist die Deindustrialisierung der frühen 90er-Jahre. Wir müssen alle Kraft darauf verwenden, diese industrielle Lücke wieder zu schließen; denn mit Neuansiedlungen, gerade auch von verarbeitendem Gewerbe, sind wieder Arbeitsplätze zu schaffen, hat auch der Mittelstand eine Chance, können wir Rückstände aufholen und damit allmählich dazu beitragen, dass der Osten nicht mehr nur eine Zuschussregion ist.

Ein dritter Punkt liegt mir ganz besonders am Herzen. In aktuellen Meldungen der letzten Tage hört man immer wieder, dass die vielen Arbeitsförderungsmaßnahmen im Osten doch beinahe sinnlos sind. Die Bayerische Staatsregierung hat klar die Abschaffung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Osten gefordert, weil man damit ein paar Milliarden sparen kann. Wirtschaftsinstitute haben in den letzten Tagen kritisiert, dass bei den Arbeitsförderungsmaßnahmen im Osten nicht genügend Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt erfolgt sind. So kann man natürlich als Ökonom reden. So kann man allein vom wirtschaftlichen Aspekt ausgehen. Ich möchte aber darum bitten, dass Sozialdemokraten auch Politik für die Menschen machen.

Wir müssen berücksichtigen, dass in strukturschwachen Regionen – das trifft in Ostdeutschland, aber nicht nur in Ostdeutschland zu – auf einen Arbeitsplatz 20, 30, in Uecker-Randow sogar 80 wirklich arbeitswillige Menschen kommen. Da ist das Problem allein über die Arbeitsvermittlung nicht lösbar. Ohne Arbeitsförderungsmaßnahmen ist das Problem nicht abzubauen.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die vier Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union in Ostdeutschland sind. Höher ist die Arbeitslosigkeit nur noch in Überseegebieten Frankreichs. Das darf man nicht vergessen. Da ist es fast schon eine Frage der Ehre, dass wir alle uns darum kümmern müssen.

Ich bitte euch, nicht zu vergessen, dass für viele Menschen Arbeitsförderungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auch eine Frage der Erhaltung ihrer Arbeitsfähigkeit, der Teilhabe an der Gesellschaft und schließlich – das ist auch nicht zu unterschätzen – der Bewahrung vor dem sozialen Absturz sind. Wir werden auf absehbare Zeit solche Arbeitsförderungsmaßnahmen in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit weiter brauchen. Sie sind unverzichtbar.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch herzlich: Helft mit, dass wir Arbeit schaffen, indem wir Ansiedlungen in solchen strukturschwachen Regionen weiter unterstützen, auch mit Investitionszulagen! Helft bitte mit, dass Massenarbeitslosigkeit vorerst durch Arbeitsförderungsmaßnahmen abgefedert werden kann und hier nicht einreißt, dass man immer sehen will, ob aus einer ABM gleich wieder ein regulärer Arbeitsplatz wird. Das geht nicht auf.

Schlussbemerkung: Der Aufbau Ost ist schon lange keine Gießkanne mehr. Er ist auch wirklich kein Fass ohne Boden. Mit gezielten Maßnahmen kann da einiges erreicht werden. Ich bitte euch, das zu unterstützen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Werner Schieder, Matthias Kollatz – einige von euch haben aber eine Schrift! –, Apostolos Tsalastras und Kerstin Griese.

Werner Schieder, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Trotz vieler richtiger Punkte in dem Leitantrag habe ich doch erhebliche Zweifel, ob wir mit diesem Konzept der entscheidenden Herausforderung begegnen können. Diese entscheidende Herausforderung heißt: Arbeit und Beschäftigung, Beschäftigung und Wachstum.

Liebe Genossinnen und Genossen, Gerhard Schröder hat auf dem Sonderparteitag gesagt: Wir können in Deutschland nicht mehr so weitermachen wie bisher. – Dieser Meinung bin ich auch.

Deutschland liegt seit 1996 bei der Wachstumsrate, gemessen an vergleichbaren Ländern, auf dem letzten Platz. Womit hängt das zusammen? – Wir haben in Deutschland seit 1996 im Vergleich zu den anderen Industrieländern die niedrigsten Lohnerhöhungen. In keinem Land waren die effektiven Lohnerhöhungen so gering. Ich nenne einmal das Beispiel Vereinigte Staaten. Dort sind die Löhne in den letzten Jahren um 30 Prozent gestiegen, in Deutschland um 5 Prozent. Deshalb haben wir ein enormes Problem beim privaten Verbrauch.

In keinem vergleichbaren Land hat in diesem Zeitraum und bis heute der Rotstift die öffentliche Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Kommunen dermaßen regiert wie in Deutschland. Die Schulden sind dennoch bekanntlich nicht abgebaut worden, sondern sind weiter gestiegen, weil man Haushalte nur konsolidieren kann, wenn man Wachstum hat. Andersherum funktioniert das nicht.

Der dritte Punkt. In Deutschland sind schon vorher, aber insbesondere seit 1996, die Steuern für Unternehmen in einem Ausmaß gesenkt worden, wie man sich das vorher nicht hätte vorstellen können. Diese Steuersenkung für die Unternehmen waren immer mit dem folgenden Versprechen verbunden: Wenn wir die Steuern für die Unternehmen senken, gibt es mehr Wachstum und Beschäftigung. Ich frage heute: Wo ist denn jetzt die Mehrbeschäftigung aufgrund der vielen Steuersenkungen für die Unternehmen?

(Vereinzelt Beifall)

Mit anderen Worten: Wenn man die Zinspolitik der Zentralbank mit einschließt – dazu will ich jetzt nichts sagen –, dann muss man sagen, dass in Deutschland und teilweise auch in Europa so ziemlich alles falsch gemacht worden ist, was man makroökonomisch falsch machen kann. Das ist die Hauptursache dafür, warum wir jetzt eine anhaltende Stagnation haben. Das ist auch der Grund dafür, warum die aktuellen Aufschwungshoffnungen auf tönernen Füßen stehen.

Der Kern des ganzen Problems sind die anhaltenden Verzichtspredigten verantwortlicher Politiker auch aus unserer Partei und der Bundesregierung. Wenn man den Leuten andauernd sagt, dass es ihnen in den nächsten Jahren schlechter gehen wird, dann ist dieses das größte Antikonjunkturprogramm, das wir in Deutschland haben. Solange wir das nicht abstellen, werden wir auch nicht vorankommen. Das ist meine Meinung.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Jetzt spricht der Genosse Harald Schartau.

Harald Schartau, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte etwas zum Thema Arbeit sagen. Wir treten als Partei an, um zu gestalten. Wir müssen dabei aber feststellen, dass sich einige Dinge in der Arbeitswelt erheblich verändern. Viele von uns haben eine Vorstellung von normaler Arbeit im Kopf, die mit der Arbeit von vielen Menschen in unserer Republik nichts mehr zu tun hat.

Normale Arbeit ist für viele von uns ein ungekündigtes, tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis mit normalen Arbeitszeiten und einem Betriebsrat. In der Realität ist aber zu beobachten, dass immer mehr Leute bei Zeitarbeitsunternehmen arbeiten, eine befristete Arbeit ausführen, selbstständig arbeiten oder ihr Geld mit so genannter geringfügiger Beschäftigung verdienen. Ich glaube, wenn wir die Zukunft gestalten wollen, dann muss man die Lage der Menschen, die solche Arbeiten ausführen, zur Kenntnis nehmen und in unseren Gestaltungsauftrag aufnehmen.

Andere Biographien setzen sich zunehmend durch. Es gibt nicht mehr nur die Biographie, dass man im Alter von 14 bis 16 Jahren ausgebildet wird, dann ein Leben lang bei Krupp arbeitet und danach in die Rente geht. Das gilt nur noch für wenige. Für viele Menschen, gerade für junge Leute, werden sich die Biographien vollkommen verändern. Es wird häufiger Wechsel vom Privaten ins Berufliche geben und es wird Phasen von Arbeitslosigkeit und Qualifizierung geben. Zeiten selbstständiger Arbeit werden von Zeiten unselbstständiger Arbeit abgelöst.

Unsere Vorstellung von sozialen Sicherungssysteme und unsere Vorstellung von Qualifizierung entlang einer solchen Biographie sind noch zu sehr mit den alten Biographien verbunden, die für junge Leute nicht mehr zutreffen. Diese neuen Arbeitsverhältnisse zu gestalten, ist für die Zukunft unabdingbar und ein Kernthema der Sozialdemokratie.

Ein weiteres Thema taucht in diesem Zusammenhang immer wieder auf. Wir reden gern vom Bologna-Prozess, von der Wissensgesellschaft und dergleichen mehr. Haben wir uns eigentlich schon darauf verständigt, wer durch dieses Tor der Wissensgesellschaft geht? Gehört auch der Endmonteur bei Opel dazu, die Kassiererin bei Tengelmann oder jemand, der im Websaal eines Textilunternehmens arbeitet? Sind normale Beschäftigte in der Industrie und im Dienstleistungsbereich im Kopf derer, die von der Wissensgesellschaft reden? Oder müssen wir nachdrücklich darauf drängen, dass eine entsprechende Perspektive bei den bildungs- und arbeitspolitischen Vorstellungen entwickelt wird?

Lasst mich noch einen letzten Punkt ansprechen. Seit Anfang des Jahres sind in Nordrhein-Westfalen 45 130 Menschen aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit gegangen. Diese Selbstständigkeit ist einen Schritt näher an der Sozialhilfe als an der Sorgenlosigkeit. Meine Frage ist: Sind das Bürger, die von der Sozialdemokratie angemessen vertreten werden? Wie gestalten wir den Rahmen für neue Selbst-

ständigkeit, die nichts mit den landläufigen Vorstellungen von der Sorgenlosigkeit Selbstständiger zu tun hat? Wie werden wir den Begriffen Leistung, Wachstum und Herausforderung in Bezug auf Menschen gerecht, die ihre Existenz über eine selbstständige Tätigkeit sichern und damit ein Risiko eingehen? Wie schaffen wir es, dass wir nicht nur neue Perspektiven in der Arbeitsmarktpolitik eröffnen, sondern dass sich die Bürger, die diesen Weg gehen – das sind sehr viele Junge, aber auch Ältere –, geborgen fühlen?

Wir gestalten Zukunft. Also müssen wir auch die Arbeit gestalten.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Eine Bemerkung zwischendurch. Wir haben die Wortmeldungen so eingeteilt, dass sichergestellt ist, dass ihr zu dem von euch gewünschten Punkt sprechen könnt. Dabei gehen wir nach der Einteilung des Leitantrags vor. Wir befinden uns jetzt in der Generaldebatte und in der Debatte zu den dazu gehörigen Initiativanträgen. Wir werden dann darüber abstimmen. Danach gehen wir zum Bereich Arbeitsmarkt über. Ihr seid also bei dem Thema einsortiert, zu dem ihr euch gemeldet habt. Es gibt einige, die Sorge haben, gleich aufgerufen zu werden. Denen sage ich: Ihr könnt gerne einmal aus dem Saal gehen. Es wird keiner aufgerufen, der nicht anwesend ist.

Jetzt spricht Matthias Kollatz-Ahnen.

Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen-Süd: Was sind die Botschaften, die von diesem Leitantrag ausgehen können? Botschaft Nummer eins ist – auch wenn sie in einem anderen Antrag enthalten ist –: Die SPD macht eine Kampagne für soziale Gerechtigkeit in diesem Land. Die SPD setzt in der Kontroverse Bürgerversicherung oder zukünftige Gestaltung der Krankenversicherung über Kopfgeld à la Herzog auf eine andere Karte. In dem Herzog-Modell zahlt jeder dasselbe. In unserem Modell zahlt jeder nach seinem Vermögen und nach seiner Leistungsfähigkeit. Ich denke, dass das sozialdemokratische Markenzeichen das richtige ist, nämlich dass diejenigen, die mehr haben, auch mehr zahlen und dass diejenigen, die weniger haben, in den solidarischen Schutz einer starken Gemeinschaft kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Das Zweite, das von diesem Leitantrag ausgeht, ist, dass wir, nachdem nun vieles auf den Weg gebracht worden ist, was zunächst einmal die kleineren und mittleren Einkommen belastet, das Thema auch für die größeren Einkommen entschlossen angehen. Da gibt es zwei zentrale Punkte.

Der erste Punkt ist das Thema Steuerschlupflöcher für Kapitalerträge. Die gleichmäßige Besteuerung dieses Sektors ist von ganz entscheidender Bedeutung. Zum Thema Einkommensteuer ist schon geredet worden. Dieses betrifft den engen staatlichen Bereich.

Einige haben schon angesprochen, dass es von großer Wichtigkeit ist, ein Klima für Wachstum, Investitionen und Beschäftigung zu schaffen und dafür auch die Möglichkeiten, die die öffentliche Hand selbst hat, zu nutzen. Darüber befinden sich eine Reihe von Gedanken in diesem Antrag. Auch das ist eine wichtige Botschaft. Wir können auf jeden Fall mehr tun als in der Vergangenheit. Dieses Signal sollte von dem Parteitag ausgehen.

Der zweite Punkt. Wir haben mit der grundsätzlichen Weichenstellung in Bezug auf die Bürgerversicherung auch die Chance, in diesem Bereich noch weiter zu gehen. Dazu gibt es Anträge, über die nachher abgestimmt wird. Ich glaube, wir sollten klar machen, dass bei der Bürgerversicherung alle Einkommen und Einkommensarten einbezogen werden sollten. Ich bitte um Unterstützung für den entsprechenden Änderungsantrag, der später beraten wird.

Bei dem Thema Rente haben wir im Rahmen einer über den aktuellen Tag hinausweisenden Zukunftsdiskussion die Chance, einen Änderungsantrag anzunehmen. Wir wollen Generationsfonds auflegen und die Anzahl derer vergrößern, die in das System einbezogen.

Ich komme zum Schluss. Die Eingangsfrage war, was die Botschaft dieses Parteitags sein kann. Die Botschaft muss sein: Die SPD verständigt sich auf einen Korridor von gemeinsam getragenen Maßnahmen, die insgesamt das Markenzeichen der SPD, nämlich für soziale Gerechtigkeit und für Zukunftsorientierung einzustehen, stärker darstellen, als uns das im letzten Jahr gelungen ist. So kommen wir besser nach vorne. Wir haben heute die Gelegenheit, darüber zu entscheiden. Ich denke, dass der Leit Antrag dazu eine gute Grundlage ist.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Jetzt spricht Apostolos Tsalas. Ihm folgt Kerstin Griese.

Apostolos Tsalas, Nordrhein-Westfalen: Der Weg ist das Ziel, hat einst Bernd Stein gesagt. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wenn das so ist, dann muss man auch irgendwo einen Weg erkennen können. In den vergangenen Monaten haben sich die sozialdemokratische Partei und die Bundesregierung eher wie ein aufgeschuchter Hühnerhaufen präsentiert und weniger wie eine Kraft, die einen eindeutigen Weg im Rahmen einer Zukunftsdebatte präsentiert.

Das muss man ehrlich sagen. Ich denke, an dieser Stelle, an der wir über den Antrag A 1 diskutieren, ist das der richtige Ort.

Dennoch, liebe Genossinnen und Genossen, ich hatte das Gefühl, dass wir mit der Verabschiedung der Agenda 2010 so etwas wie eine Richtung hatten, sodass wir uns orientieren konnten. Leider hat das nach außen und in die Partei hinein nicht wie

gewünscht gewirkt. Der Antrag A 1 markiert, so wie er uns vorliegt, einen Weg, wie er aussehen könnte. In Konturen ist er schon jetzt erkennbar. Es haben einige schon gesagt – Matthias hat das eben formuliert –, welche Botschaften von diesem Parteitag und von dieser Debatte ausgehen könnten. Das ist ein wichtiger Schritt.

Aber ich glaube, dass das noch lange nicht ausreicht. Ich möchte an einen Redebeitrag von vorhin anschließen, in dem gesagt wurde, dass wir eine Fortschrittsdebatte brauchen, und zwar eine Debatte, die beschreibt, was wir unter sozialem Fortschritt verstehen. Es ist für die Identität unserer Partei ganz zentral, dass wir den Menschen wieder beschreiben können, und zwar verständlich beschreiben können, was wir unter sozialer Gerechtigkeit verstehen und wie wir sie umsetzen wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen halte ich es für sehr wichtig und bin ich sehr froh, dass die Antragskommission mit uns aus Nordrhein-Westfalen einer Meinung darüber ist, dass wir ein Leitbild „Gerechtigkeit“ entwickeln müssen, das für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für unsere Partei verständlich ist und das wir in einer Kampagne präsentieren wollen, um deutlich zu machen, wofür wir in der Zukunft stehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte an dieser Stelle einen Appell an den neu gewählten Parteivorstand richten: Ich möchte euch bitten, keine Schickimicki-Medienkampagne darüber zu machen, was soziale Gerechtigkeit sein könnte. Stattdessen solltet ihr euch an zwei Punkten orientieren: erstens einen Dialog mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen über ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit zu führen und zweitens einen offenen Prozess, der als Beitrag in die Programmdebatte eingeht, zu organisieren. Wir haben schon gestern einige Punkte dazu verabschiedet, wie die Programmdebatte aussehen soll. Ich möchte, dass dieser Prozess dort einfließt. Ich glaube, wenn wir das so machen, werden wir wieder Glaubwürdigkeit in der Gesellschaft erlangen.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Kerstin Griese, bitte.

Kerstin Griese, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir diskutieren die Leitlinien unserer Politik, unseren Weg in die Zukunft, wie dieser Leitantrag heißt. Ich finde, wir müssen versuchen, mit diesen Themen sehr viel näher bei den Menschen zu sein, und im Auge haben, was sie interessiert, was ihnen Probleme bereitet und wofür sie von uns ganz praktische Lösungen erwarten.

Ich möchte euch auf ein Thema hinweisen, bei dem wir meines Erachtens eine sehr moderne und sozial gerechte Politik machen, bei dem wir das beispielhaft verknüpfen. Das ist ein Thema, das sehr viele Menschen interessiert, nämlich den Bereich einer modernen Familien- und Frauenpolitik.

Gerade in den letzten Tagen kamen Vorschläge vonseiten der CSU. Man merkt, dass zu ihrem Frauenbild noch immer gehört, dass man Frauen in der Familienphase an

den Herd schickt und dafür Bewertungszeiten anrechnet sowie Prämien und Zuschläge zahlt. Das kann nicht unser Weg sein und das sollten wir zurückweisen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist ganz wichtig, dass wir diejenigen, die uns 1998 und 2002 gewählt haben, weil wir eine moderne Frauen- und Familienpolitik vertreten und nicht das alte, traditionelle Rollenbild weiterführen, weil wir Männern und Frauen gleiche und gerechte Chancen eröffnen wollen, auch in Bezug auf Familie und Beruf, und weil wir diese Politik umsetzen, nicht enttäuschen dürfen. Das heißt für mich, dass in den Ländern, in denen mit der Umsetzung unseres Programms zu den Ganztagschulen begonnen wird, ein Schwerpunkt gesetzt werden muss. Das ist ein sozialdemokratisches Profil. Das wird ein Baustein auf unserem Weg in die Zukunft, auf unserem Weg einer sozial gerechten Zukunft für Männer und Frauen sowie besserer Bildungschancen für Kinder.

Es muss uns darum gehen, nicht allein die Finanztransfers zu verbessern. Das haben wir in den letzten Jahren gemacht; das war auch gut so. Es geht jetzt vielmehr darum, Familien strukturell zu unterstützen sowie in Bildung und Betreuung zu investieren.

Im europäischen Vergleich sind wir unter den Top Ten, wenn es um die finanziellen Transfers wie das Kindergeld geht. Wir sind aber ganz schlecht, wenn es um die Infrastruktur für Kinder, um Bildung und Betreuung geht. Deshalb mein Appell, auf diesem Weg noch intensiver fortzufahren. Das ist im Leitantrag auch enthalten. Es ist in der Tat ein Thema, in dem sich Innovation und Gerechtigkeit beispielhaft verbinden.

Ich bin sehr froh, dass die Antragskommission noch einige Änderungen aufgenommen hat, bei denen es darum geht, den Beruf der Erzieherinnen und Erzieher aufzuwerten. Es gibt außerdem eine zarte Andeutung, dass man über die Lohnsteuerklasse V nachdenken sollte. Ich denke, eine gerechte Steuerpolitik wäre auch, das Ehegattensplitting zugunsten eines Familiensplittings endlich abzuschaffen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Kerstin!

Kerstin Griese, Parteivorstand: Ist meine Redezeit schon zu Ende?

Vorsitzende Heide Simonis: Schon lange.

Kerstin Griese, Parteivorstand: Der letzte Satz: Uns geht es darum, Kinderarmut zu bekämpfen, Bildungschancen für alle zu ermöglichen. Deshalb dürfen wir von diesem Thema nicht ablassen. Wir müssen dem alten, traditionellen Familien- und Frauenbild der Konservativen etwas entgegensetzen. Das müssen wir in der Praxis umsetzen. Dann können wir die Menschen auch wieder überzeugen.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Jetzt kommt Christoph Matschie. Ihm folgt dann Wolfgang Thierse.

Christoph Matschie, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen! Wir diskutieren hier einen Antrag, der mit „Unser Weg in die Zukunft“ überschrieben ist. Warum gibt es dazu einen eigenen Ostantrag? Haben wir keinen gemeinsamen Weg in die Zukunft? Ich sage: Doch, wir haben einen gemeinsamen Weg in die Zukunft. Aber wir haben auf diesem Weg noch unterschiedliche Voraussetzungen. Manfred Stolpe hat darauf hingewiesen: Es gibt strukturschwache Gebiete in den alten Bundesländern und in den neuen Bundesländern. Aber im Osten gibt es besonders viele davon. Wir wollen auf diesem Weg in die Zukunft kein Klotz am Bein dieser gemeinsamen Entwicklung sein, sondern wir wollen Partner sein, wir wollen diesen Weg in Zukunft gemeinsam gehen.

Dafür gilt, was auch an anderer Stelle gilt: Money makes the world go round. Das gilt auch in den neuen Bundesländern. Noch brauchen wir finanzielle Unterstützung für Investitionsförderung, um in der industriellen Entwicklung aufholen zu können, und für den Ausbau der Forschungslandschaft, um so innovativ zu sein, dass wir auf diesem gemeinsamen Weg aufholen und mitziehen können.

Genossinnen und Genossen, ich will es hier noch einmal deutlich sagen – jeder, der in die neuen Bundesländer kommt, kann das sehen –: Der Aufbau Ost ist kein Fass ohne Boden. Er ist eine gemeinsame Aufgabe zur Überwindung von Jahrzehnten der Spaltung und Diktatur. Wir müssen auch in Zukunft diesen Aufbau als gemeinsame Aufgabe begreifen. Das ist nicht nur etwas, bei dem sich die neuen Bundesländer zu engagieren haben. Wir müssen vielmehr zusammenstehen, wenn dieses Werk gelingen soll.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, auch das werdet ihr erleben, wenn ihr in den neuen Bundesländern unterwegs seid: Wir wollen nicht abhängig sein von Transfers. Wir wollen auf eigenen Füßen stehen, und zwar sobald wie möglich. Aber wir brauchen eure Unterstützung, auch noch in den nächsten Jahren, damit das gelingen kann. Ich bin mir sicher: Gemeinsam schaffen wir das.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank. – Dann ist jetzt Wolfgang Thierse dran. Ihm folgt Karin Junker.

Wolfgang Thierse, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Christoph Matschie hat gerade ein paar Bemerkungen zu dem Initiativantrag 2 gemacht, der euch vorliegt. Es ist ja richtig: Zu unserem Weg in die Zukunft gehört auch die Entwicklung Ostdeutschlands, die Herstellung nicht gleicher, aber gleichwertiger Lebensverhältnisse. Ihr erinnert euch: Vor knapp drei Jahren habe ich eine Provokation losgelassen: Der Osten steht auf der Kippe. – Ich will gar nicht

Recht haben wollen und will deswegen einen anderen Blick auf die ostdeutschen Probleme werfen.

Es geht nicht um mehr Geld – das ist nicht das Spannende –, sondern um etwas ganz anderes. In unserem Leitantrag ist die Rede von den eigentlichen Zukunftsaufgaben, den Herausforderungen, mit denen wir es zu tun haben. Da scheint mir Ostdeutschland geradezu eine besondere Herausforderung, das eigentliche Feld zur Bewährung dessen zu sein, was in dem Antrag über Innovation, Bildung, Forschung und Familienpolitik steht. Ich will das auch hier sagen: Es geht nicht um unterschiedslose Förderung – da haben die heutigen Verlautbarungen der wirtschaftswissenschaftlichen Institute Recht –, sondern wir brauchen eine Konzentration der Förderung für Ostdeutschland auf zwei strategische Punkte.

Erstens. Ostdeutschland wird in Deutschland und im sich vereinigenden Europa nur dann eine wirkliche Zukunft haben, wenn es zu einer Innovationsregion ausgebaut wird. Eine Industrieregion im altvertrauten Sinne des Wortes kann es und wird es nicht mehr geben, so gut und wichtig jede Industrieansiedlung ist.

Wir müssen dazu beitragen, dass vorhandene Forschungskapazitäten weiterentwickelt und neue herbeigeholt werden, und dafür sorgen, dass sich im Umfeld solcher Forschungszentren kleine und mittelständische Industrie herausbildet. Das heißt, wir müssen die Förderung auf Innovation konzentrieren.

Der zweite strategische Punkt ist, die Osterweiterung der Europäischen Union, die Wiedervereinigung Europas als zweite Chance für Ostdeutschland zu nutzen. Wir müssen den Blick nach Osten richten, damit Ostdeutschland tatsächlich eine europäische Verbindungsregion wird. Wenn wir uns darauf nicht strategisch vorbereiten, dann wird Ostdeutschland bestenfalls eine Transitregion, die dauerhaft von den Transfers aus dem Westen abhängig sein wird. Das können wir nicht wollen.

Diese beiden strategischen Ziele zu verfolgen und die Förderpolitik darauf zu konzentrieren ist im gesamtdeutschen Interesse.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt noch vier Wortmeldungen, dann unterbrechen wir, um die Mitglieder der Kontrollkommission zu wählen. Nach dem Wahlgang kommen wir zur Abstimmung über den ersten Teil des Perspektivantrags. – Jetzt spricht Karin Junker, ihr folgt Stefan Gran.

Karin Junker, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! „Überraschenderweise“ möchte ich mich dem Thema Geschlechtergerechtigkeit zuwenden. Wir haben in der Fassung der Antragskommission deutlich gemacht, dass Frauen- und Gleichstellungspolitik kein Wurmfortsatz der Familienpolitik ist. Familienpolitik ist wichtig. Deshalb wird dem Thema auch ein breiter Raum eingeräumt. Aber Geschlechtergerechtigkeit geht weit über die Frage etwa der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Kinderbetreuung hinaus.

Deshalb ist in diesem Leitantrag ein eigenes Kapitel zu diesem Punkt enthalten. In diesem Kapitel werden signifikante Benachteiligungen von Frauen in der heutigen Gesellschaft aufgezeigt. Das sind nun einmal vor allen Dingen die fehlenden Karrierechancen. Was passiert – hier war und ist noch einmal der Finger in die Wunde zu legen – mit der Förderung von Frauen in der Privatwirtschaft? Dieses Thema ist wirklich überfällig. Wir stehen fast am Ende des Jahres 2003, eines Jahres, in dem die Wirtschaft zumindest so getan hat, als ob sie mit großen Fortschritten in dieser Richtung aufwarten könnte. Dies ist aber nicht der Fall. Die künftige Regierungspolitik wird gefordert sein, hier entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Die Lohnungleichheit, die Frauen nach wie vor in einem hohen Maß betrifft, will ich wegen der Kürze der Zeit nur als Stichwort nennen. Auch hier ist Handlungsbedarf gegeben.

Es trifft sich gut, dass jetzt mehrere Richtlinien der Europäischen Union zur Umsetzung vorliegen, die die Gelegenheit geben, hier zu Regelungen zu kommen, mit denen die Geschlechtergerechtigkeit in der Lebenswirklichkeit hergestellt werden kann. Ich unterstelle, dass das patriarchalische Denken in diesem Raum ein Ende genommen hat. Das gilt aber nicht für die sozialen Sicherungssysteme und für viele andere Dinge, bei denen wir Tag für Tag noch mit diesem patriarchalischen Leitbild konfrontiert werden.

Dazu gehören auch Versicherungsregelungen. Das ist auch in einem Entwurf einer europäischen Richtlinie aufgegriffen worden. Dankenswerterweise haben die Verfasser des Antrags und die Antragskommission mit Unterstützung der zuständigen Ministerinnen in der Regierung festgelegt, sich für Unisextarife auszusprechen. Es kann nicht gerecht sein, wenn nur die Lebenserwartung zu einem Kriterium gemacht wird und sich das einseitig zum Nachteil eines Geschlechts auswirkt. Hier ist die Solidargemeinschaft der Geschlechter angesprochen worden. Da ist wahrlich Handlungsbedarf gegeben. Ich glaube auch, dass diejenigen, die Verantwortung für ihre Ehepartner oder Ehepartnerinnen und ihre Kinder empfinden, bereit sind, den Weg der Geschlechtergerechtigkeit durch Beitragsgleichheit in diesem Zusammenhang mit uns gemeinsam zu gehen.

Wir werden dazu Gelegenheit haben mit einer – ich sage es in Anführungszeichen – „Modernisierung der Riester-Rente“. Dazu kann ich euch abschließend eine erfreuliche Mitteilung machen: Sie ist besser als ihr Ruf; gerade für Frauen ist eine deutliche Verbesserung eingetreten. Die Beteiligung von Frauen an der betrieblichen Altersvorsorge ist um etwa 10 Prozentpunkte von etwa 20 auf rund 30 Prozent gestiegen. Das ist ein enormer Fortschritt. In diesem Punkt hat die SPD dafür gesorgt, dass eine große Gerechtigkeitslücke geschlossen worden ist. Diesen Weg wollen wir weitergehen, auch in der nahen Zukunft.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Jetzt spricht Stefan Gran. Ihm folgt Jutta Blankau.

Stefan Gran, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch einmal auf ein Thema eingehen, das zu Beginn von Wolfgang Clement angesprochen worden ist. Wolfgang hat die nette alte Parole gebracht, dass wir nur die Steuern senken müssten, das würde für Investitionen sorgen und dann gehe es Deutschland wieder gut. Ich möchte etwas dagegenhalten, weil ich nicht damit einverstanden bin, dass in Deutschland immer solche ökonomischen Halbwahrheiten verbreitet werden, insbesondere von unserem Wirtschaftsminister.

(Beifall)

Deutschland hat – das ist eindeutig so – die niedrigste Steuerquote, ich glaube sogar, die niedrigste Steuerquote im OECD-Vergleich. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Sie ist in den letzten 20, 30 Jahren auch nicht gestiegen, sondern relativ gleich geblieben. Auch bei der Abgabenquote liegen wir nicht an der Spitze; das ist nur ein Märchen, das immer erzählt wird. Im EU-Vergleich liegen wir an neunter Stelle; vor uns sind Frankreich, Dänemark, Schweden und andere. Alle haben eine höhere Abgabenquote als wir. Trotzdem geht es diesen Ländern teilweise besser. Manche haben ebenfalls Probleme, die sie aber zum Teil gelöst haben.

Ein paar Worte zur Steuerreform. Nehmen wir die Körperschaftsteuerreform. Wir haben doch gesehen, liebe Genossinnen und Genossen: Die Unternehmen haben nicht nur weniger Geld gezahlt, sondern sie haben teilweise sogar etwas zurückbekommen. Ich frage mich nur, wo die ganzen Millionen geblieben sind. Eigentlich müsste es in diesem Lande vor Investitionen nur so strotzen.

(Beifall)

Denn es kommt nicht allein auf den Steuersatz an. Ich habe mich damit sehr intensiv beschäftigt, da ich dieses Fach, nämlich Volkswirtschaft, leider auch studiere; erst neulich habe ich über das Thema der Körperschaftsteuerreform eine Hausarbeit geschrieben.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst euch eines sagen: Es gibt durchaus Studien, die zeigen, dass Deutschland selbst vor der Körperschaftsteuerreform gar nicht so schlecht dagestanden hat, sondern relativ gut. Es kommt nämlich nicht nur auf den Steuersatz an, sondern auch auf die ganzen Begleiterscheinungen, zum Beispiel Abschreibungen, Bemessungsgrundlagen usw. Wir müssen dafür sorgen, dass unser Staat handlungsfähig bleibt. Ihr wisst alle, dass es dem Haushalt schlecht geht. Deshalb kann man nicht darüber diskutieren, die Steuern immer weiter zu senken, denn auch dadurch werden wir wettbewerbsunfähig. Ihr seht, wie unsere Infrastruktur mittlerweile verfällt, wie die Schulen, die Straßen, die Transportwege verfallen. Wenn wir die Infrastruktur nicht mehr finanzieren können, weil wir immer nur die Steuern senken, kommen wir auch nicht weiter; denn Investoren kommen nicht nur

nach Deutschland, weil sie weniger Steuern zahlen wollen, sondern auch, weil sie hier eine gute Infrastruktur finden und ein relativ gutes Bildungssystem. So sehe ich es jedenfalls, wenn ich das Bildungssystem auch für verbesserungsbedürftig halte.

Ich denke, wir sollten getreu dem Motto handeln: Nur Reiche können sich einen schwachen Staat leisten. Ich hoffe, Wolfgang, dass auch du darüber noch einmal nachdenkst. Ich kann dir gerne ein paar VWL-Bücher überlassen, damit du dir das mit den Steuern noch einmal genau anschaust.

(Beifall)

Dann erfährst du vielleicht, dass gewisse Vorstellungen Binsenweisheiten sind.

Danke, liebe Genossen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Jetzt kommt als Letzte Jutta Blankau dran.

Jutta Blankau, Hamburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich halte den Leitantrag, wie er jetzt vorliegt, für eine Basis, auf der wir weiterdiskutieren können. Ich hoffe, dass wir auch einige der vorliegenden Initiativanträge noch durchsetzen können.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass uns wohl im Vorfeld der Mut gefehlt hat, sich mit anderen Staaten etwas intensiver zu befassen. Sonst hätten wir nicht, wie gestern, die armen Skandinavier herangezogen, um zu zeigen, welchen Umbau des Sozialstaats es dort gegeben hat. Zum einen wird bei diesen Ländervergleichen meistens verschwiegen, dass die Länder schon vorher ein deutlich höheres Niveau hatten, und zum anderen wird nicht erwähnt, dass dort die Finanzierung der Gerechtigkeit auf einem anderen Weg erfolgt, nämlich über eine andere Einkommensteuerprogression und über die Mehrwertsteuer. Darüber müssen wir für die Zukunft noch einmal diskutieren.

Auch in der heutigen Debatte fehlt mir eines, und zwar ein wenig Sensibilität, beispielsweise beim Thema Tarifautonomie. Ich finde es klasse, Wolfgang, dass du die Tarifautonomie so hochgehoben hast; aber du hast gesagt, auch die Gewerkschaften müssten sich etwas flexibler verhalten.

Ich finde es mittlerweile nicht mehr in Ordnung, dass immer darauf hingewiesen wird, obwohl alle wissen, wie flexibel die Gewerkschaften reagieren und wie viele Verluste die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich der tarifvertraglichen Ansprüche, auf die die Gewerkschaften eingegangen sind, hinnehmen müssen.

Ich habe es bedauert – die Antragsberatungskommission fand ich wirklich gut –, dass am 15. im Bereich der Rente noch einmal eine Veränderung vorgenommen worden ist; Entsprechendes ist uns heute verteilt worden. Ich finde, es fehlt, wenn man den Leitantrag anschaut, ein bisschen Sensibilität. Da wird unter anderem der Abbau der

Frühverrentung gefordert. Dort steht auch, dass arbeitsrechtliche und tarifliche Begünstigungen und Benachteiligungen Älterer beseitigt werden müssen und die Weiterbildung älterer Arbeitnehmer verstärkt werden muss. Es ist richtig: Die Weiterbildung älterer Arbeitnehmer muss verstärkt werden. Aber welche tarifrechtlichen Grundlagen sollen verändert werden? Meint die Antragsberatungskommission beispielsweise die Aufhebung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer?

Ich frage mich, wer tatsächlich die Verantwortung dafür trägt, dass mittlerweile so viele ältere Arbeitnehmer auf der Straße stehen. Im Leitantrag wird die Verantwortung der Unternehmer hervorgehoben. Es wird sehr deutlich gesagt, dass die Unternehmer die Verantwortung dafür tragen, dass auch ältere Arbeitnehmer weiter beschäftigt werden. Ich erwarte, dass der alte Teil des Leitantrages wieder übernommen wird. Denn ältere Arbeitnehmer, die arbeiten wollen, werden ganz oft auf Druck von außen und auf Druck der Unternehmen dazu gedrängt, in die Arbeitslosigkeit zu gehen. Das müssen wir verhindern. Wir müssen deren Leistungsstärke berücksichtigen, auch wenn sie vielleicht nicht mehr so groß ist wie die der 20- und 30-Jährigen.

Die Unternehmen tragen die Verantwortung dafür. Die soziale Verantwortung der Unternehmer in dieser Gesellschaft, die offensichtlich nicht mehr vorhanden ist, ist mir in der Debatte ein wenig zu kurz gekommen. Ich erwarte, dass wir in der Kampagne „Soziale Gerechtigkeit“ die soziale Verantwortung der Unternehmer deutlich hervorheben.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Ich gebe jetzt an Ute ab, damit wir in den nächsten Wahlgang eintreten können. Danach kommen wir zur Abstimmung über diesen ersten Block.

Vorsitzende Ute Vogt: Vielen Dank. – Wir führen jetzt zuerst die Wahl zur Kontrollkommission durch. Zu wählen sind insgesamt neun Genossinnen und Genossen. Ich darf darauf hinweisen: Es handelt sich um eine Listenwahl. Eine einfache Mehrheit ist also ausreichend. Ich bitte jetzt die Wahlkommission, die Stimmzettel zu verteilen. Die hellgrünen Zettel müssten jetzt verteilt werden. Ihr könnt schon einmal die Kontrollnummer 28 bereithalten. Zu wählen sind insgesamt neun Mitglieder. Dabei muss am Ende die Quotierung stimmen. Es dürfen höchstens neun gewählt und es müssen mindestens fünf gewählt werden, damit der Stimmzettel gültig ist. Also, mindestens fünf und höchstens neun Kandidaten ankreuzen. Die Kontrollnummer ist die 28. Könnt ihr euch bitte einmal melden, wenn noch irgendwo Wahlzettel fehlen? – Ich bitte, vor allem noch im vorderen Bereich auszuteilen. – Gibt es jetzt noch einen Delegierten ohne Stimmzettel? – Dies ist nicht der Fall. Dann kann die Wahlkommission mit dem Einsammeln beginnen. – Hier oben im Präsidium gibt es noch Stimmzettel ohne Delegierte. Wenn noch jemand wählen will, sollte er oder sie sich zu seinem oder ihrem Stimmzettel begeben. – Zeigt bitte auf, wo noch nicht eingesammelt worden ist! – Gibt es jetzt noch Delegierte mit nicht abgegebenem Stimmzettel? Dann bitte die Arme hoch! – Dies ist nicht der Fall. Dann ist der Wahlgang hiermit geschlossen und wir können in der Beratung fortfahren.

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch darauf aufmerksam machen, dass euch ein Zettel des Marie-Schlei-Vereins, Hilfe für Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika, verteilt wird. Es geht um eine Spendensammlung, die von Christa Randzio-Plath durchgeführt wird, und zwar mit dem Titel „Retten wir die Mädchen im Senegal vor sexueller Verstümmelung“. Lest euch das doch einmal kurz durch! Christa möchte aber selber noch etwas dazu sagen.

Christa Randzio-Plath, Vorsitzende des Marie-Schlei-Vereins: Liebe Genossinnen und Genossen! Heute Morgen haben wir mit unserem Antrag zur internationalen Politik die globale Verantwortungsgemeinschaft beschlossen. Heute Nachmittag geht es um konkrete Solidarität mit Frauen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Der Marie-Schlei-Verein wurde in Erinnerung an unsere erste Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit gegründet. Glücklicherweise haben wir inzwischen eine erfolgreiche zweite Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit, die auch die Solidaritätsarbeit zugunsten von Frauen unterstützt.

Es geht darum, dass von den 3 Milliarden Menschen in absoluter Armut, von den 1,2 Milliarden Menschen ohne Zugang zu sicherem Trinkwasser, von den Hunderten von Millionen von Menschen, die Analphabeten sind oder keinen Zugang zu Energieversorgung haben, der überwiegende Teil Frauen sind. Das gilt auch für die Flüchtlinge. Das ist ein Zustand in der Dritten Welt, der überwunden werden muss. Wir als Marie-Schlei-Verein wollen die Unwissenheit und die Unterentwicklung überwinden, indem wir Bildung, vor allem berufliche Ausbildung von Frauen für Frauen fördern. In fast 300 Projekten haben wir das schon getan.

Eine der schrecklichsten Gewalttaten gegenüber Frauen ist die Genitalverstümmelung. Immer noch sind es fast 1 Million Frauen, die jährlich verstümmelt werden. Das ist eine Verletzung des Rechts auf körperliche Unversehrtheit. Dies ist aber ein unteilbares Menschenrecht. Von daher ist es ein Frauenrecht, auf dessen Einhaltung wir pochen sollten.

Wir wollen dazu beitragen, indem wir die Frauen, die dieses blutige Geschäft betreiben, die Geld damit verdienen, von Beschneiderinnen zu Hebammen umschulen. Ich denke, das ist ein guter Ansatz, um beizutragen, dass dies in den Ländern Afrikas, in denen Genitalverstümmelungen schon verboten sind, auch in den ländlichen Gebieten durchgesetzt wird. Dies wollen wir im Senegal machen. Helft uns helfen! Wir arbeiten zusammen mit Ärzten und Gesundheitszentren. Die ausgebildeten Hebammen werden nicht nur die Antibeschneidungskampagnen unterstützen. Sie werden auch Frauen und Mütter beraten und dazu beitragen, die Säuglingssterblichkeit zu vermindern. Sie versuchen auch, die schreckliche Seuche Aids mit anzugehen.

Wir zählen auf eure Solidarität. Es wird bald in roten Beuteln gesammelt werden. Bitte drückt eure Solidarität konkret aus!

Vielen Dank für eure Solidarität.

(Beifall)



Vorsitzende Heide Simonis: Vielen Dank, Christa. – Genossinnen und Genossen, bevor wir zur Abstimmung über den ersten Block des Perspektivantrags kommen, haben wir eine Abstimmung nachzuholen, die wir heute Mittag nicht durchführen konnten, weil der Text nicht auf eurem Tisch lag. Es geht um den Antrag 426 NEU, Antragsbuch Seite 495. Antragstellerin ist die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen; der Antrag lautet: Diskriminierung von Frauen außerhalb des Arbeitsplatzes. Der Zettel ist in der Zwischenzeit verteilt worden. Ihr müsstet also Gelegenheit gehabt haben, einen Blick darauf zu werfen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Dann ist dieser Antrag angenommen.

Ich darf euch dann auf die Abstimmungen aufmerksam machen, die wir jetzt vorzunehmen haben. Es geht um die Anträge 1 bis 22, den Initiativantrag 2, den Initiativantrag 3 und den Initiativantrag 23; das steht im Antragsbuch auf den Seiten 7 bis 19 bzw. 32 bis 124. Ich möchte euch vorweg sagen: Der Initiativantrag 3 ist zurückgezogen worden; ihr erinnert euch vielleicht noch an den so genannten Berliner Appell. Zum Initiativantrag 2 schlägt die Antragskommission vor: Überweisung an Parteivorstand und Bundestagsfraktion bzw. Bundesregierung. Zum Initiativantrag 23 schlägt die Antragskommission vor: Annahme in geänderter Fassung. Folgender Satz soll auf Seite 2 Abs. 1 nach dem letzten Satz eingefügt werden: „Hohe private Vermögen sind in angemessener Weise an der Finanzierung von Bildungsausgaben und Zukunftsinvestitionen zu beteiligen“.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen, du zwar zunächst zu den Seiten 7 bis 9 des Antrags 1 „Unser Weg in die Zukunft“ und die Anträge 2 bis 22. Das ist der Leitantrag des Parteivorstandes. Die Empfehlung der Antragskommission lautet Annahme. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit. Dadurch sind die Anträge 3 bis 6, 9, 13 und 14 sowie 17 erledigt.

Dann habe ich den Initiativantrag 23 aufzurufen. Dazu möchte Mike Groschek etwas sagen. – Gibt es einen Geschäftsordnungsantrag? – Peter Dreßen, möchtest du einen Geschäftsordnungsantrag stellen?

Peter Dreßen, Baden-Württemberg: Es gab noch viele Wortmeldungen zu den verschiedenen Themen. Uns wurde versichert – auch vorhin von dir, Heide –, dass wir zum Thema Rente, das im Antrag 1 enthalten ist, noch reden können, auch zu den entsprechenden Initiativanträgen. Ich wundere mich darüber, dass jetzt alles abgeräumt wird.

Vorsitzende Heide Simonis: Nein, Genosse, ganz ruhig. Wir haben noch die Kapitel 2, 3, 4 und 5 und ich habe noch schätzungsweise 40 bis 50 Wortmeldungen vorliegen. Das kommt alles noch dran; wir sind gut bis heute Abend beschäftigt.

Peter Dreßen, Baden-Württemberg: Aber wenn der Leitantrag, Antrag 1, durch ist und alles andere auch, dann ist das doch mit erledigt.

Vorsitzende Heide Simonis: Nein, guck dir bitte einmal die Seiten an! Es gibt noch viel mehr Seiten. Ich habe nur die Seiten 7 bis 9 aufgerufen. Sind alle wieder im Bilde? – Zu Kapitel 5 kommt ihr alle dran. Es folgen die Bereiche Wirtschaft, Bildung usw. Jeder kommt noch zu dem entsprechenden Antrag zu Wort. – Jetzt Mike, bitte.

Michael Groschek, Parteirat: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich denke, wenn man einmal von dem einen oder anderen Wahlergebnis absieht, hat der Parteitag eine vernünftige Richtung und eine vernünftige Ausrichtung gefunden. Der Parteitag ist Fortsetzung eines Diskussionsprozesses, der schon bei der Antragsberatung und auch bei den Diskussionen auf diesem Parteitag deutlich wurde. Ich finde, es ist durchaus beachtenswert, wenn wir bemerken, dass die Parteiführung bei den gestrigen Reden ein Signal gesetzt hat, nämlich das Signal: Ja, wir haben verstanden, dass der Aspekt der sozialen Erneuerung beim Prozess der Agenda 2010 und darüber hinaus stärker betont werden soll. Das, Genossinnen und Genossen, ist ein gutes Signal.

(Beifall)

In Anlehnung an dieses Signal wollen wir unseren Antrag verstehen.

Wir bitten euch, den Initiativantrag 23 mit einer doppelten Aufforderung zu unterstützen, und zwar zum einen mit der Aufforderung, sich dessen zu erinnern, was Sig-



mar Gabriel gestern eingefordert hat, nämlich diejenigen, die er als alte Mitte bezeichnet hat, wieder zu unserer sozialen Mitte zu machen. Ferner sollen die neuen sozialen Bewegungen mit eingebunden werden.

Genossinnen und Genossen, wir haben gestern vor dieser Halle unterschiedliche protestierende Gruppen erlebt. Wir haben dort sicher auch Klientelpolitik in Protestform erlebt. Gerade für uns Sozialdemokraten muss wichtig sein und wichtiger werden, dass wir wieder stärker Brücken zu den neuen sozialen Bewegungen bauen, dass wir uns nicht voneinander und voneinander abschotten. Wir sollten den Antrag als Aufforderung an uns alle begreifen, den Dialog und die Diskussion auch mit den Globalisierungsgegnern ernster und intensiver als in der Vergangenheit zu führen.

(Beifall)

Wer, wenn nicht wir, soll sagen, dass wir den Wandel brauchen, weil Stillstand Entschickung ist und weil nur der Wandel in diesen Zeiten eine Versicherung bedeutet? Wenn wir das deutlich machen wollen, dann müssen wir offen sein und zur Diskussion einladen. Wir müssen aber auch unsere Traditionspartner, beispielsweise die Gewerkschaften und die Wohlfahrtsverbände, dazu zwingen, in Diskussionen Farbe zu bekennen, wie denn die praktische Alternative aussehen kann, die einen sozialeren Wandlungs- und Reformprozess bedeutet. Wir dürfen den Diskussionsfaden auch da nicht abreißen lassen.

Vorsitzende Heide Simonis: Mike, du bist dennoch am Ende deiner Redezeit.

Michael Groschek, Parteirat: Das ist sehr schade. Aber vielleicht kann ich ja nachher weitermachen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Du hast jetzt zum Initiativantrag 23 gesprochen. Da habe ich vorhin die Änderungen vorgelesen. Das ist der lange Text, den ihr eingereicht habt, der zwei Seiten umfasst. Da wird vorgeschlagen, hohe private Vermögen in angemessener Weise zur Finanzierung zu benutzen. Es wird Annahme empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

Dann rufe ich den Antrag 2 auf. Er ist erledigt durch die Annahme von A 1 in der Fassung der Antragskommission und durch die Annahme des Initiativantrages 23 in geänderter Fassung.

Dann rufe ich A 7 auf: Soziale Gerechtigkeit. Hier wird die Überweisung an den Parteivorstand zur Vorbereitung des Grundsatzprogramms vorgeschlagen. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

Ich darf noch einmal zu A 2 zurückkehren. Dort steht: erledigt durch Annahme von A 1 in der Fassung der Antragskommission und Annahme von Initiativantrag 23 in

geänderter Fassung. Wer dem so zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit. Dann ist das so angenommen.

A 7 haben wir gerade abgestimmt.

Dann kommt A 8: Soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherungssysteme im 21. Jahrhundert. Die Antragskommission schlägt die Überweisung an den Parteivorstand zur Vorbereitung des Grundsatzprogramms und für den oben genannten Programmparteitag vor. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe A 10 auf: Wirtschafts- und Steuerpolitik. Dieser Antrag beginnt auf der Seite 113. Es wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

A 11: Reformen mit Grundwerten. Von der Antragskommission wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Bundesregierung vorgeschlagen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist die Mehrheit.

Ich rufe A 12 auf: Umbau und Reformen. Es wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer möchte dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe A 15 auf: Für einen grundlegenden Positionswechsel in der Steuer- und Abgabepolitik; Steuerfinanzierung der Rentenversicherung. Hier wird die Überweisung an den Parteivorstand zur Vorbereitung des Grundsatzprogramms vorgeschlagen. Wer möchte dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Ich rufe A 16 auf: Pflichtabgabe auf Tabak und Alkohol. Jawohl, beides böse Dinge! Die Antragskommission schlägt die Überweisung an die Bundestagsfraktion vor. Wer möchte dem folgen? – Das ist die Mehrheit, die anwesenden baden-württembergischen, fränkischen, rheinland-pfälzischen Weinbauern ausgenommen.

Ich rufe A 18 auf: Gegen Entsolidarisierung. Es wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Ich rufe A 19 auf: Perspektivantrag und Gesellschaft. Es wird die Überweisung an den Parteivorstand zur Vorbereitung des Grundsatzprogramms vorgeschlagen. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das war die Mehrheit.

A 20: Perspektivantrag und Gesellschaft. Auch hier wird die Überweisung an den Parteivorstand zur Vorbereitung des Grundsatzprogramms vorgeschlagen. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe A 21 auf: Agenda 2010. Hier lautet die Empfehlung der Antragskommission: erledigt durch Beschluss des außerordentlichen Parteitags am 1. Juni 2003 und durch Praxis. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe A 22 auf: Interne Streitkultur. Aus welchem Grunde auch immer – ich weiß nicht, was sie sich dabei gedacht hat – schlägt die Antragskommission die Überweisung an den Parteivorstand vor. Da können wir ja schon einmal üben. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Auf ein fröhliches Streiten im Parteivorstand!

Ich rufe den Initiativantrag 2 auf. Hier möchte sich Manfred Püchel zu Wort melden.

Manfred Püchel, Sachsen-Anhalt: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Liebe Freundinnen und Freunde! Der Parteitag hat sich das Motto gewählt: Das Wichtige tun. Dazu gehört auch, die Einheit zu vollenden. Gerhard Schröder hat es gestern zu seiner Herzenssache erklärt, was es auch ist. Der Perspektivantrag hat es in seiner Präambel stehen, der Initiativantrag 2 hat es sich zum Inhalt gemacht. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erheben den Anspruch, dass die Interessen der Menschen in den ostdeutschen Ländern bei uns am besten aufgehoben sind. Bei der Bundestagswahl im letzten Jahr haben die Wählerinnen und Wähler im Osten dieses auch gezeigt. Die Wählerinnen und Wähler sahen in uns die Partei, die ihre Interessen am besten vertreten wird. Wir tun dies auch.

Heute wurden ja schon mehrmals Grußadressen an die Mitglieder der Bundesregierung verteilt. Ich will hier aus ostdeutscher Sicht neben der Bundesregierung zwei weitere Politiker loben, und zwar Franz Müntefering und Ludwig Stiegler, die sich in den letzten Jahren sehr intensiv und massiv für die Interessen des Ostens eingesetzt haben. Herzlichen Dank an die beiden, die gerade nicht anwesend sind.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, seit der Wiedervereinigung hat sich der Osten sichtbar verändert; Christoph Matschie hat es vorhin schon gesagt. Manchmal vermisse ich den Stolz der Ostdeutschen auf das Erreichte. Wir können stolz darauf sein, wenn wir durch unsere Länder gehen und sehen, was wir gemeinsam mit den Westdeutschen geschaffen haben.

Wir müssen akzeptieren, dass der Aufholprozess länger dauert, als wir gedacht haben. Alle Deutschen müssen akzeptieren, dass die Einheit nicht zum Nulltarif zu haben ist, wie uns Helmut Kohl einmal versprochen hat. Jammer-Ossi und Besser-Wessi gehören nicht in die SPD; die sind bei der PDS und bei der CDU/CSU viel besser aufgehoben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Uns allen ist klar geworden, dass wir unter dem Begriff der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Ost und West nicht Homogenität verstehen. Die gibt es auch

zwischen den alten Ländern nicht, die gibt es erst recht nicht, wenn ich an die EU denke.

Doch so wie es jetzt aussieht, gibt es große Unterschiede zwischen Ost und West, dauert der Aufholprozess längere Zeit, sind wir längere Zeit auf ABM angewiesen und auch auf die Pendlerpauschale, die wir im Osten vielleicht mehr brauchen als in anderen Gegenden.

Liebe Genossinnen und Genossen, zur Vorbereitung des Leitetrags zur Agenda 2010 hat der Parteivorstand vier Arbeitsgruppen eingesetzt. Eine Arbeitsgruppe hat sich mit den strukturschwachen Regionen in Deutschland beschäftigt. Seine Vorschläge wurden in dem Leitetrtrag aufgenommen. Diese Arbeitsgruppe hat sich bewusst nicht mit dem Aufbau Ost beschäftigt, sondern mit den strukturschwachen Regionen in Deutschland. Das sind Sachsen-Anhalt, das Emsland und Teile des Ruhrgebietes, Magdeburg hat Probleme, auch Bochum hat Probleme.

In diesem Sinne ist die Vollendung der deutschen Einheit in der Tat eine gesamtdeutsche Aufgabe. Unsere Politik muss darauf ausgerichtet sein, Zukunftschancen für alle zu öffnen, in Ost und in West. Dafür müssen wir manche Veränderungen in Kauf nehmen. Dafür müssen wir auch vieles andere in Kauf nehmen. Für diese Veränderungen müssen wir uns einsetzen. Dafür brauchen wir die Solidarität aller. Dafür brauchen wir auch den gehörigen Schuss Optimismus. Ich bin mir sicher, dass wir es packen werden, auch wenn es etwas länger dauert, als wir gedacht haben. In diesem Sinne: Alles Gute in Ost und West für die Zukunft. – Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Deinem Appell folgend hat die Antragskommission ihren ersten Vorschlag geändert und schlägt nunmehr vor, an den Parteivorstand, an Bundesregierung und Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? – Das Erstere war die Mehrheit.

Wir haben noch festzuhalten, dass der Initiativantrag 3, der so genannte Berliner Appell, zurückgezogen ist.

Damit haben wir diesen Teil erledigt. Ganz herzlichen Dank, Genossinnen und Genossen!

Wir kommen jetzt zum Kapitel 1: Wir sorgen für Innovationen, stetiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung. Hierzu wird Gerd Andres für die Antragskommission vortragen. Dann kommen alle die dran – das ist ein hübsches, nettes Päckchen –, die sich dazu gemeldet haben.

Gerd Andres, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, da wir eine umfangreiche Grundsatzdebatte schon geführt haben, habe ich nicht die Absicht, in das Kapitel entsprechend einzuführen. Das sind die Seiten 9, ab Zeile 15, bis Seite

14, Zeile 50, die sich mit Innovation, Wachstumspolitik und nachhaltiger Entwicklung auseinander setzen, in verschiedenen wirtschaftspolitischen Kapiteln. Wenn ihr euch die Empfehlungen der Antragskommission dazu anschaut, werdet ihr feststellen, dass es – überwiegend einvernehmlich – in der Antragskommission nur einzelne Formulierungsveränderungen gegeben hat.

In diesem Kapitel ist eine Formulierung auf Seite 11 zum Thema Flächentarifvertrag und Tarifautonomie herausgenommen worden, zu der wir durch Initiativanträge, die vorliegen, gesondert beschließen werden.

Auf Seite 12 könnt ihr sehen, dass wir aus dem Antrag des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen insbesondere das Kapitel „Mitbestimmung schafft Teilhabe“ übernommen haben. Ansonsten gibt es die Empfehlung dazu, dass eine Reihe von Anträgen erledigt sind, die im Antragsbuch entsprechend aufgerufen werden.

Wir haben eine Reihe von Anträgen, die sich mit dem Thema GATS auseinander setzen, die sich mit dem Thema Internationaler Währungsfonds und ähnlichem auseinander setzen. Sie werden im Einzelnen aufgerufen, ohne dass hierzu umfangreich und langatmig vorgetragen werden muss. Denn ich finde, dass die Formulierungen klar sind. Die Antragskommission hat ihre Empfehlungen dazu relativ früh abgegeben. Die hat jeder mit dem Antragsbuch erhalten.

So weit meine Einführung.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Herzlichen Dank. – Jetzt hat sich als Erster Alfred Staudt gemeldet. Ihm folgt Willi Brase. Danach kommt Fabian Schmitz.

Alfred Staudt, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche zum A 1 – Mitbestimmung schafft Teilhabe – und damit verbunden zu den Initiativanträgen 6 und 33. Die Annahme, wie vorgeschlagen, ist ein ganz wichtiges Signal in Richtung unserer Verwandtschaft, der Gewerkschaftsbewegung. Ich glaube, dieses Signal muss heute deutlich ergehen, weil die Verwandtschaft Gewerkschaft durch ihr tägliches Tun dafür sorgt, dass die Sozialdemokratie ihre parlamentarische Mehrheit behält oder gegebenenfalls zurückgewinnen kann. Umgekehrt sind die Gewerkschaften davon überzeugt, dass es mit eine Aufgabe der historischen Verwandtschaft zur Gewerkschaftsbewegung ist, der Sozialdemokratie, mit dafür zu kämpfen, dass die Gewerkschaften die Tarifhoheit, das Recht auf freie Verhandlungen in den Betrieben und Dienststellen behalten. Deshalb ist dieses Signal sehr wichtig. Die Antragslage ist entsprechend gut.

Deshalb möchte ich darauf hinweisen: Am 10. Dezember darf es im Vermittlungsausschuss keinerlei Herumfummeln von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geben, damit durch das Paket, das die CDU/CSU mit Unterstützung der FDP vorgelegt hat, kein fauler Kompromiss zustande kommt.

(Beifall)

Das darf es nicht geben. Das möchte ich hier ganz deutlich machen. Das wird durch die Beschlussempfehlung auch ganz klar eingegrenzt und festgelegt.

Das Gleiche gilt für die Bundestags- und die Bundesratsdebatte am 19. Dezember, wenn diese Dinge nochmals auf dem Tisch liegen und abschließend behandelt werden.

Gleichzeitig bitte ich darum, dass sich in den nächsten Tagen – ausreichend früh vor diesen Terminen –, wenn die Gewerkschaften zu Aktionen aufrufen, bei der es um die Arbeitsgesetzgebung geht, die Sozialdemokratie daran beteiligt und damit ihre Solidarität in den Aktionen greifbar wird.

Ich darf mich bedanken und bitte um entsprechende deutliche Zustimmung zu den Vorlagen, wie sie die Antragskommission vorgelegt hat.

Vorsitzende Heide Simonis: Der Kollege Brase hat gesagt, dass er erst zur Bildungspolitik sprechen möchte. Dann kommt der Kollege Fabian Schmitz dran. – Auch er verzichtet an dieser Stelle. Es spricht jetzt Sigrid Skarpelis-Sperk.

Sigrid Skarpelis-Sperk, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! In dem Antragsbuch ist vermerkt, dass die Anträge A 23 bis A 26 zum allgemeinen internationalen Dienstleistungsabkommen GATS und A 27 und A 28, Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, an die Bundestagsfraktion bzw. an die Bundesregierung verwiesen werden sollen. Da ich diese Bereiche in der Bundestagsfraktion als Sprecherin der Arbeitsgruppe „Globalisierung und internationale Weltwirtschaft“ mache, wollte ich erklären, warum die Antragskommission diese Empfehlung jetzt geändert hat: Erledigt durch Beschluss des Bundestages.

Es ist nämlich so, dass die Antragsteller, was das GATS und die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen angeht, insbesondere im Bereich der Bildungsleistungen, der Kulturleistungen, der Gesundheitsleistungen, des Wassers und des Abwassers im Rahmen der Globalisierung einen eminent wichtigen Bereich aufgegriffen haben. Von vielen wird übersehen, dass im Moment beim internationalen Handelsabkommen nicht bloß die Reduzierung von Tarifen zur Debatte steht, nicht nur die Frage, welchen Qualitätsanforderungen künftig zu importierende oder exportierende Güter unterliegen, sondern dass mit dem allgemeinen Dienstleistungsabkommen die gesamte Qualität unserer öffentlichen Güter für internationale Verträge zur Disposition steht.

Die Antragsteller haben ihre Besorgnisse darüber geäußert, dass durch die Verhandlungen in der Europäischen Kommission diese öffentlichen Güter liberalisiert, sozusagen dem Weltmarkt geöffnet werden, und sie meinen, dass dies ein Problem darstellt. Die Antragsteller haben Recht.

Die Bundestagsfraktion hat deswegen im Vorfeld der Verhandlungen der Welthandelskonferenz in Cancun drei Anträge eingebracht. Der Bundestag hat dann mit unseren Stimmen und den Stimmen der Grünen entsprechende Beschlüsse gefasst: Die

Bundesrepublik Deutschland gibt in der Europäischen Kommission keine Zustimmung dazu, dass die öffentliche Daseinsvorsorge liberalisiert wird, dem internationalen Wettbewerb und dem privaten Kapital geöffnet wird.

(Beifall)

Dies betrifft insbesondere Bildung, Kultur, Dienstleistungen in den Bereichen Wasser und Abwasser, aber auch viele andere Bereiche.

Hier hatte die Europäische Kommission angefragt. Weil sie uns unter Zeitdruck gesetzt hat, weil sie nämlich bis zum 31. März internationale Angebote machen wollte, hat der Bundestag zum zweiten Mal in seiner Geschichte einen Parlamentsvorbehalt formuliert, das heißt der Bundesregierung den Auftrag gegeben, überall zuzustimmen, aber in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, Bildung, Kultur und Gesundheit, auf keinen Fall eine Zustimmung zur Öffnung zur internationalen Konkurrenz zu geben.

(Beifall)

Dies hört sich zunächst etwas merkwürdig an; denn für uns Europäer ist klar, dass Schulen, wesentliche Krankenhäuser und anderes natürlich eine Angelegenheit des Staates sind. Aber wenn wir uns andere Länder ansehen, dann stellen wir fest, dass mittlerweile selbst Gefängnisse und Teile der Polizei privatisiert werden. Angesichts dessen muss man sagen: Dies ist ein wichtiger Bereich und die SPD-Bundestagsfraktion hat etwas erreicht, was wichtig ist. Wir haben insgesamt drei Parlamentsbeschlüsse: zur Bildung, zu GATS und zur WTO-Konferenz in Cancun. Ich gehe davon aus, dass der Wirtschaftsminister – ich sehe ihn hier – die Mehrheitsbeschlüsse des Deutschen Bundestags durch seine Beamten in Brüssel selbstverständlich genau und präzise vertreten lässt.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen! Durch das Trennen in mehrere so genannte Drehbücher sind wir hier vorn in der schönen Lage, nicht immer zu wissen, wer von euch sich zu was gemeldet hat.

Wir diskutieren jetzt die Anträge unter dem Stichwort Wirtschaft: A 1, A 23 bis A 31, A 55 bis A 58 und den Initiativantrag 12. Das sind die Seiten 9 bis 14, 124 bis 136 und 150 bis 152.

Wenn ich das richtig sehe, hat sich Nils Hindersmann zu diesem Bereich gemeldet. Er hat freundlicher Weise auf seine Wortmeldung geschrieben, dass er zum Bereich Wirtschaft reden möchte.

Nils Hindersmann, Hannover: Ich möchte noch einmal die Position des Bezirks Hannover zum Antrag 24 – das betrifft GATS und Handelspolitik – deutlich ma-

chen. Wir begrüßen, dass die Bundestagsfraktion sehr gute Arbeit geleistet hat, indem sie diesen Parlamentsvorbehalt erreicht hat. Deswegen sind wir im Prinzip auch d'accord damit, dass dieser Antrag durch das Handeln der Bundestagsfraktion quasi erledigt ist.

Uns ist es besonders wichtig, dass nicht nur der Parlamentsvorbehalt existiert, sondern dass wir alle gemeinsam als Partei auch entsprechend handeln. Das hat Sigrid eben schon gesagt. Das betrifft dann auch die Bundesregierung, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments und die Verantwortlichen in der Kommission. Wir als Partei sollten diese Position im Prinzip so akzeptieren und hier auch zur Kenntnis nehmen und das dann quasi mit unterstützen. Deswegen können wir mit dem Vorschlag der Antragskommission sehr gut leben.

Vorsitzende Heide Simonis: Doris Barnett. Danach kommt Wolfgang Clement.

Doris Barnett, Rheinland-Pfalz: Genossinnen und Genossen! Ich habe es sogar draufgeschrieben: Initiativantrag 21, Seite 12. Das ist das, was wir behandeln. Hier geht es um Mitbestimmungsrechte und insoweit auch um Wirtschaftspolitik.

Mein Thema beim A 21 ist etwas ganz Wichtiges. Vorhin wurde der Verteidigungsminister erwähnt, der für blutige Schlachten zuständig ist. Die Wirtschaftsleute sind eher für unblutige Schlachten zuständig, nämlich die Schlachten um internationale Übernahmen. Da fließt zwar kein Blut, aber Opfer gibt es auch. Die Opfer seid meist ihr, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich erinnere nur an Beiersdorf in Hamburg, wo jetzt die Übernahmeschlacht tobt.

Wir wollen Übernahmen nicht verhindern, aber es muss Regeln geben. Das Niveau unserer Übernahmeregeln ist schon heruntergefahren worden, aber nur so, dass es noch Mitbestimmung gibt, und das ist ganz wichtig.

Zurzeit steht in Brüssel – das ist ganz aktuell, am letzten Freitag war das – die Verhandlung im Europäischen Rat darüber an, was mit der Übernahmerichtlinie passiert, ob wir das Mitbestimmungsrecht ganz kippen. Da müssen wir wenigstens gewappnet sein.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen sagen: Es kann nicht sein, dass unsere Unternehmen die Hosen herunterlassen müssen und nur noch die Hauptversammlung, also nur noch die Aktionäre, beschließt, ob ein Betrieb veräußert werden soll, während Vorstand und Aufsichtsrat und damit auch ihr, die ihr im Betriebsrat sitzt, davon nichts erfahren und schon gar nicht mitbestimmen dürfen. Gleichzeitig sollt ihr das Werk mit eurer Arbeitskraft nach vorn bringen, ihm Prosperität verleihen und so erst attraktiv machen.

Von daher bitte ich wirklich darum, dass wir der Bundesregierung mit diesem Antrag mitgeben, darauf zu achten, dass unsere Mitwirkungs- und Mitbestimmungs-

möglichkeiten auch im europäischen Rahmen erhalten bleiben. Es geht schließlich um was!

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Doris, hilf uns doch bitte einmal: War das ein Beitrag zum A 20? – Zum A 21. Der kommt erst später zur Abstimmung. Ich wollte das nur sagen, damit ihr Bescheid wisst. Das kommt bei „Arbeit“ zur Abstimmung.

Jetzt folgt Wolfgang Clement.

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Genossinnen und Genossen! Damit kein Missverständnis entsteht und mein Ruf nicht noch mehr in Mitleidenschaft gezogen wird, möchte ich nur darauf hinweisen, dass zwischen der Position der Bundestagsfraktion und der der Bundesregierung kein Unterschied besteht, was die GATS-Verhandlungen angeht.

(Vereinzelt Beifall)

Es bestehen aber viele unterschiedliche Einschätzungen, was GATS angeht, insbesondere auch was die Privatisierung von Dienstleistungen angeht.

Bei den GATS-Verhandlungen wird nicht privatisiert. Dort geht es nur um die bereits privatisierten Dienstleistungen, wobei unter den Begriff Dienstleistung beispielsweise auch Versicherungen und anderes fallen. Wir haben ein großes Interesse daran, dass bei dem hohen wirtschaftlichen Potenzial etwa in China auch wir mit Kapital- und Versicherungsdienstleistungen dabei sein können. Das ist der Kern des Interesses Deutschlands.

Dort wird keine Daseinsvorsorge gegen den Willen irgendeines Mitgliedstaats privatisiert. Es wird dort auch nicht eingegriffen.

Bei den GATS-Verhandlungen ist es so, dass innerstaatliche Regelungen zur Durchsetzung jeweiliger nationaler politischer Ziele generell gestattet sind. Deshalb ist auch die Struktur des Abkommens GATS äußerst flexibel gestaltet. Es gibt nicht identische Verpflichtungen für sämtliche Länder.

Dementsprechend hat die Europäische Union nach insgesamt sehr langwierigen Abstimmungen kein Verhandlungsangebot für zusätzliche Verpflichtungen, insbesondere in sensiblen Bereichen, vorgelegt. Es gibt für uns keinerlei Verpflichtung, weder im Ausbildungsbereich noch im Gesundheitsbereich, noch bei den sozialen Dienstleistungen, noch bei den audiovisuellen Dienstleistungen, noch bei der Trinkwasserversorgung.

Es macht keinen Sinn, Gegensätze herzustellen, die es nicht gibt. Ich nehme für uns in Anspruch, dass die Bundesregierung eine gewisse Glaubwürdigkeit besitzt. Das sollte wirklich ernst genommen werden.

Was Probleme macht, ist der Fortgang der GATS-Verhandlungen. Das ist sehr schwierig. Die Bundesregierung hat ein eminentes Interesse. Wir tun alles, um die Verhandlungen zum Erfolg zu führen. Deshalb waren und sind wir im Rahmen der Europäischen Union zu weitergehenden Bewegungen im Bereich der Landwirtschaft bereit. Das ist in Cancun leider nicht ausgenutzt worden.

Die Position der Entwicklungsländer ist in Wahrheit sehr differenziert. Aber das will ich jetzt nicht weiter ausführen. Wir haben es mit Schwellenländern, deren Wirtschaft gewaltig wächst, aber auch mit sehr armen Ländern zu tun, die vor allen Dingen unter dem Scheitern von Cancun leiden. Auch das muss man sehen.

Wie gesagt: Es gibt keinerlei Ausverkauf von sozialen oder sonstigen für die Daseinsvorsorge wichtigen Dienstleistungen. Die Bundesregierung denkt auch nicht daran, einen solchen Ausverkauf mitzubetreiben.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Jetzt hat das Wort Katja Vogel, die auf ihrem Zettel vermerkt hat, dass sie über Wirtschaft reden möchte. – Nein? Auf dem Zettel steht „stetiges Wachstum“. – Das soll unter Umwelt behandelt werden? – Unter Bildung? Das sehe ich nicht darunter. Aber okay.

Genossinnen und Genossen, damit haben wir die entsprechende Rednerliste abgearbeitet. Wir kommen dann jetzt zu den Abstimmungen. Es geht um den Antrag 1 auf den Seiten 9 bis 14 in Verbindung mit den Anträgen 23 bis 31 auf den Seiten 124 bis 136, um die Anträge 55 bis 58 auf den Seiten 150 bis 152 des Antragsbuches sowie um den Initiativantrag 12.

Wir beginnen mit dem Initiativantrag 12. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag 31 durch diese Abstimmung erledigt.

Ich rufe den Antrag 55 auf. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer ist bereit, der Antragskommission zu folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

Ich rufe den Antrag 23 „GATS stoppen – Daseinsvorsorge solidarisieren, nicht privatisieren“ auf. Die Antragskommission ist der Meinung, dass dieser Antrag durch Beschlüsse von Bundestag und Bundesregierung erledigt ist. Wer das auch so sieht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer sieht das nicht so? – Das Erste war die Mehrheit.

A 24: Erledigt durch Beschlüsse von Bundestag und Bundesregierung. Wer sieht das genauso? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

A 25 „Handelspolitik/GATS“: Erledigt durch Beschlüsse von Bundestag und Bundesregierung. Wer stimmt dem zu? – Das ist die Mehrheit.



Ich rufe A 26 „GATS – Keine Privatisierung der Daseinsvorsorge“ auf. Vorschlag: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

A 27 „Gegen die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen“: Erledigt durch Beschlüsse von Bundestag und Bundesregierung. Wer möchte dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

A 28 „Gegen die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistung“: Erledigt durch Beschlüsse von Bundestag und Bundesregierung. Wer möchte dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

A 29 „Internationaler Währungsfonds“. Vorschlag: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

A 30 „Folgen der Globalisierung“: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

A 31 ist erledigt. Über A 55 haben wir an zweiter Stelle abgestimmt.

A 56 „Pflichtmitgliedschaft in Wirtschafts- und Berufskammern“: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer stimmt diesem Vorschlag zu? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

A 57 „IHK-Gesetz“: Erledigt durch Beschluss des Außerordentlichen Parteitags am 1. Juni 2003. Wer ist auch der Meinung, dass dies erledigt ist? – Wer ist nicht der Meinung? – Das Erste war die Mehrheit.

A 58 „Rechtsnormen zeitlich befristen“: Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Das Erste war die Mehrheit.

Über den Initiativantrag 12 „Gründung von Genossenschaften“ haben wir schon abgestimmt.

(Zurufe)

– Doch, sonst hätten wir A 31 nicht für erledigt erklären können. Das habe ich vorhin unwidersprochen feststellen können.

Ich habe noch eine Bitte. Vorhin hat der Genosse Arne Schneider aus Hannover uns zum Leitantrag noch drei kleine schriftliche Änderungen zukommen lassen. Die Antragskommission hat gesagt, sie würde diese übernehmen. Auf Seite 14 im Abschnitt „Bürokratie abbauen“ soll der dritte Satz in der Zeile 19 durch den Zusatz ergänzt werden: „ohne dass Arbeits- oder Verbraucherschutzrechte eingeschränkt werden“. Es ist vorgeschlagen worden, diese Änderung anzunehmen. – Dazu möchte Gerd etwas sagen.

Gerd Andres, Antragskommission: Mich hat keiner gefragt, den Vorsitzenden und andere offensichtlich auch nicht.

Arne hat den Antrag vorhin vorgetragen. Weil ich aus dem Bezirk Hannover komme, weiß ich, dass er ihn da auch schon einmal vorgetragen hat. Ich muss hier sagen, dass ich Bürokratieabbau unter Beachtung von Verbraucherschutzinteressen für selbstverständlich halte. Das muss man aber nicht extra wiederholen. Darüber hat es schon eine Auseinandersetzung in unserer Bezirksvorbesprechung gegeben. Ich bin der Meinung, dass das überflüssig ist.

Vorsitzende Heide Simonis: Gerd, ich mache einen Vorschlag. Da das offensichtlich vorhin Karin Junker vorhin übernommen worden ist und da ich nicht weiß, mit wem sie geredet hat, gebe ich euch diesen Zettel. Wir machen das wie vorhin mit dem anderen Antrag, über den wir auch später abgestimmt haben. Ihr schaut euch das bitte in Ruhe an und macht uns einen Vorschlag, über den wir im Plenum abstimmen können. Es hat jetzt keinen Zweck, etwas anderes zu machen. – Kurt möchte gerne etwas dazu sagen.

Kurt Beck, Antragskommission : Genossinnen und Genossen! Für die Antragskommission möchte ich sagen: Wir sollten uns darauf verständigen, diesen Teil als Material zu überweisen. Wir sorgen dafür, dass dieser Vorschlag ernst genommen wird. Aber ihn einfach zu beschließen, ist ein Problem. Schaut euch doch einmal an, welche Bürokratie in der Trinkwasserverordnung enthalten ist! Schaut euch einmal an,

welche Bürokratie mit der Badewasserverordnung auf den Weg gebracht worden ist! Diese unendliche Bürokratie reicht bis zu privaten Anlagen.

Man kann nicht einfach sagen, dass der Verbraucherschutz generell ausgenommen wird. Deshalb mein Vorschlag: Wir nehmen es als Material an und wir sagen zu, darauf zu achten, dass es ernsthaft mitgeprüft wird. Natürlich wollen wir nicht an den Kern des Verbraucherschutzes heran. Aber wenn wir alle Felder von vornherein ausnehmen, dann kommen wir keinen Millimeter weiter.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Jetzt gibt es einen Geschäftsordnungsantrag. Dann hat sich Arne Schneider noch einmal gemeldet.

Marita Hetmeier, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Ich habe Verständnis dafür, dass wir uns beeilen müssen, weil viele Anträge zur Abstimmung stehen. Aber ich muss dazu sagen: Die Zusammenstellung, die du, Heide, vor dir liegen hast und in der steht, über welche Anträge in welchem Block abgestimmt wird, haben wir nicht schriftlich vorliegen. Wir als Delegierte können der Abstimmung so nicht folgen.

(Beifall)

Entweder brauchen wir das schriftlich oder das Ganze muss langsamer gehen.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Gut, ich mache es gerne langsam. Ich dachte, es wäre in eurem Interesse, wenn wir schneller durchkommen. Aber das werden wir hinbekommen.

Jetzt ist noch einmal der Genosse Schneider dran.

Arne Schneider, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn wir so verfahren, wie Kurt Beck das hier vorgeschlagen hat, dann sagen wir: Wir als SPD wollen in Zukunft nicht mehr gewährleisten, dass Arbeitsschutz-, Datenschutz- und Verbraucherschutzrechte in diesem Land gewährt werden. Das wäre in dieser Partei ein Paradigmenwechsel. Es ist für mich sehr merkwürdig, dass hier so etwas nebenbei kommt. Ich meine, es muss selbstverständlich sein, dass, wenn Bürokratie abgebaut wird, weiterhin die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Bürgerinnen und Bürger über ihre Daten gewährleistet werden. Wenn die SPD nicht mehr dazu steht, muss sie sich überlegen, wie sie das formulieren will. Ich hoffe, dass die Antragskommission den Vorschlag übernimmt oder sagt, wie sie damit umgeht, aber ablehnen, liebe Genossinnen und Genossen, kann nicht der richtige Weg sein.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Arne, jetzt hast du dich umsonst aufgeregt. Das hatte Kurt Beck gar nicht vorgeschlagen. Aber ich gebe dir Recht: Ich habe mich vorhin darauf verlassen, dass sich die Antragskommission damit beschäftigt hat. Es geht natürlich nicht, dass man solche Sachen mal eben reinschiebt und sich hinterher wundert, was dabei herauskommt. Das muss in der Antragskommission schon ordentlich bedacht werden.

(Beifall)

Jetzt hat Kurt vorgeschlagen, dass das Ganze an die Bundestagsfraktion überwiesen werden soll, die hoffentlich von jedem Verdacht frei ist, Datenschutz und Verbraucherschutz mit Füßen zu treten. Ich glaube, dem kann man so zustimmen.

Du musst uns deinen Zettel, der nahezu unleserlich ist, noch einmal in Schönschrift geben. Er muss oben abgeliefert werden, damit die Mitarbeiter wissen, wohin sie das abheften sollen. Sie müssen ja wissen, wohin er gehen soll; das ist doch klar. Ihr müsstet mal versuchen, seine Schrift zu lesen; dann würdet ihr euch wundern.

Dann haben wir die von mir aufgerufenen Anträge A 23 bis A 31, A 55 bis A 58, Initiativantrag 12 auf den Seiten 9 bis 14, 124 bis 136 und 150 bis 152 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Form verabschiedet.

Ich gebe jetzt weiter an Ute.

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt wieder Wahlergebnisse zu verkünden. Bevor wir das Ergebnis der Wahl zur Kontrollkommission hören, möchte ich noch ein Ergebnis von gestern nachholen. Weil einige schon weg waren, als das Ergebnis der Wahl der Schatzmeisterin verkündet wurde, besteht der Wunsch, das Ergebnis zu hören. Man hat das gestern zugesagt, aber es wurde heute noch nicht nachgeholt. Ich werde es daher kurz vortragen. Es wurden bei der Wahl der Schatzmeisterin 491 Stimmen abgegeben. Es waren 13 ungültig. 478 waren gültig. Es gab 24 Enthaltungen. Es haben insgesamt 406 mit Ja gestimmt und 48 mit Nein. Damit hat Inge Wettig-Danielmeier 84,9 Prozent erreicht und hat die Wahl angenommen. Das nur der Vollständigkeit halber, weil einige der Delegierten das gestern nicht mehr hören konnten.

(Beifall)

Wahlergebnis Kontrollkommission

Dann darf ich jetzt an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission zur Verkündung der Ergebnisse zur Wahl der Kontrollkommission weitergeben. Bitte schön.

Vorsitzende Ute Vogt: Dann darf ich jetzt an die Mandatsprüfungs- und Zählkommission zur Verkündung der Ergebnisse zur Wahl der Kontrollkommission weitergeben. Bitte schön.

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Bevor ich das mache, liebe Genossinnen und Genossen, sage ich, wie viele Delegierte anwesend sind. Es sind 476 Delegierte anwesend plus 41 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Davon sind 229 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 44,29 Prozent. Jetzt kommen wir zu den Stimmen. Abgegeben wurden 412 Stimmen. Davon waren sechs ungültig. Also haben wir 406 gültige Stimmen. Auf Dorothee Danner entfielen 250 und auf Willi Görlach 257 Stimmen. Petra Hoffmann bekam 304. Gerhard Kompe bekam 213, Eckart Kuhlwein 282, Heide Mattischeck 288, Walter Meinhold 216, Christa Randzio-Plath 348, Heinz Türmer 85 und Gert Weisskirchen 287. Damit ist Heinz Türmer nicht gewählt, die restlichen sind gewählt.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Jetzt darf ich fragen, ob einer der als gewählt verlesenen Genossinnen und Genossen die Wahl nicht annehmen will. Ich bitte dann um ein lautes und deutliches Nein. – Das ist nicht zu hören. Ich gehe also davon aus, dass alle Gewählten ihre Wahl annehmen. Es ist quotiert gewählt, sodass wir den Mitgliedern der Kontrollkommission herzlich zu ihrer Wahl gratulieren können.

Ich darf die Gelegenheit wahrnehmen und mich im Namen der gesamten Partei und der Parteiführung, insbesondere aber auch im Namen von Christa Randzio-Plath und Inge Wettig-Danielmeier ganz herzlich bei denen für ihre Arbeit bedanken, die aus der Kontrollkommission ausgeschieden sind. Sie haben nicht wieder kandidiert. Ganz herzlichen Dank an Rudi Arndt und Gerlind Galwik.

(Beifall)

Die neu Gewählten können gleich ihre Arbeit beginnen. Ich bitte alle gewählten Mitglieder der Kontrollkommission, sich jetzt gleich zur konstituierenden Sitzung rechts vom Präsidium zu treffen. Ihr sollt euch vermutlich darauf einigen, wer euch in der nächsten Legislaturperiode führt.

Vorsitzende Ute Vogt: Dann können wir den Wahlgang zur Schiedskommission aufrufen. Wir würden die drei Wahlzettel, die es jetzt gibt, gerne zusammen verteilen und zusammen einsammeln. Dann geht das Ganze schneller und wir haben nicht so häufig Unterbrechungen. Ich schlage vor, dass wir, weil wir zur richtigen Farbe die richtige Kontrollnummer aufkleben müssen, erst alle Zettel verteilen und ich dann die Kontrollnummer nenne. Dann kommen wir nicht durcheinander.

Ich bitte jetzt die Wahlkommission, den orangefarbenen Stimmzettel für die Vorsitzende, den grünen für die stellvertretenden Vorsitzenden und einen zartblauen für die weiteren Mitglieder der Schiedskommission zu verteilen.

Ich kann in der Zwischenzeit einiges zum Wahlverfahren erläutern. Es wird in Extraabstimmungen die Vorsitzende der Schiedskommission gewählt. Es gibt eine Kandidatur, die von Hannelore Kohl zur Vorsitzenden. Es handelt sich um eine Einzelwahl. Es ist notwendig, dass sie 50 Prozent der stimmberechtigten anwesenden Delegierten erhält. Für die Wahl der Vorsitzenden der Schiedskommission ist also eine qualifizierte Mehrheit erforderlich.

Für die Stellvertreter gilt das Entsprechende. Ihre Namen sind zusammen auf einem Wahlzettel. Auch hier ist es erforderlich, dass sie im ersten Wahlgang 50 Prozent überschreiten.

Haben jetzt alle den orangefarbenen Wahlzettel? – Benutzt für diesen Wahlzettel bitte die Kontrollnummer 29.

Ich bitte, auch die grünen Wahlzettel gleich auszuteilen. Auf den grünen Wahlzettel für die Stellvertreter der Bundesschiedskommission klebt ihr bitte die Nummer 30. – Auf dem grünen Zettel stehen zwei Kandidaten und es sind auch zwei zu wählen. Ihr müsst allerdings nicht beide, sondern könnt auch nur einen wählen. Es muss mindestens eine und dürfen höchstens zwei Stimmen abgegeben werden. – Gibt es anwesende Delegierte, die noch keinen grünen Stimmzettel haben? – Das ist nicht der Fall.

Dann bitte jetzt die hellblauen Stimmzettel an die Delegierten verteilen. Dafür könnt ihr schon die Nummer 31 bereithalten. – Auf die hellblauen Zettel, so ihr sie schon vor euch liegen habt, bitte die Kontrollnummer 31 aufkleben. Es sind vier weitere Mitglieder der Bundesschiedskommission zu wählen. Es können höchstens vier Kandidatinnen und Kandidaten und müssen mindestens zwei angekreuzt werden, damit der Stimmzettel gültig ist. – Wo fehlen noch hellblaue Zettel? – Gibt es noch Delegierte, die keinen hellblauen Stimmzettel vor sich haben? – Dies ist nicht der Fall. Dann kann die Wahlkommission jetzt mit dem Einsammeln beginnen. Ihr könnt alle drei Zettel gleichzeitig abgeben. – Ich darf um das Handzeichen bitten, wo noch Stimmzettel einzusammeln sind. – Hier vorne noch, die ersten beiden Reihen. – Haben jetzt alle Delegierten ihre Stimmzettel abgegeben? Wer hat seinen Stimmzettel noch nicht abgeben können? Gibt es noch Delegierte, die nicht gewählt haben? –

So, wenn ich es richtig gesehen habe, hat jetzt auch die letzte Delegierte ihren Stimmzettel eingeworfen. Der Wahlgang ist damit beendet. Ich danke euch ganz herzlich. Wir können in der Beratung fortfahren.

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, bevor wir weitermachen, möchte ich euch das Ergebnis der Sammlung für den Marie-Schlei-Verein bekannt geben: Es sind 1 790 Euro gesammelt worden.

(Beifall)

Ganz herzlichen Dank bei all denjenigen, die etwas gespendet haben! Ich hoffe, dass die Aktion erfolgreich ist.

Ich darf jetzt die Anträge 32 bis 54 – das sind die Seiten 137 bis 149 – und die Initiativanträge 6, 8, 21 und 33 aufrufen. Der Antrag 41 wird später unter dem Stichwort „Sonstige Anträge“ behandelt.

Das Wort hat nun für die Antragskommission Gerd Andres.

Gerd Andres, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Antragskommission empfiehlt euch zunächst bei Annahme des Antrags 1 in der Fassung der Antragskommission, die Anträge 47 bis 54 als erledigt zu betrachten.

Zum Initiativantrag 6, zu dem Alfred Staudt gesprochen hat und in dem sich mit dem Thema Tarifautonomie auseinander gesetzt wird, gibt es die Empfehlung, den ersten und den letzten Satz als Antragstext zusammenzufassen. Das, was dazwischensteht, wird zur Begründung. Dazu empfiehlt die Antragskommission Annahme. Damit ist der Initiativantrag 33, in dem sich ebenfalls mit der Frage der Tarifautonomie auseinander gesetzt wird, erledigt.

Zum Initiativantrag 8, in dem sich mit der Frage des Mindesteinkommens auseinander gesetzt wird – ich erinnere daran, dass dazu in der Generalausprache die Genossin Isolde Ries gesprochen hat –, wird empfohlen, ihn an die Bundestagsfraktion zu überweisen.

Zum Initiativantrag 21, in dem sich mit Mitbestimmungsregeln im Zusammenhang mit europäischer Politik auseinander gesetzt wird – dazu hat Doris Barnett gesprochen –, empfehlen wir Annahme. Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich sagen, dass es für die Take-over-Richtlinie noch überhaupt keine Vereinbarung gibt. Genossinnen und Genossen, aus meiner eigenen Erfahrung will ich darauf hinweisen, dass wir uns als Vertreter der Bundesregierung im Zusammenhang mit europäischen Regelungen immer massiv dafür eingesetzt haben, dass das deutsche Mitbestimmungsrecht, das überwiegend auch das österreichische ist, als Recht erhalten bleibt. Ich kann euch sagen, dass wir während unserer Regierungszeit im Zusammenhang mit der europäischen Aktiengesellschaft fast zwei Jahre darüber verhandelt haben. Die europäische Aktiengesellschaft hat eine viel längere Geschichte. Wir haben große Anstrengungen unternehmen müssen, um die deutsche Mitbestimmung überhaupt als Standard sichern zu können. Denn umgekehrt gilt natürlich auch, dass andere europäische Mitgliedsländer teilweise größte Vorbehalte gegen unsere gewohnten, historisch herausgebildeten Mitbestimmungsstandards haben. Zu dem Antrag also, zu dem Doris Barnett gesprochen hat – es ist der Initiativantrag 21 –, empfiehlt die Antragskommission Annahme.

Zu den weiteren Anträgen, die in diesem Zusammenhang aufgelistet sind, empfehlen wir: Der Antrag 32 soll an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. In ihm wird sich mit den Gesetzgebungsverfahren zu Hartz III und Hartz IV auseinander gesetzt, die am 17. Oktober 2003 im Deutschen Bundestag verabschiedet worden sind und sich gegenwärtig im Vermittlungsverfahren befinden. Ihr werdet euch erinnern: Die Antragskommission konnte dazu keine Empfehlung abgeben, weil es noch nicht möglich war, dazu abschließend zu befinden. Der Antrag 32 soll also an die Bundestagsfraktion überwiesen werden.

Der Antrag 33 ist durch den Beschluss des Deutschen Bundestag als erledigt anzusehen, A 34 und A 35 ebenfalls. In diesen wird sich mit Einzelregelungen der Gesetzgebung zu Hartz III und Hartz IV auseinander gesetzt. Der A 36 zum Arbeitslosengeld II wird von uns ebenfalls als erledigt empfohlen, der A 37 auch. Im A 38 wird sich ebenfalls wie in A 39 mit dem Kündigungsschutzgesetz und mit Kündigungsregelungen auseinander gesetzt. Hier empfehlen wir: erledigt durch die aktuelle Gesetzgebung.

Bei A 40 empfehlen wir Überweisung an den Parteivorstand. Der A 42 soll durch den Parteibeschluss „Sicherheit im Wandel“ in Nürnberg 2001 erledigt sein. Der A 43 ist durch die Beschlüsse des Bundestages zu Hartz III und Hartz IV am 17. Oktober 2003 erledigt.

In A 44 wird sich mit dem Sozialgesetzbuch III, also mit der Arbeitslosenversicherung, auseinander gesetzt. Wir empfehlen, ihn an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Bei A 45 – da geht es um die Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse – und bei A 46 – da geht es um Investitionen in Ostdeutschland – empfehlen wir ebenfalls die Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Genossinnen und Genossen, damit sind in den Empfehlungen, die wir hier gegeben haben, gleichzeitig die Wortmeldungen von Alfred Staudt, Doris Barnett und Isolde Ries berücksichtigt worden.

Vorsitzende Heide Simonis: Dann habe ich eine Wortmeldung von Isolde Ries. Ich vermute, sie möchte das Wort haben.

Isolde Ries, Saarland: Genossinnen und Genossen! Es ist gut, dass von diesem Parteitag ein klares Votum zum Erhalt der Tarifautonomie ausgeht.

(Beifall)

Tarifverträge sind zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zu schließen und haben nichts, aber auch gar nichts in den Betrieben zu suchen. Es ist klar, warum die Herren Merz, Rogowski und Hundt gerade jetzt versuchen, die Belegschaften zu spalten und Löhne zu senken. Durch die hohe Arbeitslosigkeit sind die Menschen natürlich anfällig, wenn mit Betriebsschließungen oder Betriebsverlagerungen gedroht wird. Aus Angst um den Arbeitsplatz werden hier alle Betriebsräte mitziehen und einer Absenkung der Arbeitsbedingungen zustimmen.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich am 15. November in der „Frankfurter Rundschau“ gelesen habe, dass die Tarifautonomie auf diesem Parteitag ein Streitpunkt sein wird und die Linken dazu einen Antrag stellen werden. Da ist Generalsekretär Olaf Scholz folgendermaßen zitiert worden: „Generalsekretär Olaf Scholz sagte dagegen, es sei beim Parteitag nicht ratsam, Verhandlungslinien für den Vermittlungsausschuss zu beschließen.“

Genossinnen und Genossen, das lässt den Schluss zu, dass nicht alle Regierungsglieder unserer Meinung sind. Ich muss ganz ehrlich sagen: Gerhard Schröder hat es in seiner Rede vermieden, das Wort „Tarifautonomie“ in den Mund zu nehmen. Wenn die Alternative entweder die vorgezogene Steuerreform oder der Erhalt der Tarifautonomie sein soll, dann bitte keine vorgezogene Steuerreform!

(Beifall)

Denn die Tarifautonomie ist zu teuer, wenn die vorgezogene Steuerreform dadurch bezahlt und der Kündigungsschutz als Trinkgeld draufgepackt werden soll. Der Preis wäre zu hoch.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Das Wort hat Detlef Tanke. Danach kommt Wolfgang Clement.

Detlef Tanke, Braunschweig: Genossinnen und Genossen! Wir haben heute eine Menge an Material zur weiteren Bearbeitung an die entsprechenden Gremien überwiesen. Insofern finde ich es gut, dass die Antragskommission an dieser Stelle eine Formulierung gefunden hat, die deutlich macht, dass der Parteitag den Erhalt der Tarifautonomie unterstützen will. Ich finde aber – ich will damit an meine Vorrednerin anknüpfen –, dass man das deutlicher formulieren kann. Ich möchte, dass kein Zweifel an der Haltung dieses Parteitages zur Frage der Tarifautonomie aufkommt.

(Beifall)

Ich beziehe mich jetzt – das ist vielleicht ein bisschen schwierig; denn wir alle haben eine Menge Papier vor uns liegen – auf die beiden Initiativanträge 6 und 33.

Ich finde es richtig, Initiativantrag 6 so zusammenzufassen, wie es vorgeschlagen wurde. Ich lese das einmal vor, weil es, wie ich glaube, sehr bedeutend ist:

„Die SPD wendet sich gegen alle Versuche, das deutsche Tarifvertragssystem auszuhöheln und das Fundament der Tarifautonomie zu zerstören. Die Sozialdemokratie ist der politische Garant für den Erhalt der Tarifautonomie als bewährtem Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft.“

Das ist richtig. Mit der Annahme dieser beiden Sätze soll Initiativantrag 33 für erledigt erklärt werden.

Genossinnen und Genossen, ich will euch den ersten Satz des Initiativantrags 33 vorlesen. Dort steht:

„Der SPD-Parteitag wendet sich entschieden gegen eine Aufweichung der Tarifautonomie durch den Bundestag und durch Absprachen im Vermittlungsausschuss.“

Ich finde, das ist eine sehr klare Formulierung.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb beantrage ich, in Ergänzung zu dem Vorschlag der Antragskommission, den Initiativantrag 6 mit diesen beiden Sätzen zu beschließen, als dritten Satz den ersten Satz des Initiativantrags 33 anzufügen, sodass am Schluss stehen würde:

„Daher wendet sich der SPD-Parteitag entschieden gegen eine Aufweichung der Tarifautonomie durch den Bundestag und durch Absprachen im Vermittlungsausschuss.“

Das, Genossinnen und Genossen, wäre ein sehr klares Signal. Dafür möchte ich euch um Zustimmung bitten.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Wolfgang Clement, bitte.

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Ich bitte, der Bundesregierung, auch mir, abzunehmen, dass niemand von uns in die Tarifautonomie eingreifen will. Dies wäre auch verfassungswidrig. Das ist das Erste.

Zweitens. Meine Bitte ist, dass der Parteitag nicht der Versuchung erliegt, in Vermittlungsverfahren, welcher Art und bei welchen Stand auch immer, einzugreifen. Das ist nicht empfehlenswert. Wir könnten sonst auf die Idee kommen, zu allen möglichen Fragen Festlegungen zu treffen. Alle Fragen, die sich im Vermittlungsverfahren befinden, sind von herausragender Bedeutung. Meine Bitte ist, nicht durch einzelne Beschlüsse darin einzugreifen.

Drittens. Das, was vorhin gesagt wurde – das ist nicht ganz unwichtig –, ist unrichtig. Auch auf Arbeitgeberseite gibt es erhebliche Vorbehalte gegenüber dem, was die CDU vorschlägt. Vorhin wurde beispielsweise Herr Hundt zitiert. Er ist aber zu Unrecht zitiert worden. Herr Hundt will nämlich gerade keine Eingriffe in das Betriebsverfassungsgesetz. Deshalb sind die Einzelschritte, die wir gehen, auch mit Blick auf das, was in den Verhandlungen bevorsteht, sehr wichtig. Die Arbeitgeberseite ist nicht aufseiten der Union, was diese Vorschläge angeht. Ich bitte, zu beachten, dass es Unterschiede zwischen dem BDI und dem BDA gibt. Der BDA, mit Hundt an der Spitze – ich habe hier Auszüge aus dem Interview im „Tagesspiegel“ –, sagt: Ich will keine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Viertens. Herr Hundt spricht in diesem Interview von Veränderungen im Bereich des Günstigkeitsprinzips. Dazu gibt es Anträge von der CDU/CSU und der FDP, Anträge im Verfahren aus dem Bundesrat. Das sind Anträge zu § 4 des Betriebsverfassungsgesetzes. Darin heißt es, dass abweichende Abmachungen von den Tarifverträgen zulässig sein sollen. „Beim Günstigkeitsvergleich sind die Beschäftigungsaussichten zu berücksichtigen. Eine abweichende Vereinbarung gilt als günstiger für den Arbeitnehmer, wenn der Betriebsrat und die Belegschaft mit Zweidrittelmehrheit zustimmen.“

Genossinnen und Genossen, dieser Vorschlag der CDU/CSU ist verfassungswidrig.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist dargelegt worden und mir ist sehr wichtig, dass das klar wird. Ich muss mich deshalb weder Verdächtigungen noch Frotzeleien aussetzen; ich will das auch gar nicht. Es ist völlig klar, dass dieser Vorschlag verfassungswidrig ist. Ich berufe mich dabei auf den ehemaligen Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, Professor Dieterich. Wir hatten eine sehr wichtige und interessante Diskussion mit Betriebsräten und Betriebsratsvorsitzenden. Dabei ist dies ganz klar geworden. Das hat inzwischen sogar Herr Merz eingesehen; er hat dies auch in öffentlichen Äußerungen deutlich gemacht. Wir gelangen gar nicht an den Punkt, der hier beschrieben wird. Das wird nicht eintreten. Deshalb sind solche Festlegungen falsch.

Richtig ist – das sage ich aufgrund meiner Erfahrungen als ehemaliger nordrhein-westfälischer Wirtschaftsminister und Ministerpräsident –: Wir sind darauf angewiesen, dass es Möglichkeiten zu betrieblichen Vereinbarungen gibt. Solche betrieblichen Vereinbarungen gibt es bereits in vielen Feldern. Es gibt auch, so weit Betriebe in Not sind, keinerlei Probleme, mit der Zustimmung der Gewerkschaften, gleich welcher Gewerkschaft, zu solchen Vereinbarungen zu kommen. Es geht aber die Bitte an die Gewerkschaften, sich mit betrieblichen Vereinbarungen zu beschäftigen, soweit sie mit der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu tun haben. Das hat nichts mit einem Eingriff in die Tarifhoheit bzw. die Tarifautonomie zu tun. Diese ist auch, wie gesagt, verfassungsrechtlich geschützt. Es kann niemand darin eingreifen.

Es gibt eine gewisse Grauzone zwischen Tarifverträgen und solchen betrieblichen Vereinbarungen. Es wäre gut, wenn die Gewerkschaften diese Grauzone durch klare Abmachungen aufhellen würden, wie es dies bereits gibt. Wir haben ja Tarifverträge, die dies ausdrücklich regeln.

Meine Bitte ist deshalb, dass wir es bei dem Vorschlag der Antragskommission belassen. Er ist vernünftig und eindeutig. Jeder Eingriff in die Tarifautonomie wird von uns abgelehnt.

Schönen Dank.

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Das Wort hat der Vorsitzende der Antragskommission, Kurt Beck.

Kurt Beck, Vorsitzender der Antragskommission: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich denke, eindeutiger als es im Vorschlag der Antragskommission zum Ausdruck kommt, kann man sich nicht vor die Tarifautonomie stellen. Als ich den Vorschlag der Union gehört habe, habe ich vor Teilen der Union, insbesondere vor Herrn Stoiber im Bundesrat deutlich gemacht, dass dies ein vergifteter Brocken ist, den wir nicht schlucken werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will dem, was Wolfgang Clement gesagt hat, nur eines hinzufügen. Ich will jetzt gar nicht mit Verfassung argumentieren. Es wäre aber in der Tat ein neuer Sachverhalt, wenn wir in die verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit der Mitglieder des Vermittlungsausschusses eingreifen würden. Dass wir politisch sagen, was wir wollen, ist ganz klar. Ein solcher Beschluss wäre aber ein ernstes Problem auch an anderen Stellen. Es wird auch andere Vermittlungssituationen geben. Wir wissen, was wir wollen. Ihr könnt davon ausgehen, dass wir auch als Vertreter der Länder unsere Repräsentanten im Vermittlungsausschuss mit einer klaren und eindeutigen Aussage dorthin gehen lassen. Insoweit denke ich, dass wir uns einig sind. Wir sollten uns nicht dadurch, dass wir uns über Formulieren streiten, in einer Frage zerrissen darstellen, in der wir eine ganz klare und gemeinsame Position haben.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Dann möchte ich Gerd Andres um das Wort bitten. Es gab nämlich den Antrag, dass der erste Satz des Initiativantrags 33 in den Initiativantrag 6 übernommen werden soll, um das Ganze glasklar zu machen.

Gerd Andres, Antragskommission: Wir bleiben bei unserer Empfehlung, Initiativantrag 6 mit dem ersten und dem letzten Satz anzunehmen und den Text dazwischen als Begründung zu nehmen, und Initiativantrag 33 für erledigt zu erklären.

Vorsitzende Heide Simonis: Dann kommen wir jetzt in das Abstimmungsverfahren. Ich rufe die Anträge 32 bis 54 auf den Seiten 137 bis 149 und die Initiativanträge 6, 8, 21 und 33 auf. Ich weise noch einmal darauf hin: Antrag 41 ist in der Kategorie „Sonstige Anträge“ später zu behandeln. Wie wir gerade gehört haben, empfiehlt die Antragskommission, ihre Fassung anzunehmen. Wer will dem zustimmen? -

(Zurufe)

– Wir gehen jetzt so vor, wie es die Antragskommission vorgeschlagen hat. – Wer folgt also der Empfehlung der Antragskommission? –

(Zurufe)

– Es ist schwer zu verstehen, wenn ihr dazwischenruft. So geht das verloren.

Wir sind mitten im Abstimmungsprozess. Ich habe die Anträge 32 bis 54 und die Initiativanträge 6, 8, 21 und 33 aufgerufen.

Hier gibt es die Empfehlung der Antragskommission, nämlich in der Fassung der Antragskommission anzunehmen.

Gerd Andres, Antragskommission: Heide, darf ich das bitte noch einmal erklären.

(Zuruf)

– Ich will nur erklären, worüber wir abstimmen. Das wollt ihr doch auch wissen, oder nicht? Will jemand wissen, worüber wir abstimmen, oder nicht?

(Vereinzelt Beifall)

Wir stimmen über den Leitantrag 1 ab, und zwar auf den Seiten bis 14, die ich vorhin schon einmal aufgezählt habe. Bei Annahme des Leitantrags in der Fassung der Antragskommission ist zunächst klar, dass die Anträge 47 bis 54 erledigt sind.

Jetzt empfehlen wir, weil er sich dazu äußert, den Initiativantrag zum Thema Tarifautonomie, und zwar den ersten und den letzten Satz, als Antragstext anzunehmen. Der Text dazwischen wird Begründung. Das empfiehlt die Antragskommission zur Annahme. Damit ist gleichzeitig der Initiativantrag 33 erledigt. Ich habe eben erklärt: Die Antragskommission bleibt bei ihrer Empfehlung.

(Zuruf)

– Ich habe nur erklärt, worüber abgestimmt wird. Ich habe mich zu Inhalten überhaupt nicht geäußert.

Vorsitzende Heide Simonis: Sind jetzt alle Klarheiten beseitigt? – Dann können wir über den Vorschlag abstimmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer dem nicht folgen möchte, den bitte ich ebenfalls um das Kartenzeichen.

(Zuruf)

– Es geht immer noch um A 1. Wir müssen noch einmal abstimmen. Ich kann nicht sagen, was die Mehrheit war.

(Zurufe)

– Das Präsidium kann es nicht sagen.

Wer möchte dem Vorgehen, wie es Gerd Andres vorgeschlagen hat, folgen?

(Zuruf)

– Ich dachte, es sei klar geworden. Wir stimmen dann nur über A 1 ab. Einverstanden? Anschließend gehen wir die folgenden Sachen durch.

(Vereinzelt Beifall)

Wer möchte A 1 jetzt zustimmen? – Wer möchte das nicht? – Das ist die Mehrheit.

Jetzt haben wir den Initiativantrag 6 aufzurufen: Tarifautonomie. Da sagt die Antragskommission: den ersten und den letzten Satz annehmen, der Rest ist Begründung. Wer möchte dem folgen?

(Zurufe)

– Jetzt war ich mitten in der Abstimmung. Ist das ein Änderungsantrag? Wir sind jetzt beim Initiativantrag. Es war nicht zu sehen, dass jemand eine Änderung wollte. Dann müsst ihr nach hier vorne kommen und euch melden.

Ich habe es vorhin schon vorgelesen. Du möchtest den ersten Satz von 33 in Initiativantrag 6 haben. Darauf hat Gerd Andres Nein gesagt. Jetzt müssen wir meiner Meinung nach den Initiativantrag 6 aufrufen, damit dieser Antrag dort eingebaut werden kann.

(Zuruf)

– Gerd hat gesagt: 33 ist als erledigt zu betrachten.

Sigmar, wenn es jetzt eh so ein Chaos wird, dann darfst du dich gerne melden. Hilf uns mal.

Sigmar Gabriel, Parteivorstand: Ich habe mich aus zwei Gründen gemeldet, liebe Genossinnen und Genossen, und zwar zum einen deshalb, weil der Antrag von Detlef Tanke von meinem eigenen Bezirk eingebracht worden ist, und zum anderen deshalb, weil ich mich gestern zum Thema Tarifautonomie geäußert habe.

Genossinnen und Genossen, wenn wir dem Vorschlag der Antragskommission nicht folgen, dann sprechen wir dem Parteivorstand und den Mitgliedern des Parteivorstands, die im Bundesrat die SPD vertreten, das Misstrauen aus. Das kann nicht wahr sein.

(Zurufe)

– Nun musst du ertragen, dass ich eine andere Meinung habe. Detlef Tanke und andere, sagt mir mal den Unterschied zwischen dem, dass ein Antrag beschlossen wird „Die SPD ist der Garant der Tarifautonomie“, und der Position eines anderen Initiativantrags, in dem steht „Die SPD wendet sich entschieden gegen das Aufweichen der Tarifautonomie“. Ich kann den Unterschied nicht erkennen, es sei denn, man unterstellt, dass sich diejenigen, die den Antrag im Bundesrat zu vertreten haben, prinzipiell anders verhalten, als Kurt Beck hier erklärt hat.

Ich sage euch in aller Offenheit: Ich bin entschieden dafür, dass das die Stelle ist, an der wir den Unterschied zwischen der Union und der FDP auf der einen Seite und uns auf der anderen Seite klar machen. Das ist gar keine Frage. Aber ich bin auch dafür, dass wir hier eine klare Position beziehen und nicht den Eindruck erwecken, wir misstrauten unseren eigenen Leuten. Das schadet der Sache.

Deshalb bitte ich euch: Nehmt den Vorschlag von Kurt Beck und der Antragskommission an. Das ist präzise das, was auch im SPD-Bezirk Braunschweig – jedenfalls soweit ich ihn kenne und leiten kann – beschlossen worden ist.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Gerd, hast du dich gemeldet? – Bitte.

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler: Ich habe den Eindruck, dass es hier um eine Frage geht, die für die Partei –

(Zuruf)

– Darf ich jetzt reden oder nicht? – Ich danke sehr.

Ich habe den Eindruck, liebe Genossinnen und Genossen, dass es hier um einen sehr ernsthaften Inhalt geht, nicht zuletzt um die Frage, was die Bundesregierung, die im Übrigen eine Koalitionsregierung ist – damit das ganz klar ist –, im Vermittlungsausschuss tut und was sie nicht tut.

Ich hoffe, dass jeder, der abstimmt, bereit ist, zu akzeptieren, dass er Abstimmungen machen muss, die eine Koalitionsregierung auch umsetzen kann. Die reine Bindung von Mitgliedern des Vermittlungsausschusses über einen politischen Auftrag hinaus ist, auch weil es unterschiedliche Mitglieder sind, jedenfalls schwierig.

Um zu klären, worum es geht, will ich sagen, was meine Position ist. Sie ist nämlich identisch mit dem, was hier eingefordert wird.

Ich gehöre zu denjenigen, die die ganze Zeit über in vielen sehr intensiven, nicht an die Öffentlichkeit gelangten Gesprächen deutlich gemacht haben, dass man nach meiner festen Überzeugung auseinander halten muss und auseinander halten kann, was jetzt an Gesetzesvorhaben – und nur um die geht es – im Vermittlungsausschuss vorliegt. Das sind die Gesetze, die mit der Umsetzung der Agenda 2010 zu tun haben. Im Vermittlungsausschuss liegt kein Gesetz vor, weil der Bundestag das mit der Mehrheit der Koalition auch nicht beschlossen hätte, das eine Veränderung der Tarifautonomie ins Auge fasst. Dazu liegt kein Gesetz vor.

Deswegen habe ich die herzliche Bitte, auch nicht so zu tun, als hätte der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit der Koalition ein solches Gesetz beschlossen. Das haben wir nicht getan und das wollen wir auch nicht tun, liebe Genossinnen und Genossen. Wir werden das auch nicht tun.

(Beifall)

Deswegen ist es richtig, dass Wolfgang Clement darauf hingewiesen hat, dass wir es nicht zuletzt deshalb nicht tun wollen, weil wir aus politischen Gründen davon überzeugt sind, dass die Tarifautonomie in Deutschland funktioniert hat, funktioniert und funktionieren wird.

(Beifall)

Deswegen gehört dieser Teil, der Tarifautonomie bedeutet, zu dem, was die ökonomische Kraft in Deutschland nicht zuletzt auch ausmacht.

Hinzu kommt: Es ist deutlich geworden, dass das auch verfassungsrechtlich geschützt ist. Aber die juristische Argumentation müssen wir hier gar nicht führen. Das, was die Antragskommission vorschlägt, gibt uns den politischen Auftrag – ich werde das mit dem Koalitionspartner zu besprechen haben; ich weiß nicht, wie die Positionen dort sind; aber ich will ernst nehmen können, was hier beschlossen wird –, im Vermittlungsverfahren da-

für zu sorgen, dass das, was nach unserer festen Überzeugung zu einem erfolgreichen Gesellschaftsmodell Deutschlands gehört, nämlich die Tarifautonomie, ohne Wenn und Aber verteidigt wird. Das will ich tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber dann möchte ich auch die Möglichkeit dazu haben. Der politische Auftrag, der mit dem Beschluss der Antragskommission formuliert wird, ist glasklar. Den will ich einhalten. Aber ich möchte die Gelegenheit haben, das auch sicherstellen zu können. Dazu ist ein Beschluss des Parteitags als Auftrag wichtig. Aber ich muss mit denen, die mithelfen müssen, damit das gelingt, auch reden können.

Deswegen meine herzliche Bitte, das Thema so zu behandeln, wie es die Antragskommission vorschlägt. Es ist klar, was damit gemeint ist. Es ist klar, wo Sozialdemokraten stehen, und zwar alle Sozialdemokraten. – Damit das klar ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Es gibt jetzt keine inhaltlichen Diskussionen mehr. Wir sind im Abstimmungsverfahren.

(Zurufe)

– Eigentlich. Bitte.

Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen-Süd: Ich glaube, dass es sinnvoll ist, zum Abstimmungsverfahren einen Vorschlag zu machen. Ich bin als Delegierter dankbar für die inhaltliche Klarstellung, die soeben gekommen ist. Das war notwendig.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, das Missverständnis, das wir vorhin im Abstimmungsverfahren hatten, basierte darauf, wie das Vorgehen war. Es ist vorhin von dem einen Genossen ein Antrag gestellt worden, den er als Änderungsantrag formuliert hat. Dann ist der Eindruck gegenüber dem Plenum entstanden, dass nach der Abstimmung Änderungsanträge nicht mehr zugelassen werden.

Im Prinzip kann es nur so sein, dass wir mit der Grundabstimmung eine Beratungsgrundlage definieren. Das ist nach der einmütigen Empfehlung der Antragskommission der IA 6. Dann hat ein Genosse dazu einen Änderungsantrag formuliert, der aus einem Satz besteht. Über den muss abgestimmt werden. Der Antragsteller ist der Auffassung, dass noch ein Satz angefügt werden soll. Gerhard Schröder hat eben gesagt, er sei der Auffassung, dass dieser Satz nicht hinein soll.

Nur so kriegen wir die Abstimmungsprozedur hin. Wir haben einen großen Korridor an einmütigen Themen. Das andere werden wir mit Mehrheit entscheiden können. Das Missverständnis, das entstanden ist, war, ob mit der Gesamtabstimmung nachher keine Änderungsanträge mehr zugelassen sind. Das haben wir eigentlich

immer anders gehandhabt. Deswegen wäre der Verfahrensvorschlag – wir sind im Abstimmungsverfahren –, dass wir sagen: Wir machen den IA 6 zur Grundlage; dann gibt es den vollen formulierten Änderungsantrag mit dem einen Satz mit Ja oder Nein.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen, das Präsidium hat entschieden: Wir folgen der Antragskommission und machen nicht den IA 6 zur Grundlage der Abstimmung, sondern natürlich den A 1. So weit waren wir vorhin schon einmal.

Als Nächstes kommt der IA 6 in der Form von Gerd Andres; er ist Mitglied der Antragskommission. Das ist der weitergehende. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das sind nur ganz wenige. Das Erstere war die große Mehrheit.

Mit der Annahme von Leitantrag A 1 sind A 47 bis A 54 erledigt. Der Initiativantrag 6 ist so erledigt, wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Ich rufe den Initiativantrag 8 auf. Hier geht es um die Mindesteinkommen. Es wird vorgeschlagen: Überweisung an Bundstagsfraktion. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das Erstere war die Mehrheit.

Ich rufe den Initiativantrag 21 auf. Da geht es um Mitbestimmungsrechte. Es wird empfohlen: Annahme. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erstere war die große Mehrheit.

Dann rufe ich den A 32 auf: Arbeitsmarktpolitik „Hartz I und II“. Hier wird vorgeschlagen: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erstere war eindeutig die Mehrheit.

A 33 ist erledigt durch den Beschluss des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2003. Darüber brauchen wir nicht abzustimmen.

Ich rufe den A 34 auf: Arbeitslosengeld II und Jobcenter. Auch er ist erledigt durch Beschluss des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2003. Wir brauchen nicht darüber abzustimmen.

Das gilt auch für den A 35, den A 36 und den A 37.

Dann rufe ich den A 38 auf: Kündigungsschutz. Hier steht: Erledigt durch Gesetzgebung. Darüber kann man nicht nachträglich mit Ja oder Nein abstimmen.

Auch A 39, Kündigungsschutzgesetz, ist durch Gesetzgebung erledigt.

Jetzt kommt der A 40, das Konzept Arbeitswelt. Hier wird vorgeschlagen: Überweisung an den Parteivorstand. Wer möchte dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Das Erstere ist die Mehrheit.

Ich rufe A 42 auf, Arbeitslosenversicherung: erledigt durch Parteitagsbeschluss „Sicherheit im Wandel“ in Nürnberg 2001.

A 43, Einschnitte für Arbeitslose: erledigt durch Beschluss des Deutschen Bundestages am 17. Oktober 2003.

A 44, SGB III: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer möchte dem folgen? – Wer ist dagegen? – Das Erstere war die Mehrheit.

A 45: einheitliche Lebensverhältnisse. Dieser Antrag soll an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Wer möchte dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Das Erstere ist die Mehrheit.

Dann kommt A 46: Investitionen in Ostdeutschland. Es wird vorgeschlagen: Überweisung an Bundestagsfraktion. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Das Erstere ist die Mehrheit.

Damit sind wir durch. Ich darf mich bei euch bedanken, dass wir das doch noch so friedvoll zu Ende gebracht haben. Ich gebe an den Genossen Schulz weiter, der euch durch den weiteren Teil führen wird.

Vorsitzender Martin Schulz: Genossinnen und Genossen, auf dem Weg in die Zukunft kommen wir jetzt zu Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wir behandeln dabei die Anträge 41, 59 bis 69, die Initiativanträge 4, 7, 10, 14, 18 und die Anträge 70 und 71 sowie den Antrag 289, zu finden auf den Seiten 14 bis 18, 143, 152 bis 160 – dort stehen die Anträge 59 bis 69. Den Antrag 289 findet ihr auf Seite 389.

Zur Berichterstattung gebe ich jetzt das Wort an Edelgard Bulmahn für die Antragskommission.

Leitantrag Thema: Bildung, Wissenschaft, Forschung

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Liebe Genossen! Liebe Genossinnen! Gemeinsam sind wir angetreten, Bildung und Forschung wieder Priorität zu geben. Sie sind die entscheidenden Meilensteine auf dem Weg in die Zukunft. Sie, liebe Genossinnen und Genossen, sind auch entscheidend für mehr Arbeitsplätze. Sie sind entscheidend für wirtschaftliches Wachstum. Sie sind auch entscheidend für mehr Wohlstand.

Wir müssen heute die Idee für die Weltmärkte von morgen entdecken und entwickeln. Wir müssen dafür alle Begabungen mobilisieren. Das gilt für alle Bereiche. Das gilt für die Stahlbranche genauso wie für die Informations- und Kommunikationsbranche, genauso wie für den Dienstleistungsbereich, für Büros genauso wie zum Beispiel für den Maschinenbau oder die Automobilbranche.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist einer der Kernbereiche, wo wir uns für jeden klar erkennbar von den anderen Parteien wie der CDU oder auch der FDP unterscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Für uns haben Bildung und Forschung Priorität. Für uns sind das die wichtigen Politikbereiche, auf denen sich unsere Zukunft entscheiden wird.

Wir haben hier in den vergangenen Jahren eine ganze Menge geschafft. Zu Recht hat der Bundeskanzler darauf hingewiesen, dass das die wichtigen Aufgaben für die kommenden Jahre sind, dass wir aber auch schon viel geleistet haben. Wir haben mehr Mittel investiert. Wir haben vor allem geschafft, in wichtigen Kernbereichen, gerade in den Zukunftstechnologien, wieder an Boden zu gewinnen.

Ich will nur einige Beispiele nennen:

Erstens. Wir haben in der Lasertechnik deutlich an Boden gewonnen. Da haben wir inzwischen – das wissen die meisten vielleicht gar nicht – einen Weltmarktanteil von 40 Prozent. Nicht nur dieser Weltmarktanteil von 40 Prozent sagt aus, wie stark wir in dem Bereich sind; davon hängen zum Beispiel auch 110 000 Arbeitsplätze ab. Allein in den letzten Jahren sind dort 50 000 Arbeitsplätze entstanden. Das zeigt genau, wie wichtig eine solche zukunftsorientierte Politik und Strategie ist, wie wir sie angelegt haben.

Ein zweites Beispiel. Wir alle wissen, wie extrem schwierig die Situation in den neuen Bundesländern ist. Auch da haben wir durch unsere Forschungspolitik, durch unsere Innovationspolitik deutlich spürbare Erfolge erzielen können. Wo das am klarsten wird, ist die Region Dresden. Dort haben wir durch einen massiven Einsatz von Forschungsförderungsmitteln, Innovationsmitteln, rund 1,2 Milliarden Euro, das Silicon Valley Europas aufgebaut. Das spielt für diese Region eine große Rolle.

Das hat auch große Bedeutung für die traditionellen Branchen, weil sie von dem Know-how in der Steuerungstechnik, in der Sensorik profitieren. In dieser Region sind in den letzten Jahren 11 000 Arbeitsplätze entstanden. Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden in dieser Region auch noch in Zukunft neue Fabriken und neue Arbeitsstätten eröffnen – ich konnte das erst vor drei Wochen wieder tun –, die wiederum Hunderten und Tausenden von Menschen Arbeit und Beschäftigung geben.

Drittens. Wir haben im Bereich der Biotechnologie, in der Nanotechnologie weltweit wieder an Boden gewonnen. Hier sind wir inzwischen in Europa an der Spitze. Wir sind exzellent in der Forschung. Aber wir müssen noch erheblich mehr tun, damit das, was wir in der Forschung erreicht haben, auch in wirtschaftliche Anwendung umgesetzt wird, ganz konkret in Arbeitsplätze, in Produkte und in Verfahren.

Eines ist klar – ich sage es ausdrücklich –: Wir haben die Kehrtwende geschafft. Aber wir müssen noch besser werden. Zu Recht ist von vielen Rednerinnen und Rednern darauf hingewiesen worden, dass man an den skandinavischen Ländern sehen kann, wie wichtig die Konzentration auf Bildung, Forschung und Innovation ist. Das wirtschaftlich erfolgreichste Land in der Welt ist zurzeit Finnland. Finnland hat bereits in den 80er-Jahren Bildung, Forschung, Wissenschaft bei seinen politischen Entscheidungen ganz nach vorn gestellt – mit Recht, wie sich heute zeigt.

Was in diesen Ländern geleistet worden ist, liebe Genossinnen und Genossen, das können wir auch. Wir müssen es wollen. Wir wollen es. Deshalb stellen wir dies so auch in den Mittelpunkt unseres Zukunftsantrags. Wir sagen ganz konkret: Das sind die wichtigen Zukunftsaufgaben. Das sind die wichtigen Meilensteine auf dem Weg in die Zukunft.

Wenn wir über Innovation – das ist nicht nur eine Frage von Hightech; das gilt für unsere gesamte Wirtschaft – diskutieren, liebe Genossinnen und Genossen, dann ist es wichtig, sich immer wieder klar zu machen, dass Innovation in den Köpfen stattfindet. Deshalb hängen Bildung, Wissenschaft und Forschung so unmittelbar miteinander zusammen.

Zu Recht ist in der heutigen Generalaussprache darauf hingewiesen worden – ich sage es mit etwas anderen Worten als der Redner –, dass es ein gesellschaftspolitischer Skandal ist, dass in unserem Land die familiäre Herkunft die Bildungschancen von Menschen so bestimmt wie in keinem anderen Land. Liebe Genossinnen und Genossen, es geht kein Weg daran vorbei: Das müssen wir ändern. Das können wir nur ändern, wenn wir überall da, wo wir in politischen Funktionen stehen, wo wir Verantwortung haben – in den Kommunen, in den Ländern und im Bund –, gemeinsam an einem Strang ziehen.

Wir können das ändern, indem wir zum Beispiel Schülerinnen und Schülern, jungen Menschen, Kindern in den Schulen endlich bessere Lernmöglichkeiten geben. Ge-

nau das ist doch das Ziel, das wir mit den Ganztagschulen verfolgen. Bildungserfolg, Bildungschancen dürfen nicht von der familiären Herkunft abhängen.

Ich gehöre zu den Leuten, die von der Bildungsreform der SPD der sechziger und siebziger Jahre profitiert haben. Ich hätte meinen Weg nicht gehen können ohne diese klare Bildungspolitik für diejenigen, die aus Familien stammen, in denen es bis dahin nicht üblich war, dass Kinder ein Gymnasium oder eine Hochschule besuchen. Ich will, dass das nicht nur mir und uns möglich war, sondern dass das auch den Kindern und Jugendlichen heute und auch noch morgen möglich ist.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, damit dies gelingt. Das Ganztagschulprogramm soll die Länder und die Kommunen dabei unterstützen. Es soll euch die Hilfe geben, die ihr braucht, damit wir das Ziel nicht erst in zehn oder 20 Jahren erreichen, sondern damit wir in zehn Jahren sagen können: Wir haben es geschafft. Kinder und Jugendliche haben in unserem Land die besten Bildungschancen, die wir ihnen geben können. – Deshalb sage ich noch einmal ausdrücklich: Wir müssen hier gemeinsam an einem Strang ziehen.

Lasst euch dabei nicht von der CDU ins Boxhorn jagen! Die Menschen in unserem Land wollen mehr Ganztagschulen, weil sie sehen, dass wir mit unserem bisherigen Schulsystem, so wie wir Schule organisiert haben, das Ziel einer guten individuellen Förderung nicht erreichen. Genau das müssen wir aber erreichen. Wir brauchen mehr Zeit, mehr Raum für die individuelle Förderung von Kindern. Dann können wir auch das schaffen, was in anderen Ländern geschafft worden ist; denn die Kinder in unserem Land sind nicht dümmmer als in anderen Ländern. Wir müssen ihnen nur die notwendigen Chancen geben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen jungen Menschen die Chance geben, die sie brauchen. Das ist der Grund, warum wir in diesem Antrag klare Aussagen dazu gemacht haben: Wir wollen erreichen, wir wollen sicherstellen, dass alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten, dass, wie Franz immer sagt, kein Jugendlicher, kein junger Mann, keine junge Frau von der Schule in die Arbeitslosigkeit gerät.

(Beifall)

Wir wollen nicht, dass die Jugendlichen in einen Teufelskreis kommen, bei dem sie immer wieder starten, aber nur Misserfolge erleben. Wir wollen, dass sie eine qualifizierte Ausbildung bekommen: in einem Betrieb, in einem Unternehmen oder an der Hochschule. An diesem Ziel, liebe Genossinnen und Genossen, lassen wir nicht rütteln. Daran dürfen wir auch nicht rütteln.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben in den vergangenen Jahren die berufliche Bildung modernisiert; ich will das nicht alles aufzählen. Fakt ist: Zu viele Jugendliche sind in diesem Jahr ohne Ausbildung, ohne Ausbildungsplatz geblieben. Ich weiß, dass uns alle das Ziel, Jugendliche in Ausbildung zu bringen, eint. Wir haben gesagt: Wir stehen dafür, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten. Wir setzen dabei auf freiwillige Maßnahmen, weil es natürlich die Verantwortung der Unternehmen ist, dafür Sorge zu tragen. Wenn die Unternehmen dieser Verantwortung aber nicht gerecht werden, wenn das Ziel nicht erreicht wird, dann brauchen wir eine gesetzliche Regelung.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, hat die Bundestagsfraktion den Beschluss gefasst und hat die Antragskommission gesagt: Die Eckpunkte, die die Bundestagsfraktion vorgelegt hat, sollen von der Bundestagsfraktion als Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht werden.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir dieses Ziel erreichen müssen. Jugendliche haben ein Recht, einen Anspruch darauf, eine Ausbildung zu erhalten. Wir erwarten von ihnen umgekehrt, dass sie ihren Beitrag leisten.

Das ist heute noch wichtiger, weil wir alle wissen, dass Bildung Lebenschancen eröffnet und Teilhabe ermöglicht. Wir alle wissen: Keine Ausbildung zu haben bedeutet, für den Rest des Lebens ein erheblich höheres Risiko der Arbeitslosigkeit tragen zu müssen. Deshalb geht kein Weg daran vorbei: Wir müssen es schaffen, dass alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, heute haben einige so diskutiert, als wenn es einen Gegensatz zwischen beruflicher Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung und Hochschulausbildung geben würde. Ich glaube, dass es falsch ist, in der Diskussion unterschiedliche Bildungswege gegen einander zu stellen. Alle müssen möglich sein. Bildung fängt mit der Geburt an und hört mit der Bahre auf. Bildung ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens.

Wir haben in dem Initiativantrag klar gesagt, dass berufliche Bildung für alle sichergestellt ist. Aber das muss auch für die Hochschulausbildung gelten. Wir haben auch in diesem Bereich eine Menge erreicht. Die BAföG-Reform hat dazu geführt, dass die Studierendenquote von rund 27,8 Prozent im Jahr 1998 auf jetzt 36 Prozent gestiegen ist. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist unser Erfolg.

(Beifall)

Wir werden es auch schaffen, eine Quote von 40 Prozent zu erreichen, so wie es in dem Antrag steht.

Es gibt allerdings ein Aber. Bei den Studienabsolventen sind wir bei weitem noch nicht so gut. Das kann man jetzt nicht denjenigen, die mit dem Studium angefangen

haben, anlasten, weil sie noch nicht so weit sind. Wir müssen es auch schaffen, dass von den 40 Prozent, die ein Studium anfangen, möglichst viele ihr Studium erfolgreich abschließen.

(Beifall)

Kurz: Die Arbeit ist noch nicht erledigt. Ich sage ausdrücklich: Es ist richtig, dass die SPD hier Klarheit schafft. Deshalb ist in dem Antrag die Aussage enthalten, dass das Erststudium gebührenfrei bleibt, so wie wir es im Bundesgesetz beschlossen haben.

(Beifall)

Denn Unsicherheit bei den Familien und bei den Jugendlichen führt in einem Land, in dem es ein gutes Berufsausbildungssystem gibt, dazu, dass sich wieder mehr Jugendliche gegen ein Studium entscheiden. Das können wir uns im Vergleich mit anderen Industrieländern nicht leisten.

(Beifall)

Deshalb müssen wir den erfolgreichen Weg, den wir eingeschlagen haben, fortsetzen.

Last, not least: Auch in der Fort- und Weiterbildung haben wir eine Menge geschafft. Wir haben es allein durch unsere Novelle des Fortbildungsförderungsgesetzes geschafft – den meisten ist es unter dem Namen Meister-BAföG bekannt –, dass wir in nur einem Jahr 75 Prozent mehr Menschen in Fortbildung gebracht haben. Ich sage ausdrücklich: Genau das ist der richtige Weg. Wir müssen diesen Weg, Fortbildung für jeden zugänglich zu machen, weitergehen. Sie darf nicht ein Privileg für diejenigen bleiben, die eine sehr gute Erstausbildung haben. Fortbildung ist ein wichtiger Bestandteil des Arbeitslebens eines jeden Menschen.

Auch da gilt wieder, dass Bund und Länder an verschiedenen Punkten zusammenarbeiten müssen. Das macht die Bildungspolitik nicht immer einfach; das weiß ich sehr wohl. Aber es geht kein Weg daran vorbei, dass die SPD hier klare Zielmarken und Meilensteine setzen muss. Unser Antrag zeigt den Weg in die Zukunft. Mit ihm können wir auch erreichen, dass wir nicht nur mithalten, sondern dass wir den Takt der Entwicklung mitbestimmen. Genau das will die Sozialdemokratische Partei. Deshalb bitte ich um eure Zustimmung.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Edelgard. – Bevor wir in die Beratungen einsteigen, übernimmt noch einmal kurz Ute Vogt den Vorsitz.

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich darf jetzt – wahrscheinlich zum letzten Mal auf diesem Parteitag – ganz herzlich Margret Kuhlmann begrüßen und darf ihr ganz herzlich dafür danken, dass sie uns hier die Wahlergebnisse bekannt gegeben hat. Margret, du hast das Wort für die Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahl zur Bundesschiedskommission.

(Beifall)



Ergebnisse Wahl Schiedskommission

Margret Kuhlmann, Mandatsprüfungs- und Zählkommission: Ich finde es toll, dass ich so oft Rederecht habe. – Ich teile euch jetzt die Ergebnisse der Wahl zur Schiedskommission mit. Vorher möchte ich mich – ich denke, auch in eurem Namen – bei der Kommission bedanken, die jetzt fast durchgängig drei Tage lang gezählt hat. In dieser Zeit hat sie sich nur mit Zahlen beschäftigt und nichts vom Parteitag mitbekommen. Wir müssen uns daher erzählen lassen, was hier passiert ist. Deswegen ein Dankeschön von meiner und, wie ich glaube, auch von eurer Seite.

(Beifall)

Wir kommen zu den Ergebnissen der Wahl der Vorsitzenden der Schiedskommission. Es sind 408 Stimmen abgegeben worden. Davon war eine Stimme ungültig. Es gab also 407 gültige Stimmen. Davon entfielen auf Ja 398 und auf Nein 2 Stimmen. Es gab 7 Enthaltungen. Das sind 97,7887 Prozent.

(Beifall)

Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden. Abgegeben wurden 407 Stimmen. Davon waren 4 Stimmen ungültig. Es gab also 403 gültige Stimmen. Davon entfielen auf Werner Ballhausen 390 und auf Roland Rixecker 386 Stimmen.

(Beifall)

Wahl der Beisitzer. Abgegeben wurden 406 Stimmen. Davon waren 11 Stimmen ungültig. Es gab also 395 gültige Stimmen. Davon entfielen auf Ilse Brusis 377, auf Thomas Notzke 343, auf Johannes Risse 352 und auf Ingrid Teichmüller 365 Stimmen.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Ganz herzlichen Dank. – Ich darf fragen, ob einer der Gewählten die Wahl nicht annehmen möchte. – Dies ist nicht der Fall. Dann darf auch ich den Gewählten ganz herzlich gratulieren.

Ich freue mich, dass wir damit alle Wahlgänge erledigt haben. Interessant ist natürlich: Je länger der Parteitag dauert, desto besser werden die Wahlergebnisse. Ich wünsche der Bundesschiedskommission eine glückliche Hand für ihre Arbeit und dass sie in den nächsten Jahren möglichst wenig zu tun bekommt.

Wir fahren mit der Antragsberatung fort. Bitte schön.

Antragsberatung „Bildung, Wissenschaft und Forschung“

Vorsitzender Martin Schulz: Genossinnen und Genossen! Wir steigen jetzt in die Antragsberatung ein. Als Erster steht Willi Brase vom Landesverband Nordrhein-Westfalen auf der Rednerliste. Ihm folgt Niels Annen vom Juso-Bundesvorstand. – Bitte, Willi.

Willi Brase, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche für den Initiativantrag 7. Damit ist das Konzept der SPD-Bundestagsfraktion zur Lösung der Ausbildungsplatzprobleme der Jugendlichen in unserer Heimat verbunden.

Der erste Punkt. Ihr habt mitbekommen, dass wir in der Agenda 2010, die wir in vielen Punkten sehr ernst genommen haben, auch einen Passus haben, der besagt: Wenn die von den Unternehmen zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze nicht ausreichen, dann wollen wir gesetzgeberisch tätig werden. Dieses haben wir mit dem vorliegenden Initiativantrag 7 in der SPD-Bundestagsfraktion mit großer Mehrheit beschlossen. Ich möchte dafür werben, dass auch dieser Parteitag zustimmt, dass wir die Unternehmen, die nicht oder zu wenig ausbilden, in Form einer Umlage zur Kasse bitten, damit die Jugendlichen eine gute Zukunft in der betrieblichen Ausbildung haben.

(Beifall)

Der zweite Punkt. Lasst mich deutlich sagen – ich denke, wir werden in der Debatte noch einiges dazu hören –, dass uns schon erstaunt, dass bei Untersuchungen sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland weit über 25 Prozent der ausbildungsberechtigten und ausbildungsbefähigten Betriebe nicht ausbilden. Allein diese Zahl – neben all den anderen Zahlen, die ihr in den letzten Wochen und Monaten erfahren konntet – macht deutlich, dass es richtig und notwendig ist, eine solche Umlagefinanzierung auf den Weg zu bringen.

Der dritte Punkt. Ich glaube, jedem ist klar, dass wir den Weg in eine weitere Verstaatlichung der Berufsausbildung stoppen müssen.

Wer heutzutage in die Berufsschulen, in die Berufskollegs und in manche Einrichtung der Jugendberufshilfe geht, wird sehen, dass wir versuchen, sehr vielen Jugendlichen mit öffentlichen Mitteln von Europa bis hin zu Landes-, ja teilweise Kommunalhaushalten eine Perspektive zu geben. Es kann nicht sein, dass wir diesen Weg immer weiter gehen. Ich meine, wir sind gut beraten, durch betriebliche Ausbildungsplätze in Unternehmen, durch Ausbildungsverbünde und Ausbildungspartnerschaften, auch unterstützt durch externes Ausbildungsmanagement, den jungen Leuten eine Zukunft zu geben.

Ein weiterer Punkt: Wir sind der Auffassung, dass wir mit einer Revitalisierung der betrieblichen Berufsausbildung auch die so genannten Facharbeitermärkte neu auf

den Weg bringen. Wir wissen, dass wir als Arbeitsgesellschaft auch zukünftig junge Leute brauchen, die diesen Zweig der Ausbildung wählen. Deshalb werbe ich dafür und bitte um Zustimmung für den Initiativantrag 7.

Wir wollen das Gesetz – lasst mich das noch sagen – natürlich bundesratsfrei machen. Ich glaube, dass es mit das größte Problem ist, in der sauberen Erarbeitung des Gesetzes darauf zu achten, dass wir keine bürokratischen Monster oder Ähnliches aufbauen. Uns geht es darum, jungen Leuten konkret zu helfen und das Gesetz bundesratsfrei zu machen, damit wir am Ende ein vernünftiges Gesetz haben. Es soll vor allen Dingen dazu dienen – das ist der ganz entscheidende Punkt –, wieder mehr junge Leute in betriebliche Ausbildung, in Ausbildung in den Unternehmen, zu bringen, um damit ein Stück weit der schleichenden Verstaatlichung entgegenzuwirken.

Ich bitte euch um eure Unterstützung.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Willi. – Das Wort hat jetzt Niels Annen, Juso-Bundesvorstand. Ihm folgt Fabian Schmitz vom Landesverband Berlin.

Niels Annen, Vorsitzender der Jungsozialisten: Liebe Genossinnen und Genossen! Edelgard hat von dem Megathema Bildung geredet, davon, dass wir als SPD Studiengebührenfreiheit sicherstellen wollen; wir unterstützen das. Aber glaubwürdig werden wir nur, wenn wir uns auch um die berufliche Ausbildung kümmern. Ich möchte Willi Brase ausdrücklich für seinen Beitrag danken und das Gesagte unterstützen.

Wenn ich mich in den etwas gelichteten Reihen umschaue, dann kann ich feststellen, dass viele von euch schon auf dem Jugendparteitag in Nürnberg anwesend gewesen sind. Seitdem fordert diese Partei, für den Fall, dass die Wirtschaft ihrer Verpflichtung zur beruflichen Ausbildung nicht nachkommt, eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage umzusetzen.

Genossinnen und Genossen, um mit einem Missverständnis aufzuräumen, mit dem ich immer wieder konfrontiert werde: Es geht doch nicht darum, ein abstraktes Instrument zu implementieren. Uns als SPD geht es um betriebliche Ausbildungsplätze für junge Menschen. Das müssen wir sicherstellen.

(Beifall)

Seit mehreren Jahren erfüllt die Wirtschaft ihre Versprechungen nicht. Um das mit einer Zahl zu illustrieren: Von den jungen Menschen, die sich um eine betriebliche Ausbildungsstelle beworben haben, haben nur 47 Prozent eine bekommen. In einer solchen Situation reden unsere Genossinnen und Genossen, zum Teil auch aus der Parteiführung, davon, dass wir die Ausbildung verstaatlichen wollten. Wenn wir

nichts machen, dann ist das duale System in der Tat in Gefahr. Dann verstaatlichen wir die Ausbildung.

Es gibt noch einen zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte. Wir werden mit diesem Antrag, glaube ich, viele vernünftige und zukunftsweisende Punkte beschließen, die uns aus der Krise wieder herausholen werden. Vielen von uns ist einiges zugemutet worden. Ich habe immer wieder den Satz gehört: Was ihr da kritisiert, ist ja in Ordnung, aber es gibt eine Beschlusslage. – Es gibt in der Tat eine Beschlusslage über die Agenda 2010. Aufgrund dieser Beschlusslage möchte ich euch, Genossinnen und Genossen, noch einmal – auf jedem Parteitag ist das der Fall – bitten, dass wir als Teil der Agenda 2010 die gesetzliche Ausbildungsplatzumlage beschließen.

(Beifall)

Ich erwarte dann auch dieselbe Disziplin, die der Partei aufgedrängt worden ist und für die ich Verständnis habe, von den Mitgliedern unserer Bundesregierung, die von dieser Partei bestellt worden sind. Ich bitte euch, der Empfehlung der Antragskommission in diesem Sinne zu folgen.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Niels. – Es spricht jetzt Fabian Schmitz, Landesverband Berlin. Ihm folgt Ernst Dieter Rossmann aus Schleswig-Holstein.

Fabian Schmitz, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt“ – das war vor sieben Jahren, als ich bei den Jusos angefangen habe, eine Kampagne, die der Juso-Bundesverband damals gemacht hat. Ich freue mich darüber, dass ich heute hier auf diesem Parteitag das beschließen kann, weswegen ich damals bei den Jusos aktiv geworden und aktiv geblieben bin.

Ich glaube, Genossinnen und Genossen, es ist nachgerade ein Gebot der Gerechtigkeit, dass wir diejenigen, die die Lasten der Ausbildung überproportional tragen, entlasten, und zwar zulasten derer, die von gut ausgebildeten Mitarbeitern letztlich profitieren. Ich glaube, dass das ein zentraler Punkt für Sozialdemokraten ist, mit dem wir von diesem Parteitag aus ein positives Signal setzen können. Das ist ein Punkt, bei dem wir uns nicht in Abwehrkämpfen ergehen oder bei dem es darum geht: Sozialhilfe und Arbeitslosengeld runter. Die Ausbildungsplatzumlage ist ein positives Signal. Sie bedeutet einen Aufbruch und ist ein Signal für die Zukunft der Sozialdemokratie.

Ich möchte eines ganz deutlich sagen: Ich habe die Sonntagsreden im September, wenn die Ausbildungsplatzstatistik herauskommt, satt. Jedes Jahr heißt es von den Arbeitgebern: Wir werden Ausbildungsplätze schaffen, wir machen das. – Das Bemühen von Wolfgang Clement, da noch etwas herauszuholen, in allen Ehren, wir haben aber doch gesehen – das ist in der Statistik, die heute vorgelegt worden ist,

noch einmal deutlich geworden –, dass das nicht reicht, wenn die Unternehmerinnen und Unternehmer ihrer gesellschaftlichen Verantwortung für die Ausbildung junger Menschen, die im Übrigen in ihrem eigenen Interesse ist, nicht nachkommen. Ich glaube, wir müssen jetzt mit dem Ernst machen, was wir auf dem Agenda-Parteitag beschlossen haben. Hier müssen wir eine gesetzliche Regelung schaffen. Auch deswegen bitte ich euch um Zustimmung zum I 7.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, ein Letztes. Ich finde ganz wichtig, was Willi Brase gerade gesagt hat, dass es nämlich darum gehen muss, ein bundesratsfreies Gesetz zu zimmern. Ich möchte nämlich nicht erleben, dass wir jetzt ein Gesetz vorlegen, das zur Verhandlungsmasse im Vermittlungsausschuss wird. Ich mache daraus keinen Antrag; macht euch also keine Sorgen. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir alles versuchen, um dieses Signal an die Jugendlichen in diesem Lande klar und deutlich zu setzen: Das ist eine SPD-Initiative. Das ist ein originär sozialdemokratisches Thema. Ich glaube, Genossinnen und Genossen, wir sollten das heute beschließen und zügig umsetzen. Dann sind wir nah am Volk, dann sind wir nah an den Menschen.

Ich danke euch.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Fabian. – Es spricht jetzt Ernst Dieter Rossmann, Schleswig-Holstein. Ihm folgt Harald Schartau, Landesverband NRW.

Ernst Dieter Rossmann, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Gerhard Schröder hat gestern gesagt: Wir haben zu viele Gesetze, wir haben bürokratische Gesetze, wir brauchen wichtige Gesetze. Das Gesetz zur Ausbildungsplatzsicherung ist ein wichtiges Gesetz. Wenn das Gesamtbild für die Zukunft im Jahre 2010 ist, der Staat soll das Wichtige tun, dann ist Ausbildung doch wohl so wichtig, dass wir dafür eine gesetzliche, eine demokratisch legitimierte Grundlage schaffen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann muss es in Bezug auf berufliche Ausbildung von der Quantität und der Qualität her eine Verbesserung des Berufsbildungsgesetzes geben. Wir müssen das Ganze auch in Bezug auf die Weiterbildung entwickeln. In der schönen neuen Welt von Florian Gerster haben wir den Anspruch, dass Menschen besser fortgebildet werden. Aber ihr wisst aus euren Wahlkreisen, dass betriebliche Weiterbildung und Qualifizierung, wenn man arbeitslos ist, weniger werden, dass Einrichtungsstrukturen zerstört werden, dass sie vielleicht sogar so weit zerstört werden, dass wir darauf für die Zukunft nicht aufbauen können. Deshalb ist so wichtig, dass Weiterbildung in diesem Leitantrag einen großen Stellenwert bekommt.

Mein zweiter Gedanke. Demokratische Linke und Netzwerk haben sich zusammengesetzt und plädieren für Ehrlichkeit und für eine Perspektive, was die Sicherheit und den Ausbau von Forschung in Deutschland angeht. Wir sind uns ja einig. Die Wirklichkeit ist, Edelgard: Das Kabinett hat bis jetzt zwar gewaltig viel voranbringen können, aber der Fadenriss droht, sodass wir weniger Mittel für Forschung in Deutschland bereitstehen haben.

Wenn im Leitantrag steht, dass in Barcelona für das Jahr 2010 vereinbart wurde, 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung zur Verfügung zu stellen, dann trennen uns davon 4 Milliarden, die in den Haushalt eingestellt werden müssen, 4 Milliarden, die als Stiftungsmittel kommen könnten, 4 Milliarden, die vielleicht dadurch aufgebracht werden können, dass wir das aufgreifen, was Ernst Welteke, der Präsident der Bundesbank, gesagt hat, das Gold der Bundesbank für Forschung zu aktivieren.

Ein letzter Gedanke. Gerhard Schröder hat uns in seiner Agenda-Rede und auch gestern gesagt: Wir brauchen mehr Geld für Forschung und Technologie. Er sprach Biotechnologie und Informationstechnologien an. Das stand im Manuskript. In seiner Rede erwähnte er auch die Geisteswissenschaften. Das hat mich sehr gefreut, weil dadurch der Bogen größer geschlagen worden ist. Er hat damit an das angeknüpft, was Otto Brenner auf dem Kongress „Lebensqualität“, gemeinsam mit der IG Metall, in den 70er-Jahren aufgebracht hat. Wir brauchen nämlich Forschung für die Wertschöpfung. Wir brauchen Forschung für andere Arbeitsverhältnisse.

Wir brauchen aber auch Forschung für gesellschaftliche Aufgaben. Unsere Gesellschaft wird älter. Die Wissenschaft kann auch Antworten auf die Fragen geben: Wie leben wir in einer älter werdenden Gesellschaft? Wie leben wir in einer Gesellschaft, die Ökologie und Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen will? Was heißt in der Zukunft Bildungsgesellschaft?

Wenn wir Forschung nicht nur mit Wohlstand, mit Wertschöpfung verbinden, sondern auch mit gesellschaftlichen Werten, dann können wir viel mehr Menschen begeistern als diejenigen, die in diesen Bereichen aktiv sind. Wenn wir für die Forschung eine Zukunft gewinnen wollen – das wollen die Linken wie das „Netzwerk“ –, dann müssen wir alle Generationen mitnehmen. Wir müssen gerade die Älteren dafür gewinnen, für Forschung und Innovation Interesse zu zeigen und einen Beitrag zu leisten, denn das kommt allen Generationen, der gesamten Gesellschaft, zugute.

Die Initiativanträge, die wir dazu einbringen können und die in der Partei breit verankert sind, sind von der Antragskommission positiv aufgenommen worden. Ich glaube, damit gibt es ein Fundament, auf dem die Agenda 2010 in der Lage ist, Sozialstaatlichkeit zu verändern und Innovation, Bildung und Forschung nach vorne zu bringen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Das Wort hat jetzt Harald Schartau, Landesbezirk NRW. Ihm folgt Jürgen Coße, ebenfalls Landesbezirk NRW.

Harald Schartau, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin nicht Kronzeuge gegen die Abgabe, sondern Anwalt des Ausbildungskonsenses in Nordrhein-Westfalen. Die Landtagsfraktion und die Landesregierung haben seit 1996 alle Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen, die Ausbildungsplätze bereitstellen können, an einen Tisch geholt. Seitdem gilt in Nordrhein-Westfalen, dass jeder Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz will und ausbildungsfähig ist, über diesen Konsens auch einen Ausbildungsplatz bekommt. Es verlangt uns jedes Jahr erhebliche Anstrengungen ab, das hinzubekommen; denn in Zeiten, in denen Schulabgängerzahlen und Konjunktur sich absolut gegenläufig entwickeln, ist es besonders schwierig, in Betrieben, denen aufgrund der konjunkturellen Lage das Wasser Oberkante Unterlippe steht, dafür zu werben, dass sie ausbilden. Ich bin mir nicht zu schade, Klinken zu putzen und in kleinen und neuen Betrieben für Ausbildung zu werben. Aber ich weiß, dass jeder Ausbildungsplatz, der so zustande kommt, von Menschen ausgefüllt wird, die ein Interesse an Ausbildung haben und die jungen Leute mit Engagement ausbilden.

Ich glaube, dass die Bundestagsfraktion gut beraten ist, sich zunächst zu folgenden Fragen Klarheit zu verschaffen: Wie werden die öffentlichen Hände behandelt? Was ist mit der Quote für Kommunen, Ländern und Bund, die sich in extremen Haushaltslagen befinden? Glaubt wirklich jemand, dass Branchenfonds, die von den Tarifvertragsparteien entweder freiwillig oder per Gesetz ausgefüllt werden müssen, nicht einen tiefen Eingriff in die Verteilungsmasse bei Tarifverhandlungen bedeuten? Glaubt jemand, wir müssten nicht auch eine Antwort auf die Frage geben, warum wir aus den gleichen guten Gründen eine Schwerbehindertenabgabe erheben, warum wir es aber nicht schaffen – bundesweit sind 170 000 Schwerbehinderte arbeitslos –, Schwerbehinderte in die Betriebe hineinzubekommen? Und wie schaffen wir es mit einem zentralen Fonds, in Berlin geführt, in Oberhausen-Osterfeld Ausbildung zu organisieren, die hinterher auch am Markt abgenommen wird, sodass die Jugendlichen eine Perspektive haben?

Ich habe eine Berufsausbildung in einem Stahlbetrieb gemacht. Lasst mich noch ein, zwei Worte sagen, warum ich glaube, dass wir dieses Thema stark ausweiten müssen. Wenn ich heutzutage in eine Kfz-Werkstatt gehe und die Haube eines neuen Audis aufmache, dann stecke ich meinen Schraubenschlüssel ganz verschämt wieder ein. Die Jugendlichen werden heute zu Automechatronikern ausgebildet. Die Jugendlichen, die die Hauptschule verlassen, haben da keine Chance mehr. Wenn wir nicht damit aufhören, mit den Ausbildungsinhalten wegzulaufen von dem, was die Jugendlichen, die aus den Schulen kommen, mitbringen, wenn wir nicht zu neuen Konzepten innerhalb der Berufsausbildung kommen, dann werden wir, ob mit oder ohne Abgabe, immer mehr Jugendliche haben, die in vorbereitenden Maßnahmen hängen, weil sie nicht ausbildungsfähig sind. Davon bin ich fest überzeugt.

Deshalb müssen wir hier Mut entwickeln.

(Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir es hinbekommen werden, mit mehr Branchen, wie der chemischen Branche oder der Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, Verabredungen – und zwar freiwillige – in Tarifverträgen treffen können, wie wir in diesen Branchen den Fachkräftenachwuchs organisieren können.

Ich bin mir sicher, dass auch Branchenregelungen, die auf freiwilliger Basis getroffen werden, zukünftig ein großes Maß an Neuerung bringen. Aber wie gehen wir mit dem Fakt um, dass wir eine Betriebsstruktur haben, in der die großen Ausbildungswerkstätten der Vergangenheit immer seltener werden und kleinste Betriebe einen Fachkräftebedarf haben? Wie organisieren wir dort die Berufsausbildung praktisch?

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte eines noch einmal deutlich sagen: Nehmt denen, die sich – wie Kurt Beck in Rheinland-Pfalz oder wir in Nordrhein-Westfalen – in die Kurve werfen, um es im Konsens zu versuchen, ab, dass sie es mit den Jugendlichen genauso gut meinen wie jeder andere. Lasst uns als SPD uns an eines immer halten: Wenn wir Lösungen anbieten, dann müssen diese Hand und Fuß haben. Sie müssen realisierbar sein. Dann müssen wir uns nicht vortäuschen, dass wir es mit dem Erheben von Abgaben erreichen, dass die Betriebe Jugendliche einstellen und sie mit Herz und Engagement ausbilden. Ich bin gerne bereit, an Lösungen mitzuarbeiten; aber ich möchte, dass in jeder Lösung der Passus steht: Wenn es freiwillig funktioniert, brauchen wir keine gesetzliche Maßnahme.

Glück auf!

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Harald. – Es spricht jetzt Jürgen Coße, Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Franz Müntefering, auch Nordrhein-Westfalen.

Jürgen Coße, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Harald, ich glaube, der Beschluss zur Ausbildungsplatzumlage kommt nicht zu früh, sondern zu spät.

(Beifall)

Wir haben das Problem – das ist an den Arbeitslosenstatistiken zu erkennen –, dass wir schon jetzt einen Berg von nicht ausgebildeten Leuten vor uns herschieben. Jeder weiß, dass der, der heute keine Ausbildung hat, der Erste ist, der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen ist. Das bedeutet ganz konkret, dass er Transferleistungen bezieht und es uns als regierende Partei nur Recht sein kann, wenn viele Menschen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht werden können. Das fängt bei der betrieblichen Ausbildung an. Deswegen glaube ich, dass dieser Initiativantrag eine breite Unterstützung finden muss, damit wir als Sozialdemokraten ein klares

Signal in diese Richtung setzen können. Wir wollen, dass jeder die Chance auf einen Ausbildungsplatz hat.

Aber lasst mich noch etwas zur Beschlusslage sagen; Niels Annen ist bereits darauf eingegangen. Ich glaube, es gibt bei dieser Frage auch deswegen Unruhe in der Partei, weil wir schon vor Jahren – es war übrigens in Köln und nicht in Nürnberg – beschlossen haben, dass die SPD als Partei das durchsetzen will. Jahr für Jahr haben wir es vertagt. Jahr für Jahr haben wir zugesehen, wie Jugendliche keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Dieses Manko müssen wir jetzt endlich mit einer gesetzlichen Regelung beseitigen. Wir müssen diesen Weg gehen, um entsprechende Möglichkeiten zu schaffen.

Wer sich den Initiativantrag anschaut, sieht an einer Stelle ganz deutlich: Freiwillige Lösungen bleiben nötig. Es wird jedes Jahr überprüft werden, ob es genügend Ausbildung gibt oder nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn es sie nicht gibt, dann muss eine Umlage gezahlt werden. Es ist die Pflicht einer sozialdemokratischen Regierungspartei, das für junge Menschen zu ermöglichen. Ansonsten besteht die Gefahr – ich habe es eben schon gesagt –, dass wir uns quasi die Langzeitarbeitslosen von morgen heranzüchten. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

Also fordere ich euch auf, liebe Genossinnen und Genossen, die Bundestagsfraktion mit breiter Unterstützung aufzufordern, in ihrem Sinne die gesetzliche Regelung zu schaffen.

Zum Schluss möchte ich nur sagen: Wir haben als SPD genügend Beschlüsse gefasst. Ich will endlich gesetzliche Taten sehen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Jürgen. – Jetzt spricht Franz Müntefering, ihm folgt Wolfgang Clement.

Franz Müntefering, Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Für die Schulen und Hochschulen ist bei uns der Staat zuständig, für die duale Ausbildung sind die Unternehmen zuständig. Die Unternehmen müssen dafür sorgen, dass es hinreichend duale Ausbildung gibt. So viel zur Zuständigkeit.

Zweitens zur Qualifizierung. Wir wissen, wie wichtig es ist, dass, wenn wir Wohlstand in diesem Land sichern wollen, die Menschen hinreichend qualifiziert. Dafür ist die duale Ausbildung eine große Chance. Sie hat sich über Jahrzehnte bewährt und muss auch in Zukunft gelten.

(Vereinzelt Beifall)

Vor diesem Hintergrund, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir in der Fraktion auch in diesem Jahr bis nach dem 30. September, bis Anfang November gewartet, in der Hoffnung, dass es ein ausgeglichenes Verhältnis von angebotenen Ausbildungsplätzen und Nachfrage gibt. Das war nicht der Fall. Deshalb haben wir Eckpunkte. Wir werden, wenn ihr nichts anderes beschließt, im Februar nächsten Jahres einen Gesetzentwurf auf den Tisch legen. Daran werden alle, die wollen, auch Harald Schartau, mitarbeiten können.

Aber in einem solchen Gesetz wird eine klare Botschaft stehen: Wir wollen dafür sorgen – und darum geht es –, dass alle ausbildungsfähigen und ausbildungswilligen jungen Menschen in Deutschland, wenn sie aus der Schule kommen, einen Ausbildungsplatz bekommen. Das wollen wir erreichen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Dies ist ein Problem der Bildung und der Qualifizierung. Unsere Wirtschaft braucht Qualität und Qualifizierungsmöglichkeiten für junge Menschen. Dahin wollen wir; das ist das Ziel.

Dabei wird es um Freiwilligkeit gehen. Am besten, die Kammern verständigen sich selber und machen einen Risikostrukturausgleich zwischen den Kammern. Können die das lösen, müssen wir uns gar nicht einmischen. Oder es gibt Tarifverträge, Verträge zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden, in denen vereinbart wird, was sie dann machen. Das gibt es ja in verschiedenen Bereichen. All dies, ausdrücklich in den Eckpunkten festgelegt, wird Vorrang haben.

Dann wird es aber ein Gesetz geben, in dem steht: Wenn es trotz all dieser Angebote – sie alle können noch bis zum 30. September des nächsten Jahres genutzt werden – am 30. September wieder nicht reicht, wenn wieder 25 000 oder 30 000 Ausbildungsplätze so wie im Augenblick fehlen, dann werden wir das Gesetz aktivieren. Dann werden wir dafür sorgen, dass die 70 Prozent, die nicht ausbilden – so viele Unternehmen sind es nämlich –, zahlen, damit für die Jugendlichen Ausbildungsplätze in Unternehmen oder in überbetrieblichen Ausbildungsstätten geschaffen werden können, dass die dann Geld bekommen.

(Beifall)

Das ist das Konzept. Dafür bitte ich um eure Unterstützung. Wir werden damit sehr verantwortlich umgehen. Es geht uns nicht um Drohungen und nicht darum, den Unternehmen zu unterstellen, sie würden sich drücken. Nein, 30 Prozent bilden aus, viele über das Maß hinaus, das sie eigentlich leisten müssten. Ich wundere mich über die 70 Prozent, die beiseite stehen und nichts tun. Ich wundere mich aber auch über die 30 Prozent, die akzeptieren, dass sich 70 Prozent an dieser Stelle drücken.

(Beifall)

Ich möchte, dass wir hier im nächsten Jahr Klarheit haben. Ich bitte euch um eure Unterstützung, damit wir das sorgfältig vorbereiten können.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Franz. – Es spricht jetzt Wolfgang Clement. Ihm folgt Rainer Schmeltzer aus NRW.

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Ich möchte in dieser wichtigen Diskussion das unterstreichen und unterstützen, was Harald Schartau für Nordrhein-Westfalen gesagt hat. Das beschreibt die Erfahrungen, die wir in Nordrhein-Westfalen gesammelt haben. Wir sind mit Franz, mit euch allen im Ziel einig: Wir müssen erreichen, dass jeder junge Mann und jede junge Frau, die einen Ausbildungsplatz wollen und eine Ausbildung wahrnehmen können, auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz angeboten bekommen. Das ist das Ziel. Das praktizieren wir seit Jahren. Wir haben das in Nordrhein-Westfalen bis zum letzten Jahr erreicht. Ich bin davon überzeugt, dass wir das auch in Zukunft erreichen können, so schwierig es auch ist. Ich bin davon überzeugt, dass freiwillige Vereinbarungen – ob als Tarifverträge, als Branchenverträge oder als besondere Anstrengungen innerhalb der einzelnen Kammern – möglich sind.

Ich glaube aber, dass das, was jetzt vorliegt, was in der Fraktion beschlossen worden ist und was heute vom Parteitag beschlossen werden soll – um es klar zu sagen, es ist gut gemeint –, schrecklich scheitern wird. Ich bin mir einigermaßen sicher, dass meine Prognose zutrifft.

Ich will dazu nur ganz wenige Daten anführen: Wir haben bis September 95 Prozent der Ausbildungsplatzbewerber in Deutschland mit einem Ausbildungsplatz ausgestattet. 95 Prozent haben also einen Ausbildungsplatz. Das haben nicht wir getan; das waren natürlich die Unternehmer. Im Bereich der Industrie- und Handelskammern sind bis heute – das war schon Ende September so – mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen worden als im letzten Jahr. Die Steigerung beträgt 0,7 Prozent. Im Bereich des Handwerks wurden weniger Verträge abgeschlossen.

Genossinnen und Genossen, weder der Vorschlag, Franz, den die Fraktion macht, noch der, der jetzt dem Parteitag vorliegt, noch irgendein anderer kann das Verhältnis zwischen Ausbildungsplätzen und Konjunkturanfälligkeit auflösen. Das Ausbildungssystem, so wie es heute mit der betrieblichen Ausbildung besteht, ist natürlich konjunkturabhängig und –anfällig. Wir haben in den letzten anderthalb Jahren 75 000 Ausbildungsplätze verloren. Das ist nicht einfach die Schuld der Wirtschaft. Wir hatten vielmehr in Deutschland im selben Zeitraum ungefähr 60 000 Insolvenzen und haben im selben Zeitraum 761 000 Arbeitsplätze verloren.

Deshalb ist es falsch, jeweils Vorwürfe gegen ausbildende oder nicht ausbildende Betriebe zu erheben. Das Gros der Betriebe, die nicht ausbilden – das sind über 80 Pro-

zent –, bewegt sich in einer Größenordnung zwischen einem und neun Beschäftigten und ist zum großen Teil nicht ausbildungsfähig.

Wir hatten noch im Oktober 37 800 unversorgte Bewerber und demgegenüber 13 800 offene Stellen. Daraus folgen rund 25 000 noch nicht versorgte Bewerberinnen und Bewerber. Dahinter steckt – das zeigt das Problem viel deutlicher als viele andere Dinge –: 10 000 derer, die noch keinen Ausbildungsplatz haben, hatten entweder bereits einen Ausbildungsplatz und haben diesen Ausbildungsplatz nicht angetreten oder sie haben die Ausbildung bereits wieder abgebrochen. Dies macht aus meiner Sicht deutlich: Das ist kein Problem, das mit einer Umlage gelöst werden kann. Wir haben vielmehr mit Problemen zu tun, die sich aufgrund familiärer, schulischer und gesellschaftlicher Konstellationen stellen. Es ist ein Irrtum, zu glauben, das ließe sich über eine Abgabe lösen.

(Vereinzelt Beifall)

Das wird noch deutlicher, wenn man sich die Struktur derer, die noch nicht versorgt sind, anschaut. Jeder Vierte ist 21 Jahre und älter. 57 Prozent sind so genannte Altbewerber. Fast 40 Prozent der Bewerber suchen eine Ausbildung allein in sechs Berufen: Einzelhandelskaufmann, Bürokaufmann, Verkäufer, Arzthelfer, Friseur und Koch. Das sind die Realitäten, mit denen wir zu tun haben.

Die Lage in Deutschland ist völlig unterschiedlich. Wir haben jetzt in Wahrheit von 180 noch etwa 12 Arbeitsamtsbezirke – und dafür wollt ihr eine Abgabe beschließen? –, in denen wir einen gravierenden Mangel an Ausbildungsplätzen haben. Das ist die Situation.

Ich sage euch, Genossinnen und Genossen: Mit Blick darauf ist der Weg über eine zentrale Institution absolut falsch. Es ist undenkbar, aus einer zentralen Steuerung heraus die regionalen Probleme auf eine einigermaßen angemessene Weise beantworten zu wollen und zu können. Die Situation in Deutschland ist regional völlig unterschiedlich.

Deshalb ist erstens meine Bitte, einen solchen Zentralfonds nicht vorzusehen. Ein Zentralfonds ist falsch; er ist überhaupt nicht steuerungsfähig.

(Vereinzelt Beifall)

Er wird zu einem politischen Instrument werden. Der Bund zieht eine Aufgabe an sich, die er nicht einlösen kann.

Zweitens. Es wird damit eine Bürokratie erforderlich, die kein Mensch nachhalten kann. Es wird unter anderem zu klären sein: Welche Unternehmen werden ausbilden? Nur nicht ausbilden? Welche Betriebe können ausbilden? Welche können nicht ausbilden? Welche Betriebe finden keine Auszubildenden? Wo gibt es Ausnahmeregelungen? Es wird eine wunderbare Bürokratie entstehen; aber das Problem wird damit nicht gelöst.

Drittens. Das Signal, das ihr gebt, ist falsch; das ist das Gravierendste, Franz. Ihr sagt: Ihr wollt im September nächsten Jahres prüfen, wie die Situation ist. Dann greift ein Fonds mit Mitteln ein, die einkassiert werden. Dieser Fonds verteilt dann Gelder. Genossinnen und Genossen, das wird dazu führen, dass im Februar ab Gesetzesbeschluss – ich sage euch das voraus – kaum noch ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt wird. Die Unternehmen, die nicht ausbildungsengagiert sind – so viele haben wir nicht –, werden bis zum 30. September warten, also bis zu dem Zeitpunkt, zu dem diese Frage geklärt sein wird.

Deshalb, Genossinnen und Genossen, sage ich euch: Wir werden damit scheitern. Ich befürchte, dass wir auch mit allen Werbeaktionen scheitern. Wir erleben schon jetzt, mit welchen Problemen wir da zu tun haben. Das ist sehr ernst. Ich kann nicht anders, als euch mit einzelnen anderen ans Herz zu legen, das nicht zu verschütten. Es ist immer besser, die Frage da zu lösen, wo es freiwillig geht. Es geht durch regionale Lösungen und nicht durch eine solche zentralistische Umlage, wie sie hier vorgeschlagen wird. Sie beruhigt das Gewissen; sie löst aber das Problem nicht. Wir sollten an einer Problemlösung interessiert bleiben.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Wolfgang. – Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt noch acht Wortmeldungen. Will jetzt noch jemand das Wort ergreifen? Ansonsten würde ich die Rednerliste schließen. – Die neunte Wortmeldung ist angenommen worden. Damit ist die Rednerliste zu diesem Themenkomplex geschlossen. Ab jetzt nehmen wir keine weiteren Wortmeldungen mehr entgegen. – Jetzt spricht Rainer Schmeltzer, Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Gabi Frechen, ebenfalls Nordrhein-Westfalen.

Rainer Schmeltzer, NRW: Liebe Genossinnen und Genossen! Franz Müntefering hat es in aller Deutlichkeit gesagt: Die Verantwortung zur Schaffung von Ausbildungsplätzen liegt bei der Wirtschaft. Wenn das, was Wolfgang Clement gerade gesagt hat, stimmen würde, nämlich dass wir ein familienpolitisches Problem und ein Problem der Jugendlichen haben, müsste wir derzeit die Situation haben, dass die Unternehmen schreien: Wir haben zu viele Ausbildungsplätze und können sie nicht besetzen. – In dieser Situation befinden wir uns nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Bis 2007 sind steigende Schulabgängerzahlen prognostiziert; das ist statistisch erwiesen. Dem stehen derzeit jährlich sinkende Zahlen bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen gegenüber. Das ist ein Missverhältnis, das wir uns nicht erlauben dürfen.

Wenn wir von einer steigenden Zahl an Schulabgängern bis zum Jahr 2007 sprechen, dann sprechen wir auch davon, dass wir diesen jungen Menschen keine berufliche

Perspektive werden bieten können. Die Wirtschaft ist dabei, sich den Ast abzusägen, auf dem sie sitzt, weil sie die Fachkräfte von morgen nicht selbst ausbildet. Dann kommt wieder der Schrei und diesem Schrei kann nicht gefolgt werden.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, hier wird immer gerne davon gesprochen, dass die Jugendlichen versorgt werden. Die Versorgung ist gut, wenn es um außerbetriebliche Maßnahmen geht. Wir in Nordrhein-Westfalen versorgen jugendliche Schulabgänger ganz hervorragend durch den von Harald Schartau angesprochenen Ausbildungskonsens. Das ist eine tolle Lösung, aber ein Ausbildungskonsens und die Versorgung mit außerbetrieblichen Maßnahmen ersetzen keine betrieblichen Ausbildungsplätze. Die sind besser und darum geht es bei der Ausbildungsplatzabgabe, nicht um die Versorgung der Jugendlichen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen bis zum jetzigen Zeitpunkt circa 1 500 Lehrer, die ausschließlich mit der vollzeitschulische Ausbildung beschäftigt sind. Sie lehren Jugendliche, die einer Berufsausbildung in Berufskollegs nachgehen, die nicht im dualen System stattfinden. Damit wird den Jugendlichen die Möglichkeit genommen, in Betrieben ausgebildet zu werden. Allein im Kreis Unna, aus dem ich komme, sind es 1 000 Jugendliche, die nicht in den Genuss einer betrieblichen Ausbildung kommen, sondern einer vollzeitschulischen Ausbildung nachgehen müssen – und das bei dem von uns so gepriesenen dualen Ausbildungssystem. Diese vollzeitschulische Ausbildung und alle anderen Maßnahmen – das dürfen wir angesichts der Haushaltslage, die wir im Bund und in den Ländern haben, nicht vergessen – sind auch noch steuerfinanziert.

Ich gebe Wolfgang und Harald ausdrücklich Recht, wenn sie die Ausbildungsplatzabgabe mit der Schwerbehindertenabgabe vergleichen. Dies ist aber etwas, was wir in Zukunft nicht zulassen dürfen. Die Bundestagsfraktion, mit Franz Müntefering an der Spitze, hat ein Eckpunktepapier verabschiedet, aber noch keinen Gesetzentwurf. Jeder von uns kennt die Schwerbehindertenabgabe. Wir wären schlecht beraten, wenn wir aus diesen Fehlern nicht lernen würden und wenn wir den Unternehmen damit die Möglichkeit des Freikaufs geben würden.

Die Anstrengungen von Bund und Ländern haben vielen Jugendlichen vorläufig die Arbeitslosigkeit erspart, ihnen aber keine berufliche Perspektive ermöglicht. Die jetzige Anstrengung der Bundestagsfraktion zur konsequenten Umsetzung zweier Bundestagsbeschlüsse und der Ankündigung des Kanzlers vom 14. März nimmt die Wirtschaft in die Verantwortung und schafft zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Rainer. – Es spricht jetzt Gabriele Frechen, Nordrhein-Westfalen. Ihr folgt Katja Vogel, Bayern.

Gabriele Frechen, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich möchte um eure Unterstützung werben beim Initiativantrag 10 „Innovation fördern – Wissenschaft stärken – der Forschung klare Perspektiven geben“. Investitionen in Bildung und Forschung sind nun einmal die beste Voraussetzung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Wenn wir unseren Wohlstand halten und ausbauen wollen, dann sind wir darauf angewiesen, unsere Anstrengungen auf den Aufbau der Wissensgesellschaft zu richten. Nur mit Investitionen in die Köpfe unserer Kinder können wir unseren Sozialstaat sichern. Deshalb müssen wir auch verhindern, dass Zwänge der Tagespolitik Zukunftsperspektiven überlagern.

Mit Leistungen im Niedriglohnbereich oder einfachen Dienstleistungen werden wir unseren Wohlstand nicht halten können. Wir können und wollen nicht konkurrieren mit den Krabbenpulvern in Nordafrika, und zwar nicht, weil wir keine Krabben pulen können. Aber von dem Geld, das die Menschen in Nordafrika damit verdienen, könnte bei uns keiner leben. Von der Vorstellung, im Niedriglohnbereich Wohlstand zu sichern, müssen wir uns verabschieden.

Die treibende Kraft des technischen Fortschritts ist der Schlüssel zum Erfolg. Hier verbindet sich die Aussicht auf eine gute Position im internationalen Wettbewerb mit unseren Anforderungen an einen modernen Arbeitsmarkt und unseren Zielen von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Die besten Rahmenbedingungen für qualifizierte Arbeitsplätze werden geschaffen, wenn der Staat in Forschung und Bildung investiert. Darauf ist gerade in den letzten Jahren durch die rot-grüne Bundesregierung viel Wert gelegt worden, und zwar nicht nur auf die universitäre Bildung. Bildung fängt in den Kindergärten an. Bildung heißt aber auch berufliche Bildung und Qualifizierung. Wir müssen unsere Anstrengungen noch erhöhen. Gerade wenn wir die Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen wollen, wenn wir unsere sozialen Sicherungssysteme sichern wollen, sind wir auf Wachstum angewiesen. Neues Wachstum gibt es nur durch neue Erfindungen, durch Innovationen. Deshalb müssen die Mittel für Forschung und Bildung in diesem Bereich steigen.

Deutschland ist auf die Ideen, auf den Erfindungsreichtum seiner Menschen existenziell angewiesen. Erst in der letzten Woche wurde in einer Studie des Büros für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages festgehalten: „Deutschland nimmt im Forschungsfeld Nanotechnologie hinter den USA eine Spitzenposition ein“. Das ist gut, aber das ist noch nicht gut genug. Wir müssen die Besten werden in den Schlüsseltechnologien. Nanotechnologie, aber auch Bio- und Gentechnik werden unser Leben nachhaltig verändern. Wir müssen deshalb bei diesen Technologien in Forschung, Entwicklung und in der Ausführung immer auf der Höhe der Zeit sein. Nur dann können wir die Wachstumsimpulse aus diesen Technologien für unseren Wohlstand nutzen und gleichzeitig auf die Risiken Einfluss nehmen.

Ich bitte euch: Helft uns, den Fortschritt in diesen Kernaufgaben zu gestalten! Ich bitte euch deshalb um Unterstützung des Initiativantrags 10.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Gabi. – Es spricht jetzt Katja Vogel aus Bayern. Ihr folgt Jörg Tauss, Baden-Württemberg.

Katja Vogel, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Studentin an der Universität Regensburg. Dort bin ich gewählte Vorsitzende der Fachschaft Geschichte. Gerade deswegen interessiere ich mich für das Thema Hochschule.

In unserem Leitantrag „Unser Weg in die Zukunft“ fordern wir, die Studierendenquote innerhalb der nächsten vier Jahre auf 40 Prozent zu erhöhen. Dies bedeutet, ab 1998 gerechnet, einen Zuwachs von über 42 Prozent. Den zugrunde liegenden Wunsch, mehr Studierende aus allen Schichten mögen uns mehr qualifizierte Absolventen bringen, kann ich gut nachvollziehen. Ich fürchte aber, dass dieser Schuss nach hinten losgehen könnte. Fakt ist nämlich, dass diesen 42 Prozent mehr an Studierenden keineswegs 42 Prozent mehr an Geldern gegenübersteht bzw. gegenüberstehen wird. Ganz im Gegenteil: In Bayern plant Stoiber eine 10-prozentige Kürzung des Haushalts für die Universitäten. Bereits heute ist es aber so, dass wir unseren Erstsemestlern sagen müssen: Es tut uns Leid, für euch ist kein Platz. Die Kurse könnt ihr erst in eurem zweiten Semester belegen. – Oder wir können ihnen Kurse anbieten, die für 25 Personen ausgelegt sind und mit 80 Studierenden bereits übertoll sind.

Ich stehe diesem Teil des Leitantrags kritisch gegenüber, da auch heute noch gilt: Quantität ist nicht gleich Qualität.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Katja. – Es spricht jetzt Jörg Tauss, Baden-Württemberg. Ihm folgt Matthias Kempf aus Bayern.

Jörg Tauss, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Als bildungs- und forschungspolitischer Sprecher zu Beginn erst einmal ein dreifacher Dank: Liebe Gabriele Frechen, herzlichen Dank für deine tolle Unterstützung im Forschungsbereich! Das können wir in der Fraktion immer gebrauchen.

(Vereinzelt Beifall)

– Jetzt klatschen die Forscher. Es ist wirklich so.

Obwohl wir völlig anderer Auffassung sind, Wolfgang, möchte ich auch dir herzlich danken, und auch Edelgard Bulmahn, und zwar für euer riesiges persönliches Engagement für mehr Ausbildungsplätze in diesem Land in den letzten Monaten.

(Beifall)

So ist konkrete sozialdemokratische Arbeit zu verstehen. Es geht darum, für Ausbildungsplätze zu kämpfen. Dafür sage ich Dank.

Ich sage auch, und das mit allem Ernst: Wir haben am 14. März die Rede des Kanzlers gehört. Ich glaube, alle Abgeordnete haben in ihren Wahlkreisen dazu beigetragen, und zwar an allen Stellen, an denen es möglich war, dafür zu sorgen, dass mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Trotz dieser Situation hat sich konjunkturell bedingt die Situation am Ausbildungsstellenmarkt weiter verschlechtert. Das ist unser Problem, dass die Ausbildung junger Menschen zu einem Konjunkturabhängigkeitsproblem geworden ist. Das können wir nicht zulassen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Am 14. März ist gesagt worden: Falls die Situation, wie wir sie jetzt beschrieben haben und wie wir sie bedauern, eintritt, kommt eine gesetzliche Regelung.

Um ein erstes Missverständnis aufzuklären: Wir reden nicht von einer Abgabe, sondern wir reden von einer Umlage. Deswegen ist der Vergleich mit der Schwerbehindertenabgabe an dieser Stelle nicht zulässig.

(Beifall)

Ich denke, wir sollten von vornherein hinkende Vergleiche nicht in die Debatte einbringen.

Meine zweite herzliche Bitte richtet sich an dich, Wolfgang, nämlich hier nicht zu sagen: Das wird schrecklich scheitern. Ich habe keine Erfolgsgarantie; das ist völlig klar. Aber ich sage auch in aller Deutlichkeit als jemand, der die Agenda 2010 in allen Teilen mitgetragen hat, inklusive des Versprechens des Kanzlers, dass auch du uns nicht sagen kannst, dass wir nicht Risiken eingegangen sind, von denen wir alle zuvor nicht wussten, ob sie möglicherweise am Arbeitsmarkt zum Scheitern führen.. Wir sind bewusst diese Risiken eingegangen, weil wir meinten: Es muss Bewegung ins Land kommen, wir brauchen Reformen.

Deswegen habe ich die herzliche Bitte, nicht dieses Detail herauszugreifen und zu sagen: Das wird scheitern. Das wissen wir nicht, es sei denn, man will eine sich selbst erfüllende Prophezeiung hier in den Raum stellen. Das fände ich politisch nicht in Ordnung.

(Beifall)

Noch viel schrecklicher ist für mich – das sage ich in aller Deutlichkeit –, der um die Komplexität dieses Gesetzgebungsverfahrens weiß – das ist weiß Gott kein einfacher Ritt; Kanzler Schröder würde in seinem Vokabular sagen: Das wird verdammt nicht einfach –, dass wir uns in einer Situation befinden, in der ein 21-Jähriger keinen Ausbildungsplatz findet, obwohl er seit Jahren sucht. Im nächsten Jahr wird er dann 22

Jahre alt, schließlich 23, 24 und 25 Jahre alt. Dann haben wir ihn in der Sozialhilfe. Dann ist er nicht mehr in der Lage, in diesem Lande einen Ausbildungsplatz oder einen Job zu bekommen.

(Beifall)

Nun zu den konkreten Fragen, die du, lieber Hartmut, gestellt hast. Ich will nicht persönlich werden, aber wir hatten schon im Frühjahr vor dem vorhergehenden Parteitag im Willy-Brandt-Haus eine Besprechung zu diesem Thema vereinbart. Du hast dich dann entschuldigt und gesagt, du hattest keine Zeit zu kommen. Das ist okay, man kann Termine haben. Du hast dann hinzugefügt: Aber ich bin dagegen. Das passt jetzt nicht zu deiner Bereitschaft zur Mitwirkung. Ich kenne keinen konkreten Vorschlag von dir.

Wir wollen den Druck auf die Wirtschaft weiter erhöhen. Bereits der jetzt vorhandene Druck hat zu etwas geführt. Wir wollen keinen zentralistischen, bürokratischen Fonds. Wir wollen eine Institution schaffen, die dann einspringt, wenn sich die Tarifvertragsparteien nicht einigen können. Daran sollen sich alle Betriebe beteiligen, Genossinnen und Genossen. Das halte ich für eine Selbstverständlichkeit. Wie wird dieser Fonds abgerufen? Welche Qualifikation hat er? Wo liegt die Auslösungsschwelle? Schau nach, wir haben dazu schon vieles erarbeitet. Das können wir konkret umsetzen.



Meine herzliche Bitte lautet, keine Probleme, an denen wir bereits arbeiten und die zum Teil schon gelöst sind, auf die ich aber in der Kürze der Zeit nicht eingehen kann, hochzuspielen und zu sagen: Dafür gibt es keine Lösung.

Meine herzliche Bitte: Lasst uns an diesem Gesetzentwurf arbeiten und der Wirtschaft sagen, trifft Vereinbarungen. Warum soll denn nicht möglich sein, was die Metaller in Niedersachsen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vereinbart haben? Warum soll nicht möglich sein, was in der Chemieindustrie gilt? Hartmut, warum stellen wir uns hier hin und jammern darüber, wie die Verteilungsmasse bei Tarifverhandlungen sein wird? Es ist die verdammte Pflicht der Tarifvertragsparteien, auch der Unternehmer, mit dafür zu kämpfen, dass es zu Ausbildungsplätzen kommt. Wenn dieses auf Lohnerhöhungen angerechnet wird, dann kann ich nur sagen: In der Chemie hatten wir trotzdem Lohnerhöhungen.

Man könnte hier noch auf viele Details eingehen. Das ist aus Zeitgründen nicht mehr möglich. Ich bitte euch, wie von Franz Müntefering vorgeschlagen und wie es Kanzler Schröder an anderer Stelle gesagt hat, als er erklärte, wir bitten um politisches Vertrauen: Habt trotz aller Komplexität politisches Vertrauen in die Bundestagsfraktion in dieser Frage, und zwar mit großer Mehrheit.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Das Wort hat jetzt Matthias Kempf aus Bayern. Ihm folgt Wolfgang Eichler vom Landesverband Sachsen-Anhalt.

Matthias Kempf, Bayern: Liebe Genossinnen und Genossen! Mir geht es um den Begriff der Ausbildungsfähigkeit, der hier immer wieder zitiert wird. Ich bitte die Bundesregierung und die Fraktion, den Begriff der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen näher zu definieren und gegebenenfalls zu überdenken.

(Vereinzelt Beifall)

Mir jedenfalls ist dieser Begriff etwas zu schwammig. Ich denke, das geht nicht nur mir so.

Ich bin der Meinung: Jeder Jugendliche, der ausbildungswillig ist, der wirklich willig ist, ist grundsätzlich auch ausbildungsfähig.

(Vereinzelt Beifall)

Gerade uns Sozialdemokraten müssen die so genannten schwer zu vermittelnden Jugendlichen am Herzen liegen. Ich denke hierbei insbesondere an behinderte Jugendliche und an Jugendliche aus sozialen Randgruppen. Gerade hier ist meiner Meinung nach eine starke Förderung erforderlich. Eine Verlagerung dieses Problems in Behindertenwerkstätten oder in irgendwelche kurzfristigen Arbeit-mal-Maßnahmen wird dem ganzen Problem wirklich nicht gerecht. Ausbildungsplätze für diese Bevöl-

kerungsschichten müssen von staatlicher Seite mehr gefördert werden und die Wirtschaft muss hierfür mehr gefordert werden.

Ich hoffe, der Begriff der Ausbildungsfähigkeit wird noch einmal überdacht. Ich hoffe ebenso, dass das, was ich hier angeführt habe, zu Konsequenzen führt.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Matthias. – Es spricht jetzt Wolfgang Eichler, Sachsen-Anhalt. Ihm folgt Mark Rosendahl aus Nordrhein-Westfalen.

Wolfgang Eichler, Sachsen-Anhalt: Als Erstes möchte ich Edelgard Bulmahn für ihre in den letzten Jahren geleistete Arbeit herzlich danken. Zugleich danke ich ihr für ihren engagierten Bericht, den sie zu Beginn dieses Debattenteils gegeben hat.

(Beifall)

Ich komme mit einem möglicherweise von euch als etwas abseitig angesehenen Thema. Wir haben heute dem vom Parteivorstand eingebrachten Antrag „Bundesstaatliche Ordnung erneuern“ einstimmig zugestimmt. Dabei geht es um mehr Klarheit und Wahrheit bei der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern. Es geht um die Entflechtung von Kompetenzen, es geht um die klare Abgrenzung von Zuständigkeiten. Dort, wo es erforderlich ist, müssen Gesetzgebungskompetenzen und Finanzverantwortlichkeiten aufgespalten werden.

Was hat das nun mit Wissenschaftspolitik zu tun? Ich erinnere an die Art. 91 a und 91 b des Grundgesetzes, in denen es um die Gemeinschaftsaufgaben und die Gemeinschaftsinitiativen geht. Man muss dieses Gebiet sehr sensibel betrachten. Ich erinnere an den Hochschulbau, der derzeit von den Ländern und vom Bund etwa hälftig finanziert wird. Ich erinnere an die großen Wissenschaftsorganisationen wie Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Leibniz-Gesellschaft und Humboldt-Stiftung.

Wir müssen, wenn es darum geht, die bundesstaatliche Ordnung neu zu justieren, dieses Gebiet fest im Auge haben, denn es gilt aufgrund der Kulturhoheit der Länder, sowohl legitime Interessen der Länder als auch ein gesamtstaatliches Interesse für dieses Politikfeld entsprechend zu entwickeln.

Nun gibt es die Föderalismuskommission, in der allerdings kein Vertreter aus der Wissenschaft sitzt. Insofern ist es bedenklich, wenn der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Einhäupl, kürzlich in einem Interview gesagt hat, dass er befürchtet, dass die Aspekte der Wissenschaft in dieser Föderalismuskommission nicht hinreichend berücksichtigt werden.

Insoweit würde ich darum bitten, dass diejenigen Gremien in der Partei, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, diese Angelegenheit ernst nehmen und dass insbesondere der Parteirat, der unserem Beschluss entsprechend fortlaufend über den Fort-

gang der Beratungen der Föderalismuskommission informiert werden soll, diesen Aspekt im Auge behält.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Wolfgang. – Es spricht jetzt Mark Rosendahl aus Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Nicolette Kressl aus Baden-Württemberg.

Mark Rosendahl, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich glaube, dass der Vergleich der Ausbildungsplatzumlage mit der Schwerbehindertenabgabe kein guter Vergleich ist, denn bei der Ausbildungsplatzumlage hat das Unternehmen, das Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen muss, daran ein eigenes ökonomisches Interesse, weil die bei ihm Ausgebildeten eine Beziehung zum Unternehmen haben.

In Nordrhein-Westfalen gibt es einen Ausbildungskonsens. Das ist wirklich eine Errungenschaft. Das bedeutet aber nicht, dass es in Nordrhein-Westfalen eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen gibt. Im Kreis Wesel und in Duisburg gibt es beispielsweise nicht genügend Ausbildungsplätze. Ich habe mit vielen Jugendlichen zu tun, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.

Es ist also nicht so, dass in Nordrhein-Westfalen eitel Sonnenschein herrscht.

Im Übrigen werden die Unternehmen von der Ausbildungsplatzumlage belastet, die bisher nicht ausbilden und die fertig Ausgebildeten, die Facharbeiter, von den Unternehmen abschöpfen, die ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung nachkommen. Ich finde, genau die werden zu Recht belastet. Die Unternehmen, die bisher schon ausbilden, werden gefördert. Das ist auch ganz gerecht, meine ich.

Wolfgang Clement sagt, das habe mit der Konjunktur zu tun. Das mag ja richtig sein. Aber dann müssen wir erst recht eine Sicherung einbauen. Es mag sein, dass die Gefahr besteht, dass das scheitern wird, wie Wolfgang Clement sagt. Aber die Gefahr ist viel größer, dass die Zukunft der Jugendlichen scheitert. Das wollen wir verhindern. Hier wollen wir eine Sicherung einbauen.

Deshalb ist der Antrag genau richtig. Wir brauchen die Ausbildungsplatzumlage.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Mark. Es spricht jetzt Nicolette Kressl, Baden-Württemberg. Ihr folgt zum Abschluss Jutta Blankau aus Hamburg.

Nicolette Kressl, Baden-Württemberg (vereinzelt mit Beifall begrüßt): Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wenn wir schon seit gestern über die Frage von sozialer Gerechtigkeit diskutieren und soziale Gerechtigkeit für uns immer bedeutet, Startchancen für junge Leute zu haben,

(Vereinzelt Beifall)

dann sind wir uns sicher auch in dem Ziel einig, alles zu tun, um genau diese Startchancen für junge Leute zu schaffen. Ich bin mir sicher, Wolfgang: Wir sind in der Zielbeschreibung einig. Ich habe jedoch ein Problem mit einem Teil deiner Analyse von vorhin. Du sagst, dass ein Großteil derer, die noch keinen Arbeitsplatz haben, 21 Jahre oder älter ist. Was bedeutet das? Das bedeutet nicht unbedingt, dass diese jungen Leute aus schwierigen familiären Verhältnissen kommen. Es kann auch bedeuten, dass wir eine Warteschleifensituation haben. Vielleicht sind sie nach zwei oder drei Jahren immer noch auf der Suche nach einem betrieblichen Ausbildungsplatz.

(Vereinzelt Beifall)

Insofern müssen wir uns nochmals über Analyse unterhalten.

Ich bin keineswegs eine von denen – das gilt für alle in der Fraktion –, die leugnet, dass wir junge Leute haben, die noch nicht ausbildungsfähig sind. Aber die Struktur derer, die suchen, sieht so aus, dass wir einen relativ hohen Anteil von Realschülerinnen und Realschülern haben. Das sind alles junge Leute, die die Chance auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz brauchen. Ich selber habe zwölf Jahre lang im Bereich der beruflichen Ausbildung gearbeitet. Ich weiß, dass junge Leute, die formal schlechte Noten hatten und die üble Schulkarrieren hinter sich hatten, wenn sie die Chance haben, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu bekommen, sich innerhalb eines halben oder dreiviertel Jahres zu jungen Leuten mit Selbstwertgefühl, Engagement und Ausbildungsreife entwickeln.

(Vereinzelt Beifall)

Hier dürfen wir nicht einfach zugucken.

Wenn wir uns über die Ziele einig sind, bin ich jederzeit bereit, mit allen, die andere Vorstellungen haben, einen Streit über die Instrumente zu führen. Wir haben bei allen Agenda-Vorhaben gesagt: Die Ziele sind definiert; lasst uns über die Instrumente streiten. Aber wenn ich streiten möchte und über Instrumente streiten können soll, dann brauche ich ein anderes Instrument, über das ich mit diskutieren kann. Ich kann nur darum bitten: Legt es uns vor!

(Vereinzelt Beifall)

Es gibt keinen von uns, auch nicht in der Bundestagsfraktion, der gesetzesverliebt oder fondsverliebt oder zwangsverliebt ist, sondern wir suchen gemeinsam ein Instrument. Genau deshalb haben wir in die Eckpunkte zwei Freiwilligkeitselemente eingefügt. Die sind ganz wichtig und die bitte ich mit zu erwähnen.

Erstens haben wir gesagt: Alles, was freiwillig verbindlich und tariflich vereinbart ist, hat Vorrang. Das ist ein deutlicher Unterschied zu allen anderen Gesetzesvorlagen, die in diesem Bereich bisher auf dem Tisch lagen.

Wenn wir sagen, für uns muss das an ein Auslösekriterium gebunden sein, dann ist das kein technisches Detail. Der Hintergrund ist, dass wir sagen: Bis zu diesem Da-

tum – wir können auch noch über das Datum reden – sind alle Möglichkeiten der Wirtschaft gegeben, freiwilligen Lösungen Vorrang zu geben. Nur dann, wenn die Ausbildungsplatzsituation zu diesem Zeitpunkt nicht zufriedenstellend ist, wird die gesetzliche Umlage greifen.

Das sind zwei Freiwilligkeitsaspekte, die ich für ganz wichtig halte. Ich bitte, dies in den Argumenten nicht einfach vom Tisch zu wischen. Denn es reicht nicht, die Probleme zu beschreiben, wenn man hinterher lediglich deutlich macht, warum es nicht gehen kann.

Ich kann an euch nur den Appell richten. Auch in der Bundestagsfraktion wissen wir, dass wir noch Diskussionen um Details brauchen. Macht es mit uns gemeinsam! Lasst uns den besten Weg gehen! Ich will eines nicht. Wir wissen es und Jörg Tauss hat es vorhin gesagt: Es wird kein einfaches Gesetzgebungsverfahren. Aber die Alternative lautet: Ich mache ein schwieriges Gesetzgebungsvorhaben oder ich muss im zehnten, elften oder zwölften Jahr zu jungen Leuten sagen: Tut uns Leid, wir haben nur zwei Varianten – irgendeine Versorgung oder ihr guckt, was ihr sonst machen könnt. Das kann für mich nicht die Alternative sein.

Deshalb bitte ich euch: Unterstützt diese Eckpunkte und lasst uns gemeinsam ein vernünftiges Gesetzgebungsverfahren auf den Weg bringen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Martin Schulz: Zum Abschluss spricht jetzt Jutta Blankau, Landesverband Hamburg.

Jutta Blankau, Landesverband Hamburg: Liebe Genossen und Genossinnen! Ich finde es richtig zynisch, wenn von Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, gesagt wird, dass sie „ausbildungsunfähig“ sind. Sie sind in den Augen der Unternehmer nicht marktfähig genug. Sie stellen bevorzugt Abiturienten ein und nicht Real- schüler oder Hauptschüler, wie sie das vorher gemacht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Da fängt die soziale Verantwortung der Unternehmen an. Sie müssen bereit sein, den Markt nicht nur nach dem abzugrasen, was für sie kostengünstig ist, nämlich die hoch qualifizierten Schulabgänger einzustellen.

Ich will nicht bestreiten, dass es lernschwächere Jugendliche gibt, die Schwierigkeiten haben. Aber die Unternehmen haben beispielsweise in den 70er-Jahren, als sie nämlich Auszubildende gesucht haben, auch diese Jugendlichen eingestellt. Für diese haben sie Programme aufgelegt, die sie heute nicht mehr willens sind aufzulegen. Hier müssen wir Politiker und Politikerinnen ansetzen – auch die Bundesregierung – und die Verantwortung stärker einfordern.

Damit bin ich bei einem anderen Punkt. Die Umlagefinanzierung und alles das, was im Eckpunktepapier steht, weicht völlig von dem ab, was wir einmal gefordert haben. Aber es ist der richtige Weg. Es ist deswegen der richtige Weg, weil man den

Unternehmen aufzeigen kann, dass es nicht angeht, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern auf Werften die Ausbildung zurückzufahren und gleichzeitig Auszubildende einzustellen, wenn das vom Staat finanziert wird. Das kann nicht das sein, was wir wollen. Die Umlagefinanzierung muss dazu einen Beitrag leisten, dass die Unternehmen selber wieder die Bereitswilligkeit zeigen, dass sie ausbilden, und sich das nicht von anderen bezahlen zu lassen, nämlich vom Staat und damit von den Steuerzahlern, überwiegend von den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.

Ich glaube allerdings, dass wir tatsächlich etwas verändern müssen – darüber ist in dem Leitantrag etwas geschrieben –, was mit unserem Bildungssystem zu tun hat. Wir müssen die Kinder, die heute, weil sie von zu Hause nicht die notwendige Förderung erfahren, stärker auf das Berufsleben vorbereiten. Hier muss es auch in der Partei eine Debatte geben, wie man beispielsweise junge Menschen in der Schule schon viel früher auf das Berufsleben vorbereitet, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie man da, wo es Unternehmen gibt, die tatsächlich Schwächen haben, auszubilden, weil sie nicht alles machen und anbieten können, Verbünde schafft, damit sie in die Lage versetzt werden, Ausbildung machen zu können. Denn nicht alle Unternehmer sind schlecht. Aber es gibt sehr viele, die heute die Situation nutzen, und das zulasten derjenigen, die uns zukünftig wählen sollen. – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Jutta. – Zum Abschluss gebe ich nochmals Edelgard das Wort für die Antragskommission.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Die Antragskommission schlägt vor, den Leitantrag A 1, Bereich Bildungspolitik und Forschungspolitik, Seite 14 bis 18, in Verbindung mit den Anträgen A 41 – der steht auf der Seite 143 –, A 59 bis A 69 – das sind die Seiten 152 bis 160 – sowie mit den Initiativanträgen 4, 7, 10 und 18 gemeinsam zu behandeln.

Wir schlagen vor, diese Anträge in der Fassung der Antragskommission anzunehmen.

Bei Annahme von A 1 in der Fassung der Antragskommission sind dann die Anträge 59 und 61, der Initiativantrag 4 und der Initiativantrag 18 erledigt.

Vorsitzender Martin Schulz: Genossinnen und Genossen, dann kommen wir zur Abstimmung, zunächst über den von Edelgard gerade beschriebenen Teil.

Euch liegen ergänzende Empfehlungen der Antragskommission aus ihrer Sitzung am 15. November vor.

Nach diesen ergänzenden Empfehlungen ist in Abweichung von den bisherigen Vorlagen auf Seite 15, Zeile 31 folgender Satz einzufügen:

„Deshalb bleibt ein gebührenfreies Erststudium für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unverzichtbar.“

Darüber hinaus ist auf Seite 16, Zeilen 5 und 6 der zweite Spiegelstrich durch folgenden Text zu ersetzen:

„wir ein möglichst wohnortnahes, zukunftsorientiertes und auswahlfähiges Ausbildungsangebot sicherstellen, das unabhängig von der demographischen Entwicklung und von kurzfristigen betrieblichen Ausbildungsentscheidungen und der Finanzierungsbereitschaft der Betriebe funktioniert, sodass jeder/jede ausbildungswillige Jugendliche bis 2007 Zugang zu einer qualifizierten Berufsausbildung haben muss und dass“

Auf Seite 16, Zeile 19 soll der Initiativantrag 4 als Ganzes eingefügt werden.

Das wäre die ergänzte Form des Antrags 1 auf den Seiten 14 bis 18.

Edelgard hat nunmehr vorgeschlagen, diesen A 1 auf den Seiten 14 bis 18 in Verbindung mit den Anträgen 41, 59 bis 69 auf den Seiten 143, 152 bis 160 sowie in Verbindung mit IA 1 – der ist integriert –, Initiativantrag 7, Initiativantrag 10 und Initiativantrag 18 zu verabschieden.

Wer diesem Vorschlag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenstimmen. – Wer enthält sich? – Dann ist dieses Antragspaket bei einigen Gegenstimmen und, soweit ich sehen konnte, keiner Enthaltung so angenommen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, dann kommen wir zu weiteren Abstimmungen. Ich rufe jetzt den Antrag 60 auf. Alle anderen Änderungsanträge – Edelgard hat schon darauf hingewiesen – sind durch die vorausgegangene Abstimmung erledigt. Zu Antrag 60 hat Edelgard noch einmal das Wort.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer diesem Vorschlag folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 61 A.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Die Absätze 1 und 2 wären durch Übernahme in den Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission erledigt. Das haben wir damit erledigt. Zu Absatz 3 empfiehlt die Antragskommission Überweisung wie zuvor.

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Edelgard.

Wer diesem Vorschlag folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Genossinnen und Genossen, der Initiativantrag 7 ist durch die vorausgegangene Abstimmung erledigt. – Ja bitte, Edelgard.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Wir haben vorgeschlagen, darüber gesondert abzustimmen.

Vorsitzender Martin Schulz: Na gut.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Das sollten wir auch tun.

Vorsitzender Martin Schulz: Ja, weil es so schön ist.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Der Initiativantrag 7 „Eine gute Zukunft durch Ausbildung für alle!“ betrifft berufliche Ausbildung. Das haben wir eben ausführlich diskutiert. Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme.

Vorsitzender Martin Schulz: Bei Annahme sind die Anträge 62 bis 69 erledigt.

Wer dem Initiativantrag 7 folgen will, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist mit breiter Mehrheit so beschlossen.

(Beifall)

Dann kommen wir zum Initiativantrag 10.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme in folgender Fassung:

Auf der Seite 2 wird in Nr. 3 zweiter Absatz der letzte Satz gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

„Dem müsste auch die mittelfristige Finanzplanung folgen.“

Die Antragskommission schlägt noch eine weitere Änderung vor. Auf der Seite 3 zweiter Absatz soll der letzte Satz wie folgt lauten:

„Das Projekt einer möglichen Stiftung Forschung sollte hierzu von Bund und Ländern auf einer breiten Ebene von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gemeinsam vorbereitet werden.“

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank.

Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um sein Kartenzeichen. Stimmt jemand dagegen? – Möchte sich jemand enthalten? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 71. Das ist die Seite 160 im Antragsbuch.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Hier empfiehlt die Antragskommission Annahme. Wenn wir diesen Antrag annehmen, sind die Anträge 41 und 70 erledigt.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Dann kommen wir zum Antrag 289. Das ist die Seite 389.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Dieser Antrag ist bereits durch Beschluss des Parteitags vom Juni 2003 und Beschluss des Deutschen Bundestages vom 17. Oktober 2003 erledigt.

Vorsitzender Martin Schulz: Dann brauchen wir darüber auch nicht mehr abzustimmen.

Initiativantrag 14. Den hatten wir eben noch zu ergänzen. Es geht um das Thema: Beschäftigte fit machen für die neuen Technologien. – Bitte, Edelgard.

Edelgard Bulmahn, Antragskommission: Hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an den Parteivorstand.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Ich darf mich herzlich für die Beratung dieser Anträge und Initiativanträge bedanken. Dank auch an Edelgard für die Antragskommission!

(Beifall)

Ulla Burchardt müsste sich jetzt auf den Weg zum Redepult machen. Wir kommen bei der Beratung des Leitantrags „Unser Weg in die Zukunft“ jetzt zu dem Thema: Innovationen für nachhaltige Entwicklung fördern. Ulla, ich frage gleich: Beraten wir die energiepolitische Agenda und die Verbraucherpolitik gemeinsam in einem Komplex? – Ja.

Dann sage ich kurz, um welche Anträge es geht, bevor du beginnst, Ulla.

Genossinnen und Genossen, das sind die Anträge 72, 74 und 75 auf den Seiten 161 und 163, darüber hinaus der Initiativantrag 1, die Anträge 73 und 346 bis 348 – zu finden auf den Seiten 162 sowie 410 bis 411 – und schließlich die Anträge 298 bis 304, welche auf den Seiten 393 bis 398 zu finden sind.

Zur Einführung hat für die Antragskommission Ulla Burchardt das Wort.

Leitantrag: Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung fördern

Ulla Burchardt, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Eine Anmerkung vorab, weil wir gerade bei dem Teil Innovationen sind. Ich schlage für den nächsten Parteitag ein innovatives Verfahren der Antragsberatung vor.

(Beifall)

Man könnte dabei sogar auf verfügbare Technologie zurückgreifen. Ich schlage vor, dass wir mithilfe eines Beamer an die Wand werfen, zu welchem Themenkomplex wir welche Anträge beraten. Das würde für mehr Transparenz sorgen und Papier sparen und das wäre damit nachhaltig.

(Beifall)

Ich möchte jetzt zu dem eigentlichen Thema sprechen. Ihr werdet euch daran erinnern, dass der Sonderparteitag im Juni beschlossen hat, eine langfristig orientierte Politik zu machen und dass eine nachhaltige Entwicklung Leitbild und strategisches Ziel unseres Weges in die Zukunft sein muss. Der Parteitag hat auch den Auftrag gegeben, ganz konkret zu sagen, welche Weichenstellungen, welche Maßnahmen und welche Schritte in dieser Richtung nötig sind. Dazu dient der Initiativantrag 1.

Nachhaltige Entwicklung – Genossinnen und Genossen, erlaubt mir dies zu sagen – ist ein ursozialdemokratisches Projekt. Viele und auch ich haben den Eindruck, dass wir viel zu selten darüber sprechen, dass es unser Zukunftsprojekt ist. Es ist nicht nur deswegen unser Zukunftsprojekt, weil bedeutende Sozialdemokraten dieses Leitbild auf der UN-Ebene als einzig mögliche Perspektive für eine menschengerechte Entwicklung formuliert haben, sondern auch, weil es dabei um Verteilungsgerechtigkeit und um gleiche Lebenschancen in Bezug auf Einkommen, Bildung, Arbeit und Teilhabe geht, und zwar nicht nur in unserem Teil der Welt, sondern in allen Teilen der Welt. Das macht sozialdemokratische Politik als Friedenspolitik aus. Dazu haben gestern António Guterres und heute Heidi etwas gesagt. Das findet sich auch in unserem Leitantrag zur internationalen Politik.

Vor allen Dingen eröffnet das Leitbild von der nachhaltigen Entwicklung eine Perspektive, die auf kommende Generationen gerichtet ist. Das heißt, es geht um Generationengerechtigkeit. Damit ist die Verpflichtung verbunden, dass wir, die wir jetzt leben, mit den Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, so umgehen, dass auch unsere Kinder, Enkel und Urenkel mindestens die gleichen Lebenschancen haben wie wir.

Dazu gehört unstreitig eine solide Haushalts- und Finanzpolitik, die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und die massive Förderung von Bildung und Forschung. Dieses Ziel ist in anderen Passagen des Antrags enthalten. Aber der Knackpunkt, dass eine Entwicklung nachhaltig ist, entscheidet sich an der Frage, ob es uns gelingt, die Umwelt, also das natürliche Kapital, als Basis für Wirtschaften, Wachstum und Wohlstand kommender Generationen zu erhalten. Das geht nicht mit ein

bisschen mehr Umweltpolitik und das geht auch nicht mit einem grünen Anstrich traditioneller Wirtschaftspolitik. Wir sagen in diesem Antrag ganz klar: Der Schlüssel für Zukunftsfähigkeit sind Innovationen. Die ökologische Modernisierung ist die zentrale Basisinnovation.

Die Erfolgsformel ist eigentlich ganz einfach. Sie lautet: weniger ist mehr. Wir müssen mit weniger Rohstoffen und Energieverbrauch mehr Beschäftigung und Lebensqualität schaffen. Das gibt Impulse für die Entwicklung neuer Technologien, sowie neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen, für die weltweit ein wachsender Bedarf und eine wachsende Nachfrage prognostiziert wird. So machen wir Ökologie zum Motor für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstumsfähigkeit und für die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Die ökologische Modernisierung ist eine moderne Wirtschaftspolitik. Dabei geht es nicht um die Förderung von Nischen in der unternehmerischen Landschaft. Vielmehr stehen der Mittelstand, das Handwerk und junge technologieorientierte Unternehmen im Mittelpunkt. Mit diesem Antrag und insbesondere mit diesem Abschnitt setzen wir ein ganz klares Signal, dass Arbeit, Umwelt und Innovationen zusammengehören. Es ist gut, dass wir dieses Signal mitten aus dem Ruhrgebiet geben. Denn ohne die Tatsache, dass die Umwelt zu einem ganz zentralen Bestandteil der Strukturpolitik geworden ist, hätten wir nicht solche Erfolge bei dem Strukturwandel.

(Beifall)

Wenn man durch die Lande fährt und mit den Unternehmen redet, dann kann man sagen: Die wirklich innovativen Köpfe in den Unternehmen – und das sind nicht unbedingt die, die beim Wirtschaftsminister auf der Matte stehen und fortwährend klagen und fordern – warten auf dieses Signal. Sie haben schon lange erkannt, dass Ökologie eine Langfristökonomie ist. Ebenso warten ganz viele Menschen, die in Städten und Gemeinden in lokalen Agenda-Initiativen arbeiten, auf dieses Signal.

Weil dem so ist und weil wir dieses klare Signal setzen wollen, empfiehlt euch die Antragskommission, den Initiativantrag 1, insbesondere diese Passage, anzunehmen, und zwar in der Fassung der Antragskommission. Ich denke, es ist eine gute und logische Entscheidung gewesen, die Themenkomplexe Energiepolitik und Verbraucherpolitik im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Entwicklung zu behandeln.

Wir haben 1998 die Energiewende eingeleitet. Sie ist nicht von selbst eingetreten, sondern wir haben lange dafür gekämpft. Das hat viel Kraft gekostet. Gerhard Schröder hat damals die Richtung vorgegeben, indem er gesagt hat: Wer aussteigt, muss auch sagen, wo er einsteigt. Wir haben den Atomausstieg auf den Weg gebracht. Es war für alle sichtbar, dass letzte Woche das Kernkraftwerk Stade abgeschaltet wurde. Völlig zu Recht hat Gerhard Schröder gestern in seiner Rede noch einmal ganz deutlich gemacht, dass es ein riesengroßer Erfolg ist, auf den wir stolz sein können und über den wir – das war sein Appell an uns – noch viel mehr reden müssen, als wir es bisher getan haben.

Genauso erfolgreich sind wir beim Einstieg gewesen. Was wir im Bereich des Ausbaus erneuerbarer Energien und bei der Förderung von Einspartetechnologien getan haben, ist nicht nur im Hinblick auf den Klimaschutz, sondern auch im Hinblick auf die Beschäftigung erfolgreich gewesen. Wir haben eine sehr stolze Bilanz von über 100 000 zukunftsfähigen Jobs, die durch unsere Energie- und Klimapolitik geschaffen worden sind. Das ist noch ausbaufähig. Da können wir weitermachen.

(Beifall)

Weil noch viel zu tun bleibt, ist es notwendig, dass wir auch eine energiepolitische Agenda 2010 haben. Sie liegt euch mit dem Initiativantrag 1 vor. Diese energiepolitische Agenda ist von der AG Energie der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet worden. Dort hat es schon einen Konsens über alle Facetten in der Energiepolitik gegeben. Die energiepolitische Agenda 2010 benennt die zwölf Elemente unserer Strategie, mit denen wir das magische Viereck von Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Innovationsfähigkeit erreichen wollen und – da bin ich sicher – auch erreichen können.

Eine nachhaltige Entwicklung kann man nicht von oben verordnen. Man kann nicht einfach ein Gesetz beschließen und meinen, dass es von alleine läuft. Es müssen ganz viele mitmachen. Für uns sind die Verbraucher ganz wichtige Akteure, wenn es um eine nachhaltige Entwicklung geht. Sie sind aktive und mündige Partner auf der Nachfrageseite einer innovativen Wirtschaft. Auch das unterscheidet unsere Vorstellung über Markt und Wirtschaft von der, die Neoliberale haben. Wir wollen den Schutz, die Rechte und die Position der Verbraucher stärken. Deshalb muss eine aktive Verbraucherpolitik – mehr als bisher – Bestandteil unserer Reformagenda werden.

(Beifall)

Ihr findet dazu im Antragsbuch zwei umfassende Anträge. Es handelt sich um den Antrag 298 aus Schleswig-Holstein und um den Antrag 299 aus Düsseldorf. Entgegen dem Votum, das in dem Antragsbuch enthalten ist, empfiehlt die Antragskommission – ich denke, das ist gut so –, dass wir uns mit diesen Anträgen befassen. Wir empfehlen, den Antrag 298 aus Schleswig-Holstein anzunehmen und den Antrag aus Düsseldorf, der ebenfalls gut ist, als Material hinzuzufügen.

(Beifall)

Antragsberatung: Innovationen für nachhaltige Entwicklung fördern. Anträge zur energiepolitischen Agenda u. Verbraucherpolitik

Vorsitzender Martin Schulz: Herzlichen Dank, Ulla. – Genossinnen und Genossen, ich weise nochmals darauf hin, dass wir jetzt in eine verbundene Beratung des Kapitels „Innovationen für nachhaltige Entwicklung fördern“, der energiepolitischen Agenda und der Anträge zur Verbraucherpolitik einsteigen. Das Wort hat zunächst Walter Meinhold vom Bezirk Hannover. Ihm folgt Michael Müller vom Landesbezirk Nordrhein-Westfalen. – Bitte, Walter.

Walter Meinhold, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche über einen Antrag, bei dem die Antragskommission Annahme empfohlen hat. Daher müsste ich den Abend eigentlich nicht verlängern.

(Beifall)

Wenn ich das Wort dennoch ergreife, so tue ich dies, weil ich der Meinung bin, dass der Antrag 346 „Atompolitik“ mit der Überschrift „Entlagersuche intensivieren – Moratorium aufrechterhalten!“ ein bisschen mehr ins Bewusstsein gebracht werden muss.

Wir haben gehört, dass das Kernkraftwerk Stade abgeschaltet worden ist. Ein wichtiger Schritt der Politik heißt: Ausstieg aus der Kernenergie. Wir sind schon seit längerer Zeit dabei, den Umstieg auf die erneuerbaren Energien zu organisieren. Auch in diesem Bereich sind wir hochgradig erfolgreich. Ich will in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, dass Niedersachsen das Windkraftland Nummer eins ist.

Es gibt aber einen Punkt, der von großer Bedeutung ist: Wo lassen wir eigentlich den Atommüll? Wir haben ein riesiges Problem: Wir haben bisher noch keinen einzigen Standort gefunden, von dem man sagen könnte, er hätte über Jahrtausende Bestand. Alle Untersuchungen haben ergeben, dass wir den geeigneten Standort noch nicht gefunden haben.

Es ist ein Arbeitskreis eingerichtet worden, der Kriterien für die Endlagerstandortsuche festgelegt hat, der so genannte Arbeitskreis „Endlager“. Wir beziehen uns darauf. Es ist dringend nötig, dass wir die nationale Verantwortung für eine geeignete Standortsuche gemeinsam übernehmen. Die Standortsuche kann sich nicht auf Gorbelen konzentrieren, wie es die andere Seite, nämlich die Konservativen und auch die Energiewirtschaft, machen möchte. Wir wissen, dass es eine Reihe von Problemen gibt. Sie sind wissenschaftlich bekannt. Deshalb ist es richtig, dass das Moratorium aufrecht erhalten wird. Aber das Moratorium aufrecht zu erhalten hilft uns in unserer Lage nicht weiter. Deshalb ist es dringend angesagt, dass die Standortsuche bundesweit richtig aufgenommen und fortgesetzt wird.

Wir wissen, dass das zu Problemen führt. Deshalb hat der Arbeitskreis standortunabhängige Grundanforderungen für ein Endlager festgelegt. Diese sind wichtig. Ich will

sie kurz nennen: die langfristige Sicherheit eines Standortes. Wir reden nicht in Größenordnungen von 100 oder 200 Jahren, sondern von 1 000 Jahren. Ihr wisst, wie die Halbwertszeiten sind. Es geht auch darum, einen Standort zu finden, der eine nachsorgefreie Auslegung bei Ausschluss der Rückholbarkeit ermöglicht. Wenn der Atommüll einmal unter der Erde liegt, kann man ihn nicht mehr zurückholen. Wir haben uns vom Arbeitskreis „Umwelt“ der SPD-Landtagsfraktion in der letzten Zeit zwei Standorte angesehen. Man kann den Atommüll nicht zurückholen. Deshalb muss eine entsprechende nachsorgefreie Auslegung organisiert werden. Dass man die Bevölkerung angemessen einbezieht, ist allemal richtig. Dass Standortfragen unter bestimmten Bedingungen mit der Regionalentwicklung zu tun haben, sollte hinzugefügt werden.

Wir müssen aufgrund der Veränderungen auf Bundesebene wie auch in Niedersachsen endlich mit der Suche nach einem geeigneten Endlager beginnen, weil die Konservativen und die Liberalen diese Frage anders betrachten. Außerdem wissen wir, dass die Energiewirtschaft die Suche nach einem Standort für ein Endlager nicht so intensiv betreibt, wie sie es eigentlich tun müsste, wenn sie ihrer Verantwortung gerecht werden würde.

Genossinnen und Genossen, deshalb ist es nötig, dass der Parteitag bei Annahme des Antrags Nachdruck darauf legt, dass die Bundesregierung die Endlagersuche fortsetzt und sie national ausrichtet. Das wird natürlich nicht leicht sein, aber das ist dringend erforderlich, wenn wir, die wir vor langer Zeit zur Nutzung der Kernenergie unter dem Stichwort „friedliche Nutzung“ Ja gesagt haben, unserer Verantwortung gerecht werden wollen. Wir wissen, dass wir über viele Generationen hinweg Verantwortung dafür tragen, den Atommüll in einer Art und Weise zu verschließen, dass er die Menschheit, aber auch andere Lebewesen zu keiner Zeit negativ belasten kann.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Walter. – Es spricht jetzt Michael Müller, Landesverband Nordrhein-Westfalen. Ihm folgt Wolfgang Clement, Parteivorstand.

Michael Müller, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich halte es aus drei Gründen für wichtig, dass wir über diesen Punkt reden.

Der erste Punkt ist: Wir dürfen Umweltpolitik nicht immer stärker auf das Dosenpfand reduzieren. Umweltpolitik muss eine Antwort auf die Frage geben, wie man die ökologische Modernisierung insgesamt – ein Kernbereich der ökologischen Modernisierung ist die Energiepolitik – nach vorne bringt. Es darf nicht sein, dass wir uns einseitig auf ein Thema, das ein Eckpunkt in der Zusammenarbeit der Bundesregierung ist, nämlich das Dosenpfand, konzentrieren. Es geht um die großen Zukunftsaufgaben. Dazu gehört unzweifelhaft die Energiepolitik.

Der zweite wichtige Punkt ist: Wir haben in den letzten Wochen Auseinandersetzungen gehabt, als ob es auf der einen Seite um Wind und auf der anderen Seite um

Kohle ginge. Diese Auseinandersetzung ist unsinnig. Deshalb ist es gut, dass wir dieses Papier gemeinsam, auch mit dem Wirtschaftsminister, entwickelt haben. Denn wir müssen über Energiepolitik und nicht nur über Energieträger reden.

Ich will ein Beispiel nennen: Es ist keine Energiepolitik, wenn Herr Teufel, der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, darüber faselt, wieder in die Atomenergie einzusteigen und gleichzeitig sagt: Eine Gesellschaft, eine Wirtschaft braucht einen vernünftigen Energiemix. Baden-Württemberg hat bei der Stromgewinnung einen Anteil von 60 Prozent Atomstrom. Das ist absoluter Unsinn. Da holen uns die Sünden der Vergangenheit ein. Das ist keine Energiepolitik, um es klar zu sagen.

Es gibt einen dritten wichtigen Punkt: Die Energiepolitik steht vor zentralen Weichenstellungen. Was wir in diesem Jahrzehnt entscheiden, wird die nächsten 50 Jahren prägen. Ich glaube, dass der zentrale Punkt sozialdemokratischer Energiepolitik auch in der Verantwortung für die Welt liegt, in der die Energieversorgung höchst ungleich verteilt ist, wir aber gleichzeitig ein unglaubliches Wachstum, beispielsweise in den Schwellen- und Entwicklungsländern, haben. Hinzu kommen die Klimaproblematik und die Knappheit der Ressourcen.

Sozialdemokratische Energiepolitik der Zukunft heißt vor allem Vermeiden von Energieverbrauch. Wir müssen die Effizienz steigern, wo immer es geht. Wir dürfen nicht nur an Zuwächse des Energieverbrauchs denken, sondern wir müssen Energiezuwächse vermeiden. Das ist der Schlüssel, über den wir reden müssen und der zukunftsfähig ist.

(Beifall)

Deshalb ist es richtig, wenn wir sagen: Wir bauen auf drei zentralen Säulen: Energie einsparen, Energieeffizienz steigern und Solarenergie fördern. Alle drei Aspekte gehören zusammen. Das ist die richtige Botschaft für die nächsten Jahre, die von diesem Parteitag ausgehen sollte.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Herzlich Dank, Michael. – Das Wort hat jetzt Wolfgang Clement, Parteivorstand. Ihm folgt Thomas Isenberg, Landesverband Berlin.

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Ich stimme dem zu, was Michael Müller gesagt hat: Die Energiepolitik steht im Zentrum der Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Industrialisierung genauso wie denen des Umweltschutzes und des Klimaschutzes. Gleichzeitig kann sich auf diesem Feld die Innovationsfähigkeit unserer Industrie in besonderer Weise auswirken. Ich meine, dass der Antrag zur energiepolitischen Agenda dies richtig ausdrückt. Ich will dazu nur drei Bemerkungen machen.

Erstens. Auch wenn wir hier die angesprochene Entscheidung fällen, sprechen wir über Arbeitsplätze, und zwar über solche, die gesichert und zusätzlich geschaffen werden können. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass wir in den nächsten Jahrzehnten, insbesondere ab 2010, etwa ein Drittel der Kraftwerkskapazität in Deutschland – das ist im Antrag ausgeführt – erneuern müssen. Meine Linie ist – um das klar zu sagen –, dass wir das, wenn irgend möglich, mit der Kompetenz unserer Unternehmen, unserer Ingenieure und Facharbeiter tun sollten. Das gilt auch für den Kraftwerksbau, insbesondere für den Bau von Kohlekraftwerken. Jeder Bau eines Kohlekraftwerkes, ob eines Braun- oder eines Steinkohlekraftwerkes, beinhaltet eine gewaltige Zahl von Arbeitsplätzen. Ich werbe dafür, das in den politischen Entscheidungen, mit denen wir zu tun haben, zu beachten. Deshalb hebe ich das hier besonders hervor.

Zweitens. Wir stehen in der Tat vor Weichenstellungen, wie Michael Müller richtig gesagt hat. Ich sehe auch die Schwerpunkte. Ich sage nur: Auf dem Weg zu den erneuerbaren Energieträgern sind wir weiter als alle anderen europäischen und außer-europäischen Staaten. Dieser Weg darf die Stromkunden in den finanziellen Auswirkungen allerdings nicht überfordern. Wir sind bereits heute über dem Liberalisierungsgewinn. Der Liberalisierungsgewinn im Strombereich ist bereits aufgezehrt. Die Stromkunden zahlen heute mehr als vor der Liberalisierung. Außerdem darf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen nicht gefährdet werden.

Deshalb war es aus meiner Sicht außerordentlich wichtig, die Diskussion um die erneuerbaren Energien und die Novellierung des Gesetzes dazu zu führen. Es geht nicht gegen die Windenergie, auch nicht von mir. Es geht nicht gegen die erneuerbaren Energien. Es geht vielmehr um ökonomische Vernunft, die bei dem Ganzen gewahrt werden muss. Was die Windenergie angeht, waren wir auf einem Weg, der zu einer Ausweitung führte, die für die Kunden und für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ökonomisch nicht zu halten war. Deshalb bin ich sehr zufrieden – wir haben innerhalb der Bundesregierung eine Verständigung gefunden –, dass wir uns insbesondere auf eine Härtefallregelung geeinigt haben, die bedeutet, dass energieintensive Unternehmen nicht zusätzlich belastet werden dürfen, und zwar auch die kleinen und mittleren nicht, die bisher in einer insoweit unzureichenden Härtefallregelung nicht enthalten waren.

Noch eine dritte Bemerkung. Das betrifft etwas, auf das wir achten müssen; jedenfalls will ich es nicht unerwähnt lassen. Es ist in dem Initiativantrag, in der Agenda von der Unternehmenskonzentration im Energiebereich in Deutschland die Rede. Das ist völlig richtig geschildert. Über 80 Prozent der deutschen Stromerzeugung liegen inzwischen bei nur noch vier Konzernen.

Ich will nur auf eines hinweisen – das macht nämlich die Spannung zwischen nationalen, europäischen und weltweiten Bedingungen deutlich –: Selbst EON, bekanntlich der kapitalstärkste Energiekonzern in Deutschland, erreicht mit seiner Marktkapitalisierung nur ungefähr ein Achtel der finanziellen Kraft von Shell. Das zeigt, dass wir darauf achten müssen, dass es beispielsweise in dem wichtigen Feld der Energie-

wirtschaft auch deutsche Unternehmen gibt, die im weltweiten Wettbewerb wenigstens annähernd mithalten können. Deshalb müssen wir es hinbekommen, das kartellrechtliche, wettbewerbliche Problem im nationalen Rahmen, das hier angedeutet worden ist, und die internationalen Wettbewerbsbedingungen sowie die internationale Konkurrenz einigermaßen im Lot zu halten.

Um das sehr deutlich zu sagen, Genossinnen und Genossen: Wir sind gut beraten, wenn wir, bei aller Bedeutung der kleinen und mittleren Unternehmen – für die wir, zu Recht, eine Menge tun – dafür sorgen, dass es Unternehmen gibt, die im weltweiten Wettbewerb mithalten können. Wie gesagt: Die größten deutschen Unternehmen sind im Verhältnis zu anderen im weltweiten Maßstab eher klein. Mir liegt daran, dass keine falschen Vorstellungen bezüglich der energiewirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland im Verhältnis zu anderen entstehen. Ich bin froh, wenn wir ein paar Unternehmen haben, die im weltweiten Wettbewerb eine Rolle spielen können.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Wolfgang. – Es spricht nun Thomas Isenberg. Danach hat Hermann Scheer das Wort.

Thomas Isenberg, Berlin: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin froh, dass die beiden Anträge von Düsseldorf und Schleswig-Holstein zur Verbraucherpolitik eingereicht worden sind. Es geht im Kern darum, dass wir als SPD wieder Flagge zeigen. Wir müssen an das anknüpfen, was Anke Martiny und Helmut Lenders in den 70er-Jahren erfolgreich gemacht haben, und deutlich machen, dass Verbraucherpolitik Teil einer modernen Volkswirtschaft ist. Es geht nicht um ein Entweder-oder. Es geht darum, den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig zu machen, und zwar nicht nur, indem wir die Beiträge zur Sozialversicherung senken und auf diese Weise die Angebotsbedingungen verbessern. Es geht insbesondere darum, die Wertschöpfung durch den regionalen Konsum den Verbrauchern zugänglich zu machen. Es geht darum, dass wir unser Konsumverhalten ethisch verantwortlich kommunizieren und ethisch verantwortlichen Konsum tätigen; denn der Staat kann in einer globalisierten Welt nicht alles ausschließlich über gesetzliche Normen regeln. Wir als Verbraucher müssen hier Vorreiter sein. Deutschland kann das. Insbesondere die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann hier wieder die Meinungsführerschaft übernehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich möchte das kurz an zwei Beispielen aufzeigen. Im Zusammenhang mit der Riester-Rente haben wir als Partei lange darüber diskutiert, ob wir die dritte Säule der Altersversorgung überhaupt wollen. Zum Glück haben wir sie eingeführt. Fakt ist aber: Nur 5 Millionen von den 30 Millionen Förderberechtigten haben bisher einen Riester-Vertrag abgeschlossen. Das liegt nicht daran, dass die Riester-Rente als Zukunftssicherungsinstrument nicht geeignet wäre, sondern es liegt daran, dass die Verbraucher sie nicht kennen. Die Hälfte der förderungsberechtigten Menschen

weiß nur, dass sie förderungsberechtigt ist; bei den Beamten sind es nur 25 Prozent. Dieses Informationsdefizit müssen wir gemeinsam durch eine aktive Verbraucherpolitik beseitigen, damit die Menschen überzeugt werden und mehr als bisher Eigenverantwortung übernehmen.

Natürlich brauchen wir dabei auch eine weitere Optimierung der Rahmenbedingungen für einen sozial verantwortlichen Konsum oder eine eigenverantwortliche Vorsorge bei Finanzdienstleistungen. Dazu gehört nicht, wie es einige möchten, dass man die Informationspflichten der Anbieter der Riester-Rente beseitigt. Dazu gehört, dass die Provisionen über zehn Jahre gestreckt werden, sodass nicht Versicherungsvertreter den Verbrauchern irgendetwas aufschwätzen, wovon diese nicht überzeugt sind. Die Verbraucher müssen Vertrauen finden. Das können sie durch eine aktive Verbraucherpolitik. Das ist eine sozialdemokratische Herausforderung, die Hand in Hand geht mit anderen Maßnahmen, die wir zur sozialen Sicherung durchführen, liebe Genossinnen und Genossen.

Zweitens. Wir alle wollen nicht, dass die unsäglichen Agrarsubventionen weiterhin nach Brüssel gekarrt werden und keiner weiß, was mit dem Geld passiert. Es ist wichtig, dass diese Subventionen noch mehr als bisher an Umweltkriterien, Tierschutzkriterien etc. gekoppelt werden. Dazu gehört, dass wir nicht weiter in dieser Höhe subventionieren können. Qualitätsprodukte aus deutschem Lande haben nur eine Chance, wenn die Verbraucher an einer klaren Kennzeichnung besondere inhaltliche Kriterien erkennen können, –

Vorsitzender Martin Schulz: Thomas!

Thomas Isenburg, Berlin: – wenn sie erkennen können, dass wir gentechnikfrei und sicher produzieren. Die Verbraucher müssen das im Laden sehen können und dadurch die Möglichkeit haben, unter Umständen das etwas teurere Ei zu kaufen statt die billige Importware.

Vorsitzender Martin Schulz: Thomas!

Thomas Isenburg, Berlin: Verbraucherpolitik – ich komme zum Schluss – hat natürlich auch etwas mit Partizipation zu tun. Da haben wir die Chance, die Arbeiten der Parteikommission „Verbraucherschutz“ in die Kreisverbände und Ortsverbände hineinzutragen, runde Tische einzuführen und an allen gesetzgeberischen Verfahren – ich bin froh, dass Ulla Schmidt im Gesundheitswesen damit anfängt – auch die Zivilgesellschaft zu beteiligen, sie durch erweiterte Anhörungsrechte einzubeziehen etc. Das ist aktive Verbraucherpolitik, liebe Genossinnen und Genossen, die mehr ist als nur Ernährungs-, Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik. Wir als sozialdemokratische Partei Deutschlands könnten dieses Querschnittsfeld besetzen. Dazu leisten diese Anträge die richtige Vorarbeit.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Das war der Hauptstadtzuschlag, den du bekommen hast. – Genossinnen und Genossen, es liegen jetzt noch vier Wortmeldungen vor. Nach diesen vier Wortmeldungen schließen wir die Aussprache zu den drei Kapiteln ab. Danach wollen wir den Parteitag unterbrechen und die Debatte morgen früh fortsetzen.

(Beifall)

– Ich sehe, dass das auf einhellige Zustimmung stößt. – Dann spricht nun Hermann Scheer aus Baden-Württemberg, danach Marco Bülow vom Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Hermann Scheer, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Euch ist in den letzten Wochen sicher nicht verborgen geblieben, dass es Auseinandersetzungen über die Energiepolitik gegeben hat. Ich denke, dass diese Auseinandersetzungen einen Schnittpunkt zwischen energieperspektivischer Orientierung, bezogen auf erneuerbare Energien, das heißt auf einen Ressourcenwechsel elementarer Art in der Energieversorgung, und dem strukturkonservativen Festhalten an überkommenen Strukturen berührt hat.

Die Sozialdemokratie ist ein Kind des Industriezeitalters. Dieses Industriezeitalter war ein fossiles Zeitalter. Dieses fossile Zeitalter geht früher oder später unweigerlich zu Ende. Wir wissen auch längst, dass, selbst wenn die Quellen noch sehr lange halten würden, wir es uns nicht mehr leisten könnten, diese alle noch zu verbrennen, weil das die Ökosphäre nicht mehr aushielte. Die Weltgesundheitsorganisation wird in den nächsten Monaten einen Bericht veröffentlichen, in dem, bezogen auf Erhebungen in Europa, die jährlichen Gesundheitsschäden pro Kopf der Bevölkerung durch Energieemissionen auf 500 Euro beziffert werden. Demgegenüber haben wir etwa bei der Mobilisierung erneuerbarer Energien jährliche Kosten pro Stromhaushalt von 12 Euro. Das heißt, die Mobilisierung der Energieressourcen ist nicht ein unerträglicher Kostenfaktor; sie ist ein Kosten- und Schadenvermeidungsfaktor allerersten Ranges. Wir sollten das viel offensiver sehen, als das gelegentlich geschieht.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben für die Zeit des Übergangs eine Transformationsstrategie zu entwickeln. Dafür brauchen wir drei Kriterien. Ich habe mich bemüht, diese in den Antrag einzubringen, und werde sie jetzt kurz über das hinaus, was in dem Antrag steht, erläutern.

Das erste Kriterium ist das Verfügbarkeitskriterium bezogen auf Energiequellen, weil es kein Perpetuum mobile gibt und weil ohne Energie nichts geht. Nach dem Verfügbarkeitskriterium ist es logisch, dass man neben der Atomenergie zuerst die Energiequellen ablöst, die zuerst versiegen. Daraus ergibt sich die Reihenfolge Öl, Gas, Kohle. Das ist die Reihenfolge der Verfügbarkeit der Reserven.

Nach dem Umweltkriterium – das ist das zweite Kriterium – müsste es danach gehen, dass die Energiequellen, die am meisten Schäden verursachen, als erste abgelöst werden.

Das ist auf den ersten Blick Kohle, auf den zweiten Blick Erdöl und dann Erdgas – das aber nur bei einer oberflächlichen Betrachtung, die wir noch längst nicht ausgetragen haben und die uns noch nicht bewusst ist, etwa im Zusammenhang mit den Emissionshandelskonzepten. Denn darin wird nur ein Element bedacht: die Verluste oder die Emissionsminderungen, die im Kraftwerk passieren.

Wenn man das Umweltkriterium also wirklich ernst nimmt, dann muss man in der gesamten Energiekette, von der Förderung bis zum Endverbrauch, alle Energieverluste und Emissionen heranziehen. Das heißt, dass logischerweise zunächst einmal diejenigen fossilen Energien abgelöst werden müssten, die Importquellen sind, und erst am Schluss die heimischen; denn je kürzer die Energiekette, desto weniger Gesamtemissionen gibt es.

Wenn es um das Problem der Energieversorgungssicherheit geht – das wäre das dritte Kriterium –, dann ergibt sich klar, dass der Vorrang bei heimischen Energien liegen muss. Das sind – sowieso und stets – erneuerbare Energien. Wenn es dann um die Ablösung der fossilen geht, wäre die Reihenfolge in der Tat wiederum: Erdöl, Erdgas und dann Kohle.

Mit einem solchen Kriterium können wir perspektivisch ökologisch und gleichzeitig ökonomisch argumentieren. Es bringt Ordnung in den Wildwuchs und in das gedankliche Chaos der Energiedebatte. Ich glaube, wir brauchen dies, um den Weg in die Ablösung der herkömmlichen Energieressourcen zu gehen und damit ein neues Zeitalter zu beschreiten, ein Zeitalter, das im Wesentlichen – das wird meistens nicht erkannt – daraus bestehen wird, dass die Energieressourcen fossiler Art -

Vorsitzender Martin Schulz: Hermann, du kommst nun bitte zum Ende.

Hermann Scheer, Parteivorstand: – ich bin gleich fertig – letztlich durch neue Energietechniken abgelöst werden, weil die Ressourcen aus erneuerbaren Energien im Wesentlichen – außer aus der Bioenergie – von der Natur umsonst geliefert werden. Das heißt, hierin steckt eine riesige neue Industrialisierungschance. Auf diese neue technologische und industrielle Herausforderung, die gleichzeitig die ökologische zu beantworten hilft, zu schauen und nicht zuletzt auf diese Unternehmensentwicklung Wert zu legen ist wichtiger, als unbedingt strukturkonservative Bewahrungspolitik für herkömmliche Energieversorgungsunternehmen zu machen.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Hermann. – Das Wort hat jetzt Marco Bülow vom Landesbezirk NRW. Ihm folgt Rolf Hempelmann, ebenfalls Landesbezirk Nordrhein-Westfalen.



Marco Bülow, NRW: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir befinden uns mitten in einer politischen Diskussion – und dies nicht nur auf diesem Parteitag, sondern auch in unserer Gesellschaft. Das ist notwendig und gut so; denn jetzt werden die Weichen gestellt. Ihr habt es gerade gehört: Die Bedrohung des Klimas wird immer realer. Der Großteil des fossilen Kraftwerksparks in Deutschland muss erneuert werden. Wir müssen die Atomkraft ersetzen. Die Endlichkeit der Ressourcen rückt immer näher.

Deshalb müssen wir diese Diskussion weiter intensiv führen. Jeder noch so große Freund von erneuerbaren Energien weiß, dass wir die fossilen Energieträger auch noch in nächster Zeit brauchen werden. Daran führt kein Weg vorbei; das ist klar. Aber wir müssen deutlich machen, wie wir sie gebrauchen. Das heißt, dass sie immer effizienter gebraucht werden müssen und dass der Ausstoß von CO₂-Emissionen immer weiter gesenkt wird. Wir müssen nicht nur daran denken, was in den nächsten fünf oder zehn Jahren ist, sondern auch daran, was in den nächsten 20, 30 oder 40 Jahren ist, damit unsere Kinder und Enkelkinder auf diesem Planeten ein attraktives und vernünftiges Leben führen können.

Deshalb, denke ich, muss deutlich werden, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien auch über das Jahr 2010 hinaus erfolgen kann. Der Antrag I 1, aber auch das, was in A 1 steht, ist vernünftig und baut darauf auf. Er ist ein Ausgleich der verschiedenen Interessen, die wir in der SPD in diesem Bereich haben.

Ich als Berichterstatter der Fraktion der SPD im Bundestag zu den erneuerbaren Energien unterstütze eindeutig diese beiden Anträge. Wir haben über diesen Bereich

viele Diskussionen geführt, die wir uns hätten sparen können, vor allen Dingen die über die angeblichen Kosten, die die erneuerbaren Energien hervorrufen; darauf gehe ich gleich kurz ein. Wir haben damit ein Gewinnerthema gefährdet. Ich bin sehr froh, dass Gerhard Schröder gestern in seiner Rede deutlich gemacht hat, dass wir den Fortschritt im Bereich der erneuerbaren Energien konsequent fortsetzen wollen.

Denn wie sieht es denn bei einem Kostenvergleich zwischen den einzelnen Energieformen aus? Wenn wir bei jeder Energieform – ob Atom oder Kohle – keine Anschubfinanzierung vorgenommen hätten, hätten wir kein Licht und die Wirtschaftskraft Deutschlands wäre nicht so stark geworden, wie sie im Augenblick ist. Das heißt, am Anfang musste immer gefördert und immer ein Beitrag geleistet werden.

Wer spricht denn im Augenblick im Zusammenhang mit einem Kostenvergleich von den versteckten Subventionsförderungen, die wir immer noch erbringen, beispielsweise von den Versicherungen, die von der Atomkraft immer noch nicht übernommen werden? Wie hoch wären dann die Kosten für uns? Wer spricht von den Folgekosten, die wir im fossilen Atombereich haben, von dem, was das Endlager kostet? Wer spricht davon, wie lange Energieformen verfügbar sind? Wer redet beispielsweise über die Beschäftigungswirkung? Ich kann euch sagen: Die Beschäftigungswirkung der geschmähten Windkraft ist im Vergleich zur Atomkraft achtmal so hoch. Allein dieses Argument würde bei allen Diskussionen dazu ausreichen, zu sagen: Atomkraft wollen wir nicht; wir müssen auf die Erneuerbaren setzen.

Viele Punkte sind zu berücksichtigen, wenn wir diesen Kostenvergleich durchführen. Nur, das alles taugt nicht auf der Stromrechnung auf. Deswegen wird die Diskussion teilweise sehr einseitig geführt. Ich bin dafür, dass wir sie fair führen und diese Dinge miteinander verrechnen. Selbst ohne die ökologische Begründung würden die erneuerbaren Energien – denn im Mix und nicht als Einzelenergie müssen sie gesehen werden – allen Vergleichen standhalten. Wir haben nicht nur Wasser, Wind und Sonne, die – gar keine Frage – bei bestimmten Wetterlagen anfällig sind. Wir haben auch die Geothermie und die Biomasse, Energien, die immer und allzeit verfügbar sind, um in Strom umgewandelt zu werden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen uns also nicht verstecken. Wir haben im Bereich der erneuerbaren Energien eine Menge geleistet. Die Bundesregierung ist da seit 1998 vorangegangen. Aber wir müssen im Bereich des Klimaschutzes auch aufpassen – damit komme ich zum Schluss –,

Vorsitzender Martin Schulz: Das wird auch Zeit.

Marco Bülow, NRW: – dass er uns nicht aus dem Ruder läuft. Wir haben im letzten Jahr auf dem Strommarkt wieder 6 Prozent mehr CO₂ ausgestoßen. Wir werden wahrscheinlich unser Klimaziel bis 2005 nicht erreichen. Deshalb darf uns das nicht aus dem Ruder laufen. Lasst uns also die Diskussion fair auf der Grundlage der An-

träge, die wir heute hoffentlich beschließen, weiterführen. Dazu frei: Schwester und Brüder zur Sonne! Glück auf!

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Marco. – Es spricht jetzt Rolf Hempelmann und danach zum Abschluss Uli Nissen aus Hessen-Süd.

Rolf Hempelmann, NRW: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wir haben in der Bundesregierung und auch in der SPD-Bundestagsfraktion in den letzten Jahren ein Gewinnerthema gehabt: Das war die Energiepolitik. Wir haben, denke ich, in fünf Jahren eine ganze Menge auf den Weg gebracht. Wir haben eine Ökosteuer gemacht, die sicherlich auch Kritik hervorgerufen hat. Aber es ist nachgewiesen: Sie hat eine ökologische Lenkungswirkung und sie hat bei den Lohnnebenkosten zu einer Entlastung geführt. Wir haben ein Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG, geschaffen, das – die Erfolge sind bereits hervorgehoben worden – dafür gesorgt hat, dass wir den Anteil der Erneuerbaren sowohl bei der Primärenergie als auch bei der Verstromung erheblich gesteigert haben. Wir haben die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Koppelung gefördert. Wir haben mit dem Ausstieg der Kernenergie begonnen. Das sind eine ganze Menge von energiepolitischen Einzelinitiativen, wie ich das einmal nennen möchte.

Bisher hat uns so etwas wie ein Energieprogramm oder, etwas bescheidener formuliert, eine Energieagenda gefehlt. Die liegt jetzt auf dem Tisch. Sie ist von der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet und einstimmig in Gänze verabschiedet worden.

Ich denke, wir sind damit einer Aufforderung aus der Partei, aber auch aus der Gesellschaft, ja auch aus der Energiewirtschaft nachgekommen. Die unterschiedlichsten Akteure der Energiewirtschaft haben uns dazu aufgefordert, ein solches Papier auf den Tisch zu legen. Im Grunde sind wir damit in Vorleistung getreten; diese gilt nicht nur für die SPD-Bundestagsfraktion, sondern in gleichem Maße natürlich auch für die Bundesregierung. Meine Hoffnung jedenfalls ist, dass, wenn wir aus dem Papier, das in Form eines Initiativantrags vorliegt, ein Positionspapier der Partei machen, ein starker Aufforderungscharakter gegenüber der Bundesregierung entsteht, sich an diesem Papier zu orientieren und ein Energieprogramm aufzulegen, auf das wir seit Jahren warten.

Liebe Genossinnen und Genossen, inhaltlich ist zu dem Papier vieles gesagt worden. Ich glaube, der Vorzug dieser Energieagenda ist, dass sie nicht einseitig auf ein Ziel, zum Beispiel auf die Umweltverträglichkeit setzt, sondern dass sie den ehrlichen Versuch unternimmt, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Innovation miteinander in Verbindung zu bringen. Insofern stellt diese Agenda auch den Rahmen her, vor dem in den nächsten zwei Jahrzehnten die wesentlichen Investitionen stattfinden müssen, die im Sektor Energie in unserem Lande stattzufinden haben. Wir setzen dabei auf ein Mix aus Energieeinsparung, Energieeffizienz, aber natürlich auch aus dem Neubau allerdings ganz unterschiedli-

cher Energieversorgungsstrukturen, insbesondere von Kraftwerken. Es werden eben nicht nur die großen zentralen Einheiten sein, es werden in zunehmenden Maße auch kleinere, auch dezentrale Einheiten sein. Es wird ein Mix aus erneuerbaren Energien sein, aber eben auch aus den Fossilen, die sich aber ganz neuen Anforderungen der Effizienz zu stellen haben.

Weil es hier von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement eingefordert worden ist: Wir werden dies in einem Dialog mit den Akteuren der Energiewirtschaft gestalten. Meine Arbeitsgruppe, die Arbeitsgruppe Energie, jedenfalls hat Vertreter der Energiewirtschaft eingeladen zu einem Gesprächskreis über die Entwicklung des Kraftwerksektors in den nächsten zwei Jahrzehnten.

Genossinnen und Genossen, das alles muss sich in der Energieforschung widerspiegeln.

Vorsitzender Martin Schulz: Rolf, kommst du bitte zum Ende. Du hast deine Redezeit deutlich überschritten.

(Vereinzelt Beifall)

Rolf Hempelmann, Nordrhein-Westfalen: Das ist mein letzter Punkt. – Wir müssen dort die Mittel umschichten. Wir steigen aus der Kernenergie aus; das muss sich auch in der Forschung zeigen. Wir steigen in andere Bereiche ein; das muss sich ebenfalls dort widerspiegeln.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Als Letzte hat nun Ulli Nissen aus Hessen-Süd das Wort. – Sie ist nicht da. Damit hat sie verzichtet. Vielen Dank.

(Beifall)

Zum Abschluss gebe ich Ulla das Wort. Danach steigen wir in die Abstimmungen ein.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Ich denke, Martin, dass wir sofort in die Abstimmungen einsteigen können. Die Humanisierung der Arbeitswelt ist auch etwas Vernünftiges.

Vorsitzender Martin Schulz: Dann beginnen wir mit den Abstimmungen. – Bitte, Ulla.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Zu dem Kapitel „Innovationen, für eine nachhaltige Entwicklung sorgen“ im Antrag 1 schlagen wir euch Annahme in der Fassung der Antragskommission vor. Teile des Antrags 72 sind darin bereits von der Antragskommission übernommen worden.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Wir sehen Antrag 72 zum Abbau ökologisch schädlicher Subventionen teilweise für erledigt an; denn Teile davon sind schon

übernommen worden. Die Teile, die noch nicht übernommen wurden – das sind die Zeilen 45 bis 69 –, wollen wir an die Bundestagsfraktion überweisen.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Dann haben wir noch Antrag 74, „Ökologie und Nachhaltigkeit“. Darin werden fünf Punkte zur Abstimmung gestellt. Dazu schlagen wir euch Folgendes vor: Punkt 1: Ablehnung, Punkt 2: erledigt durch Bericht der Enquete-Kommission „Nachhaltige Energieversorgung“ der 14. Legislaturperiode des Bundestages, Punkt 3: erledigt durch Annahme von A 1 in der Fassung der Antragskommission, Punkt 4: erledigt durch Empfehlung zu A 72, Punkt 5: erledigt durch Annahme von A 1 in der Fassung der Antragskommission.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer diesen Empfehlungen folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Wer enthält sich? – Das ist so beschlossen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Schließlich haben wir noch Antrag 75, „Zukünftige Stromerzeugung“. Wir schlagen vor, diesen Antrag für erledigt zu betrachten durch die Empfehlung zu Antrag 72, zu Antrag 1 und zu dem Initiativantrag 1.

Vorsitzender Martin Schulz: Ist jemand anderer Meinung als Ulla? – Dann ist das erledigt.

Wir kommen dann zur energiepolitischen Agenda. – Bitte, Ulla.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Das ist der Initiativantrag 1. Wir schlagen Annahme einer geänderten Fassung vor, und zwar bitten wir euch, auf Seite 4 unter Punkt 6 das Ende des zweiten Absatzes wie folgt zu ergänzen: „Der erfolgreiche und gezielte Ausbau der Windenergie ist fortzusetzen“.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Wer der geänderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist bei ganz wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Antrag 73 bezieht sich auf Euratom. Wir schlagen Überweisung an die Bundestagsfraktion vor.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Antrag 346 fordert, das Moratorium Gorleben aufrechtzuerhalten. Wir schlagen Annahme vor.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist das so beschlossen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Antrag 347, „Am Ausstieg aus der Atomenergie festhalten“. Das sieht die Antragskommission natürlich auch so und empfiehlt Annahme.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthält sich jemand? – Die SPD ist einstimmig dafür.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Beim Antrag 348 geht es um die Windenergie, und zwar um den Mindestabstand der Anlagen zu Wohngebäuden. Wir empfehlen die Überweisung an die Bundestagsfraktion.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer stimmt dem zu? – Wer möchte dagegen stimmen? – Wer enthält sich? – Das ist bei wenig Widerstand so beschlossen.

Wir kommen dann zur Verbraucherpolitik. – Bitte, Ulla.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Dabei geht es um Antrag 298 auf Seite 393. Wie vorhin schon gesagt, ist das ein Antrag von Schleswig-Holstein. Wir empfehlen nun entgegen der ausgedruckten Empfehlung die Annahme.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ulla Burchardt, Antragskommission: Antrag 299, den Düsseldorfer Antrag zur Verbraucherpolitik, wollen wir als Material zu dem erstgenannten Antrag mit an den Parteivorstand überweisen.

Vorsitzender Martin Schulz: Und das gegenüber der im Antragsbuch geänderten Fassung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Im Antrag 300 geht es um die Reform des Rechtsberatungsgesetzes. Das ist eine Forderung an die Bundestagsfraktion. Deswegen schlagen wir auch vor, es dorthin zu überweisen.

Vorsitzender Martin Schulz: Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist das so überwiesen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Im Antrag 301 geht es um die Finanzierung der Schuldnerberatung. Auch darin wird die Bundestagsfraktion direkt angesprochen. Deswegen schlagen wir auch hier Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Landtagsfraktionen vor.

Vorsitzender Martin Schulz: Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist das so überwiesen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Antrag 302 bezieht sich auf die Rendite bei Geldanlagen. Wir schlagen Überweisung an die Bundesregierung und den Parteivorstand/Kommission Landwirtschaft und Verbraucherschutz vor.

Vorsitzender Martin Schulz: Lehnt das jemand ab? – Enthält sich jemand? – Dann ist das so überwiesen.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Antrag 303 betrifft Formulare zur Steuererklärung. Ich kann das Anliegen sehr gut verstehen und teile es. Ich ärgere mich auch immer darüber, dass der Ehemann als Erster auf der Steuererklärung steht. Ich habe eine subversive Strategie, das zu unterlaufen. Wir schlagen vor, diesen Antrag an die Bundesregierung und ebenfalls an die Kommission Landwirtschaft und Verbraucherschutz beim Parteivorstand zu überweisen.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer für einfachere Steuererklärungsformulare ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Es ist ein Steuerberater, der dagegen gestimmt hat. – Bitte, Ulla.

Ulla Burchardt, Antragskommission: Antrag 304 behandelt den tatsächlichen Effektivzins. Wir schlagen die gleiche Überweisung vor, also auch Überweisung an die Bundesregierung und an den Parteivorstand/Kommission Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Vorsitzender Martin Schulz: Wer die Effektivzinsen überweisen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist so beschlossen.

Genossinnen und Genossen, wir sind damit am Ende unserer heutigen Beratungen.

(Beifall)

Ich darf euch bitten, noch einen kleinen Augenblick zu warten. Wir werden morgen früh alle ausgeruht um 9 Uhr mit den Beratungen zur Familienpolitik aus dem familienpolitischen Teil des Antrags 1 beginnen. Dies werden wir mit der Beratung zur Geschlechtergerechtigkeit und mit dem familienpolitischen Leitantrag – das ist der Antrag 277 – verbinden. Wir machen also aus diesen drei Punkten – dem familienpolitischen Teil aus dem Antrag 1, der Geschlechtergerechtigkeit und dem Antrag 277, dem familienpolitischen Leitantrag – eine verbundene Debatte, nach deren Abschluss wir die Antragsberatungen fortsetzen.

Ich danke euch allen. Wir haben jetzt 21.19 Uhr. Der Parteitag hat 12 Stunden lang, wie ich meine, sehr gut beraten. Ich wünsche euch allen noch einen erholsamen Abend. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder. Eine fröhliche Ute Vogt wird euch hier in Empfang nehmen.

Der Parteitag ist bis dahin unterbrochen.

(Beifall)

(Schluss: 21.20 Uhr)

Dritter Verhandlungstag

Mittwoch, 19. November 2003, Beginn: 9.06 Uhr

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wünsche euch einen wunderschönen guten Morgen.

Ich darf euch kurz unseren Vorschlag zum Ablauf des heutigen Tages vorstellen. Wir schlagen euch vor, dass wir jetzt mit dem Kapitel Zukunft für Kinder, Zukunft mit Kindern beginnen, dass wir für dieses Thema eine Stunde Beratungszeit einplanen, dass wir danach ebenfalls eine Stunde für solide Finanzen sorgen und uns im Anschluss daran zwei Stunden Zeit für die Debatte über soziale Sicherheit und innovative Arbeitszeitpolitik nehmen.

Ich darf fragen, ob es dazu Widerspruch gibt. – Dies ist nicht der Fall. Dann habt bitte im Kopf, dass wir, auch wenn viele Wortmeldungen vorliegen, nicht in der Lage sind, dieses Zeitraster zu überziehen, weil wir ja pünktlich Schluss machen müssen. Ich glaube, wir sind heute alle wieder voller frischer Energie, im Gegensatz zum gestrigen Abend, als man irgendwann genug hatte.

Ich darf euch im Einzelnen zum ersten Kapitel mitteilen: Es geht jetzt um den Leit-antrag Zukunft für Kinder, Zukunft mit Kindern; das ist der Antrag 277. Gleichzeitig werden die Anträge 278 bis 285 aufgerufen. Wir rufen dazu aus den gestrigen Antragsberatungen, die wir unterbrochen haben, aus dem Antrag 1 die Seiten 20 bis 22 und den Initiativantrag 24 auf, aus dem Antrag 1 das Kapitel Geschlechtergerechtigkeit auf den Seiten 23 und 24 die Anträge 350 und 351 sowie den Initiativantrag 16.

Ich werde das noch einmal in Erinnerung rufen, wenn weitere Delegierte eingetroffen sind.

Das Wort hat die Bundesministern Renate Schmidt zu dem Thema Zukunft für Kinder, Zukunft mit Kindern. Bitte schön, Renate.



Leitantrag Zukunft für Kinder, Zukunft mit Kinder

Renate Schmidt, Antragskommission: Auch von mir einen wunderschönen guten Morgen, liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich bin sehr froh und ich habe auch darauf gedrungen, dass Familien- und Gleichstellungspolitik Bestandteil unseres Leit-antrags 1 sind, und zwar mit den Überschriften Wirtschaftswachstum, Innovation und soziale Sicherheit. Familienpolitik und Gleichstellungspolitik sind nämlich nicht irgendwelche weichen Politikfelder für wirtschaftlich gute Zeiten, die leider, leider, wenn es wirtschaftlich schlechter geht, zurückstehen müssen, sondern umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ohne eine erfolgreiche Familien- und Gleichstellungspolitik gibt es weniger Wachstum, gibt es weniger Innovation und ist soziale Sicherheit in unserem Land schwerer organisierbar. Weniger Kinder bedeuten auch schon heute weniger Wohlstand für unsere Gesellschaft.

(Beifall)

Ich bin, liebe Genossinnen, liebe Genossen, auch sehr froh darüber, dass auf diesem Parteitag nicht nur das Wort Kinder, sondern auch Maßnahmen zu ihrer Förderung schon in den bisherigen Redebeiträgen eine so große Rolle wie noch nie gespielt haben: in den Redebeiträgen unseres Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers, bei Olaf Scholz, bei Wolfgang Clement, bei Hans Eichel, bei Sigmar Gabriel. Wen ich jetzt lauter Mannsbilder aufzähle, dann deshalb, weil ich mich freue, dass dieses Thema endlich auch bei den Männern angekommen ist und nicht mehr nur ein Thema der Frauen ist.

(Beifall)

Ich hoffe sehr, dass das nicht wieder vergessen wird und dass das Wort Kinder und die Maßnahmen für unsere Kinder auch in unserem Grundsatzprogramm eine Rolle spielen werden, denn Kinder sind unsere Zukunft und die dürfen wir am allerwenigsten in unserer Gesellschaft vergessen.

(Beifall)

Generationengerechtigkeit umfasst nämlich nicht nur zwei, sondern drei Generationen: die Älteren, deren Lebensleistung wir berücksichtigen müssen und deren Lebenserfahrung wir nutzen müssen; die mittlere und junge Erwerbstätigengeneration, die wir mit der materiellen Sorge für die Kinder und die Älteren nicht überfordern dürfen; und natürlich die Kinder, für deren bestmögliche Förderung, Bildung und Erziehung wir sorgen müssen.

Lasst mich kurz die Fakten in Erinnerung rufen. Wir haben in Deutschland in der Zwischenzeit die viertschlechteste Geburtenrate der Staaten in der Europäischen Union. Wir sind mit unserer Geburtenrate weltweit auf dem 180. Platz von 191 Nationen zurückgefallen. Gleichzeitig – das mag manche, die nicht in der SPD sind, erstaunen – ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen ebenfalls im unteren Mittelfeld zu suchen und nicht etwa an der Spitze.

Also: Eine höhere Erwerbsbeteiligung in anderen Ländern Europas bedingt eine höhere Geburtenrate und nicht umgekehrt. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass sich Frauen ihre Lebensvorstellungen erfüllen können.

(Beifall)

Wenn wir so weitermachen, wenn es bei dem jetzigen Renteneinstiegalter bliebe, wenn es bei der jetzigen Erwerbsbeteiligung von Frauen bliebe, wenn es bei der jetzigen unregelmäßigen Zuwanderung bliebe und wenn es bei der jetzigen Geburtenrate bliebe, dann hätten wir nach Prognosen im Jahr 2040 statt heute 38 Millionen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gerade mal noch 24 Millionen.

Die Hälfte davon wäre älter als 45 Jahre. Was das für uns bedeutet, haben wir uns noch nicht vorgestellt. Wir haben uns noch nicht vorgestellt, was das für die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft bedeutet, für Forschung und Technologie. Wir haben uns auch noch nicht vorgestellt, was das eigentlich für uns selber bedeutet. Liebe Genossen, liebe Genossinnen, ich habe vor, im Jahre 2040 noch zu leben.

(Beifall)

Keine Angst, Gerhard, nicht mehr als Bundesministerin.

(Heiterkeit)

Ich werde dann 97 Jahre alt sein. Meine drei Kinder sind dann 79, 77 und 70 Jahre alt. Dann überlege ich mir, wenn ich mit 97 vielleicht nicht mehr ganz so munter in der Gegend herumlaufe: Die drei – 79, 77 und 70 Jahre alt – sollen mich dann pfe-

gen? Da lächle ich leicht vor mich hin und denke mir: Es wird wohl, wie so häufig, umgekehrt sein.

(Heiterkeit und Beifall)

Dies aber nur nebenbei. Es geht nicht um mich. Ich sehe hier eine ganze Menge Menschen, die im Jahre 2040 auch noch leben werden. Sie werden jünger als 97 sein. Sie werden aber nicht mehr erwerbstätig sein. Uns muss etwas ganz klar sein: Wenn wir alt sind und Hilfe brauchen, werden unsere Aktiendepots, so wir welche haben, gänzlich ungeeignet sein, uns zu pflegen und diese Hilfe zu geben.

(Beifall)

Wenn wir nicht mehr selber mit dem Auto in der Gegend herumfahren können, wird es nicht möglich sein, dass unser Immobilienbesitz, so wir einen haben, uns in der Gegend herumkutschert. Auch unsere Sparguthaben sind denkbar ungeeignet, uns die Dienstleistungen, die wir alle miteinander brauchen, von der medizinischen Versorgung angefangen bis hin zum Brötchenbacken, zu geben. Dazu bedarf es real existierender Menschen. Deshalb, liebe Genossen, liebe Genossinnen, müssen wir an allen Stellschrauben drehen. Wir müssen dafür sorgen, das faktische Renteneintrittsalter zu erhöhen. Wir müssen für ein vernünftiges Zuwanderungsgesetz sorgen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber wir müssen eben auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen und damit auch die Geburtenrate für Deutschland steigern.

(Beifall)

Was aber bieten wir der am besten ausgebildeten Frauengeneration derzeit noch in Westdeutschland für ein Lebensmodell? Sich gut ausbilden lassen, dann ein paar Jahre erwerbstätig sein, dann tickt die so genannte biologische Uhr, dann muss die Entscheidung getroffen werden: Kind ja oder nein? Wenn die Entscheidung Ja heißt, dann heißt es für die betroffenen Frauen erst einmal: drei Jahre raus aus dem Beruf, weil wir nicht die notwendige Kinderbetreuung haben. Dann findet frau vielleicht mit dem dritten Lebensjahr ihres Kindes einen der raren echten Ganztagsplätze in einem Kindergarten in Westdeutschland. Dann kann sie wieder erwerbstätig sein. Viele finden aber so einen Ganztagsplatz nicht. Denn in vielen Kommunen in Westdeutschland heißt Ganztagskindergarten: das Kind früh bringen, mittags um 12 oder 12.30 Uhr das Kind abholen, damit das arme Kleine zu Hause die aufgemachte Dose Ravioli oder die Fischstäbchen aus der Tiefkühltruhe bekommt, um 14 Uhr das Kind wieder bringen und um 16.30 Uhr abholen. So lässt sich nicht einmal eine vernünftige Teilzeitbeschäftigung ausüben. Das haben die Frauen bis oben hin gestrichen satt. Das wollen sie nicht mehr.

(Beifall)

Nehmen wir an, frau hat einen Ganztagskindergartenplatz gefunden. Dann kann sie drei Jahre berufstätig sein. Dann kommt das Kind in die Schule. Dann heißt es: raus

aus dem Beruf. Denn in der Bundesrepublik Deutschland West sind die Mütter Nachhilfelehrerinnen der Nation.

(Vereinzelt Beifall)

Sie sind verantwortlich für den Schulerfolg ihrer Kinder. Das wollen die Frauen nicht mehr. Das muss sich in Deutschland ändern, wenn wir ein modernes Land werden wollen.

(Beifall)

Auch hier noch einmal zu den Fakten. Für die Kinder unterhalb des dritten Lebensjahres haben wir in Westdeutschland eine Betreuungsquote von 4 bis 7 Prozent mit regionalen Unterschieden. Wir haben 18 Prozent Ganztagskindergärten in Westdeutschland und Ganztagschulen – noch, sage ich, wenn man Rheinland-Pfalz und die ersten Ansätze in Nordrhein-Westfalen herausnimmt – in homöopathischen Dosierungen. In Ostdeutschland – das muss man auch sagen –, insbesondere in den unionsregierten Ländern, bahnen sich Verschlechterungen an. Wenn ich letzthin in einer Zeitung gelesen habe, dass in einer großen Stadt in Sachsen der Kämmerer die Alternative stellt, Asphalt und Beton oder Krippen und Kultur – und sich schon ausgesprochen hat, wofür er ist, nämlich für Ersteres –, dann sage ich: Das ist eine kurzfristige Politik. Die können wir uns nicht leisten.

(Beifall)

Nun ist es so, dass insbesondere Konservative – aber ich gestehe zu: auch wir in einem bestimmten Ausmaß – in den vergangenen drei Jahrzehnten Familienpolitik auf die Diskussion über die Höhe des Kindergeldes und über andere materielle Transfers reduziert haben. Dort, liebe Genossen, liebe Genossinnen, sind wir gar nicht so schlecht. Bei den materiellen Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen liegt die Bundesrepublik Deutschland im oberen Drittel in der Europäischen Union. Schlusslicht und Entwicklungsland sind wir aber in der Betreuungssituation.

Nun müssen wir sehen, dass andere Länder, die weniger materielle Transfers haben, die weniger Kindergeld zahlen, die aber mehr in Betreuung und Bildung der Kinder investieren, eine erfolgreichere Familienpolitik haben, eine Familienpolitik, die eine höhere Geburtenrate zur Folge hat, die eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen beinhaltet, niedrigere Kinderarmut zu verzeichnen hat und – last, but not least; auch das ist für unsere Zukunft wichtig – bessere PISA-Ergebnisse hat. Also lasst uns endlich nachmachen, was uns andere erfolgreich vorgemacht haben!

(Beifall)

Genau das, liebe Genossinnen, liebe Genossen, wollen wir mit diesem Antrag tun. Junge Menschen in Deutschland wollen mehr Kinder, als sie haben. Zwischen dem 29. und 34. Lebensjahr liegt der durchschnittliche Kinderwunsch bei 2,4 Kindern. Haben tun sie 1,34. Junge Menschen wollen mehr Kinder und Deutschland braucht mehr Kinder, wenn wir unseren Wohlstand erhalten wollen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das ist keine platte Bevölkerungspolitik unseligen Angedenkens, sondern Politik, die ermöglicht, dass Lebenswünsche und Lebensträume von jungen Menschen endlich wirklich werden.

(Vereinzelt Beifall)

Niedrige Geburtenrate und ungewollte Kinderlosigkeit sind nämlich kein Schicksal; daran kann man etwas ändern.

Deshalb müssen wir Wunsch und Wirklichkeit von jungen Menschen in Übereinstimmung bringen. 70 Prozent der Mütter, die zu Hause sind, wären lieber erwerbstätig. Nur bei 6 Prozent der Paare stimmen die Arbeitszeitwünsche mit den Realitäten, die sie vorfinden, überein. Junge Frauen, junge Mütter möchten mehr Vollzeitarbeitsmöglichkeiten und Väter – auch das ist ein Novum – möchten mehr auch qualifizierte Teilzeitbeschäftigung. Wir wollen dazu beitragen, dass sich diese Wünsche erfüllen. Das trifft sich mit unserem Ziel: höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und höhere Geburtenrate.

Was kann nun der Staat machen? Was machen wir? – Da ist zunächst das Projekt von Edelgard Bulmahn zu nennen: mehr Ganztagschulen. All der Krampf, der dazu in der Zeitung steht, nämlich dass dies ein Projekt ist, das scheitert – ich möchte das nicht im Einzelnen wiederholen –, ist wirklich Unsinn. Es läuft und läuft und läuft. Es wird mehr Ganztagschulen geben. Kurt Beck hat es uns in Rheinland-Pfalz vorgemacht. Andere werden nachziehen. Es ist ein erfolgreiches Modell.

(Beifall)

Genauso erfolgreich wird – beginnend mit dem Jahr 2005; im nächsten Jahr werden wir die gesetzlichen Vorbereitungen treffen – die Verbesserung der Betreuung für die unter 3-Jährigen sein. 1,5 Milliarden Euro aus der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sollen den Kommunen zugute kommen, auch für Personalkosten, nicht nur für Baumaßnahmen, und auf Dauer.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir müssen dafür sorgen, dass dies auch wirklich durchgesetzt wird. Meine Bitte an diejenigen, die die schwierige Arbeit im Vermittlungsausschuss haben: Sorgt dafür, dass die Gemeindefinanzreform, unsere Reformen Wirklichkeit werden! Davon lebt dieses Projekt.

(Beifall)

Die Forderung an die Union lautet, ihre Blockadepolitik zulasten von Kindern und deren Familien aufzugeben.

(Beifall)

Ich sage hier, liebe Genossinnen, liebe Genossen: Auch die Kommunen müssen lernen, neue Prioritäten zu setzen. Ich weiß, wie schwierig die Finanzsituation der Kommunen heute ist. Ich frage mich aber, warum für nahezu jede Tiefbaumaßnahme immer noch genügend Geld da ist, niemals aber das Geld für Krippenplätze und Kindergärten da ist. Vielleicht muss man auch da mal ein Stückchen umdenken.

(Beifall)

Dass sich so etwas auch für die Kommunen lohnt, zeigt uns das Beispiel der nordrhein-westfälischen Gemeinde Laer, die wirklich in bestmögliche Kinderbetreuung, Bildung und Erziehung investiert hat. Dort ist die Geburtenrate explosionsartig gestiegen. Gleichzeitig profitiert die Kommune davon, weil nämlich qualifizierte junge Leute ihren Wohnsitz dort nehmen und dort Steuern zahlen. Kinderbetreuung – das wissen wir schon aus vielen Studien – lohnt sich auch volkswirtschaftlich.

(Beifall)

Keine Familie, keine Mutter, kein Vater, stellt sich dabei vor, die Kinder nach der Geburt in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter abzugeben, um sie mit 18 Jahren mit den gewünschten Qualitätsmerkmalen aus einer Ganztagschule abzuholen. Kinder brauchen Zeit. Eltern brauchen Zeit für ihre Kinder. Heutzutage ist das Zauberwort für ein geglücktes Familienleben das Wort Zeit. An dieser Stelle, liebe Genossen, liebe Genossinnen, ist die Wirtschaft gefordert. Sie ist gefordert, vernünftige Arbeitszeitbedingungen auch für Eltern, für Väter und Mütter, anzubieten, die es ihnen ermöglichen, ihre familiären und beruflichen Pflichten gemeinsam zu erfüllen.

(Beifall)

Deshalb habe ich eine Allianz für die Familie gegründet, habe alle Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft und den DGB gebeten, das zu unterstützen – mit Erfolg. Wir werden Anfang des nächsten Jahres Empfehlungen aus unterschiedlichen Studien vorlegen und wir werden diese Empfehlungen auch in lokalen Bündnissen für die Familie umsetzen; denn Hochglanzbroschüren über dieses Thema gibt es schon genug. Die Erkenntnisse dazu haben wir zum Teil seit mehreren Jahrzehnten. Es geht jetzt darum, das endlich umzusetzen und nicht nur davon zu reden. Dafür setze ich mich ein und dafür kämpfe ich.

(Beifall)

Kinder brauchen aber nicht nur Zeit, sondern – darum geht es in dem großen Antrag 277 – sie brauchen auch Erziehung und Förderung. Die Erziehungskompetenz der Eltern gilt es zu stärken; denn starke Kinder brauchen starke Eltern. Ich weiß inzwischen leider, dass die Erziehungskompetenz nicht stärker, sondern schwächer wird. Wir wissen heute – ich habe es letztlich auch in der Zeitung gelesen –, dass 24 Prozent aller Kinder das gemeinsame Essen an einem Tisch nicht mehr kennen. Wir wissen, dass 10 Prozent aller Kinder noch nie erlebt haben, dass zu Hause ein warmes Essen zubereitet wird. Sie verhungern nicht; sie nehmen sich das Zeug aus dem Kühlschrank, sitzen vor der Glotze und essen. Das zeigt mir, dass wir junge Menschen auf ihre Verantwortung für die Erziehung von Kindern nicht nur in der Familie, sondern auch in der Schule vorbereiten müssen. Darüber muss geredet werden. Die Vorbereitung darauf, sich um die Erziehung der Kinder zu kümmern, ist genauso wichtig wie die Vorbereitung auf den Beruf.

(Beifall)

Es geht auch darum, liebe Genossinnen, liebe Genossen, die Qualität von Betreuung, Erziehung und Bildung in öffentlichen Einrichtungen zu verbessern. Es ist schon mehrfach gesagt worden: Nirgendwo entscheidet die Herkunft so sehr über Bildungschancen von Kindern wie bei uns in Deutschland. Das muss sich ändern.

(Vereinzelt Beifall)

Alles hängt von der frühen Förderung von Kindern ab. Wir in Deutschland geben prozentual und absolut aber am meisten für die Oberstufen der Gymnasien aus und am wenigsten für Kinder im Vorschulalter, also bis zum 6. Lebensjahr der Kinder.

(Beifall)

In dem Alter aber sind Kinder am bildungsfähigsten. Da müssen wir ansetzen.

(Beifall)

Deshalb dient unser Projekt „Verbesserung der Betreuung für die unter 3-Jährigen“ nicht nur den Frauen, nicht nur der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Erwerbstätigkeit von Eltern; an erster Stelle dient es unseren Kindern, nämlich dazu, deren Bildungschancen für die Zukunft zu verbessern. Deshalb ist das so wichtig. Deshalb dürfen wir kein Jota davon abstreichen. Deshalb ist es auch notwendig, liebe Genossen, liebe Genossinnen, Qualität von Tagespflege und Qualifikation von Erziehenden in Kindertagesstätten zu verbessern und endlich auch Männer für die Berufe der Erziehung von Kindern bis zum 10. Lebensjahr zu gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Verweiblichung des Alltags unserer Kinder muss ein Ende haben. Auch Männer sind dazu geeignet, Grundschullehrer und Erzieher in Kindertagesstätten zu werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, all das ist für die Zukunft unserer Kinder wichtig. Wir werden die Rahmenbedingungen für ein gutes Aufwachsen unserer Kinder in Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in einem nationalen Aktionsplan festschreiben, der neben der besseren Bildung ein Aufwachsen ohne Gewalt unter gesunden Lebensbedingungen und unter eigenständiger Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards sichert.

Lasst mich an dieser Stelle sagen: Finanzielle Mittel nach dem Gießkannenprinzip für Familien helfen nicht. Wir haben aber die Aufgabe, Kinderarmut zu reduzieren. Lest heute in den Zeitungen, wo die Armut in unserem Land angesiedelt ist!

1 Prozent der Menschen über 65 Jahren, aber 7 Prozent der Kinder unter dem 18. Lebensjahr sind von Sozialhilfe abhängig. Das ist ein Skandal für ein reiches Land, das wir nach wie vor sind. Deshalb müssen wir an dieser Stelle etwas tun.

(Beifall)

Wir haben etwas getan. Wir haben das erste Mal ein Instrument entwickelt, das unsere beiden Ziele miteinander vereint, nämlich fördern und fordern. Die Eltern, die so wenig verdienen, dass sie den Lebensunterhalt ihrer Kinder nicht gewährleisten können, werden mit der Reform der Hartz-Gesetze ab dem nächsten Juli einen Kinderzuschlag von bis zu 140 Euro erhalten. Damit werden wir in einem ersten Schritt 150 000 Kinder aus der Armut herausführen. Das ist ein Erfolg dieser Reformpolitik, ein Reformserfolg der Agenda 2010.

(Beifall)

Wir werden – ich hoffe, dass auch dieses von der Union nicht blockiert wird – der besonders schwierigen Situation von tatsächlich Alleinerziehenden Rechnung tragen. Ich bin Hans Eichel und Gerhard Schröder besonders dankbar, dass sie mich bei diesem Projekt unterstützt haben. Es wird ein Haushaltsfreibetrag für tatsächlich Alleinerziehende auf Dauer eingeführt, weil sie es besonders schwer in unserer Gesellschaft haben. Auch das ist Bestandteil der Agenda 2010. Dafür lohnt es sich zu regieren.

(Beifall)

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Wir haben den Paradigmenwechsel mit diesen Anträgen, die euch vorhin genannt worden sind, eingeleitet, nämlich weg von einer auf die Höhe des Kindergeldes und anderer Transferleistungen fixierten Diskussion hin zu einer Politik, die Infrastrukturen für Familien verbessert und die hilft, die Lebensvorstellungen von jungen Menschen zu verwirklichen. Wir wollen eine Politik der tatsächlichen Gleichstellung und nicht die rückwärtsgewandte Diskussion über angeblich verantwortungslose Rabenmütter. Wir wollen die Gesellschaft nicht spalten in Kinderhabende und Kinderlose.

Von unserer Politik profitieren alle: Erstens gewinnen die Kinder, weil sie besser gefördert und ausgebildet werden, weil ihre Chancen steigen und Kinderarmut reduziert wird. Gerade mit unseren Projekten – 4 Milliarden Euro für Ganztagschulen und 1,5 Milliarden Euro für die Betreuung von unter 3-jährigen – sowie mit dem Kinderzuschlag und dem Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende wird deutlich: Sparen und Reformen sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kein Selbstzweck, sondern sie sind Instrument, um Mittel für Zukunftsaufgaben freizuschaffen. Zweitens gewinnen die Frauen, weil durch ihre höhere Erwerbsbeteiligung und durch die Umsetzung der EU-Gleichstellungsrichtlinie tatsächliche Gleichstellung verwirklicht werden wird.

Gewinnen werden aber auch die Männer, weil ihre Chance, sich um ihre Kinder tatsächlich und auch mit genügend Zeit zu kümmern, durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt. Gewinnen werden die Betriebe, weil sich herausgestellt hat – das wurde betriebswirtschaftlich seriös nachgerechnet –, dass selbst heute in der angespannten Arbeitsmarktsituation sich familien- und frauenfreundliche Maßnahmen betriebswirtschaftlich rechnen und dass Firmen einen Vorteil davon haben. Sie

haben es nur leider Gottes noch nicht erkannt. Wir werden ihnen beim Umsetzen, gelinde gesagt, helfen.

(Beifall)

Gewinnen wird auch die Volkswirtschaft, weil die Investition in Kinderbetreuung eine gute Investition ist; denn jeder eingesetzte Euro kommt mittelfristig in Höhe von 4 Euro in die öffentlichen Kassen zurück. Höhere Geburtenraten bedeuten für unser Land auch höheres Wachstum.

Eine solch moderne, auf die Bedürfnisse der Menschen gerichtete Familienpolitik ist eines der großen Reformvorhaben der Zukunft. Es ist ein Projekt, in dem wir uns von unseren politischen Konkurrenten deutlich unterscheiden. Diese suchen nämlich das Heil immerwährend und nach wie vor in irgendwelchen materiellen Leistungen. Sie geben es nicht zu – aber so schaut es aus –, dass sie immer noch das Bild haben: Frau bleibt zuhause und Mann ist Alleinverdiener. Das ist aber nicht unser Bild. Wir wollen, dass Menschen so leben können, wie sie es wollen. Alle Lebensmodelle sollen möglich sein.

(Beifall)

Wenn ich mir anschaue, was jetzt für ein absoluter – ich sage es einmal auf gut Bayerisch – Schmarren und Schwachsinn bei den Vorschlägen zur Rente von Herrn Stoiber geäußert wird, dann muss ich sagen: Es wäre schon schön, wenn irgendwann einmal die verehrten Konservativen eine Linie in ihre Forderungen bringen würden. Finanzierbar sind all diese Forderungen sowieso nicht.

(Beifall)

Lasst mich zum Schluss kommen. Sigmar Gabriel hat gesagt: Wir brauchen eine Erzählung, wie wir uns das Leben von Menschen in absehbarer Zukunft vorstellen. Für mich sind diese Anträge, die jetzt zur Verabschiedung anstehen, ein Kapitel einer solchen Erzählung. Es ist ein Kapitel des bestmöglichen Aufwachsens von Kindern. Es ist ein Kapitel von Frauen, die bessere Berufsperspektiven haben, und von Männern, die ihre Lebensperspektiven jenseits des Berufs erweitern. Es ist ein Kapitel von jungen Menschen, die den Mut und die Zuversicht haben, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen, weil die Rahmenbedingungen stimmen. Es ist ein Kapitel von Eltern, die sich gleichberechtigt um ihre Kinder kümmern und dennoch erwerbstätig sein können. Es ist ein Kapitel von Generationen, die sich gegenseitig stützen und unterstützen. Es ist ein Kapitel von älteren Menschen, die ihr Auskommen haben, von Menschen mittleren Alters, die ein ausreichendes Einkommen haben, und von Kindern, die nicht mehr in Armut leben.

Für diese Ziele, für diese Vision, für eine solche Reformpolitik lohnt es sich zu regieren und zu arbeiten. Lasst uns für sie den notwendigen langen Atem haben! Helft, dass wir Verbündete dafür finden, und setzt das gemeinsam in dieser Gesellschaft mit mir durch!

(Lang anhaltender Beifall)

Antragsberatung

Vorsitzende Ute Vogt: Liebe Renate, ganz herzlichen Dank. Du hast mit deiner Rede dafür gesorgt, dass sich der Saal gefüllt hat. Wir gratulieren dir dazu. Wir fordern alle Männer, die jetzt so kräftig klatschen, auf, zuhause das umzusetzen, für das sie hier applaudieren.

(Beifall)

Wir werden das auf dem nächsten Parteitag abfragen.

Genossinnen und Genossen, noch einmal eine kurze Bemerkung zum Drehbuch des heutigen Tages für diejenigen, die vorhin nicht anwesend waren. Wir haben vereinbart, dass wir die Debatte bis 10 Uhr führen. Dann gibt es eine Debatte von einer Stunde zum Thema „Solide Finanzen“. Daran anschließend folgt eine Debatte von zwei Stunden zum Thema „Soziale Sicherheit und innovative Arbeitszeitpolitik“.

Wir kommen jetzt zur Beratung des Antrags 277 „Deutschland 2010 – Zukunft für Kinder und Zukunft mit mehr Kindern“, der mit dem Antragsblock A 277 bis A 285 behandelt wird. Wir beziehen in diese Debatte mit der Fortsetzung unserer Beratung von gestern auch das Kapitel 2 „Wir sorgen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen: Für ein kinderfreundliches Deutschland“ ein. Das betrifft den Antrag 1 auf den Seiten 20 bis 22 sowie den Initiativantrag 24. Wir beraten ebenfalls das Kapitel 3 „Wir sorgen für Geschlechtergerechtigkeit“ gleich mit. Das sind im Antrag 1 die Seiten 23 und 24. Dazu gehören die Anträge 350, 351 und der Initiativantrag 16.

Damit ist die Grundlage für die Antragsberatung, denke ich, klar.

Dann kann ich noch folgende Durchsage machen: Bei dem Fahrzeug mit dem Kennzeichen H-JB 994 brennt das Licht. Wenn der Genosse oder die Genossin heute noch heimkommen möchte, wäre es wahrscheinlich ganz gut, wenn er oder sie es ausmachen würde.

Dann können wir jetzt in die Debatte einsteigen. Das Wort hat als Erster Gerhard Kompe. Ihm folgt Detlef Ruffert, danach Christel Humme.

Gerhard Kompe: Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Nach einer so wortgewaltigen und emotional aufrührenden Rede wie der von Renate Schmidt ist es natürlich schwierig, die Diskussion anzufangen.

Wir wollen, wir müssen Mut machen, sodass wir viele auf den Weg, die Gesellschaft im positiven Sinne zu erneuern, mitnehmen. Wir müssen etwas dafür tun – auch als Großväter –, um eine kinderfreundliche Gesellschaft zu schaffen. Dabei kommt es auf die überzeugenden Botschaften an, die wir mit Leben erfüllen müssen. Diese Botschaften sind in großen Teilen unseres Antrages wirklich gelungen. Aber sie müs-

sen nicht nur im Großen stimmen, sondern auch im Kleinen. Da müssen wir an einer Stelle vielleicht etwas besser werden.

Ich finde auf der Seite 22 in den Zeilen 54 bis 60 einen Satz, der lautet: „Die aktiven Älteren zwischen dem Berufsausstieg und der Hochaltrigkeit dürfen sich nicht von allen gesellschaftlichen Aufgaben entpflichtet fühlen.“ Was will uns der Autor damit sagen? Da schimmert das alte Vorurteil durch: Die Alten denken nur an sich, verjubeln ihr Geld auf Mallorca oder sonstwo und tun nichts für das Gemeinwohl. Ich weiß nicht, ob der Autor dieses Satzes diese Botschaft vermitteln wollte. Aber ich weiß, mit der Lebenswirklichkeit hat das absolut nichts zu tun.

(Beifall)

Ich erinnere an die Bedeutung der Großeltern für die Kinder innerhalb der Familie. Eine Studie der Uni Siegen stellt nicht umsonst fest: Für die Kinder gehören Oma und Opa zu den wichtigsten Bezugspersonen, auch als Vorbild und emotionale Stütze. Ich erinnere daran, dass eine erfolgreiche Arbeit der Arbeiterwohlfahrt vor Ort ohne das Engagement der Älteren nicht möglich wäre. Da gibt es Vereine und Organisationen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Aber auch in unserer Partei ist das Engagement der Älteren ein tragendes Element.

Es ist wahrlich nicht verkehrt, davon zu sprechen, dass das Engagement der Älteren der soziale Kitt für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist. Es kommt darauf an, dass wir Mut machen. Ja, die Gesellschaft braucht jetzt und besonders in der Zukunft ein noch größeres Engagement der Älteren. Aber dann dürfen wir nicht solche Sätze in einen Antrag hineinschreiben. Lasst uns diesen Satz streichen und durch den Initiativantrag 24 ersetzen.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Ich darf euch daran erinnern, dass wir gestern eine Redezeit von drei Minuten beschlossen haben. Ich gehe davon aus, dass ihr damit einverstanden seid, dass es bei diesem Beschluss auch für heute bleibt.

Die nächsten Redner sind Detlef Ruffert, Christel Humme und Jennifer Scheffler.

Detlef Ruffert, Hessen-Nord: Genossinnen und Genossen! Wir haben heute Morgen etwas sehr Wichtiges gehört: Familie ist kein Auslaufmodell. Es ist wichtig und richtig, dass wir bei diesem Parteitag die Bedeutung der Familie – jetzt will ich die Akzentuierung ein wenig anders legen – als primären Sozialisationsfaktor in den Vordergrund rücken. Das halte ich für ganz bedeutsam; denn das war nicht immer so.

Wenn wir uns in die jüngere Vergangenheit zurückbewegen, dann stellen wir fest, dass wir die Familie oftmals als antiquiert und überholt abgetan haben. Schlimmer noch: Wenn es irgendwie Probleme mit Kindern und Jugendlichen gab, gab es im-

mer zwei Schuldige: entweder die Familie oder die Medien. Diese beiden mussten immer herhalten. Ich bin froh, dass wir dies jetzt anders gewichten.

Wir konnten gestern in den Zeitungen, die uns hier zuhauf zur Verfügung stehen, von einer Allensbach-Studie, die ganz offensichtlich bei uns in Marburg gemacht worden ist, lesen. In dem Artikel stand, dass die Familie dazu beiträgt, dass in unserer Gesellschaft über 86 Prozent der Kinder fröhlichen Gemütszustandes sind – das war mir neu; ich finde das richtig toll, muss ich ganz ehrlich sagen – und dass sich die Kinder von den Erwachsenen gemocht fühlen. Auch das halte ich für wichtig. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die rückläufigen Geburtenzahlen kein Anlass dafür sind, zu sagen, Deutschland sei kinderunfreundlich. Das stimmt so nicht. Wir haben strukturelle Probleme, von denen wir gerade viel gehört haben.

Genossinnen und Genossen, Kinderglück – so die Studie – hängt nach wie vor vom sozialen Status der Eltern ab. Dies müssen wir immer wieder betonen. Es gibt nicht *die* Familie. Es gibt unterschiedliche Familien: große, kleine, arme, reiche usw. Deshalb ist es wichtig, dafür zu sorgen, dass Familienförderung so ausgerichtet ist, dass sie sich mit verschiedenen Maßnahmen an unterschiedliche Familien wenden kann, damit die Familien so gefördert werden, dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten. Das, glaube ich, muss unser wichtigstes Anliegen sein.

Ein zweiter Aspekt ist: Die Studie sagt auch aus, dass vielen Erwachsenen Kinder fremd geworden sind. Das ist auch kein Wunder: Kinder sind anders, wachsen unter verschiedenen Bedingungen auf. Manche reden sogar davon, es sei ein Verschwinden der Kindheit zu beobachten. Wir müssen den Kindern helfen, die als eigenständige Wesen in dieser immer komplizierter werdenden Gesellschaft gefördert werden müssen. Wir müssen dabei berücksichtigen, dass es zunehmend Kommunikationsprobleme zwischen Jung und Alt gibt. Deshalb ist es wichtig, Erziehung zu fördern.

Eltern brauchen heute Hilfen, ihrer Erziehungsverantwortung gerecht zu werden. Das Stichwort lautet „Erziehungskompetenz“. Das ist heute ein ganz wichtiger Punkt. Damit werten wir auch den Begriff „Erziehung“ auf. Die Kinder und Jugendlichen erhalten damit eine vernünftige Basis für ihr weiteres Leben. Dabei sind nicht nur die Familien im engeren Sinne gefordert, sondern auch, wie gerade gesagt, Kindertagesstätten, Schulen und auch der ganze außerschulische Bildungsbereich. Hier muss unbedingt etwas getan werden.

Kinder dürfen heute keine Last sein. Sie sind eher etwas, an dem wir Freude haben. Sie tragen zu unserem Lebensglück bei. Insofern bitte ich, dass wir den Leitantrag unterstützen; denn er sagt eines aus: Familienpolitik ist nicht nur Familienförderungspolitik im engeren Sinne, sondern ist auch Wirtschaftspolitik, Schulpolitik, Sozialpolitik, Finanzpolitik usw. Es ist wichtig, dass dies als Botschaft von diesem Parteitag ausgeht.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Nächste Redner sind Christel Humme, Jennifer Scheffler und Christiane Reckmann.

Christel Humme, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Ich habe heute Morgen in den Medien gehört, der heutige Tag unseres Parteitages wird nicht sehr spannend. Renate, sie hatten deine Rede noch nicht gehört. Liebe Genossinnen und Genossen, ist es nicht spannend, wenn wir als SPD einen Riesenkompetenzvorsprung in Sachen Familien gewonnen haben, ein Thema, das sonst immer nur von der CDU behandelt wurde, die jetzt noch immer kein Modell gegen unser schlüssiges Familienkonzept hat?

(Beifall)

Auf der einen Seite kommuniziert die CDU noch immer das Familiengeld und auf der anderen Seite kommuniziert Friedrich Merz das Familiensplitting. Ich sage euch: Beide Konzepte sind nicht das, was wir wollen. Sie sind nicht finanzierbar. Sie sind ungerecht, weil sie gut verdienende Familien stärker fördern als die Bezieher mittlerer und kleinerer Einkommen. Sie sind außerdem unmodern. Die CDU hält noch immer an dem alten Rollenbild fest, dass die Frauen zu Hause bei den Kindern bleiben sollen. Das, Genossinnen und Genossen, wollen wir nicht. Das zeigen die Leitanträge, die heute auf dem Tisch liegen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen ein Familienkonzept – das hat Renate gerade sehr deutlich gemacht –, das beides schafft, nämlich die materielle Absicherung auf der einen Seite und das Setzen von Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf der anderen Seite. Dieses Konzept ist nur dann modern, wenn es die Gleichstellung mitdenkt. Das heißt, dass die Frauen, die sich im Arbeitsprozess befinden, die gleichen Chancen vorfinden wie die Männer.

Lasst mich an dieser Stelle eine Sorge, die ich habe, äußern. Wir diskutieren zurzeit immer stärker Arbeitszeitmodelle, die in Richtung 40-, in die 42-Stunden-Woche gehen.

Wenn wir an Familie oder Frauen denken, müssen wir auch querschnittsdenken. Eine 42-Stunden-Woche ist familienpolitisch sicherlich völlig kontraproduktiv.

(Vereinzelt Beifall)

Darum ist es auch unsere Aufgabe – eine schwere Aufgabe für dich, Renate –, Gleichstellung durchzusetzen. Renate, du hast gerade gesagt, du musst dich mit den Mannsbildern auseinander setzen. Das ist richtig; denn zuständig für das BAT ist Otto Schily – er ist noch nicht da – und für arbeitsrechtliche Regelungen Wolfgang Clement. Ich hoffe, du hast sie alle an deiner Seite, wenn wir die EU-Richtlinien zur Gleichstellung umsetzen wollen.

Denn darum geht es in Zukunft: dass die Frauen Lohngleichheit erhalten, dass sie die gleichen arbeitsrechtlichen Bedingungen vorfinden wie die Männer.

Das ist, glaube ich, eine wichtige Botschaft dieses Parteitages für die Familien, für die Frauen: dass bessere gesellschaftliche Bedingungen geschaffen werden. Da kann ich, Genossinnen und Genossen, etwas anderes sagen als die Medien: In diesem Punkt bleibt es spannend in der Politik.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Jenny Scheffler, danach Christiane Reckmann.

Jennifer Scheffler, Bayern: Ja, liebe Genossinnen und Genossen, ich stimme mit sehr vielen Punkten dieses Antrags überein. Ja, wir müssen eine Gesellschaft schaffen, in der Familie und Beruf für Männer und Frauen besser vereinbar sind. Ja, wir müssen endlich mehr in qualitativ hochwertige Betreuung von Kindern und Jugendlichen investieren. Ja, die flächendeckende Einrichtung einer schülergerechten Ganztagschule ist unumgänglich.

Und doch, liebe Genossinnen und Genossen, hätte ich mir gewünscht, dass von diesem Antrag und von diesem Parteitag ein noch deutlicheres Signal ausgeht, das unsere Politik von der der Konservativen unterscheidet. Eine Politik, durch die die Rahmenbedingungen für Familien verbessert werden, ist gut. Eine Politik aber, die sich ausschließlich zum Ziel setzt, die Geburtenrate zu erhöhen und – wie Edmund Stoiber es möchte – Menschen zu bestrafen, die keine Kinder haben wollen oder können, ist es nicht. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, es ist eine große gesellschaftliche Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, dass insbesondere Frauen selbst und frei darüber entscheiden können, ob in ihren persönlichen Lebensplanungen Kinder vorkommen oder nicht. Wir dürfen nicht unter der Fahne des demographischen Faktors hinter diese Errungenschaft zurückgehen.

Ich begrüße ausdrücklich die Absätze zur politischen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen und zur UN-Kinderrechtskonvention in dem Antrag. Schade finde ich es andererseits, dass dieses Thema wieder einmal vor allen Dingen und im Rahmen der Familienpolitik Erwähnung findet.

(Vereinzelt Beifall)

Trotzdem unterscheiden wir uns gerade an dieser Stelle von Politikern der Union; denn für diese kommen Jugendliche leider nur im Kontext von Elitenförderung und Verschärfung des Jugendstrafrechts vor.

(Vereinzelt Beifall)

Ein konkretes Anliegen zu dem Antrag habe ich noch. Ich zitiere dazu von Seite 362 des Antragsbuches die Zeilen 18 bis 20: „Es darf nicht sein, dass Kindertageseinrichtungen und Schulen immer häufiger über ‚unerzogene‘ Kinder klagen.“ Ich hoffe, dass vonseiten der Antragsteller dieser Satz anders intendiert ist, als er auf mich ge-

wirkt hat. Dieser Satz bereitet mir Bauchschmerzen; denn er klingt nicht nach dem, was eine meiner Vorrednerinnen und Vorredner gesagt hat, nämlich dass Erziehung Hilfestellung sein soll zur Entwicklung einer selbstbewussten und kritikfähigen Persönlichkeit. Dieser Satz klingt vielmehr nach ungezogenen Kindern, die von ihren Eltern nicht dazu gebracht wurden, ruhig zu sein und den Erzieherinnen und Erziehern zu gehorchen. Er klingt nach Rückkehr zu Disziplin und Gehorsam.

Ich denke, dem Antrag geht nichts verloren, wenn dieser Satz nicht mehr darin enthalten ist. Ich bitte darum, diesen Satz zu streichen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Liebe Genossinnen und Genossen, ich weise euch darauf hin, dass wir vereinbart hatten, diese Debatte bis 10 Uhr zu führen. Ich habe jetzt noch sieben Wortmeldungen vorliegen. Ich glaube, es hat keinen Sinn, dass ihr weitere Wortmeldungen abgibt, weil wir sonst nicht mit dem Tagesprogramm durchkommen. – Christiane Reckmann, dann Bärbel Dieckmann.

Christiane Reckmann, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind hier aufgefordert worden, uns auch unsere Erfolge anzusehen. Ich möchte Renate Folgendes sagen: Vor über 20 Jahren – du wirst dich nicht daran erinnern – habe ich dich in die Waldgaststätte „Süße Mutter“ in Schaumburg eingeladen. Dort in Schaumburg warst du die zweite Garde des ASF-Bundesvorstandes. Unser Thema war Kinderbetreuung. Ich erwähne das deshalb, weil ich glaube, der größte Erfolg ist, dass du mit diesem Thema, auch mit dem frauenpolitischen Ansatz, nun auf dieser Konferenz stehst und den Applaus bekommen hast, den du verdienst.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte Renate bei diesem Thema unterstützen, weil ich glaube, dass der Antrag sehr gut ist und die Unterschiede, die bei der Familienpolitik zu berücksichtigen sind, auch berücksichtigt. Ich finde es richtig, dass in dem Antrag die Kinderbedarfe erwähnt werden, dass erwähnt wird, dass wir frühe Bildung brauchen, dass wir die Kinder fördern müssen. Ich finde es richtig, dass wir in dem Antrag deutlich machen, dass Familienpolitik eine Querschnittsaufgabe ist, dass die Situation gerade der jungen Eltern eine Bedeutung in der Arbeitswelt hat und dass wir Partner finden müssen, die gerade in der Zeit, in der Kinder erzogen werden, Arbeitsplätze schaffen, die Familien, und zwar Vätern und Müttern, ermöglichen, Kinder zu betreuen und gleichzeitig einem Beruf nachzugehen. Das alles ist, wie ich denke, in diesem Antrag gut aufgearbeitet. Er macht auch deutlich, dass eine Investition in Kinder eine gute Investition ist.

Manche jammern, dass wir dafür zum Teil kein Geld hätten. Ich finde es richtig, dass du, Renate, das Augenmerk auch darauf richtest, dass wir uns in einer Gesellschaft

wie dieser immerhin – ich finde diese Zahl beeindruckend – 1 Million arme Kinder unter sieben Jahren leisten. Ich denke, da können wir in eine andere Richtung investieren.

Ich möchte an dieser Stelle allerdings nicht nur Renate erwähnen, sondern auch deutlich machen, dass dieses Projekt – Ute hat uns daran erinnert und wir haben alle geklatscht – nur zu bewältigen ist, wenn wir es gemeinsam bewältigen. Renate hat angefangen, auf Bundesebene entsprechende Gelder zur Verfügung zu stellen. Letztlich wird die Betreuung gerade in den Kommunen umgesetzt. Wenn wir es ernst meinen mit der Familienpolitik, dann kann es nicht sein, dass wir in den Ländern Gesetze zurücknehmen, sodass die Kinderbetreuung nicht mehr gewährleistet ist. Wir dürfen Renate hier nicht nur mit einem berechtigten Applaus begleiten, sondern müssen das auch gemeinsam umzusetzen. Nur so können wir glaubwürdig sein, Genossinnen und Genossen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Bärbel Dieckmann, ihr folgt Uli Nissen.

Bärbel Dieckmann, Parteivorstand: Liebe Genossen und Genossinnen! Ich begrüße ausdrücklich – dir, Renate, gilt unser besonderer Dank –, dass wir die Themen Familie, Kinder, Zukunft, demographischer Wandel wieder zum Mittelpunkt der Politik



unserer Partei gemacht haben. Als ich in den 70er-Jahren meine Kinder bekommen habe, da gab es die Diskussion, von Konservativen geführt, Familie und Beruf seien für Frauen nicht vereinbar. Ich konnte das schon damals nicht akzeptieren. Ich hatte eine gute Ausbildung und ich wollte meinen Beruf ausüben und Kinder haben. Bei den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen war es fast unmöglich, das umzusetzen. Es war im Prinzip nur für diejenigen möglich, die ein gutes Einkommen hatten und private Betreuung organisieren konnten.

Es hat fast 30 Jahre gedauert, bis wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die entscheidenden Schritte gemacht haben, um das für die Zukunft zu verändern. Das war nötig; denn die jungen Frauen und die jungen Männer haben darauf reagiert, dass wir sie vor die Wahl zwischen Beruf und Familie gestellt haben: Die Geburtenrate ist zurückgegangen.

Deshalb appelliere ich – Ute Vogt, auch da stimme ich mit dir überein; du hast eben gesagt, dass hoffentlich alle, die hier applaudieren, das mit umsetzen –:

Wir müssen noch viel mehr dafür tun, den jungen Familien zu ermöglichen, Erwerbstätigkeit und Familie zu vereinbaren. Wir erfüllen den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Ich glaube, das tun inzwischen alle Kommunen. Wir haben immer noch Probleme bei Kindern unter drei Jahren. Ich erlebe es gerade bei meiner Tochter – es ist wirklich wie ein Déjà vu –, die eine acht Monate alte Tochter hat und wieder in den Beruf einsteigen will. Sie findet nur in einer privaten Einrichtung einen Platz für ihre Tochter.

Wir haben in vielen Bundesländern, auch in Nordrhein-Westfalen, noch nicht genügend Ganztagsplätze in Grundschulen. Deshalb begrüße ich es, dass sich der Bund mit engagiert. Wir Kommunen wollen uns nicht aus der Verantwortung stellen; das sage ich als Oberbürgermeisterin einer großen Stadt ausdrücklich. Aber wir haben in den letzten Jahren Probleme gehabt. Renate, du solltest sehen, wie heute in Nordrhein-Westfalen das Programm der offenen Ganztagschulen umgesetzt wird – dies geschieht auch deshalb, weil es die Investitionsmittel des Bundes gibt – und wie dankbar die Eltern dafür sind. Es gibt in Bonn bei allen sechs offenen Ganztagsgrundschulen, die wir in diesem Schuljahr eingeführt haben, einen absoluten Anmeldeüberhang. Wir haben pro Schule 30 bis 40 Kinder ablehnen müssen. Das heißt, Druck ist vorhanden. Wir werden dieses Programm ausbauen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns diesen Weg weitergehen, und zwar nicht nur deswegen, weil der demographische Wandel die Grundlage für die Lösung vieler anderer Probleme – ob es das Rentenproblem oder Reformen im Gesundheitsbereich sind – sein muss, sondern auch deswegen, weil wir eine Gesellschaft haben wollen, in der Junge und Alte zusammenleben können! Wir brauchen in dieser Gesellschaft Kinder. Dies ist ein Uranliegen von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen. Ich will euch daran erinnern, dass bei den letzten Wahlen gerade die Mehr-

heit der Frauen SPD gewählt hat. Ich denke, das drückt ein Stück Vertrauen dahingehend aus, dass wir diese Probleme lösen können.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Jetzt kommt Uli Nissen. Ihr folgt Margitta Schmidtke.

Ulrike Nissen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Dankenswerterweise hat Gerhard Schröder am Montag in seiner Rede das Thema „Kinder und Karriere“ angesprochen. Es wäre schön, wenn in Zukunft in allen Reden gesagt und in allen Schriften stehen würde, dass sich nicht nur die Frauen zwischen Kinder und Karriere entscheiden müssen. Es müssen sich vielmehr Männer und Frauen zwischen Kinder und Karriere entscheiden. Das sollten wir in die Köpfe hineinbekommen.

(Beifall)

Das sollten wir „gendern“; dies ist ganz wichtig. Denn noch immer werden nur die Frauen gefragt, was sie mit der Kinderbetreuung machen. Die Männer werden das nicht gefragt. In die Köpfe muss hinein: Männer und Frauen sind gleichzeitig für die Betreuung der Kinder verantwortlich.

(Beifall)

Renate hat die Geburtenquote von 1,34 Kinder pro Frau angesprochen. Ich fände es einmal hochspannend, zu sehen, welche Quote hoch-, mittel- und nicht ganz so hoch qualifizierte Frauen haben oder welche Quote Frauen mit einer bestimmten Berufsausbildung haben. Denn ich stelle ganz klar fest: Nahezu 90 Prozent meiner hochqualifizierten Kundinnen bekommen keine Kinder. Sie sagen: Das ist mir nicht möglich. Ich will Karriere machen können. Die Grundbedingungen machen es nicht möglich, Kinder zu bekommen.

Es gibt zwar einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und in manchen Kommunen – Renate hat es sehr schön ausgedrückt – gibt es vielleicht eine Betreuungsmöglichkeit zwischen 8 und 12 Uhr. Wenn ich Glück habe, darf ich mein Kind auch am Nachmittag bringen. Aber das hilft mir nicht, wenn ich berufstätig sein will, besonders dann nicht, wenn ich höher qualifiziert berufstätig sein will. Deshalb sollte es mittel- und langfristige – natürlich am liebsten kurzfristige – unser Ziel sein, ein Recht auf Ganztagsbetreuung auch im Kindergarten einzuführen. Dann hätten wir viel gewonnen. Deshalb fände ich es schön, wenn wir auf Seite 23 des Antragsbuches nach Zeile 20 einfügen würden: „Dazu ist es notwendig, den Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung im Kindergarten auszuweiten.“

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Jetzt kommt Margitta Schmidtke. Ihr folgt Jörg Wenghöfer.

Margitta Schmidtke, Bremen: Genossinnen und Genossen! Ich möchte die Diskussion in eine etwas andere Richtung lenken. Ich denke, wir diskutieren zurzeit über die natürliche Familie: über Mutter, Vater und Kinder. Es gibt auch eine so genannte Zweitfamilie: die Pflegefamilie. Ich möchte dazu ein Stück aus meinem Leben erzählen. Ich bin verheiratet und habe zehn Kinder, von denen nicht alle in der eigenen Werkstatt entstanden sind. Ich habe auch einige in Auftrag gegeben.

(Vereinzelt Beifall)

Diese Kinder können sicher sein, dass sie alle Wunschkinder sind. Von den eigenen Kindern kann man das ja nicht immer sagen.

Aus der Erfahrung mit meinen Pflegekindern möchte ich ein Stückchen Realität in unsere Diskussion bringen. Ich habe seit 30 Jahren Pflegekinder. Ich habe zum Beispiel ein Mädchen erlebt, das von seinem Vater geliebt wurde, wie es einem Vater nicht zusteht. Ich habe einen Jungen erlebt, der die Freier seiner Mutter aussuchen musste und der mir dann, als er ein Stückchen Sicherheit gewonnen hatte, sagte: Auch ich habe schon einmal geklaut. 50 DM habe ich meiner Mutter geklaut. Ich habe mir zwei Frikadellen gekauft. Ich war so satt. – Er lebte hier im reichen Deutschland zwei Jahre aus der Mülltonne. Dieses Kind hatte das Bedürfnis, mir dieses Geständnis des Stehlens zu machen, aber mit dem Zusatz: Ich war danach richtig satt. Ich habe ihm gesagt: Ich kann dich verstehen. Klauen ist nicht in Ordnung; aber dies war eine Notsituation. – Dies erleichterte den Jungen.

Ich habe Kinder, die durch Misshandlungen behindert sind. Ich habe Kinder, die aufgrund von Unterversorgung und Vernachlässigung Sonderschüler sind, also Lernbehinderungen haben und Verhaltensauffälligkeiten zeigen, was – angeblich – eine Beschulung in der Regelschule nicht zulässt. Diese Kinder erleben, dass sie als Opfer wieder erneut zu Opfern werden.

Mein Anliegen ist an dieser Stelle, dass wir die Pflegefamilie – und dies nicht als Ersatzfamilie, sondern bitte als gleichgestellte Familie mit gleichen Rechten wie die natürliche Familie – in unsere Diskussionen und in die Gesetzgebung einbinden. Ich finde, die Pflegefamilien – damit meine ich überhaupt nicht mich – haben es wirklich verdient. Sie leisten eine gute und wichtige Aufgabe an der Stelle, an der viele natürliche Familien aus ganz unterschiedlichen Gründen heraus – überhaupt nicht aus Eigenverschulden; sie sind in der Kindheit häufig selber Opfer gewesen – nicht das haben leisten können, was sie den Kindern schuldig sind.

Ich denke, da sind wir als Politiker, aber auch die Gesellschaft insgesamt gefordert. Das bitte ich in der Gesetzgebung mit zu bedenken.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Jetzt kommt Jörg Wenghöfer. Es folgt Frank Steffen.

Jörg Wenghöfer, Schleswig-Holstein: Genossinnen und Genossen! Es gibt in Deutschland eine riesige Verschwendung. Milliarden von Euro werden verschwendet. Man lässt Mädchen zur Schule gehen und bildet sie anschließend als junge Frauen aus. Renate, manche Untersuchungen besagen ja sogar, dass sie besser abschneiden als die Männer. Das mag ich bezweifeln.

(Heiterkeit)

Aber man sollte sich eines Besseren belehren lassen. Fakt ist aber: Dann, wenn sie so richtig loslegen können, wenn es darum geht, voll in das Berufsleben durchzustarten, dann tickt, wie du gesagt hast, die Uhr. Dann sollten sie eigentlich sagen: Jetzt gibt es Kinder.

Was passiert dann? – Das wisst ihr alle. Es besteht nicht die Frage, wer die Kinderbetreuung übernehmen soll. Die stellt sich eigentlich gar nicht. Die Frage, wer die Kinderbetreuung übernehmen wird, wird folgendermaßen beantwortet: derjenige, der das höhere Einkommen hat. Es ist nicht so, dass sich junge Männer nicht um ihre Kinder kümmern wollen.

Insofern ist es eine Frage der Selbstbestimmung, wie man sein Leben einrichtet. Moderne Volkswirtschaften sind arbeitsteilig organisiert. Das heißt, sie schaffen eine bestimmte Infrastruktur, damit das eine und das andere geht. In unserem Sinne heißt das: eine Infrastruktur schaffen, damit Karriere und Familie funktioniert. Das heißt Investitionen in Betreuung und in Bildung und nicht die Auszahlung von Gebärprämien.

Renate, du hast Recht: Es ist längst überfällig; wir haben keine Zeit mehr. Wir müssen tätig werden. „Beruf und Karriere“ ist eine Frage des Bruttoinlandsproduktes, also mehr oder weniger eine Frage des Status quo. Elternschaft ist eine Frage des Wirtschaftswachstums und der sozialen Sicherheit. Kinder zu haben ist nicht nur eine Frage der Familienplanung, sondern auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, Genossinnen und Genossen. Wer investiert denn in eine sterbende Gesellschaft?

Renate, natürlich sind Nestwärme und die Tatsache, Zeit zu haben, für Eltern und Kinder wichtig. Aber damit es überhaupt Kinder gibt, muss man finanzielle und infrastrukturelle Notwendigkeiten angehen, also die Voraussetzungen dafür schaffen. Ansonsten wird dies nicht funktionieren. Lasst uns also das Wichtige für unsere Zukunft tun! Lasst uns das im Bund, in den Ländern und vor allen Dingen auch in den Kommunen umsetzen, Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Es folgt Frank Steffen. Als letzter Redner in dieser Debatte spricht Jochen Ott.

Frank Steffen, Brandenburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Nun sind die jungen Männer da. Liebe Ute, wir haben deine Botschaft verstanden. Aber gerade wir, die wir Anfang 30 sind, leben ein ganz anderes Familienbild, als uns dies die Konservativen vormachen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb bin ich sehr froh, dass wir dies als Sozialdemokraten deutlich betonen. Wir sind in dieser Hinsicht nämlich eine moderne Partei, eine Reformpartei, die an der Spitze der Bewegung steht.

In unserem Antrag 277 geht es auch um Flexibilisierung, um die Anpassung der Arbeitszeit. Ich glaube, das ist ein ganz entscheidender Punkt in dieser Frage. Wir diskutieren im Moment, wie wir die Arbeitszeiten so flexibel gestalten können, dass sie unseren Unternehmen mehr dienen. Dabei vergessen wir aber, dass der Satz richtig ist: Familie ist da, wo Kinder sind; aber Familie ist auch da, wo Mutter und Vater sich gemeinsam um die Kinder kümmern können. Es nützt keiner Familie etwas, wenn der Vater Sonnabend und Sonntag zu Hause ist und die Mutter Montag und Dienstag. Sie müssen sich gemeinsam um die Kinder kümmern können.

Untersuchungen belegen, dass das größte Problem junger Väter ist, dass sie in Sorge sind, sich nicht richtig um ihre Kinder kümmern zu können. Ich kann das aus eigenem Erleben sagen. Mein Lukas sagte, als ich losfahren wollte: Wo fährst du denn hin? – Zum Parteitag. – Wie lange bleibst du denn weg? Musst du unbedingt dorthin fahren? – Ich sagte: Ja, ich muss dahin, weil es wichtig ist. – So erleben wir es jeden Tag. Deshalb ist wichtig, gerade diesen Gesichtspunkt beim Thema „Flexibilisierung der Arbeitszeiten“ zu beachten.

Wenn ich im Kaufhaus bin, spreche ich immer wieder mal mit den Verkäuferinnen und frage sie: Sagen Sie, wie machen Sie das eigentlich? Sie kommen doch erst um 21 Uhr nach Hause. – Dann heißt es oft: Ja, die Oma ist da. Oder: Der Opa ist da. – Mein Mann arbeitet in Schichten. Es ist schon nicht ganz einfach. – Deshalb sage ich: Es ist nicht gut, nur alles flexibler zu gestalten und länger einkaufen gehen zu können. Wir müssen auch die Zeiten für die Kinder freihalten.

(Beifall)

Es steht nicht umsonst im Grundgesetz, dass die Arbeit am Sonntag zu ruhen hat. Das gilt aber für viele Berufe nicht, zum Beispiel für Krankenschwestern, für Feuerwehrleute und für Polizisten. Das sollten wir bei der Diskussion dieses Themas bedenken.

Einen Fehler sollten wir nicht machen. Hier ist gesagt worden, die Eltern bräuchten Hilfe bei der Erziehung. Nicht alle brauchen eine solche Hilfe. Wir müssen die Vorbilder in den Vordergrund rücken. Es gibt eine Menge guter Familien. Der Genosse von der AG „60 plus“ hat das gesagt; ich erlebe es auch bei uns: Wir müssen die Rolle der Omas und Opas, die ja immer jünger und viel leistungsstärker werden, stärker

einbeziehen. Wenn dieses Signal von Bochum ausgeht, dann bin ich sehr zufrieden und sehr gerne in der sozialdemokratischen Partei.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Jochen Ott.

Jochen Ott, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Wir als Unterbezirk Köln haben den Antrag 279 zum Thema Bildungspolitik eingebracht. Hier wurde gesagt, dass er durch Annahme von Antrag 1 erledigt ist. Ich denke, dass das, was du heute Morgen vorgestellt hast, Renate, mehrheitsfähig ist. Das entspricht unserer Vision, mit der wir, wie ich glaube, auch die Mehrheit der Menschen in diesem Land erreichen.

Was mir aber wichtig ist und was wir aus meiner Sicht bisher nicht richtig verstanden haben – vielleicht haben wir es auch verstanden, aber sagen es oftmals nicht –, ist, dass wir Kinder- und Jugendpolitik aus einer Hand anbieten müssen. Das ist es auch, was in diesem Antrag steht.

Was mich als jungen Lehrer wahnsinnig macht, ist, dass man Jugendliche vor sich hat und weiß, dass es Einzelne gibt, die vom Jugendamt, vom Sozialamt oder sogar vom Gesundheitsamt betreut werden, aber keiner der Beteiligten – unabhängig von den Lehrern – miteinander redet, voneinander weiß. Verschiedene Menschen wirken auf die Familien des Kindes ein, versuchen, zu stützen und zu helfen, aber keiner weiß voneinander. Wenn dieses System nicht durchbrochen wird, dann werden wir im Bereich der Erziehung, aber auch im Bereich der Bildungspolitik keine Erfolge erzielen.

Es scheint mir ganz besonders wichtig zu sein, darauf zu achten – das ist der Tenor des Kölner Antrags –, dass die lokalen Netzwerke – so, wie ihr es beschrieben habt – so organisiert werden, dass Informationen ausgetauscht werden und dass von vornherein Förderpläne für die Kinder gemacht werden. Wir wissen nämlich – das war in vielen Redebeiträge der letzten zwei Tage Thema –, dass in den ersten sechs bzw. zehn Jahren die Grundlagen für die Entwicklung der Kinder gelegt werden. Deshalb ist es für mich besonders wichtig, dass wir diese Vernetzung am Beginn des Lebens hinbekommen.

Das wird auch zu Veränderungen führen, was Jugendhilfe angeht. Wir müssen uns die Frage stellen: Will man wirklich in jedem Stadtteil ein Jugendzentrum haben und funktionierende Ganztagschulen? Wird man es wirklich weiterhin zulassen können, dass der Datenschutz wichtiger ist als die Betreuung der Kinder? Wie ist es beispielsweise mit einem Informationsaustausch der Ärzte vor Ort, wenn sie feststellen, dass die Kinder Fehlentwicklungen aufweisen, zum Beispiel weil sie sich falsch ernähren. Solche Fragen müssen eine Rolle spielen. Wir Sozialdemokraten werden Gerechtigkeit wieder neu definieren müssen. Dies wird nicht mehr so beantwortet werden können, wie wir es in der Vergangenheit getan haben.

Ich bin sehr froh über diesen Bundesantrag und die entsprechenden Leitlinien. Wir stehen voll dahinter. Deshalb sind wir auch mit dem Votum der Antragskommission einverstanden. Mir war es nur wichtig, hier noch einmal deutlich zu machen, dass es um eine Veränderung geht und dass dies enden muss mit der zentralen Forderung: Kinder- und Jugendpolitik sowie Schulpolitik müssen aus einer Hand angeboten werden. Dafür werden wir uns jedenfalls auf kommunaler Ebene weiterhin massiv einsetzen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Danke schön. – Dann hat jetzt für die Antragskommission Renate Schmidt das Wort.

Renate Schmidt, Antragskommission: Liebe Genossen! Liebe Genossinnen! Ich möchte jetzt nicht alle in der Diskussion angesprochenen Punkte aufgreifen, sondern nur noch zu dreien etwas sagen.

Erstens zu der Frage, die vorhin gestellt worden ist. Es geht um die Frage der Kinderlosigkeit im Hinblick auf die unterschiedlichen Qualifikationen der Frauen. Das Problem in Deutschland ist nicht, dass die Familien inzwischen so klein geworden sind und es so viele Ein-Kind-Familien gibt. Das ist nicht der Fall. Wenn einmal die Entscheidung für das erste Kind gefallen ist, fällt sie meistens auch für das zweite. Aber bei uns gibt es, verglichen mit den Ländern der Europäischen Union, die höchste Kinderlosigkeitsquote.

Ich möchte dies einmal an einem Beispiel deutlich machen: Bei den Frauen des Geburtsjahrgangs 1965, also den heute 38-Jährigen, beträgt die Kinderlosigkeit rund ein Drittel, also 33 Prozent. Einige von ihnen werden vielleicht noch Kinder bekommen; viele werden es aber nicht mehr sein. Jetzt zu den höher qualifizierten Frauen: Die höchste Kinderlosigkeit – das ist vorhin richtig vermutet worden – gibt es bei den Frauen mit der besten Ausbildung. Bei Akademikerinnen desselben Geburtsjahrgangs, also auch des Jahrgangs 1965, beträgt die Kinderlosigkeitsquote 41 Prozent. Vorhin ist gesagt worden, man dürfe dies nicht unter dem Aspekt der Demographie betrachten. Natürlich sollte man jetzt keine Anreize setzen, sodass Frauen Kinder bekommen, die gar keine wollen. Das will niemand in der Sozialdemokratie. Ich wage es aber zu bezweifeln, dass 41 Prozent dieser Frauen mit dieser Qualifikation freiwillig und bewusst kinderlos sind.

Wenn wir sagen: Das bleibt so!, dann tragen wir dazu bei, dass sich Menschen ihre Wünsche, ihre Lebensträume nicht erfüllen können. Wir müssen dafür sorgen, dass ihre Wünsche Wirklichkeit werden können, und die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Ein Großteil dieser Frauen wünscht sich nämlich Kinder. Sie bekommen aber keine, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Kinderwünsche werden immer weiter in die Zukunft verschoben, bis es irgendwann einmal zu spät ist und sie

sich fragen: Muss ich jetzt im Großmutteralter tatsächlich noch Kinder bekommen? Dies zu verändern ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Vorhin ist auch gesagt worden, dass zu bezweifeln ist, ob Frauen jetzt tatsächlich besser qualifiziert sind als Männer. Liebe Männer, es ist leider so. Frauen haben inzwischen die besseren Schulabschlüsse. Es gibt mehr Studienanfängerinnen. Auch bei der beruflichen Ausbildung haben wir die Mannsbilder überholt. Es ist leider so, aber seid nicht traurig: Wir helfen euch, damit es euch bald wieder besser geht.

(Beifall)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, bezieht sich auf die Pflegefamilien. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt. Ich nehme den Auftrag, auch an die Pflegefamilien zu denken, gerne auf. In der Bundestagsfraktion kümmert sich Anton Schaaf sehr um das Thema Pflegefamilien. So haben wir auch bei den Veränderungen beim Erziehungsgeld, die leider notwendig geworden sind, die Pflegefamilien an bestimmten Stellen stärker berücksichtigt.

Wir haben ganz schnell, nämlich innerhalb von vier Wochen, in Zusammenarbeit zwischen meinem Ministerium und dem Finanzministerium eine Regelung gefunden – dies war notwendig, weil der Bundesfinanzhof eine vollkommen absurde Regelung geschaffen hat, die bedeutet hätte, dass viele Pflegefamilien kein Kindergeld mehr für die Kinder in Dauerpflege bekommen hätten –, die den Pflegefamilien das ihnen zustehende Kindergeld belässt.

(Beifall)

Ich halte das für notwendig und richtig. Ich werde diesen Auftrag gern aufnehmen. Ich weiß, unter welchen schwierigen Situationen Pflegefamilien arbeiten.

Vorhin hat eine Genossin ihre Situation und die ihrer Kinder geschildert. Es ist richtig, was gesagt wurde, nämlich dass in vielen Familien die Eltern wichtige Bezugspersonen, wichtiges Vorbild sind. Das soll man auch nicht wegdiskutieren. Aber es gibt eben auch die Kinder aus anderen Familien. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Kinder in unserem Land vernünftig aufwachsen können, nicht nur ein Teil der Kinder. Das steht in diesem Antrag und das wollen wir durchzusetzen versuchen.

(Beifall)

Als letzten Punkt möchte ich die Flexibilisierung der Arbeitszeit ansprechen. Seht bitte Folgendes. Wenn wir sagen, es muss im Interesse der Unternehmen flexibilisiert werden, dann darf das natürlich nicht heißen: gegen die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Vernünftige Unternehmen – solche gibt es heute in der Bundesrepublik Deutschland Gott sei Dank schon ein paar mehr – sagen: Ich denke die Verpflichtungen meiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit. Das nennt man so schön Diversity Management. Diese Firmen profitieren davon. Es ist doch

richtig, wenn man sagt, dass ein Mensch in bestimmten Zeiten seines Lebens so richtig ranklotzen kann, nämlich wenn er ganz jung ist und wenn die Kinder aus dem Haus sind, aber wenn man Kinder zu versorgen hat, muss man die beruflichen Zeiten ein Stückchen zugunsten der Familien zurückschrauben.

Unternehmen, die das berücksichtigen, werden eine höhere Mitarbeiterzufriedenheit haben, eine geringere Fluktuation. Sie werden insgesamt davon profitieren, wir alle miteinander ebenso. Das will ich in der Allianz für die Familie den Unternehmen auch klar machen, dass Flexibilisierung nicht eine Flexibilisierung zulasten von Familien bedeuten kann.

(Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Ganz herzlichen Dank, liebe Renate. – Ich rufe jetzt zur Abstimmung über Kapitel 2 des Antrags 1 – das sind die Seiten 20 bis 22 – auf. Die Überschrift lautet: „Wir sorgen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen: für ein kinderfreundliches Deutschland“. Es wird empfohlen, einen Teil des Initiativantrages 24 aufzunehmen.

Renate Schmidt, Antragskommission: Initiativantrag 24 betrifft die sicherlich etwas verunglückte Formulierung, die vorhin kritisiert worden ist. Die Zeilen 54 bis 60 des Antrags 1 sollen durch den Text ersetzt werden, der im Initiativantrag 24 vorgeschlagen wird:

„Bei der Lösung der gesellschaftlichen Probleme können wir auf das Engagement der Älteren nicht verzichten. Sie erbringen bereits heute ein hohes Maß an sozialer Unterstützung innerhalb der Familien und in der Gesellschaft. Sie sind dadurch ein unverzichtbarer Stabilitätsfaktor in der praktischen Sozialpolitik. Ihre Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement und ihre Kompetenz sollte durch die Gesellschaft für die wachsenden Aufgaben besser genutzt werden.“

Dieser neue Text ersetzt den alten Text.

Vorsitzende Ute Vogt: Dann darf ich fragen, wer dem Änderungsantrag in dieser Fassung zustimmen möchte. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht.

Es gab einen weiteren Änderungsantrag von Ulrike Nissen.

Renate Schmidt, Antragskommission: Danach ist vorgesehen, auf Seite 23 in Zeile 20 einzusetzen: „Dazu ist es notwendig, den Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung auszuweiten.“ Ich habe vom Prinzip her nichts dagegen. Aber ich bitte darum, jetzt nicht einen neuen gesetzlichen Auftrag zu formulieren, da wir uns mitten in den Verhandlungen über die Betreuung der Kinder unter drei Jahren befinden. Wir müssen ein bisschen schauen, welche Prioritäten wir setzen. Die Notwendigkeit wird von mir nicht bestritten.

Ich bitte darum, diesen Antrag nicht anzunehmen, sondern bei der Fassung der Antragskommission zu bleiben.

Vorsitzende Ute Vogt: Dann darf ich fragen, wer insgesamt den Seiten 20 bis 22 des Antrags in der Fassung der Antragskommission zustimmen möchte, und zwar mit der Ergänzung aus dem Initiativantrag 24. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Dann sind die Seiten 20 bis 22 des Antrags 1 mit der Überschrift „Wir sorgen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen“ so angenommen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zu dem Kapitel „Wir sorgen für Geschlechtergerechtigkeit“. Das sind die Seiten 23 und 24.

Renate Schmidt, Antragskommission: Es wird vorgeschlagen, diese beiden Seiten in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Der Initiativantrag 16 soll durch die Annahme des Antrags 1 in der Fassung der Antragskommission erledigt sein.

Arne Schneider, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Der Bezirk Hannover beantragt, auf Seite 23 in Zeile 41 die Worte „IT-Berufe“ durch „naturwissenschaftlichen und technischen Berufe“ zu ersetzen. – Renate sagt: angenommen durch die Antragskommission.

Zum anderen soll auf Seite 24 in den Zeilen 12 und 13 der Satz „Und Erwerbstätigkeit der Partnerin bedeutet für den Mann Entlastung von der Verantwortung des Alleinverdieners“ ersatzlos gestrichen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Renate Schmidt, Antragskommission: Ich empfehle – ohne Rücksprache mit der Antragskommission – beides zur Annahme.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Ute Vogt: Ich sehe keinen Protest von weiteren Mitgliedern der Antragskommission. Wir kommen zur Abstimmung über die nunmehr veränderte Fassung des Antrags 1 auf den Seiten 23 und 24. Wer möchte der Fassung der Antragskommission zustimmen? – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Dann ist dieser Antrag so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Damit ist der Initiativantrag 16 erledigt.

Wir haben dann noch den Antrag 350.

Renate Schmidt, Antragskommission: Dieser Antrag soll erledigt sein durch die Annahme des Antrags 1 in der Fassung der Antragskommission. Der Rest soll an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung überwiesen werden. Der dritte Absatz soll ebenfalls an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung überwiesen werden. Der vierte Absatz ist erledigt durch die Annahme von A 426 in der Fassung der Antragskommission. Das haben wir gestern beschlossen.

Vorsitzende Ute Vogt: Dann darf ich fragen, wer den Vorschlägen der Antragskommission zustimmt. – Gegenstimmen? – Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Dann ist dies so beschlossen.

Wir kommen jetzt noch zum Antrag 351, Frauenförderung.

Renate Schmidt, Antragskommission: Der dritte Absatz soll durch die Annahme von A 1 in der Fassung der Antragskommission erledigt sein. Der Rest soll an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung überwiesen werden.

Vorsitzende Ute Vogt: Vielen Dank. – Ich darf fragen, wer diesem Votum der Antragskommission zustimmt. – Gegenstimmen? – Eine. Enthaltungen? – Keine. Dann ist dies ebenfalls so beschlossen. Ganz herzlichen Dank.

Dann haben wir noch über die Anträge 277 bis 285 zu befinden.

Renate Schmidt, Antragskommission: Zum Antrag 277 liegen keine Änderungsanträge vor, mit Ausnahme dessen, der heute hier genannt worden ist, den ich übernehmen möchte, nämlich auf Seite 362 den Satz, der in der Zeile 18 beginnt, zu streichen. In dieser Fassung empfiehlt die Antragskommission die Annahme des Antrags 277. Gleichzeitig sollen die Anträge 279 und 282 für erledigt erklärt werden.

Vorsitzende Ute Vogt: Es gibt noch eine Ergänzung, eine Änderung zum Leitantrag, Renate. Das betrifft den Antrag 285. Dazu soll in dem Antrag 277 folgende Fassung aufgenommen werden – –

Renate Schmidt, Antragskommission: Entschuldigung, ja. Es soll übernommen werden: „Dazu gehört die systematische und kontinuierliche Fort- und Weiterbildung des hier tätigen pädagogischen Personals.“

Vorsitzende Ute Vogt: Wir würden dann den Antrag 277 mit dem Teil aus dem Antrag 285 ergänzen, den Renate eben vorgetragen hat.

Renate Schmidt, Antragskommission: Und der einen Änderung auf der Seite 362 in Zeile 18.

Vorsitzende Ute Vogt: Das wären die Änderungen. Wer dem Antrag in der durch die Antragskommission geänderten Fassung folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Dann ist der Antrag 277 so beschlossen.

Erledigt sind dadurch die Anträge 279 und 282.

Dann kommen wir zum Antrag 278. Er bezieht sich auf das Thema Bildung.

Renate Schmidt, Antragskommission: Dieser Antrag soll nach Vorstellung der Antragskommission in folgender Fassung angenommen werden: Auf der Seite 370, Zeile 10 soll „Länder übergreifender“ ersetzt werden durch „bundesweiter Schulform unabhängiger“. Das geschieht zur Verdeutlichung.

Außerdem soll auf der Seite 371, Zeile 10 nach „Studienabschluss“ eingefügt werden: „sowie für ein Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt.“

Vorsitzende Ute Vogt: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von 278 in dieser geänderten Fassung. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann ist dieser Antrag in der geänderten Form so beschlossen.

Antrag 280; hier geht es um die Grundsicherung für Kinder. Es wird vorgeschlagen: Überweisung an Bundesregierung und Bundestagsfraktion. Wer dem so zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Ebenfalls nicht. Dann ist dies so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 281. Hier geht es um die rechtliche Absicherung familiären Zusammenlebens. Hier wird vorgeschlagen: Überweisung als Material an Bundestagsfraktion. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dies ebenso beschlossen.

Beim Antrag 283, Kinderfördergeld, ist Überweisung an Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch dies so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag 284. Hier geht es um das Thema Familienwahlrecht. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Der Antrag spricht sich inhaltlich gegen ein Familienwahlrecht aus. Wer dem Antrag 284, kein Familienwahlrecht einzuführen, zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen.

Den Antrag 285 haben wir vorhin schon in den Antrag 277 eingearbeitet.

Damit haben wir das Thema Zukunft für Kinder und Zukunft mit mehr Kindern zukunftsweisend behandelt. Es geht jetzt darum, das alles umzusetzen, nicht nur in den Parlamenten, sondern ganz persönlich dort, wo wir selber Vorbild sein können.

(Beifall)

Ganz herzlichen Dank. – Ich darf weitergeben an Martin Schulz.

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Ute. – Liebe Genossinnen und Genossen, wir fahren auf unserem Weg in die Zukunft fort und sorgen nun für solide Finanzen. Dazu beraten wir den Antrag A 1 – das ist klar – und darüber hinaus die Anträge A 76 bis A 133, zusätzlich den Initiativantrag 27 und dazu die Änderungsvorschläge 1 bis 3. Das Ganze findet ihr im Antragsbuch auf den Seiten 24 bis 27, sofern es den Antrag A 1 betrifft. Die restlichen aufgerufenen Anträge – 76 bis 133 – findet ihr auf den Seiten 163 bis 188.

Zur Einführung hat jetzt Jochen Poß das Wort als Berichterstatter der Antragskommission.

Einführung Leitantrag „Wir sorgen für solide Finanzen“

Jochen Poß, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen, zum Abschluss des Parteitags darf man sicherlich schon einmal Geheimnisse ausplaudern. Wir beschließen heute Morgen mit dem Leitantrag auch das Steuerkonzept der SPD, das vielen Anforderungen genügt, die in der öffentlichen Debatte der letzten Wochen genannt wurden. Es ist einfach, es ist sozial ausgewogen, es ist familienfreundlich – das haben wir vorhin in der Debatte noch einmal erfahren – und es ist seriös finanziert und damit mit der Situation der öffentlichen Kassen zu vereinbaren. Bis ist ein ganz wichtiger Punkt, was die Realisierbarkeit von Politik angeht.

(Vereinzelt Beifall)

Leistung lohnt sich wieder. Für den ersten verdienten Euro jenseits eines sehr erhöhten steuerfreien Existenzminimums werden nur noch 15 Prozent Steuern gezahlt. Das ist eine Zahl, die man sich vor Jahren so noch gar nicht vorstellen konnte. 1998 lag der Satz bei 25,9 Prozent. Ihr könnt euch erinnern: Helmut Kohl hat in seinen 16 Jahren immer gefordert, Leistung muss sich wieder lohnen. Jawohl, liebe Genossinnen und Genossen, nach fünf Jahren Rot-Grün lohnt sich Leistung wieder, jedenfalls steuerlich. Das ist gut so. Das müssen wir auch hinaustragen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen das, was wir gut gemacht haben, auch offensiv vertreten. Dass wir das nicht genug tun, ist ein Problem unserer Politik, auch unter dem Eindruck der letzten Monate.

Der Bundeskanzler und Olaf Scholz haben die Eckpunkte dieses Konzepts gestern schon beschrieben. Ich will nur einen in Erinnerung rufen. Wenn eine Familie mit zwei Kindern 37 650 Euro Bruttoeinkommen haben darf und dann unter Berücksichtigung des Kindergeldes nicht mehr steuerpflichtig ist, dann ist das ein Meilenstein in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland für die Familien, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wohl wissend, dass materielle Leistungen nicht ausreichen – das ist hier von Renate und anderen zu Recht gesagt worden –: Aber ohne materielle Leistungen ist alles nichts, was die Förderung von Familien angeht. Deswegen müssen wir die Zahlen immer wieder in Erinnerung rufen, wenn wir trotz Haushaltszwängen die Leistungen für Familien von 40 Milliarden Euro auf 60 Milliarden Euro gesteigert haben. Wir müssen es jeden Tag in den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern unterstreichen.

Mit dem Vorziehen der Steuerreform – von dem wir ausgehen, weil wir es brauchen, um die weitere wirtschaftliche Erholung zu flankieren –, werden wir ein im europäischen Vergleich günstiges Steuerrecht haben, und zwar für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Familien mit Kindern und für den Mittelstand. Wir werden sogar die größte Vereinfachung haben, die man sich überhaupt vorstellen kann. 7,9 Millionen Bürger, 27 Prozent aller bisher Steuerpflichtigen, fallen ganz aus der Steuerpflicht heraus, liebe Genossinnen und Genossen. Bei uns haben Geringverdiener mit dem Finanzamt nichts mehr zu tun. Das ist ein großer Unterschied zu der Ära Kohl.

(Beifall)

Weil der Spitzensteuersatz mit 42 Prozent so günstig ist – es gibt nur noch in zwei Staaten Europas einen niedrigeren Spitzensteuersatz, und da setzt die Besteuerung eher ein – lehnen wir jede weitere Senkung des Spitzensteuersatzes ab. Wir brauchen nicht 36 Prozent oder 25 Prozent Spitzensteuersatz, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Denn – das unterscheidet uns von den Schwarzen und den Gelben und möglicherweise von manchem Wissenschaftler – wir wollen einen finanzierungsfähigen Staat. Wir wollen, dass die Menschen Chancen haben, indem der Staat ihnen Entwicklungsmöglichkeiten finanzieren kann. Das kann man nicht, wenn die volkswirtschaftliche Steuerquote immer weiter abgesenkt wird, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn all die schönen Steuerreform-Konzepte aufgeblättert werden, wenn Tarife genannt werden – Papier ist geduldig; das kann man schön auf Papier malen, aber umgesetzt werden muss es auch können –, dann muss man auch die Kehrseite der Medaillen nennen.

Wenn der Staat finanziell ausgeblutet wird – um es sehr einfach zu formulieren –, können wir unsere Vorstellung von Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit nicht mehr realisieren. Wir wollen sie aber realisieren, so wie es in diesem Antrag beschrieben ist. Das unterscheidet uns von Schwarz und Gelb. Das müssen wir den Menschen sagen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Uns unterscheidet noch etwas. Wir nehmen ein Verfassungsgebot ernst. Wir wollen die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Diejenigen, die Konzepte mit dem Label der – vermeintlichen – Einfachheit vorlegen – in komplizierten Zeiten flieht man gern sozusagen in einfache Lösungen –, verbergen damit oft, dass jedenfalls der Anspruch an Sozialstaat, den wir Sozialdemokraten mit einem Steuerrecht verbinden, nicht mehr erfüllt werden kann, liebe Genossinnen und Genossen.

Diese Debatte ist in den letzten Wochen zu kurz gekommen. Das müssen wir nachholen.

Das gilt übrigens auch für die Passagen, die sich mit den verschiedenen Formen der Vermögensbesteuerung befassen. Darauf ist Olaf und darauf sind andere schon eingegangen; auch in Zeitungsinterviews ist darauf eingegangen worden. Es ist eigentlich gar nicht so dramatisch, wie es in den Medien dargestellt wird. Das Verfassungsgericht wird in der nächsten Zeit ein Urteil zum Bewertungsrecht sprechen, das Auswirkungen auf die Erbschaftsteuer hat. Nach allem, was man absehen kann, wird in dem Zusammenhang die ungleiche Bewertung von Vermögen erneut kritisiert werden. Dann werden wir das neu zu regeln haben; das Bewertungsgesetz ist eh bis Ende 2005 befristet. Für diese Bewertung haben wir im Antrag Grundsätze genannt, und zwar – das sage ich, damit es nicht zu einer Legendenbildung kommt – nicht auf Druck irgendeiner Gruppe; das war in dem Antrag, so wie er von Hans Eichel und mir an der Stelle konzipiert worden war, von vornherein so vorgesehen. Claus Möller hat dabei entscheidend mitgewirkt.

Ein Grundsatz ist, dass sehr hohe Erbschaften stärker besteuert werden sollen. Das ist doch praktizierter Sozialstaat, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Damit führen wir doch keine Neiddebatte. Wir müssen uns doch nicht mit solchen Vokabeln von Frau Pieper oder wie sie alle heißen auseinander setzen. Nein, wir führen keine Neiddebatte.

Das gilt auch für Steuerflucht und andere Themen. Dabei geht es doch nicht um eine Neiddebatte. Es geht darum, dass auch diejenigen, die ganz hohe Einkommen beziehen, die ganz hohe Vermögen haben, die Grundprinzipien unseres sozialen Rechtsstaats akzeptieren, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn ihr einmal das Merz-Konzept nachlest, stellt ihr fest: Schon auf Seite 1 steht sozusagen das Verständnis für Steuerflucht; man quäle die Leute ja mit unseren hohen Steuern so. Das ist, wie wir aus dem internationalen Vergleich wissen, Quatsch. Aber das macht die Denke deutlich. Wir müssen anders argumentieren. Wer sich als besonders Privilegierter in dieser Gesellschaft der gesellschaftlichen Verantwortung in der Bundesrepublik Deutschland entzieht und sich nicht mehr über seine Steuerpflicht an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen will, der muss gesellschaftlich geächtet werden und darf nicht noch in den Medien hochgejubelt werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage noch etwas zu unserer politischen Konkurrenz. Im Frühjahr sind wir mit einem Gesetz zum Abbau von Steuervergünstigungen gescheitert. Es ging nicht um 50 Steuererhöhungen – das sage ich in Richtung von Sigmar Gabriel, bei dem ich etwas von 50 Steuererhöhungen gelesen habe –, sondern es ging um den Abbau von Steu-

ervergünstigungen, liebe Genossinnen und Genossen. Wir werden jetzt im Vermittlungsverfahren auf dem Weg weitergehen.

Alles, was wir zum Kampf gegen Steuerhinterziehung, ob es um Einkommensteuer oder um Umsatzsteuer geht, vorgelegt haben, wurde – das will ich noch einmal sagen – von CDU/CSU und FDP abgelehnt. Diese Parteien sind die Schutzpatrone der Steuerhinterziehung in der Bundesrepublik Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen, und das muss man so deutlich beim Namen nennen.

(Beifall)

Wir haben gesagt: Wir wollen private Veräußerungsgewinne versteuern, so wie es zum Beispiel in den USA selbstverständlich geschieht. Die CDU/CSU hat das abgelehnt, übrigens entgegen dem Merz-Konzept, in dem das drin ist. Sie hat immer verbale Bekundungen abgegeben. Wenn es aber darum ging, politisch zu handeln, gegen Steuerhinterziehung und für eine stärkere Erfassung von Veräußerungsgewinnen zum Beispiel, hat sie im Interesse einer bestimmten Klientel blockiert. Das müssen wir entlarven, liebe Genossinnen und Genossen. Mehr steuerliche Gerechtigkeit und damit mehr soziale Gerechtigkeit gibt es nur mit uns Sozialdemokraten und nicht mit anderen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn das nicht in die Köpfe unserer Partei und in die Köpfe der Öffentlichkeit hineinkommt, dann können wir die Auseinandersetzung zwischen den großen konkurrierenden Volksparteien in den nächsten Jahren nicht gewinnen. Was wir geleistet haben – auch das ist in diesem Antrag beschrieben –, müssen wir vermitteln. Wir haben ein gutes Stück mehr Steuergerechtigkeit erreicht. Wir sind noch nicht am Ende dieses Weges. Wir müssen noch Lösungen für die Kapitalertragsbesteuerung finden. Wir machen einen erneuten Anlauf bei Veräußerungsgewinnen. Irgendwann im Jahr 2005 werden wir eine Bilanz ziehen und feststellen müssen, was wir denn an steuerlicher Gerechtigkeit erreicht haben. Ihr könnt euch darauf verlassen, dass wir in der SPD-Bundestagsfraktion dafür stehen, dass wir diese Bilanz ziehen. Mit dieser Bilanz werden wir uns sehen lassen können.

Vereinfachung wird groß gefordert. Den meisten ist gar nicht bekannt, dass wir im Steueränderungsgesetz mit Mehrheit des Deutschen Bundestags die Voraussetzung für eine elektronische Lohnsteuerkarte – in einem Konzept der Konkurrenz gefordert, weil das eine große Errungenschaft wäre bereits gesehen haben. Die CDU/CSU hat sich im Bundestag, glaube ich, enthalten, jedenfalls nicht dafür gestimmt. Das ist aber ein Vereinfachungsschritt für Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Für die ist das Steuerrecht nicht so kompliziert. Der Formularkram ist kompliziert und den beseitigen wir. Auch da gilt also: Wenn die anderen nicht blockieren, kommen wir im nächsten Jahr in Sachen Vereinfachung einen großen Schritt weiter, sinnlich erfahrbar für Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die steuerliche Bemessungsgrundlage wird verbreitert. Das sage ich im Blick auf die Anträge, in denen die Sorge mitschwingt, wir könnten alle Vergünstigungen streichen, zum Beispiel – das ist aber gar keine Vergünstigung in meinem Sinne, weil es um Werbungskosten geht – auch den Arbeitnehmerpauschbetrag oder die Entfernungspauschale gänzlich. Wenn gleich von der Antragskommission die Empfehlung kommt, die entsprechenden Anträge abzulehnen, dann ist das so zu verstehen, dass wir nicht planen, den Arbeitnehmerpauschbetrag oder die Entfernungspauschale abzuschaffen. Wir reduzieren sie; das ist wohl wahr. Wegen des Missbrauchs im Bereich des Profisports, der in den letzten Monaten ruchbar wurde, haben wir auch – jetzt im Bundestag beschlossen – die Steuerfreiheit der Zuschläge eingeschränkt. So viel zur Erklärung der Voten der Antragskommission.

Unser Steuerkonzept ist seriös finanziert. Weder für den Bund noch für die Länder, noch für die Kommunen entstünden dadurch neue Finanzierungsnotwendigkeiten. Das kann man für die Konzepte der Konkurrenz nicht sagen. Beim Merz-Konzept beträgt die Finanzierungslücke, wenn man das Herzog-Konzept noch nicht berücksichtigt, 25 bis 30 Milliarden Euro; so sagen seriöse Rechner. Wenn man das Herzog-Konzept noch dazu nimmt, kommen wir in den Bereich von 40 bis 50 Milliarden Euro. Das grenzt fast an Volksverdummung, liebe Genossinnen und Genossen, wenn den Menschen suggeriert wird, es würde ein Merzkonzept alles einfacher und vor allem gerechter. Das stimmt nicht, weil nämlich das Kindergeld abgeschafft werden soll, weil es auch in anderen Bereichen ungerechter zugehen soll. Im Übrigen ist es auch noch ein Konzept, das aus finanziellen Gründen nicht im Mindesten realisiert werden kann. Das gilt übrigens auch für die Vorschläge von Professor Kirchhof und anderen. Inzwischen streiten sie sich auch untereinander sehr stark.

Zur Linie der Finanzpolitik zwei Sätze. Wir stecken mitten in der aktuellen Diskussion über Haushaltsdefizite – wir haben nächste Woche auch im Bundestag Haushaltsdebatte – und wir streiten uns über die Auslegung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts. Nach drei Jahren Stagnation müssen wir doch festhalten: Auch wenn es in dieser Situation unwahrscheinlich seien mag, dass wir es auf absehbare Zeit schaffen, so müssen wir doch im Interesse unserer Kinder und Enkel und der Finanzierungsaufgabe für die Zukunft weiter einen ausgeglichenen Haushalt anstreben. Das ist ein wichtiger Beitrag der Finanzpolitik zur Bewältigung des gesellschaftlichen Wandels. Wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, auch wenn wir das bis zum Jahr 2006 nicht schaffen werden, und wir unterstützen Hans Eichel in dem Bemühen. Wir unterstützen Hans Eichel außerdem in der Auseinandersetzung mit Brüssel, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir können uns jetzt nicht aus einem mechanistischen Verständnis des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, bei dem das Wort Wachstum wegfällt, von Brüssel in zusätzliche Haushaltskrisen bei Bund, Ländern und Kommunen treiben lassen. Was ich

hier sage, ist nicht europafeindlich. Das ist vielmehr eine Frage der praktischen Vernunft.

(Beifall)

Schließlich besteht die Chance – auch das gehört zu diesem Kapitel; das ist vom Parteitag schon behandelt worden –, in wenigen Tagen, nämlich zum 1. Januar 2004, ein großes Projekt der Sozialdemokratie zu realisieren. Zum ersten Mal seit über 30 Jahren gibt es eine Gemeindefinanzreform mit einer stabilen Kommunalsteuer auf der einen Seite und mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf der anderen Seite. Das bedeutet, dass endlich die Kosten der Dauerarbeitslosigkeit nicht mehr von den Kommunen getragen werden müssen.

(Beifall)

Das ist eines der größten Projekte, das wir in den letzten Jahren entwickelt haben. Es liegt jetzt leider nicht mehr nur in unserer Hand. Wir haben nicht die nötigen Mehrheiten, um die Lebensqualität in den Kommunen, um die Investitionsfähigkeit der Kommunen und damit die Auftragslage von kleinen und mittleren Unternehmen in den Kommunen allein zu verbessern. Darum geht es aber: Wir dürfen es nicht zulassen, dass aus reinem Parteiegoismus CDU und CSU dieses wichtige Vorhaben gegen die Interessen der Kommunen blockieren.

(Beifall)

Meine herzliche Bitte ist: Setzt dieses Thema in den nächsten Tagen und Wochen überall auf die Tagesordnung! Es geht um die Perspektive für unsere Kommunen. Es geht um die Lebensqualität für viele Menschen in den Kommunen. Es muss in die Köpfe rein, was da auf dem Spiel steht. Die CDU taktiert; sie will abfrühstücken mit einem Sofortprogramm. Wir dürfen nicht zulassen, dass sie jetzt blockiert. Sie gönnt uns diesen politischen Erfolg im Vorfeld von acht Kommunalwahlen nicht. Darum geht es.

Es muss auch von diesem Parteitag aus deutlich werden: Obwohl es Irritationen und vermeidbare Fehler der Bundesregierung gab – das ist überhaupt nicht zu beschönigen –: Die SPD ist und bleibt *die* Kommunalpartei.

Vielen Dank.

(Beifall)

Antragsberatung – Finanzpolitik, Steuerpolitik

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, lieber Jochen. – Wir steigen jetzt in die Beratung der Anträge ein. Zunächst spricht Erwin Kirschenbaum. Ihm folgt Uwe Göllner.

Erwin Kirschenbaum, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Vertrauen schaffen und an dieser Stelle Vertrauen schaffen bei soliden Finanzen. Wir wissen: Solide Finanzen schaffen Vertrauen. Das wissen auch Hans Eichel und Jochen Poß. Wir wissen aber auch: Steuer- und Finanzpolitik sind eine sensible Angelegenheit und berühren unsere Bürgerinnen und Bürger in fast jeder Lebenslage. Das erfahren wir nicht zuletzt – zum Teil schmerzhaft – bei der Reformarbeit für ein zukunftsfähiges Deutschland.

Es gibt aber noch eine zweite Ebene, wo Menschen konkretes Handeln sehr schnell verspüren. Das ist das Dorf; das ist die Stadt oder die City, in der sie leben. Auch hier sind solide Finanzen das A und O. Deshalb möchte ich Hans Eichel und Jochen Poß noch einmal ganz herzlich für ihren Einsatz bei der Gemeindefinanzreform danken.

(Beifall)

Gerade vor Ort wird das Vertrauen der Menschen in die Politik definiert. Deshalb möchte ich als Beitrag zum Abschnitt Finanzen anregen, die wichtigen Aussagen zu einer stetigen und konsequenten Haushaltskonsolidierung auf allen Ebenen mit der konkreten Benennung eines begleiteten Instrumentes zu ergänzen, nämlich der strikten Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

(Beifall)

Ich möchte daher beantragen, dass wir nach dem Satz „Daher gibt es zur Politik einer stetigen und konsequenten Haushaltskonsolidierung keine seriöse Alternative“ den Satz „Dazu setzen wir als ein begleitendes Instrument das strikte Konnexitätsprinzip durch“ einfügen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich weiß, dass die Antragskommission mit einer ähnlichen Passage im Initiativantrag 27 ein wenig Schwierigkeiten hat, weil hier eben auch die kommunale Ebene sozusagen als dritte staatliche Ebene definiert wird. Daher meine ich, dass wir uns auf diesen Satz beschränken sollten. Gleichwohl würde ich der Empfehlung der Antragskommission folgen, den A 87, der das Problem noch einmal selbstständig aufnimmt, ebenfalls anzunehmen.

Ich danke euch.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Erwin. – Jochen, du musst gleich darauf eingehen, weil es in der Tat eine Doppelung gibt. – Ich höre, das läuft schon.

Nun spricht Uwe Göllner. Ihm folgt Bernhard Sterz.

Uwe Göllner, Nordrhein-Westfalen: Genossinnen und Genossen! Jochen Poß hat eine zukunftsgewandte Rede gehalten. Das war auch gut so. Nach der Kanzlerrede im März im Bundestag bin ich in meinem Ortsverein oft gefragt worden: Warum tut ihr das eigentlich? Warum erhöht ihr nicht die Einnahmen? Ich will versuchen, ein paar Antworten auf die gestellten Fragen zu geben.

Selbst wenn man der Auffassung wäre, es wäre gut, die Einnahmen zu erhöhen, müsste man damit rechnen, dass man damit im Bundesrat keine Mehrheit fände. Also scheidet diese Möglichkeit aus. Ich habe vielen meiner Freunde gesagt, sie mögen doch bitte einmal bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in dem Brief, den Alex Möller 1971 seinem Bundeskanzler Willy Brandt geschrieben hat – darin nennt er die Gründe, warum er zurücktritt –, lesen. In ihm hat Alex Möller geschrieben, er könne mit seinem guten Ruf nicht vereinbaren, dass der Staat mehr Geld ausbebe, als er einnimmt. Diese Mahnung von Alex Möller haben wir allesamt 33 Jahre lang in den Wind geschrieben. Wir haben in der letzten Woche im Haushaltsausschuss des Bundestages den 33. Haushalt in Folge verabschiedet, der nur durch Schulden gedeckt werden kann. Das geht so nicht weiter. Damit stehen wir an der Wand und müssen das tun, was wir nun tun.

Ich bin aber relativ davon überzeugt, dass die Politik, die Wolfgang Clement und Hans Eichel machen, dazu führt, dass wir ab 2004 wieder höhere Steuereinnahmen haben. Erst dann stellt sich die spannende Frage: Was passiert in der Bundestagsfraktion und in dieser Partei? Von diesem Parteitag sollte die Botschaft ausgehen: Wenn die Steuereinnahmen wieder sprudeln, dann dürfen nicht Wohltaten verbreitet werden, sondern dann müssen diese Einnahmen zur Schuldendeckung herangezogen werden.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Uwe. – Nun spricht Bernhard Sterz vom Landesverband Sachsen-Anhalt. Ihm folgt Richard Leibinger aus Baden-Württemberg.

Bernhard Sterz, Sachsen-Anhalt: Liebe Freunde! Ich bin Oberbürgermeister einer Kreisstadt in Sachsen-Anhalt. Ich hatte vor der Bundesratssitzung, auf der die CDU unsere Gemeindefinanzreform blockiert hat, die Möglichkeit, der Presse für Ganzkörperfotos, zumindest mit Badehose bekleidet, zur Verfügung zu stehen. Ich bin mit den entsprechenden Fotos sozusagen durch den Blätterwald gerauscht. Wir haben gemeinsam mit Bürgermeistern symbolisch – unsere Ortsschilder hilfeschend in die Höhe reckend – in unserem noch vorhandenen städtischen Schwimmbad ge-

zeigt, dass uns das Wasser in den Gemeinden und in den Kommunen allgemein bis zum Hals steht. Die CDU könne sich jetzt nicht verweigern, so ist noch ausgeführt worden.

Es ist erfreulich, dass im Leitantrag die Passage zu finden ist: „Ausreichende Steuergelder zur Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben in den jeweiligen Ebenen sind notwendig.“ Es darf nämlich nicht vergessen werden: 70 Prozent der Investitionen in Deutschland werden von den Kommunen angestoßen. Die Kommunen sind Träger von fast 50 000 Schulen – das ist die Verbindung zum heutigen Vormittag – und wir sind auch Partner von vielen Vereinen, die uns ansprechen.

Wir haben leider einen Einbruch der Einnahmen auch in den Kommunen in Sachsen-Anhalt gehabt. Es muss gerade bei der Gewerbesteuer – nicht wie im gesamten sonstigen Steuerrecht – gelten: Starke Schultern, sprich: starke Firmen und Großkonzerne, müssen wieder ihren Beitrag zur Finanzierung der kommunalen Infrastruktur leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Zwischenzeitlich ist die Bundesregierung leider etwas schwach geworden. Aber die SPD-Bundestagsfraktion und auch die SPD-Kommunalpolitiker haben ihr wieder den richtigen Weg gewiesen. Wir haben nämlich leider auch inländische Steuerflucht. Diese nennt sich Steuerschlupflöcher. Ich kann aus meinem Ort berichten, dass sich bei der Gewerbesteuer manche Großfirma von einem Jahr aufs andere auf null gerechnet hat. Das muss endlich aufhören.

(Beifall)

Die CDU muss ihre Blockadehaltung im Bundesrat aufgeben, sonst schließe ich irgendwann einmal für Stoiber und Merz meine städtische Schwimmhalle.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Bernhard. – Es spricht nun Richard Leibinger, Baden-Württemberg. Ihm folgt Reinhold Jost aus dem Saarland.

Richard Leibinger, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich bin einer aus der kommunalen Riege und seit mehr als 20 Jahren dabei. Ich habe mich an den Demonstrationen nicht beteiligt, weil sie meines Erachtens sehr vordergründig und Folge kapitaler handwerklicher politischer Fehler auf diesem Gebiet waren. Ich wollte meiner Partei dies ersparen.

Ich möchte mich an dieser Stelle zuerst bei den Genossen Scheelen und Poß von der Bundestagsfraktion dafür bedanken, dass sie es auf der Grundlage ihres Eckwertepapiers erreicht haben, einen halbwegs akzeptablen und vertretbaren Kompromiss zum Juli-Gesetzentwurf des Bundesfinanzministers vorzustellen und auch durchzusetzen. Diese Arbeit hätte eigentlich nicht notwendig sein dürfen.

Ich möchte auf drei Dinge kurz hinweisen.

Der bisher erfolgreichste Reformprozess der SPD in den vergangenen 30 Jahren begann mit der Gemeindefinanzreform 1969 zum Ende der Großen Koalition. Dies war auch der Beginn des politischen Einflusses der Jusos, als sie die Kommunalpolitik entdeckten. Ich erinnere an das bekannte Buch „Kommunalpolitik – für wen?“. Es sitzen einige derjenigen hier, ein bisschen ergraut wie Jörg Jordan aus Wiesbaden, die daran mitgewirkt haben. Hans-Jochen Vogel wird dies heute in der Nachschau sicherlich als positiven Beitrag zum innerparteilichen Reformprozess bewerten.

Ich meine, dass die Kommunen dauerhaft und nachhaltig finanziell richtig ausgestattet werden müssen. Das ist kein Selbstzweck, sondern ist im Interesse der Entwicklung der Arbeit und der Ausbildungsplätze vor Ort. Mein Vorredner hat schon gesagt: Mehr als 65 Prozent aller öffentlichen Investitionen werden in den Kommunen getätigt. Genosse Clement und andere haben bei der gestrigen Diskussion auf die wirtschaftspolitische Bedeutung der Energiepolitik und darauf hingewiesen, dass einerseits neue Technologien Arbeitsplätze schaffen und andererseits im kommunalen Bereich durch den Erhalt bestehender Infrastruktur Wichtiges für Arbeitsplätze getan wird. Als Betätigungsfelder nenne ich hier nur die Stadterneuerung und die Stadtsanierung, in denen wichtige Grundlagen für Arbeitsplätze gelegt werden.

(Beifall)

Zwei Dinge möchte ich ergänzend noch erwähnen: Trotz der gestiegenen Zahl an Aufgaben, insbesondere verursacht durch Aktivitäten der Länder, ist der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen von 14 Prozent am Anfang der 80er-Jahre auf unter 12 Prozent gesunken. Hätten wir noch das alte Niveau, hätten wir jährlich 10 Milliarden – man muss sich diese Zahl einmal vergegenwärtigen – mehr in der Kasse.

Zu den Vorschlägen der Union und des BDI – ich hoffe, er hat sich nicht aus Überzeugungsgründen in die Halle verirrt – zur Abschaffung der Gewerbesteuer möchte ich einen Satz sagen. Ich bitte euch alle, das in den anstehenden Haushaltsberatungen zu sagen. Wenn der Vorschlag, die Gewerbesteuer abzuschaffen, Gesetz wird, wie das Herr Merz vorschlägt, wird keine Gemeinde auch nur einen Quadratmeter Gewerbefläche mehr ausweisen. Die Gemeinden werden nämlich ihre Flächennutzungspläne ändern und verstärkt Flächen für Wohnungsbau ausweisen. Denn die kommunale Wertschöpfung ist bei Wohnungsbauflächen 18-mal höher als bei Gewerbeflächen. Was das für die Gewerbeflächen heißt, das könnt ihr euch, die schon lange dabei sind, ausmalen.

Vorsitzender Martin Schulz: Richard, kommst du bitte zum Ende.

Richard Leibinger, Baden-Württemberg: Ja. – Ich möchte nur sagen: Joachim Poß hat Recht. Die SPD ist *die* Partei in der deutschen Kommunalpolitik. Sie kann das aber nur bleiben – ich hoffe, auch in der Zukunft; ich sage das in Bezug auf die anste-

henden Kommunalwahlen –, wenn wir mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden, um das Wichtige und Richtige zu tun.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank. – Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt noch drei Wortmeldungen. Das wären Reinhold Jost, Wolfgang Clement und Stefan Tannhäuser aus Hannover. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit schließe ich die Rednerliste. Wir kommen nach dem Redebeitrag von Stefan Tannhäuser zur Abstimmung.

Reinhold Jost, Saarland: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich deswegen zu Wort gemeldet, weil einer meiner Vorredner in die Dankesworte zum Thema Gemeindefinanzreform den Bundesfinanzminister genannt hat. Das hat mich etwas verwundert, weil das Thema Gemeindefinanzreform das Paradebeispiel für das Herumeiern und Herumgewürge der letzten Jahre ist, das mit dazu beigetragen hat, dass die eigenen Leute vor Ort nicht mehr begreifen, was da eigentlich läuft.

(Beifall)

Ich möchte das ausdrücklich sagen auch ich bin Kommunalpolitiker. Ich habe das in der Bundesvorstandssitzung der SGK Olaf Scholz und Franz Müntefering gesagt. Das war *das* positiv besetzte Thema der SPD in den vergangenen Jahren.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass wir bei allen kommunalen Spitzenverbänden – ob das der Städte- und Gemeindegewerkschaft oder der Städte- und Gemeindebund waren – durchgehend von Schwarz bis Rot diejenigen waren, die dieses Thema positiv besetzt haben. Es hat gerade einmal zwei bis drei Wochen gedauert, bis wir dieses Thema selbst verhunzt haben, sodass wir es letztendlich als Negativthema rübergebracht haben. Das ist ein Beispiel dafür, wie man es eigentlich nicht machen sollte. Ich sage das, damit nicht der Eindruck entsteht, dass das unter der Decke bleibt.

Es hat mich schon verärgert, dass ich viele Schläge bekommen habe, weil ich einer derjenigen war, die der Agenda 2010 zugestimmt haben, und zwar mit der Begründung, dass in der Agenda 2010 eine Gemeindefinanzreform verankert werden sollte, die, wenn sie nach dem, was die Bundesregierung vorgelegt und beschlossen hat – auf einem Kaffeekränzchen; ich sage das so, wie es rübergekommen ist –, Gesetz geworden wäre, den Kommunen weniger in der Tasche gelassen hätte, als das jetzt der Fall ist. Da muss ich mich doch fragen: Wo sind wir hingekommen, liebe Genossinnen und Genossen, wenn man das auch noch lobend erwähnen soll?

(Beifall)

Ich sage das an dieser Stelle genauso deutlich, wie ich es auch von den eigenen Genossinnen und Genossen in der Kommunalpolitik gesagt bekommen habe. Sie haben sich gefragt: Was fällt denen denn eigentlich ein? Da soll etwas als positiv verkauft

werden, was uns unter dem Strich die letzten Kröten aus dem Sack genommen hätte. Das kann keine sozialdemokratische Politik und vor allen Dingen keine vernünftige Vorgehensweise sein.

(Beifall)

In dieser Frage hat es die SPD-Bundestagsfraktion geschafft, zu zeigen, dass diese Bundesregierung letztendlich nicht das machen kann, was sie glaubt machen zu können.

(Beifall)

Das ist ein Beispiel dafür, dass wir uns daran erinnern, dass die SPD, auch auf Bundesebene, nur dann stark ist, wenn sie in der Kommunalpolitik stark verankert ist, und dass wir nur dann Profil zeigen können, wenn wir der eigenen Bundesregierung zeigen, wo Schluss ist. Ihr hättet besser einmal den Worten der Werbung folgen sollen; fragt diejenigen, die sich damit auskennen.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Das Wort hat jetzt Wolfgang Clement. Ihm folgt Stefan Tannhäuser.

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Genossinnen und Genossen! Dieser und andere Beiträge veranlassen mich zu drei Bemerkungen.

Die erste ist: Ich muss darauf hinweisen, die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland – ich mache das jetzt einmal ganz technisch, nachdem ich gestern von einem Absolventen unserer Hochschulen belehrt worden bin – zeigt nach den jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes: Die Binnennachfrage ist erneut rückläufig, und zwar im zweiten und dritten Quartal dieses Jahres. Dass wir ein leichtes Wirtschaftswachstum im dritten Quartal haben, hat ausschließlich mit der Exportentwicklung zu tun. Entgegen allen Erwartungen haben sich weder der private Konsum noch die Investitionen erhöht. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen sind rückläufig.

Ich sage das in aller Eindringlichkeit und Klarheit. Es gibt das Wort: Lasst die Taschen im Schrank. Wir müssen alles tun, um in Deutschland die psychologischen Grundlagen für einen Aufschwung zu schaffen.

(Vereinzelt Beifall)

Dies gilt in Bezug auf die Verbraucherinnen und Verbraucher genauso wie in Bezug auf die Unternehmen, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, und übrigens auch in Bezug auf die Freiberufler. Wenn wir eine wirtschaftliche Entwicklung erreichen wollen, müssen alle gemeinsam dazu beitragen.

Ich sage euch, Genossinnen und Genossen – da kann jeder seinen Ärger über mich auslassen –: Die Kassen der Kommunen, der Länder und des Bundes werden sich

nicht durch irgendeine Gesetzestechnik erholen, die ihr hier entwickeln wollt, sondern nur, wenn wir wieder Wachstum haben.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb lasst bitte alle Weichen auf Steuersenkungen gestellt, die ab 1. Januar 2004 in Kraft treten sollen. Alle anderen Diskussionen sind eher gefährlich. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist unverändert labil. Es gibt bisher nichts, was darauf hinweisen würde, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland aus eigener Kraft stattfindet. Bei manchen Diskussionen habe ich den Eindruck, dass wir uns in einem luftleeren Raum bewegen. Das muss ich so deutlich sagen.

Natürlich sind für einen wirtschaftlichen Aufschwung – auch das habe ich immer wieder gesagt – ebenso Kommunen nötig, die investieren können. Selbstverständlich müssen die Kommunalfinanzen in Ordnung gebracht werden. Daran haben wir nie einen Zweifel gelassen, übrigens auch nicht bei unserem Gespräch in Hannover. Dass die Kommunen investieren können, ist auch für die kleinen und mittleren Unternehmen wichtig. Über den Weg will ich jetzt nicht streiten; wir befinden uns ja im Gesetzgebungsverfahren. Ich sage nur: Alle weiteren Diskussionen über steuerrechtliche Veränderungen würde ich – ich sage das einmal vorsichtig; ich weiß, dass wir an die Erbschaftsteuer herangehen müssen, wenn das Bundesverfassungsgericht gesprochen hat – auf Sparflamme fahren. Wir müssen in Deutschland die psychologischen Grundlagen, und zwar sowohl der Verbraucher als auch der Investoren, für einen Aufschwung schaffen und dürfen nicht die Stimmung dämpfen. Manche Diskussionsbeiträge erlebe ich anders.

Etwas völlig anderes gilt für das, was Hans Eichel zurzeit mit der Brüsseler Kommission ausficht. Ich sage sehr deutlich, dass der Kurs, den Hans Eichel dort fährt, absolut richtig ist und unsere volle Unterstützung verdient.

(Vereinzelt Beifall)

Die Maßnahmen, die die Europäische Kommission erwägt, sind ausschließlich auf Defizitbekämpfung gerichtet. Sie vernachlässigen die kurzfristigen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge. Die Europäische Kommission denkt nur prozyklisch. Auch das ist für eine wirtschaftliche Erholung gefährlich.

(Vereinzelt Beifall)

Die Schwäche der Binnennachfrage, mit der wir zurzeit zu tun haben, würde sich dadurch weiter hinziehen und eine Erholung würde erschwert.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, das Konzept unseres Finanzministers von hier aus nachdrücklich zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Das bezieht sich auf das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform mit – auch das ist absolut richtig – nur teilweiser Gegenfinanzierung. Wir reden über ein Volumen von 15 Milliarden Euro, das für das Vorziehen der Steuerreform benötigt wird. Wenn wir 5 Milliarden Euro von diesem Volumen gegenfinanzieren, haben wir – nach Meinung aller Fachleute – einen Push, der etwa einen halben Prozentpunkt Wirtschaftswachstum bringt. Die anderen 10 Milliarden Euro, die nicht direkt gegenfinanziert werden, sondern längerfristig durch Subventionsabbau, lassen ein Wirtschaftswachstum von einem halben Prozentpunkt erwarten. Die Sachverständigen haben mit einer Gegenfinanzierung von 11 Milliarden Euro gerechnet und kommen deshalb auf ein Wachstum von nur 0,2 Prozent.

Wir brauchen einen kräftigen Wachstumsimpuls. Wir brauchen eine kräftige Steuerensenkung, nicht gegenfinanziert im nächsten Jahr, sondern erst auf Dauer durch Subventionsabbau. Was wir nicht brauchen, sind Maßnahmen, wie die Europäische Kommission sie derzeit erwägt. Wer will, dass Deutschland in Europa wieder eine Lokomotivfunktion übernimmt, der muss der Bundesrepublik Deutschland jetzt diesen Spielraum lassen und darf uns nicht zu Maßnahmen zwingen, die der konjunkturellen Entwicklung zuwiderlaufen.

(Beifall)

Deshalb ist der Weg, den Hans Eichel einschlägt, richtig und deshalb ist es überaus wichtig, dass wir von hier aus an uns selbst und an Brüssel das Signal senden, dass zurzeit nichts so wichtig ist wie die von uns vorgesehene Steuerentlastung und die entsprechende Gegenfinanzierung. Nichts ist so wichtig, als klar zu machen, dass wir längerfristig einen Subventionsabbau durchführen müssen. Nichts ist so wichtig, wie die Agenda 2010 so rasch wie möglich umzusetzen. Denn wir sind, wie gesagt, noch immer in einer wirtschaftlich labilen Situation und müssen deshalb alles tun, um die Weichen in Richtung Zukunft – das heißt: in Richtung Aufschwung – zu stellen. Das ist entscheidend für die Kasse von Hans Eichel und für die Kassen der Kommunen.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Wolfgang. – Es spricht jetzt Stefan Tannhäuser aus dem Bezirk Hannover.

Stefan Tannhäuser, Hannover: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin Bürgermeister einer kleinen Gemeinde mit 500 Einwohnern. Ich möchte zur Gewerbesteuerreform kurz zwei Punkte sagen:

Im Leitantrag auf Seite 25 in Zeile 30 steht, dass wir eine rechtsformneutrale Besteuerung wollen. Das ist bedingt gut so; aber das darf nicht zulasten der Kommunen gehen. Im Vermittlungsausschuss wird jetzt darüber verhandelt, dass die Gewerbesteuerermesszahl für große Kapitalgesellschaften abgesenkt wird. Meine Kommune ist

abhängig von einem Großkonzern und deshalb bedeutet diese Absenkung für mich massive Mindereinnahmen. Das darf nun einmal nicht sein.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens möchte ich etwas zur Einbeziehung der Freiberufler in die Gewerbesteuerpflicht bzw. die Gemeindefiskussteuerpflicht sagen. Darüber ist heute noch nicht viel gesagt worden. Die CDU/CSU ist unheimlich zynisch, wenn sie immer nach Steuervereinfachung ruft. Diese Einbeziehung würde Steuervereinfachung bedeuten; denn bei der Einkommensteuer wird noch immer zwischen Einkünften aus Gewerbebetrieb und Einkünften aus selbstständiger Arbeit unterschieden. Das würde mit der Einbeziehung der Freiberufler endlich wegfallen. Viele Gerichtsverfahren in diesem Zusammenhang wären damit vom Tisch. Es gäbe dann nur noch eine Einkommensart und das ist richtig so.

Hinzu kommt, dass die Freiberufler bis zu einem bestimmten Betrag kaum belastet werden, weil sie die Belastungen bei der Einkommensteuer wieder abziehen können. Es wird berechnet wie geteilte Lohnsteuer. Meine Aufforderung an die Bundesregierung lautet, auch im Vermittlungsausschuss die Einbeziehung der Freiberufler durchzusetzen. Sie verdienen nämlich gut und deshalb wäre es für die Kommunen gut, wenn sie dafür auch Gewerbesteuer zahlten.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank. – Angelica Dullinger aus Kochel am See.

Angelica Dullinger, Bayern: Ich bin Lohnsteuerprüferin und prüfe große Firmen in München. Oh Wunder: Jede Prüfung rentiert sich. Geld ist in rauen Mengen da. Das ist auch der Grund, warum ich mich jetzt zu Wort gemeldet habe. In dem Antrag auf Seite 26 steht, dass ein Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit geplant sei. Das widerspricht dem, Genossinnen und Genossen, was sonst in dem Antrag steht, nämlich dass Bürokratie abgebaut werden soll. Wir brauchen keine neuen Gesetze, schon gar nicht zur Steuerehrlichkeit, denn diese gibt es im Großen und Ganzen nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Der Prüfungsalltag ist ein anderer. Er zeigt, dass wir Prüferinnen und Prüfer dafür da sind, für Steuergerechtigkeit zu sorgen. Dafür haben wir ein Einkommensteuergesetz, ein Umsatzsteuergesetz, die Abgabenordnung – viele Gesetze, mit denen wir versuchen, gerecht zu besteuern, ob das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Unternehmer sind. Wir tun unser Bestes. Mit einem Gesetz ist das nicht zu schaffen.

Deshalb bitte ich, das aus dem Antrag zu streichen und stattdessen aus Antrag 76 einen, wie ebenfalls der Prüfalltag zeigt, wichtigen Satz mit aufzunehmen, nämlich: „Für Deutschland fordern wir die vollständige Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber den Finanzämtern in § 30 a der Abgabenordnung.“

(Beifall)

Das würde den größten Wachstumsimpuls bringen, den wir uns vorstellen können.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Hans Eichel hat noch einmal um das Wort gebeten.

Hans Eichel, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Nach den Worten von Richard Leibinger will ich keine große Rückschau halten, aber auch nicht schweigen. Es war sicherlich nicht alles gut – das räume ich ausdrücklich ein – aber ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind. Ich will hier ein paar Missverständnisse ausräumen, denn so geht es nun auch nicht, lieber Richard Leibinger.

Denn das, was wir vorgeschlagen haben, heißt, dafür zu sorgen – all das findet sich in dem wieder, was die Fraktion vorgeschlagen hat und was ihr begrüßt habt; sie hat es um einige Elemente ergänzt; ich trage das mit –, dass große Konzerne wieder zahlen. Deswegen steht dort, dass in die Gewerbesteuer die Gesellschafterfremdfinanzierung aufgenommen werden soll. Das bedeutet: Wenn jemand, anstatt Eigenkapital zu verwenden, ein Darlehen zur Verfügung stellt, keine Dividende herausholt – das wäre nämlich steuerpflichtig; dann hätte er Gewinn gemacht –, Zinsen herausholt – das sind Betriebskosten – und an ganz anderer Stelle, also im Ausland, Steuern zahlt, dann haben wir in der Tat ein Problem. Wir haben vorgeschlagen, diese Lücke im Gewerbesteuerrecht zu schließen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist ein großer Fortschritt und noch längst nicht mit der CDU/CSU durchgegangen.

Ein weiterer Punkt: der Ärger darüber, dass Unternehmen ihre Verlustvorträge voll verrechnen können, egal wie viel Gewinn sie machen. Dazu haben wir festgestellt: Das schneiden wir nicht ab. Aber zur Verstetigung der Gewerbesteuereinnahmen sagen wir – dasselbe gilt für die Körperschaftsteuer und die Einkommensteuer –: Wenn ihr Gewinne macht, müsst ihr 50 Prozent der Gewinne der Besteuerung zur Verfügung stellen. 50 Prozent könnt ihr nutzen, um die Verlustvorträge abuarbeiten. Damit bekommen wir erstens bei den großen Unternehmen eine richtige Verstetigung im Rahmen der Gewerbesteuer. Zweitens schließen wir damit Unternehmensstrategien aus, die so aussehen, dass immer dann, wenn die Verlustvorträge abgearbeitet sind, ein neuer großer Verlustbringer gekauft wird, man sich also Marktanteile kauft und überhaupt nicht mehr an das Zahlen von Steuern denkt. Eine solche Änderung ist in unserer Gewerbesteuerreform vorgesehen. Es dient den Kommunen, wenn sie die Großunternehmen in die Besteuerung einbeziehen können.

(Vereinzelt Beifall)

Das betrifft nicht das Thema Mindestbesteuerung, sondern das Thema Mindestgewinnbesteuerung. Denn wir haben in der Tat gesagt: Wir wollen das Geld für die

Kommunen. Die Kommunen sollen es bekommen, wenn die Unternehmen Gewinne machen.

Wir haben eine große Vereinfachung vorgesehen, indem wir den Unfug des Betriebsausgabenabzugs vor Anfallen der Gewerbesteuer beseitigen. Es gibt keinen Betriebsausgabenabzug mehr. Der Umkehrschluss ist – das hat, glaube ich, Reinhold Jost falsch verstanden –: Wenn wir dann bei den großen Unternehmen die Messzahl absenken – das ist im Fraktionsentwurf enthalten –, muss man gegenrechnen, dass wir vorher den Betriebsausgabenabzug beseitigt haben. Anderenfalls hätten wir eine massive Steuererhöhung, die man, glaube ich, in dieser Lage nicht wollen kann.

Noch ein Punkt. Wir haben die Einbeziehung der Selbstständigen und der Freiberufler und damit eine ordentliche personelle Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und damit eine Verstetigung vorgesehen. Mit anderen Worten, liebe Freunde: Im Entwurf der Bundesregierung steckt eine große Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Richtig ist, dass dies auf große Kritik bei den Kommunen gestoßen ist, weil das Thema der so genannten ertragsunabhängigen Elemente von uns nicht so wie von den Kommunen gesehen worden ist. In Kombination zwischen dem, was die Fraktion gemacht hat, und dem, was wir gemacht haben, gibt es jetzt einen sehr vernünftigen Weg; ich sage das ganz ausdrücklich.

Ich sage aber auch – darüber solltet ihr nachdenken –, dass das Kommunalmodell, das so kein anderes Land in den Bundesrat eingebracht hätte – jetzt hat es Schleswig-Holstein zur Debatte eingebracht –, in Zeiten, in denen die Unternehmen keine Gewinne machen, zu einer so starken Besteuerung geführt hätte, dass man sich schon überlegen musste, ob man das wirtschaftspolitisch wirklich will und welche Folgen das hat. Ich sage: Das, was jetzt vorliegt, ist ein guter Weg. Deswegen schließe ich mich dem an, was ihr über die Bundestagsfraktion gesagt habt.

Ich nehme aber nicht hin, dass die Art der Legendenbildung über das, was wir vorgelegt haben, so weiterläuft. Wir werden ja noch sehen, ob all die Elemente der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, die wir vorgesehen hatten, überhaupt von der CDU/CSU mitgemacht werden. – So viel, liebe Genossinnen und Genossen, zur Vergangenheitsbewältigung. Ich glaube, auf der Basis, die wir jetzt haben, können wir zusammen nach vorne marschieren.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Vielen Dank, Hans. – Joachim Poß, du sagst uns jetzt etwas zur Abstimmung.

Joachim Poß, Antragskommission: Einige wenige Anmerkungen zur Debatte: Ich finde, auch in Sachen Gemeindefinanzreform sollten wir den Blick nach vorne richten. Auf der anderen Seite sollte man akzeptieren, dass hier Kritik über eine Vorgehensweise geäußert worden ist, die kein Mensch in der Partei nachvollziehen konnte; das will ich hier klipp und klar feststellen.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt. Wolfgang Clement hat Recht: Wir müssen all das, was wir jetzt tun – das ist der Agendaprozess und die Vorziehung der Steuerreform – auf Aufschwung programmieren. Wir brauchen die Vorziehung, um den Agendaprozess zu stabilisieren. Dabei gibt es überhaupt keine Auffassungsunterschiede. Die Auffassungsunterschiede, die es vielleicht gibt, sollte man offen aussprechen. Sie bestehen darin, wie man betont, dass auch Gerechtigkeits Elemente hinzutreten müssen. Das wird von uns unterschiedlich betont.

Ich habe darauf hingewiesen, dass das Vorgehen bei der Erbschaftsteuer business as usual ist; das ist überhaupt nichts Besonderes. Wir müssen zu einer Neuregelung kommen, weil ein entsprechendes Urteil ansteht. Dann müssen die Akzente richtig gesetzt werden. Dazu gehört – auch das will ich noch einmal mit Blick auf Wolfgang sagen –: Wir müssen die steuerliche Behandlung von betrieblichen Übergängen so gestalten, dass sie wirtschaftsverträglich und mittelstandsverträglich sind. Wenn wir den Aufschwung wollen, dann brauchen wir für die Kommunen ab 1. Januar 2004 eine klare Perspektive, weil sie für die Investitionen sowie für kleine und mittlere Unternehmen so bedeutsam ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist doch kein Gegensatz. Eine vernünftige Gemeindefinanzreform unterstützt all das, was die Koalition und die Bundesregierung sonst auf den Weg bringen, um zu einer wirtschaftlichen Erholung zu kommen und die notwendigen strukturellen Veränderungen zu erreichen. Wir haben, wenn uns die Vorziehung der Steuerreform insgesamt gelingt, für Arbeitnehmer, für Familien mit Kindern und für den Mittelstand eine Entlastung von 56 Milliarden Euro durchgesetzt. Zu mancher Berichterstattung, die da lautet, wir seien zu Knechten des Großkapitals mutiert, kann ich euch sagen: Das ist nicht der Fall. – So viel zu meinen Anmerkungen.

In diesem Sinne, Angelica Dullinger, habe ich die Bitte, keinen zusätzlichen Satz zu übernehmen. Wir haben auf dem Nürnberger Parteitag die Änderung des § 30 a der Abgabenordnung beschlossen. Wir haben das zum Gegenstand der Koalitionsvereinbarung gemacht und im Steuervergünstigungsabbaugesetz vorgesehen. Das ist leider gescheitert. Wir ringen jetzt mit der Union über eine andere Form der Verifikation, wie das so schön heißt. So viel Vertrauen muss sein, liebe Genossinnen und Genossen. Wir brauchen nicht auf jedem Parteitag Beschlüsse zu wiederholen. Dies ist bei uns in guten Händen. Deswegen habe ich die Bitte, an dieser Stelle auf die genannte Änderung zu verzichten.

Dann hat Erwin Kirschenbaum die Frage der Konnexität angesprochen. Auch das ist ein kompliziertes Thema, über das man viel sagen könnte. Um es abzukürzen, schlage ich vor, dass wir auf Seite 24 in Zeile 33 einen Satz übernehmen. Nach dem Satz „Daher gibt es zur Politik einer stetigen und konsequenten Haushaltskonsolidierung keine seriöse Alternative“ sagen wir – ohne dass wir das jetzt in aller Feinheit

formulieren –: Dazu setzen wir als begleitendes Instrument das strikte Konnexitätsprinzip durch. – Damit hätten wir den Komplex Konnexität aufgenommen

(Vereinzelt Beifall)

und wir könnten in diesem Zusammenhang auf den Antrag 87 verzichten.

Darüber könnte jetzt abgestimmt werden, damit wir Punkt für Punkt abschieben.

Vorsitzender Martin Schulz: Damit komme ich zu folgendem Abstimmungsverfahren: Ich rufe A 1, Seite 24 bis 28, im Antragsbuch, in Verbindung mit A 76 bis A 133 sowie Initiativantrag 27 plus den Änderungsvorschlag, den Jochen gerade formuliert hat, auf. Bei Annahme sind die Anträge 76, 77, 102, 124 bis 132 und der Antrag 87, wie Jochen gerade vorgetragen hat, erledigt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen! – Gegenstimmen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich mache dann mit dem Abstimmungsverfahren weiter. Wir kommen zunächst zu den Änderungsanträgen zu Antrag 1. Das ist A 112; das ist die Seite 181. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, bitte ich um das Kartenzeichen! – Gegenprobe! – Enthält sich jemand? – Das ist so beschlossen.



Dann kommen wir zum Initiativantrag 27. Auch hier wird Ablehnung empfohlen, und zwar bei den Änderungsvorschlägen 2 und 3. Das findet ihr auf der Seite 27, Zeile 13, und auf Seite 25, Zeile 50. Hier wird Ablehnung empfohlen. Wer der Antragskommission folgt, bitte ich um das Kartenzeichen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Nachdem wir diese Anträge beschieden haben, rufe ich jetzt das Kapitel 4 des Antrags 1 auf, und zwar in der Form, wie wir es jetzt vorliegen haben. Ich lasse nun über das Kapitel 4 auf den Seiten 24 bis 28 abstimmen. Wer ihm in der jetzigen Fassung zustimmen will, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist mit überwältigender Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe jetzt einzelne Anträge auf, zunächst Antrag 78 „Soziale Gerechtigkeit“. Hier wird Überweisung an die Bundesregierung empfohlen. Wer ist dafür? – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist das überwiesen.

Antrag 79 „Umverteilung durch die Agenda 2010“. Hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 80 „Neuordnung der Verteilung des Steueraufkommens“. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Das gilt auch für Antrag 81. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung empfohlen. Wer ist dafür? – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe dann die Anträge 82, 84 und 86 sowie die Anträge 88 bis 97 auf. Sie betreffen alle die Gemeindefinanzreform und die Gemeindefinanzsteuer. Hier empfiehlt die Antragskommission „Erledigung durch Beschluss der Bundestagsfraktion am 14. Oktober 2003 und durch die Beschlüsse des Bundestages vom 17. Oktober“. Ist jemand dagegen, dass wir dies als erledigt betrachten? – Dann haben wir das als erledigt betrachtet.

Wir kommen dann zu Antrag 83, dem Verbot von Cross-Boarder-Leasing-Geschäften. Hier wird empfohlen, dies als Material an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer ist dafür? – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so überwiesen.

Wir kommen zu Antrag 85 „Gemeindefinanzsteuer“. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist dies so überwiesen.

Dann kommen wir zum Antrag 98 „Private Finanzierung öffentlicher Bauten“. Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Genossinnen und Genossen, es gibt eine ganze Serie von Anträgen, bei denen immer Überweisung an die Bundestagsfraktion bzw. an die Bundesregierung vorgeschlagen wird. Es handelt sich dabei um die Anträge 101, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, um die Anträge 111, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120 sowie die Anträge 121 bis 123, 123A und 133. Letzterer gilt als erledigt durch die derzeitige Gesetzeslage. Seid ihr damit einverstanden, dass wir diese Anträge en bloc an die Bundestagsfraktion bzw. an die Bundesregierung überweisen? – Nein. Dann lasse ich darüber einzeln abstimmen.

Ich komme zu Antrag 101, Kultur- und Sozialsteuer. Hier ist Überweisung als Material an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Antrag 103 „Eigenheimzulage“. Dieser soll an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Sind wir alle dafür? – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Antrag 104 „Neuausrichtung der Eigenheimförderung“. Hier ist ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Antrag 105 „Pendlerpauschale“. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist so beschlossen.

Antrag 106 „Neuregelung der Entfernungspauschale“. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Stimmt jemand dagegen? – Enthaltungen? – Das ist so beschlossen.

Antrag 107 „Pendlerpauschale muss erhalten bleiben!“. Hier wird vorgeschlagen, diesen Antrag ebenfalls an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

Antrag 108 „Subventionen Tabakanbau“. Dieser Antrag soll an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist so beschlossen.

Antrag 109 „Ehegattensplitting“. Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist so beschlossen.

Die Anträge 110 und 111 betreffen die Tobin-Steuer. Hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist gegen Hessen-Süd beschlossen.

Wir kommen zu Antrag 113 „Spitzensteuersatz“. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung empfohlen. Wer stimmt dem zu? –

Wer stimmt dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist mit breiter Mehrheit beschlossen.

Wer Antrag 114 „Branntweinmonopol“ an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung überweisen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Ich komme zu Antrag 115 „Bagatell-Steuern“. Dies ist teilweise erledigt durch die Praxis. Der Rest soll abgelehnt werden. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist so beschlossen.

Antrag 116 sieht die Optimierung der Finanzverfassung und die Änderung von Art. 108 des Grundgesetzes vor. Wer ist für die Überweisung an die Bundestagsfraktion? – Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist so beschlossen.

Antrag 117 „Lohn- und Einkommensteuer senken, Mehrwertsteuer erhöhen“. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung empfohlen. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

Die Anträge 118, 119 und 120 betreffen die Mehrwertsteuer. Bei allen drei Anträgen wird Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung vorgeschlagen. – Wollt ihr darüber einzeln abstimmen? – Gut.

Antrag 118, „Mehrwertsteuer“. Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion und an die Bundesregierung empfohlen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Gegen einige Stimmen ist dies so beschlossen.

Antrag 119, „Erhöhung Mehrwertsteuer“. Wer ist für die Überweisung an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit deutlicher Mehrheit beschlossen.

Bei Antrag 120 wird ebenfalls Überweisung an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit Mehrheit beschlossen.

Bei Antrag 121 „Mehrwertsteuerbelastung von Sonden-Nahrung“ wird Überweisung an die Bundesregierung empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit deutlicher Mehrheit so beschlossen.

Bei Antrag 122 „Ausweitung der persönlichen Steuerpflicht bei der Einkommensteuer auf die deutsche Staatsangehörigkeit“ wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Antrag 123 „Keine Amnestie für Steuerhinterzieher“. Hier ist Überweisung an die Bundesregierung vorgeschlagen. Wer stimmt dem zu? – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist dies mit Mehrheit so beschlossen.

Antrag 123A „Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel“. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist so beschlossen.

Nun kommen wir zu Antrag 133. Er sieht die Abschaffung von Ungleichbehandlungen im Steuerrecht vor. Hier empfiehlt die Antragskommission „Erledigt durch derzeitige Gesetzeslage“. Wer der Meinung ist, dass dies durch die Gesetzeslage erledigt ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Wir haben vergessen, über zwei Anträge abzustimmen, und zwar über die Anträge 99 und 100. Dabei geht es um die Cross-Boarder-Leasing-Geschäfte und die Bezahlung im öffentlichen Dienst. Bei letztem Antrag wird Ablehnung empfohlen. Na ja, so hart muss man es nicht machen.

Zu Antrag 99 „Cross-Boarder-Leasing-Geschäfte“ wird Ablehnung empfohlen. Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Zu Antrag 100 „Bezahlung öffentlicher Dienst“ empfiehlt die Antragskommission Ablehnung. Wer diesem Votum zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist so beschlossen.

Ich darf mich herzlich bedanken und übergebe das Wort an Wolfgang Jüttner.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe das Vergnügen, euch durch den letzten Teil des Antragspakets zu geleiten. Das ist das Kapitel 5 aus dem Antrag „Unser Weg in die Zukunft“. Das Kapitel ist überschrieben „Wir sorgen für soziale Sicherheit“. Wir haben verabredet, den Teil „Innovative Arbeitszeitpolitik“ gleich mit einzubinden.

Unsere Planung sieht vor, dass wir für beides von 11 bis 13 Uhr Zeit haben. Wir müssen etwas Zeit aufholen. Ich hoffe, es gelingt uns. In den Teil soziale Sicherheit führt jetzt Ulla Schmidt ein. Du hast das Wort.

Einführung Leitantrag „Wir sorgen für Soziale Sicherheit“

Ulla Schmidt, Antragskommission: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Thema, das wir jetzt diskutieren, ist das Thema, das uns mit am meisten bewegt. Es ist das Thema, bei dem wir immer hin und her gerissen sind zwischen unserem Verstand und unserem Herzen, zwischen dem Wissen um die Notwendigkeit der anstehenden Reformen und dem Versuch, den Begriff des Sozialstaats möglichst so zu verstehen, dass wir weiterhin umverteilen können und den Sozialstaat auch ausbauen können.

Die Sozialdemokratie hat in allen Jahren ihres Bestehens immer dafür gestanden, dass sie Chancengerechtigkeit schaffen will. Dazu gehört, Menschen am sozialen Fortschritt, am Wohlstand teilhaben zu lassen. Aber wir haben auch immer dafür gestanden, dass wir alles dafür tun, dass Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, unabhängig von ihrem Alter gegen die individuellen Lebensrisiken abgesichert sind. Das wird auch in Zukunft so sein.

Wir haben gestern und heute über vieles diskutiert, was die notwendige Voraussetzung ist, um soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft zu sichern. Voraussetzung ist beispielsweise, dass wir in die Zukunft investieren, in die Bildung, in die Forschung, in die Köpfe auch der nachwachsenden Generationen, damit der Wohlstand erwirtschaftet werden kann, der Sicherheit im Alter gewährleistet, aber auch den nachwachsenden Generationen Sicherheit in ihrem Leben gibt.

Das, was in diesem Antrag zusammengefasst ist, ist das Ergebnis monatelanger Diskussionen, die mit sehr viel Engagement geführt wurden. Ich finde, diese Diskussionen ehren uns, weil sie zeigen, dass wir uns die Diskussion um die Reform des Sozialstaats nicht einfach machen.

Es ist wichtig, dass wir heute die richtigen Entscheidungen treffen. Genauso wichtig ist, dass wir mit dem, was wir hier beschließen, vor Ort gehen, dass wir uns darum bemühen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wiederzugewinnen, dass wir vor Ort darum ringen, dass wir den Menschen vor allen Dingen die Sicherheit geben, dass sie auch in Zukunft gegen die individuellen Risiken abgesichert sind, dass wir mit unseren Reformen dafür sorgen, dass auch in Zukunft niemand aufgrund seines Einkommens oder aufgrund seines Alters von medizinischen Leistungen ausgeschlossen ist.

Wir müssen klar machen: In der Sozialdemokratie haben Diskussionen, in denen die Generationen gegeneinander gehetzt werden, keine Heimat, sondern wir sorgen für ein Miteinander der Generationen.

(Beifall)

Das bedeutet: Auch in Zukunft werden alle unabhängig vom Alter, unabhängig von ihrem Einkommen am medizinischen Fortschritt teilhaben. Wir garantieren, dass je-

der denselben Zugang zu den medizinischen Leistungen und zum medizinischen Fortschritt hat.

Wir garantieren ferner, dass auch in Zukunft die ältere Generation auf ihre Alterssicherung vertrauen kann. Wir sorgen aber auch dafür, dass diese für die jüngere Generation bezahlbar bleibt.

Der medizinische Fortschritt führt dazu, dass immer mehr Menschen älter werden – Gott sei Dank. Wir sind heute in der Lage, viel mehr chronische Krankheiten, die eine dauerhafte Behandlung erfordern, zu behandeln als früher. Die Menschen wissen, dass wir unser Gesundheitssystem effizient und effektiv strukturieren müssen, damit auf Dauer Gesundheit für alle bezahlbar bleibt.

Die Menschen wissen auch sehr genau: Wenn in 30 Jahren ihre Töchter und Söhne nicht nur die Rente der Eltern, sondern auch die Rente der Großeltern erwirtschaften müssen, wenn sie auch noch für die nachwachsende Generation sorgen müssen, dann können wir nicht so weitermachen wie bisher. Wir müssen die Umorganisation unserer sozialen Sicherungssysteme so auf den Weg bringen, dass auch noch unsere Kinder diese Leistungen erfüllen können und dass auch in 20 oder 30 Jahren in diesem Land ein Maß an sozialem Schutz vorhanden ist, wie es für uns alle selbstverständlich geworden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir senden mit diesem Leitantrag eine ehrliche Botschaft aus, indem wir sagen: Wer den Sozialstaat erhalten will, wer will, dass auch in Zukunft die Menschen Schutz vor den großen Lebensrisiken genießen, darf sich nicht um die Frage der Finanzierbarkeit von sozialen Leistungen herumdrücken. Das gilt für die Pflege, das gilt für die Gesundheit und es gilt auch für die Rente, denn die Rente ist nicht per se sicher, sondern sie ist nur dann sicher, wenn sie bezahlbar bleibt.

Bei allen notwendigen Diskussionen, die wir führen: Die Zukunft der sozialen Demokratie entscheidet sich weder an 10 Euro Praxisgebühr im Quartal noch daran, ob wir im kommenden Jahr aufgrund der dramatischen Einnahmeeinbrüche in der Rentenversicherung gezwungen sind, über eine Nullrunde für die Rentner und Rentnerinnen zu entscheiden, sondern die Zukunft entscheidet sich einzig und allein an der Frage, wie es uns gelingt, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu organisieren und die Solidarität zwischen den Generationen zu erhalten.

Wir Sozialdemokraten stehen dafür, dass das Band der Solidarität haltbar und belastbar bleibt: Die Renten müssen gesichert sein, für die Jüngeren müssen sie bezahlbar sein, die Gesundheitsreform muss umgesetzt und die langfristige Finanzierung geklärt werden, wir werden die notwendigen Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung treffen müssen.

Dass es uns um diese Fragestellung geht, zeigt ganz deutlich die Tatsache, dass die Mehrheit der vorliegenden Anträge sich auf das Thema Bürgerversicherung bezieht.

Es ist der ganz klare Wunsch der Partei – das wird auch von uns unterstützt –, dass gilt: Wir wollen keinen Weg gehen, bei dem der Einzelne sein individualisiertes Risiko absichern muss, sondern wir wollen auch in Zukunft eine Gesellschaft, in der die starken Schultern mehr tragen müssen als die schwachen und in der Junge und Alte, Gesunde und Kranke füreinander eintreten. Das müssen wir gemeinsam organisieren.

(Beifall)

Das wird auch in der Auseinandersetzung mit der Opposition eine wichtige Botschaft von diesem Parteitag aus sein. Die CDU will das individuelle Risiko mit individuellen Prämien absichern, nach dem Motto: Jeder hat das gleiche Risiko, deshalb kann jeder das Gleiche zahlen. Das ist kein sozialdemokratischer Weg, den lehnen wir ab.

Im Bereich der Rente, Genossinnen und Genossen, haben wir schon auf dem Parteitag im Juni entschieden, dass wir einen Nachhaltigkeitsfaktor einführen wollen, um die Rentenanpassungen daran auszurichten, wie sich das Verhältnis zwischen Beitragszahlerinnen und -zahlern und Rentempfängerinnen und -empfängern gestaltet.

Wenn das, was wir beschlossen haben, wirkt, wenn es uns gelingt, mehr Beschäftigung zu schaffen, wenn es uns gelingt, mehr Frauen an der Erwerbsarbeit teilhaben zu lassen, wenn es uns gelingt, das reale Renteneintrittsalter dem gesetzlichen Renteneintrittsalter anzupassen, dann stehen den Rentenbeziehern mehr Beschäftigte gegenüber, sodass die Anpassung größer ausfallen kann.

Wenn die Zahl der Beitragszahler und Beitragszahlerinnen sinkt, wird langsamer angepasst. Aber eines ist für uns wichtig: Wer ein Leben lang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, der muss im Alter mehr haben als Sozialhilfeniveau.

(Beifall)

Deshalb sagen wir: Es muss ein angemessenes Einkommen im Alter für diejenigen Menschen geben, die jahrelang ihre Beiträge gezahlt haben, die erwerbstätig gewesen sind.

Wir werden uns in diesem Jahrzehnt darauf konzentrieren, dass wir die Beschäftigungssituation und die Beschäftigungschancen von Frauen und von Älteren, Frauen wie Männern, verbessern. Wir haben gesagt: In einer Zeit, in der ein 55-jähriger Arbeitsloser keine Erwerbschancen hat, ist es müßig, darüber zu diskutieren, ob im Jahre 2030 das Renteneintrittsalter um zwei Jahre angehoben werden soll oder nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Die Menschen verstehen es nicht, weil sie mit der konkreten Situation konfrontiert sind, selber keine Erwerbschancen zu haben. Deshalb wollen wir hierin in diesem Jahrzehnt investieren. Wir wollen Schluss machen damit, dass die Arbeitsmarktprobleme zulasten der Rentenversicherung gelöst werden. Wir werden mit dem, was in

den vergangenen Tagen beschlossen worden ist, arbeiten. Wir wollen über Weiterbildung und über Fortbildungsangebote dafür sorgen, dass jeder so lange erwerbstätig sein kann, wie er erwerbstätig sein möchte. Auch der 60-Jährige, der erwerbstätig sein will, muss in diesem Land eine Chance haben. Wir können die Rahmenbedingungen schaffen. Aber hier sind auch die Unternehmer und Unternehmerinnen gefragt, die das Renteneintrittsalter gerne anheben wollen. Jetzt haben sie die Chance, für die kommenden Jahren dafür zu sorgen, dass die Menschen, die erwerbstätig sein wollen, auch mit 60 noch erwerbstätig sein können. Das ist unsere Antwort.

(Vereinzelt Beifall)

Ein weiterer Punkt ist: Wir haben entschieden, dass neben der umlagefinanzierten Rente die kapitalgestützte Säule auf den Weg kommt. Wir werden die Bedingungen hierfür noch weiter verbessern, Genossinnen und Genossen. Aber es ist für die Debatten vor Ort vielleicht wichtig, daran zu erinnern, dass erst mit unserer Reform die betriebliche Altersvorsorge, die für uns die hauptsächliche zweite Säule sein soll, eine Renaissance erlebt. Mittlerweile haben über Tarifverträge und abgeschlossene Verträge wieder 57 Prozent der Beschäftigten eine eigene betriebliche Altersvorsorge aufbauen können oder bauen sie auf. Das ist ein Riesenerfolg für die Rentenreform der letzten Legislaturperiode. Wir haben in den neuen Ländern die Abschlüsse für eine betriebliche Altersvorsorge auf 27 Prozent anheben können. Wir haben gestern von Karin Junker gehört, dass die Frauen mittlerweile zu 30 Prozent eine betriebliche Altersvorsorge haben. Wir wollen diesen Weg weitergehen. Wir wollen dadurch, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer ihre oder seine Altersvorsorge beim Arbeitsplatzwechsel mitnehmen kann, die Attraktivität einer solchen betrieblichen Altersvorsorge verbessern.

Es steht die Frage an: Wie geht es mit der Gesundheitsreform weiter? Wir haben einen Kompromiss. Ich halte ihn für besser, als er diskutiert wird. Man wird das im kommenden Jahr sehen. Wir schaffen Transparenz. Wir schaffen mehr Qualität. Wir schaffen die Beteiligung von Patientinnen und Patienten. Wir machen die Wege frei für die integrierte Versorgung. Wir reformieren die kassenärztlichen Vereinigungen. Wir ordnen den Arzneimittelsektor neu und vieles mehr.

Aber, Genossinnen und Genossen, wir haben als zweite Aufgabe die Umsetzung unseres Anspruches, dass Prävention zur nationalen Aufgabe wird. In einer älter werdenden Gesellschaft müssen wir alles tun, um das Entstehen von Krankheiten zu verhindern. Das ist eine nationale Aufgabe im Zusammenwirken von Krankenversicherung, Rentenversicherung und Pflegeversicherung, aber auch im Zusammenwirken von allen gesellschaftlichen Kräften, die Betriebe eingeschlossen. Denn es geht auch darum, die betriebliche Prävention weiter auszubauen und zu stärken.

Wir werden auch über die Fragen der nachhaltigen Finanzierung debattieren können. Wir lehnen die Individualisierung ab. Wir lehnen den Vorschlag der CDU zu risiko-bezogenen Kopfprämien ab. Wir wollen den Weg der Bürgerversicherung gehen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen, dass jeder Mann, jede Frau und jedes Kind in diesem Land versichert sind. Wir wollen, dass die Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit Beiträge zahlen und es nicht einheitliche Prämien für alle gibt, die dann wieder steuerliche Subventionen erfordern. Wir wollen überprüfen, ob wir neben dem Arbeitseinkommen andere Einkünfte einbeziehen sollten und wie das zu machen wäre. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jede Krankenkasse jeden zu Versicherten aufnehmen muss, unabhängig vom Risiko. Jeder muss jeden für die notwendige medizinische Leistung versichern. Unser Ziel ist dabei, einen Weg zu organisieren, der den Wettbewerb um die beste Versorgung auf den Weg bringt. Es soll einen Wettbewerb um die beste Qualität geben, nicht einen Wettbewerb um die besten Risiken oder um junge Gesunde.

Genossinnen und Genossen, wir wollen die privaten Krankenversicherungen nicht ausschließen, sondern wir wollen ihnen eine Chance geben, sich zu neuen Konditionen an diesem Wettbewerb zu beteiligen. Wir werden als Voraussetzung dafür den Wettbewerb zwischen den privaten Krankenkassen ermöglichen müssen, indem wir dafür sorgen, dass die Altersrückstellungen von den Versicherten mitgenommen werden können. Denn die privat Versicherten haben heute überhaupt keine Chance, sich daran zu beteiligen.

Lasst uns das, wie es hier im Leitantrag steht, beschließen. Wir wollen nicht nur eine breite öffentliche Debatte führen, sondern gleichzeitig den Weg ebnen, um die sozialrechtlichen, wettbewerbsrechtlichen, kartellrechtlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen für eine Entscheidung zu schaffen. Die Diskussion um die Bürgerversicherung ist noch nicht am Ende. Sie steht am Anfang. Sie muss breit geführt werden. Wir müssen uns so viel Offenheit lassen, dass wir anschließend auf der Grundlage unserer Überprüfungen beschließen können, wie es weitergehen soll. Aber ich glaube, die Entscheidung, diesen Weg zu gehen, auch in Ablehnung von anderen Wegen, die vorgeschlagen sind, ist eine notwendige und eine wichtige Entscheidung.

Genossinnen und Genossen, auch die Pflegeversicherung werden wir zukunftsfest machen müssen. Wir müssen sie an die neuen Bedingungen anpassen. Das bedeutet nicht nur, dass wir das, was uns das Bundesverfassungsgericht aufgetragen hat, umsetzen müssen. Hierbei geht es um die Frage: Wie können Menschen, die Kinder erziehen, auf der Beitragsseite entlastet werden? Wir werden vielmehr auch – erstens – Vorschläge auf den Weg bringen müssen, wie wir die ambulante Pflege vor der stationären Pflege stärken. In einer Gesellschaft, die älter wird, werden wir auf Dauer eine wirklich gute Pflege nur organisieren können, wenn wir dafür sorgen, dass die Menschen so lange wie möglich in ihrer angestammten Umgebung bleiben können. Dazu müssen wir heute die Voraussetzungen schaffen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen – zweitens – dafür sorgen, dass die Leistungen in der ambulanten Pflege dynamisiert werden, damit wir die Menschen, die in diesem Bereich tätig sind, auch anständig bezahlen können.

(Vereinzelt Beifall)

Sonst werden wir auf Dauer niemanden mehr haben, der diese schwierigen Aufgaben erledigt und eine wichtige gesellschaftspolitische Arbeit tut.

Wir werden überprüfen müssen, ob die drei Pflegegruppen ausreichen.

Das alles sind Dinge, die wir im kommenden Jahr auf den Weg bringen müssen, Genossinnen und Genossen. Ich glaube, dass wir es dabei erst einmal belassen sollten. Denn die Frage, wie wir vielleicht im Jahre 2020 oder 2030 die Pflege organisieren, kann auch in der nächsten Legislaturperiode oder in ein oder zwei Jahren nach intensiver Diskussion noch entschieden werden.

Ich bitte euch hier um Zustimmung zu dem Leitantrag, weil er wirklich eine gute Grundlage liefert und weil er uns das Rüstzeug dafür gibt, um vor Ort die Diskussion zu bestehen.

In dieser schwierigen Situation, in der wir uns befinden, in der wir uns auf in der Regierung befinden, sage ich euch: Wir brauchen euch dabei. Wir brauchen euch für die Gespräche vor Ort. Ich bitte euch um Zustimmung zu dem, was wir hier auf den Weg gebracht haben.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank, Ulla. – Ich rufe Ursula Engelen-Kefer zur Einbringung des zweiten Teils „Innovative Arbeitszeitpolitik“ auf.

Einführung Leitantrag „Innovative Arbeitszeitpolitik“

Ursula Engelen-Kefer, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Innovative Arbeitszeitpolitik ist auch ein Schlüssel für mehr Wachstum. Dabei geht es zunächst einmal um mehr Flexibilität in den Betrieben, das heißt die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Dabei ist entscheidend: Es muss ständig ein Gleichgewicht zwischen den Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gefunden werden. Das, Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, heißt für mich im Klartext: Wir brauchen keine pauschale Verlängerung der Wochenarbeitszeit. Das wäre nichts anderes als eine pauschale Senkung der Löhne. Das kann nicht eine Vision sozialdemokratischer Politik sein.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, innovative Arbeitszeitpolitik ist weit mehr als nur Krisenmanagement. Sie muss zum festen Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung werden; denn es geht hierbei auch um die Frage der Qualifizierung. Unser Markenzeichen „Made in Germany“ ist eine Frage der Qualität und damit auch der Innovationskräfte in Deutschland. Dazu brauchen wir qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und zwar nicht nur Spitzenkräfte. Wir müssen das Bildungsniveau insgesamt anheben; denn als Niedriglohland hätte Deutschland keine Chance. Qualifizierung muss deshalb in Deutschland wieder oberste Priorität haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Das gilt auch für die Verpflichtung der Unternehmen. Das ist nämlich nicht nur eine Aufgabe des Staates oder der Bundesanstalt, sondern hier sind die Unternehmen in der Verpflichtung. Weiterbildung ist eine Verpflichtung nicht nur für die oberen Kräfte, für die Manager und Techniker, sondern Weiterbildung ist gerade auch eine Verpflichtung für un- und angelernte sowie gelernte Arbeitnehmer. Dafür müssen wir sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, die Frage der Arbeitszeitgestaltung ist auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Bedeutung. Wir brauchen dringend – das hat die Debatte eben deutlich gemacht – eine familiengerechte Arbeitszeitpolitik. Das wäre eine echte gesellschaftspolitische Innovation: gut für die Frauen, gut für die Familien, gut für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Sozialversicherungen. Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, machen wir Arbeitgebern klar, dass es auch in ihrem Interesse ist, für eine vernünftige familiengerechte Arbeitszeitgestaltung zu sorgen!

(Vereinzelt Beifall)

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Innovative Arbeitszeitpolitik kann und muss auch dazu beitragen, dass die Beschäftigten wieder länger im Beruf bleiben können. Denken wir nur an die Rentendebatte! Ulla Schmidt hat es gerade erwähnt: Arbeiten im Alter ist auch ein Produktivfaktor in unserer Gesellschaft. Klar ist auch, dass wir uns das Ausmaß der Frühverrentung, das wir in den vergangenen Jahren gehabt haben, in Zukunft nicht mehr leisten können, und zwar nicht nur aus Kostengründen, sondern auch aus Gründen der Humanität. Viele Menschen wollen länger im Arbeitsleben bleiben und müssen die Chance bekommen, auch unter humanen Bedingungen im Arbeitsleben zu bleiben. Dazu gehört eine entsprechende Arbeitszeitgestaltung.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, innovative Arbeitszeitmodelle lassen sich nicht verordnen, aber wir können sie fördern. So war es die SPD, die mit Recht das Recht auf Teilzeitarbeit als einen wichtigen Grundstein eingeführt hat. Wenn uns die CDU/CSU und die FDP dieses Recht auf Teilzeitarbeit jetzt streitig machen wollen, dann müssen wir mit aller Kraft dafür einstehen, dass es erhalten bleibt. Es hat sich bewährt. Es hat neue Chancen geschaffen, auch für familiengerechtere Arbeitszeiten. Es muss Zukunft haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, ein allerletztes Wort. Bei der Arbeitszeitgestaltung, gerade bei einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, spielen die Tarifparteien eine entscheidende Rolle. Sie sind diejenigen, die in den Tarifverträgen die Rahmenregelungen schaffen. Wenn es uns mit einer zukunftsorientierten innovativen Arbeitszeitgestaltung ernst ist, wenn uns das wichtig ist, dann müssen die Tarifautonomie und die Rolle der Tarifparteien bei den Rahmenregelungen für flexible Arbeitszeitgestaltungen erhalten bleiben und zukunftsfähig gemacht werden. Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, allen Versuchen, die Tarifautonomie auszuhöhlen, muss auch aus diesen Gründen ein Riegel vorgeschoben werden. Das ist sozialdemokratische Politik, Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und liebe Genossen.

(Beifall)

Deshalb bitte ich euch darum, dass ihr den Antrag zur innovativen Arbeitszeitgestaltung annehmt. Er ist ein Stück Zukunftsvision. Es wäre gut, wenn wir ihn alle gemeinsam mit Leben füllen könnten. Das ist ein wichtiges Zukunftsprojekt für die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Antragsberatung Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Arbeitspolitik

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank. – Wir beginnen jetzt mit der Debatte zu beiden Teilen. Als Erster hat Hubertus Heil das Wort. Dann folgen Christian Lange und anschließend Eckart Kuhlwein.

Wolfgang-Hubertus Heil, Braunschweig: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich zum Thema Bürgerversicherung zu Wort gemeldet.

In der Gesundheitspolitik haben wir, um es auf einen Nenner zu bringen, eine aktuelle Diskussion und eine langfristige Diskussion miteinander zu führen.

Aktuell, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir über die Ausgabenseite der gesetzlichen Krankenversicherung zu diskutieren. Da besteht Reformbedarf, wenn man sich vor Augen führt, dass wir in der gesetzlichen Krankenversicherung jährlich 120 Milliarden Euro ausgeben und mit diesem vielen Geld nicht annähernd die guten Ergebnisse erzielen wie einige andere Länder, die weniger dafür ausgeben. Ob wir die Prävention zu einer eigenständigen Säule aufbauen können, wie wir Wettbewerb nicht nur zwischen den Kassen, sondern auch zwischen Leistungserbringern organisieren können, ob wir beispielsweise das Monopol der Kassenärztlichen Vereinigungen endlich aufknacken – diese Frage liegt noch vor uns, weil die CDU/CSU das blockiert hat –,

(Vereinzelt Beifall)

all das sind Fragen, liebe Genossinnen und Genossen, die noch vor uns liegen. Im Moment gilt es also, mit dem im System vorhandenen Geld vernünftiger umzugehen, indem man Durchlässigkeit organisiert und vieles andere mehr.

Langfristig geht es auch darum – es ist gut, dass dieser Parteitag diese Perspektive öffnet –, mehr Geld für Gesundheit zu mobilisieren, weil wir eine alternde Gesellschaft sind und weil wir auch den Zugang zum medizinischen Fortschritt für alle möglich machen wollen. Das wird Geld kosten, liebe Genossinnen und Genossen, und die Frage ist, wie wir das in Zukunft mobilisieren.

Ich bin dafür, dass wir uns bei der Bürgerversicherung Zeit lassen, um das miteinander solide zu machen. Ich bin dafür, dass wir bei der Bürgerversicherung hier keine Festlegungen im Detail vornehmen. Solche Festlegungen würden uns davon abhalten, liebe Genossinnen und Genossen, das Wichtige und Vernünftige zu tun.

Aber ich finde es richtig, dass wir uns mit ein paar Kriterien, mit Leitplanken auf den Weg gemacht haben. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Fortschritt dieses Parteitags gegenüber bisherigen. Seien wir doch ehrlich miteinander! Wir hatten Parteitage, auf denen die Parteiführung die Partei hinter dem Regierungshandeln hergezogen hat. Wir haben jetzt mit diesem Leitantrag Leitplanken in die Zukunft.

Dazu gehört ganz klar auch die Orientierung in Richtung Bürgerversicherung. Die Kriterien, die aufgeschrieben worden sind, liebe Genossinnen und Genossen, sind ganz klar. Alle sollen einbezogen sein. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit muss ein Kriterium sein. Wir müssen darüber reden, wie wir das ausgestalten.

Es gibt Initiativanträge, die mehr wollen, die eine ganz dezidierte Festlegung auf bestimmte Modelle wollen.

Sie wollen beispielsweise, dass wir schon in den nächsten Monaten mit der Umsetzung anfangen. Das aber, liebe Genossinnen und Genossen, sollten wir nicht tun. Es kann nicht sein, dass wir uns selbst nicht ernst nehmen, indem wir Details festlegen, die von der Regierung und von der Parlamentsfraktion nicht umgesetzt werden können. Deshalb ist meine herzliche Bitte, der Empfehlung der Antragskommission zu diesem Kapitel zuzustimmen. Es ist ein guter Beschluss, der uns weiterbringt und der eine klare Alternative zu den Vorstellungen der Union ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank. – Nun Christian Lange und dann Eckart Kuhlwein und Marlies Volkmer.

Christian Lange, Baden-Württemberg: Vielen Dank. – Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche zum Initiativantrag 32 der Landesverbände Hessen und Baden-Württemberg, die das Ziel erreichen wollen, dass die Rentenversicherung langsam, aber sicher zu einer Erwerbstätigenversicherung für zukünftige Erwerbstätige ausgebaut wird.

Ich weiß, unsere Partei hat viel Sympathie für das Ziel, dass zukünftig Selbstständige, Freiberufler, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Beamte und auch Abgeordnete in eine Kasse einzahlen. Wir haben uns in der Tat um ein Modell bemüht, das diesen Weg ermöglicht. Dieses Modell orientiert sich an dem, was es in Skandinavien schon gibt. Dort ist dieser Bereich vornehmlich steuerfinanziert. Wir glauben, dass wir mit diesem Weg Schluss mit den vielen unterschiedlichen Kassen machen können. Ich nenne beispielsweise die Versorgungswerke für Rechtsanwälte und für Ärzte. Wir glauben weiterhin, dass wir in diesem Leitantrag ein Signal der Gerechtigkeit einbauen sollten. Deshalb haben wir den Initiativantrag, für den ich um eure Unterstützung werbe, gestellt.

Genossinnen und Genossen, wie kann ein solcher Weg bereitet werden? Wir meinen, dass wir bei den zukünftigen Erwerbstätigen ansetzen müssen, um auch die Bezahlbarkeit im Auge zu behalten. Wir glauben, dass das Geld, das dadurch hereinkommt, in einen Generationenfonds gezahlt werden soll, sodass ein Kapitalstock aufgebaut wird, der Sicherheit und Rendite als Verpflichtung hat, der zugleich gesellschaftlichen Nutzen bringt, nämlich Beschäftigungswirksamkeit, und der sich für ökologische Projekte öffnet. Wir glauben, dass so der Weg hin zu einer Solidarität

der Generationen und zugleich zur Stabilisierung der Altersvorsorge bereitet werden kann.

Wir glauben auch, dass dies ein Weg ist, den wir als Regierungsfraktion nachvollziehen können, weil noch nicht ganz ausformuliert ist, wie wir dieses Vorhaben in Paragraphen zu gießen haben. Die Richtung ist aber vorgegeben. Von diesem Weg geht wieder stärker ein Signal der Gerechtigkeit aus.

Ich bitte euch um Unterstützung. Sagt Ja zur Gleichbehandlung von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Selbstständigen, Freiberuflern und Abgeordneten in der Rentenversicherung! Unterstützt den Initiativantrag 32!

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Das Wort hat Eckart Kuhlwein. Anschließend folgen Marlies Volkmer und Ursula Engelen-Kefer.

Eckart Kuhlwein, Schleswig-Holstein: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich etwas gewundert, dass die flächendeckende Arbeitszeitverkürzung im Antrag 216 „Innovative Arbeitszeitpolitik“ infrage gestellt wird. Nun mag heute keiner mehr als Traditionalist gelten. Ich weiß aber, dass Differenzierung hinsichtlich individueller Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wohl auch mit Blick auf betriebliche Erfordernisse durchaus sinnvoll und notwendig sein kann.

Wir sollten nicht vergessen, welcher gewaltige gesellschaftliche Durchbruch die Einführung der 35-Stunden-Woche gewesen ist. Arbeitszeitverkürzung war immer auch Bestandteil der Humanisierung der Arbeitswelt. Flexibilität hat ihre Grenzen dort, wo soziale Strukturen zerstört werden, wo Partner sich und ihre Kinder nicht mehr sehen können, weil sie unterschiedliche Arbeitszeiten haben – wir haben in der Familiendebatte vorhin einiges dazu gehört –, oder wo kein gemeinsamer Termin für die Arbeit in den SPD-Ortsvereinen gefunden werden kann.

(Beifall)

Die zerstörerischen Wirkungen von zu viel Flexibilisierung kann man bei Richard Sennett nachlesen. Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit, die einmal KAPOVAZ genannt wurde, verschärft unsere gesellschaftlichen Probleme mehr, als dass sie sie löst.

Genossinnen und Genossen, wir haben jahrelang dafür gekämpft, dass im Arbeitszeitgesetz die Regelarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt wird. Das scheint vom Tisch zu sein. Ich sehe keine Bemühungen mehr in dieser Richtung, obwohl es dazu auch Parteitagbeschlüsse gab. Wir haben die Gewerkschaften dabei unterstützt, Überstunden abzubauen, und wir haben im noch gültigen Berliner Programm die Wochenarbeitszeit mit familienpolitischen Argumenten sogar auf 30 Stunden begrenzen wollen. Stattdessen hören wir jetzt Aussagen von Wolfgang Clement zur Arbeitszeit-



verlängerung. Ich würde gerne einmal den Chefökonom der Deutschland AG danach fragen,

(Vereinzelt Beifall)

wie er begründen will, dass auf der einen Seite länger gearbeitet werden soll, dass aber auf der anderen Seite große deutsche Unternehmen im Augenblick Arbeitszeit verkürzen, um Beschäftigung zu sichern.

Ich komme zum Schluss. Ich möchte mich aus diesen Gründen für den Initiativantrag 29 aussprechen. In ihm wird deutlich gesagt, dass Arbeitszeitverkürzung, auch flächendeckende, auch in Zukunft ein Instrument der Arbeitszeitpolitik und der Beschäftigungspolitik sein soll und dass allen Sprüchen über eine angeblich erforderliche Mehrarbeit eine Absage erteilt werden soll. Bitte nehmt den Initiativantrag 29 an!

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank, Eckart. – Das Wort hat Marlies Volkmer. Ihr folgt Ursula Engelen-Kefer und Claus Möller.

Marlies Volkmer, Sachsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich komme noch einmal auf die Altersversorgung zurück. Die Antragskommission hat einen Abschnitt in dem Antrag 1 gänzlich geändert. Es handelt sich um den Abschnitt über die Altersversorgung. Deswegen ist jetzt nicht mehr der Antrag in eurem Antragsbuch maß-

geblich, sondern der Antrag, der euch gestern Nachmittag auf die Tische gelegt worden ist. Sicherlich gibt es viele Punkte, über die man ausgiebig diskutieren müsste. Dazu gehört zum Beispiel die Frage: Wie soll ein Nachhaltigkeitsfaktor in der Rentenversicherung ausgestaltet sein?

Ich möchte euch bitten, einen ganz konkreten Punkt abzulehnen. Im Antrag der Antragskommission wird gefordert, die Altersgrenze für den frühestmöglichen Bezug der Altersrente nach Arbeitslosigkeit schrittweise bis 2008 auf 63 Jahre anzuheben. Was heißt das? Das heißt, dass Arbeitslose länger in Arbeitslosengeld II verharren. Das heißt, dass sie länger mit 345 Euro im Westen bzw. mit 331 Euro im Osten auskommen müssen, wenn sie überhaupt finanzielle Ansprüche haben. Das heißt, dass sie längere Zeit ihr privat angespartes Vermögen aufbrauchen müssen, ehe sie in Rente gehen können.

Das ist die soziale Seite. Aber ich halte es auch ökonomisch für nicht sinnvoll. Denn das bringt zusätzliche Ausgaben für die Steuerzahler, die längere Zeit die Ausgaben für das Arbeitslosengeld II bezahlen müssen. Es bringt für die Rentenversicherung kaum eine Entlastung.

Ich bitte daher, den entsprechenden Satz im Antrag der Antragskommission zu streichen, der da lautet: „Die Altersgrenze für den frühestmöglichen Bezug der Altersrente nach Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit wird schrittweise bis 2008 auf 63 Jahre angehoben.“ Ich bitte um die entsprechende Streichung der Worte „nach Arbeitslosigkeit oder“. Dann ist nur noch die Anhebung in Bezug auf Altersteilzeit möglich.

Ich bitte euch, diesem Antrag zuzustimmen. Ich denke nämlich, dass wir es nicht zulassen können, dass die Altersgrenze für die Menschen, die arbeitslos sind, für den Bezug der Rente auf 63 Jahre angehoben wird.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Ich weise darauf hin, dass das deckungsgleich mit dem Initiativantrag 25 ist, über den wir abstimmen, sodass hier nichts mehr eingereicht werden muss. – Das Wort hat nun Ursula Engelen-Kefer. Ihr folgt Claus Möller und dann Martin Pfaff.

Ursula Engelen-Kefer, Parteivorstand: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich möchte noch einige wenige Worte zur Rente und zur Gesundheitsversorgung sagen. Wir haben gestern unter großem Beifall hier gehört, dass es wichtig ist, dass die SPD wieder Vertrauen in der so genannten Mitte finden muss, also beim Koch, bei der Verkäuferin, beim Arbeiter, beim Beamten und bei den Beziehern unterer und mittlerer Einkommen. Dazu gehört natürlich auf der einen Seite ein existenzsicherndes und leistungsgerechtes Einkommen.

Dazu gehört auf der anderen Seite auch die soziale Sicherung.

Kolleginnen und Kollegen, für mich ist es absurd, dass die Sozialdemokraten bei den Umfragen nicht mehr die Hoheit über soziale Gerechtigkeit haben. Dass ausgerechnet Stoiber als Schutzpatron der kleinen Leute in der Öffentlichkeit erscheinen möchte, das müssen wir ändern. Es muss wieder deutlich werden: Die Sozialdemokraten sind es, die für die soziale Sicherung und für die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme einstehen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, dazu gehört natürlich, dass wir deutlich machen, dass Reformen unumgänglich sind. Insofern unterstütze ich Ulla Schmidt. Aber bei diesen Reformen muss man sehen: Es geht nicht nur um die Beitragssätze. Es geht ohne Zweifel auch um die Beitragssätze. Aber es geht ebenfalls um die Leistungen und das Rentenniveau. Es darf keine Rentenreform der Sozialdemokraten geben, durch die das Rentenniveau immer mehr an die Sozialhilfegrenze heranrückt. Das muss die Zielrichtung der Reformen sein, die wir in den nächsten Monaten vorzunehmen haben.

(Beifall)

Ein Wort zur Gesundheitsversorgung. Liebe Genossinnen und Genossen, das Gesundheitsreformgesetz ist bei vielen nicht gut angekommen. Das ist ein Fakt. Da können wir keine Vogel-Strauß-Politik machen. Aber ich glaube, wir haben die Chance, da herauszukommen, wenn wir deutlich machen: Die Sozialdemokraten haben ein Zukunftsprojekt. Dieses Zukunftsprojekt ist die Bürgerversicherung. Dazu gehört, dass die Arbeitgeber in der paritätischen Finanzierung gehalten werden, da wo sie sich heute beteiligen. Parität im engeren Sinne haben wir ja schon gar nicht mehr. Eine weitere Aufweichung dürfen wir nicht zulassen. Schon gar nicht darf es ein Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge geben. In den Ländern, in denen Arbeitgeber aus der Verantwortung sind, sind die Kosten des Gesundheitswesens ins Uferlose gestiegen. Die Privatisierung der Gesundheit hat dazu geführt, dass es Menschen erster und zweiter Klasse gibt. Das darf nicht die Vision sozialdemokratischer Gesundheitspolitik sein.

(Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich euch auffordern, dass ihr euch für eine Bürgerversicherung einsetzt, die diesen Namen verdient, mit einer vernünftigen Beteiligung der Arbeitgeber, Erhebung der Beiträge gemäß dem Einkommen, ausreichender Solidarität zwischen Jungen und Alten, Gesunden und Kranken, denjenigen mit Familie und denjenigen ohne Familie. Eine so verstandene Bürgerversicherung ist ein Zukunftsprojekt, das wir als Gewerkschaften und als SPD in den nächsten Monaten voranbringen müssen und können. Ich denke, das könnte uns ein wenig aus dem Tief herausholen und die Sozialdemokraten mit der nötigen Kompetenz für soziale Sicherung und soziale Gerechtigkeit versehen. Das sollte unsere Zukunft, unsere Zielsetzung sein.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Das Wort hat Claus Möller. Dann Martin Pfaff und Detlev Albers.

Claus Möller, Schleswig-Holstein: Genossinnen und Genossen! Ich denke, dass zur langfristigen Absicherung aller Sozialversicherungssysteme – Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rente oder Gesundheit – vier Dinge notwendig sind. Innerhalb der Systeme brauchen wir Strukturreformen. Es müssen in die Agenda die Strukturreformen, die wir im Kompromiss mit der CDU nicht geschafft haben, Stichwort „Kassenärztliche Vereinigungen“. Es geht darum, das Verhältnis von umlagefinanziertem Teil und steuerfinanziertem Teil auszusteuern. Es geht auch um den betrieblichen Teil im Zusammenhang mit der Riester-Rente. Es ist zu definieren, wie viel Eigenvorsorge erforderlich ist. Das ist in den verschiedenen Systemen sicherlich unterschiedlich.

Es wird im Antrag dargestellt, dass wir zur Stabilisierung der Rentenversicherung in der Vergangenheit die Ökosteuer, teilweise die Mehrwertsteuer und jetzt die Tabaksteuer zweckgebunden nutzen. Dieser Steuertransfer ist nicht fremd. Beim BAföG und Kindergeld wissen wir, dass sie einen erheblichen steuerfinanzierten Anteil haben. Es ist auch nicht zu leugnen, dass wir das Rentenversicherungssystem jetzt mit 77,3 Milliarden – wenn diese Zahl noch stimmt – stützen und dass damit 30 Prozent der Rentenzahlungen steuerfinanziert sind. Aber warum wird jetzt so getan, als ob das das Ende der Fahnenstange wäre? Das gilt auch für den Arbeitsmarkt. Betrachtet die skandinavischen Beispiele.

Es darf kein Denkverbot geben – ich sage nicht kurzfristig, aber mittelfristig –: Wie hoch soll der Steueranteil bei der Finanzierung der verschiedenen Sozialversicherungssysteme sein? Es darf kein Denkverbot sein, dass er auch höher liegen kann. Ich sage aber auch unmissverständlich: Das ist kein Thema für 2003 und 2004. Es ist gesagt worden, dass die Einnahmeseite zu verbessern ist und Arbeitsplätze zu schaffen sind. In diesem Zusammenhang sind Steuersenkungen angesagt; das ist richtig. Wir möchten mit unserem Initiativantrag A 11 deutlich machen, dass es nicht nur darum geht, festzuschreiben: In der Vergangenheit hat der Steueranteil den Beitragssatz zur Rente stabilisiert. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass zur Stabilisierung bzw. zur Senkung des Beitragssatzes mittelfristig eine entsprechende Finanzierung durch Steuern erforderlich und sozial vertretbar ist.

(Beifall)

Dabei geht es auch darum, was wir immer wieder betont haben: Wir haben eine Steuerquote von 20,8 Prozent. Das ist inzwischen mit die niedrigste in den Industriestaaten, dank unserer Steuerpolitik. Ich weiß nicht genau, ob darin schon die Steuerreform 2005 einbezogen ist. Wir haben eine Abgabenlast von 42 Prozent. Das ist doch das Problem, das Arbeit teuer macht. Wir können nicht immer nur sagen: Die Abgaben sollen runter. Sie können nicht nur durch Leistungseinschränkungen heruntergehen. Wir müssen auch darüber diskutieren, ob wir nicht gegebenenfalls

einmal eine Steuer anheben und dafür die Abgaben senken. Hier darf es kein Denkverbot geben.

(Beifall)

Das möchten wir mit dem Ansatz des Initiativantrages A 11 sagen.

Ich sage noch einmal und ausdrücklich: Das ist kein aktuelles Thema. Wir müssen durch das Vorziehen der Steuerreform jetzt erst einmal mehr Wachstum schaffen. Aber es darf, wenn es um eine mittelfristige und nachhaltige Absicherung geht, solch ein Punkt nicht tabuisiert werden.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Martin Schulz: Das Wort hat Martin Pfaff. Anschließend Detlev Albers und Matthias Kollatz-Ahnen.

Martin Pfaff: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir von der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen haben einen ganz einfachen und schlichten Kompass, der uns sagt, ob die Maßnahmen dieses Leitantes richtig sind, in die richtige Richtung weisen oder nicht. Dieser Kompass wurde uns durch die Gründer der sozialen Krankenversicherung geliefert. Das Bedarfsprinzip sagt ganz eindeutig, dass jeder Mann, jede Frau und jedes Kind Leistungen nach dem Bedarf und nur nach dem Bedarf und nicht nach der Dicke der Geldbörse in Anspruch nehmen sollte. Das soll so bleiben; Ulla Schmidt hat das gesagt.

Das zweite Element des Kompasses ist das Leistungsfähigkeitsprinzip der Finanzierung, dass die breiteren Schultern für denselben Versicherungsanspruch einen absolut höheren Beitrag leisten sollten. Dieser Kompass zeigt uns beispielsweise, dass viele Elemente dieses Leitantes absolut richtig liegen, weil sie bedarfsgerecht sind. Ich verweise beispielsweise auf die Forderung nach mehr Prävention und Gesundheitsförderung, nach mehr Transparenz. Auch das hat Ulla Schmidt erwähnt. Ich könnte noch anderes erwähnen. Wenn wir etwas zu kritisieren haben, dann höchstens, dass diese Schritte der Strukturreformen nicht weit genug gehen.

Ich begrüße insbesondere drei Elemente in diesem Leitant; denn sie eröffnen Brücken zu neuem Engagement vieler unserer Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft, die resigniert haben, die sich in die innere Emigration zurückgezogen haben. Sie sagen: Das, was mit der Agenda 2010 eine Leistungsausgrenzung, eine Überhöhung der Zuzahlungen und anderes mehr bewirkt, ist dasselbe, was wir Jahrzehnte lang beim politischen Gegner kritisiert haben. Wir haben auch im Wahlkampf gesagt: Das wird niemals sozialdemokratische Politik sein.

So empfinden sie.

Ich finde, dass es mindestens drei Elemente gibt, die Brücken bauen zum Engagement, auch derjenigen, die sich zurückgezogen haben. Wir danken dafür, dass der Teil zur Pflegeversicherung zurückgezogen wurde und eine neue Formulierung gefunden wurde.

(Vereinzelt Beifall)

Das war ganz wichtig; denn das erste Element ist, dass die Leistungen der Pflegeversicherung nach dem individuellen Bedarf gewährt werden, und zwar ambulant und stationär in gleicher Weise. Das heißt also, nicht Pflege nach Kassenlage von Jahr zu Jahr.

Das zweite Element ist die Bejahung einer Strukturreform. Das begrüße ich ebenfalls. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden. Die Leistungssätze müssen auch anhand des tatsächlichen, individuellen Pflegebedarfs auf der Grundlage international anerkannter Standards gewährt werden. Auch das ist wichtig. So richtig es allerdings ist, die ambulante Pflege zu stärken, wofür wir alle sind – das darf nicht zulasten der stationären Pflege gehen, denn sonst wird – das wissen wir schon heute – die Zahl der Sozialhilfeanträge zunehmen und ein Verschiebehahnhof zulasten der Kommunen bis zu 2 Milliarden Euro ist programmiert. Das zu sagen gehört zur Ehrlichkeit.

Ich begrüße drittens – das ist das zentrale Zukunftsprojekt, auch für unsere Arbeitsgemeinschaft; wir haben das auf dem Parteitag im Juni gefordert – die klare Absage an das Kopfprämienmodell – denn der Kompass zeigt, diese verletzt die Grundprinzipien einer sozialen Krankenversicherung –, die Finanzierung nach Leistungsfähigkeit und die klare Bejahung der Bürgerversicherung. Eindeutiger als in diesem Leitantrag kann man es nicht formulieren: „Alle Bürgerinnen und Bürger müssen sich an der solidarischen Finanzierung der Gesundheitsversorgung beteiligen.“ Warum sollen sie sich dann nicht auch entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen? Bei den Steuern wollen wir eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage; das ist auch richtig. Warum soll das nicht auch für die Beiträge in den bedarfsorientierten Systemen gelten?

(Vereinzelt Beifall)

Man muss nicht Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre sein, um zu verstehen, dass die Leistungsfähigkeit auch anders definiert werden kann.

Ob andere Erwerbseinkommen herangezogen werden, das gehört eigentlich nicht hierher.

Letzter Satz. Unser Kompass zeigt uns nicht nur den Weg des Herzens, sondern auch den Weg des Verstandes. Er zeigt uns, dass Privatisierung keine Alternative ist, sondern dass der klassische Weg der Solidarität auch der rationale Weg ist. Denn die Länder weltweit, die diesen Weg gegangen sind, haben sowohl kosteneffektivere als auch verteilungsgerechtere Systeme.

Ich danke.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank. – Detlev Albers, dann Matthias Kollatz und Peter Dreßen.

Detlev Albers, Parteivorstand: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich all denen anschließen, die in Sachen Rente bei dem Zusatzantrag für Seite 28 unseres Leitanteses dafür eintreten, einen einzigen Satz herauszunehmen, nämlich: „Auch für arbeitslose ältere Arbeitnehmer soll der frühestmögliche Zeitpunkt des Übergangs in die Altersrente von 60 auf 63 angehoben werden.“ Das steht im Widerspruch zu einer Sache, in der wir sonst übereinstimmen – sowohl Ulla Schmidt als auch Ursula Engelen-Kefer haben es vorgetragen –: dass wir gemeinsam vielfache Anstrengungen unternehmen müssen, um zu erreichen, dass ältere Arbeitnehmer länger im Arbeitsprozess bleiben können. Wir wissen doch, dass heute 50 bis 60 Prozent der deutschen Betriebe niemanden mehr arbeiten lassen, der älter als 50 ist.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser unhaltbare Zustand muss mit den verschiedensten Maßnahmen angepackt und verändert werden. Aber dieser Satz, mit dem die Chance entfällt, als älterer Arbeitnehmer nach jahrzehntelanger Arbeitszeit in den vorgezogenen Ruhestand eintreten zu können, führt uns in die Irre.

Zwei Argumente sprechen dagegen. Das erste: Wer heute mit 60 vorgezogene Altersrente bekommt, verzichtet auf nicht weniger als 18 Prozent seines selbst erarbeiteten Rentenanspruches, und zwar lebenslang. Das war der Hintergrund, vor dem mit einem solchen Ausgleichsmodell die Beteiligten kostenneutral für die Altersversicherung in einen solchen vorgezogenen Ruhestand eintreten konnten. Vielleicht kann man das auch noch etwas weiterentwickeln, einverstanden; aber man darf es nicht einfach wegschneiden. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt – tut mir Leid, wir sind in der Sozialalgebra, aber wir stehen vier Wochen vor einem schwierigen Kompromiss im Vermittlungsausschuss –: Die Beziehler des künftigen Arbeitslosengeldes II sollen von der Union gerade nicht so gestellt bleiben, wie wir das in mühsamen Diskussionen erreicht haben, dass nämlich jemand mit 55 Jahren nicht bis auf 10 000 oder 11 000 Euro erst einmal alles Ersparnte hergeben muss, bevor er einen Anspruch auf das Arbeitslosengeld II hat.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb plädiere ich so leidenschaftlich dafür, diesen Satz nicht heute auf diesem Parteitag als oberste Richtlinie in diesem schwierigen Sektor zu beschließen, sondern die Generalaussage stehen zu lassen: Wir sind für zusätzliche Fördermöglichkeiten und auch Einschränkungen beim Vorruhestand, aber nicht in dieser Form, die weit über das Ziel hinausgeht. Wenn wir nämlich dahin kommen, dass für den Anspruch auf das Arbeitslosengeld II mit 55 Jahren nur noch minimale Rücklagen nicht angerechnet werden, dann werden ältere Arbeitnehmer volle acht Jahre lang auf ihr

Erspartes zurückgeworfen, bevor sie mit 63 Jahren eine Altersrente beziehen können.

In diesem Zusammenhang interessiert es mich schon, von Hans Eichel zu hören, was das an zusätzlichen Aussagen für den Staatshaushalt bedeutet, der ja letzten Endes für das Arbeitslosengeld II zuständig ist.

Wir sollten es bei der Regelung, dass durch die Absenkung der Rentenansprüche bei vorgezogenem Eintritt in die Altersrente alle Beschäftigten einen großen Anteil an den Kosten für dieses Altersruhegeld durch Verzicht auf erworbene, erarbeitete Ansprüche selbst übernehmen und deshalb die Staatskasse hier nicht herangezogen werden muss, dem Grundsatz nach belassen und nicht stattdessen in diesen letzten Stunden des Parteitages unfreiwillig plötzlich eine Richtschnur schaffen, die eines der heikelsten Probleme des Ausgleichs sozialer Gerechtigkeit zwischen den Generationen für die älteren Arbeitnehmer viel zu grob formuliert. Deshalb die herzliche Bitte: Nehmt diesen Satz heraus und überlasst es unserer Fraktion, an dieser Stelle eine akzeptable Regelung zu finden.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Matthias Kollatz hat das Wort. Ihm folgen Peter Dreßen und Wolfgang Clement.

Matthias Kollatz-Ahnen, Hessen-Süd: Liebe Genossinnen und Genossen! Das Selbstverständnis dieses Parteitages – so ist es auch auf dem letzten Sonderparteitag beschlossen worden – ist die Diskussion um die Perspektiven. Wir müssen das Kunststück hinbekommen, zum einen eine Politik zu formulieren, wie sie vorhin Jochen Poß beim Thema Kommunal финанzen dargelegt hat, die stimmig auf der Gegenwart aufsetzt. Zum anderen ist es das Ziel dieses Parteitages, etwas zu formulieren, was über das Tagesgeschäft hinausgeht, nämlich mittelfristige Perspektiven, die zeigen, wo wir hinwollen. Wenn auch diejenigen, die dazu Anträge stellen, wissen, dass das nicht heute oder morgen der Fall sein wird, ist es doch wichtig, eine Positionsbestimmung vorzunehmen und darzulegen, wo wir hinwollen. Das ist genau das, was die SPD im Sinne der berühmten großen Erzählung braucht.

Ein wesentliches Element dieser großen Erzählung wird sicherlich die Hinwendung zum Thema Bürgerversicherung sein. Die Bezirke Hessen-Süd und Hessen-Nord haben sehr intensiv an diesem Thema gearbeitet und sind sehr froh darüber, dass es gelungen ist, die Grundsatzaussage auch in der Fassung der Antragskommission zu verankern. Der Grundansatz der Bürgerversicherung entspricht nicht dem des Modells der Herzog-Kommission; denn nach letzterem zahlen alle dasselbe, während bei uns derjenige, der weniger zahlen kann, auch nur weniger zahlen muss, und derjenige, der mehr zahlen kann, auch mehr zahlt. Alle sollen einbezogen werden.

In der Perspektive geht es uns auch darum – das ist nur eine Perspektivdiskussion; es geht nicht darum, wie Hubertus Heil gesagt hat, heute Zeitpläne zu verabschieden –,

deutlich zu machen, dass wir alle Einkommensarten einbeziehen wollen. Das bringt der Initiativantrag 31 zum Ausdruck.

Das zweite Thema für die Perspektive – und das auch nicht heute oder morgen – ist das Thema Arbeitszeit. Wir aus unserem Bezirk meinen, dass es richtig ist, in der Positionsbestimmung dabeizubleiben, dass die Verkürzung der gesellschaftlichen Arbeitszeit, die nun über 150 Jahre in unserer Industriegesellschaft währt, eine richtige Strategie ist, die auf der Höhe der Zeit fortgesetzt werden muss; dies sicherlich nicht mit einheitlichen Arbeitszeitmodellen, aber vom Grundansatz her.

Das Dritte ist – das ist ein gemeinsamer Antrag von Baden-Württemberg und Hessen-Süd –, dass es im Zusammenhang mit der Rentenversicherung sehr wohl richtig ist, durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage einen Generationenfonds aufzulegen. Auch das wird uns nicht heute oder morgen gelingen, aber sehr wohl in der Perspektive. Das geht nur in einem Fonds. Ansonsten würde es so sein, dass wir Leistungsansprüche aufbauen, die in 30 Jahren nicht mehr vernünftig bedient werden können. Wenn wir aber heute verbreitern, haben wir eine richtige Entscheidung für die Zukunft getroffen.

Das sind perspektivische Ergänzungen, die in Initiativanträgen niedergelegt worden sind. Wir bitten um die Unterstützung durch den Parteitag.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank. – Jetzt kommt Peter Dreßen. Dann folgen Wolfgang Clement und Hendrik Bednarz.

Peter Dreßen, Baden-Württemberg: Genossinnen und Genossen! „Wir wollen, dass auch in Zukunft die Rentnerinnen und Rentner ein angemessenes Einkommen im Alter haben“ – das ist der Eingangssatz auf Seite 28 zum Thema „Solidarität der Generationen stabilisiert die Altersvorsorge“. Das haben wir in den letzten vier Jahren einigermaßen geschafft. Ich will daran erinnern: Von 1992 bis 1998 hat die CDU/CSU den Rentnern, gemessen an der Inflationsrate, 4 Prozent weniger zugebilligt. Es gab in den letzten vier Jahren ein leichtes Plus; zugegebenermaßen ein leichtes, aber immerhin. Dies wird allerdings, Genossinnen und Genossen, in der Zukunft etwas anders werden. 2004 wird es keine Erhöhung geben. Für die Pflegeversicherung wird ein Beitrag von 0,85 Prozent abgezogen. Das heißt, zum zweiten Mal in der Geschichte werden die Rentner etwas weniger in der Tasche haben.

Hinzu kommt natürlich, dass der Rentner durch die Gesundheitsreform 2 Prozent weniger zur Verfügung hat und dass die Besteuerung, die auf uns zukommt, nicht zu 100 Prozent so gemacht werden kann, dass es nicht diejenigen trifft, die heute im Rentnerstand sind. Wenn ich mir dann vorstelle, dass in den nächsten Jahren im Rahmen der Riester-Rente eine Absenkung um 0,5 Prozent vorgesehen ist und nun

noch der Nachhaltigkeitsfaktor hinzukommt, dann frage ich mich, wann eigentlich überhaupt eine nächste Rentenerhöhung machbar ist.

Deswegen wäre es sehr sinnvoll, wenn wir die Initiativanträge 25 und 30 beschließen, auch wenn die Antragskommission hier etwas anderes vorhat. Denn wir würden damit eine Brücke bauen und sagen: Bis hierher und nicht weiter! Ich weiß, dass es Rentner mit einem 500-Euro-Einkommen gibt, die nicht arm sind. Aber ich weiß auch, dass es Rentner gibt, die 500 Euro erhalten und die arm sind, weil sie nur diese 500 Euro zur Verfügung haben. An die müssen wir natürlich bei all unseren Entscheidungen denken.

Ich unterstütze all das, was von Claus Möller und meinem Vorredner zur Steuerfinanzierung gesagt worden ist; ich will es nicht wiederholen. Wir werden nicht darum herumkommen, langfristig darüber nachzudenken, wie wir es hinbekommen, dass sich der Satz, den ich eingangs erwähnt habe, tatsächlich erfüllt, dass nämlich in Zukunft die Rentnerinnen und Rentner ein angemessenes Einkommen erhalten.

Ich kann euch nur alle bitten, den Initiativanträgen zuzustimmen, auch wenn die Antragskommission etwas anderes vorsieht. Denn ich finde, wir sollten auf dem Parteitag ein paar Pflöcke setzen, damit der Rentner im Alter einigermaßen leben kann. Ihr habt in den letzten Jahren in den Ortsvereinen die Debatten darüber mitbekommen, was es heißt, den Weg, den wir beschritten haben, zu gehen. Ich bin mir sicher: Wir werden dies jetzt durchstehen. Aber für die Zukunft muss die Perspektive vorhanden sein, dass die Rente auch wieder einmal ein bisschen steigt.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Vielen Dank. – Jetzt kommt Wolfgang Clement. Dann folgen Hendrik Bednarz und Franz Thönnies.

Wolfgang Clement, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Eckart Kuhlwein hat gefragt, wie man auf die Idee kommen kann, über längere Arbeitszeiten nachzudenken. Eckart, es ist hinlänglich bekannt, dass die Feiertage im nächsten Jahr anders fallen als in diesem Jahr. Wir haben aufgrund des Kalenders vier bzw. fünf Tage mehr Arbeit, in der Regel unbezahlt. Das macht im Verhältnis zu diesem Jahr, volkswirtschaftlich gerechnet, ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von ungefähr 0,6 Prozent aus. Das ist im nächsten Jahr – um es klar zu sagen – neben der vorgezogenen Steuerreform und dem Export der wichtigste Wachstumsfaktor. Deswegen ist das Nachdenken über eine Arbeitszeitverlängerung nicht ganz von der Hand zu weisen und es macht wenig Sinn, dies einfach wegzuwischen.

Ich halte im Übrigen den Antrag, in dem eine innovative Arbeitszeitpolitik gefordert wird, für absolut richtig. Denn er macht deutlich, dass man unterschiedlich und flexibel reagieren können muss. Ich unterstreiche das, was Ursula Engelen-Kefer dazu gesagt hat, nämlich dass die Unternehmen auf die Situation, so wie sie ist, reagieren können müssen. Dass Unternehmen wie früher VW und jetzt die Telekom, EnBW

und Opel in Anbetracht von Absatzproblemen über eine Verkürzung der Arbeitszeit diskutieren und sie auch vornehmen, ist richtig. Eckart, wir rechnen doch aber nicht damit, dass alle Unternehmen in Deutschland Absatzprobleme haben. Wir setzen doch auf diejenigen Unternehmen, die auf dem Markt möglichst noch mehr Erfolg haben. Diejenigen, die auf dem Markt mehr Erfolg haben, müssen ökonomisch sinnvoll und flexibel auf den Wettbewerb reagieren können.

Was die Arbeitszeitverkürzung angeht, glaube ich, dass wir in Deutschland an einer unteren Grenze angekommen sind, um das sehr deutlich und sehr klar zu sagen. Deshalb meine ich, dass in der Arbeitszeitdiskussion erstens wichtig ist, dass Fragen zur Arbeitszeit von den Tarifparteien – und von niemandem sonst – beantwortet werden müssen. Ich gehe davon aus, dass die Tarifparteien die sehr unterschiedliche Lage in den Branchen und in den Unternehmen – das geschieht bereits – einbeziehen. Das ist außerordentlich wichtig. Ich denke, dass die Vernunft unserer Tarifparteien – die zeigt sich ja auch – sie darauf reagieren lässt. Aber man sollte nicht pauschal gegen eine Arbeitszeitverlängerung sein, vor allen Dingen nicht mit dem Hinweis darauf, dass wir ansonsten die Freizeitgestaltung nicht hinbekommen. Das halte ich in der gegenwärtigen Situation für ziemlich problematisch.

Wichtiger finde ich, dass die Tarifparteien beispielsweise Fragen der Qualifizierung und der Weiterbildung in die Arbeitszeitgestaltung und in die Tarifverträge einbeziehen. Deshalb halte ich den Entwurf, der hier vorgelegt wird und zur Abstimmung steht, für absolut richtig.

Grundsätzlich haben wir zurzeit die höchste Arbeitszeitverkürzung in Deutschland. Die besteht in 4,15 Millionen Arbeitslosen und in einer zu geringen Erwerbstätigenquote der Frauen sowie vor allen Dingen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist unser Problem. Ich empfehle, sich einmal anzuschauen, wie es in Volkswirtschaften vonstatten geht, die das bestehende Arbeitskräftepotenzial, den Faktor Arbeit, voll nutzen können. All diese Volkswirtschaften haben ein deutlich höheres wirtschaftliches Wachstum als wir zurzeit. Das muss unser Beispiel sein.

Deshalb möchte ich auf das, was Detlev Albers angesprochen hat, eingehen und deutlich sagen: Detlev, unser Ziel muss sein, die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer voll im Beruf zu halten, so weit das irgend geht. Wir müssen zu einem Abbau des Vorruhestandes und der Altersteilzeit kommen. Natürlich müssen wir dabei den Vertrauensschutz gewährleisten; das ist zurzeit keine leichte Diskussion und keine leicht zu treffende Entscheidung. Wir müssen den Vertrauensschutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die diesen Weg gehen wollen, einhalten. Aber wir müssen natürlich das Ziel erreichen, dass wir die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Job halten. Dazu haben wir alle notwendigen Instrumente vorbereitet; dazu sind die wichtigsten Instrumente bereits in Kraft. Darauf müssen wir setzen, wenn es um die Arbeitszeit geht und darum, wie wir auf die Arbeitsmarktsituation, so wie sie heute ist, reagieren können.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank. – Das Wort hat Hendrik Bednarz. Es folgen Franz Thönnies und dann Klaus Barthel. Ich weise darauf hin, dass ich noch zwölf Wortmeldezettel habe. Ich rege den Schluss der Rednerliste an. Wenn sich alle an die vorgesehene Redezeit halten, kommen wir dann gegen 13.20 Uhr zur Abstimmung. Gibt es dagegen Einspruch? – Dann nehme ich keine Wortmeldungen mehr an. – Hendrik, du hast das Wort.

Hendrik Bednarz, Baden-Württemberg: Liebe Genossinnen und Genossen! Meine Erwartung an den Leitantrag war, dass er klare Perspektiven formulieren würde. Leider sind klare Perspektiven nach Vorschlag der Antragskommission eher Mangelware. Man verliert sich sehr oft in wachweichen Formulierungen. Ein Beispiel hierfür sind die Ausführungen zum Umbau unseres Krankenversicherungssystems. Im Antrag wird eine Bürgerversicherung vorgeschlagen; vorsichtiger formuliert: Der Begriff der Bürgerversicherung wird in den Raum gestellt. Tatsächlich erfolgen die Umschreibungen dieser Bürgerversicherung in unkonkreten Phrasen, die sich zwar gut anhören, die aber bei genauerem Lesen alles oder nichts bedeuten können. Das, was in diesem Antrag vorgeschlagen wird, ist in meinen Augen keine Bürgerversicherung. Nur weil „Bürgerversicherung“ draufsteht, Genossinnen und Genossen, ist nicht Bürgerversicherung drin.

(Beifall)

Man kann den Verdacht bekommen, dass der Antragsteller eigentlich gar keine Bürgerversicherung will. Ich muss euch auffordern, dass ihr euch mit offenem Visier einer ehrlichen Debatte stellt. Eine Bürgerversicherung, die ihren Namen verdient, bedeutet für mich die Heranziehung aller Berufsgruppen zur Finanzierung. Das heißt, Beamte, Freiberufler, Selbstständige und auch Abgeordnete einzubeziehen.

(Vereinzelt Beifall)

Um hier allerdings Missverständnissen vorzubeugen – ich sage das, weil entsprechende Anträge im Raum herumschwirren –, möchte ich mich an dieser Stelle klar dagegen aussprechen, dass auch Einkünfte aus Vermietung und Kapitalanlagen zur Finanzierung herangezogen werden. Ich möchte das auch kurz begründen: Wenn Einkünfte aus Vermietungen herangezogen würden, müssten wir auch die Ausgaben für Instandhaltung und Renovierung beachten. Verfassungsrechtlich werden wir nicht darum herumkommen, die Einkünfte mit den entsprechenden Ausgaben zu verrechnen. Wenn man sich dann noch überlegt, dass Vermieter oft mehr in ihre Wohnungen stecken, als sie an Mieten herausbekommen, dann kann man sich leicht ausrechnen, dass wir in den meisten Fällen nicht mehr Einnahmen haben werden, sondern weniger. Es werden sich nämlich negative Beiträge ergeben. Der Vermieter wird eher Geld herausbekommen, als er etwas bezahlt. Damit wird die Finanzierung nicht auf stärkere, sondern auf schwächere Beine gestellt. Starke Schultern werden nicht mehr, sondern weniger leisten. Genossinnen und Genossen, ein aufrechter Linker kann das nicht ernsthaft wollen.

Vorsitzende Heide Simonis: Kommst du dann bitte zum Ende.

Hendrik Bednarz, Baden-Württemberg: Ja, ich komme gleich zum Ende. – Eine echte Bürgerversicherung bedeutet ferner die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau, das wir derzeit bereits in der Rentenversicherung haben.

Die Konkretisierung, die ich gerade vorgestellt habe, ist auch im Initiativantrag 14 aus Baden-Württemberg enthalten. Ich möchte deutlich sagen, dass das Votum der Antragskommission auf Überweisung, wohin auch immer, nicht akzeptabel ist. Ich fordere euch auf, einen klaren Beschluss zu fassen.

Vorsitzende Heide Simonis: Kommst du dann bitte zum Ende.

Hendrik Bednarz, Baden-Württemberg: Einen Satz noch: Ich möchte euch bitten, das Votum der Antragskommission abzulehnen und euch für eine echte Bürgerversicherung auszusprechen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Genossinnen und Genossen, wenn wir klingeln, heißt das, dass ihr noch eine Minute habt und nicht fünf.

Jetzt hat sich Franz Thönnies gemeldet. Dann folgen Klaus Barthel und Hans-Christoff Dees.

Franz Thönnies, Bundestagsfraktion: Liebe Genossinnen und Genossen! Rentenpolitik, das ist gelebte Sozialstaatspolitik. Der Sozialstaat ist im Kern der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Was wir aber in der Vergangenheit vielleicht versäumt haben, ist, etwas offener und ehrlicher über die Herausforderungen zu diskutieren, die insbesondere das Rentenversicherungssystem betreffen. Das ist eine Herausforderung, weil wir wissen, dass im Jahr 2040 8,5 Millionen Menschen über 64 Jahre alt sein und sich 7,5 Millionen Menschen weniger in der Kategorie zwischen 14 und 64 Jahren bewegen werden. Wir wissen auch, Genossinnen und Genossen, dass sich die Rentenbezugsdauer in den letzten 40 Jahren um gut 65 Prozent ausgeweitet hat. Das alles muss von denen geschultert werden, die in Arbeit und Brot sind. Deswegen ist es so wichtig, mit der Agenda 2010 alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir wieder Beschäftigung und Wachstum bekommen.

Wenn wir hier über die Perspektiven der Rentenversicherung diskutieren, dann müssen wir hinsichtlich der Einwendungen zum Leitantrag zur Befürwortung bestimmter Initiativanträge schon etwas vorsichtig sein. Es wird zu Recht angemahnt, wir müssten die Änderung der geltenden Regelung, vorzeitig in den Ruhestand gehen zu können, mit Fingerspitzengefühl und mit sozialer Sensibilität angehen. Wenn wir bewerkstelligen wollen, dass die Menschen länger im Arbeitsprozess bleiben, dann ist es notwendig, die Altersgrenze anzuheben. Es ist aber auch notwendig, Schutz zu garantieren.

Zu dem, was Marlies Volkmer gesagt hat, möchte ich anmerken: Wir werden eine entsprechende Regelung treffen, damit diejenigen, die an dem Stichtag, an dem die Kabinettsentscheidung im Dezember fallen wird, 55 Jahre alt und arbeitslos sind, nicht davon betroffen sind. Damit ist ein Schutz gewährleistet und damit sind die Bedenken von Detlev Albers und Marlies Volkmer ein Stück weit ausgeräumt. Sie sind auch ausgeräumt, wenn man weiß, dass es beim Arbeitslosengeld II eine Vertrauensschutzregelung gibt. Dadurch wird gewährleistet, dass der Bezug des ansonsten 18 Monate lang zu zahlenden Arbeitslosengeldes, wenn man älter ist und einen entsprechenden Anspruch hat, bis zum Jahr 2006 möglich ist. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Zu berücksichtigen ist aber auch, dass man etwas mehr Selbstvertrauen in die eigenen Beschlüsse haben muss. Wir legen doch gerade ein Programm für Langzeitarbeitslose mit 100 000 Plätzen vor. Wir haben die Voraussetzungen für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer in den Betrieben erleichtert. Wir fördern die Weiterbildung älterer Arbeitnehmer in kleinen und mittelständischen Betrieben. Wir wollen jetzt eine neue Initiative zwischen Arbeitgebern, Betriebsräten und Gewerkschaften starten, damit die Arbeitnehmer auch im Alter noch einen Platz in den Betrieben haben. Es muss doch die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, dafür zu sorgen, dass in Wirtschaft und Gesellschaft klar ist, dass man mit 50 nicht zum alten Eisen gehört. Das muss das Gesellschaftsbild sein, das wir vermitteln, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Franz, kommst du dann bitte zum Ende.

Franz Thönnies, Bundestagsfraktion: An dieser Stelle geht es auch darum, deutlich zu machen, dass wir den Vertrauensschutz regeln, dass wir gewährleisten, dass ein vernünftiger Übergang stattfinden kann. Wir dürfen aber nicht zulassen, dass die Arbeitsmarktprobleme sozusagen in der Rentenversicherung gelöst werden, Genossinnen und Genossen. Die Arbeitsmarktprobleme müssen wir mit Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft lösen. Dies muss so selbstbewusst geschehen, dass wir sagen können: Die Rente wird morgen so sicher sein, wie wir heute in die Herzen und Köpfe der Kinder investieren, also in Bildung und Forschung, damit sie morgen Produkte herstellen können, die auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig sind, -

Vorsitzende Heide Simonis: Frank!

Franz Thönnies, Bundestagsfraktion: – damit sich ein Sozialprodukt entwickelt, aus dem die Rente finanziert werden kann.

Schönen Dank, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Es folgen Klaus Barthel, Hans-Christoff Dees und Christine Negele.

Klaus Barthel, Bayern: Genossinnen und Genossen! Ulla Schmidt hat vorhin an unseren Verstand appelliert, so wie es auch die Plakate tun. Im Übrigen bin ich mir nicht ganz sicher, ob wir gut beraten sind, Gefühl und Verstand so gegeneinander auszuspielen. Das kann den Verdacht der Schizophrenie hervorrufen.

(Beifall)

Wenn wir aber an den Verstand appellieren, dann müssen wir bei der Sozialversicherung mit bestimmten Mythen aufräumen, erstens mit dem, was so oft über die Generationengerechtigkeit erzählt wird. Es wird so getan, als könne man durch Leistungsabbau und Rentenniveaubasenkung den Generationenkonflikt lösen. Genossinnen und Genossen, wenn wir das Rentenniveau von jetzt 48,5 Prozent auf circa 39 Prozent im Jahr 2030 senken, also um ein Fünftel, dann trifft das weniger die heutigen Rentnerinnen und Rentner, sondern gerade die Generation, deren selbsternannte Vertreterinnen und Vertreter diese Niveauabsenkung heute betreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Das dadurch Ersparte – das können wir momentan in den Ländern und leider auch im Bund erleben – geht aber nicht automatisch in Zukunftsinvestitionen wie zum Beispiel in die Bildung. Dafür muss erst gekämpft werden.

Der zweite Mythos lautet, Eigenvorsorge und Kapitaldeckung könnten die Probleme lösen, die durch die Umlagefinanzierung nicht gelöst werden können. Man muss doch einmal fragen, wie sich ein kapitalgedecktes System finanziert. Es finanziert sich erstens quasi wie im Umlageverfahren durch Beiträge, die aktuell eingenommen werden, zweitens aus der Verzinsung von Kapital, das in der Wirtschaft und auf den globalen Finanzmärkten angelegt ist und das auch erst einmal erarbeitet werden muss. Das Problem ist aber, dass die Kosten und Risiken bei dieser Anlageform wesentlich höher sind. Schauen wir es uns doch an: Die Garantieverzinsung bei Lebensversicherungen sinkt ständig. Als wir im Rahmen der Riester-Rente darüber diskutiert haben, haben wir von 7 oder 8 Prozent gesprochen. Heute liegt sie unter 3 Prozent. Die Pensionsfonds in den Vorbildländern Großbritannien und USA gehen reihenweise in Konkurs und die deutschen Versicherungen haben in den letzten zwei Jahren über 100 Milliarden Euro auf den internationalen Finanzmärkten „verbrannt“. Nun kommen sie zu uns und verlangen Änderungen in den Steuergesetzen, damit sie nicht Ende des Jahres in Konkurs gehen.

Vorsitzende Heide Simonis: Klaus, kommst du dann bitte zum Ende.

Klaus Barthel, Bayern: Staat und Politik werden hier zu Geiseln eines privaten Systems, das wir kaum noch kontrollieren können. Auf die Beiträge hat dies keine mäßige Wirkung, da es für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur um eine Verlagerung aus dem gesetzlichen System zu privaten Systemen geht, die wesentlich

teurer sind. Wir sollten hier einmal an Sigmar Gabriel denken! Er hat gesagt, was es für Menschen mit niedrigem Einkommen bedeutet, wenn sie davon auch noch Beiträge für die private Versicherung zahlen sollen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Klaus, du bist schon zwei Minuten über der Zeit.

Klaus Barthel, Bayern: Ich plädiere dafür, Genossinnen und Genossen, jene Anträge zu unterstützen, in denen gefordert, das Rentenniveau möglichst stabil zu halten. Darin steht auch etwas zur Einnahmeseite, Stichwort: Erwerbstätigen- und Bürgerversicherung, –

Vorsitzende Heide Simonis: Klaus!

Klaus Barthel, Bayern: – und über die Benachteiligung bestimmter Gruppen durch die zusätzliche Belastung im Hinblick auf das Rentenniveau.

Vielen Dank für eure Geduld.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke. – Es folgen Hans-Christoff Dees, Christine Negele und Thomas Spies.

Hans-Christoff Dees, Hamburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Jahr für Jahr, und das seit 13 Jahren – länger überblicke ich das persönlich nicht –, schreiben wir in unsere Anträge und in unsere Programmatik, dass wir die Lohnnebenkosten senken wollen.

Die schädliche Wirkung der Abgaben auf Arbeit ist genügend analysiert worden. Darüber ist auch genügend gesprochen worden.

Im Umkehrschluss gibt es ausreichend viele empirische Untersuchungen und Studien, dass andere Länder gerade in jenen Segmenten des Arbeitsmarktes, bei denen wir Probleme haben, besser dastehen, weil sie ihre Sozialsysteme teilweise anders finanzieren: Dänemark mit fast keinen Abgaben hat eine um 5 bis 6 Prozent höhere Beschäftigungsquote in den entsprechenden Arbeitsmarktsegmenten. Holland hat die Abgaben in den Steuertarif integriert, seither ist im Laufe von zehn Jahren ein sprunghafter Anstieg der Teilzeitarbeitsquote festzustellen, vor allem der Frauenerwerbsquote.

Österreich hat einen niedrigen Krankenkassenbeitrag, weil die Gemeinden die Hälfte der Kosten finanzieren, die die Krankenhäuser verursachen. Entsprechend geringer ist der Beitrag. Gerade im Bereich der Dienstleistungen, wo sich die Abgaben besonders schädlich auswirken, ist die Beschäftigungsquote 5 Prozent höher als bei uns.

Wir sind nun seit fünf Jahren an der Regierung. Uns ist es bisher erst gelungen, die Beiträge um 0,8 Prozent zu senken. Wir mussten das ganze Agenda-2010-

Programm draufsatteln, um endlich zu signifikanten Einschnitten, zumindest Senkungen bei den Abgaben zu kommen. Ich will keine der eben von mir vorgestellten Varianten als die einzig wahre hochstilisieren. Es führt kein Weg daran vorbei: Das allein durch eine Umlage auf die Arbeit finanzierte soziale Sicherungssystem ist an seine Grenze gestoßen. Wenn wir ausschließen wollen, dass wir beim Verharren in diesem System alle fünf Jahre eine Agenda 2010 beschließen müssen, müssen wir die Systemgrenzen auf irgendeine Art und Weise sprengen.

Ich glaube, der vorliegende Antrag bringt diesbezüglich eine richtige Grundhaltung zum Ausdruck. Das Zukunftsprojekt Bürgerversicherung ist in dieser Beziehung eines der wichtigen Schlagworte.

Wir dürfen einen Fehler nicht machen, den wir gern begehen, wenn wir von Zukunftsprojekten sprechen. Ich erinnere an die Ökosteuer, die ein solches Zukunftsprojekt war, mit dem wir alle Probleme in den sozialen Sicherungssystemen lösen wollten, sie aber nicht gelöst haben.

Die Bürgerversicherung – machen wir uns nichts vor – bewirkt bestenfalls eine Beitragssatzstabilisierung oder eine leichte Senkung um einen halben oder ganzen Beitragssatzpunkt. Wenn wir die Abgaben nennenswert senken wollen, müssen wir langfristig weiter steuerfinanzieren. Ich finde nicht, dass wir mit dem Gespenst ankommen sollten, dass wir jetzt 350 Milliarden Euro steuerfinanzierte Sozialversicherungssysteme als Zukunftsprojekt haben. Das können wir so, wie wir in Deutschland aufgestellt sind, nicht bewegen. Das wollen wir auch nicht.

Wenn es gelingt, eine Steuerreform mit 45 Milliarden Euro Entlastung hinzubekommen, dann, so finde ich, können wir langfristig, wenn es darum geht, erneut zu einer Entlastung zu kommen, 45 Milliarden Euro beispielsweise durch die Senkung der Abgaben und durch eine entsprechende Umschichtung bewegen, um dadurch beispielsweise eine Beitragssatzsenkung von 5 Prozent, intelligent kombiniert mit Freibeträgen und einem Progressions- oder Stufentarif, gerade für die geringeren Einkommen herbeizuführen.

Wenn wir das große Rad Bürgerversicherung drehen, müssen wir aufpassen, dass wir die Menschen nicht frustrieren und enttäuschen, wenn möglicherweise nach fünf Jahren einige strukturelle Probleme immer noch nicht gelöst sind. Ich plädiere dafür, diejenigen Anträge zu unterstützen, die sich langfristig für eine stärkere Steuerfinanzierung aussprechen. Ich finde es falsch, dass die Antragskommission aus dem Antrag eine moderate Steuerfinanzierung über die Mitversicherung herausgenommen hat. Das wäre doch ein Weg. Ich glaube, ohne ein Sprengen der heutigen Systemgrenzen landen wir immer wieder beim Punkt Null. Das darf nicht passieren. Davon müssen wir weg.

(Beifall)



Vorsitzende Heide Simonis: Danke. – Jetzt kommt Christine Negele. Ihr folgt Thomas Spies.

Christine Negele, Bayern: Ich muss meinem Vorredner widersprechen. Ich denke, wir brauchen einen zukunftssichernden Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Zukunftssicher kann nicht sein, von Steuern abhängig zu sein. Ich denke, insofern müssen wir einen Umbau in Richtung Verbreiterung der Einkommensbasis, in Richtung Bürgerversicherung vornehmen. Wir brauchen nicht den Einstieg in die Diskussion, sondern die Entscheidung darüber. Aber natürlich müssen wir auch eine breite Diskussion über dieses Thema führen. Ich bitte die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion: Wir brauchen diese Entscheidung noch in dieser Legislaturperiode. Uns läuft die Zeit davon, vor allem auch in der Gesundheitspolitik.

Wenn es richtig ist, dass die letzten Beschlüsse sozusagen eine Notoperation waren, dann stellt sich die Frage, wie lange die Auswirkungen dieses Eingriffs vorhalten und wann die nächste Operation vor der Tür steht und damit auch der nächste Schritt in Richtung einer weiteren Privatisierung. Wir können es uns einfach nicht erlauben, die Entscheidung herauszuschieben, weil jede Nachbesserung bei der Gesundheitsreform ein Schritt in die Privatisierung ist. Irgendwann ist der Zeitpunkt erreicht, dass wir immer noch diskutieren, aber überhaupt nicht mehr über die Möglichkeit verfügen, die Bürgerversicherung zu beschließen, weil der Zug schon längst in die falsche Richtung abgefahren ist. Deshalb bitte ich, den Änderungsanträgen zuzustimmen.

Zum Parteitag hier möchte ich Folgendes sagen. Ich bitte die Antragskommission, in Zukunft Anträge, die vom Inhaltlichen her nicht mit den Leitanträgen übereinstimmen, klar mit dem Vermerk „Ablehnung“ zu versehen, damit eine einfache Delegierte wie ich sich schneller zurecht findet und nicht nachschauen muss, warum etwas als erledigt betrachtet wird. Es kann ja erledigt sein, weil es deckungsgleich ist, es kann aber auch deshalb erledigt sein, weil das Problem gelöst wurde. Ich bitte also darum, das klarer zu kennzeichnen, wie das früher auch geschehen ist, und zwar mit dem Hinweis „Ablehnung“. Dann kann man sich überlegen, ob man dem zustimmt oder nicht.

Ein Wort an die Delegierten hier: Hier werden zu viele Dinge an die Fraktion, an die Bundesregierung oder sonst wen überwiesen. Damit geben wir zu viele Entscheidungen an andere Gremien ab. Wir hier sind der Parteitag, und wir sollten uns nicht so oft drücken.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Das Wort hat Thomas Spies. Ihm folgt Claus Möller.

Thomas Spies, Hessen-Nord: Liebe Genossinnen und Genossen! Alle von allem den gleichen Anteil – das ist die solidarische Bürgerversicherung. Wir teilen gemeinsam die Kosten nach Leistungsfähigkeit. Das ist die solidarische Bürgerversicherung. Wie Gerhard Schröder gestern gesagt hat: Wir wollen die Lasten gerecht verteilen.

Vor 120 Jahren war die Krankenversicherung – Olaf Scholz hat es gestern angedeutet – in Wahrheit nur eine Krankengeldversicherung, ein Ausdruck der Solidarität der Arbeitnehmer und auch der Arbeitgeber mit den Tagelöhnern, damit diese bei Krankheit nicht ohne Einkommen ins Elend fielen. Vor 120 Jahren gab es noch gar keine medizinischen Leistungen auf diesem Weg.

Heute geht es nicht mehr um Lohnersatz, heute geht es um eine gute medizinische Versorgung und Gesundheit für alle. Das betrifft alle und deshalb ist auch die Solidarität von allen gefordert – Bürgerversicherung eben, zeitgemäß und modern.

Noch immer finanzieren wir das Gesundheitswesen nur aus den kleineren und mittleren Einkommen und belasten die Arbeitskosten. Das sollten wir ändern.

(Beifall)

Deshalb ist der Leitantrag ja richtig, wenn er ausdrückt: Alle sollen sich nach ihrer Leistungsfähigkeit an der solidarischen Finanzierung beteiligen. Aber – das sage ich auch gern zu Hubertus Heil –: Zur Leistungsfähigkeit gehören alle Einkommen, nicht nur Lohn und Rente, sondern auch Mieten und Zinsen und Kapitalerträge.

Wenn wir es vom Bruttolohn nehmen, dann sollten wir auch an anderen Stellen das Bruttoprinzip in Erwägung ziehen. Dann werden manche Probleme viel kleiner. So könnten wir den Beitrag deutlich senken.

Ich kenne bei mir zu Hause einen sehr vermögenden Mann, mit einer kleinen Rente und großen Mietshäusern. Das sei ihm gegönnt. Millionen von Arbeitnehmern haben viel weniger und zahlen viel mehr Beitrag. Das ist nicht gerecht, klug ist es auch nicht. Deshalb sollten wir es ändern.

(Beifall)

Die Belastung nach Leistungsfähigkeit bedeutet, dass man auf alle Einkommensarten zurückgreift. Das sollten wir deutlich sagen. Wenn aber alle Einkommensarten herangezogen werden, dann darf nicht das bisschen Ersparte des kleinen Arbeitnehmers herangezogen werden. Dann muss auch die Bemessungsgrenze erhöht werden, weil anderenfalls diejenigen mit 3 850 Euro und mehr wieder völlig außen vor wären.

Der zweite Teil des Initiativantrags 31 ist richtig. Er findet klare Worte. Birgit Fischer hat gestern gefordert, dass sich im Leit Antrag klare Worte finden. Damit hat sie Recht. Die Menschen wollen wissen, wo es lang geht. Auch die Genossen an der Basis wollen es wissen. Sie haben dies auch verdient, denn sie stehen in schwieriger Zeit treu zur Partei. Sie sollten wissen, wo es lang geht, damit sie es vertreten können.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat gesagt: keine Kakophonie, klare Worte und klare Kante zur Opposition. Alle von allem den gleichen Anteil – so machen Sozialdemokraten das. Lasst uns klar sagen, was die Bürgerversicherung bedeutet. Lasst uns klar sagen, wie wir mehr Solidarität zeitgemäß und modern umsetzen. Lasst uns klar sagen, wie wir die Lasten gerecht verteilen, wenn wir das Wichtige tun.

Der Initiativantrag 31 tut genau das. Er ändert nichts, er sagt es nur klar und deutlich. Deshalb bitte ich euch, in Abweichung von dem Votum der Antragskommission dem Initiativantrag 31 zuzustimmen.

Danke.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Claus Möller hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Dann kommt jetzt Birgit Fischer. Ihr folgt Frank Schwabe.

Birgit Fischer, Parteivorstand: Genossinnen und Genossen! Die Solidarität in unserem Gesundheitswesen hat in unserer Gesellschaft eine außerordentlich hohe Akzeptanz. Wer die Solidarität stärken will, muss zwei wichtige Grundlagen dafür schaffen. Zum einen müssen die medizinischen Leistungen bezahlbar bleiben. Zum anderen brauchen wir einen Wettbewerb um die beste Qualität der Versorgung. Genau diesen Qualitätswettbewerb hat das Gesundheitsmodernisierungsgesetz jetzt geschaffen. Es sind die wichtigsten Grundlagen dafür gelegt. Es geht zum einen um Strukturveränderungen im Gesundheitswesen hin zu einer integrierten Versorgung

und zum anderen um mehr Patientensouveränität, um eine stärkere Patientenorientierung und es geht um ein Umswitchen hin zu mehr Prävention in unserem Gesundheitswesen. Dafür sind die Grundlagen bereits gelegt worden.

Jetzt stehen wir vor der Herausforderung, mittel- und langfristig die Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen stabil zu halten. Dazu gehört, dass wir zum einen, die demographische Veränderung, die demographische Entwicklung einbeziehen. Dazu gehört zum anderen, dass wir Geld brauchen, um Innovationen im Gesundheitswesen tatsächlich in Anspruch nehmen zu können. Dazu gehört zum Dritten, dass wir die Lohnnebenkosten nicht erhöhen, sondern senken wollen.

Der Leitantrag gibt darauf die Antwort, dass ein Schritt dahin der Weg zu einer Bürgerversicherung ist. Das halte ich für richtig. Wenn man dies sagt, muss man aber sehr deutlich beschreiben, was Bürgerversicherung überhaupt heißt und wie wir das erreichen. Wir brauchen eine klare Grundlage, und zwar für alle Bürgerinnen und Bürger, für alle Krankenkassen und für alle Einkommensarten. Denn nur wenn wir eine stabile Grundlage, eine gemeinsame Basis haben, werden wir mehr Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten erreichen können, werden wir die Solidarität in unserem Gesundheitswesen aufrecht erhalten können. Das heißt aber auch, dass man deutlich beschreiben muss: Wie sieht die Entwicklung unserer Krankenkassen aus, der gesetzlichen und der privaten? Dann muss für alle Kassen die gleiche Grundlage gelten. Es müssen die gleichen Konditionen gelten, für die privaten wie auch für die gesetzlichen Krankenkassen.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt, wir brauchen gleiche Bedingungen für beide Kassenarten. Darüber hinaus können sich die einzelnen Kassen, beispielsweise die privaten, entscheiden, eine Zusatzversorgung anzubieten oder aber eine Vollversicherung, dann aber unter den Bedingungen der Bürgerversicherung.

(Vereinzelt Beifall)

Genossinnen und Genossen, vorhin wurde gesagt: Jeder muss jeden aufnehmen; das wollen wir erreichen. Dieser Satz alleine ist der blanke Hohn. Denn zurzeit arbeiten die Systeme völlig unterschiedlich. Wenn ich als Patientin einer privaten Krankenkasse für ein Risiko bezahlen muss, dann sind das andere Bedingungen als in einer gesetzlichen Kasse. Ich werde mich nämlich nie für eine private Kasse entscheiden können, wenn ich ein gesundheitliches Risiko habe. Von daher findet wiederum eine Selektion zwischen Arm und Reich, Gesunden und Kranken statt. Das geht nicht. Diese Unterschiedlichkeit muss aufgehoben werden, wenn wir für eine Bürgerversicherung plädieren.

(Vereinzelt Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Birgit, kommst du langsam zum Ende?

Birgit Fischer, Parteivorstand: Ja, ich komme zum Schluss. – Genossinnen und Genossen, wenn wir die Lebensrisiken – Krankheit ist ein maßgebliches Risiko – nicht privatisieren wollen, müssen wir die Chance nutzen, über die Bürgerversicherung zu einer Weiterentwicklung und Stärkung des Solidaritätsprinzips zu kommen. Es ist möglich, darüber Beitragssätze zu senken. Es ist möglich, darüber Platz zu haben, Raum zu haben, Finanzen zu haben für Investitionen. Es ist auch möglich – das sage ich ausdrücklich, weil mir die Vorurteile immer wieder begegnen –, im öffentlichen Dienst zu Einsparungen zu kommen, wenn auch die Beamten in eine Bürgerversicherung einzahlen. Allein für Nordrhein-Westfalen macht das langfristig 240 Millionen Euro aus.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte euch, dem I 31 zuzustimmen.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke. – Frank Schwabe. Ihm folgt Werner Widuckel.

Frank Schwabe, Nordrhein-Westfalen: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben jetzt drei Tage miteinander verbracht und haben überlegt: Wie kommen wir aus der Situation heraus, in der wir uns zurzeit befinden, mit schwierigen Umfragewerten usw.? Wir sind uns einig – das ist in den drei Tagen deutlich geworden –: Wir wollen Veränderungen. Dafür stehen wir, die SPD. Wir stehen aber auch dafür – und wollen es nach außen deutlicher machen –, dass wir bei dem, was wir tun, sozial gerecht sind. Das muss wieder stärker das Markenzeichen der SPD werden. Hier haben wir in den letzten Monaten Verluste erlitten.

Wenn es dann um die Logik der Zukunft der Sozialsysteme geht, wenn es dann so ist, dass wir ein Problem mit der Demographie haben, wenn es dann so ist, dass die Arbeitskosten wegen Globalisierung usw. nicht steigen dürfen – ich habe nicht so viel Zeit, um das näher auszuführen –, dann bleiben uns nur zwei Alternativen. Die erste ist: Wir schneiden das Sozialsystem so weit zurück, bis es passt. Damit würden wir den Sozialstaat ruinieren und uns selbst im Übrigen auch.

(Vereinzelt Beifall)

Oder: Wir schaffen einen Sozialstaat auf einem vernünftigen Niveau und entwickeln diesen Sozialstaat solidarisch weiter. Liebe Genossinnen und Genossen, eines der Zukunftsprojekte und eben ein Symbol für die Logik der Sozialpolitik der SPD und eines der Vorzeigeprojekte der SPD und eben nicht nur der Grünen, das ist die Bürgerversicherung. Das ist das Projekt, das wir als Logik weiterentwickeln

(Vereinzelt Beifall)

und gegen den Skandal einer Kopfpauschale öffentlich positionieren müssen. Natürlich hat Ulla Schmidt Recht: Nicht jedes Detail zur Bürgerversicherung muss heute beschlossen werden. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen auch deut-

lich machen – das muss das Signal heute sein –, dass wir es mit der Bürgerversicherung ernst meinen. Es muss heute nicht jedes Detail beschlossen werden, aber wir müssen deutlich machen, in welcher Form wir diese Bürgerversicherung haben wollen. Gerade ist es deutlich geworden: Wir wollen alle Einkommensarten daran beteiligen und wir wollen auch dafür sorgen – damit es gerecht zugeht –, dass es zu einer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze kommt.

Das hat etwas mit gesellschaftlichen Konflikten zu tun, liebe Genossinnen und Genossen, weil wir den Menschen etwas wegnehmen. Aber es ist ein Konflikt, den wir gewinnen können. Deswegen müssen wir in diesen Konflikt hineingehen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen den Mut haben, das zu tun. Ich benenne es noch einmal. Es ist schon oft angesprochen worden. Nehmt euch bitte den Zettel heraus, damit das in der Abstimmung klar ist. Bitte stimmt für den Initiativantrag 31 und gegen das Votum der Antragskommission, liebe Genossinnen und Genossen! Wir fahren gleich alle nach Hause.

(Vereinzelt Beifall)

Ich fahre nach Castrop-Rauxel, ihr fahrt woanders hin. Lasst uns heute noch einmal mutig sein und dieses starke Signal mitnehmen. Wir Sozialdemokraten stehen für Veränderungen. Wir stehen auf jeden Fall auch dafür, dass es sozial gerecht zugeht. Bitte stimmt also für diesen Initiativantrag. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön. – Das Wort hat jetzt Werner Widuckel, Braunschweig.

Werner Widuckel, Braunschweig: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man bei Volkswagen Betriebsratsarbeit macht, liegt es nahe, etwas über Arbeitszeit und innovative Arbeitszeitpolitik zu sagen. Das will ich aufgrund der Debatte hier auch tun. Denn ich habe ein bisschen das Gefühl, dass hier zwei Dinge diskutiert werden, die aus meiner Sicht nicht widersprüchlich sind.

Das Erste ist die Frage der Flexibilität, Genossinnen und Genossen. Wir haben mit unseren Arbeitszeitsystemen eine Menge Erfahrung gemacht. Es ist vollkommen klar: Wer eine erfolgreiche Arbeitszeitverkürzungspolitik betreibt, der erbt natürlich auch die Last der Flexibilität und muss diese Flexibilität entsprechend gestalten. Von daher gesehen ist die Diktion dieses Antrags völlig richtig: Flexibilität in der Arbeitszeit als Gestaltungsherausforderung anzunehmen und nicht allein unter Bedrohungsaspekten zu sehen. Ich halte das für sehr gut.

Das Zweite ist die Frage des Verhältnisses von linearer – ich will sie nicht flächendeckend nennen – Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitgestaltung. Genossinnen und Genossen, ich möchte einfach auf Folgendes hinweisen. Wir haben vor vier, fünf

Jahren in der IG Metall eine sehr quälende Diskussion gehabt, ob wir jetzt eine Kampagne zur Einführung der 32-Stunden-Woche lostreten wollen. Diese Kampagne ist nicht durchgeführt worden. Sie war nicht durchsetzbar, nicht etwa aufgrund einer spezifischen Einschätzung von Kräfteverhältnissen, sondern weil speziell diejenigen, die in den Betrieben mit Arbeitszeitpolitik befasst sind, gedacht haben: Wenn wir nicht qualitative Felder der Arbeitszeitgestaltung lösen, macht eine weitere Kampagne zur linearen Arbeitszeitverkürzung überhaupt keinen Sinn.

Darum glaube ich in diesem Zusammenhang, dass der Antrag zur innovativen Arbeitszeitpolitik die richtigen Akzente setzt. Er setzt nämlich genau an den drei Aspekten, der Demokratie, der Familienfreundlichkeit und der Qualifizierung, den zentralen Feldern gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik, an die in absehbarer Zeit ganz oben auf der Tagesordnung stehen werden. Deswegen halte ich das auch für richtig.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt nicht, dass man die Perspektive einer Arbeitszeitverkürzung aufgibt. Aber wenn man tatsächlich glaubwürdig eine fortschrittliche Beziehung zwischen Arbeitszeitgestaltung und Gesellschaftspolitik herstellen will, muss man sich genau in diesen drei Feldern bewähren.

Ich will allerdings an drei Punkten Diskussionsbedarf anmelden. In dem Antrag steht unter anderem drin – wenn man ihn genau liest, sieht man das –, dass man das Blockmodell in der Altersteilzeit nicht mehr will. Ich rate wirklich, sich in diesem Zusammenhang sehr intensiv mit betrieblichen Bedingungen auseinander zu setzen. Ich glaube nämlich nicht, dass das überall gilt. Ich bitte auch, darüber nachzudenken, dass wir in spezifischen Arbeitsbereichen auch weiterhin das Blockmodell in der Altersteilzeit fahren können.

Das Zweite ist das Thema Vertrauensschutz. Wir werden hier eine Veränderung bekommen. Hierbei will ich auch einen für mich sehr wesentlichen Punkt benennen. Wir brauchen uns nicht über die Frage der Erhöhung des Renteneintrittsalters zu unterhalten. Aber klar ist: Wenn das Wort „Vertrauensschutz“ einen Sinn haben soll, Genossinnen und Genossen, dann muss das so ausgestaltet sein, dass abgeschlossene Altersteilzeitverträge auch umgesetzt werden können.

(Beifall)

Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben müssen darauf vertrauen können, dass die Unterschrift, die sie geleistet haben, auch etwas wert ist. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Der dritte Punkt; damit will ich auch schon aufhören. Wenn wir uns über die Frage von Arbeitszeitkorridoren und von Rentenansprüchen unterhalten, dann werden wir nicht umhinkönnen, Genossinnen und Genossen, uns mit einem Belastungsbezug auseinander zu setzen. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, dass wir in vielen Berei-

chen Kolleginnen und Kollegen bis 63 oder 64 arbeiten lassen können. Aber ich sehe durchaus Schwierigkeiten dabei, im Produktionsbereich mit Dreischichtbetrieb, wie das bei uns der Fall ist, jemanden bis 64 oder 65 arbeiten zu lassen. Da könnte nämlich eine wirklich sozial fatale Verteilungswirkung eintreten, dass nämlich die, die heute schon unter Bedingungen arbeiten, die sehr belastend sind, auch noch die stärksten Abschlüsse bei der Rente hinnehmen müssen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, das – um das ganz klar zu sagen – kann keine Antwort sein.

Wir werden uns im Rahmen unseres Betriebsrentensystems – letzter Satz – sicherlich auch um diese Frage Gedanken machen müssen. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers und der sozialdemokratischen Politik, hier auch für diejenigen zu sorgen, die keine Betriebsrente haben, damit nicht diese Verteilungswirkung eintritt.

Schönen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: Danke schön, Werner. – Das Wort hat jetzt der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler: Liebe Genossinnen und Genossen! Es wird niemanden wundern, wenn ich hier für die Empfehlungen der Antragskommission plädiere und euch bitte, die Anträge in der Fassung der Antragskommission anzunehmen. Ich will das begründen.

Erstens. Alle diejenigen, die über die Möglichkeit geredet haben, bei der Rente zu einer stärkeren Steuerfinanzierung zu kommen, übersehen gelegentlich, dass wir das schon gegenwärtig in einer Größenordnung tun, die ich kaum mehr für steigerbar halte. Es sind immerhin fast 40 Prozent der Rentenansprüche, die wir gegenwärtig steuerfinanzieren. Dazu verwenden wir im Wesentlichen das Aufkommen aus der Ökosteuer. Wenn ihr euch einmal daran erinnert, was wir seinerzeit eigentlich damit erreichen wollten, nämlich eine massive Senkung der Lohnnebenkosten, und zwar aller, dann wird euch klar, dass wir aufpassen müssen, nicht das Ziel zu verfehlen oder aber in Größenordnungen von Belastung zu kommen, die unsere wirtschaftlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten schlicht überfordern.

Deswegen bin ich auch dagegen, wenn man jetzt sagt: Dann machen wir halt einen Fonds. – Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir einen Fonds einrichten, aus dem Rentenansprüche bezahlt werden sollen, dann gibt es dafür nur zwei Möglichkeiten: Wenn man einen Fonds einrichtet, in den man nach gesetzlicher Definition einzahlen lässt, dann muss man gleichzeitig Ansprüche begründen. Wenn man Ansprüche nicht begründen will, wie in dem einen Antrag hier vorgeschlagen wird, dann wäre das schlicht eine Steuer, die man zusätzlich einführt, und nichts anderes.

Ob wir in der Situation, in der wir gegenwärtig sind, solche Vorschläge so definitiv machen sollten, wage ich dann doch ernsthaft zu bezweifeln. Mir scheint also der Vorschlag, darüber zur Lösung des demographischen Problems in der Rentenversicherung beizutragen, jedenfalls noch nicht ausdiskutiert zu sein. Deswegen bin ich gegen eine solche Festlegung.

Wir als Fraktion und Regierung müssen doch in der Lage sein, mit dem, was der Parteitag beschließt, so umzugehen, dass wir es glaubwürdig nach außen vertreten können und klar wird, dass wir das, was der Parteitag beschlossen hat, ernst nehmen und nicht gleich wieder zurücknehmen müssen, wenn wir uns bei der Gesetzgebung einer Debatte unter Fachleuten stellen. Deswegen meine Bitte, uns aufzugeben, die Dinge, die hier formuliert worden sind, ernsthaft zu prüfen. Wir wollen und wir werden das auch tun. Alle Redner haben ja auch gesagt, dass es sich hierbei nicht um kurzfristig realisierbare Programmpunkte handelt, sondern dass es darum geht, mittel- und langfristige Positionen einzunehmen, die der Solidarität gerecht werden. Wenn man das will, dann muss klar sein: Wir sind am Beginn einer Debatte über Bürgerversicherung und Ähnliches, aber nicht am Ende einer solchen Debatte. Wir sollten deswegen nicht so tun, als wenn die Programmpunkte, die hier auf den Tisch gelegt werden, einer fachlichen Überprüfung schon in jeder Beziehung standhalten würden.

Deswegen bin ich dafür, dass der Parteitag klar definiert, wohin die Reise gehen soll. Ich bin damit einverstanden, dass das geschieht. Aber ich habe die herzliche Bitte, uns schlicht die Möglichkeiten zu lassen, die wir brauchen, wenn wir versuchen sollen, das Votum des Parteitags umzusetzen, und das wollen wir ja.

Zweitens, liebe Genossinnen und Genossen, geht es um die Frage: Wie kriegen wir nominales und reales Renteneintrittsalter zusammen? – Das ist einer der wesentlichsten Punkte, wenn wir die mit der Demographie zusammenhängenden Probleme lösen wollen. Das, was wir hier formulieren, und das, was wir zum Teil schon gesetzgeberisch umgesetzt haben, geht natürlich immer nur mit Übergangsregelungen, damit Ansprüche, die entstanden sind, nicht verloren gehen. Es geht doch um den Versuch, zunächst einmal dafür zu sorgen, dass die Debatte über das Renteneintrittsalter vom Kopf auf die Füße gestellt wird. Ehe wir uns daranmachen, das nominale Renteneintrittsalter zu erhöhen, was möglicherweise einmal notwendig wird, sollten wir beim jetzigen nominalen Renteneintrittsalter von 65 Jahren zunächst einmal versuchen, ein reales von 63 Jahren zu erreichen. Das hat nicht nur finanzpolitische Konsequenzen, sondern das ist auch als ein Signal gedacht, und zwar sowohl an die Politik als auch vor allem an die Tarifparteien, mit etwas aufzuhören, was wir alle miteinander verantworten, auch wir als politisch Handelnde. Wir haben es uns leicht gemacht, was die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeht, und mit staatlichen Anreizen dafür gesorgt, dass diejenigen, um die es dabei geht, aus dem Arbeitsprozess gedrängt werden – mit dem moralisch ja vertretbaren Argument, dass dann für Jüngere Platz gemacht wird. Aber wir sind nicht mehr in

einer solchen Situation. Deshalb meine Bitte, auch in diesem Punkt der Antragskommission zu folgen.

Liebe Genossinnen und Genossen, zu dem, was zur Gesundheitsreform gesagt worden ist: Ich kann verstehen, dass der eine oder andere Schwierigkeiten hatte – wer hätte sie nicht gehabt? –, von Vorstellungen abzugehen, die wir in der Vergangenheit vertreten haben. Der Genosse Pfaff hat für die Arbeitsgemeinschaft derer, die im Gesundheitsbereich tätig sind, ein Beispiel dafür gegeben, wie schwer es ist, sich von dem zu verabschieden, was früher haltbar, finanzierbar und deshalb richtig war. Aber angesichts der demographischen Entwicklung, angesichts der Entwicklung im Gesundheitssystem – es ist ja ein Glück, dass wir mit Krankheiten besser umgehen können und für Vorsorge mehr ausgeben können als je zuvor – reicht es nicht, sich immer nur nach neuen Einnahmemöglichkeiten umzuschauen; wir mussten auch an die Begrenzung der Ausgaben gehen und das haben wir getan. Dazu gibt es keine wirkliche Alternative.

Es ist ja richtig, dass gesagt wird: Jeder, der eine Krankheit hat und geheilt werden muss, soll Anspruch auf das medizinisch Mögliche und Notwendige haben. – Das wird auch nicht aufgegeben. Nur: Über die Frage des Bedarfs nachzudenken und dabei auszublenden, wie denn die Deckung des Bedarfs finanziert werden soll, wie denn das Verhältnis zwischen den aktiv Beschäftigten – im Zuge der Konzentration in der Wirtschaft werden sie leider immer weniger – und denjenigen, die von der Solidarität profitieren sollen, aussehen muss, ist falsch.

Vor einem warne ich: Wir haben mit der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei der Rente Erfahrungen gemacht und die waren nicht sehr positiv, weil wir nämlich nicht übersehen konnten, dass wir damit Menschen belasten, die keineswegs die sind, auf die hier immer Bezug genommen wird, also die Reichen oder die Superreichen, sondern die als aktiv Beschäftigte in der Mitte der Gesellschaft sind und die nicht wollen, dass sie wegen der Beiträge von dem, was brutto auf ihrem Lohn- oder Gehaltszettel steht, netto immer weniger bekommen. Das ist der Punkt, um den es geht.

Wenn wir die Situation, in der wir sind, verbessern wollen, dann ist der Weg „Wir lösen das Problem, indem wir uns neue Einnahmen verschaffen“ ein zwar bequemer, aber – davon bin ich sehr fest überzeugt – auf Dauer kein erfolgreicher.

Wir müssen auch aufpassen, dass wir es uns mit dem Hinweis auf die Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, nicht zu leicht machen. Wir müssen auch die Konsequenzen beachten, die es für den privaten Bereich gibt. Es gibt nämlich sehr viele Menschen, die sozialdemokratisch wählen und uns wohlgesonnen sind. Nicht darüber nachzudenken, welche Folgen es für diesen Bereich gibt, wäre ebenso ein fataler Fehler.

Kurzum: Ich glaube, wir machen es richtig, wenn wir zusammen mit der Antragskommission in diesen Punkten sehr weitreichende, mittel- und langfristige erfüllbare

und von uns zu erfüllende Forderungen formulieren. Wir machen aber einen Fehler – ich bin fest davon überzeugt –, wenn wir heute schon so tun, als verfügten wir über Modelle, die man nur implementieren müsste, um alle Probleme in diesem Bereich zu lösen. Das ist definitiv nicht der Fall.

Deshalb sage ich: Gebt uns die Möglichkeit, das, was ihr an politischer Richtung formuliert, so abzu prüfen, dass es funktioniert und dass wir nicht in Fehlerquellen geraten!

Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Vorsitzender Wolfgang Jüttner: Herzlichen Dank. – Die Rednerliste ist damit abgearbeitet. Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Ihr habt uns eine hinreichend komplexe Antragslage beschert. Ich hoffe, dass wir solide damit umgehen können.

Ich zähle jetzt auf, welche Anträge aufgerufen werden.

Zunächst Antrag 1 auf den Seiten 28 ff. Es geht hier um die drei Teile Altersvorsorge, Gesundheit und Pflege. Es wurde gestern oder vorgestern ein vierseitiges Papier mit der Überschrift „Antrag 1, Unser Weg in die Zukunft, ergänzende Empfehlungen der Antragskommission, Sitzung vom 15.11.2003“ ausgeteilt. Wir werden die Seiten 2, 3 und 4 zur Grundlage der Beratungen machen.

Aufgerufen werden auch die Anträge 134 bis 215, 291, 293, 307 bis 310. Ich werde all die Anträge aufrufen – das sage ich, damit klar ist, was zur Abstimmung ansteht –, die Änderungsanträge zum Leitantrag sind. Es wird jeweils über die Empfehlungen der Antragskommission zu den Änderungsanträgen abgestimmt. Ich werde also die Initiativanträge 11, 25 – Initiativantrag 26 ist zurückgezogen –, 27, 30, 31 und 32 aufrufen.

(Zuruf: 29!)

– Initiativantrag 29 gehört zur Arbeitszeit. Wir machen jetzt den Teil sozial Sicherung; Arbeitszeit schließt sich daran an.

Es stehen bei mir noch auf dem Zettel die Anträge 175 bis 178. Nach Meinung des Präsidiums wären alle anderen Anträge, die hierzu eingebracht worden sind, durch die Beschlussfassung in der Fassung der Antragskommission erledigt. Ich rufe also nur die Anträge auf, die ich eben genannt habe; es sei denn, es gibt Hinweise darauf, dass uns etwas durchgerutscht ist. Ich glaube es zwar nicht, aber es kann durchaus sein.

Es gibt jetzt keine Debatten mehr, sondern nur noch Abstimmungen.

Zunächst rufe ich den Initiativantrag 11 auf. Da geht es um die Umfinanzierung durch Steuern. Die Antragskommission hat vorgeschlagen, diesen Änderungsantrag

abzulehnen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Bei zahlreichen Gegenstimmen war das Erste die Mehrheit.

Ich rufe den Initiativantrag 25 auf. Es geht um die Anhebung des faktischen Renteneintrittsalters. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste ist die Mehrheit.

(Unruhe – Zuruf: Wiederholen!)

– Es besteht hier oben Einvernehmen, dass das Erste ziemlich deutlich die Mehrheit war.

Ich rufe den Initiativantrag 27 auf. Er besteht aus ungefähr zehn einzelnen Punkten, die eingebaut werden sollen. Ich rufe diese Punkte einzeln auf.

Seite 28, Zeile 49. Dort schlägt die Antragskommission die Annahme in folgender Fassung vor: „Bei einer Anhebung des Renteneintrittsalters ist zu prüfen, ob nach dem Alter auch besonders lange Versicherungszeiten als Kriterium berücksichtigt werden können.“ Wer stimmt dem Vorschlag der Antragskommission zu? – Dann ist es so beschlossen.

Seite 29, Zeile 12. Da geht es um Streichung und Ersetzung. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste ist die Mehrheit.

Seite 29, Zeile 33. Hier stellt die Antragskommission fest: erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission. Wer folgt diesem Votum? – Das ist so beschlossen.

Seite 30, Zeile 42. Es geht dabei um das Nebeneinander von gesetzlichen Kassen und privaten Krankenversicherungen. Die Antragskommission schlägt Ablehnung vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit?

(Unruhe)

– Ich wiederhole also die Abstimmung. Wenn das Ergebnis dann nicht klar ersichtlich ist, müssen wir auszählen. So ist das Verfahren.

Wir stimmen über Seite 30, Zeile 42 ab. Die Antragskommission schlägt vor, den Satz nicht zu streichen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste ist die Mehrheit.

Seite 30, Zeile 65. Es geht dabei um fairen Wettbewerb. Auch da soll ein Satz gestrichen werden. Die Antragskommission schlägt vor, dass der Satz stehen bleibt. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste ist eindeutig die Mehrheit.

Seite 30, Zeile 67. Hier soll ein Satz durch einen anderen Satz ersetzt werden. Auch hier schlägt die Antragskommission Ablehnung vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste ist die Mehrheit.

(Unruhe – Zurufe: Wiederholen!)

– Da der Block aus Nordrhein-Westfalen besonders betroffen ist, mache ich folgenden Vorschlag: Harald, du stellst dich hier vorne hin. Dann hast du einen guten Überblick und kannst uns sagen, ob das Präsidium Recht hat. Niemand von uns hat nämlich Lust, Ärger wegen solcher Geschichten zu bekommen.

(Beifall)

Noch einmal: Seite 30, Zeile 67. Die Antragskommission schlägt die Ablehnung dieses Punktes im Initiativantrag vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Zweite ist die Mehrheit.

(Beifall)

Das wird hier bezweifelt. Dann wird ausgezählt.

(Zurufe: Nein!)

Jetzt wird ausgezählt. Die Zählkommission soll sich rechts vom Podium sammeln. Genossinnen und Genossen, das geht nicht anders. Ich will keine Debatte haben, hier wäre getrickt worden – nicht unter unserer Leitung.

(Beifall)

Habt ihr das so eingeteilt, dass klar ist, wer welche Blöcke zählt? – Davon gehe ich aus. Präsidium und Vorstand nicht vergessen! Seid ihr arbeitsfähig? – Ist die Zählkommission bereit? –

Wir stimmen über den Vorschlag der Antragskommission ab, Seite 30 Zeile 67 im Text zu belassen. Wer stimmt für das Votum der Antragskommission? – Jetzt wird gezählt.

Gebt ihr mir ein Signal, wenn ihr durchgezählt habt? – Das Ganze muss jetzt durch sein. Ich stelle das jetzt fest. Ihr könnt die Hände herunternehmen.

Wer stimmt für den Initiativantrag? – Bitte durchzählen.

Ist alles ausgezählt? – Dann brauchen wir das Ergebnis.

Das Präsidium ist sich darin einig, dass ein Parteitag ohne wenigstens eine dieser Abstimmungen nicht vollendet wäre. Das muss sein.

(Beifall)

Das Ergebnis: Für die Empfehlung der Antragskommission haben 136, gegen das Votum der Antragskommission 187 gestimmt.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich fahre jetzt fort, weise aber die Antragsteller zum Initiativantrag 31 darauf hin, dass sie die Bezugsgröße für ihren Antrag verloren haben. Sie müssten prüfen, was das konkret heißt, also an welcher Stelle was zu beantragen ist.

Wir kommen zu Seite 31 Zeile 60. Das ist erledigt durch Annahme des Antrags A 1 in der Fassung der Antragskommission. Wer stimmt dem zu? – Gegenstimmen? – Das Erste war deutlich die Mehrheit.

Seite 32 Zeile 3. Hier geht die Antragskommission ebenfalls davon aus: erledigt durch Annahme von A 1. Wer folgt dem Votum? – Auch das ist so beschlossen.

Damit haben wir Initiativantrag 27 durch.

Dann kommen wir zu Initiativantrag 30. Die Antragskommission empfiehlt Erledigung. Wer folgt dem Votum der Antragskommission, dass Initiativantrag 30 erledigt ist? – Gegenstimmen? – Das war insgesamt eine sehr geringe Beteiligung. Ich lasse noch einmal abstimmen: Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war deutlich die Mehrheit.

Ich rufe Initiativantrag 31 auf. Was schlägt die Antragskommission vor? – Erledigt. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Zweite ist deutlich die Mehrheit.

(Beifall)

Wir müssen nun prüfen, wie das redaktionell eingearbeitet werden soll; denn durch die Beschlussfassung zu Initiativantrag 27 fehlt jetzt der Bezugspunkt. Es sollte ein Satz ersetzt werden, der nun aber nicht mehr da ist. Ich glaube, es ist klar, was in der Sache beschlossen worden ist. Wie das redaktionell eingefügt wird, können wir vielleicht später entscheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Dann rufe ich Initiativantrag 32 auf. Hier schlägt die Antragskommission „erledigt“ vor. Wer folgt dem Votum der Antragskommission, Initiativantrag 32 für erledigt zu erklären? – Gegenstimmen? – Können wir das noch einmal wiederholen: Wer ist der Meinung, dass Initiativantrag 32 erledigt ist? – Gegenstimmen? – Das Zweite ist die Mehrheit.

(Beifall)

Dann rufe ich den Änderungsantrag 175 auf. Er befindet sich im Antragsbuch auf Seite 250. Dort ist vorgeschlagen: Ziffer 1 erledigt durch Aufnahme in A 1; für den Rest gilt das Gleiche. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. So beschlossen.

Änderungsantrag 176 auf Seite 252. Die Antragskommission schlägt vor: Ablehnung. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – So beschlossen.

Änderungsantrag 177. Hier wird ebenfalls Ablehnung empfohlen. Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – Das ist bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Änderungsantrag 178. Auch hier wird Ablehnung vorgeschlagen. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Nun gibt es noch zahlreiche Anträge, bei denen weitestgehend Überweisung an Bundestagsfraktion und Bundesregierung vorgesehen ist. Zur Beschleunigung des Verfahrens rufe ich sie nur auf und lasse per Handzeichen anzeigen, wer dem Votum der Antragskommission widerspricht. Wenn bei einem Antrag eine ganze Reihe von Händen hochgehen, dann lasse ich über diesen Antrag abstimmen. Sonst behandeln wir alle auf einmal, wenn ihr einverstanden seid.

Gibt es zu Antrag 148 Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Antrag 149? – Antrag 150? – Antrag 156? – Antrag 161? – Antrag 162? – Geht es zu schnell? – Antrag 163? – Antrag 164? – Antrag 165? – Antrag 170? – Antrag 171? Dort ist allerdings vorgeschlagen: erledigt durch Regierungshandeln. – Zu all diesen Anträgen hat es jetzt keinen Widerspruch gegeben. Sie sind damit beschlossen wie von der Antragskommission vorgeschlagen.

Es geht weiter: Antrag 180? – Antrag 182 – erledigt durch Regierungshandeln –? – Antrag 183? – Antrag 184? – Antrag 186? – Antrag 204? Da geht es um die Positivliste. – Antrag 205? – Antrag 206? – Antrag 207? – Antrag 208? – Antrag 209? – Antrag 210? – Antrag 211? – Antrag 212? – Antrag 213? – Antrag 214? – Antrag 215? – Dann kommt ein Sprung zu Antrag 291 auf Seite 390. – Auch kein Widerspruch. Antrag 307 auf Seite 398? – Antrag 308? – Antrag 309? – Antrag 310? – Damit sind alle eben aufgerufenen Anträge so beschieden wie von der Antragskommission vorgeschlagen; das war entweder Überweisung an Regierung, an Regierung und Fraktion bzw. an zwei Stellen: erledigt durch Regierungshandeln.

Damit ist der Teil „Soziale Sicherheit“ abgearbeitet.

Ich rufe die Anträge zum Thema „Innovative Arbeitszeitpolitik“ auf. Es geht um den Antrag 216 auf den Seiten 284 bis 286. Dazu gehören die Anträge 217 bis 221 sowie die Initiativanträge 15, 22, 29 und 34.

Ich lasse zuerst über zwei Änderungsanträge abstimmen, die sich auf den Leitantrag beziehen. Das ist erstens der Initiativantrag 15, zu dem hier auch mehrfach geredet worden ist. Die Antragskommission schlägt vor: Annahme von Initiativantrag 15. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Das ist so beschlossen.

Zweitens. Bei Initiativantrag 29 – auch dazu ist geredet worden – gibt es eine differenzierte Stellungnahme der Antragskommission zu allen vier Ziffern. Ich rufe deshalb die Ziffern einzeln auf. Zu Ziffer 1 wird Ablehnung votiert. Wer folgt dem Votum? – Gegenstimmen? – Das Erste ist die Mehrheit.

Zu Ziffer 2 wird ebenfalls Ablehnung votiert. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war die Mehrheit.

Zu Ziffer 3 wird Annahme empfohlen. Gibt es Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Zu Ziffer 4 ist Ablehnung empfohlen. Folgt ihr dem Votum der Antragskommission? – Gegenstimmen? – Das Erste war knapp die Mehrheit; so einen Satz kann ich hier eigentlich gar nicht sagen. Passt auf!

(Heiterkeit)

Damit haben wir den Initiativantrag 29 behandelt. Wir kommen jetzt zum Antrag 216, also zum Grundsatzantrag, in der jetzt vorgelegten Fassung der Antragskommission mit den Änderungen, wie sie eben beschlossen worden sind. Wer stimmt der Annahme dieses Antrags in der Fassung der Antragskommission zu? – Jetzt frage ich auch nach Gegenstimmen. – Eine. – Enthaltungen? – Vier. Mit großer Zustimmung ist der Antrag 216 „Innovative Arbeitszeitpolitik“ gefasst worden.

Damit sind die Anträge 219 und 220 erledigt.

Ich rufe jetzt den Antrag 217 auf. Er befindet sich auf der Seite 287. Es geht um die „Neugestaltung der Arbeitswelt“. Die Antragskommission schlägt vor, Ziffer 1 bis 4 sowie Ziffer 5 in geänderter Fassung an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Gibt es Einwände gegen das Votum der Antragskommission? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Zu Antrag 218 „Vollbeschäftigung ist machbar“. Vorgeschlagen wird Überweisung an die Bundestagsfraktion und den Parteivorstand. Gibt es Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Zu Antrag 221 „Altersdiskriminierung“. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Wer trägt das mit? – Dann ist so beschlossen.

Dann komme ich zu I 22. Es geht um pauschale Arbeitszeitverlängerungen. Abs. 1 und Abs. 2 sollen als Material an den Parteivorstand, die Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und Landesregierungen überwiesen werden. Abs. 3 ist nach Meinung der Antragskommission durch A 1 erledigt. Abs. 4 ist durch Initiativantrag 6 in der Fassung der Antragskommission erledigt. Einwände gegen diesen Vorschlag? – Das sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Initiativantrag 34 zur Änderung des Altersteilzeitgesetzes auf. Es wird Überweisung als Material an die Bundesregierung empfohlen. Wer sieht das genauso? – Dann ist das so beschlossen.

Das waren alle Anträge. Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt es mir leicht gemacht.

(Beifall)

Nein, das war die vorletzte Abstimmung. Wir haben vergessen, A 1 zu beschließen.

(Heiterkeit)

Wer dem Antrag A 1 insgesamt in der jetzt beschlossenen Fassung zustimmt, der darf jetzt das Kartenzeichen hochheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung haben wir dieses Paket beschlossen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzende Heide Simonis: So, liebe Genossinnen und Genossen, jetzt kommt etwas fürs Herz. Es geht um die Genossinnen und Genossen, die vier Tage und – mit dem Tag des Aufbaus – einen Tag länger die Ausstellung „Lebendiger SPD-Ortsverein“ gestaltet haben und uns, die wir dort vorbeigekommen sind, und anderen gezeigt haben, was sie so vor Ort an der Basis tun, um die Menschen wieder an die SPD heranzuführen.

Dazu erteile ich jetzt Kurt Beck das Wort. Wir sollten noch irgendwie organisieren, dass alle Betroffenen da sind. Sind sie alle da?

(Zurufe: Ja!)

– Wunderbar. Dann können wir loslegen, Kurt.

Wilhelm-Dröschler-Preis

Kurt Beck, stellvertretender Vorsitzender der SPD: Liebe Genossinnen und Genossen! Gemeinsam mit Dorothee Giani-Dröschler und Peter Dröschler sowie gemeinsam mit euch allen heißen wir die Repräsentantinnen und Repräsentanten unserer Ortsvereine sehr herzlich hier bei uns im Plenarsaal willkommen. – Schön, dass ihr da seid!

(Beifall)

Gestattet mir, daran zu erinnern, dass Wilhelm Dröschler gestern vor 26 Jahren auf einem Parteitag verstorben ist. Ich denke, es ist ein gutes Zeichen, dass wir auf unseren Parteitag entlang seines Wirkens und seines Namens daran erinnern, dass wir für die Menschen arbeiten und dafür unsere Ortsvereine, die Untergliederungen unserer Partei, im Alltag stehen. Das wollen wir auch in Zukunft aufrechterhalten. Danke an alle, die hier sind! Danke aber auch an all diejenigen, die diese Arbeit tagtäglich an der Basis leisten!

(Beifall)

Wir haben diesmal aufgrund der räumlichen Bedingungen aus einer Vielzahl von Bewerbungen 28 ausgewählt, die sich auf dem Parteitag präsentiert haben. Mein Dank gilt natürlich auch denjenigen, die sich beworben haben und die diesmal nicht eingeladen werden konnten.

Ich will darauf hinweisen, dass wir gestern auf dem Parteitag beschlossen haben, über die Konzeption des Dröschler-Preises und seine Fortführung neu nachzudenken. Wir wollen dafür sorgen, dass die Arbeit unserer Ortsvereine auf den Parteitagen durch eine weiter entwickelte Konzeption auch in Zukunft wieder etwas stärker in den Mittelpunkt des Interesses gerückt wird. Insoweit nehmen wir die Kritik gerne auf.

(Beifall)

Ich will – damit es nachher nicht untergeht – eine Regieanweisung, die ich erbeten worden bin weiterzugeben, dazwischenschieben. Peer Steinbrück und Harald Schartau würden gerne, wenn dieser Punkt abgeschlossen worden ist, mit den anwesenden NRW-Repräsentantinnen und –Repräsentanten ein Bild machen. Das sollten wir tun, um kraftvoll in die Wahlen in NRW zu gehen. All das, was hilft, wollen wir tun.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben natürlich die Qual der Wahl gehabt, wie das immer der Fall ist, und haben einige derjenigen, die sich hier präsentieren, mit einer besonderen Erwähnung versehen. Ich will diese nennen: Es gibt das Projekt „Banking mit der SPD“ des Ortsvereins Auenkirchen, Landesverband Bayern. „Nicht jammern, sondern durch Eigeninitiative etwas für die Allgemeinheit tun“



lautet das Motto. Dort arbeitet man fleißig an der Basis. Wir finden, das ist ein gutes Beispiel. Es soll hier dankend erwähnt werden.

(Beifall)

Der Unterbezirk Bonn, Landesverband Nordrhein-Westfalen, hat im April 2002 eine offensive Mitgliederbetreuung ins Leben gerufen. Ich denke, dies ist eine hervorragende Sache. Ich hoffe, wir werden euch bei entsprechender Kontinuität in der Arbeit wiedersehen. In jedem Fall wollten wir das, was ihr begonnen habt, positiv erwähnen, in der Hoffnung, dass es fortgesetzt wird. Das ist dann in Zukunft besonders preiswürdig.

(Beifall)

Die Jusos im Unterbezirk Köln, Landesverband Nordrhein-Westfalen, das Red-Sox-Team hat sich ganz besonders im Bundestagswahlkampf engagiert. Wir finden auch hier, dass diese Arbeit besonders erwähnenswert ist. Wir hoffen sehr, dass ihr sie mit dem Engagement, wie es derzeit erkennbar ist, fortführt.

Genossinnen und Genossen allerorten, natürlich auch im Web! Wir wollten die Web-Sozis mit Ihrer Initiative „www.Websozis.de“, ein Gemeinschaftsprojekt von Thüringen, Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Bayern und Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Saar – ich habe gehört, zwischenzeitlich sind auch die Rheinland-Pfälzer hinzugestoßen –, ermuntern, auf diesem Weg weiterzugehen. Es ist sicher eine besondere Form der politischen Arbeit, die

nicht der klassischen Ortsvereinsarbeit entspricht, aber eine Form, die zu unserer heutigen Zeit passt. Danke, dass ihr das begonnen habt! Viel Erfolg für eure Arbeit!

(Beifall)

Die Jusos im Unterbezirk Göttingen sorgen dafür, dass Inge geholfen wird, wenn sie Wahlkämpfe führt, damit sie die Kraft behält, unsere Schätze, die größer sein könnten, liebe Inge, zu bewahren. Die Art dieser Unterstützung, fanden wir, ist einer besonders positiven Erwähnung wert, weil sie zeigt, wie junge Menschen ihre Bundestagsabgeordnete unterstützen. Dafür unsere Anerkennung!

(Beifall)

Dann wollten wir die Genossinnen und Genossen des Unterbezirks Herne besonders erwähnen, die sich im Wahlkampf darangemacht haben, auch an diejenigen zu denken, die nicht einfach unsere Flugblätter nehmen und lesen können, sondern die der Übersetzung in Hörform bedürfen, nämlich der blinden und der sehbehinderten Menschen. Dass ihr eine solche Initiative ergriffen habt, halten wir für besonders erwähnenswert. Herzlichen Dank dafür! Man kann nur sagen: Auch an anderer Stelle weiter so!

(Beifall)

Jetzt sind wir bei denen, von denen wir meinten, dass sie einen Ansporn in Form eines Sonderpreises, der mit jeweils 500 Euro dotiert ist, verdient haben.

Ich rufe zu uns die Initiatoren des „Modell Mülheim – Siegen bei Gegenwind“. Das ist eine Initiative, die entstanden ist, als die Wahlen verloren waren, die OB-Position ein Falscher innehatte. Man hat dies nicht nur umgedreht und dort jetzt wieder eine Oberbürgermeisterin gestellt, sondern man hat dies auch konzeptionell festgehalten, sodass dies für andere nachvollziehbar und verwertbar ist. Es wird dazu ein entsprechendes Drehbuch und eine CD angeboten. Ich möchte euch herzlich gratulieren zu diesem Sonderpreis.

(Beifall)

Jetzt zu einer Gruppe, die wir, wie ich denke, gar nicht missen möchten, weil sie Politik im Kabarett mit Satire und Ironie in Verbindung bringen und dies auch immer wieder auf dem Parteitag präsentieren, was ganz herausragend ist. Dass wir Männer darunter immer ein bisschen leiden, gehört ausdrücklich zu ihrem Konzept. Es ist „Fammfatall – SPD-Frauenkabarett“ des Unterbezirks Mönchengladbach.

(Beifall)

Wenn wir gleich singen, haben wir dafür tatkräftige Unterstützung.

Liebe Genossinnen und Genossen, der SPD-Ortsverein Atzendorf hat 13 Mitglieder. Man hat im Zusammenwirken mit dem hessischen Ortsverein Ortenberg-Effolderbach nach der Flutkatastrophe eine tolle Initiative ins Leben gerufen. Deshalb haben die Genossinnen und Genossen aus Sachsen-Anhalt ein besonderes Wort des

Dankes verdient. Sie haben die Arbeit weiter fortgesetzt. Wir finden, das ist einen Sonderpreis wert.

(Beifall)

Einen letzten Sonderpreis hat, wie wir finden, der Distrikt Billstedt, Kreis I – Mitte, Landesorganisation Hamburg, mit der Initiative „Wir sind wieder da – aktivierende Ortsvereinsarbeit“ verdient. Dort hat man mit Umweltaktionen, mit vielfältigen Initiativen dafür gesorgt, dass die Sozialdemokratie wieder Fuß gefasst hat und dass man mit Mut in die Zukunft geht. Das ist eine gute Sache. Deshalb gebührt euch der Sonderpreis.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt kommen wir zu dem Treppchen. Einen dritten Preis, dotiert mit 700 Euro, erhalten die Jungsozialisten im Unterbezirk Hameln-Pyrmont, Bezirk Hannover, für „WOLLIBALLA“. Wir fanden, das ist eine gute Art, mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen und politische Arbeit vorzubereiten. Dies sollte besonders belohnt werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ebenfalls einen dritten Preis, dotiert mit 700 Euro, haben wir den Jusos im Unterbezirk Duisburg für ihr Schulungsprogramm mit Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern und vielen anderen Aktivitäten, die sie immer wieder unternehmen, zuerkannt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Mit auf dieses Treppchen für den dritten Preis sollen die Initiatoren des Projekts „Du hast die Wahl“ des Unterbezirks Bochum, Regionalbüro Westliches Westfalen. Auch dort sind die Jungsozialisten am Werk und haben ein junges Aktionsteam gegründet mit dem Ziel, die Arbeit der Bundesregierung zu unterstützen und für den 22. September 2002 eine Mehrheit zu organisieren. Sie haben mit vielfältigen Aktionen richtig Power gemacht bei den jungen Leuten. Deshalb der dritte Preis. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Es geht weiter mit einem dritten Preis. Der Ortsverein Langenhagen betreibt ein „Job-Café – Langenhagen-Hilfe für Arbeitssuchende“. Wir finden, dass diese Arbeit, die seit März 1999 geleistet wird, in vielfältiger Weise und sehr individuell auf die Sorgen und Probleme von arbeitslosen und arbeitssuchenden Menschen eingeht. Dies ist ein ganz hervorragendes Beispiel, wie man die Sorgen einzelner Menschen mit unseren politischen Bemühungen verbinden kann. Deshalb der dritte Preis. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ein weiterer dritter Preis geht an den Unterbezirk Kassel-Stadt, Bezirk Hessen-Nord, Landesverband Hessen für die Initiative „Die Südstadt lebt“. Man hat sich vorgenommen, in einem nicht unproblematischen Stadtteil Identität und Heimatgefühl zu schaffen, den Menschen dort eine Perspektive zu geben und dabei sozialdemokratische Positionen deutlich zu machen. Man hat eine Ausstellung „100 Jahre Südstadt“ durchgeführt, man hat die SPD-Geschichte der Öffentlichkeit vermittelt. All das gehörte mit zum Gesamtprogramm. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zu den zweiten Preisen. Ein solcher zweiter Preis geht an die Initiative mit dem Titel „Mediaparty 2003 – Der neue Medienwahlkampf“ des Kreisverbands Lübeck, Ortsverein Altstadt, und der Jusos Lübeck im Landesverband Schleswig-Holstein. Eine tolle Sache, eine Party, die aus sich selbst heraus gewachsen ist und die sich, wie man fest versprochen hat, im Europawahlkampf fortsetzen wird. Alles Gute, toi, toi, toi !

(Beifall)

– Ich verspreche: Ich teile das mir geschenkte Marzipan mit allen, die gern Marzipan essen. So weit darf man ja für Lübeck Werbung machen. Ich muss das dienstlich essen, sonst täte ich das natürlich nie.

(Heiterkeit)

Ein weiterer zweiter Preis geht an den Ortsverein Rheinkamp, Unterbezirk Kreis Wesel, Regionalbüro Niederrhein im Landesverband Nordrhein-Westfalen für sein Projekt „Streuobstwiesen“. Das ist eine wirklich dauerhafte und große Aktion. Begonnen hat man mit dem Aufräumen auf einem vermüllten, heruntergekommenen Grundstück. Heute befindet sich dort eine Streuobstwiese und man tut etwas für Kleintiere. Es findet dort regelmäßig ein Ökomarkt statt. Daran erfreuen sich Tausende. Hier wird mit der SPD über Ökologie und soziale Arbeit nicht nur geredet, sondern hier wird die Arbeit spürbar und greifbar. Viel Erfolg! Ich hoffe, die Sache wächst wie eure Bäume.

(Beifall)

Ihr wisst ja, mit den Äpfeln ist es wie in der Politik: Wenn sie noch grün sind, kann man sich den Magen daran verderben, wenn sie schön rot sind, sind sie gesund und gut.

(Beifall)

Ein weiterer zweiter Preis geht an den Ortsverein Halle-Mitte im Landesverband Sachsen-Anhalt. Das Projekt heißt „Komm ins rote Boot“. Es ist eine hervorragende Idee, mit Menschen zu paddeln und sie an vielfältigen Erlebnissen am Rande der Paddelstrecke teilhaben zu lassen. Dort gibt es politische Gespräche, gesellschaftli-

che Begegnungen. Das ist eine ganz hervorragende Idee, auf tolle Weise umgesetzt. Wir wünschen euch stets eine Handbreit Wasser unter dem Kiel!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt sind wir bei den ersten Preisen. Wir haben uns für drei erste Preise entschieden. Es sind immer nur hauchdünne Unterschiede.

Einen ersten Preis darf ich an den Kreisverband Birkenfeld der Jungsozialisten im Landesverband Rheinland-Pfalz übergeben. Dort sind die Jusos wieder aktiv. Hier wird eine breite Jugendarbeit betrieben. Ich erwähne nur das toll gestaltete Buch über Internetauftritte. Hier gibt es ein ganz breites Engagement der jungen Leute. Herzlichen Glückwunsch zum ersten Preis!

(Beifall)

Das ganze Spektrum unserer Basisarbeit wird auch deutlich durch eine Initiative, die wir ganz großartig fanden. Sie ist überschrieben mit „pro Gelsenkirchen“. Dort wird im wahrsten Sinne des Wortes eine Arbeit mit Herz gemacht. Hier gibt es Aktivitäten in vielfältigster Weise, mitten unter den Bürgern. Man trifft sich beim Feiern genauso wie dann, wenn man Probleme hat. Eine tolle Arbeit! Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)



Der letzte erste Preis geht an den Arbeitskreis Geschichte und die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, Landesorganisation Hamburg. Dort hat man die Geschichte der Sozialdemokraten in Hamburg aufgearbeitet. Man hat sich mit Zeitzeugen und Betroffenen zusammen intensiv um diese Geschichte bemüht. Man hat ein Buch herausgegeben, das über 1 500 Namen und 98 Kurzbiografien enthält. Hans-Jochen Vogel, dem ich herzlich dafür danke, dass er diese Arbeit so lange begleitet hat, hat dieses Buch vorgestellt. Lieber Hans-Jochen, wir sind uns sicher einig: Das ist eine ganz besondere Arbeit, die auch immer mit in das Spektrum unserer Parteiarbeit gehört.

(Beifall)

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, noch einmal Dank an alle Ortsvereine, die beim Dröschker-Preis mitgemacht haben. Alles Gute, vielen Dank für eure Arbeit und ein herzliches Glückauf!

(Anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Vorsitzende Heide Simonis: Genossinnen und Genossen! Wir können die Zeit bis zum Schlusswort nutzen, um uns bei einer ganzen Menge Leute zu bedanken, nämlich allen, die dazu beigetragen haben, dass dieser Parteitag gut vorbereitet und gut durchgeführt wurde, bei den Mitgliedern des Kreisverbands Bochum und beim Landesverband Nordrhein-Westfalen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parteivorstands, bei allen, die hier die Papiere verteilt haben, bei denen, die die Stimmen gezählt haben, bei den Damen und Herren, die aufgepasst haben, dass wir hier in Sicherheit sein konnten, bei den Mitarbeitern, die aufgeräumt haben, und bei allen, die dafür gesorgt haben, dass wir etwas zu essen und zu trinken bekommen haben. Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Vielen Dank, dass wir nur einmal auszählen lassen mussten und nicht mehrfach.

Wenn wir mit der Fotosession gleich durch sind, bekommt zum Abschluss der Parteivorsitzende und Bundeskanzler Gerhard Schröder das Wort. – So, lieber Gerhard, bitte schön.

(Beifall)

Schlusswort Gerhard Schröder

Gerhard Schröder, Parteivorsitzender und Bundeskanzler: Liebe Genossinnen und Genossen! Wer diesen Parteitag aufmerksam beobachtet hat und wer bereit ist, ihn fair zu werten und zu bewerten, wird mir zustimmen, wenn ich sage: Auf diesem Parteitag ist deutlich geworden, dass die Sozialdemokraten gemeinsame Wertvorstellungen haben. Diese gemeinsamen Wertvorstellungen sind das Verbindende. Aber zur Realisierung dieser Wertvorstellungen gibt es immer wieder die Notwendigkeit, über die Wege dorthin, insbesondere über Wege dorthin unter radikal veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu streiten. Auch das ist in den Debatten über die Themen, über die wir geredet haben, deutlich geworden. Dabei – soviel ist klar; und auch das gehört dazu, wenn man diesen Parteitag bewertet – machen wir es uns nicht immer einfach.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, eine offene Gesellschaft braucht offene Parteien. Offen sind die Parteien dann, wenn sie sich auf dem Boden gemeinsamer Wertvorstellungen sehr wohl über die richtigen Wege auseinander setzen. Ich habe deswegen den Eindruck, dass wir alle, alle miteinander im Bewusstsein eines erfolgreichen Parteitages nach Hause gehen können und nach Hause gehen werden.

(Beifall)

Denn, liebe Genossinnen und Genossen, die Sozialdemokraten haben erkannt und unterstützen den Reformprozess, den Bundesregierung und Bundestagsfraktion begonnen haben. Sie unterstützen die Agenda 2010, sagen aber zugleich – das gehört auch dazu –: Das ist der Beginn eines schwierigen, auf die Veränderungen an der gesellschaftlichen Basis eingehenden Reformprozesses, aber es ist nicht dessen Ende und kann es auch nicht sein.

Deswegen haben wir heiße Debatten über die Frage geführt: Wie finden wir die Balance zwischen Freiheit des Individuums einerseits und seiner solidarischen Einbindung in die Gesellschaft andererseits neu, wie definieren wir sie neu unter so veränderten Bedingungen? Die Punkte, an denen das deutlich und auch konkret wird, sind benannt worden. Wie entwickeln wir die Systeme der sozialen Sicherung so weiter, dass sie auch in Zukunft ihre solidarische Funktion ausüben können, dass es auch in Zukunft so ist, dass sich die Älteren in dieser Gesellschaft auf Solidarität der Aktiven verlassen können, ohne dass diese Verantwortung bei den Jüngeren überzogen wird?

(Vereinzelt Beifall)

Gerade an dem, was wir zur Frage der Alterssicherung miteinander beschlossen haben – über Details werden wir noch sehr intensiv miteinander reden müssen, vielleicht an dem einen oder anderen Punkt auch streiten –, ist deutlich geworden, dass wir es sind, die sich dieser Verantwortung für den aktiv beschäftigten Teil unserer Bevölkerung, aber auch für den Teil stellen, der nach einem erfüllten Arbeitsleben Anspruch – ich sage: Anspruch – auf Solidarität hat.

(Beifall)

Die Balance zwischen Eigenverantwortung und gesellschaftlicher Solidarität wird auch bei der Gesundheitsversorgung sichtbar. Das, was wir auf den Weg gebracht

und durchgesetzt haben, mag in den Einzelheiten nicht jedem gefallen haben. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es hat deutlich gemacht, dass wir unter schwierigen Bedingungen dafür stehen, dass das medizinisch Notwendige zur Verfügung gestellt wird, und zwar unabhängig vom persönlichen Einkommen. Das soll und das wird auch so bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir werden über die Stationen, die heute beschrieben worden sind, als mittel- und langfristige Perspektiven – etwa die zu einer Bürgerversicherung – noch eine Menge beraten müssen und eine Menge an Schweiß vergießen müssen, um zu erfolgreichen, weil dann auch handhabbaren und umsetzbaren Ergebnissen zu kommen. Aber der Weg indessen ist beschrieben worden. So will es die Partei. So hat sie es deutlich gemacht und so wird das zu akzeptieren sein.

Schließlich ist auch deutlich geworden, dass wir es sind, die in den kommenden Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner darauf zu achten haben, dass das, was Deutschland stark gemacht hat, auch und gerade wirtschaftlich stark, nämlich freie Tarifpartner, das freie Aushandeln der Bedingungen von und für Arbeit, etwas ist, was man nicht leichtfertig auf den Prüfstand stellen darf, das man nicht leichtfertig preisgeben darf, wie das einige ganz offenkundig tun wollen. Wir jedenfalls – das ist deutlich geworden – wollen das nicht.

(Beifall)

Es wird, liebe Freundinnen und Freunde, jetzt darauf ankommen, dass das, was hier an Zustimmung, an notwendiger, für uns enorm wichtiger Zustimmung für die Politik der Fraktion und der Bundesregierung beschlossen worden ist, in die Partei und über die Partei in die Gesellschaft hineingetragen wird. Dabei darf aber nicht vergessen werden – ich betone das ausdrücklich –, dass die hier beschlossenen weiter reichenden Perspektiven ebenso Teil demokratischen Selbstverständnisses sind, wie es Teil sozialdemokratischen Selbstverständnisses ist – das ist deutlich geworden –, die schwierige Arbeit der Regierung in schweren Zeiten einhellig zu unterstützen. Ich bin dankbar dafür, dass das so deutlich geworden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wie immer am Schluss eines Parteitages gilt es, ein paar Worte zu jenen zu sagen, die freiwillig oder weil der Parteitag anders entschieden hat, aus den Aktivitäten jedenfalls im Parteivorstand ausscheiden.

Da ist Christine Bergmann, die Mitglied des Parteivorstandes seit 1995 war und die insbesondere als Vorgängerin von Renate Schmidt in ihrem Amt als Bundesministerin viel Sensibilität, auch viel Durchsetzungsfähigkeit in die Gesellschaft hinein bewiesen hat. Sie hat uns deswegen viele wertvolle und wichtige Ratschläge auch als jemand gegeben, der aus dem Osten des Landes kommt und die Befindlichkeit dort natürlich in besonderer Weise kennt.

(Beifall)

Wolf-Michael Catenhusen war von 1995 an Mitglied des Parteivorstandes. Er hat sich immer wieder um Fragen der Bildung sowie der Forschung und Entwicklung gekümmert. Er war Vorsitzender einer sehr wichtigen Enquete-Kommission in sei-

ner Eigenschaft als Bundestagsabgeordneter, die für die ethische und moralische Fundierung auf wichtigen Gebieten viel geleistet hat.

Er hat es vorgezogen, jetzt als beamteter Staatssekretär weiterzuarbeiten. Er wird da, denke ich, in dem gleichen Sinne wie vorher seine Arbeit machen. Wolf-Michael, herzlichen Dank für all das, was du geleistet hast!

(Beifall)

Wir machen es am besten so, dass unsere Mitarbeiterin hier immer die Blumen mit einem schönen Gruß von mir überreicht. Das ist vielleicht auch netter.

(Heiterkeit)

Wolf-Michael, das war jetzt keine Aufforderung dazu, in deinen Aktivitäten im neuen Amt nachzulassen.

Reinhard Höppner, war – das ist, denke ich, deutlich geworden – viele Jahre erfolgreicher Ministerpräsident in Sachsen-Anhalt. Aber er war nicht nur das. Er war – ich sage das auch ganz persönlich – wichtiger Ratgeber, immer dann, wenn es um Fragen der Infrastruktur, aber auch um Fragen der kulturellen Identität der Menschen, nicht nur in seinem Heimatland, sondern weit darüber hinaus, ging. Was Zusammengehörigkeit, ja, auch in diesem Fall Solidarität heißt, hat er bewiesen, als er sinngemäß gesagt hat: Ich will nicht weiter kandidieren. Ich kann nicht ausschließen, dass das zu Lasten meines Freundes Manfred Püchel geht. Er ist jetzt Landesvorsitzender. Er muss das nächste Mal gegen den Ministerpräsidenten antreten. Er soll deshalb Mitglied im Parteivorstand sein.

Reinhard, auch eine ganz persönliche Bitte: Ich möchte, dass man sich nicht aus den Augen verliert,

(Vereinzelt Beifall)

weil ich glaube, dass die Partei auf deinen Rat und dein Engagement, das aus sehr unterschiedlichen Quellen gespeist wird, auch in Zukunft nicht verzichten kann. Ich danke dir von Herzen für all deine Arbeit.

(Beifall)

Ulrich Maurer hat nicht wieder kandidiert. Auch ihm haben wir für seine Arbeit, nicht nur hier im Parteivorstand, zu danken. Ich erinnere mich an viele sehr intensive Debatten. Es war nicht immer so, dass wir – ich sage das jetzt für mich – immer nur Übereinstimmung hatten. Gelegentlich war es sehr kontrovers. Aber die Kontroverse gehört zum Umgang miteinander in der Partei dazu. Er war von 1991 an Mitglied des Parteivorstandes. Er hat unseren Dank, ausgedrückt in Beifall, genauso verdient wie die anderen auch.

(Beifall)

Benjamin Mikfeld hat nicht wieder kandidiert. Das hat einen guten Grund. Er ist in die Wirtschaft gegangen. Wir wünschen dir, lieber Benjamin, sehr viel Erfolg in deiner neuen Tätigkeit. Lass mich eine persönliche Bemerkung hinzufügen: Wir alle miteinander würden etwas verlieren, glaube ich, wenn du der Politik verloren gingest.

(Beifall)

Wir können also sagen: Der Benjamin hat noch viel vor, er hat noch viel vor sich – hoffentlich mit uns gemeinsam.

(Beifall)

Sigrid Skarpelis-Sperk, an dir kann man wirklich seinen ökonomischen Sachverstand schärfen. Ich sage das ganz ernsthaft. Natürlich waren wir häufig unterschiedlicher Meinung. Das weiß jeder. Ich brauche doch nicht so zu tun, als wenn das nicht so gewesen wäre. Was du zur Situation der Weltwirtschaft, zur Frage von Konsolidierung einerseits und Setzen auf Wachstumsimpulse andererseits gesagt hast, hatte durchaus Hand und Fuß. Nicht immer konnten wir das für den Zeitpunkt ins Auge fassen, für den du das vorgeschlagen hattest.

(Heiterkeit)

Gelegentlich – ich erinnere an die Diskussionen über die Notwendigkeit, Finanzierungsprogramme aufzulegen, etwa im kommunalen Bereich – wurden wir sanft, aber bestimmt, gelegentlich von der Fraktion, gelegentlich auch freiwillig – ich formuliere jetzt bewusst zurückhaltend –, in die Richtung deiner Positionen geführt. Das wird dir nicht immer genügt haben. Das hast du ja sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Es gehört auch zur Wahrhaftigkeit im Umgang miteinander, dass man so etwas sagt.

Ich will genauso klar sagen: Aus der Bereitschaft zur Diskussion bestimmter inhaltlich kritischer Positionen ist nie persönliche Gegnerschaft geworden. Ich habe das jedenfalls immer so empfunden und ich möchte, dass du das genauso empfindest. Vielen Dank auch für deine Arbeit!



(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr seid sicherlich einverstanden, wenn ich die Würdigung von Rudolf Scharping und seiner Arbeit im Kreis des Parteivorstandes vornehme, wenn er anwesend sein kann. Wenn es jemanden gibt, der das in besonderer Weise verdient hat, seiner Tätigkeit für unsere Partei wegen, aber auch seiner Tätigkeit für unser Land wegen, die beachtlich ist, dann ist er das. Bitte versteht, dass wir – wir haben uns im Parteipräsidium darauf verständigt – ihm sehr gern in einem Moment, in dem man zusammen ist und darüber redet, unser aller sehr persönlich empfundenen Dank für seine Arbeit aussprechen wollen – in einer würdigen Umgebung.

(Beifall)

Ich muss etwas zu einem Mitglied der Kontrollkommission sagen, das nicht wieder kandidiert hat, das mich aus meinen Juso-Zeiten in die jetzige aktive Zeit hinein begleitet hat. Es ist Rudi Arndt. Über Rudi Arndt ist vielleicht nur so viel zu sagen: In den unterschiedlichsten Funktionen hat er der Partei kräftig gedient. Ich meine „kräftig“ im wahrsten Sinne des Wortes.

Er ist seinerzeit in seiner Funktion als Oberbürgermeister von Frankfurt als „Dynamit-Rudi“ bezeichnet worden. Diesen Ehrentitel hat er sich erworben, weil er mit einem Frankfurter Kulturdenkmal auf ganz bestimmte Weise umgehen wollte. Das will ich nicht näher bewerten. Dazu ist es auch nicht gekommen.

Ich will aber Folgendes sagen: Wir danken ihm sehr herzlich für die Art und Weise, wie er Politik gemacht hat, nämlich unbequem, aber loyal. Ich bin ganz sicher: Wir werden ihn auch in den nächsten 20 Jahren auf dem Parteitag frisch und munter erleben. Danke, lieber Rudi, für deine Arbeit!

(Beifall)

Hans-Peter Bull ist als stellvertretender Vorsitzender der Bundesschiedskommission ausgeschieden. Er hat dieses Amt seit 1997 bekleidet. Er ist Innenminister in Schleswig-Holstein gewesen und hat dort nicht zuletzt wegen seiner Aufmerksamkeit für sensible Themen wie den Datenschutz einen großen Eindruck hinterlassen. Er ist jemand, den wir Studenten damals als Professor erlebt haben. Was er über das öffentliche Recht geschrieben hat, hat uns damals – so weit wir es nicht vergessen hatten – sehr geholfen.

Eines ist immer deutlich geworden: Er ist jemand, der einen ganz großen Sinn für den Wert von Rechtsstaatlichkeit und für den Wert von Rechten der Bürgerinnen und Bürger hat. Dabei hat er nicht vergessen, dass es auch Sicherheitsinteressen gibt. Diese Balance von Sicherheitsinteressen der Bürgerinnen und Bürgern einerseits und ihren Freiheitsrechten andererseits hat er in jedem Amt sensibel wahrgenommen, sicherlich auch in dem eines stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedskommission. Das zeichnet dich, Hans-Peter, ganz besonders aus.

(Beifall)

Ich sehe, dass es noch zwei Blumensträuße gibt. Aber ich habe keine Namen mehr auf meiner Liste. Da ihr uns auf diesem Parteitag so aufmerksam betreut und so freundlich geholfen habt, habt ihr es verdient, diese Blumensträuße zu bekommen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will das Schlusswort nicht weiter ausdehnen. Ich danke euch für eure Arbeit im Programmatischen, die uns sicherlich weitergebracht hat.

Ich habe noch folgende Bitte an euch, nämlich die Politik der Regierung, von der wir überzeugt sind, dass es zu ihr keine vernünftige Alternative gibt, mitzuvertreten und mitzuhelfen, dass die Basis breiter wird, auch wenn ihr nicht von jedem einzelnen Detail sofort überzeugt seid.

Ich möchte – so ist es in dem schönen alten Lied ausgedrückt, von dem jeder alle vier Strophen singen kann –, dass wir das tun, was unsere Aufgabe ist, nämlich Politik zu machen und dabei zu sagen: Es gelingt, wann wir schreiten Seit' an Seit'.



(Beifall – Die Delegierten erheben sich und singen das Lied
„Wann wir schreiten Seit' an Seit'“)

Vorsitzende Heide Simonis: Liebe Genossinnen und Genossen, guten Heimweg! Kommt ohne Unfall nach Hause! Bis zum nächsten Mal alles Gute! Einen schönen Tag und einen schönen Abend!

Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluss: 14.54 Uhr)

Anhang

Finanzbericht

Berichterstatlerin:

Inge Wettig-Danielmeier, Schatzmeisterin der SPD

I. Parteipendenaffären –

Vertrauenskrise der Demokratie 517

II. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD

1. Einnahmeentwicklung	520
1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	520
1.2 Die Einnahmen aus Spenden	521
1.3 Das Sponsoring	522
1.4 Die staatliche Teilfinanzierung	522
1.5 Die Beitragsanpassung und die Umstellung auf den Euro	523
2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung	525
2.1 Ausgaben der Betriebs- und Wahlkampfhaushalte	525
2.2 Kontrolle	526
3. Parteiinterner Finanzausgleich	526
4. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände	527
5. Immobilienverwaltung	528
5.1 Konzentration GmbH und Grundstücksgesellschaften	528
5.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH	529
6. Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	530
7. Finanzen der Gesamtpartei und Vergleich mit der CDU/CSU	532

III. Politische Konsequenzen der Verstöße gegen das Parteiengesetz

1. Die Novellierung des Parteiengesetzes 2002	535
2. Politische Angriffe auf die Finanzstrukturen der SPD	539

Anhang:

Die Finanzen 2001 der im Bundestag vertretenen Parteien
(Auswertung der Rechenschaftsberichte 2001) 540

Der Rechenschaftsbericht der SPD für das Kalenderjahr 2001
(Auszug aus der Drs. 15/700) ist diesem Bericht gesondert beigelegt.

Die vergleichenden Übersichten der Finanzen der im Bundestag vertretenen Parteien können auch im Internet unter www.spd.de eingesehen werden.

I. Parteispendenaffären – Vertrauenskrise der Demokratie

Leider haben uns auch in den Jahren 2001/ 2002 Idie Parteispendenskandale der CDU, der FDP Iaber auch der Kölner SPD beschäftigt. Die Vorgänge in Wuppertal und anderen Orten haben Probleme der Parteienfinanzierung aufgeworfen und eines deutlich gemacht:

Nach dem Kohl' und Kanther'schen Spendenskandal wird bei den Parteien sehr genau hingeschaut, wie sie mit den Parteifinzen umgehen. Staatsanwälte haben sich insbesondere der ehrenamtlichen Organisation der SPD angenommen.

Allerdings haben die Union und ihre Sympathisanten auch nach Entlastungsmöglichkeiten bei ihrem Hauptkonkurrenten SPD gesucht und dabei eine Vielzahl unrechtmäßiger Vorwürfe in die Welt gesetzt.

Folge hiervon waren zahlreiche Prüfungen durch die Bundestagsverwaltung, die meist lange zurückliegende Sachverhalte – insbesondere solche des Unternehmensbereichs – der SPD betrafen. Diesen Verfahren gingen in der Regel gezielte Veröffentlichungen in „Die Welt“ oder „Focus“ voraus.

In keinem Fall haben sich die von der Union erhobenen Vorwürfe, die SPD hätte unkorrekt Rechenschaft über ihren Unternehmensbereich gegeben, bewahrheitet.

Der Untersuchungsausschuss „Parteispenden“, der als Folge der Vorgänge um Manfred Kanther, Walter Leisler Kiep und Helmut Kohl eingesetzt worden war, hat die Vorwürfe gegen die CDU nur unzureichend aufklären können. Der Aufklärungswille der betroffenen CDU-Funktionsträger war begrenzt.

Angesichts der guten Ausgangslage der SPD war der im März 2002 bekannt gewordene Spendenskandal im SPD-Unterbezirk Köln um eine Reihe führender Funktionsträger, insbesondere um den ehemaligen Ratsfraktionsvorsitzenden Norbert Rütger und den ehemaligen Unterbezirkskassierer Manfred Biciste, umso unerfreulicher. Der Skandal hat nicht nur in den Reihen der SPD und der Öffentlichkeit Nordrhein-Westfalens, sondern bundesweit erhebliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

Obwohl sich die illegalen Finanzpraktiken auf ca. 40 Personen und einen Zeitraum von fast einem Jahrzehnt erstreckt haben, ist es der SPD gelungen, die jahrelangen Spendenvergehen so zügig aufzuklären, dass der größte Teil des Skandals bereits Ende Mai 2002 (also nach drei Monaten) gegenüber dem Bundestagspräsidenten aufgeklärt und von diesem mit Strafgeldern belegt werden konnte.

Hierzu war ein erheblicher Personaleinsatz des Parteivorstands, vor allem aber ein hoher Aufwand an Leistungen von Wirtschaftsprüfern notwendig. Nicht zuletzt haben auch die Arbeit der Untersuchungs- und Feststellungskommission des NRW-Landesverbands unter Leitung von Jürgen Schmude sowie die zivilrechtlichen Klagen des SPD-Parteivorstands gegen die Hauptverantwortlichen, Norbert

Rüther und Manfred Biciste, dazu beigetragen, das anfangs sehr verworrene Bild zu entwirren.

Vieles wäre zügiger und einiges vielleicht auch lückenloser aufzuklären gewesen, wenn alle persönlich in die Finanzpraxis Rüthers und Bicistes verstrickten Mitglieder sofort an der Aufklärung mitgewirkt hätten und die Staatsanwaltschaft Köln der SPD nicht beharrlich die Akteneinsicht in die beschlagnahmten SPD-Unterlagen verweigert hätte.

Es war damit Aufgabe der Revision des Parteivorstands und der Wirtschaftsprüfer einerseits und der vom Landesverband eingesetzten Untersuchungs- und Feststellungskommission andererseits, mit den der Partei zur Verfügung stehenden Mitteln die fingierten Spenden und Spender und Spenderinnen zu ermitteln und zuzuordnen.

Die meisten der betroffenen Genossinnen und Genossen haben bereitwillig Auskunft darüber erteilt, ob die ihnen zugeschriebenen Spenden aus ihrem eigenen Vermögen stammten. Nur einer der Betroffenen hat eingeräumt, zumindest geahnt zu haben, dass die Finanzpraxis im SPD-Unterbezirk Köln mit dem Parteiengesetz und der Finanzordnung nicht übereinstimmte.

Ergebnis dieser Prüfung war, dass Norbert Rüther von 1994 bis 1999 zusammen mit Manfred Biciste rund 250.000 Euro als Spenden in die Kasse des SPD-Unterbezirks Köln eingeschleust oder als schwarze Bar-Kasse geführt hat. Fest steht auch, dass die gelegentlich zitierten Millionen-DM-Beträge, die Norbert Rüther im Zusammenhang mit dem Bau der Kölner Müllverbrennungsanlage erhalten haben soll, jedenfalls nicht in die Kasse des Unterbezirks Köln geflossen sind.

Der Bundestagspräsident hat dementsprechend eine Sanktion in Höhe von rund 493.000 Euro gegen die SPD verhängt, die von uns akzeptiert worden ist.

Durch die in den Prozessen mit Norbert Rüther und Manfred Biciste abgeschlossenen Vergleiche konnte nur ein Teil des entstandenen Schadens abgedeckt werden. Der Rest der Sanktionssumme sowie die Prüfungs- und Beratungskosten in sechsstelliger Höhe und etwaige weitere Schäden müssen gemäß § 13 Finanzordnung vom Unterbezirk Köln getragen werden.

Auch dies bedeutet eine erhebliche materielle Belastung des Parteivorstands, da der verantwortliche Kölner Unterbezirk nur in Raten bezahlen kann, um seine politische Handlungsfähigkeit nicht zu verlieren.

Von bundesweitem Interesse waren auch die Vorgänge um eine Spendensammelaktion im Wuppertaler Kommunalwahlkampf 1999. Der Vorwurf lautete: Das Ergebnis der Spendensammelaktion sei tatsächlich eine hohe Spende des Bauunternehmers Clees an die Wuppertaler SPD gewesen, und zwar eine verbotene Einflussspende. Der Unternehmer Clees habe Verwaltungshandeln der Stadt Wuppertal, genauer des Oberbürgermeisters Hans Kremendahl, beeinflussen wollen. Um dem

Verdacht zu entgehen, sei die hohe Spende nicht offen von Clees selbst, sondern aufgeteilt auf verschiedene andere Personen gezahlt worden.

Der Parteivorstand hat von diesen Spenden erstmals im Zuge der Aufstellung des Rechenschaftsberichts für das Jahr 1999 (also im Herbst 2000) erfahren. Im Zusammenhang mit der Erstellung des Rechenschaftsberichts erfolgt routinemäßig eine besondere Prüfung aller Spender mit einer Spendenhöhe von 15.000 DM (resp. jetzt 7.500 Euro) und mehr, um Fehler bei der Erfassung dieser relativ großen Spenden auszuschließen und zu korrigieren. Dies war auch hier der Fall: Die vier der SPD-Wuppertal genannten Spender wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft des Parteivorstands angeschrieben, mit der Bitte, um Prüfung der verbuchten Spendersummen und gegebenenfalls Korrektur. Ein Spender teilte daraufhin mit, die ihm zugeschriebene Summe von 100.000,- DM nicht gespendet zu haben.

Dieser Vorfall und die für die kommunale Ebene ungewöhnliche Größenordnung der Spenden waren der Anlass, eine Prüfung durch die Revision beim SPD-Parteivorstand vorzunehmen. Der Prüfbericht kam zu dem Ergebnis, dass keine verbotswidrige „Einflussspende“ vorliege. Außerdem wurde nach den Unterlagen und Aussagen festgestellt, dass insgesamt nur drei Spender sich an der Sammelaktion beteiligt hatten. Das Ergebnis dieser Prüfung wurde eingehend zwischen den Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und dem Parteivorstand erörtert. Letztlich wurde rechtlich kein Einwand gegen die Annahme der Spenden durch den Unterbezirk Wuppertal festgestellt.

Erst im Jahr 2002 wurde der Parteivorstand wieder mit diesem Vorgang konfrontiert: Die Wuppertaler Staatsanwaltschaft hatte aufgrund von Presseberichten in dieser Angelegenheit ermittelt und war zu dem Ergebnis gelangt, dass die angebliche Sammelspende um den Bauunternehmer Clees tatsächlich von diesem allein aufgebracht worden war. Im Gegensatz zur Kölner Staatsanwaltschaft stellte die Staatsanwaltschaft Wuppertal der SPD in diesem Fall die Ermittlungsakten zügig zur Verfügung.

Der Parteivorstand hat auf das Verfahren der Staatsanwaltschaft sofort mit eigenen Aufklärungsbemühungen reagiert.

Das Landgericht Wuppertal hat im Dezember 2002 Hans Kremendahl vom Vorwurf der Vorteilsannahme freigesprochen, aber im übrigen sehr weitgehende, allgemeine und nicht weiter begründete Feststellungen zur Verletzung des Parteiengesetzes getroffen. Über die Revision der Staatsanwaltschaft vor dem Bundesgerichtshof ist noch nicht entschieden. Problematisch ist, dass die SPD an dem Prozess nicht beteiligt war und ist. Also auch die Interessen der SPD nicht wahren kann. Das Verfahren gegen den damaligen Unterbezirksgeschäftsführer wurde eingestellt, dies heißt, die Unschuldsvermutung gilt weiterhin.

Dennoch ist das Urteil des Landgerichts Wuppertal in parteirechtlicher Hinsicht zur Auffassung gelangt, dass die SPD gegen das Gesetz verstoßen habe.

Eine Konsequenz aus dem Urteil des Landgerichts Wuppertal wäre, dass sich kein beamteter Kandidat mehr an Vorbereitungen für Wahlkämpfe beteiligen dürfte, um jedem Verdacht der Vorteilsannahme im Zusammenhang mit der Einwerbung von Spenden vorzubeugen.

Der SPD-Parteivorstand wird wegen der weitreichenden Folgen dieses Urteils für die kommunale Ebene aller Parteien die gerichtliche Klärung suchen müssen, falls sich die Bundestagsverwaltung der Auffassung des Landgerichts Wuppertal anschließt.

Eines hat der Fall Wuppertal gelehrt: Die juristische und politische Verantwortung für die Annahme einer Spende liegt bei der annehmenden Gliederung. Die Vorstände müssen sich intensiver mit diesen Fragen befassen und müssen im Einzelfall prüfen, ob es juristisch, aber auch politisch verantwortbar ist, eine bestimmte Spende anzunehmen. Diese Verantwortung kann ihnen niemand abnehmen. Entsprechende Folgerungen werden in dem Satzungsänderungsantrag des Parteivorstands gezogen.

II. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD

1. Einnahmeentwicklung

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Die Beiträge der Mitglieder waren auch in den Jahren 2001 und 2002 die wichtigste Einnahmequelle, die mit 78,2 Mio. Euro im Jahr 2001 und 78,3 Mio. Euro im Jahr 2002 knapp die Hälfte der gesamten Einnahmen der Partei ausmachten. Die Beitragssumme setzt sich aus Mitgliedsbeiträgen und regelmäßigen sonstigen Beiträgen zusammen, das sind in der Regel Beiträge der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Die Entwicklung der Beitragseinnahmen bereitet uns jedoch Sorgen, mit 78,25 Mio. Euro stagnierten sie seit 1996 auf dieser Höhe bis 2001. Inzwischen gehen diese Einnahmen zurück.

1997 zählten wir noch 777.899 Mitglieder, Ende 2002 waren es nur noch 693.894. Wir haben in fünf Jahren 84.005 Mitglieder oder 10,8 Prozent unserer Mitglieder verloren. Der Rückgang liegt vor allem an der hohen Sterberate der nach 1945 eingetretenen Mitglieder. Die Zahl der Eintritte gleicht zwar im wesentlichen die Zahl der Austritte aus, aber die Verluste durch die Verschiebung der Alterspyramide werden nicht ausgeglichen.

Dass wir bei den Beitragseinnahmen keine größeren Einbrüche erlebt haben, ist dem ständigen Bemühen unserer Kassiererinnen und Kassierer um höhere Beitragsleistungen unserer Mitglieder zu verdanken und der grundsätzlich guten Zahlungsmoral der Mitglieder. Knapp 98 Prozent zahlen ihren Beitrag regelmäßig. Der Durchschnittsbeitrag beträgt monatlich 6,73 Euro. Das sind 0,34 Euro oder 6,2 Prozent mehr als 1997. Dennoch: Die geringeren Einnahmen durch die sinkenden Mitgliede-

derzahlen werden in Zukunft nicht mehr durch die Beitragsanhebungen ausgeglichen, wie der aktuelle Trend zeigt.

Die Summe der gezahlten Beiträge ist auch maßgebend für die Höhe der staatlichen Mittel. Wir haben also nicht nur die geringeren Beitragseinnahmen zu verkraften, sondern auch geringere Einnahmen aus staatlichen Mitteln.

1.2 Die Einnahmen aus Spenden

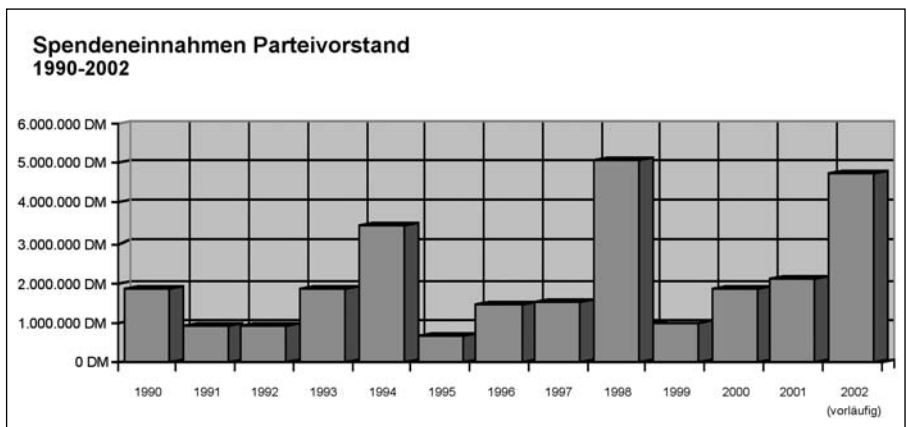
Die öffentlichen Diskussionen um die Spenden-affären der Parteien haben auch in den vergangenen zwei Jahren die Bemühungen um die Einwerbung von Spenden belastet. Insbesondere der Kölner Spendenskandal der SPD hat weit ausgestrahlt und viele Mitglieder unserer Partei verunsichert.

Mit mehreren Briefen an die Mitglieder der Partei hat die Schatzmeisterin daher nicht nur um eine Spende gebeten, sondern auch über die Geschehnisse in Köln und ihre Aufklärung informiert.

Diese Offenheit wurde von den Mitgliedern honoriert. Auch wenn absehbar war, dass unter den gegebenen Umständen die Spendenbereitschaft nachlassen würde, gelang es doch, nach einem vorübergehenden Einbruch wieder an die frühere Spendenbereitschaft unserer Mitglieder und Sympathisanten anzuschließen.

Die Spenden-Einnahmen des Parteivorstands lagen im Jahr 2001 bei 1,09 Mio. Euro oder 2,14 Mio. DM (2000: 0,94 Mio. Euro oder 1,85 Mio. DM).

Auch das Wahljahr 2002 war nicht nur politisch, sondern letztlich auch bei den Spendeneinnahmen erfolgreich: Wenn die Rekordmarke des Jahres 1998 auch nicht erreicht werden konnte, so lag das Ergebnis mit ca. 2,42 Mio. Euro (4,74 Mio. DM) nach den Spendenturbulenzen in Köln doch über den vorsichtigen Erwartungen.



Das im letzten Finanzbericht angekündigte „Online-Tool“ ist mittlerweile realisiert. Unter www.spd.de besteht nun die Möglichkeit, die SPD auch direkt über das Internet mit einer Spende zu unterstützen.

Das neue Parteiengesetz, das seit Juli 2002 auch den Bereich der Parteispenden teilweise neu regelt, erfordert umfassende Aufklärung und Beratung der Gliederungen. Die Beantwortung von Anfragen, aber auch die Information vor Ort über den Umgang mit Spenden hat daher auch im Spendenreferat des Parteivorstands einen größeren Umfang eingenommen. Dennoch bleibt unser Schwerpunkt, über die Mittel und Möglichkeiten zur aktiven Spendengewinnung vom Ortsverein bis zum Landesverband zu informieren und zu beraten.

1.3 Sponsoring

„Mit freundlicher Unterstützung“ von Unternehmen, die uns für Veranstaltungen Geld-, Sach- oder Dienstleistungen zur Verfügung stellen, bemühen wir uns, die Kosten für große Veranstaltungen wie Bundesparteitage, Partei- und Presseabende etc. zu dämpfen.

Sponsoring beruht – im Gegensatz zur Spendenannahme – auf dem Prinzip: Leistung und Gegenleistung. Als Gegenleistung müssen wir den Sponsoren die Möglichkeit bieten, sich im Rahmen der Veranstaltungen werbe- oder öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Andernfalls würde es sich um eine (Sach-)Spende handeln.

Die Hemmschwelle bei Unternehmen, sich bei einer bzw. unserer Partei zu präsentieren, ist nach wie vor hoch, auch wenn wir ihnen als große Mitgliederpartei eine interessante Zielgruppe bieten. Nicht anders als bei der Spendenakquisition wirkt sich zudem auch die wirtschaftlich schwierige Situation negativ auf die Bereitschaft aus, sich als Sponsor zu engagieren.

Seit dem Jahr 2001 gibt es im Parteivorstand ein Sponsoringreferat, das sich um die formell korrekte Abwicklung von Sponsoringleistungen kümmert und als Anlaufstelle den Gliederungen Auskünfte in Fragen rund ums Sponsoring erteilt.

Eine weitere Professionalisierung bei der Akquisition ist angestrebt.

1.4 Die staatliche Teilfinanzierung

Die staatliche Parteienfinanzierung der Bundesrepublik sieht einen Zuschuss zu den Parteifinzen bis zur Hälfte der Einnahmen einer Partei vor. Sie basiert auf den Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden, sowie auf den erzielten Mitgliedsbeiträgen und Spenden (Zuwendungen) natürlicher Personen (bis zu 6.000 DM bzw. nach neuem Parteiengesetz 3.300 Euro je Person). Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von

Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien lag seit 1998 bei 125,27 Mio. Euro (245 Mio. DM). Zum 1. Juli 2002 wurde diese „absolute Obergrenze“ auf 133 Mio. Euro angehoben. Diese Anhebung lag mit 6,17 Prozent unter der von der Parteienfinanzierungskommission festgestellten Preissteigerungsrate der parteitypischen Ausgaben in Höhe von 7,9 Prozent. Nach viereinhalb Jahren hat die Erhöhung der absoluten Obergrenze bei den Parteien die bis dahin aufgelaufenen und zum Teil gravierenden finanziellen Probleme nicht zu beiseitigen vermocht. So mussten die Parteien den Umzug von Bonn nach Berlin – einschließlich Sozialplan – ohne jede finanzielle Unterstützung leisten. Der 1999 von Bonn nach Berlin vollzogene Umzug belastet unseren Haushalt immer noch.

Die SPD erhielt 2001 insgesamt 47,49 Mio. Euro und 2002 insgesamt 48,87 Mio. Euro an staatlicher Teilfinanzierung.

Für das laufende Jahr 2003 rechnet die SPD aufgrund der veränderten Wählerstimmen nach den Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen, Bremen und Bayern mit deutlichen Einbußen.

Die CDU hat zwar den Rechtsstreit um staatliche Mittel, die ihr infolge des Parteispensendenskandals der hessischen CDU verwehrt worden waren, vor dem Bundesverwaltungsgericht verloren, hat aber Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht eingelegt, so dass noch keine endgültige Klärung hergestellt ist, ob die strittigen 21 Mio. Euro den anderen anspruchsberechtigten Parteien zufallen.

1.5 Die Beitragsanpassung und die Umstellung auf den Euro

Auf dem Parteitag 1999 in Berlin wurde noch einmal eine prozentuale Erhöhung der Mitgliedsbeiträge durch den Parteitag beschlossen, gleichzeitig sprachen sich die Delegierten für eine automatische Dynamisierung der Mitgliedsbeiträge ab 01.01.2003 aus. Seit 2003 erfolgt damit eine jährliche Anpassung der Beiträge. Die jeweilige Anpassung entspricht der durchschnittlichen Nettolohnentwicklung eines Jahres. Die genaue Festlegung erfolgt durch den Parteivorstand der SPD. Mitglieder, die ohne Einkommen sind, sind von der Anpassung ausgenommen.

Für das Jahr 2003 legte der Parteivorstand eine Anpassung der Beiträge in Höhe von 2,9 Prozent fest. Das entsprach der durchschnittlichen Entwicklung der Nettolöhne des Jahres 2001. Pro Mitglied erhöhte sich dabei der Beitrag um durchschnittlich 19 Cent im Monat.

Die Anpassung 2004 beträgt 0,9 Prozent.

Die Mitglieder wurden seit Oktober 2002 durch jeweils zwei Artikel im „vorwärts“ und im Informationsdienst „intern“ über die Anpassung 2003 informiert. Darüber hinaus erfolgten Informationen an alle Gliederungen vor Ort.

Dabei wurden die Mitglieder auch über die Möglichkeit informiert, der Anpassung zu widersprechen. Bundesweit machten 5.505 Mitglieder hiervon Gebrauch. Bei der Beitragsanpassung 2001 widersprachen 9.709 Mitglieder.

1.656 Mitglieder erhöhten ihren Beitrag freiwillig über die Anpassung hinaus (2001: 1.130).

Die Beitragsanpassung führte zu Mehreinnahmen von ca. 1,2 Mio. Euro im Jahr. 85 Prozent verblieben davon vor Ort, d.h. bei den Landesverbänden/Bezirken und den örtlichen Gliederungen.

Die Anforderungen an die Präsenz der SPD vor Ort und eine mediengerechte Darstellung von Politik sind in der Vergangenheit deutlich gestiegen. Damit steigen auch die finanziellen Aufwendungen. Durch ein striktes Controlling auf allen Ebenen der Partei wurde ein besserer Einsatz finanzieller Mittel erreicht. Wir haben auf allen Ebenen die Organisation gestrafft, wir mussten aber teilweise soviel Personal abbauen, dass die Partei in einigen Regionen schlecht vertreten ist. Auch der Parteivorstand musste sparen. In absoluten Zahlen waren die Ausgaben in den Betriebs Haushalten häufig geringer als im jeweiligen Vorjahr.

Die jährliche Anpassung der Mitgliedsbeiträge an die durchschnittliche Nettolohnentwicklung des Jahres hat einen großen Vorteil: Früher mussten bei einer Beitragsanhebung die Einkommens- und Kaufkraft mehrerer zurückliegender Jahre berücksichtigt werden, was zum Teil zu recht hohen Anpassungen führen konnte. Tatsächlich wurde der Einkommenssprung nie voll berücksichtigt. Mit der jährlichen Anpassung hat sich die Ausgangslage für die Finanzplanung der Partei also wesentlich verbessert.

Mit der Einführung des Euro als gesetzlichem Zahlungsmittel am 01.01.2002 trat bei der SPD auch eine neue Beitragstabelle in Euro in Kraft. Sie war bereits auf dem Parteitag 1999 in Berlin beschlossen worden.

Die Beiträge der Mitglieder wurden automatisch, entsprechend dem offiziellen Kurswert 1 Euro = 1,95583 DM, umgerechnet. Die Umrechnung erfolgte auf den Cent genau, wobei die mathematischen Rundungsregeln galten. D.h., ein Beitrag von 10 DM entsprach ab dem 01.01.2002 5,11 Euro; ein Beitrag von 20 DM entsprach 10,23 Euro usw.

Eine weitere Veränderung zum 01.01. 2002 betraf den Mindestbeitrag für Mitglieder ohne Einnahmen bzw. mit einem geringfügigen Einkommen. Der Berliner Parteitag 1999 hatte mit der neuen Beitragstabelle auch einen neuen Mindestbeitrag von 2,50 Euro beschlossen. Der neue Mindestbeitrag löste den seit acht Jahren unveränderten und von jeder Anpassung ausgenommenen Mindestbeitrag in Höhe von 4 DM (2,05 Euro) ab.

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

Die Haushalte des Parteivorstands 2001 und 2002 waren geprägt von den Anstrengungen, die vorhandenen finanziellen Mittel möglichst effektiv für die Bundestagswahl 2002 zu nutzen.

Die Planung des Wahlkampfes stand unter dem Zeichen der angespannten finanziellen Lage der Partei-finanzen insgesamt. Gründe hierfür waren:

- Die hohen Wahlkampfkosten 1998.
- Der Umzug von Bonn nach Berlin, den der Parteivorstand ohne staatliche Hilfen finanzieren musste.
- Die hohen Ausgaben der Jahre 1999 und 2000, die der Parteivorstand wegen des schwierigen Einstiegs in die Regierungsarbeit für die zusätzliche Öffentlichkeitsarbeit leisten musste.

Vor diesem Hintergrund wurde der Etat für den Bundestagswahlkampf im Wahljahr begrenzt. Der Parteivorstand hat im Sommer 2002 beschlossen, den Ansatz um 3 Mio. Euro zu erhöhen und gleichzeitig die Betriebshaushalte 2003 und 2004 um jeweils 1,5 Mio. Euro gegenüber der 2002 beschlossenen mittelfristigen Finanzplanung zu kürzen.

Die Bundestagswahl konnte gewonnen werden. Aufgrund sorgfältiger Haushaltsbewirtschaftung und intensiver Kontrolle wurde das beschlossene Budget eingehalten.

2.1 Ausgaben der Betriebs- und Wahlkampfhaushalte

Die hohen Kosten der Jahre 1999 und 2000, die Erhöhung des Wahlkampfbudgets für 2002 und die stagnierenden Beitragseinnahmen und Spenden erfordern, stärker als in früheren Jahren politische Schwerpunkte zu setzen und die zur Verfügung stehenden Mittel sehr gezielt zu verwenden.

Um handlungsfähig zu bleiben, mussten Einsparungen bei den Personalkosten (im Jahr 2003 Verminderung um 700.000,- Euro) vorgenommen werden, die bislang ohne betriebsbedingte Kündigungen erreicht werden konnten.

Die Personalkosten des Parteivorstands lagen 2001 mit 31,5 Prozent der Gesamtausgaben wieder höher als 2000 und erreichten im Wahljahr 2002 mit 36,15 Prozent fast das Niveau von 1998 (38 Prozent). Weitere Einsparungen im Personalbereich sind also dringend erforderlich.

Die Kosten für die EDV (Einführung eines neuen EDV-Systems mit allen zusätzlichen Erneuerungen) haben sich nach ihrer Verfünfachung von 1995 bis 2000 (über 7 Mio. Euro) nun wieder stabilisiert. Der Betriebshaushalt EDV betrug 2001 noch rund 5,4 Mio. Euro, 2002 4,7 Mio. Euro und soll sich in den nächsten Jahren bei 4,5 bis 5,0 Mio. Euro einpendeln.

Wie im Bundestagswahlkampf 1998 wurde 2002 eine externe Wahlkampfzentrale eingerichtet. Das war – wie schon 1998 – mit erheblichen Mehrkosten verbunden.

Im Etat des Bundestagswahlkampfes stellten der Medienwahlkampf und die gekaufte Kommunikation wieder die größten Ausgabepositionen dar. Die Kosten für Anzeigen, Plakatierung, Kino- und TV-Spots sowie Flugblätter und andere Verteilmaterialien betragen insgesamt 18,3 Mio. Euro. Veranstaltungen und Kampagnen, also die Großveranstaltungen mit dem Kanzler, die Wahlkampfauftakte, die Tourneen, Bustouren und der Wahlparteitag verursachten Ausgaben von knapp 5,6 Mio. Euro. Zuschüsse an Gliederungen wurden in Höhe von 2,8 Mio. Euro ausgezahlt. Weitere Mittel wurden für die Betreuung der Wahlkreise, Forschung, Pressearbeit sowie für die Verwaltungs- und Personalkosten verwandt.

2.2 Kontrolle

Die Haushaltsführung des Parteivorstands für die Haushaltsjahre 2001 und 2002 war wie seit 1994 einem umfassenden internen Controlling unterworfen. Sie wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft des Parteivorstands nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Entsprechendes gilt für den Kampagnenetat zur Bundestagswahl 2002. Außerdem begleitete und kontrollierte die Kontrollkommission das Finanzgebaren des Parteivorstands kontinuierlich. Die Kontrollkommission erstattet darüber gesondert Bericht.

3. Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkosten-erstattung auf eine allgemeine staatliche Teilfinanzierung im Jahre 1994 gibt es einen besonderen Finanzausgleich zwischen Parteivorstand und Landesverbänden

Verteilung der staatlichen Mittel in Tsd. EUR					
	1991–1993 pro Jahr EUR	1994–1997 pro Jahr EUR	1998–2002 pro Jahr EUR	Veränderung gegenüber 1991–1993	
Landesverbände von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302 0	7.600 7.325	7.134 8.947	in TEUR	in %
LV-Gesamt	13.302	14.925	16.081	+ 2.779	20,9
Parteivorstand	30.996	31.040	32.355	+ 1.359	4,4
SPD-Gesamt	44.298	45.965	48.436	+ 4.138	9,3

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,60 Mio. Euro (230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. Euro (245 Mio. DM), seit 2002 auf 133 Mio. Euro (260,13 Mio. DM).

bzw. Bezirken. Die Landtage zahlen an die Landesverbände eine Mark (ab 1. Juli 2002: 0,50 Euro) je Landtagswählerstimme aus, obwohl die Wählerstimme für die Landtagswahlen genauso wie für die Bundestags- und Europawahlen mit 0,70 Euro bezuschusst wird. Der Rest der staatlichen Teilfinanzierung wird vom Präsidenten des Deutschen Bundestags an den Parteivorstand gezahlt. Im Rahmen des Finanzausgleichs leitet der Parteivorstand einen Teil der staatlichen Mittel an die Landesverbände weiter.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der oben stehenden Tabelle entwickelt.

Während nach der alten Parteienfinanzierung die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, sind es inzwischen 33,2 Prozent für die Landesverbände und 66,8 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände und Bezirke gegeben worden. Die Landesverbände bzw. Bezirke erhalten heute 20,9 Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel um nur 4,4 Prozent gestiegen sind.

4 Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände/Parteiaufbau Ost

Die 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossene Strukturhilfe (jetzt 0,26 Euro je Monatsbeitrag) ist eine solidarische Leistung unserer Mitglieder in den alten und neuen Landesverbänden.

Ohne diesen Sonderbeitrag wäre es nicht möglich, eine handlungsfähige Organisation in den ostdeutschen Landesverbänden zu sichern. Denn obwohl der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland ist, reichen bei rund 26.000 Mitgliedern die eigenen Einnahmen der ostdeutschen Landesverbände nicht aus, die politische Arbeit zu finanzieren.

Als direkte Defizitabdeckung wurden den ostdeutschen Landesverbänden zur Unterhaltung der Geschäftsstellen und des hauptamtlichen Personals in den Jahren 2001 und 2002 insgesamt 6,3 Mio. Euro überwiesen. Diese setzten sich aus den von den Mitgliedern gezahlten Sonderbeiträgen (4,32 Mio. Euro) und einer aus dem Betriebshaushalt des Parteivorstands erbrachten Ergänzung dieser Strukturhilfe (1,98 Mio. Euro) zusammen.

Darüber hinaus stellte der Parteivorstand zusätzlich aus seinem Betriebshaushalt 2001 weitere 0,46 Mio. Euro und 2002 weitere 0,43 Mio. Euro als Projektmittelzuschüsse, Personal- und Verwaltungskosten bereit.

Als Projektmittel für Ostdeutschland standen im Betriebshaushalt 2001 331.000 Euro und 2002 220.000 Euro bereit, für deren Verwendung in den Sitzungen der ostdeutschen Landesgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer Vorschläge entwi-

ckelt wurden. 2001 wurden die Mittel vor allem für die Direktwahlen in Gemeinden und Landkreisen und für den Vorwahlkampf der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr 2002 genutzt. 2002 stand im Zeichen der Bundestagswahl. Jugend- und bildungspolitische Projekte wurden fortgesetzt, andere kamen hinzu.

In den Jahren 2001 und 2002 wurden also insgesamt 7,19 Mio. Euro für die Fortsetzung der Aufbauhilfe Ost eingesetzt (2001: 3,61 Mio. Euro; 2002: 3,58 Mio. Euro). Der Parteivorstand hat aus seinem eigenen Betriebshaushalt über die von den Mitgliedern gezahlte Strukturhilfe hinaus in diesen beiden Jahren zusammen 2,87 Mio. Euro beigesteuert.

5. Immobilienverwaltung

5.1 Konzentration GmbH und Grundstücksgesellschaften

Der Grundbesitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist Treuhandbesitz der Konzentration GmbH und weiterer Gesellschaften. Diese Tatsache ist geltendem Recht geschuldet und entgegen wiederholter Berichterstattung nicht der Versuch, das Immobilienvermögen der Partei zu verschleiern. Die SPD ist, wie die meisten politischen Parteien, ein nicht rechtsfähiger Verein. Der nicht rechtsfähige Verein ist nach höchstrichterlicher Rechtsprechung nicht grundbuchfähig. Die SPD kann deshalb nicht als Eigentümerin eines Grundstücks im Grundbuch eingetragen werden. Deshalb handelt sie über Treuhänder. Dies ist grundsätzlich die Konzentration GmbH. In historisch gewachsenen Ausnahmefällen handelt eine ehemalige Verlags- und Druckereigesellschaft oder auch eine andere Grundstücksgesellschaft als Treuhänderin. In ihrer 140-jährigen Geschichte wurde das Vermögen der SPD zunächst von der Basis, von den Gliederungen aufgebaut.

Das wirtschaftliche Eigentum aller Grundstücke liegt gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Organisationsstatuts der SPD bei dem Parteivorstand. Der Immobilienbesitz wird im Rechenschaftsbericht der SPD in der Vermögensbilanz und dort in der Spalte „Haus- und Grundvermögen“ mit allen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Die Konzentration GmbH hat im Berichtszeitraum die Strukturbereinigung des Immobilienbesitzes fortgeführt. Die Grundstücksgesellschaften in Augsburg, Bayreuth, Bielefeld, Wilhelmshaven und Wuppertal wurden mit der Konzentration GmbH verschmolzen bzw. vereinigt. Vorbereitet wurde die Verschmelzung der Gesellschaften in Würzburg und Regensburg mit der Konzentration GmbH.

Neben ihrer Funktion als Treuhänderin des Grundbesitzes der SPD obliegt der Konzentration GmbH die Durchsetzung von Restitutionsansprüchen der SPD in den neuen Bundesländern. Diese Arbeiten stehen vor dem Abschluss. Die Ansprüche auf Rückgabe von Immobilienbesitz (Naturalrestitution) sind, soweit dies möglich war, durchgesetzt.

Zurückerlangt wurden insgesamt 36 Grundstücke in Allstedt, Altenburg, Blankenburg, Chemnitz, Cottbus, Dresden, Görlitz, Greiz, Halberstadt, Halle, Hamberge, Klettwitz, Königsbrück, Köthen, Leipzig, Löbau, Magdeburg, Meißen, Mühlhausen, Roßlau, Rostock, Saalfeld, Schwerin, Stralsund, Strausberg, Üdersee, Unseburg, Zeitz und Zeulenroda.

Die Objekte in Chemnitz, Halle, Köthen, Leipzig, Magdeburg, Meißen, Rostock, Saalfeld, Schwerin, Stralsund und Strausberg wurden saniert und Teilflächen der Objekte den örtlichen Gliederungen der Partei und ihren Abgeordneten gegen Zahlung eines Nutzungsentgelts zur Verfügung gestellt. Was die Partei nicht nutzt, wird fremdvermietet.

Die Grundstücke in Allstedt, Halberstadt und Zeulenroda wurden verkauft, da eine wirtschaftlich vertretbare Sanierung und Nutzung nicht möglich war.

Die unsanierten Objekte in Altenburg, Greiz, Hamberge, Klettwitz, Königsbrück, Leipzig, Löbau, Mühlhausen, Rosslau, Üdersee und Zeitz stehen zum Verkauf. Die schwierige Immobilienentwicklung in den neuen Ländern beeinträchtigt auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Konzentration GmbH.

Die Konzentration GmbH ist zur Zeit bestrebt, eine abschließende Einigung über die noch bestehenden finanziellen Ansprüche der SPD durchzusetzen.

Im Berichtszeitraum erwarb die Konzentration GmbH auf Wunsch der SPD die Immobilie in München Oberanger 38, Wilhelmshaven Rathausplatz 8+8a, Göttingen Nikolaistraße 30. Die Immobilien wurden bereits oder werden zukünftig auch für die örtliche Partei genutzt.

Saniert wurden der Altbesitz der Partei in Recklinghausen, Wuppertal, Regensburg und Würzburg.

5.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH

Die Bedienung der 1993 bis 1996 zur Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses aufgenommenen Hypothekendarlehen in der Gesamthöhe von 95 Mio. DM verläuft planmäßig. Im Jahr 2002 wurde darüber hinaus das günstige Zinsniveau genutzt, um ein Darlehen im Nominalwert von 33,5 Mio. DM (17,13 Mio. Euro) umzuschulden bzw. teilweise vorzeitig abzulösen.

Mieteinnahmen von Drittmietern sowie aus dem Kongress- und Veranstaltungsbetrieb im Willy-Brandt-Haus tragen zur Bewirtschaftung des Hauses bei. In der Hauptsache wird allerdings der Gewinn aus dem Unternehmensbereich für das Haus, insbesondere für Zinsen und Tilgung der Hypotheken verwandt.

Als Ort von Politik und Kultur hat sich das Willy-Brandt-Haus längst etabliert. (www.willy-brandt-haus.de). Neben dem Kulturforum hat insbesondere der Freundeskreis Willy-Brandt-Haus e.V. dazu beigetragen, das Haus nicht nur als Parteizen-

trale, sondern als Ort kultur- und gesellschaftspolitischer Debatten und der bildenden Kunst im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

6. Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Der wirtschaftlich bedeutendste Teil des Unternehmensbereichs der SPD hatte sich der herausziehenden Krise der Medienwirtschaft zu stellen, von der allerdings überregionale Zeitungsverlage stärker betroffen sind als lokale und regionale. Die Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd_vg.) mit Sitz in Berlin konnte sich auch in diesem Berichtszeitraum wieder behaupten. Wie in der Vergangenheit konnte sie die mittelständische Presselandschaft unterstützen und damit der Pressekonzentration vorbeugen.

Im Jahr 2000 war das Geschäftsergebnis wie allgemein in der Medienwirtschaft sehr gut. Auch 2001 konnte die dd_vg. entgegen dem Trend einen Jahresüberschuss von 18,1 Mio. Euro und damit 7 Prozent mehr als 2000 erreichen. Mit diesem Ergebnis erzielte die dd_vg. eine Gesamtkapitalrendite nach Steuern in Höhe von 15,7 Prozent (2000: 14,9 Prozent). Die Ausschüttung an die SPD betrug netto 9,6 Mio. Euro. Für 2002 wurden die Zahlen im Oktober 2003 in einer Bilanzpressekonferenz veröffentlicht. Der Jahresüberschuss 2002 betrug 9,2 Mio. Euro und entsprach einer Kapitalrendite von 8,5 Prozent. An die SPD wurden 5,3 Mio. Euro ausgeschüttet. Als Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung wird im Jahr 2003 ein ähnliches Ergebnis erwartet.

Nach wie vor ist der wirtschaftlich bedeutendste Geschäftszweig die Beteiligung an neun regionalen Presseunternehmen. Deren Ergebnisse sind allerdings durch die spürbar sinkenden Anzeigenerlöse der Zeitungsbranche beeinträchtigt. Das Aufkommen an Stellen-, Immobilien-, Kfz-, Einzelhandels- und nationalen Marken-Anzeigen sank in West- wie Ostdeutschland dramatisch.

Durch den Strukturwandel ist die dd_vg. als Gesellschafterin immer wieder gefordert, an den notwendigen und oft schmerzlichen Veränderungen mitzuwirken, um wirtschaftliche Basis und journalistische Qualität dauerhaft zu erhalten.

Solche notwendigen Veränderungen führten auch dazu, die bisher 30-prozentige Beteiligung an der Frankenpost Verlag GmbH in Hof auf 100 Prozent aufzustocken. Die Mehrheitsanteile von 70 Prozent hatte zuvor der Süddeutsche Verlag gehalten. Durch diese Maßnahme wurde kartellrechtlich der Weg frei für das Sanierungskonzept des Süddeutschen Verlags, zu dem der Einstieg der Südwestdeutschen Medien-Holding gehörte. Diese Übernahme der Mehrheit in Hof ist für die dd_vg. nicht mit der Absicht verbunden, auf Dauer die Mehrheit der Anteile zu halten.

Im März 2003 wurde die dd_vg. Mehrheitsgesellschafterin des kleinen Multimedia-Unternehmens Tivola Verlag GmbH, Berlin, und konnte damit das in Schieflage geratene Unternehmen stabilisieren und eine Perspektive für die Zukunft eröffnen. Ti-

vola hat sich seit Gründung 1995 zum größten Softwareentwickler für Kinder in Deutschland entwickelt, dessen hochwertige Edutainment-Titel in über 70 Ländern verkauft werden. Für die dd_vg. stellt die Beteiligung am Tivola Verlag eine sinnvolle Erweiterung der bisherigen Geschäftsfelder dar.

Mit Wirkung zur Jahresmitte 2002 hat die dd_vg. die Mehrheit am Aktienkapital des Verbrauchermagazins ÖKOTEST (Frankfurt) erworben – dieses Engagement entwickelt sich gegen den Branchentrend positiv.

Zu den Medienbeteiligungen der dd_vg. gehören weiter Verlage mit den sozialdemokratischen Titeln vorwärts und DEMO, der Stadtilustrierten „SZENE HAMBURG“, außerdem der Parthas-Verlag und die einzige direkte dd_vg.-Rundfunkbeteiligung am Radiosender RPR (Mainz).

Eine Besonderheit ist die 2000 gegründete Berliner Multimediaagentur wegework Medienlabor GmbH, eine Tochter der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH. Sie hat sich auf Kommunikationsdienstleistungen der neuen Medien, vor allem des Internets, spezialisiert.

Die traditionelle Unternehmenssparte Druckereien an den Standorten Lübeck, Braunschweig, Karlsruhe und Hildesheim hat sich lange Zeit vergleichsweise gut behaupten können. Die Investitionen der Vorjahre zahlten sich aus. Dennoch erzwang der ruinöse Wettbewerb drastische Kostensenkungen. Es kam zu Umsatzeinbußen, die eine Konzentration des Druckerei-Engagements der dd_vg. auf die Standorte Braunschweig und Lübeck erzwang. Die Unternehmen in Karlsruhe und Hildesheim wurden im Wege eines Management-Buy-Outs veräußert.

Auch im Geschäftsbereich Handel + Service beginnen sich die Investitionen der vergangenen Jahre zu amortisieren. Über sämtliche Segmente dieser Sparte – Papierhandel (Hamburger Pressepapier Vertriebsgesellschaft mbH), Werbemittel und Merchandising (IMAGE Ident Marketing Gesellschaft mbH), Bucheinzelhandel (Antiquariatsgesellschaft im Willy-Brandt-Haus GmbH), EDV und Verwaltungsservices (Office Consult GmbH) – konnte die dd_vg. bessere Ergebnisse erzielen als in den Vorjahren.

Die Unternehmenssparte Tourismus leidet unter den Schwierigkeiten der gesamten Reisebranche. Die umfangreichen Restrukturierungsmaßnahmen der SPD-Reise-Service GmbH haben indes zu einer deutlichen Ergebnisverbesserung geführt. Reiseangebote für SPD-Mitglieder finden nach wie vor ihr Publikum. Das Reisebüro im Willy-Brandt-Haus muss sich gegen die in der Branche allgemein sinkenden Margen sowie Einbrüche im Berlin-Tourismus behaupten.

Eine unternehmenspolitische Herausforderung und Daueraufgabe bleibt die Kommunikation über die Existenz der dd_vg., nachdem das Unternehmen immer wieder zum Gegenstand öffentlicher Kontroversen gemacht wird. Die politischen Angriffe auf den Unternehmensbereich der SPD haben deutlich zugenommen.

7. Finanzen der Gesamtpartei und Vergleich mit der CDU/CSU

Die Jahreseinnahmen der Gesamtpartei lagen 2000 bei 292 Mio. DM (149 Mio. Euro), 2001 bei 313 Mio. DM (160 Mio. Euro), 2002 bei rund 150 Mio. Euro. CDU und CSU erzielten 2000 mit 311 Mio. DM (159 Mio. Euro) und 2001 mit 324 Mio. DM (166 Mio. Euro) deutlich mehr Einnahmen. Beim Vergleich der Parteifinanzen wird allzu oft übersehen, dass CDU und CSU zwar als Parteien getrennt auftreten, die eine aber nur in Bayern und die andere in den anderen 15 Ländern ohne Bayern tätig ist. Die Finanzen der SPD können sinnvoll nur der Finanzwirtschaft beider Unionsparteien gegenübergestellt werden.

Rund die Hälfte ihrer gesamten Einnahmen erhält die SPD aus den regelmäßigen Beiträgen ihrer Mitglieder und Mandatsträger/innen. Im Jahr 2000 waren es 52 Prozent (2001: 48,9 Prozent). Knapp ein Drittel sind staatliche Mittel (2000: 32,0 Prozent; 2001: 29,7 Prozent), rund ein Zehntel der Einnahmen sind Spenden (2000: 8,4 Prozent; 2001: 10,3 Prozent). Die Einnahmen aus Vermögen, d.h. im wesentlichen aus dem Unternehmensbereich, machen gegenwärtig rund 6 Prozent der Gesamteinnahmen aus.

Im Jahr 2000 lagen die Beitragseinnahmen von CDU und CSU zusammen bei rund 129 Mio. DM (66 Mio. Euro) oder 41,5 Prozent der Gesamteinnahmen (SPD: 52 Prozent). 2001 waren es rund 136,3 Mio. DM (70 Mio. Euro) oder 42,1 Prozent (SPD: 48,9 Prozent). Auch bei den Unionsparteien sind also die Beiträge der größte Einnahmenposten, sie machen aber mit etwas über 40 Prozent einen um knapp 10 Prozentpunkte geringeren Anteil an den Gesamteinnahmen aus. Die Spenden haben bei CDU und CSU eine wesentlich größere Bedeutung als bei der SPD. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen ist mit 22 Prozent mehr als doppelt so groß. Die Unionsparteien erzielten 2000 rund 45 Mio. DM und 2001 rund 39 Mio. DM mehr an Spenden als die SPD. Dagegen sind die Einnahmen aus Vermögen bei der SPD nur um jährlich rund 12 Mio. DM höher ausgefallen als die Vermögenseinnahmen bei CDU und CSU. Das heißt, bei der Gesamtbetrachtung liegt die Union mit ihren Einnahmen deutlich vorn. Die Gewinne aus dem Unternehmensbereich der SPD reichen nicht aus, um den Vorsprung bei den Spenden auszugleichen.

Die SPD setzt – wie auch die Unionsparteien – etwa die Hälfte ihrer Gesamteinnahmen für Personal und Verwaltung ein.

Die Sachausgaben für die politische Arbeit und die Wahlkämpfe beanspruchten 2000 rund ein Drittel und 2001 rund 42 Prozent der Gesamteinnahmen der SPD. Bei den Unionsparteien waren vergleichbare Anteile zu verzeichnen.

Die Einnahmen der Gesamtpartei lagen im Jahr 2000 um 8,8 Prozent und in 2001 um 10,4 Prozent über den Ausgaben. Bei CDU/CSU lagen die Einnahmen 2000 um 17,9 Prozent und in 2001 um 9,7 Prozent über deren Ausgaben.

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2000

	SPD TDM	%	CDU TDM	%	CSU TDM	%	CDU/CSU TDM	%	Grüne TDM	%	FDP TDM	%	PDS TDM	%
Einnahmen														
1. Mitgliedsbeiträge u. ähnl. regelmäßige Beiträge	151.747	51,97	108.489	42,38	20.513	37,42	129.002	41,51	18.514	40,34	11.039	25,14	17.633	44,82
2. Spenden von nat. Pers.	21.290	7,29	45.378	17,73	8.349	15,23	53.727	17,29	8.090	17,62	12.691	28,91	6.771	17,21
3. Spenden von jur. Pers.	3.414	1,17	10.386	4,06	5.214	9,51	15.600	5,02	342	0,75	2.933	6,68	46	0,12
4. Einnahmen aus Vermögen	16.422	5,62	4.024	1,57	1.289	2,35	5.313	1,71	702	1,53	1.409	3,21	646	1,64
5. Einnahmen aus Veranst., Vertrieb von Druckschr. etc.	3.171	1,08	3.257	1,27	1.923	3,51	5.180	1,67	1.264	2,75	453	1,03	226	0,58
6. Staatliche Mittel	93.433	32,00	79.214	30,95	17.049	31,11	96.263	30,97	16.212	35,32	14.500	33,02	13.789	35,05
7. Sonstige Einnahmen	2.531	0,87	5.225	2,04	475	0,87	5.700	1,83	776	1,69	883	2,01	226	0,58
Gesamt	292.008	100,00	255.973	100,00	54.812	100,00	310.785	100,00	45.900	100,00	43.908	100,00	39.337	100,00
Ausgaben														
1. Personalausgaben	92.641	34,52	76.714	35,49	14.502	30,53	91.216	34,59	14.209	34,97	8.253	20,54	13.468	40,62
2. Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebs	66.160	24,66	54.165	25,05	10.201	21,47	64.366	24,41	7.771	19,12	10.055	25,02	8.969	27,05
3. Ausgaben für allgemeine politische Arbeit	52.204	19,45	42.633	19,72	19.247	40,51	61.880	23,47	11.640	28,65	10.534	26,21	9.231	27,84
4. Ausgaben für Wahlkämpfe	46.151	17,20	27.118	12,54	2.266	4,77	29.384	11,14	4.785	11,78	7.423	18,47	1.433	4,32
5. Zinsen	8.383	3,12	6.244	2,89	742	1,56	6.986	2,65	763	1,88	2.658	6,60	6	0,02
6. Sonstige Ausgaben	2.813	1,05	9.324	4,31	550	1,16	9.874	3,74	1.465	3,60	1.272	3,16	46	0,15
Gesamt	268.352	100,00	216.198	100,00	47.508	100,00	263.706	100,00	40.633	100,00	40.195	100,00	33.153	100,00
Überschuss / Defizit Reinvermögen	23.656 269.208		39.775 138.434		7.304 41.115		47.079 179.549		5.267 41.098		3.713 11.738		6.184 35.865	

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2001

	SPD	CDU	CSU	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS
	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM
	%	%	%	%	%	%	%
Einnahmen							
1. Mitgliedsbeiträge u. ähnl. regelmäßige Beiträge	153.007	111.544	24.709	136.253	17.855	11.107	17.458
2. Spenden von nat. Pers.	26.079	35.921	14.569	50.490	8.859	16.838	7.111
3. Spenden von jur. Pers.	6.246	13.872	6.723	20.595	1.157	4.283	124
4. Einnahmen aus Vermögen	20.042	6.466	1.240	7.706	760	2.049	868
5. Einnahmen aus Veranst., Vertrieb von Druckschr. etc.	2.967	4.244	2.264	6.508	1.505	624	195
6. Staatliche Mittel	92.890	81.100	17.975	99.075	15.274	14.025	14.179
7. Sonstige Einnahmen	11.646	3.112	172	3.284	1.222	1.374	142
Gesamt	312.877 100,00	256.259 100,00	67.652 100,00	323.911 100,00	46.632 100,00	50.300 100,00	40.077 100,00
Ausgaben							
1. Personalausgaben	94.902	74.812	15.869	90.681	14.032	7.115	14.503
2. Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebs	57.986	53.400	11.432	64.832	7.894	13.203	9.975
3. Ausgaben für allgemeine politische Arbeit	60.537	46.322	20.464	66.786	12.174	12.394	8.198
4. Ausgaben für Wahlkämpfe	59.856	53.592	8.096	61.688	10.113	14.940	5.382
5. Zinsen	6.066	4.844	550	5.394	956	3.094	8
6. Sonstige Ausgaben	3.989	48.360	503	48.863	1.042	1.528	167
Gesamt	283.336 100,00	281.330 100,00	56.914 100,00	338.244 100,00	46.211 100,00	52.274 100,00	38.233 100,00
Überschuss / Defizit	29.541	-25.071	10.738	-14.333	421	-1.974	1.844
Reinvermögen	299.477	113.363	53.153	166.516	41.519	9.764	37.710

Betrachtet man das Vermögen, stellt sich die Situation für die SPD günstiger dar als bei den Einnahmen. Einige Unterschiede wie die geringe Geschäftsstellenausstattung der Union oder die sehr gute Ausstattung der Union mit Geldbeständen hängen offensichtlich mit anderen geschäftlichen Gepflogenheiten und Handhabungen zusammen. Aber dass das Vermögen an Haus- und Grundvermögen ebenso wie die Finanzanlagen bei der SPD deutlich höher sind als bei der Union, ergibt sich aus der unterschiedlichen Struktur und Geschichte. Die SPD brauchte Häuser für ihre Geschäftsstellen (weil sie häufig keine Mietobjekte fand) und sie musste und muss auch unternehmerisch Geld verdienen, um die Unterschiede in der Wirtschaftsunterstützung (Spenden) auszugleichen. 2000 betrug das Reinvermögen der SPD rund 269 Mio. DM (138 Mio. Euro), das der CDU/CSU 180 Mio. DM (92 Mio. Euro), 2001 waren die Vergleichszahlen: knapp 300 Mio. DM (153 Mio. Euro) bei der SPD und rund 167 Mio. DM (85 Mio. Euro) bei der Union.

III. Politische Konsequenzen der Verstöße gegen das Parteiengesetz

1. Die Novellierung des Parteiengesetzes 2002

In den Jahren 2001/2002 wurden die finanzrechtlichen Regelungen des Parteiengesetzes einer gründlichen Überprüfung unterzogen. Am 1. Juli 2002 traten die ersten Teile des neuen Parteiengesetzes in Kraft. Seit dem 1. Januar 2003 gilt das neue Gesetz insgesamt mit weitreichenden Folgen für die Finanzierung und Rechnungslegung der Parteien.

Die Reform des Parteiengesetzes ist nicht als Reaktion auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erfolgt, wie es bei den meisten vorhergehenden Novellierungen der Fall war. Auslöser für diese Reform war vielmehr die öffentliche Debatte um den CDU-Spendenskandal von Kohl, Kanther und Kiep.

Alle Beteiligten gingen bei der Reform des Parteiengesetzes davon aus, dass sich die seit 1994 geltenden Regelungen des Parteiengesetzes zur staatlichen Teilfinanzierung grundsätzlich bewährt haben. Ziel war es, mehr Transparenz zu schaffen.

Insbesondere die Rechnungslegung, die Regelungen über die Spenden, die Sanktionen des Parteiengesetzes und das Verfahren der Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung wurden wesentlich geändert, Strafvorschriften wurden eingefügt und letztlich musste auch die Euro-Anpassung des Parteiengesetzes vorgenommen werden.

Dass diese Änderungen im weitgehenden Konsens zwischen den Bundestagsfraktionen erfolgt sind, war angesichts der aufgeheizten öffentlichen Debatte über die Parteienfinanzierung in den Jahren 2000 bis 2002 erstaunlich: Hatten doch die Unionsparteien seit Beginn des Jahres 2000 bis in den Wahlkampf 2002 immer neue Vorwürfe gegen die SPD in die Welt gesetzt, um von dem CDU-Spendenskandal abzu-

lenken. Insbesondere hatte der politische Gegner die erfolgreichen Unternehmensbeteiligungen der SPD „entdeckt“ und auf allen nur denkbaren Ebenen angegriffen.

Der Druck der Öffentlichkeit, die Erwartung, dass etwas geschehe, führte dennoch zur Einigung. Grundlage war wie in der Vergangenheit, dass die unterschiedlichen Finanzstrukturen der Parteien anerkannt und gewahrt blieben. Dazu gehörte auch der Unternehmensbereich der SPD, der nur unzureichend den Vorsprung von CDU/CSU und FDP bei der Unterstützung durch die Wirtschaft ausgleichen konnte. Leider hat die Union begonnen, den im April 2002 gefundenen Konsens durch den Zeitungsbereich betreffende Landesgesetze im Rundfunkrecht auszuhebeln.

Der Bundespräsident hatte bald nach bekannt werden des CDU-Parteispendenskandals die Kommission Unabhängiger Sachverständiger (Parteienfinanzierungskommission) beauftragt, das Parteiengesetz zu überprüfen und gegebenenfalls Änderungsvorschläge zu erarbeiten. Am 18. Juli 2001 hat die Kommission ihren Bericht mit insgesamt 80 Empfehlungen vorgelegt.

Ende 2001 ergriffen SPD und Grüne die Initiative zu fraktionsübergreifenden Gesprächen.

Das novellierte Parteiengesetz hat die in der Novelle von 1994 vorgesehene Grundstruktur der staatlichen Teilfinanzierung nicht verändert:

Statt bislang 1 DM erhalten die Parteien nunmehr 0,70 Euro je Wähler-Stimme bei Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, andererseits ist der Zuwendungsanteil von bislang 0,50 DM je 1 DM erhaltener Zuwendung (Spende oder Beitrag) auf nur noch 0,38 Euro je 1 Euro erhaltener Zuwendung gesenkt worden. Für die ersten vier Mio. Stimmen erhalten die Parteien jeweils 0,85 Euro. Nach altem Recht wurden die ersten fünf Mio. Stimmen mit 1,30 DM privilegiert. Im Ergebnis werden sich Wahlergebnisse zukünftig stärker in der Bemessung der staatlichen Teilfinanzierung niederschlagen als bisher.

Das jährliche Gesamtvolumen staatlicher Mittel, das allen Parteien höchstens ausbezahlt werden darf (absolute Obergrenze) ist auf 133 Mio. Euro angepasst worden. Damit blieb der Gesetzgeber rund 900.000 Euro unterhalb des von der Parteienfinanzierungskommission festgestellten Anpassungsbedarfs.

Die Verfahrensvorschriften zur Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung wurden entsprechend den Erfahrungen aus siebenjähriger Praxis verändert.

Vor allem das in Streit geratene Prüfungsrecht und Prüfungsverfahren des Bundestagspräsidenten wurde präzisiert. Auch die Sanktionen des Parteiengesetzes wurden reformiert.

Der Herstellung von mehr Transparenz dient schließlich die Regelung einer Selbstanzeigemöglichkeit für die Parteien. Die Pflicht zur unverzüglichen Anzeige entsteht, sobald „die Partei“ Kenntnis von einer Unrichtigkeit in einem bereits einge-

reichten Rechenschaftsbericht erlangt. Wenn eine Partei eine entdeckte Unrichtigkeit selbst unverzüglich an den Bundestagspräsidenten meldet, bleibt sie sanktionsfrei.

Neu ist die Vorschrift, dass der Vorstand einer Partei den gesamten Rechenschaftsbericht vor dessen Abgabe beraten soll. Damit wird die Finanzverantwortung des Kollegialorgans Vorstand gestärkt.

Die Frage der Rechnungslegung war im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens äußerst umstritten. Schließlich wurde, um ein ehrenamtliches Kassiererwesen überhaupt noch durchführbar zu halten, die Einnahme- und Ausgaberechnung beibehalten.

Durch den Fortfall des Saldierungsgebots in § 27 Abs. 2 S. 1 PartG a.F. werden bei den Einnahmen aus Veranstaltungen und dem Verkauf von Druckschriften die im Rechenschaftsbericht ausgewiesenen Einnahmen massiv in die Höhe schnellen (allerdings werden parallel auch die Ausgaben ansteigen).

Nahezu vollständig neugefasst wurde die Vermögensbilanz: Die Parteien müssen nunmehr ihre Unternehmensbeteiligungen zwingend ausweisen. Die SPD hatte in ihre Rechenschaftsberichte seit 1999 bereits freiwillig ausführliche Erläuterungen zu den über die Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd_vg.) gehaltenen Beteiligungen aufgenommen. Was bisher auf freiwilliger Basis seitens der SPD bereits vollzogen wurde, wird nun zur Pflicht für alle Parteien.

Als Reaktion auf das später in Spenden an die CDU umgewandelte Millionen-Darlehen des Ehepaares Ehlerding wurde die Pflicht aufgenommen, (Darlehens-)Verbindlichkeiten gegenüber natürlichen Personen auszuweisen.

Es wurden außerdem zwingende Erläuterungspflichten vorgesehen, so müssen Differenzen zwischen dem Saldo aus der Einnahme-/Ausgaberechnung und der Vermögensbilanz erklärt werden.

Schließlich sind im Abstand von fünf Jahren das Immobilienvermögen und die Beteiligungen nach dem Bewertungsgesetz zu bewerten, um annähernd die Verkehrswerte erkennen zu können.

Vor dem Hintergrund der seitens der hessischen CDU erfundenen „jüdischen Vermächnisse“, mit denen die Schwarzgelder der Liechtensteiner Stiftung „Zaunkönig“ in die Kassen der CDU geschleust wurden, wurde die Grenze für die Erläuterungspflicht sonstiger Einnahmen auf 2 Prozent gesenkt.

Erbschaften und Vermächnisse von mehr als 10.000 Euro sind jetzt unter Angabe von Namen und letzter Anschrift des Erblassers anzugeben.

Die Neufassung der Spendenregelungen war ein vielbeachteter Kern der Reform des Parteiengesetzes mit weitreichenden Folgen für die Parteien:

- Spenden mittels Bargeld sind nur noch bis zu einer Höhe von 1000 Euro zulässig.

- Das Parteiengesetz verbietet nun auch den Fraktionen und Gruppen in kommunalen Vertretungen, aus eigenen Mitteln Parteien Spenden zuzuwenden. Geldflüsse zwischen Fraktionen und Parteien dürfen also nur noch aufgrund eines echten Leistungsaustauschs geschehen.
- Spenden von Unternehmen, die sich zu mehr als 25 Prozent im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, sind ebenfalls verboten.
- Sämtliche Spenden, die als Gegenleistung oder in Erwartung eines konkreten politischen oder wirtschaftlichen Vorteils gegeben werden, sind unzulässig.
- Die Veröffentlichungsgrenze für Spenden wurde auf 10.000 Euro festgelegt.
- Darüber hinaus ist der Gesetzgeber mit der ad-hoc-Veröffentlichungspflicht von Großspenden über mehr als 50.000 Euro dem Missstand entgegengetreten, dass sehr hohe Spenden wegen der langen Fristen bis zur Veröffentlichung öffentlich nicht zeitnah wahrgenommen wurden.

Unrichtigkeiten in der Einnahme- und Ausgaberechnung, der Vermögensbilanz oder dem Erläuterungsteil lassen nach neuem Gesetz grundsätzlich einen Anspruch der Bundestagsverwaltung gegen die betroffene Partei in Höhe des Zweifachen der Unrichtigkeit entstehen. Um unangemessen hohe Sanktionen zu vermeiden, ist für Angaben in der Vermögensbilanz oder im Erläuterungsteil, die das Immobilien- oder Beteiligungsvermögen betreffen, eine abweichende Regelung getroffen worden. Hier beträgt die Höhe des Strafgelds 10 Prozent des nicht aufgeführten oder unrichtig angegebenen Vermögenswerts.

Für fehlerhaft behandelte Spenden bleibt es im Wesentlichen bei den bisherigen Rechtsfolgen: Für eine rechtswidrig angenommene Spende wird eine Sanktion in Höhe des Dreifachen des Spendenbetrags (einschließlich der abzuführenden Spende) festgesetzt. Bei Verstößen gegen die Veröffentlichungspflicht beträgt die Höhe des Strafgelds das Doppelte der Spende.

Umstritten war insbesondere die Frage der Hereinnahme von Strafvorschriften in das neue Parteiengesetz.

Die Begrenzung des möglichen Täterkreises auf die Bundes- und Landesebene, und damit auf hauptamtliche Mitarbeiter oder Spitzenfunktionsträger, wie es SPD und Bündnis 90/Grüne vorgeschlagen hatten, wurde im Gesetzgebungsverfahren nicht beibehalten. Hierzu hat der Anfang März 2002 bekannt gewordene Kölner Spenden-skandal beigetragen. Dort wurde deutlich, dass strafwürdiges Verhalten auch auf der kommunalen ehrenamtlichen Ebene vorstellbar ist.

Der neue § 31 d PartG versucht, durch eine sehr enge Fassung des Vorsatzes und eine möglichst konkrete Ausgestaltung des Tatbestandes der Furcht vor Strafverfolgung bei schlichten Fehlern in der meist ehrenamtlichen Kassenführung entgegenzutreten: Schlichte Fehler, die auf jeder Ebene vorkommen können, bleiben nach wie vor straffrei, strafwürdig ist nur absichtlich verschleiernes Handeln.

Straffrei bleibt, wer eine Selbstanzeige abgibt oder an einer solchen mitwirkt.

Die Änderungen, die die finanzrelevanten Regelungen des Parteiengesetzes mit dem achten Änderungsgesetz erfahren haben, sind tiefgreifend. Sie werden neue Skandale aber nicht verhindern können. Dies bleibt vielmehr eine Frage der politischen Kultur, für die das Parteiengesetz einen Orientierungsrahmen bietet.

2. Politische Angriffe auf die Finanzstrukturen der SPD

Die Angriffe auf den Unternehmensbereich der SPD nehmen zu. Seit der Finanzaffäre der CDU versucht die Union, die Unternehmensbeteiligungen der SPD in Frage zu stellen. Dabei bedient sie sich geschickt einer allgemeinen Anti-Parteiens Stimmung. So wird der SPD wider besseres Wissen unterstellt, sie verzerre durch ihre Beteiligungen den Parteienwettbewerb, verschleierte ihre Finanzkraft, bedrohe die Pressefreiheit und die Staatsferne des Rundfunks.

Die politischen Ziele der Union sind leicht durchschaubar: Faktische Enteignung der SPD durch Zwangsverkäufe und die dauerhafte Schwächung der SPD-Finanzkraft.

Die Union und die FDP machten die SPD-Beteiligungen im Bundestagswahlkampf 2002 zum Thema. Sie führten diese Linie in den von ihnen regierten Bundesländern mit Initiativen fort, die auf die Rundfunk- und Pressegesetze der Länder abzielen. Im Zuge der Übernahme der Mehrheitsanteile bei der Frankenpost kam es in Bayern zu weiteren Attacken der Union, die zum Teil zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führten.

Begleitet wird diese Attacke durch Publikationen, die einseitig und selektiv in der Auswahl der Fakten sind, wie Andreas Feser „Der Genossen-Konzern“, Olzog-Verlag 2002.

2001 und 2002 wurde über Fraktionsgrenzen hinweg im Konsens das Parteiengesetz novelliert. Wegen der sehr unterschiedlichen Finanzstruktur der bestehenden Parteien kam es zu der Einigung, das Vermögen der Parteien nicht in Frage zu stellen, wohl aber Vermögen, insbesondere Unternehmensbeteiligungen, noch detaillierter im Rechenschaftsbericht auszuweisen. Die SPD hat dies bereits seit 1999 freiwillig getan. Geschäftsgrundlage war dabei stets die ausdrückliche Anerkennung des Vermögens der SPD sowie die Feststellung, dass die SPD deutlich weniger Spenden einwirbt als die anderen Parteien. Dieser Parteienkonsens wird jetzt durch Landesgesetze auf kaltem Wege unterlaufen. Dabei sollen durch das Verbot der indirekten Rundfunkbeteiligungen unsere Beteiligungen an den Zeitungen getroffen werden. Zunächst hat Hessen 2000 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Nach der Wiederwahl der rot-grünen Bundesregierung wurde in Baden-Württemberg ein entsprechendes Mediengesetz verabschiedet. Bayern ist dem noch vor der Landtagswahl 2003 gefolgt. Allerdings hat sich hier der Verband Bayerischer Zeitungsverleger sehr kritisch zur Gesetzesvorlage geäußert. Offensichtlich auf der

Grundlage der Anhörungen hat deshalb die CSU Rundfunkbeteiligungen von Parteien direkt oder mittelbar auf 5 Prozent beschränkt. In Niedersachsen hat die neue Regierung die Enteignungen der Rundfunkbeteiligungen angekündigt.

Diese Änderungen der Privatrundfunkgesetze stellen einen verfassungswidrigen Versuch dar, einen politischen Konkurrenten per Gesetz gezielt zu schädigen. Die Regelung soll nicht die Meinungsfreiheit im Rundfunk schützen, für die Minimalbeteiligungen von politischen Parteien an Rundfunkveranstaltern keine Rolle spielen, sondern die SPD als politische Konkurrenz benachteiligen. In den Gesetzesberatungen ist diese parteipolitische Stoßrichtung deutlich gemacht worden.

De facto wird mit den Veränderungen der Landesmediengesetze in das Parteiengesetz eingegriffen. Das ist eine Verletzung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Die grundgesetzlichen Rechte des Bundestages werden so beschnitten. Deshalb haben Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, um prüfen zu lassen, ob das Vorgehen des Landes Hessen verfassungskonform ist. Das würde dann auch die Lage für die anderen Länder klären.

Die SPD kann ihre Politik für die Interessen der breiten Bevölkerung nur vertreten, wenn sie mit der Union konkurrieren kann, das heißt auch, sie muss finanzstark bleiben. Deshalb werden wir uns der Attacken der Union und der FDP mit Nachdruck und mit allen rechtlichen Mitteln erwehren.

Anhang

Auswertung der Rechenschaftsberichte 2001

Die Finanzen 2001 der im Bundestag vertretenen Parteien (SPD, CDU, CSU, GRÜ, FDP und PDS)

Quelle: Bundestagsdrucksache Nr. 15 / 700

Vorbemerkungen

Die Entwicklung der Parteifinanzen im Jahr 2001 war durch verschiedene Faktoren sehr unterschiedlich geprägt. Die CDU hatte wegen drohender Rückzahlungsverpflichtungen staatlicher Mittel vorsorglich Rückstellungen in Höhe von 45,6 Mio. DM gebildet, davon rund 30 Mio. DM beim Bundesvorstand und rund 15 Mio. DM beim Landesverband Hessen. Erste Presseberichte vermeldeten etwas voreilig Mehrausgaben von 25 Mio. DM, denen sie Überschüsse der SPD von fast 30 Mio. DM gegenüberstellten. Tatsächlich hatte jedoch auch die CDU Überschüsse in Höhe von 20,5 Mio. DM erwirtschaftet, die erst durch die Rückstellungsbuchung das vermeintliche Defizit ergaben.

Die FDP hat die innerparteiliche Verteilung der Mitgliedsbeiträge offenbar radikal dahin verändert, dass Bundesvorstand und Landesverbände keine Anteile mehr erhalten, also die gesamten Beitragseinnahmen an die Orts- bzw. Kreisverbände gehen. Die FDP hat als einzige Bundestagspartei im Jahr 2001 real mehr ausgegeben als eingenommen. Das Defizit lag bei 2 Mio. DM und entstand nahezu ausschließlich beim Bundesvorstand.

Die CSU hat ihre bislang auffällig niedrigen Mitgliedsbeiträge drastisch erhöht. Ihre Beitragseinnahmen stiegen trotz leichten Mitgliederrückgangs um 20,5 Prozent. Sie erwirtschaftete im Jahr 2001 einen Überschuss von 10,7 Mio. DM. Davon entfielen auf den Landesverband 2,9 Mio. DM, der außerdem einen Wertzuwachs von 1,3 Mio. DM durch Höherbewertung des Haus- und Grundvermögens verzeichnete. Damit konnte er seine Überschuldung, die im Vorjahr noch oberhalb 5 Mio. DM lag, auf unter 1 Mio. DM zurückfahren.

Im übrigen waren die Finanzen der Parteien im Jahre 2001 durch neun Wahlen geprägt: Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen, Landtags- und Kommunalwahlen in Hamburg und Berlin sowie die Anfang 2002 folgenden Kommunalwahlen in Bayern. Im Vorjahr fanden hingegen keine Kommunalwahlen und nur zwei Landtagswahlen statt.

Die Finanzentwicklung bei den Gesamtparteien

1. Die Einnahmen, Ausgaben und Vermögen sowie die Veränderungen gegenüber 2000

Im vorangegangenen Jahr 2000 erzielten noch alle Parteien Überschüsse, mit denen sie Schulden aus den zahlreichen Wahlkämpfen von 1998 und 1999 abbauen oder Rücklagen für kommende Wahlen bilden konnten. Im Jahr 2001 gelangen SPD und CSU noch höhere Überschüsse als im Vorjahr. Die CDU hatte bei stagnierenden Einnahmen um 19,5 Mio. DM höhere Ausgaben (ohne die Rückstellungen in Höhe von 45,6 Mio. DM). Die FDP erzielte zwar um 6,4 Mio. DM höhere Einnahmen, hatte aber 12,1 Mio. DM mehr Ausgaben als im Vorjahr und damit in 2001 ein Defizit von 2 Mio. DM.

2. Die Veränderungen der Einnahmen gegenüber 2000

Allen Parteien gelangen im Jahr 2001 Einnahmensteigerungen gegenüber dem Vorjahr, dies jedoch in höchst unterschiedlichem Ausmaß. Insbesondere die Gebietsverbände auf der kommunalen Ebene erzielten anlässlich der zahlreichen Wahlkämpfe wesentlich höhere Spendeneinnahmen als im Vorjahr. Bei der SPD war es ein Zu-

Die Einnahmen, Ausgaben und Vermögen sowie die Veränderungen gegenüber 2000 auf einen Blick

	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
GESAMTEINNAHMEN (ohne Zuschüsse v. Gliederg.)						
2000	292.008	255.973	54.812	45.900	43.908	39.337
2001	312.877	256.259	67.652	46.632	50.300	40.077
Veränderung in Prozent	+ 20.869 7,1	+ 286 0,1	+ 12.840 23,4	+ 732 1,6	+ 6.392 14,6	+ 740 1,9
GESAMTAUSGABEN (ohne Zuschüsse v. Gliederg.)						
2000	268.352	216.198	47.508	40.633	40.195	33.153
2001	283.336	* 235.730	56.914	46.211	52.274	38.233
Veränderung in Prozent	+ 14.984 5,6	*+ 19.532 9,0	+ 9.406 19,8	+ 5.578 13,7	+ 12.079 30,1	+ 5.080 15,3
ÜBERSCHUSS / DEFIZIT						
2000	+ 23.656	+ 39.775	+ 7.304	+ 5.267	+ 3.713	+ 6.184
2001	+ 29.541*	+ 20.510	+ 10.738	+ 421	- 1.974	+ 1.844
REINVERMÖGEN 2000	269.208	138.434	41.115	41.098	11.738	35.865
Übersch. / Defizit 2001	+ 29.541*	+ 20.510	+ 10.738	+ 421	- 1.974	+ 1.844
Wertberichtigungen Rst. (Rückford. Staatl. M.)	+ 728 -	- * - 45.600	+ 1.300 -	- -	- -	- -
REINVERMÖGEN 2001	299.477	113.363	53.153	41.519	9.764	37.709

* CDU-Ausgaben und -Überschuss 2001 ohne Rückstellung von 45,6 Mio. DM (bei Reinvermögen abgesetzt)

wachs um 6,7 Mio. DM (32 %), bei der CDU 7,1 Mio. DM (22 %), bei der CSU gar 7,4 Mio. DM (84 %) und bei der FDP 3,7 Mio. DM (38 %).

Der Bundesvorstand der CDU hatte allerdings 14,1 Mio. DM (82,6 %) weniger an Spenden als im Jahr 2000 erzielt. Dadurch war das Spendenaufkommen der CDU insgesamt um rund 6 Mio. DM zurückgegangen. Im Vorjahr hatte die „Helmut-Kohl-Sammelaktion“ noch zu einem außergewöhnlich hohen Spendenaufkommen beim Bundesvorstand der CDU geführt.

Die SPD weist für 2001 außerordentliche Einnahmen in Höhe von rund 10 Mio. DM aus: Ein Vermächtnis von 5 Mio. DM, nicht mehr benötigte Rückstellungen von 2,7 Mio. DM und Entschädigungszahlungen im Rahmen der Abwicklung von Restitutionsverfahren in Höhe von 2,3 Mio. DM.

Die CSU konnte neben deutlich höheren Spenden ihrer kommunalen Gebietsverbände vor allem ihr Beitragsaufkommen um 4,2 Mio. DM oder 20,5 Prozent steigern.

3. Die Veränderungen der Ausgaben gegenüber 2000

Auch die Ausgaben waren bei allen Parteien gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Das lag vor allem an der wesentlich größeren Zahl der zu bestreitenden Wahlkämpfe. Entsprechend stark waren bei allen Parteien die Wahlkampfausgaben gestiegen, hauptsächlich bei den Gebietsverbänden auf der kommunalen Ebene. Die Übersicht auf dieser Seite zeigt die Steigerungen der Wahlkampfausgaben im Vergleich mit dem Anstieg der Gesamtausgaben.

Bei SPD und Grünen stammen die Mehrausgaben fast ausschließlich aus höheren Wahlkampfausgaben. Bei der CDU sind die Wahlkampfausgaben um 26,5 Mio. DM gestiegen, die Gesamtausgaben aber nur um 19,5 Mio. DM. Die CDU hat ihre laufenden Ausgaben deutlich reduziert. Bei CSU, FDP und PDS sind auch die laufenden Ausgaben in größerem Umfang gestiegen.

Die Steigerungen der Wahlkampfausgaben gegenüber dem Vorjahr

	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
Wahlk.-Ausgaben 2000	46.151	27.118	2.266	4.785	7.423	1.433
Wahlk.-Ausgaben 2001	59.856	53.592	8.096	10.113	14.940	5.382
Veränderung in Prozent	+ 13.705 29,7	+ 26.474 97,6	+ 5.830 257,3	+ 5.328 111,3	+ 7.517 101,3	+ 3.949 275,6
Zum Vergleich: Steigerung der Gesamtausgaben	+ 14.984	+ 19.532	+ 9.406	+ 5.578	+ 12.079	+ 5.080

Die Finanzentwicklung im Einzelnen

1. Die Mitglieder- und Beitragsentwicklung

Mitgliedsbeiträge sind die wichtigsten Einnahmen für politische Parteien. Sie können die Unabhängigkeit von privaten Geldgebern gewährleisten und sind – neben den Wählerstimmen – wesentlicher Maßstab für den Anteil einer Partei an den staatlichen Mitteln. Daher ist sowohl die Entwicklung der Mitgliederzahl wie auch des von den Mitgliedern gezahlten (Durchschnitts-)Beitrags von herausragender Bedeutung.

Wie die nachfolgenden Vergleichszahlen zeigen, hatte nur die FDP im Jahre 2001 einen Mitgliederzuwachs erfahren, während bei allen anderen Parteien die Mitgliederzahl sank. Auf die Beitragseinnahmen hatte sich das jedoch unterschiedlich ausgewirkt. Sie waren bei der SPD noch leicht, bei der CDU deutlich und bei der CSU

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen

	SPD	CDU	CSU	GRÜ	FDP	PDS
Mitglieder 2000	734.693	616.722	181.021	46.631	62.721	83.475
Mitglieder 2001	715.513	604.135	177.852	44.053	64.063	77.845
Veränderung in Prozent	- 19.180 2,61	- 12.587 2,04	- 3.169 1,75	- 2.578 5,53	+ 1.342 2,14	- 5.630 6,74

Die Entwicklung der Beitragseinnahmen

	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
Beiträge 2000	151.747	108.489	20.513	18.514	11.039	17.633
Beiträge 2001	153.007	111.544	24.708	17.855	11.107	17.458
Veränderung in Prozent	+ 1.260 0,83	+ 3.055 2,82	+ 4.195 20,45	- 659 3,56	+ 68 0,62	- 175 0,99

Entwicklung des Beitragsdurchschnitts (Beitrag je Mitglied)

	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
Beitragsdurchschnitt 2000	206,54	175,91	113,32	397,03	176,00	211,24
Beitragsdurchschnitt 2001	213,84	184,63	138,92	405,31	173,38	224,27
Veränderung in Prozent	+ 7,30 3,53	+ 8,72 4,96	+ 25,60 22,59	+ 8,28 2,09	- 2,62 1,49	+ 13,03 6,17

enorm gestiegen, bei Grünen und PDS hingegen gesunken. Die FDP konnte trotz höherer Mitgliederzahl nur marginal höhere Beitragseinnahmen erreichen.

Bei Betrachtung des Beitragsdurchschnitts, also des Beitrags je Mitglied im Jahr, wird erkennbar, warum sich die Veränderung der Mitgliederzahl so unterschiedlich auf die Beitragseinnahmen bei den einzelnen Parteien auswirkt.

Bei der FDP ging der Beitragsdurchschnitt zurück, während er bei den anderen Parteien zum Teil deutlich anstieg. Daher erhielt die FDP trotz ihres Mitgliederzuwachses nur geringfügig höhere Beiträge als im Vorjahr. SPD, CDU und CSU konnten die aus dem Mitgliederrückgang drohenden Verluste an Beitragseinnahmen durch höhere Beitragszahlungen der verbliebenen Mitglieder mehr als ausgleichen. Grüne und PDS konnten den starken Mitgliederrückgang auch durch höhere Beiträge der verbliebenen Mitglieder nicht vollends ausgleichen. Ob und in welchem Umfang in den Mitgliedsbeiträgen noch enthaltene Mandatsträgerbeiträge diese Veränderungen beeinflusst haben, lässt sich aus den Rechenschaftsberichten nicht entnehmen.

Wie aus den als Anlage beigefügten Übersichten (hier: Tabelle 1) ersichtlich, machen die Beitragseinnahmen 2001 bei der SPD mit 48,9 Prozent knapp die Hälfte ihrer gesamten Einnahmen aus. Auch bei CDU (43,5 %), CSU (36,5 %) GRÜ (38,3 %) und PDS (43,6 %) sind die Beiträge der größte Einnahmenposten, während sie bei der FDP mit nur 22,1 Prozent erst nach den Spenden (42,0 %) und den staatlichen Mitteln (27,9 %) rangieren.

2. Die Spendeneinnahmen

Die Spenden hatten 2001 bei der SPD einen Anteil von rund 10 Prozent an den Gesamteinnahmen, bei der CDU waren es 19 Prozent, bei der CSU 31 und bei der FDP 42 Prozent (GRÜ: 21 %, PDS: 18 %). Sie flossen auch 2001 ganz überwiegend in die Kassen der Gebietsverbände auf der kommunalen Ebene, am stärksten bei der SPD mit 85,6 Prozent (siehe Tabelle 2). Auch bei den anderen Parteien gingen die Spenden im Jahr 2001 überwiegend an die nachgeordneten Gebietsverbände.

3. Die verschiedenen Gliederungsebenen

Wie die Einnahmen und Ausgaben sowie die daraus resultierenden Ergebnisse (Überschüsse bzw. Defizite) im Jahr 2001 auf den drei Gliederungsebenen Bund, Länder und Kommunen verlaufen sind, zeigt die Übersicht auf dieser Seite.

2001 war ein Jahr mit relativ vielen Landtags- und Kommunalwahlen, die von den Landesverbänden, vor allem aber den Gebietsverbänden auf der kommunalen Ebene

Einnahmen und Ausgaben auf den verschiedenen Gliederungsebenen

	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
Bund						
Einnahmen	108.169	78.519	34.183	18.832	18.365	17.465
Ausgaben	81.769	*58.959	31.314	18.901	20.475	16.029
Ergebnis	+ 26.400	+ 19.560	+ 2.869	- 69-	2.1+	1.436
Länder						
Einnahmen	120.602	61.323	siehe	19.946	13.827	23.267
Ausgaben	122.375	*60.475	Bund	19.242	14.058	23.000
Ergebnis	- 1.773	+ 848		+ 704	- 231	+ 267
Kommunen						
Einnahmen	113.158	122.314	34.785	23.333	26.257	19.037
Ausgaben	108.244	122.793	26.916	23.547	25.890	18.896
Ergebnis	+ 4.914	- 479	+ 7.869	- 214	+ 367	+ 141

* CDU-Ausgaben ohne die in Rückstellungen gebuchten Rückzahlungsforderungen des Deutschen Bundestages

zu bestreiten waren. Außerordentliche Vorgänge im Jahr 2001 verdeckten jedoch die zu erwartenden Auswirkungen auf die Überschüsse bzw. Defizite:

Bei der SPD war es ein Vermächtnis an den Landesverband Berlin in Höhe von 5 Mio. DM. Auf Länderebene wurde diese außerordentliche Einnahme nahezu ausgeglichen, weil nordrhein-westfälische Bezirke vor Verschmelzung mit dem Landesverband an nachgeordnete Gebietsverbände rd. 5 Mio. DM gegeben hatten. Die kommunale Ebene hatte daraus aber zusätzliche Einnahmen. Hinzu kamen deutlich erhöhte Spendeneinnahmen der Gebietsverbände in Bayern, wenn auch nicht so enorm wie bei der CSU, wodurch es trotz der zahlreichen Wahlkämpfe zu einem Überschuss auf kommunaler Ebene kam.

Bei der CSU verzeichneten die Gebietsverbände enorm gestiegene Spenden, die offensichtlich zur bevorstehenden Kommunalwahl Anfang des Jahres 2002 gesammelt worden sind, während die Wahlkampfausgaben – wie auch bei anderen bayerischen Parteien – in der Hauptsache wohl erst in den Zahlen des nächsten Jahres ausgewiesen werden.

Bei der CDU wurden im Saarland außerordentliche Einnahmen in Höhe von 652 TDM durch Aufdeckung bisher nicht erfasster Kassen bei nachgeordneten Gebietsverbänden erzielt, die das Defizit auf dieser Ebene geringer ausfallen ließen.

4. Der innerparteiliche Geldtransfer

Die Zuschüsse von bzw. an Gliederungen der Parteien sind lediglich innerparteilicher Geldtransfer, aber keine wirklichen Einnahmen bzw. Ausgaben der jeweiligen

Zuschüsse von und an Gliederungen der Parteien

Zuschüsse	SPD TDM	CDU TDM	CSU TDM	GRÜ TDM	FDP TDM	PDS TDM
Bund						
erhalten	346	94	196	119	1.664	2.569
gegeben	9.319	686	272	9.485	2.182	4.219
Saldo	- 8.973	- 592	- 76	- 9.366	- 518	- 1.650
Länder						
erhalten	12.392	2.142	siehe	10.233	5.252	14.215
gegeben	13.447	3.850	Bund	4.174	515	5.249
Saldo	- 1.055	- 1.708		+ 6.059	+ 4.737	+ 8.966
Kommunen						
erhalten	16.313	3.661	1.120	5.127	1.233	2.908
gegeben	6.285	1.361	1.044	1.820	5.452	10.224
Saldo	+ 10.028	+ 2.300	+ 76	+ 3.307	- 4.219	- 7.316
Gesamtpartei						
erhalten / gegeben	29.051	5.897	1.316	15.479	8.149	19.692

Gesamtpartei. Für die empfangende bzw. gebende Gliederung sind diese Gelder gleichwohl Einnahmen bzw. Ausgaben. Um ein Bild über diese innerparteiliche Mittelverteilung zu erhalten, werden auf dieser Seite die Einnahmen aus Zuschüssen und die gegebenen Zuschüsse auf den einzelnen Gliederungsebenen gegenübergestellt und der Saldo gezeigt.

Im Jahr 2001 haben vor allem die Gebietsverbände auf der kommunalen Ebene bei SPD und CDU mehr Zuschüsse erhalten, als sie gegeben haben. Die Landesverbände haben hingegen mehr Zuschüsse an ihre Gebietsverbände gegeben, als sie selbst erhalten haben. Bei der SPD verzerren die Sonderzuschüsse von NRW-Bezirken an ihnen nachgeordnete Gebietsverbände das normale Bild. Eine weitere Ursache dürften die Kommunal- und Landtagswahlkämpfe dieses Jahres gewesen sein.

In nennenswertem Umfang haben nur die Bundesvorstände von SPD und Grünen Zuschüsse an andere Gebietsverbände ihrer Parteien gegeben. Bei FDP und PDS haben Bundesvorstände und kommunale Gebietsverbände Zuschüsse gegeben, im Wesentlichen an die Landesverbände. Bei der PDS waren auch schon in den Vorjahren die Gebietsverbände auf der kommunalen Ebene hauptsächliche Zuschussgeber. Dass dies nun auch bei der FDP eingetreten ist, mag mit der Veränderung der innerparteilichen Umverteilung ihrer Mitgliedsbeiträge zusammenhängen, die offenbar nur noch an die Gebietsverbände auf der kommunalen Ebene gehen. Bundesvorstand und Landesverbände der FDP erhalten wohl keine Anteile mehr an den Mitgliedsbeiträgen, sondern nur noch die an sie direkt gezahlten Sonderbeiträge von Mandatsträgern.

Die Vermögensbilanzen

Die Reinvermögen auf den verschiedenen Gliederungsebenen

Während bei den Parteizentralen wie auch auf der Landesebene die Parteivermögen ganz überwiegend aus längerfristig gebundenem Anlagevermögen bestehen (Haus- und Grundbesitz, Geschäftsstellenausstattung, Unternehmensbeteiligungen und sonstige Finanzanlagen), liegen sie bei den Gliederungen der kommunalen Ebene nahezu ausschließlich im kurzfristigen Bereich. Es sind praktisch die Geldbestände und Rücklagen für künftige Wahlkämpfe der Gliederungen auf der Orts- und Kreis-

Die Reinvermögen auf den verschiedenen Gliederungsebenen

Reinvermögen	SPD Mio. DM	CDU Mio. DM	CSU Mio. DM	GRÜ Mio. DM	FDP Mio. DM	PDS Mio. DM
Bundesvorstand	134,8	- 21,1	- 0,9	3,3	- 4,8	25,2
Landesverbände / Bezirke	42,4	24,7	= Bund	16,7	0,1	5,6
Kreis- / Ortsgliederungen	122,3	109,7	54,1	21,5	14,5	6,9
Gesamtpartei	299,5	113,3	53,2	41,5	9,8	37,7

ebene, von denen es bei den Volksparteien bundesweit jeweils weit über zehntausend gibt. Das bei SPD mit 122 Mio. DM und bei CDU/CSU mit zusammen 164 Mio. DM sehr hoch erscheinende Reinvermögen dieser Gliederungen ist die Addition von etwa 13.000 bis 15.000 Kassen. Einschließlich der für die nächsten Wahlkämpfe schon angesparten Beträge sind das im Durchschnitt je Kasse aber nur 9.500 bis 11.000 DM.

Tabellenanhang

zur Auswertung der Rechenschaftsberichte 2001 der im Bundestag vertretenen Parteien

Gesamtübersicht

- Tabelle 1: Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der jeweiligen Gesamtpartei
- Tabelle 2: Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Einnahmen
- Tabelle 3: Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Ausgaben
- Tabelle 4: Anteile der Gliederungsebenen an den Gesamteinnahmen, den Gesamtausgaben, den Überschüssen bzw. Defiziten (Jahresergebnisse) und dem Vermögen

Die Gliederungsebenen Bund / Länder / Kommunen

- Tabelle 5: Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der Bundesvorstände
- Tabelle 6: Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der Landesverbände
- Tabelle 7: Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der nachgeordneten Gebietsverbände (Orts- und Kreisverbände)

Die Parteien in den Ländern

- Tabelle 8: Überschüsse bzw. Defizite und Vermögen der einzelnen Landesverbände
- Tabelle 9: Überschüsse bzw. Defizite und Vermögen der nachgeordneten Gebietsverbände in den einzelnen Ländern (Orts- und Kreisverbände)

Tabelle 1: Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der jeweiligen Gesamtpartei
 (Zuschüsse von und an Gliederungen bleiben hierbei unberücksichtigt, da sie keine Einnahmen bzw. Ausgaben der jeweiligen Gesamtpartei, sondern lediglich innerparteilicher Geldtransfer zwischen den Gebietsverbänden der jeweiligen Partei sind.)

	SPD	CDU	CSU	Grüne	FDP	PDS
	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM
	%	%	%	%	%	%
1. Einnahmen						
Beiträge	153.007	111.544	24.708	17.855	11.107	17.458
Spenden	32.325	49.793	21.293	10.015	21.120	7.234
Vermögen	20.043	6.466	1.240	760	2.050	868
Veranst., Drucks., etc.	2.967	4.244	2.264	1.505	624	195
Staatliche Mittel	92.890	81.100	17.975	15.275	14.025	14.179
Sonstiges	11.645	3.112	172	1.222	1.374	143
	312.877	256.259	67.652	46.632	50.300	40.077
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2. Ausgaben						
Personal	94.902	74.812	15.869	14.032	7.115	14.503
Verwaltung	57.986	53.400	11.432	7.894	13.203	9.975
Politische Arbeit	60.537	46.322	20.464	12.174	12.394	8.198
Wahlkämpfe	59.856	53.592	8.096	10.113	14.940	5.382
Zinsen	6.066	4.844	550	956	3.094	8
Sonstiges	3.989	*48.360	503	1.042	1.528	167
	283.336	281.330	56.914	46.211	52.274	38.233
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
3. Jahresergebnis						
in % der Einnahmen	+ 29,541	- 25,071	+ 10,738	+ 421	- 1,974	+ 1,844
	9,4	- 9,8	15,9	0,9	- 3,9	4,6
4. Reinvermögen						
am 31.12.2001	299.477	113.363	53.153	41.519	9.764	37.709
in % der Einnahmen	95,7	44,2	78,6	89,0	19,4	94,1

* In den Sonstigen Ausgaben der CDU sind 45,6 Mio. DM an Rückstellungen für Rückzahlungsforderungen des Deutschen Bundestages enthalten.

Tabelle 2: Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Einnahmen

	SPD TDM	%	CDU TDM	%	CSU TDM	%	Grüne TDM	%	FDP TDM	%	PDS TDM	%
1. Beiträge												
Bundesvorstand	24.801	16,2	19.131	17,1	*10.860	44,0	3.982	22,3	56	0,5	92	0,5
Landesverbände	65.899	43,1	22.839	20,5	—	—	4.369	24,5	306	2,8	4.695	26,9
Kreise, Orte, etc.	62.307	40,7	69.573	62,4	13.849	56,0	9.505	53,2	10.746	96,7	12.671	72,6
	153.007	100,0	111.543	100,0	24.709	100,0	17.856	100,0	11.108	100,0	17.458	100,0
2. Spenden												
Bundesvorstand	2.138	6,6	2.971	6,0	*5.113	24,0	584	5,8	2.559	12,1	2.003	27,7
Landesverbände	2.517	7,8	7.775	15,6	—	—	1.756	17,5	5.222	24,7	2.084	28,8
Kreise, Orte, etc.	27.670	85,6	39.048	78,4	16.179	76,0	7.675	76,7	13.339	63,2	3.147	43,5
	32.325	100,0	49.794	100,0	21.292	100,0	10.015	100,0	21.120	100,0	7.234	100,0
3. Einnahmen aus Vermögen												
Bundesvorstand	13.768	68,7	329	5,1	*11	0,9	36	4,7	1.535	74,9	621	71,5
Landesverbände	3.468	17,3	1.714	26,5	—	—	427	56,2	255	12,4	144	16,6
Kreise, Orte, etc.	2.806	14,0	4.422	68,4	1.229	99,1	298	39,1	260	12,7	103	11,9
	20.042	100,0	6.465	100,0	1.240	100,0	761	100,0	2.050	100,0	868	100,0
4. Staatliche Mittel												
Bundesvorstand	61.635	66,4	54.934	67,7	*17.975	100,0	12.926	84,6	11.864	84,6	12.161	85,8
Landesverbände	31.255	33,6	26.166	32,3	—	—	2.349	15,4	2.160	15,4	2.018	14,2
	92.890	100,0	81.100	100,0	17.975	100,0	15.275	100,0	14.024	100,0	14.179	100,0
5. Zuschüsse												
Bundesvorstand	346	1,2	94	1,6	*196	14,9	119	0,8	1.664	20,4	2.569	13,0
Landesverbände	12.392	42,7	2.142	30,3	—	—	10.233	66,1	5.252	64,5	14.215	72,2
Kreise, Orte, etc.	16.313	56,1	3.661	62,1	1.120	85,1	5.127	33,1	1.233	15,1	2.908	14,8
	29.051	100,0	5.897	100,0	1.316	100,0	15.479	100,0	8.149	100,0	19.692	100,0
6. Übrige Einnahmen												
Bundesvorstand	5.481	37,5	1.060	14,4	*28	1,1	1.185	43,5	687	34,4	19	5,6
Landesverbände	5.071	34,7	687	9,3	—	—	813	29,8	632	31,6	111	32,9
Kreise, Orte, etc.	4.062	27,8	5.610	76,3	2.408	98,9	728	26,7	679	34,0	208	61,5
	14.614	100,0	7.357	100,0	2.436	100,0	2.726	100,0	1.998	100,0	338	100,0

* Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge sind unter Bundesvorstand ausgewiesen.

Tabelle 3: Anteile der Gliederungsebenen an den einzelnen Ausgaben

	SPD	CDU	CSU	Grüne	FDP	PDS
	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM	TDM
	%	%	%	%	%	%
1. Personal						
Bundesvorstand	24.911	23.581	*14.371	3.550	3.130	4.901
Landesverbände	64.677	27.425	—	6.276	3.178	9.500
Kreise, Orte, etc.	5.314	23.805	1.498	4.206	807	103
	94.902	74.811	15.869	14.032	7.115	14.504
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2. Verwaltung						
Bundesvorstand	20.565	9.222	*3.661	882	6.948	3.140
Landesverbände	14.044	9.833	—	2.407	2.771	3.049
Kreise, Orte, etc.	23.377	34.345	7.771	4.604	3.484	3.786
	57.986	53.400	11.432	7.893	13.203	9.975
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
3. Politische Arbeit						
Bundesvorstand	20.829	19.107	*11.181	3.465	3.167	2.872
Landesverbände	10.472	5.614	—	3.178	2.375	2.200
Kreise, Orte, etc.	29.237	21.602	9.283	5.531	6.852	3.126
	60.538	46.323	20.464	12.174	12.394	8.198
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
4. Wahlkämpfe						
Bundesvorstand	1.382	1.352	*1.193	608	1.886	786
Landesverbände	16.320	12.566	—	2.739	4.435	2.978
Kreise, Orte, etc.	42.154	39.674	6.902	6.767	8.620	1.618
	59.856	53.592	8.095	10.114	14.941	5.382
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
5. Zuschüsse						
Bundesvorstand	9.319	686	*272	9.485	2.182	4.219
Landesverbände	13.447	3.850	—	4.174	515	5.249
Kreise, Orte, etc.	6.285	1.361	1.044	1.820	5.452	10.224
	29.051	5.897	1.316	15.479	8.149	19.692
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
6. Zinsen und Sonstiges						
Bundesvorstand	4.763	35.011	*636	911	3.162	111
Landesverbände	3.415	16.187	—	468	784	24
Kreise, Orte, etc.	1.877	2.006	418	619	675	39
	10.055	53.204	1.054	1.998	4.621	174
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge sind unter Bundesvorstand ausgewiesen.

Tabelle 4: Anteile der Gliederungebenen an den Gesamteinnahmen, den Gesamtausgaben, den Überschüssen bzw. Defiziten (Jahresergebnisse) und dem Vermögen

	SPD TDM	%	CDU TDM	%	CSU TDM	%	Grüne TDM	%	FDP TDM	%	PDS TDM	%
1. Gesamteinnahmen												
Bundesvorstand	108.169	31,6	78.519	29,9	*34.183	49,6	18.832	30,3	18.365	31,4	17.465	29,2
Landesverbände	120.602	35,3	61.323	23,4	—	—	19.046	32,1	13.827	23,7	23.267	38,9
Kreise, Orte, etc.	113.158	33,1	122.314	46,7	34.785	50,4	23.333	37,6	26.257	44,9	19.037	31,9
	341.929	100,0	262.156	100,0	68.968	100,0	62.111	100,0	58.449	100,0	59.769	100,0
2. Gesamtausgaben												
Bundesvorstand	81.769	26,2	88.959	31,0	*31.314	53,8	18.901	30,6	20.475	33,9	16.029	27,7
Landesverbände	122.375	39,2	75.475	26,3	—	—	19.242	31,2	14.058	23,3	23.000	39,7
Kreise, Orte, etc.	108.244	34,6	122.793	42,7	26.916	46,2	23.547	38,2	25.890	42,8	18.896	32,6
	312.388	100,0	287.227	100,0	58.230	100,0	61.690	100,0	60.423	100,0	57.925	100,0
3. Jahresergebnisse												
Bundesvorstand	+26.400	89,4	-10.440	-41,6	*+2.869	26,7	-69	-16,4	-2.110	-106,9	+1.436	77,9
Landesverbände	-1.773	-6,0	-14.152	-56,5	—	—	+704	167,2	-231	-111,7	+267	14,5
Kreise, Orte, etc.	+4.914	16,6	-479	-1,9	+7.869	73,3	-214	-50,8	+367	18,6	+141	7,6
	+29.541	100,0	-25.071	-100,0	+10.738	100,0	+421	100,0	-1.974	-100,0	+1.844	100,0
4. Reinvermögen am 31.12.2001												
Bundesvorstand	134.797	45,0	-21.066	-18,6	*-933	-1,8	3.317	8,0	-4.818	-49,3	25.184	66,8
Landesverbände	42.373	14,2	24.711	21,8	—	—	16.701	40,2	60	0,6	5.635	14,9
Kreise, Orte, etc.	122.307	40,8	109.718	96,8	54.086	101,8	21.501	51,8	14.522	148,7	6.890	18,3
	299.477	100,0	113.363	100,0	53.153	100,0	41.519	100,0	9.764	100,0	37.709	100,0

*Der CSU-Landesvorstand ist zugleich Bundesvorstand. Die Beträge sind unter Bundesvorstand ausgewiesen.

Tabelle 5: Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der Bundesvorstände

	SPD TDM	%	CDU TDM	%	CSU TDM	%	Grüne TDM	%	FDP TDM	%	PDS TDM	%
1. Einnahmen												
Beiträge	24.801	22,9	19.131	24,4	10.860	31,8	3.982	21,2	56	0,3	92	0,5
Spenden	2.138	2,0	2.971	3,8	5.113	14,9	584	3,1	2.559	13,9	2.003	11,5
Vermögen	13.768	12,7	329	0,4	11	0,0	36	0,2	1.535	8,4	621	3,6
Vernast., Drucks., etc.	0	0,0	0	0,0	7	0,0	857	4,6	53	0,3	14	0,1
Staatliche Mittel	61.635	57,0	54.934	70,0	17.975	52,6	12.926	68,6	11.864	64,6	12.161	69,6
Zusch. von Gliederg.	346	0,3	94	0,1	196	0,6	119	0,6	1.664	9,1	2.569	14,7
Sonstiges	5.481	5,1	1.060	1,3	21	0,1	328	1,7	634	3,4	5	0,0
	108.169	100,0	78.519	100,0	34.183	100,0	18.832	100,0	18.365	100,0	17.465	100,0
2. Ausgaben												
Personal	24.911	30,5	23.581	26,5	14.371	45,9	3.550	18,8	3.130	15,3	4.901	30,6
Verwaltung	20.565	25,1	9.222	10,4	3.661	11,7	882	4,7	6.948	33,9	3.140	19,6
Politische Arbeit	20.829	25,5	19.107	21,5	11.181	35,7	3.465	18,3	3.167	15,5	2.872	17,9
Wahlkämpfe	1.382	1,7	1.352	1,5	1.193	3,8	608	3,2	1.886	9,2	786	4,9
Zusch. an Gliederg.	9.319	11,4	686	0,8	1.272	0,9	9.485	50,2	2.182	10,6	4.219	26,3
Zinsen	4.763	5,8	3.645	4,1	309	1,0	715	3,8	2.862	14,0	1	0,0
Sonstiges	0	0,0	*31.366	35,2	327	1,0	196	1,0	300	1,5	110	0,7
	81.769	100,0	88.959	100,0	31.314	100,0	18.901	100,0	20.475	100,0	16.029	100,0
3. Jahresergebnis in % der Einnahmen	+ 26.400	24,4	- 10.440	- 13,3	+ 2.869	8,4	- 69	- 0,4	- 2.110	- 11,5	+ 1.436	8,2
4. Reinvermögen am 31.12.2001 in % der Einnahmen	134.797	124,6	- 21.066	- 26,8	- 933	- 2,7	3.317	17,6	- 4.818	- 26,2	25.184	144,2

* In den Sonstigen Ausgaben des CDU-Bundesvorstands sind ca. 30 Mio. DM an Rückstellungen für Rückzahlungsforderungen des Deutschen Bundestages enthalten.

*Table 6: Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der Landesverbände
(Der CSU-Landesverband ist zugleich Bundesvorstand und dort aufgeführt.)*

	SPD TDM	%	CDU TDM	%	Grüne TDM	%	FDP TDM	%	PDS TDM	%
1. Einnahmen										
Beiträge	65.899	54,6	22.839	37,2	4.369	21,9	306	2,2	4.695	20,2
Spenden	2.517	2,1	7.775	12,7	1.756	8,8	5.222	37,8	2.084	9,0
Vermögen	3.468	2,9	1.714	2,8	427	2,1	255	1,8	144	0,6
Veranst., Drucks., etc.	0	0,0	512	0,8	329	1,7	26	0,2	60	0,2
Staatliche Mittel	31.255	25,9	26.166	42,7	2.348	11,8	2.160	15,6	2.018	8,7
Zusch. von Gliederg.	12.392	10,3	2.142	3,5	10.233	51,3	5.252	38,0	14.215	61,1
Sonstiges	5.071	4,2	175	0,3	484	2,4	606	4,4	51	0,2
	120.602	100,0	61.323	100,0	19.946	100,0	13.827	100,0	23.267	100,0
2. Ausgaben										
Personal	64.677	52,8	27.425	36,3	6.276	32,6	3.178	22,6	9.500	41,3
Verwaltung	14.044	11,5	9.833	13,0	2.407	12,5	2.771	19,7	3.049	13,3
Politische Arbeit	10.472	8,6	5.614	7,4	3.178	16,5	2.375	16,9	2.200	9,6
Wahlkämpfe	16.320	13,3	12.566	16,7	2.739	14,2	4.435	31,5	2.978	12,9
Zusch. an Gliederg.	13.447	11,0	3.850	5,1	4.174	21,7	515	3,7	5.249	22,8
Zinsen	1.023	0,8	274	0,4	115	0,6	177	1,3	4	0,0
Sonstiges	2.392	2,0	*15.913	21,1	353	1,9	607	4,3	20	0,1
	122.375	100,0	75.475	100,0	19.242	100,0	14.058	100,0	23.000	100,0
3. Jahresergebnis in % der Einnahmen	-1.773	-1,5	-14.152	-23,1	+704	3,5	-231	-1,7	+267	1,1
4. Reinvermögen am 31.12.2001 in % der Einnahmen	42.373	35,1	24.711	40,3	16.701	83,7	60	0,4	5.635	24,2

** In den Sonstigen Ausgaben des CDU-Landesverbandes Hessen sind ca. 15 Mio. DM an Rückstellungen für Rückzahlungsforderungen enthalten.*

Tabelle 7: Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der Orts- und Kreisverbände

	SPD TDM	%	CDU TDM	%	CSU TDM	%	Grüne TDM	%	FDP TDM	%	PDS TDM	%
1. Einnahmen												
Beiträge	62.307	55,1	69.573	56,9	13.849	39,8	9.505	40,7	10.746	40,9	12.671	66,6
Spenden	27.670	24,4	39.048	31,9	16.179	46,5	7.675	32,9	13.339	50,8	3.147	16,5
Vermögen	2.806	2,5	4.422	3,6	1.229	3,5	298	1,3	260	1,0	103	0,5
Veranst., Drucks., etc.	2.967	2,6	3.732	3,1	2.257	6,5	319	1,4	545	2,1	121	0,6
Zusch. von Gliederg.	16.313	14,4	3.661	3,0	1.120	3,2	5.127	22,0	1.233	4,7	2.908	15,3
Sonstiges	1.095	1,0	1.878	1,5	151	0,5	409	1,7	134	0,5	87	0,5
	113.158	100,0	122.314	100,0	34.785	100,0	23.333	100,0	26.257	100,0	19.037	100,0
2. Ausgaben												
Personal	5.314	4,9	23.805	19,4	1.498	5,6	4.206	17,9	807	3,1	103	0,6
Verwaltung	23.377	21,6	34.345	28,0	7.771	28,9	4.604	19,6	3.484	13,4	3.786	20,0
Politische Arbeit	29.237	27,0	21.602	17,6	9.283	34,5	5.531	23,5	6.852	26,5	3.126	16,5
Wahlkämpfe	42.154	38,9	39.674	32,3	6.902	25,6	6.767	28,7	8.620	33,3	1.618	8,6
Zusch. an Gliederg.	6.285	5,8	1.361	1,1	1.044	3,9	1.820	7,7	5.452	21,1	10.224	54,1
Zinsen	280	0,3	925	0,7	241	0,9	127	0,5	54	0,2	3	0,0
Sonstiges	1.597	1,5	1.081	0,9	177	0,6	492	2,1	621	2,4	36	0,2
	108.244	100,0	122.793	100,0	26.916	100,0	23.547	100,0	25.890	100,0	18.896	100,0
3. Jahresergebnis in % der Einnahmen	+ 4.914	4,3	- 479	- 0,4	+ 7.869	22,6	- 214	- 0,9	+ 367	1,4	+ 141	0,7
4. Reinvermögen am 31.12.2001 in % der Einnahmen	122.307	108,1	109.718	89,7	54.086	155,5	21.501	92,1	14.522	55,3	6.890	36,2

Tabelle 8: Überschüsse bzw. Defizite und Vermögen der einzelnen Landesverbände
(Fert hervorgehoben sind Länder, in denen Landtagswahlen stattgefunden haben. – Beträge in TDM)

	SPD		CDU/CSU		GRÜNE		FDP		PDS	
	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen
Schleswig-Holstein	+ 300	- 2.123	+ 265	267	- 17	403	+ 92	42	- 9	36
Mecklenburg-Vorpommern	+ 316	1.644	+ 338	434	+ 25	130	- 70	- 64	+ 47	1.038
Hamburg	- 2.343	8.124	- 200	534	- 401	- 74	+ 28	- 360	- 44	- 12
Bremen	+ 86	31	+ 425	3.285	+ 72	483	+ 60	88	+ 28	29
Niedersachsen	- 1.085	4.549	+ 161	3.099	+ 31	2.297	+ 105	1.541	- 19	71
Sachsen-Anhalt	+ 627	3.794	+ 258	421	+ 67	267	+ 212	- 101	+ 243	314
Brandenburg	+ 1.336	3.622	- 5	- 229	+ 168	63	+ 21	- 223	+ 206	2.192
Berlin	+ 4.156	3.772	- 2.911	- 2.329	- 225	741	- 192	- 302	+ 61	530
Nordrhein-Westfalen	- 2.584	13.593	+ 3.249	8.739	+ 618	4.725	+ 656	- 1.110	+ 15	53
Hessen	+ 974	707	- 13.458	6.421	+ 105	2.199	+ 371	1.181	- 62	17
Thüringen	+ 378	479	+ 629	- 449	+ 79	121	+ 43	- 58	- 90	11
Sachsen	+ 279	751	+ 413	1.450	+ 63	335	+ 23	37	- 135	1.121
Saarland	+ 228	- 1.680	+ 425	1.444	+ 63	189	- 14	- 275	- 2	13
Rheinland-Pfalz	- 3.139	- 626	- 1.630	- 291	- 146	430	- 419	- 241	+ 10	34
Baden-Württemberg	- 2.068	- 3.716	- 2.111	1.915	+ 327	2.445	- 1.211	173	- 14	59
Bayern	+ 766	9.452	in Bundesvorst.	in Bundesvorst.	- 125	1.947	+ 64	- 268	+ 32	129
	- 1.773	42.373	- 14.152	24.711	+ 704	16.701	- 231	60	+ 267	5.635

Table 9: Überschüsse bzw. Defizite und Vermögen der nachgeordneten Gebietsverbände (Orts- und Kreisverbände)
(Fett hervorgehoben sind Länder, in denen Kommunalwahlen stattgefunden haben. – Beträge in TDM)

	SPD		CDU/CSU		GRÜNE		FDP		PDS	
	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen	Überschuss/ Defizit	Rein- vermögen
Schleswig-Holstein	+ 867	5.361	+ 692	4.994	+ 133	662	+ 176	904	—	—
Mecklenburg-Vorpommern	+ 45	838	- 220	372	+ 26	82	- 24	241	- 20	619
Hamburg	- 246	1.805	- 113	865	- 180	531	- 44	29	—	—
Bremen	+ 52	690	+ 69	519	+ 43	138	- 1	19	—	—
Niedersachsen	- 7.617	10.246	- 4.691	7.248	- 1.077	2.026	- 896	915	—	—
Sachsen-Anhalt	+ 163	1.391	- 5	1.047	- 11	251	- 16	376	- 37	321
Brandenburg	+ 160	1.956	+ 273	1.054	+ 45	182	+ 57	309	+ 54	1.272
Berlin	+ 51	1.975	- 610	1.611	- 147	543	- 90	94	- 208	1.162
Nordrhein-Westfalen	+ 12.031	35.514	+ 7.268	41.780	+ 1.744	7.351	+ 1.913	4.927	+ 34	148
Hessen	- 4.040	12.430	- 2.532	12.574	- 708	1.829	- 756	1.491	+ 4	48
Thüringen	+ 292	956	+ 102	469	+ 23	155	+ 54	241	+ 159	651
Sachsen	- 1	1.065	- 287	1.818	+ 34	385	- 21	386	+ 155	2.669
Saarland	+ 210	3.041	+ 1.155	4.479	- 2	210	+ 18	168	—	—
Rheinland-Pfalz	- 150	8.139	- 1.293	10.652	+ 35	615	- 102	696	—	—
Baden-Württemberg	+ 281	10.129	- 287	20.236	- 836	2.349	- 428	1.741	—	—
Bayern	+ 2.816	26.771	+ 7.869	54.086	+ 664	4.192	+ 527	1.985	—	—
	+ 4.914	122.307	+ 7.390	163.804	- 214	21.501	+ 367	14.522	+ 141	6.890

Bericht der Kontrollkommission

Berichterstatlerin:

Christa Randzio-Plath, Vorsitzende der Kontrollkommission
(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Genossinnen und Genossen! In eurem Auftrag, und wie es das Statut unserer Partei gebietet, hat die Kontrollkommission auch in den vergangenen Jahren die Arbeit des Vorstands laufend kritisch begleitet. Beim letzten Parteitag stand eine Bundstagswahl vor der Tür. Diesmal liegen Wahlen hinter uns und vor uns. Wir haben es 2002 geschafft, Regierungspartei zu bleiben, und wir wollen es bei den bevorstehenden Wahlen im Jahr 2004 auch wieder schaffen, die Menschen für uns und unsere Politik zu gewinnen. Das wird schwer genug sein. Wir müssen zum zweiten Mal in der Rolle der Regierungspartei im Bund den Europawahlkampf bestreiten. Wir hoffen sehr auf Rückenwind aus Berlin. Aber wir müssen gleichzeitig vermitteln, dass es im Juni 2004 um die Zukunft Europas geht und nicht nur um eine Zwischenbilanz für die Politik in Berlin.

Die Kontrollkommission hat seit dem Parteitag in Nürnberg elfmal getagt und 34 förmliche Beschlüsse gefasst, die fast alle umgesetzt wurden oder noch bearbeitet werden. Wir produzieren keine Schlagzeilen, glücklicherweise. Wir wirken nicht im Dunkeln, aber wir wirken im Stillen. Und das ist gut so. Die Finanzen der Partei sind nämlich in Ordnung. Die Abschlüsse der Betriebshaushalte 2001 und 2002 sowie die Rechenschaftsberichte sind von der Kontrollkommission geprüft und gebilligt worden. Aber einige Anmerkungen kritischer Art sind doch erforderlich.

Erinnern wir uns: Die öffentliche Diskussion um die Parteifinanzen hat mit den Skandalen in der Union begonnen. Dann hatten wir jedoch unsere eigenen Probleme, zum Beispiel in Köln und Wuppertal. Die Probleme dort haben sich – das ist gesagt worden – negativ auf die Arbeit und den Ruf der SPD ausgewirkt. Der rechtswidrige Umgang mit Spenden hat uns Kraft und Zeit, aber vor allem Geld gekostet. Wir hoffen sehr, dass die Partei in allen Gliederungen daraus gelernt hat.

Die Kontrollkommission hat als Konsequenz die Einstellung zusätzlicher Revisoren durchgesetzt. Wir wollen nämlich, dass vor Ort rechtzeitig geholfen wird. Wir haben auch transparentere Verfahren für den Umgang mit Spenden gefordert. Hierzu liegt euch ein Antrag zur Änderung der Finanzordnung vor. In diesem Antrag wird sowohl dem geänderten Parteiengesetz als auch unseren Forderungen Rechnung getragen. Ein bisschen mehr Radikalität hätten wir uns gewünscht. Aber die Kontrollkommission respektiert, dass landes- und regionalpolitische Interessen einer zentralisierten Spendenvereinnahmung entgegenstehen. Wir machen nur darauf aufmerksam, dass wie die Beispiele zeigen, bei Gesetzesverstößen der schwarze Peter bei der Bundespartei hängen bleibt – politisch und zum größten Teil auch finanziell.

Die Einnahmelage der SPD, liebe Genossinnen und Genossen, ist schwierig. Glücklicherweise hat die SPD immer schon auf das Drei-Säulen-System von Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Erträgen aus Unternehmen gesetzt. Das ist SPD-Geschichte, auf die wir stolz sind. Im Berichtszeitraum hat uns manchmal auch Sponsoring geholfen, manchmal aber auch nicht. Die Spendeneinnahmen bleiben gering und – das möchte ich betonen – fast alle unsere Spendeneinnahmen stammen von SPD-Mitgliedern.

Inzwischen ist das neue Parteiengesetz wirksam, an dem unsere Fraktion und unsere Schatzmeisterin maßgeblich mitgearbeitet haben. Wir wollen, dass damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Partei, in Parteien überhaupt, wieder zurückgewonnen werden kann. Wir hoffen, dass viele von ihnen weiterhin oder wieder eine fortschrittliche Politik mit ihren Spenden unterstützen.

Allerdings bedeutet das neue Gesetz auch Umstellungsarbeit für die Partei, da die neuen Vorschriften kommuniziert und eingehalten werden müssen. Wir haben mit Erfolg angeregt, dass jetzt auch alle Finanzverantwortlichen, Kassierer, Schatzmeisterin und Revisoren und Revisorinnen, den Gliederungen entsprechend und verstärkt geschult werden. Schließlich tragen die Genossinnen und Genossen auf allen Ebenen eine hohe Verantwortung, wenn sie diese Ämter übernehmen. Wir können ihnen nicht genug danken. Danken tun wir auch der Schatzmeisterei und der Schatzmeisterin.

Wichtig sind auch die Beiträge der Amts- und Mandatsträger und die Sonderbeiträge nach der Finanzordnung. Die werden in der Regel pflichtgemäß gezahlt. Ich forderte hier die wenigen Genossinnen und Genossen im Kabinett bzw. in den Aufsichtsräten und Beiräten auf, sofern sie dies noch nicht getan haben, endlich ihren satzungsgemäßen Verpflichtungen nachzukommen.

Sie sollten sich die Tausenden von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zum Vorbild nehmen, die mit ihren regelmäßigen Sonderbeiträgen und dem Verzicht auf Sitzungsgelder die finanziellen Stützen für die Basisarbeit in den Ortsvereinen sind, liebe Genossinnen und Genossen.

In diesem Zusammenhang muss ich auch die dramatische Mitgliederentwicklung unserer Partei kommentieren. In den letzten Monaten sind viel zu viele Mitglieder ausgetreten; neue sind kaum hinzugekommen. Wir alle wissen, dass das auch mit dem Regieren in Berlin zu tun hat. Der Frust vieler Mitglieder drückt sich in Austritten, aber auch in Kürzungen ihrer Mitgliedsbeiträge aus. Das Letztere wird sich bei einer weiteren Verschiebung der Altersstruktur besonders bemerkbar machen. Rentner und Pensionäre zahlen in der Regel nicht mehr die Beiträge, die sie als Erwerbstätige bezahlt haben.

Der Staat gibt den Parteien für jede Wählerstimme, aber auch für jeden kleinen Betrag bei den Beiträgen und Spenden eine Honorierung. Es wird also die Verwurzelung einer Partei im Volk honoriert.

Eine große, mitgliederstarke, wählerstarke Partei zu bleiben ist unser politisches Selbstverständnis. Wir als Kontrollkommission unterstreichen die Bedeutung der Mitglieder. Gerade weil wir auf die Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen durch den Parteivorstand zu achten haben, wie es uns das Statut vorgibt, muss es uns auch darum gehen, die Glaubwürdigkeit und die Programme immer wieder abzuklopfen in Bezug auf ihre Umsetzung und darauf, wie die Mitglieder dazu stehen. Denn Glaubwürdigkeit einer Partei verstärkt die Mitgliederbindung.

Ich weiß, dass wir uns mehr um die Mitglieder kümmern müssen. Das ist ein Auftrag an uns alle. Dafür gibt es kein Patentrezept. Aber wir müssen den Trend umkehren, die Politik besser erklären, vermitteln und nicht jeden Tag ein neues Ansinnen in die Welt setzen, sodass unsere Mitglieder mit der Erklärung nicht nachkommen. Mitgliederbetreuung muss groß geschrieben werden. Ein menschlicheres Antlitz der SPD muss gerade im Zeitalter der Globalisierung dadurch charakterisiert werden, dass Sicherheit, Glaubwürdigkeit und Programmatik, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität als Grundwerte der Zukunft und nicht nur als Grundwerte der Vergangenheit beschworen werden, weil Verunsicherung durch die Globalisierung Denken und Handeln der Menschen bestimmt. Wir müssen dazu beitragen, dass sie ihre Ortsbestimmung finden. Das ist wichtig; denn wir wollen unsere Werte nicht wechseln wie ein Hemd.

Die ständige Motivierung der Mitglieder gehört auch dazu. Auch wenn wir über das Internet sehr gut vertreten sind und Chatrooms anbieten, so kann der virtuelle Ortsverein allein nicht unsere Zukunft sein. Wir brauchen die inhaltliche Debatte, die direkte und persönliche Kommunikation zwischen den Mitgliedern.

Die SPD ist mehr als die Addition von Ich-AGs. Wir sind Teil einer Gemeinschaft. Nur so kann es gelingen, dass die SPD frei nach Goethes „Faust“ die Bande bindet, die zerstreut im Lande sind.

Die Debatte um die Zukunft der SPD ist nicht beendet. Erinnern wir uns aber: Mit viel Glück und erfolgreich absolvierten Bewährungsproben für den Bundeskanzler haben wir die Bundestagswahlen 2002 gewonnen, weil die ursprüngliche Wahlkampfstrategie umgestoßen worden ist. Die Mobilisierung unserer Mitglieder hat dabei keine geringe Rolle gespielt.

Ein Schwerpunkt der Arbeit der Kontrollkommission lag wegen der schwierigen finanziellen Lage wieder bei möglichen Maßnahmen zur Kostenreduzierung. Zum einen ging es darum, die Kosten für den Wahlkampf 2002 möglichst gering zu halten. Hier konnte sich die Kontrollkommission nicht durchsetzen. Das galt auch für die Kampa. Nicht jedes teure Konzept ist per se gut. Die Kampa war 1998 erfolgreich. Da war sie eine Innovation, die eine eigene mediale Wirkung entfaltete. Die externe Kampa 2002 hat nach unserem Urteil keine Mehrheit gebracht. Das sieht man schon daran, dass hundert Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WBH ihre Büros in der

Kampa aufgeschlagen hatten, während ihre Büros im Willy-Brandt-Haus verwaist waren.

Eine sehr hohe Miete samt Nebenkosten haben wir zusätzlich bezahlen müssen. Die SPD hat nicht die Millionen auf der hohen Kante, um sich derartige Experimente wiederholt leisten zu können.

Von daher zählt die Kontrollkommission auf den Erfolg der ersten internen Kampa, der Kampa für den Europawahlkampf im Willy-Brandt-Haus.

Der Medienetat war wieder die größte Position des Bundestagswahlkampfes. Wir wissen, es ist ungeheuer schwer, zu bilanzieren, welches Element, welches Instrument am effizientesten ist. Wir brauchen verlässliche Kriterien, um Geld, Instrumente und politische Ziele in einem Wahlkampf in Einklang zu bringen. Deswegen müssen wir für die Zukunft die Instrumentendebatte auch unter dem Gesichtspunkt führen, dass ausreichend finanzielle Ressourcen für die Weiterarbeit der Partei nach den Wahlen erhalten bleiben. Das gilt auch für die erforderlichen Ausschreibungen. Nicht alle Last-Minute-Aktivitäten sind das Geld wert, das sie kosten.

Einige der neuen Wahlkampfinstrumente haben wir zu loben. Das gilt insbesondere für die „Jungen Teams“ und wir wollen auch die aktive Mitarbeit der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen nicht verschweigen.

Nach Ende des Wahlkampfes ging und geht es darum, die Etats möglichst sparsam zu gestalten, um kampagnen- und politikfähig zu sein. Von daher muss es eine ständige Aufgabenkritik geben, damit es im Willy-Brandt-Haus auch zu den notwendigen Strukturveränderungen kommt.

Allerdings ist ein neuer Trend auffällig: Immer mehr Parteigliederungen wollen vom Parteivorstand Zuschüsse für Veranstaltungen bzw. führen Veranstaltungen nur dann durch, wenn sie vom Parteivorstand bezahlt werden. Wir brauchen dringend eine neue Debatte über Lasten- und Aufgabenverteilung. Doppelarbeit werden wir uns immer weniger leisten können.

Einsparungen sind sicherlich notwendig. Sie müssen nicht notwendigerweise zum Stellenabbau führen. Es ist ein Anliegen der Kontrollkommission, nicht durch Personalreduzierung die politische Kampagnenfähigkeit zu gefährden. Deshalb müssen Betriebsvereinbarungen über Sonderleistungen zwischen Geschäftsführungen und Betriebsrat geprüft werden. Dies geschieht ja schließlich auch in anderen Großorganisationen, in den Betrieben und in den öffentlichen Verwaltungen.

Genossinnen und Genossen, ein Ärgernis sind immer die hohen Kosten des Parteitages. Das war schon immer der Fall. Wir haben nachdrücklich gefordert, dass wir die Ausrichtung möglichst aller Parteitage am Ort des Sitzes der Parteizentrale ermöglichen, weil die außerordentlichen Parteitage, die wir in Berlin durchgeführt haben, zu außerordentlichen Kostenersparnissen geführt haben.

Ein Punkt noch, den ihr immer wissen wollt: War die Arbeit der stellvertretenden Parteivorsitzenden kostenneutral? Ich kann Euch hier nur bestätigen, dass die Arbeit kostenneutral gewesen ist und die Büros der stellvertretenden Parteivorsitzenden zusätzliche Aufzgaben mit ihren Referenten und Referentinnen bei der Betreuung von Kommissionen übernommen haben.

Genossinnen und Genossen, durch die umsichtige Tätigkeit der Schatzmeisterin, das Zusammenwirken der Abteilungen sowie das von der Kontrollkommission vor Jahren durchgesetzte Controlling, die EDV-gestützte Haushaltsführung und die Budgetierung geht es uns in der Partei trotz des strukturellen Defizits besser als den anderen politischen Parteien. Ich muss auch sagen: Es ist schon eine Freude, dass die EDV-Umstellung endlich erfolgreich abgeschlossen ist. Hier ist allen Beteiligten auf allen Ebenen herzlich zu danken.

Neben der Prüfung konkreter Ausgabepositionen muss es der Kontrollkommission auch darum gehen, Prozesse zu kontrollieren und zu bewerten sowie Verbesserungen vorzuschlagen. Zum Bereich Transparenz, Protokolle, Beschlüsse und Zuschüsse sind uns Probleme aufgefallen, deren Behebung wir gefordert haben. Es ist erfreulich, dass die Kreditbeziehungen zwischen Parteivorstand und Gliederungen im Prinzip umfassend funktionieren und der Parteivorstand über Kredite entscheidet – eine langjährige Forderung der Kontrollkommission.

Zuschüsse werden gelegentlich noch immer freihändig vergeben, auch wenn das Vier-Augen-Prinzip in der SPD gilt. Wir erwarten, dass bei Zuschüssen an Gliederungen künftig immer das Präsidium entscheidet, wenn nicht gar der Parteivorstand. Es geht hier schließlich um Transparenz, Klarheit und Gleichbehandlung der Gliederungen.

Wir fordern darüber hinaus auch, dass die Kontrolle über die Protokolle möglich ist, denn sonst fällt es uns manchmal schwer, nachzuvollziehen, ob alles mit rechten Dingen zugegangen ist, wie es in der Tat glücklicherweise der Fall ist.

Genossinnen und Genossen, was für die CDU die Spenden sind, sind für uns die Unternehmenserträge. Sie helfen uns, größere Belastungen zu tragen. Ich muss sagen, dass wir über das umsichtige Wirtschaften der ddvg sehr erfreut sind. Die Ausschüttungen reichen aus, um die Belastungen des Willy-Brandt-Hauses zu tragen. Das Versprechen, dass die Partei durch das Willy-Brandt-Haus in ihrer Kampagnenfähigkeit nicht beeinträchtigt wird, ist also eingehalten worden.

Dass die SPD Medien besitzt, darauf hat Inge schon hingewiesen. Die Kontrollkommission unterstützt die SPD, die sich dazu entschlossen hat, die Rundfunkgesetze mit einer Normenkontrollklage dem Bundesverfassungsgericht vorzulegen.

Ich möchte euch abschließend daran erinnern, dass der andere Unternehmensbereich für uns nicht weniger wichtig ist, nämlich die Immobilienverwaltung. Wir sind froh, dass sich von den 114 Grundstücken inzwischen 82 bereits in der treuhänderi-

schen Verwaltung der „Konzentration“ befinden. Es gibt viele korrekte Besitzformen, aber für die Kontrollkommission ist der treuhänderische Besitz die gewünschte Besitzform, weil sie parteirechtlich und steuerrechtlich unangreifbar ist.

Zusammengefasst, liebe Genossinnen und Genossen: Die finanzielle Lage der SPD ist nicht besonders rosig, aber wir können es schaffen, dass die SPD auch in Zukunft finanzstark bleibt, um sich gegenüber den politischen Gegnern zu behaupten.

Von daher, liebe Genossinnen und Genossen: Namens der Kontrollkommission der SPD beantrage ich die Entlastung des SPD-Parteivorstandes für den Berichtszeitraum vom Parteitag in Nürnberg bis heute.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Gleichstellungsbericht

Berichterstatlerin:

Karin Junker, MdEP
 Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft
 Sozialdemokratische Frauen (ASF) und
 Mitglied des Parteivorstandes der SPD

Inhaltsverzeichnis

Einleitung Karin Junker, MdEP

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)
 und Mitglied des Parteivorstandes der SPD 566

1. Die SPD auf Bundesebene	570
1.1 Mitgliederentwicklung	570
1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat	570
1.3 Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitag 1984 bis 2003	571
1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag November 2001 nach Landesverbänden / Bezirken	572
1.5 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	573
1.6 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften und Foren	574
2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene	575
2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1997 bis 2002	575
2.2 Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent (Stand: 31.12.2002))	577
2.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben	580
2.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände	581
2.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine	582
3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen	383
3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament	583
Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2003	583

3.2	SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag	584
3.2.1	Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949	584
3.2.2	Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion	585
3.2.3	Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949	585
3.2.4	Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen	586
3.2.4.1	Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ausschüsse und Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages	586
3.2.4.2	Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion	587
3.3	Bundesregierung	587
3.4	SPD-Fraktionen der Länderparlamente	588
3.4.1	Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)	588
3.4.2	Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen	589
3.4.3	Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden	590
3.5	Landesregierungen	591
3.5.1	Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	591
3.5.2	Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist	592
4.	Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen	593
4.1	Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 20.000 und mehr EinwohnerInnen (Stand 1.1.2001)	593
4.2	Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen (Stand: 1.9.2003)	593
4.3	Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene (Stand: 31.5.2003)	594
4.4	Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs (Stand 31.08.2003)	594
5.	Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	595
5.1	SPD-Parteivorstand	595
5.2	Maßnahmen zur Förderung von Frauen beim Parteivorstand der SPD – Personalreferat -	596
5.3	SPD-Landesverbände, –Bezirke und –Unterbezirke, Regionalgeschäfts- stellen und Kreisverbände	597
	Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben	598

Einleitung

Fünfzehn Jahre nach dem „Quotenbeschluss“ auf dem Münsteraner Parteitag ist in Form einer Zwischenbilanz zu fragen, was die Satzungsverpflichtung gebracht hat, für alle Ämter, Funktionen und Mandate zumindest vierzig Prozent jedes Geschlechtes zu berücksichtigen. Es gibt Highlights, zum Beispiel, dass die Hälfte der Bundesministerien mit Frauen besetzt sind und hier das praktiziert wird, was mit dem „Quotenbeschluss“ gewollt war: *Geschlechterparität*.

Es gibt inzwischen vielerorts eine Art von solider Frauenbeteiligung, die in Parität münden könnte, und natürlich auch Ausreißer im negativen Sinn. Wer sich in der Partei umsieht und umhört, muss allerdings feststellen, dass der „Quotenbeschluss“ häufig nicht als Mindestabsicherung für beide Geschlechter interpretiert, sondern als „Frauenquote“ missverstanden wird. Deshalb wird bei der Frauenförderung nicht selten so gerechnet: Beteiligung bis 40 Prozent muss zwar sein, aber dann ist Schluss!

Es liegt vor allem an den Frauen in der SPD klarzumachen, dass Männer nicht einen politisch angeborenen Anspruch auf 60-Prozent-Beteiligung haben. Ein Blick in die Zahlen des Quoten-Geburtsjahrs zeigt: Die jahrelange vorbereitende Debatte und Willensbildung hatte 1988 schon einen beachtlichen Schub an Frauenbeteiligung gebracht, auf dem dann aufgebaut werden konnte. Besonders die Entwicklung in den neuen Ländern belegt: Von null auf hundert funktioniert nicht. Da ist noch besonders viel zu tun.

Aber der Reihe nach. Die *Mitgliederentwicklung* gibt auch bei den Frauen keinen Anlass zur Freude. Zählten 1988 noch 240.325 zu den Parteibuchinhaberinnen (der Höchststand war 1990 mit 250.906 weiblichen Mitgliedern erreicht), waren es 2002 nur noch 205.950. Prozentual kletterte ihr Anteil von 26,35 Prozent (1988) über 27,30 Prozent (1990) auf 29,68 Prozent (2002). Spezifisch auf Frauen zugeschnittene Mitgliederwerbekampagnen sind ausgeblieben. Sie täten vor allem in Bezirken und Landesverbänden mit unterdurchschnittlichen Frauenanteilen Not.

Regional unterschiedlich ist der Anteil *weiblicher Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken*. In Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland übersteigt er 30 Prozent, in Thüringen, Hessen-Süd, Sachsen-Anhalt, Hessen-Nord und Sachsen unterschreitet er 27 Prozent.

Der Frauenanteil im *Parteivorstand* erreichte 1988 34,1 Prozent, stieg 1997 auf den bisherigen Höchststand von 51,1 Prozent und kam 2001 auf 42,4 Prozent. Hier zeigt sich, was auch anderen Daten zu entnehmen ist: In einigen Jahren nach dem „Quotenbeschluss“ boomte der Frauenanteil, was auch einem gewissen Nachholbedarf entsprach, bevor er wieder Richtung „Quotengrenze“ sank, was nicht ohne Misstrauen registriert wird.

Der Frauenanteil im *Präsidium* kam 1988 auf 31,3 Prozent und bewegte sich ab 1993 stabil auf über 45 Prozent (2001: 48,1 Prozent).

Ähnlich entwickelte sich der *Frauenanteil bei den Delegierten zu Bundesparteitagen*, der 1988 36,6 Prozent betrug und seitdem immer über 40 Prozent lag mit einem Spitzenwert von 47,7 Prozent in 2001. Je nach Bezirken bzw. Landesverbänden ergaben sich unterschiedliche Werte, die z. B. 2001 für die Pfalz, Weser-Ems, Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Teil weit unter der 40-Prozent-Marke lagen. Die guten Durchschnittswerte dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass nicht alle Untergliederungen ihren Verpflichtungen nachkommen.

Für die beim Parteivorstand angesiedelten *Kommissionen* ergibt sich ein ziemlich heterogenes Bild: Von insgesamt 10 Kommissionen kommen drei auf einen Frauenanteil von über 40 Prozent, sieben bleiben darunter. Am besten schneidet die Grundwertekommission ab, am schlechtesten die Kommission für Internationale Politik mit beschämenden 12,5 Prozent. Fünf Kommissionen werden immerhin von einer Frau als Vorsitzende geführt, in der europapolitischen Kommission gibt es einen Ko-Vorsitz.

Eine ziemliche Schwankungsbreite tritt auch bei den *Arbeitsgemeinschaften und Foren* auf. Der Frauenanteil der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen, der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus und der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD sowie das Forum Eine Welt und das Forum Familie haben einen Frauenanteil von über 40 Prozent, bei Jusos und Juso-Hochschulgruppen sind es exakt 40 Prozent. Sieben Kommissionen bzw. Foren schaffen diese Werte nicht, etwa das Forum Nachhaltigkeit und Mobilität (24,4 Prozent). Fünf Frauen und zehn Männer stehen an der Spitze einer Arbeitsgemeinschaft bzw. eines Forums (nicht eingerechnet die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen).

Ein Blick auf die Statistik der Landesverbände und Bezirke demonstriert einmal mehr, dass die SPD als *Partei der Stellvertreterinnen* stagniert. Nur in Baden-Württemberg und Sachsen gibt es eine Vorsitzende, in Bremen noch nicht einmal eine Stellvertreterin. Die Plätze in der ersten Reihe, die das äußere Erscheinungsbild prägt, sind somit weiterhin weitgehend mit Männern besetzt. Berlin, Nord-Niedersachsen und das Saarland weisen sogar in ihren Gesamtvorständen noch nicht einmal die vorgeschriebene 40-Prozent-Frauenbeteiligung auf, im Saarland wurde sie allerdings nur sehr knapp (39,1 Prozent) verfehlt. Besonders schwach ist das Bild bei Unterbezirken, Kreisverbänden und Ortsvereinen, wo Frauen nur im Ausnahmefall an der Spitze stehen und in vielen Vorständen auch sonst unterrepräsentiert sind.

Günstiger sieht es bei den Mandatsträgerinnen aus: 40 Prozent der *Europaabgeordneten* und 37,8 Prozent der *Bundestagsabgeordneten* sind weiblich. Die Aufgabenverteilung für letztere ist jedoch höchst unterschiedlich ausgefallen. In zwölf Ausschüssen liegt der Frauenanteil bei 40 Prozent und mehr, in zehn Ausschüssen unter vierzig Prozent. Die meisten SPD-Frauen finden sich in den Ausschüssen für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Tourismus und Petitionen, die wenigsten im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und im Auswärtigen Ausschuss. Kleiner

Trost: Die SPD-Ausschussvorsitze sind mit 5 : 5 paritätisch verteilt. Dennoch kann auf Dauer nicht hingenommen werden, dass Frauen ganze Politikbereiche so gut wie vorenthalten werden. In den Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion sind Frauen mit 38,1 Prozent (acht von 21) beteiligt, was ihrem Anteil in der Fraktion entspricht. Um die Entwicklung würdigen zu können, muss man sich vor Augen führen, dass der Frauenanteil in der SPD- Bundestagsfraktion fünf Jahre vor der „Quote“ mit 8,9 Prozent noch unter zehn Prozent und auch 1988 noch unter 17 Prozent lag. Der Tiefststand war 1972 mit 5,4 Prozent zu verzeichnen. Was lernen wir daraus? Z. B. dass Frauen noch lange nicht auf Erbhöfe vertrauen dürfen.

Auch bei den *Landtagen* hat es positive Effekte gegeben, die jedoch teilweise durch das regionale Wahlrecht stark behindert werden. In sieben Landtagen liegt der Frauenanteil bei 40 Prozent und mehr, vornehmlich in den Stadtstaaten, in neun jedoch unter 40 Prozent. Spitzenreiter ist Berlin mit 47,7 Prozent, Schlusslicht Baden-Württemberg mit 26,6 Prozent, was auch im Wahlrecht begründet ist. Auf diesen Mangel kann man sich aber nicht bei einem Frauenanteil von nur 18,7 Prozent im Fraktionsvorstand berufen.

Der Frauenanteil in den *SPD-geführten Landesregierungen unterscheidet sich nicht mehr so positiv von den unionsgeführten Landesregierungen*, die in jüngster Zeit „nachgelegt“ haben. Vorreiterfunktion hat Schleswig-Holstein mit der immer noch nur einzigen Ministerpräsidentin sowie mit einem paritätisch besetzten Kabinett.

Für die *Räte in den Kommunen* lässt sich pauschal sagen: Je größer die Einwohnerzahl, desto besser die Frauenbeteiligung. „Quotengerecht“ sind die Ergebnisse nur in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Weibliche (Ober-) Bürgermeister gibt es ebenso wie Fraktionsvorsitzende nur im Ausnahmefall. Entsprechend unterdurchschnittlich ist die Frauenbeteiligung in vielen SGK-Vorständen. Rühmliche Ausnahme hier: Bremen mit 54,5 Prozent.

Besonders enttäuschend ist die nach wie vor weitgehende Frauenlosigkeit in Führungspositionen im *hauptamtlichen Apparat der SPD*. Für das Willy-Brandt-Haus heißt das: Abteilungsleiterinnen – Fehlanzeige, Referatsleiterinnen – Fehlanzeige, Führung der Vorstandsbüros – magere 18,2-Prozent-Beteiligung (zwei Frauen), Referentinnen – 52,8 Prozent, Beschäftigte in Büro und Technik 56 Prozent. Bei den Bezirken und Landesverbänden sieht es nicht besser aus. Unter 18 leitenden Geschäftsführern verliert sich eine Frau (in Sachsen-Anhalt), unter den sonstigen Landes- und Bezirksgeschäftsführern gibt es gerade einmal eine Handvoll Frauen, aber unter den Beschäftigten „ohne politische Zuständigkeiten“ häufen sie sich.

Zumindest im Willy-Brandt-Haus soll das nicht so bleiben. Man hat sich dort inzwischen der Umsetzung des Beschlusses vom letzten ordentlichen Parteitag angenommen und damit begonnen, an einer Verbesserung der derzeitigen Situation zu arbeiten. Das Thema Gender Mainstreaming wurde mittlerweile in die Weiterbildungsprojekte der Hauptamtlichen des Parteivorstandes aufgenommen. Die hierfür

engerichtete paritätisch besetzte Arbeitsgruppe will längerfristig eine paritätische Verteilung von Männern und Frauen in den Führungspositionen des Willy-Brandt-Hauses erreichen und eine gendergerechte Personalentwicklungsplanung umsetzen, was nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit ist, sondern auch aus inhaltlichen Gründen dringend erforderlich ist. Solange der hauptamtliche Apparat so männerdominiert ist, wird es weiterhin Papiere, Reden, Presseerklärungen, Veranstaltungsplanungen, Kampagnen etc. ohne jeden Genderbezug geben, die, wenn überhaupt, oft nur mühsam nachgebessert werden können. Damit erfolgt das Handeln an der Zielgruppe Frauen schlichtweg vorbei: Dies kann von einer Frauennarbeitsgemeinschaft allein nicht ausgeglichen werden. Die künftigen Gleichstellungsberichte werden Gradmesser für die Erfolge sein.

Die letzten Wahlergebnisse haben uns drastisch vor Augen geführt, dass uns auch die Frauen das Vertrauen entziehen. Ihre Stimmen werden wir mühsam zurück erobern müssen. Das kann nicht gelingen ohne eine *zielgerichtete Politik für Frauen mit Frauen* in ehrenamtlichen Funktionen, Mandaten und Parteihäusern. Die Partei muss auf allen Ebenen die Konsequenzen insbesondere aus dem unbefriedigenden Zustand in den lokalen Untergliederungen und den kommunalen Politikvertretungen ziehen, etwa durch zielgruppengerecht ausgestaltete Ermutigungs- und Qualifizierungsprogramme sowie durch Arbeitsstrukturen, die auf die zeitlichen Möglichkeiten von Frauen eingehen.

Fünfzehn Jahre nach dem „Quotenbeschluss“ von Münster ist festzustellen, dass Frauen in der SPD erfreulich aufgeholt, aber keineswegs überall die Mindestabsicherung von 40 Prozent erreicht haben. Man muss nicht übertrieben pessimistisch sein, um zu befürchten, dass in weiteren zehn Jahren, die die Satzungs Vorschrift der Quote noch gibt, keineswegs überall zuverlässig die Mindestabsicherung erfüllt sein wird. Schon heute zeigen sich hier und dort allerlei Bemühungen, die Quote zu umgehen und am liebsten außer Kraft zu setzen. Deswegen mussten schon ganze Kommunallisten neu „gestrickt“ werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass manche Genossen nur darauf warten, dass die Quote nicht mehr gilt, um Frauen die Mandate und verantwortlichen Positionen wieder abzugeben, zumal in einer Zeit, in der auch diese Verteilungskämpfe härter werden.

Dem Parteivorstand ist daher zu danken, dass er sich das Anliegen der ASF zu Eigen gemacht hat, die Befristung aus der Satzung zu streichen. Die Frauen innerhalb und außerhalb der SPD sollen darauf bauen können, dass innerparteiliche Gleichstellung eine dauernde Aufgabe ist und nicht limitiert werden darf. Für Männer bleibt die Beteiligungsgarantie von 40 Prozent und die Beteiligungschance von 60 Prozent ebenso wie für Frauen. Aus heutiger Sicht hat niemand etwas zu verlieren, aber alle können gewinnen. Bleibt zu hoffen, dass der Parteitag sich diese Sicht der Dinge ebenfalls zu Eigen macht und dem Satzungsänderungsantrag zustimmt als einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit.

1. Die SPD auf Bundesebene

1.1 Mitgliederentwicklung

Jahr	Anzahl der Mitglieder gesamt	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in Prozent
1984	916.485	227.518	24,83
1986	912.854	233.708	25,60
1988	911.916	240.325	26,35
1990	919.1250.906	27,30	
31.12.1993	861.480	240.053	27,87
31.12.1994	849.474	238.192	28,04
31.12.1995	817.650	230.952	28,25
31.12.1996	792.773	225.622	28,46
31.12.1997	776.183	222.577	28,68
31.12.1998	775.036	224.213	28,93
31.12.1999	755.066	220.003	29,14
31.12.2000	734.667	215.633	29,35
31.12.2001	717.513	211.863	29,53
31.12.2002	693.894	205.950	29,68

1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat

	1988	1990	1991	1993	1995	1997	1999	2001	2003
Parteivorstand insgesamt	41	51	45	45	45	45	45	19	Wahl auf dem Parteitag November 2003
davon Frauen	14	18	17	19	21	23	21	45	
Frauenanteil in %	34,1	35,3	37,8	42,2	46,7	51,1	46,7	42,4	
Präsidium insgesamt	11	13	keine Angabe	13	13	13	13	13	Wahl Ende 2003 Parteirat
davon Frauen	4	5		5	5	5	6	7	
Frauenanteil in %	36,4	38,5		38,5	38,5	38,5	46,2	53,8	
Parteirat insgesamt	88	1	111 keine Angabe	1109	108	110			
davon Frauen	28	41		50	50	50	49	52	52
Frauenanteil in %	31,3	37,2		45,0	45,5	45,5	45,0	48,1	47,3

1.3 Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 bis 2003

	Anzahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
1984	83	18,9
1986	118	27,2
1988	159	36,6
1990	214	42,0
1991	203	43,5
1992	192	42,1
1993	198	42,1
1995	249	47,5
1996	231	46,2
1997	236	45,1
1998 ¹	244,6	
1999	217	45,2
2001	247,7	
2002 ²	203	45,9
2002 ³	184	43,6
2003 ⁴	211	46,0

¹ Außerordentlicher Parteitag Bonn 25.10.1998² Außerordentlicher Parteitag Berlin 02.06.2002³ Außerordentlicher Parteitag Berlin 20.10.2002⁴ Außerordentlicher Parteitag Berlin 01.06.2003

1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Parteitag November 2001 nach Landesverbänden / Bezirken

Landesverband / Bezirk	Zahl der Delegierten insgesamt	Zahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	19	9	47,4
Mecklenburg-Vorpommern	5	2	40,0
Hamburg	6	60,0	
Bremen	5	2	40,0
Nord-Niedersachsen	6	3	50,0
Weser-Ems	16	6	37,5
Hannover	26	14	53,8
Braunschweig	11	6	54,5
Sachsen-Anhalt	7	2	28,6
Brandenburg	9	5	55,5
Berlin	13	7	53,8
Ostwestfalen-Lippe	14	8	57,1
Westliches Westfalen	58	27	46,5
Niederrhein	34	14	41,2
Mittelrhein	26	11	42,3
Hessen-Nord	18	55,5	
Hessen-Süd	34	14	41,2
Thüringen	7	2	28,6
Sachsen	9	4	44,4
Saar	18	8	44,4
Rheinland / Hessen-Nassau	16	8	50,0
Rheinessen	6	3	50,0
Pfalz	13	5	38,5
Baden-Württemberg	39	19	48,7
Bayern	61	34	45,9
Gesamt	480⁵	247,7	

⁵ Ohne Mitglieder des Parteivorstandes

1.5 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

	Vorsitz Mann / Frau	Stv. Vorsitz	Zahl der Mitglieder insgesamt	Zahl der weiblichen Mitglieder	Frauen- anteil in Prozent
Kommission Grundwerte	Mann	1 Mann / 1 Frau	13	6	46,0
Kontroll- kommission	Frau	1 Mann	9	4	44,4
Bundesschieds- kommission	Frau	1 Mann / 1 Frau	7	3	42,9
Kommission Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Frau	Mann	34	14	38,9
Beirat der Parteischule	Frau	1 Frau	16	4	37,5
Historische Kommission	Mann	1 Mann / 1 Frau	31	11	35,5
Programm- kommission	Mann	3 Männer / 2 Frauen	48	14	29,2
Medienkommission	Frau	./.	11	3	27,3
Europapolitische Kommission	Mann / Frau	./.	60	15	25,0
Kommission Internationale Politik	Mann	1 Mann	24	3	12,5

1.6 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften und Foren⁶

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		weitere Vorstands- mitglieder		Frauen- anteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in Prozent
Arbeitsgemeinschaft ozialdemokratischer Frauen (ASF)	0	1	3	3	17	17	100,0
Forum Eine Welt	0	1	3	2	./.	./.	75,0
Forum Familie	0	1	./.	./.	16	11	70,6
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	1	0	2	2	8	3	45,4
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	1	0	2	1	6	3	44,4
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	1	0	2	2	4	1	42,9
Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	1	0	8	4	1	0	40,0
Bundesvorstand der Juso- Hochschulgruppen	1	0	./.	./.	5	2	40,0
Arbeitsgemeinschaft So- zialdemokratischer Juri- stinnen und Juristen (ASJ)	1	0	1	1	8	3	40,0
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)	0	1	1	0	6	2	37,5
Kulturforum der Sozial- demokratie	1	0	1	1	9	3	36,4
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	1	0	3	1	25	9	34,5
Arbeitsgemeinschaft Selb- ständige in der SPD (AGS)	1	0	5	2	7	2	30,8
Kuratorium des Wissen- schaftsforums der Sozial- demokratie	0	1	./.	./.	13	3	28,6
Forum Nachhaltigkeit und Mobilität	0	1	./.	./.	44	24,4	
Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie e.V. (FOD)-Vorstand ⁷	1	0	1	1	6	0	12,5

⁶ Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent

⁷ Daneben gibt es einen Beirat mit 35 Mitgliedern, davon sind 11 Frauen (31,43%). Das FOD hat eine Geschäftsführerin. Der Frauenanteil von Vorstand, Beirat und Geschäftsführerin gesamt beträgt 29,55%.

2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1997 bis 2002

Landesverbände/ Bezirke	31.12.1997	31.12.1998	31.12.1999	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002
Schleswig-Holstein*)	30.511 10.316	30.254 10.257	29.178 9.947	28.475 9.770	27.803 9.545	27.271 9.351
Mecklenburg-Vorpommern	3.576 976	3.420 949	3.508 999	3.462 986	3.363 968	3.343 980
Hamburg	15.884 5.542	15.527 5.386	14.025 5.127	14.760 4.981	14.355 4.863	13.787 4.742
Bremen	8.014 2.463	7.055 2.373	7.705 2.305	7.417 2.190	6.776 2.119	6.570 2.079
Nord-Niedersachsen	8.989 2.397	8.999 2.437	8.725 2.399	8.551 2.400	8.497 2.392	8.242 2.328
Weser-Ems	26.250 7.167	26.287 7.256	25.463 7.075	24.993 7.016	24.780 7.012	23.900 6.802
Hannover	44.018 12.035	43.704 12.078	42.478 11.791	41.531 11.658	41.184 11.717	39.820 11.401
Braunschweig	18.831 5.097	18.844 5.153	18.388 5.038	17.840 4.94.911	17.693 4.785	17.113
Sachsen-Anhalt	6.096 1.578	6.130 1.578	6.150 1.61.548	5.870 1.507	5.694 1.450	5.446
Brandenburg	6.936 1.775	7.575 1.979	7.544 2.025	7.518 2.060	7.547 2.089	7.472 2.079
Berlin	21.262 6.870	20.578 6.665	20.430 6.646	20.189 6.564	20.039 6.513	19.057 6.259
Ostwestfalen-Lippe	23.004 6.286	22.863 6.315	22.389 6.221	21.749 6.093	21.176 5.955	Nordrhein-Westfalen ⁸
Westliches Westfalen	103.416 32.547	103.347 32.637	100.423 31.888	96.652 30.892	92.870 29.834	
Niederrhein	54.508 16.330	54.753.302 16.562	51.119 16.213	48.926 15.634	15.042	
Mittelrhein	44.300 14.086	44.846 14.279	43.218 13.790	41.770 13.383	40.206 12.876	194.652 61.130
Nordrhein-Westfalen	225.228 69.249	225.766 69.793	219.332 68.112	211.290 66.002	203.178 63.707	

⁸ Durch Organisationsreform wurden die bisherigen vier Bezirke am 01.01.2002 aufgelöst und zum Landesverband Nordrhein-Westfalen zusammengelegt.

GLEICHSTELLUNGSBERICHT

Landesverbände/ Bezirke	31.12.1997	31.12.1998	31.12.1999	31.12.2000	31.12.2001	31.12.2002
Hessen-Nord	35.145 8.289	34.827 8.286	33.989 8.160	33.239 8.062	32.432 7.962	31.307 7.718
Hessen-Süd	64.682 16.484	63.438 16.355	61.300 15.912	59.804 15.642	58.261 15.379	55.827 14.897
Thüringen	5.587 1.434	5.781 1.523	5.857 1.586	5.694 1.545	5.556 1.499	5.402 1.445
Sachsen	5.246 1.21.237	5.358 1.242	5.280 1.224	5.198 1.21.194	5.133	5.022
Saar	37.008 10.874	37.579 11.173	36.673 11.014	35.533 10.718	34.107 10.331	32.666 9.925
Rheinland/ Hessen- Nassau	27.727.503 6.870	27.205 6.909	26.201 6.933	25.633 6.717	6.627	Rheinland- Pfalz ⁹ 56.958 15.628
Rheinhausen	10.882 3.285	10.745 3.279	10.668 3.280	10.359 3.235	10.172 3.205	
Pfalz	25.247 6.495	24.952 6.513	24.664 6.546	23.919 6.399	23.188 6.221	
Rheinland- Pfalz	63.858 16.650	63.200 16.701	62.537 16.759	60.479 16.351	58.993 16.053	
Baden- Württemberg	52.565 15.072	52.332 15.126	51.156 14.948	50.784 15.063	50.077 14.935	49.243 14.757
Bayern	98.213 27.720	97.732 27.908	94.901 27.292	92.807 26.924	92.375 27.151	90.796 27.000
SPD gesamt	777.899	775.036	755.066	734.667	717.513	693.894
Männer	554.701	550.823	535.024	519.034	505.650	487.944
Frauen	223.198	224.213	219.987	215.633	211.863	205.950
Frauenanteil in %	28,69	28,93	29,13	29,35	29,52	29,68

*) 1. Zeile: gesamt 2. Zeile: weiblich

⁹ Durch Organisationsreform wurden die bisherigen drei Bezirke am 14.01.2002 aufgelöst und zum Landesverband Rheinland-Pfalz zusammengelegt.

2.2 Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent (Stand: 31.12.2002))

Landesverbände/ Bezirke	gesamt	weiblich	Frauenanteil in Prozent
Hamburg	13.787	4.742	34,39
Schleswig- Holstein	27.271	9.351	34,
Berlin	19.057	6.259	32,84
Bremen	6.570	2.079	31,64
Nordrhein-Westfalen	194.652	61.130	31,40
Saar	32.666	9.925	30,38
Baden-Württemberg	49.243	14.757	29,97
Bayern	90.796	27.000	29,74
Mecklenburg-Vorpommern	3.343	980	29,31
Hannover	39.820	11.401	28,63
Weser-Ems	23.900	6.802	28,46
Nord-Niedersachsen	8.242	2.328	28,25
Braunschweig	17.113	4.785	27,96
Brandenburg	7.472	2.079	27,82
Rheinland-Pfalz	56.958	15.628	27,44
Thüringen	5.402	1.445	26,75
Hessen-Süd	55.827	14.897	26,68
Sachsen-Anhalt	5.446	1.450	26,63
Hessen-Nord	31.307	7.718	24,65
Sachsen	5.022	1.194	23,78

2.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke¹⁰

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes-/Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
			Frauenanteil gesamt / davon Frauen und in Prozent (zum Vergleich Angaben von 1999 und 2001)		
		gesamt / davon Frauen	1999	2001	2003
Schleswig-Holstein	nein	2 / 1	47,1	7 / 17 41,2	5 / 11 45,4
Mecklenburg-Vorpommern	nein	2 / 1	46,7	7 / 15 46,7	8 / 16 50,0
Hamburg	nein	2 / 2	50,0	11 / 25 44,0	12 / 30 40,0
Bremen	nein	1 / 0	41,2	7 / 17 41,2	8 / 17 47,1
Nord-Niedersachsen	nein	3 / 1	40,0	7 / 15 46,7	5 / 16 31,3
Weser-Ems	nein	3 / 2	44,4	8 / 18 44,4	8 / 18 44,4
Hannover	nein	3 / 2	47,6	9 / 21 42,9	9 / 21 42,9
Braunschweig	nein	2 / 1	46,7	6 / 15 40,0	6 / 15 40,0
Sachsen-Anhalt	nein	3 / 1	41,2	7 / 17 41,2	8 / 17 47,0
Brandenburg	nein	4 / 2	40,0	7 / 17 41,2	7 / 17 41,2
Berlin	nein	4 / 2	50,0	7 / 13 53,8	9 / 34 27,0

¹⁰ Quelle: eigene Angaben der Landesverbände und Bezirke

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes-/Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
		gesamt / davon Frauen	Frauenanteil gesamt / davon Frauen und in Prozent (zum Vergleich Angaben von 1999 und 2001)		
			1999	2001	2003
Ostwestfalen-Lippe ¹¹	nein	1 / 0	41,2	7 / 17 41,2	Nordrhein-Westfalen ¹² 17 / 36 47,22
Westliches Westfalen	nein	3 / 2	40,0	9 / 20 45,0	
Niederrhein	nein	2 / 1	40,0	6 / 14 42,9	
Mittelrhein	nein	2 / 1	43,5	10 / 23 43,5	
Nordrhein-Westfalen	nein	4 / 2	50,0	10 / 19 52,6	
Hessen-Nord	nein	2 / 1	42,1	10 / 19 52,6	8 / 19 42,0
Hessen-Süd	nein	2 / 1	40,0	9 / 20 45,0	9 / 20 45,0
Thüringen	nein	4 / 2	44,0	11 / 24 45,8	11 / 24 45,8
Sachsen	ja	2 / 1	45,0	9 / 21 42,9	8 / 20 40,0
Saar	nein	4 / 2	45,0	9 / 20 45,0	9 / 23 39,1

¹¹ Die Angaben über weibliche Landes-/Bezirksvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von Ostwestfalen-Lippe, Westliches Westfalen, Niederrhein und Mittelrhein sind von 2001; die Angaben von 2003 befinden sich in der Spalte Nordrhein-Westfalen.

¹² Durch Organisationsreform wurden die bisherigen vier Bezirke am 01.01.2002 aufgelöst und zum Landesverband Nordrhein-Westfalen zusammengelegt.

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes-/Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
		gesamt / davon Frauen	Frauenanteil gesamt / davon Frauen und in Prozent (zum Vergleich Angaben von 1999 und 2001)		
			1999	2001	2003
Rheinland / Hessen-Nassau ¹³	nein	2 / 1	52,9	9 / 17 52,9	Rheinland-Pfalz ¹⁴ 10 / 23 43,5
Rheinhausen	nein	2 / 1	40,0	6 / 15 40,0	
Pfalz	nein	2 / 1	35,3	7 / 17 41,2	
Rheinland-Pfalz	nein	3 / 0	47,6	47,6	
Baden-Württemberg	ja	4 / 1	40,7	11 / 27 40,7	11 / 27 40,7
Bayern	nein	4 / 2	43,6	16 / 38 42,1	16 / 38 42,1

Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

Landesverband	weibliche Landesvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landesvorstände		
		gesamt / davon Frauen	Frauenanteil gesamt / davon Frauen und in Prozent (zum Vergleich Angaben von 1999 und 2001)		
			1999	2001	2003
Niedersachsen	nein	4 / 2	45,5	5 / 5 / 10 50,0	50,0
Hessen	nein	3 / 1	44,4	8 / 18 44,4	8 / 18 44,4

¹³ Die Angaben über weibliche Bezirksvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von Rheinland/Hessen-Nassau, Rheinhausen und Pfalz sind von 2001; die Angaben von 2003 sind in der Spalte Rheinland-Pfalz ersichtlich.

¹⁴ Durch Organisationsreform wurden die bisherigen drei Bezirke am 14.01.2002 aufgelöst und zum Landesverband Rheinland-Pfalz zusammengelegt.

2.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände¹⁵

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände		
	Anzahl der Vor- sitzenden	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent	Anzahl der Vor- stands- mitglieder	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent
Schleswig-Holstein	15	3	20,0	174	63	36,2
Mecklenburg-Vorpommern	18	3	16,6	146	59	40,4
Hamburg	7	2	28,6	116	50	43,1
Bremen	3	1	33,3	34	18	52,9
Nord-Niedersachsen	6	2	33,3	82	34	41,5
Weser-Ems	17	5	29,4	279	121	43,4
Hannover	14	2	14,2	267	111	41,6
Braunschweig	9	3	33,3	160	61	38,1
Sachsen-Anhalt	24	5	20,8	218	80	36,7
Brandenburg	17	2	11,8	217	75	34,6
Berlin	12	1	8,3	177	73	41,2
Nordrhein-Westfalen	54	8	14,8	986	387	39,3
Hessen-Nord	8	0	0	144	79	54,9
Hessen-Süd	19	3	15,8	430	152	34,3
Thüringen	23	3	13,0	158	53	33,5
Sachsen	3	30,0	134	37	27,6	
Saar	7	0	0	163	59	36,2
Rheinland-Pfalz	28	5	17,9	505	204	40,4
Baden-Württemberg	43	16	37,2	701	258	36,8
Bayern	114	33	28,9	2684	948	35,3
gesamt	462	81	17,5	8.102	2.587	31,9

¹⁵ Stand 09/2003

2.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine			Vorstände der Ortsvereine		
	Anzahl der Vor- sitzenden	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent	Anzahl der Vor- stands- mitglieder	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent
Schleswig-Holstein	611	146	23,9	3.147	1.028	32,6
Mecklenburg-Vorpommern	151	31	20,5	491	156	31,7
Hamburg	80	20	25,0	748	279	37,3
Bremen	55	16	29,1	447	171	38,2
Nord-Niedersachsen	78	20	25,6	730	242	33,2
Weser-Ems	315	57	18,1	3.169	867	27,4
Hannover	581	15,8	3.600	1.993	55,4	
Braunschweig	181	36	19,8	1.465	433	29,6
Sachsen-Anhalt	270	40	14,8	809	228	28,2
Brandenburg	257	42	16,3	874	256	29,3
Berlin	137	21,2	1.730	620	35,8	
Nordrhein-Westfalen	1.599	265	16,6	16.977	5.392	31,8
Hessen-Nord	593	62	10,5	3.702	737	19,9
Hessen-Süd	431	99	22,9	4.523	1.288	28,5
Thüringen	286	45	15,7	680	183	26,9
Sachsen	187	28	15,0	781	191	24,5
Saar	341	43	12,6	3.802	1.030	27,1
Rheinland-Pfalz	1.112	197	17,7	8.545	2.251	36,3
Baden-Württemberg	946	218	23,0	6.463	2.017	31,2
Bayern	1.807	212	11,7	14.624	4.163	28,5
gesamt	10.228	1.773	17,3	77.765	22.632	29,1

3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament

Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 2003

	1979	1984	1989	1994	1999	2001	2003
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten	7	8	12	17	14	14	14
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in %	20,0	25,0	38,7	42,5	42,4	40,0	40,0

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten konnte seit der ersten Direktwahl 1979 kontinuierlich gesteigert werden und liegt derzeit bei 40 Prozent. Der Rückgang des Frauenanteils 2001 und 2003 auf 40% gegenüber dem Jahr 1999 mit 42,4% ist auf den Wechsel zweier Grüner Abgeordneter im Oktober 2000 in die SPD zurückzuführen. Dadurch ist die deutsche Gruppe auf 35 Abgeordnete (14 Frauen und 21 Männer, statt 19 Männer) angewachsen.

Der Frauenanteil im Europäischen Parlament insgesamt liegt bei 31,4 Prozent (196 Frauen von 625 Abgeordneten). Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) konnte ihren weiblichen Anteil weiter auf 40% steigern (von 175 Abgeordneten sind 70 Frauen), wobei die SPD nach wie vor mit 40 prozentigem Frauenanteil über dem Durchschnitt und mit großem Abstand vor den konservativen Parteien liegt¹⁶.

¹⁶ Stand 2. September 2003

3.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag**3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949**

Jahr der Bundestagswahl		absolut	in Prozent
1949	1)	13	9,5
	2)	16	11,5
1953	1)	21	12,9
	2)	22	13,4
1957	1)	22	12,2
	2)	22	12,2
1961	1)	21	10,3
	2)	23	11,1
1965	1)	19	8,7
	2)	19	8,8
1969	1)	18	5,9
	2)	17	7,3
1972	1)	13	5,4
	2)	15	6,2
1976	1)	15	8,5
	2)	17	9,4
1980	1)	19	8,3
	2)	20	8,9
1983	1)	21	10,4
	2)	23	11,4
1987	1)	31	16,1
	2)	38	16,8
1990	1)	65	27,2
	2)	65	27,2
1994	1)	86	34,1
	2)	88	35,1
1998	1)	105	35,2
	2)	108	36,9
2002	1)	95	37,8

1) zu Beginn der Legislaturperiode

2) am Ende der Legislaturperiode

3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören der Fraktionsvorsitzende, die acht stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die vier parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie kraft Amtes der Bundestagspräsidentin und die Bundestagsvizepräsidentin an. Unter diesen 15 Mitgliedern sind 6 Frauen (drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, zwei parlamentarische Geschäftsführerinnen sowie die Bundestagsvizepräsidentin), der Frauenanteil liegt bei 40,2 Prozent. Unter den weiteren 30 Vorstandsmitgliedern sind 13 Frauen (43,3 Prozent). Im insgesamt 45-köpfigen Fraktionsvorstand beträgt der Frauenanteil 42,2 Prozent (19 Frauen).

3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

		Anzahl der Frauen	Frauenanteil in %
1. Wahlperiode	1949-1953	1	5,2
2. Wahlperiode	1953-1957	3	14,2
3. Wahlperiode	1957-1961	2	8,6
4. Wahlperiode	1961-1965	2	8,3
5. Wahlperiode	1965-1967	2	7,6
6. Wahlperiode	1969-1972	3	10
7. Wahlperiode	1972-1976	4	13,3
8. Wahlperiode	1976-1980	3 ab 23.3.78: 4	10 12,9
9. Wahlperiode	1980-1983	4	12,5
10. Wahlperiode	1983-1987	6 Ende 1986: 7	14,2 20
11. Wahlperiode	1987-1990	11	27,5
12. Wahlperiode	1990-1994	14 1993: 19	29,2 42,2
13. Wahlperiode	1994-1998	18	40,0
14. Wahlperiode	1998-2002	22 2001: 20	46,8 42,6
15. Wahlperiode	ab 2002	19	42,2

3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

3.2.4.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ausschüsse und Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages¹⁷

	Anzahl der ordentlichen SPD-Ausschussmitglieder	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in Prozent
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	13	76,9	
Ausschuss für Tourismus	7	5	71,4
Petitionsausschuss	11	6	54,5
Enquetekommission Ethik und Recht der modernen Medizin	6	3	50,0
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	13	9	46,2
Verteidigungsausschuss	13	6	46,2
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	7	3	42,9
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe	7	3	42,8
Ausschuss für Kultur und Medien	7	3	42,8
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	17	7	41,2
Ausschuss für Gesundheit und soziale Sicherheit	17	7	41,2
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4	40,0	
Haushaltsausschuss	19	7	36,8
Innenausschuss	16	6	35,7
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	14	5	35,7
Rechtsausschuss	14	4	28,6
Finanzausschuss	14	4	28,6
Sportausschuss	7	2	28,6
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit	18	5	27,7
Auswärtiger Ausschuss	16	4	25,0
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	13	3	23,1
Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union	14	1	7,1

¹⁷ In der Rangfolge der Frauenbeteiligung

Die SPD stellt in 10 der 21 Ausschüsse des Deutschen Bundestages den Vorsitz. Fünf dieser Ausschüsse haben eine sozialdemokratische Abgeordnete als Vorsitzende.

- Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: Erika Simm
- Innenausschuss: Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast
- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Kerstin Griese
- Ausschuss für Kultur und Medien: Monika Griefahn
- Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft: Herta Däubler-Gmelin

Die SPD stellt 10 stellvertretende Ausschussvorsitzende, davon haben zwei SPD-Frauen den stellvertretenden Vorsitz in folgenden Ausschüssen inne:

- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Ulla Burchard
- Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen: Annette Faße

3.2.4.2 Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion

Von den 21 Ausschussarbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, die entsprechend der Ausschüsse des Bundestages arbeiten, haben 8 eine Sprecherin (8 von 21 = 38,1 Prozent).

3.3 Bundesregierung

	insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Bundesminister/innen	13	6	46,2
SPD:	5	50,0	
B 90 /Grüne:	3	1	33,3
Parlamentarische Staatssekretäre / Staatssekretärinnen ¹⁸	27	12	44,4
SPD:	19	5	26,3
B 90 /Grüne:	7	6	85,7
parteilos:	1	1	

¹⁸ einschließlich Staatsminister im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt

3.4 SPD-Fraktionen der Länderparlamente**3.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen**
(Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	letzte Wahlen am
1. Berlin	44	21	47,7	21.10.01
2. Bremen	40	18	45,0	25.05.03
3. Sachsen ¹⁹	14	6	42,9	19.09.99
4. Niedersachsen	63	27	42,9	02.02.03
5. Bayern	41	17	41,5	21.09.03
6. Hamburg	46	19	41,3	23.09.01
7. Saarland	25	40,0	05.09.99	
8. Sachsen-Anhalt	25	40,0	21.04.02	
9. Hessen	33	13	39,4	02.02.03
10. Schleswig-Holstein	41	16	39,0	27.02.00
11. Thüringen	18	7	38,9	12.09.99
12. Nordrhein-Westfalen	102	38	37,3	14.05.00
13. Rheinland-Pfalz	49	18	36,7	25.03.01
14. Mecklenburg-Vorpommern	33	30,3	22.09.02	
15. Brandenburg	36	27,7	05.09.99	
16. Baden-Württemberg	45	12	26,6	25.03.01

¹⁹ Am Wahltag wurden 6 Frauen gewählt. Eine ist mittlerweile Bürgermeisterin, eine weitere Bundestagsabgeordnete. Für diese beiden Frauen sind Männer nachgerückt.

3.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder**Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen²⁰**

	stellvertretende Fraktions- vorsitzende / davon Frauen	weitere Mitglieder/ Beisitzer/innen des Fraktions- vorstandes / davon Frauen	Frauenanteil im Fraktions- vorstand in %
Baden-Württemberg	1 / 1	16 / 3	18,7
Bayern	3 / 3	20 / 7 ²¹	38,5 ²²
Berlin	4 / 3	7 / 3	46,2
Brandenburg	4 / 2	5 / 2	40,0
Bremen	2 / 1	9 / 5	50,0
Hamburg	4 / 2	10 / 4	40,0
Hessen	4 / 3	2 / 0	42,9
Mecklenburg-Vorpommern	4 / 2	9 ²³ / 3 ²⁴	33,0
Niedersachsen	1 / 0	9 / 4	44,0
Nordrhein-Westfalen	9 ²⁵ / 4	36 / 30,4	
Rheinland-Pfalz	5 / 2	15 / 8	45,4
Saarland	3 / 1	6 / 3	40,0
Sachsen	2 / 1	2 / 1	40,0
Sachsen-Anhalt	2 / 2	10 / 5	50,0
Schleswig-Holstein	3 / 2	3 / 1	42,9
Thüringen	3 / 1	3 / 2	33,3

²⁰ Alle Landtagsfraktionen haben einen männlichen Vorsitzenden.

²¹ Der neue Fraktionsvorstand nach den Wahlen am 21.9.2003 ist noch nicht berücksichtigt.

²² Der neue Fraktionsvorstand nach den Wahlen am 21.9.2003 ist noch nicht berücksichtigt.

²³ 6 sind stimmberechtigt; 3 beratend

²⁴ 2 sind stimmberechtigt; 1 beratend

²⁵ Einschließlich der Parlamentarischen Geschäftsführerin.

3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und -Ausschussvorsitzenden

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen	Ausschüsse der Parlamente
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt / davon Frauen	SPD-Ausschussvorsitzende insgesamt / davon Frauen
Baden-Württemberg	9 / 2	4 / 0 ²⁶
Bayern	12 / 5	4 / 1 ²⁷
Berlin	7 / 3	6 / 4
Brandenburg	12 / 3	5 / 2
Bremen	0 / 0	10 / 3
Hamburg	16 / 5	6 / 2
Hessen	9 / 4	3 / 1
Mecklenburg-Vorpommern ²⁸	4 / 2	6 / 2
Niedersachsen	10 / 4	7 / 5
Nordrhein-Westfalen	26 / 8	12 / 5
Rheinland-Pfalz	14 / 6	8 / 3
Saarland	11 / 5	5 / 2
Sachsen	5 / 2	1 / 0
Sachsen-Anhalt	6 / 3	3 / 0
Schleswig-Holstein	9 / 2	5 / 1
Thüringen	5 / 1	2 / 2

²⁶ Es gibt eine Stellvertreterin. Weiterhin hat die SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg einen männlichen und eine weibliche Genderbeauftragte(n) und hat begonnen, den Themenbereich „Arbeit und Wirtschaft“ als Gender-Mainstreaming-Projekt zu bearbeiten.

²⁷ Die Besetzung der Ausschüsse des am 21.9.2003 neu gewählten Landtages ist noch nicht berücksichtigt.

²⁸ In der SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern gibt es keine Arbeitskreise, sondern Vorstandsbereiche.

3.5 Landesregierungen

3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt ³⁰	Zahl der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder insgesamt	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Berlin SPD/PDS-Koalition	9	6	2 SPD: 1 PDS: 1	22,2
Brandenburg SPD/CDU-Koalition	5	3	27,3 SPD: 1 CDU: 2	
Bremen SPD/CDU-Koalition	9	6	2 SPD: 2 CDU: 0	22,2
Mecklenburg-Vorpommern SPD/PDS-Koalition	9	6	2 SPD: 1 PDS: 1	22,2
Nordrhein-Westfalen SPD/Grüne-Koalition	13	5	38,5 SPD: 3 Grüne: 1 Parteilos: 1	
Rheinland-Pfalz SPD/FDP-Koalition	9	7	3 SPD: 3 FDP: 0	33,3
Schleswig-Holstein SPD/Grüne-Koalition	8	6	4 SPD: 3 Grüne: 1	50,0

²⁹ Quelle: Oeckl. Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de), eigene Recherchen und Berechnungen

³⁰ einschließlich der Ministerpräsidenten und der Ministerpräsidentin bzw. Regierenden Bürgermeisters

3.5.2 Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt ³⁰	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Baden-Württemberg CDU/FDP-Koalition	11	2 CDU: 1 FDP: 1	18,2
Bayern CSU-Regierung	12	3 CSU: 3	25,0
Hamburg CDU/FDP/PRO Koalition	11	2 CDU: 1 Parteilos:1	18,2
Hessen CDU Regierung	9	3 CDU: 3	30,0
Niedersachsen CDU/FDP-Koalition	2	20,0 CDU: 2	
Saarland CDU-Regierung	7	3 CDU: 3	37,5
Sachsen CDU-Regierung	9	1 CDU: 1	11,1
Thüringen CDU-Regierung	2	20,0 CDU: 2	
Sachsen-Anhalt CDU/FDP-Koalition	8	1 CDU: 1	11,1

4. Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen

4.1 Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 20.000 und mehr EinwohnerInnen (Stand 1.1.2001)³¹

Gemeinden in der Größenklasse:	SPD-Ratsmitglieder	davon Frauen		zum Vergleich in v. H.	
		absolut	in v. H.	2000	1997
1.000.000 und mehr	127	58	45,7	49,3	47,2
500.000 – 1.000.000	297	130	41,4	39,9	39,2
200.000 – 500.000	506	190	37,6	37,7	32,2
100.000 – 200.000	775	278	35,9	35,3	33,2
50.000 – 100.000	1652	503	30,4	31,1	28,9
20.000 – 50.000	5560	1555	27,9	27,6	25,8
Insgesamt	8917	2714	30,5	30,2	28,2

³¹ Quelle: Deutscher Städtetag, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohner/innen

4.2 Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen (Stand: 1.9.2003)

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt	davon Frauen in Prozent	Frauenanteil
in Städten			
100.000 und mehr	74	7	9,5 %
50.000 bis 100.000	77	7	9,0 %
in Kreisen	252	11,5 %	
Insgesamt	40 ³²	43	10,7 %

³² Aktuelle Daten für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind nicht verfügbar. Die Daten für Bayern sind nicht vollständig verfügbar.

4.3 Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene (Stand: 31.5.2003)³³

Anzahl	Anzahl von allen sozialdemokratischen Amtsinhaber/innen gesamt	Anzahl von weiblichen Amtsinhabern	Frauenanteil in Prozent
Oberbürgermeisterinnen ³⁴	128	7,8 %	
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW	28	5	17,8 %
Landrätinnen	92	7	7,6 %

³³ Quelle: Bundes-SGK

³⁴ Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der/die Bürgermeister/in den Titel „Oberbürgermeister/in“ führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern/innen vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher.

4.4 Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs³⁵ (Stand 31.08.2003)

Vorstände	ordentliche Mitglieder	davon Frauen	in Prozent
Bundes-SGK	31	11	35,5 %
SGK Baden-Württemberg	27	8	29,6 %
SGK Bayern	27	5	18,5 %
SGK Berlin	20	5	25,0 %
SGK Brandenburg	17	4	23,5 %
SGK Bremen	11	6	54,5%
SGK Hamburg	13	3	23,1 %
SGK Hessen	16	6	37,5 %
SGK Mecklenburg-Vorpommern	15	4	26,7 %
SGK Niedersachsen	23	6	26,1 %
SGK Nordrhein-Westfalen	30	13	43,3 %
SGK Rheinland-Pfalz	17	4	23,5 %
SGK Saarland	17	2	11,8 %
SGK Sachsen	4	40,0 %	
SGK Sachsen-Anhalt	9	2	22,2 %
SGK Schleswig-Holstein	5	50,0 %	
SGK Thüringen	13	4	30,8 %

In zwei Ländern ist eine Frau Vorsitzende der Landes-SGKs:
 Brigitte Fronzek, Bürgermeisterin Elmshorn (Schleswig-Holstein)
 Heike Taubert, stellvertr. Landrätin Greiz (Thüringen)

³⁵ Quelle: Bundes-SGK

5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

5.1 SPD-Parteivorstand³⁶

	Frauen		Männer	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Abteilungsleiterinnen/ Abteilungsleiter	0	0	5	100
Pressesprecherin/ Pressesprecher	0	0	1	100
Leiterinnen / Leiter bzw. Referentinnen / Referenten und persönliche Referen- tinnen und Referenten in Vorstandsbüros	2	18,2	9	81,8
Referatsleiterinnen/ Referatsleiter	0	0	4	100
Referentinnen/ Referenten	25	47,2	28	52,8
Sachbearbeiterinnen/ Sachbearbeiter	78,4	8	21,6	
Sekretärinnen/ Sekretäre	45	100	0	0
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Bürobereich	11	44,0	14	56,0
Auszubildende	2	100	–	–
gesamt	116	62,7	69	37,3

³⁶ Quelle: Personalreferat des SPD-Parteivorstandes, Stand der Erhebung 21.08.2003. Beim Vergleich zu den Vorjahren ist zu beachten, dass heute mehr Teilzeitstellen im Bereich der Sekretariate eingerichtet wurden im Gegensatz zu früheren Jahren.

5.2 Maßnahmen zur Förderung von Frauen beim Parteivorstand der SPD – Personalreferat –

Um mehr Frauen in Positionen ab ReferentInnenebene vermitteln zu können, muss analysiert werden, wie BewerberInnen für diese Bereiche zum Parteivorstand kommen.

Bei Auswahlverfahren werden immer Männer und Frauen in gleicher bzw. Frauen verstärkt berücksichtigt. Ausschlaggebend für Männer ist oftmals objektiv mehr Erfahrungshintergrund durch vorangegangene verantwortungsvolle Positionen oder bestehende Netzwerke in die Politik und ihre Gremien.

Eine Veränderung muss längerfristig angelegt werden, bereits bei den PraktikantInnen sind ca. 80 % der anfragenden Personen Männer. Über diverse Praktika wird oftmals ein Einstieg in die Organisation ermöglicht. Hier sollte in Zusammenarbeit mit Organisationen und Universitäten erreicht werden, dass mehr Frauen für Praktika, Volontariate, Trainees oder studentische Aushilfsarbeiten interessiert werden.

Männern und Frauen soll beim Parteivorstand durch flexible Arbeitszeiten ermöglicht werden, während oder nach der Elternzeit in der gleichen Position tätig zu sein, um Karrierechancen nicht zu unterbrechen.

Teilzeitarbeit wird ermöglicht und kann durch die Gesetzesänderung vom Arbeitnehmer / von der Arbeitnehmerin eingefordert werden.

Als Auszubildende wurden 2 jungen Frauen eingestellt.

Die individuelle Aus- und Weiterbildung ermöglicht eine Entwicklung am jeweiligen Arbeitsplatz und innerhalb der Organisation. Fortbildung wird mehrheitlich von Frauen wahrgenommen.

Das neue Programm der Hauptamtlichen-Qualifizierung „Innovation , Qualitätsentwicklung, Personalentwicklung“ für die MitarbeiterInnen in der Fläche wie im Willy-Brandt-Haus bietet eine breit gefächerte Lernmöglichkeit.

Hierdurch können die TeilnehmerInnen auch neue Fähigkeiten entdecken und fördern und die persönlichen Erfolgchancen verbessern.

5.3 SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände

LV / Bezirk	Leitende Landes-/Bezirksgeschäftsführer/innen		Landes-/Bezirksgeschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landes- und Bezirksebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes/Bezirk		Regional-/Kreis-, Unterbezirksgeschäftsführer/innen		Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Unterbezirke „ohne politische Zuständigkeiten“	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Schleswig-Holstein	1	0	0	0	3	1	11	9	1	0	14	12
Mecklenburg-Vorpommern	1	0	2	1	1	0	5	5	8	3	6	6
Hamburg	1	0	0	0	4	1	7	6	7	3	3	2
Bremen	1	0	0	0	1	1	3	2	1	1	4	3
Nord-Niedersachsen	1	0	0	0	0	0	2	2	3	0	4	4
Weser-Ems	1	0	1	0	0	0	4 ³⁷	3	7	0	8	8
Hannover	1	0	7	3	1	0	14	11	11	9	6	6
Braunschweig	1	0	4	1	0	0	2	2	0	0	9	9
Sachsen-Anhalt	1	1	2	2	0	0	5	3	5	1		
Brandenburg	0	0	1	0	4	2	2	2	3	3	3	
Berlin	1	0	0	0	5	1	14	12	12	6	1	1
Hessen-Nord	1	0	1	0	1	1	8	4	8	1	9	
Hessen-Süd	1	0	1	0	2	1	49	33	15	5	8	
Thüringen	0	0	1	0	1	0	5 ³⁸	4 ³⁹	6	3	6	6
Sachsen	1	0	3	2	1	0	2	2	1	2	2	
Baden-Württemberg	1	0	0	0	6	3	19	12	12	2	28	27
Bayern	0	0	2	0	7	0	64	39	17	4	47	35
Saar	1	0	1	0	0	0	15	9	3	3	7	4
Nordrhein-Westfalen	1	0	1	0	15 ⁴⁰	8 ⁴¹	25 ⁴²	19 ⁴³	60 ⁴⁴	12	Keine Angaben	
Rheinland-Pfalz	1	1	0	0	0	0	6	5	16	3	24	23

³⁷ Inkl. Auszubildende

³⁹ 1 Geschäftsführerin, 3 Mitarbeiterinnen

⁴¹ Inkl. Jusos

⁴³ Inkl. Jusos

³⁸ 2 Geschäftsführer, 3 Mitarbeiter

⁴⁰ Inkl. Jusos; Stand: 01.01.2003

⁴² Inkl Jusos; Stand: 01.01.2003

⁴⁴ Unterbezirks Regionalbüros

Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

LV / Bezirk	Leitende Landesgeschäftsführer/innen		Landesgeschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landesebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Niedersachsen	1	0	2	0	1	1	2	2
Hessen	1	0	1	0	1	0	1	1

Delegierte

Parteivorstand

Schröder, Gerhard
 Vogt, Ute
 Wiczorek Zeul, Heidemarie
 Beck, Kurt
 Thierse, Wolfgang
 Clement, Wolfgang

Beisitzerinnen und Beisitzer für den Parteivorstand

Albers, Detlev	Lange, Christian
Annen, Nils	Maas, Heiko
Benneter, Klaus-Uwe	Maget, Franz
Berg, Ute	Matschie, Christoph
Bodewig, Kurt	Nahles, Andrea
Bulmahn, Edelgard	Platzeck, Matthias
Burchardt, Ulla	Pöker, Arno
Däubler-Gmelin, Herta	Poß, Joachim
Dieckmann, Bärbel	Püchel, Manfred
Drecoll, Erika	Riester, Walter
Duin, Garrelt	Schartau, Harald
Eichel, Hans	Scheer, Herrmann
Engelen-Kefer, Ursula	Schmidt, Renate
Fischer, Birgit	Schreiner, Ottmar
Gabriel, Siegmар	Schulz, Martin
Griese, Kerstin	Schwabe, Frank
Grumbach, Gernot	Schwall-Düren, Angelica
Hendricks, Barbara	Simonis, Heide
Höppner, Reinhard	Skarpelis-Sperk, Sigrid
Junker, Karin	Stiegler, Ludwig
Kastner, Susanne	Zöpel, Christoph
Krehl, Konstanze	

Delegierte Bezirke und Landesverbände

Schleswig-Holstein

Baasch, Wolfgang
Buder, Detlef
Hagedorn, Bettina
Hannemann-Röttgers, Birgit
Juister, Bärbel
Kuhlwein, Eckart
Mehl, Ulrike
Möller, Claus
Möller, Alexander

Nabel, Konrad
Nöbel, Anke
Piecyk, Wilhelm
Rix, Sönke
Rohwer, Maike
Rossmann, Ernst Dieter
Schirrmacher, Helga
Schlosser-Keichel, Anna
Stadelmann, Falk
Wenghöfer, Jörg

Mecklenburg-Vorpommern

Braun, Dagmar
Christiansen, Rolf

Hacker, Hans-Joachim
Kuhlmann, Margret
Tegtmeier, Martina

Hamburg

Behrmann, Katrin
Blankau, Jutta
Damerau, Inka
Dees, Hans-Christoff
Duden, Barbara

Egloff, Ingo
Meissner, Hans-Joachim
Riedel, Jörn
Stöckl, Ingrid
Stölting, Thomas

Bremen

Günthner, Martin
Jägers, Wolfgang

Kauertz, Karin
Schmidtke, Margitta
Schuster, Joachim

Nord-Niedersachsen

Borngräber, Jürgen
Casper, Eva-Maria

Falldorf, Heiner
Flacke, Traute
Neumann, Wolfgang

Weser-Ems

Bräutigam, Thomas
Buss, Heinz
Determann, Leonore
Groote, Matthias
Heußén, Günther
Hilger, Alfred
Janßen, Rita
Kirchner, Wolfgang

Konya, Ramis
Mahr, Hermine
Naber, Hanna
Rakow, Sigrid
Schmidt, Norbert
Strelow, Gregor
Stuntebeck, Kristina
Visser, Herbert
Wilts, Anke

Hannover

Andres, Gerd
 Andretta, Gabriele,
 Behbehani, Helmi
 Berg, Hartmut
 Dzaack-Küster, Alexandra
 Fraatz, Günter
 Hindersmann, Nils
 Hoppe-Deter, Erika
 König, Uwe
 Kraus, Brigitte
 Leuschner, Sigrid
 Lösekrug-Möller, Gabriele
 Marks, Caren

Braunschweig

Baas, Hans-Hermann
 Bothe, Karin-Marlen
 Georg, Carsten
 Heil, Wolfgang-Hubertus
 Jürgens-Pieper, Renate

Sachsen-Anhalt

Budde, Katrin
 Eichler, Wolfgang
 Kaspereit, Sabine
 Mittendorf, Madeleine-Rita

Brandenburg

Bauer, Marita
 Danckert, Peter
 Gregor, Martina
 Molkentin, Katrin

Berlin

Albrecht, Matthias
 Hertel, Anja Beate
 Isenberg, Thomas
 Kolat, Dilek
 Lindenberg, Christina
 Matthaе, Andreas

Menke, Gisela
 Meyer, Rolf
 Peine, Ingeborg
 Reckmann, Christiane
 Rübke, Jutta
 Schneider, Arne
 Stolle, Tom
 Tannhäuser, Stefan
 Tonne-Jork, Elke
 Traupe, Paul
 Walter, Cornelia
 Waske, Stefanie
 Werner, Ingo
 Willers, Gabriele

Klose, Waltraut
 Lehrmann, Birgit
 Mewes, Volker
 Schnute, Bettina
 Tanke, Detlef
 Widuckel, Werner

Püchel, Manfred
 Römling-Germer, Rosemarie
 Sterz, Bernhard
 Stockmann, Ulrich

Schröder, Burkhard
 Spiegel, Anja
 Steffen, Frank
 Winkelmann, Peter
 Witt, Martin

Rackles, Mark
 Rawert, Mechthild
 Rosin, Nicole
 Schmitz, Fabian
 Senftleben, Peter
 Strieder, Peter
 Thölken, Rosemarie
 Ulbricht, Klaus

Hessen-Nord

Bergmann, Jutta
Bierwirth, Anni
Birkelbach, Elke
Bonhage, Wolfgang F.
Breuer, Ursula
Fahrenbach, Frank
Gottschalck, Ulrike
Gümbel, Bernd
Hilgen, Bertram

Hessen-Süd

Brillmann, Claudia
Bullmann, Udo
Dittmar, Ansgar
Everts, Carmen
Frey, Franz
Glenz, Wolfgang
Görig, Manfred
Hauer, Nina
Hechler, Katrin
Hoffmann, Christel
Hornung, Cornelia
Jordan, Jörg
Kollatz-Ahnen, Matthias
Leß, Daniela
Lotz, Erika
Machalitzky, Jörg-Jens
Müller, Carsten

Thüringen

Auer, Roberto
Becker, Dagmar
Griebel, Matthias

Sachsen

Bunse, Sibylle
Clausnitzer, Dieter
Deicke, Liane
Dulig, Martin
Fornahl, Rainer

Krausbauer, Renate
Kuhnsch, Ursula
Polter, Klaus
Rudolph, Werner
Ruffert, Detlef
Strube, Christian
Waschke, Sabine
Wetlaufer, Helmut
Wölk, Marianne

Nissen, Ulrike
Pighetti, Marco
Pipa, Erich
Raabe, Sascha
Rahn, Gudrun
Reichenbach, Gerold
Reuter, Michael
Richter, Gerrit
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schaich-Walch, Gudrun
Schmidt, Frank
Schmitt, Norbert
Schuster, Wolfgang
Streb-Hesse, Rita
Wetzel, Stephan
Ypsilanti, Andrea
Zapf, Uta

Haaré, Brigitta
Halpape, Anja
Haß, Torsten
Heß, Petra

Hoffmann, Gudrun
Lässig, Ronald
Richter, Diana
Schwanitz, Rolf
Volkmer, Marlies

Saarland

Braun, Reiner
 Britz, Charlotte
 Ferner, Elke
 Fischer-Theobald, Sabine
 Henz, Roland
 Hoffmann-Bethscheider, Cornelia
 Jost, Reinhold
 Klug, Astrid

Kolb, Gisela
 Lawall, Karin
 Leinen, Josef,
 Maringer, Evi
 Pauluhn, Stefan
 Ries, Isolde
 Scherer, Petra
 Staudt, Alfred
 Stritter, Hans Georg

Baden-Württemberg

Arnold, Rainer
 Bednarz, Hendrik
 Behnke, Elfriede
 Birzele, Frieder
 Bliesener, Rainer
 Bury, Hans Martin
 Caspers-Merk, Marion
 Castellucci, Lars
 Dreßen, Peter
 Drexler, Wolfgang
 Drobinski-Weiß, Elvira
 Erler, Gernot
 Friedrich, Peter
 Gebhardt, Evelyne
 Gilbert, Carsten
 Godawa, Angela
 Grünstein, Rosa
 Guerakar, Hidir
 Haller-Haid, Rita
 Hausmann, Rudolf

Heberer, Helen
 Hofelich, Peter
 Jung, Johannes
 Kressl, Nicolette
 Kumpf, Ute
 Lange, Christian
 Leibinger, Richard
 Mattheis, Hildegard
 Moos, Hans-Jürgen
 Rehbock-Zureich, Karin
 Rosemann, Martin
 Sagasser, Tanja
 Sargk, Susanne
 Schöll, Sarah
 Schwarz, Andrea
 Tauss, Jörg
 Templ, Karl-Ulrich
 Weckenmann, Ruth
 Weisskirchen, Gert
 Zeller, Norbert

Bayern

Anker, Ingrid
 Barthel, Klaus
 Biedefeld, Susann
 Deckwerth, Ilona
 Döhla, Benedikt
 Dressel, Carl-Christian H.
 Dullinger, Angelica
 Eichelsbacher, Manfred

Esser, Antje
 Fischer, Susanne
 Flauder, Christina
 Graf, Angelika
 Groß, Werner
 Hahnzog, Klaus
 Hebertinger, Renate
 Hufe, Peter
 Jahn-Graf, Susanne

DELEGIERTE

Kaiser, Hans-Jürgen
Karb, Richard
Karl, Annette
Kempf, Matthias
Ketterle, Christian
Kirchner, Ralf
Koch, Helga
Kolbow, Walter
Kubatschka, Horst
Lothes, Karl
Macher, Elke
Mehrlich, Heinz
Morlock, Carmen
Müller-Wilfing, Christa
Naser, Volker
Negele, Christine
Olbrich, Gerhard
Pauli, Klaus
Peitzsch, Wolfgang
Pronold, Florian,
Rösch, Rita,
Rupp, Adelheid

Rheinland-Pfalz

Ahnen, Doris
Auernheimer, Brigitte
Barnett, Doris
Beck, , Kurt
Breuer, Tanja
Bruch, Karl Peter
Conrad, Jürgen
Decker, Ursula
Fuhr, Alexander
Gerster, Florian
Goldschmitt, Christan
Härtel, Roland
Hartmann, Michael
Itzek, Gerd
Kittl, Denis
Klamm, Hannelore

Schaller, Marcel
Scheffler, Jennifer
Scherzer, Axel
Schieder, Werner
Schmid, Herbert
Schmidt, Frank-Hermann
Schnarr, Patricia
Schubert, Anne
Schroeter , Gunhild
Strobl, Reinhold
Tausend, Claudia
Vogel, Christian
Vogel, Katja
Wasserrab, Dagmar
Weiler, Silke
Weiß, Amely
Weitzer jun., Josef
Wiedemann, Leo
Wolfrum, Klaus
Wörl, Beate
Zurek, Beatrix

Klein, Horst
Leppla, Ruth
Luthmann, Julia Teresa
Mertes, Josef Peter
Mertes, Joachim
Neuser, Norbert
Pörksen, Carsten
Pütz, Angelika
Ramsauer, Günther
Reich, Beate
Rösch, Günter
Schmitt, Astrid
Schweitzer, Alexander
Siegrist, Hildrun
Steinebach, Christa
Stretz, Norbert
Walter, Ralf
Zoller, Peter

Nordrhein-Westfalen

Akgün, Lale
 Albrecht-Mainz, Elia
 Albrecht-Winterhoff, Inge
 Ambrosius, Siegfried
 Apel-Haefs, Ulrike
 Arndt, Werner
 Bäcker, Helmut
 Bährendt, Birte
 Beine, Lothar
 Berg, Ute
 Beucher, Friedhelm-Julius
 Bollmann, Gerd
 Börschel, Martin
 Brandner, Klaus
 Brase, Willi
 Brennecke-Roos, Karla
 Bruckmann, Hans-Günter
 Bülow, Marco
 Canisius, Renate
 Costanzo, Luigi
 Dieckmann, Dietmar
 Dörmann, Martin
 Ebenbeck, Frank
 Ehrmann, Siegmund
 Eicker, Hermann Josef
 Eickhoff, Martina
 Eiskirch, Thomas
 Engels, Günter
 Erdelkamp, Ursula
 Esser, Elke
 Esser, Frank
 Fandrey, Eberhard
 Faulenbach, Bernd
 Felderhoff, Fritzi Marie
 Fragemann, Friedhelm
 Franz, Joachim
 Frechen, Gabriele
 Gebhard, Heike
 Göllner, Uwe

Göllner, Stefanie
 Gottschlich, Margret
 Gradel, Brigitte
 Gran, Stefan
 Greenall, Sigrid
 Großmann, Achim
 Grotthaus, Wolfgang
 Harrack, Günter
 Härtel, Birgit
 Heidtmann, Jürgen
 Hellwig, Eveline
 Hempelmann, Rolf
 Herter, Marc
 Hetmeier, Marita
 Hilgers, Heinz
 Hirsch, Marina
 Hochhausen, Gertrud
 Horstmann, Axel
 Humme, Christel
 Idczak, Norbert
 Jäger, Annette
 Jahl, Armin
 Kirschenbaum, Erwin
 Klabuhn, Edeltraud
 Köhler, Klaus Konrad
 Kortmann, Karin
 Koschorreck, Elisabeth
 Krebs, Andreas
 Krupp-Knierim, Ute
 Küpper, Klaus
 Langemeyer, Gerhard
 Link, Sören
 Löhr, Karin
 Loos, Helmut-Rainer
 Mertens, Klaus
 Mochalski, Marlene
 Mühlenfeld, Dagmar
 Müller, Michael
 Müller-Witt, Elisabeth
 Neitzke, Gerhard
 Nietan, Dietmar

DELEGIERTE

Nottebohm, Doris
Ott, Jochen
Paas, Achim
Pfungsten, Jutta
Renner, Stephan
Richter, Bärbel
Riesmeier, Wilhelm
Rohr, Elke
Rosenbohm, Veronika
Rosendahl, Mark
Rosenfeld, Peter
Rösner, Christian
Roß, Sylvia
Schadt, Nina
Schäfer, Ute
Scheffler, Michael
Schiefner, Udo
Schilling, Björn
Schmeltzer, Rainer
Schmitz, Elke
Schmitz, Uwe
Schnittka-Kalelioglu, Juliane
Schulten, Hans Walter
Schultheis, Karl
Schultz, Reinhard

Schumann, Michelle
Siggess, Manfred
Simshäuser, Monika
Singer, Johannes
Sippel, Birgit,
Steinger-Bludau, Eva
Stinka, Andre
Stöckel, Rolf
Stotko, Thomas
Strässer , Christoph
Tsalastras, Apostolos
Vennebusch, Reinhold
Vossebrecher, Elisabeth
Wallach, Marianne
Weis, Petra
Wend, Rainer
Wiefelspütz, Dieter
Wiggenhorn, Maria
Wittebur, Klemens
Wojaczek, Ina
Wörmann, Geesken
Yüksel, Serdar
Zöllmer, Manfred
Zorn, Gerhard

Delegierte mit beratender Stimme

Parteirat Stand Bochum Parteitag

Alkenings, Birgit
Andretta, Gabriele
Arnkens-Homann, Dagmar
Bachmaier, Hermann
Behnke, Elfriede
Benneter, Klaus Uwe
Binder, Hanna
Blankau, Jutta
Bökel, Gerhard
Breuer, Siegfried
Bührmann, Christina

Burkert, Michael
Buttgereit, Monika
Conrad, Jürgen
Coße, Jürgen
Crone, Petra
Damwerth, Ruth Therese
Drakul, Petar
Dunger-Löper, Hella
Eckner, Stefan
Eickelpasch, Gerhard
Emmerich-Kopatsch, Petra

Fahimi, Yasmin
 Fehr, Manfred
 Fikentscher, Rüdiger
 Fischer, Simone
 Forster, Hans
 Fritz, Doris
 Fuhrmann, Petra
 Gerster, Florian
 Gilbert, Carsten
 Göllner, Uwe
 Görlach, Willi
 Granzow, Dennis
 Grätz, Sanda
 Groschek, Michael
 Grotheer, Wolfgang
 Grumbach, Gernot
 Grun, Thomas
 Haase, Hans-Dieter
 Hahn, Raphaela
 Hammelrath, Helene
 Hänsch, Uwe
 Hartmann, Swantje
 Hausmann, Rudolf
 Heil, Hubertus
 Höhl, Walter
 Hollinger, Roswitha
 Hunger, Heinz
 Jordan, Jörg
 Jürgens-Pieper, Renate
 Jüttner, Wolfgang
 Kakalick, Gerhard
 Kern, Günter
 Kipp, Anne
 Kohlrausch, Bettina
 Kötschau, Gabriele
 Kutzer, Wolf
 Lambrecht, Christine
 Leithäuser, Brigitta
 Linkohr, Rolf
 Mattes, Ralf
 Mernizka, Loke
 Mogg, Ursula
 Möhrmann, Dieter
 Möller, Claus
 Mühlenfeld, Dagmar
 Müller, Herbert
 Müllerwiebus, Roswitha
 Naser, Volker
 Nietan, Dietmar
 Ott, Jochen
 Pepper, Renate
 Petry, Leo
 Pfannenstein, Georg
 Piecyk, Wilhelm
 Raatz, Simone
 Rapkay, Bernhard
 Redmer, Axel
 Roth, AngelikaSchmidt, Dagmar
 Rothe, Mechtild
 Sagasser, Tanja
 Schäfer, Axel
 Schiffmann, Dieter
 Schimeta, Quirin
 Schmarsow, Christine
 Schmidbauer, Horst
 Schmidt-Kühner, Regina
 Schmidt, Dagmar
 Schmidt, Ulla
 Schneider, Angelika
 Schnittka-Kalelioglu, Juliane
 Scholz, Olaf
 Schreier, Wilhelm
 Schroeter, Gunthild
 Schwabe, Frank
 Sippel, Birgit
 Spiller, Jörg-Otto
 Stapelfeldt, Dorothee
 Tabillion, Rainer
 Teuchner, Jella
 Tsalastras, Apostolos
 Watermann, Ulrich
 Westrich, Lydia
 Wiefelspütz, Dieter
 Wiegand-Hoffmeister, Bodo
 Wollkopf-Dittmann, Elrid
 Wörl, Beate

Gewerkschaftsrat Stand Bochum Parteitag

Bösinger, Rolf	Peters, Jürgen
Bulmahn, Edelgard	Putzhammer, Heinz
Cecere, Vito	Schmidt, Renate
Clement, Wolfgang	Schmitz, Guido
Däubler-Gmelin, Herta	Schmoltdt, Hubertus
Eichel, Hans	Scholz, Olaf
Engelen-Kefer, Ursula	Schröder, Gerhard
Freiberg, Konrad	Sommer, Michael
Grocholla, Birgit	Stange, Eva-Maria
Hansen, Norbert	Steinmeier, Frank-Walter
Hexel, Dietmar	Thierse, Wolfgang
Hoitz, Renate	Trautner, Jörg
Jäger, Wolfgang	Vogt, Ute
Lersch-Mense, Franz-Josef	Wettig-Danielmeier, Inge
Möllenberg, Franz-Josef	Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Mönig-Raane, Margret	Wiesehügel, Klaus
Müntefering, Franz	

Schiedskommission

Kohl, Hannelore, Vorsitzende	Risse, Johannes
Ballhausen, Werner	Rixecker, Roland
Brusis, Ilse	Teichmüller, Ingrid
Notzke, Thomas	

Kontrollkommission

Randzio-Plath, Christa, Vorsitzende	Kuhlwein, Eckart
Danner, Dorothee	Mattischek, Heide
Görlach, Willi	Meinhold, Walter
Hoffmann, Petra	Weisskirchen, Gert
Kompe, Gerd	

Bundestagsfraktion

Bertl, Hans-Werner
 Brinkmann, Bernhard
 Danckert, Peter Wilhelm
 Dzembitzki, Detlef
 Edathy, Sebastian
 Ernstberger, Petra
 Groneberg, Gabriele
 Haack, Karl-Hermann
 Hilsberg, Stephan
 Hoffmann, Walter
 Hübner, Klaas
 Kahrs, Johannes
 Kastner, Susanne

Kemper, Hans-Peter
 Körper, Fritz Rudolf
 Küster, Uwe
 Meckel, Markus
 Reimann, Carola
 Röspel, Rene
 Schwall-Düren, Angelica
 Spiller, Jörg-Otto
 Thönnies, Franz
 Veit, Rüdiger
 Wicklein, Andrea
 Wodarg, Wolfgang

Mitglieder des Europäischen Parlaments

Hänsch, Klaus
 Jöns, Karin

Kuckelkorn, Wilfried
 Mann, Erika

Rednerverzeichnis

Akgün, Cale	109 f., 172 f.	Fischer, Birgit	304f., 487, 489
Albers, Detlev	111 f., 474	Frechen, Gabriele	374f.
Andres, Gerd	102 ff., 328, 336f., 338f., 342 f., 347, 357f.	Friedrich, Peter	282 f.
Annen, Nils	78 ff., 362 f.,	Gabriel, Sigmar	86 ff., 202 ff., 349
Arnold, Rainer	257 ff.	Geldel, Christine	205
Barnett, Doris	332 f.	Gerster, Florian	299 ff.
Barthel, Klaus	482 f.	Göllner, Uwe	441
Beck, Kurt	155, 174, 181 ff., 336f., 346f., 502 ff.	Gräber, Otto	297 f.
Bednartz, Hendrik	479 f.	Gran, Stefan	318 f.
Benneter, Klaus Uwe	142 f.	Griese, Kerstin	259 f., 313 f.,
Berg, Ute	302	Groschek, Michael	324 f.
Blankau, Jutta	319 f., 382 f.	Grosse, Jürgen	
Brase, Willi	361 f.	Grumbach, Gernot	92 f., 303
Bulmahn, Edelgard	143 f., 354 ff., 383 ff.	Guterres, Antonio	39 ff.
Bülow, Marco	399 f.	Haack, Karl Herman	120 ff.
Burchardt, Ulla	387 ff., 402 ff.	Hauer, Nina	88 f.
Clement, Wolfgang	175, 286 ff., 333, 345 f., 392 f., 370 ff., 445 f., 477 f.	Hausmann, Rudolf	212
Coße, Jürgen	367 f.	Heil, Hubertus	168, 176, 198, 202, 206, 210 f., 214, 217, 465 f.
Dees, Hans-Christoff	483 f.	Hempelmann, Rolf	400 f.
Dieckmann, Bärbel	421 f.	Herter, Marc	281 f.
Dressel, Carl-Christian	104	Hetmeier, Marita	337
Dreßen, Peter	323, 476	Hilger, Alfred	71 f.
Duin, Garrelt	128 f.	Hindersmann, Nils	237 f., 331
Dullinger, Angelica	157 f., 208, 256 f., 448 f.	Höppner, Reinhard	230
Eichel, Hans	261 f., 290 f., 449 f.	Hübner, Klaas	75 f.
Eichler, Wolfgang	379	Humme, Christel	76 ff., 418 f., 476 f.
Engelen-Kefer, Ursula	463 ff., 469 f.	Isenberg, Thomas	294 f., 394 f.
Erler, Gernot	234	Jost, Renhold	444 f.
Ernstberger, Petra	98 f.	Junker, Karin	145 ff., 200 f., 316
Faulenbach, Bern	306 f., 226 f.	Jüttner, Wolfgang	99 f., 152 f., 163, 168, 169, 171 f., 302, 456 ff., 495 ff.
Fikenscher, Rüdiger	24	Kastner, Susanne	91 ff.
Finke, Karl	167 f.	Kempf, Matthias	378 f.
		Kirschbaum, Erwin	440

Kolat, Dilek	208	Rosendahl, Mark	211, 380
Kollatz-Ahnen, Matthias	217 f., 311 f., 351, 475	Rossmann, Ernst-Dieter	364 f.
Kompe, Gerhard	415 f.	Ruffert, Detlef	158 f., 416 f.
Kortmann, Karin	251 f.	Schartau, Harald	74 f., 310, 366 f.
Krehl, Constanze	122 f.	Scheer, Hermann	126 ff., 252 f., 396 ff.
Kressl, Nicolette	380 ff.	Scheffler, Jennifer	419 f.
Kuhlmann, Margret	152, 159, 174, 180, 228, 267 f., 339, 360	Schieder, Werner	309
Kuhlwein, Eckart	177, 236, 467	Schmeltzer, Rainer	372 f.
Kutzer, Wolf	199 f.	Schmidbauer, Horst	298 f.
		Schmidbauer, Wolfgang	100 f.
Lange, Christian	213, 466	Schmidt, Ulla	457 ff.
Langemeyer, Gerhard	90 f.	Schmidt, Renate	406 ff., 428 f., 430 ff.
Lässig, Ronald	176	Schmidtke, Margitta	424
Leibinger, Richard	442 f.	Schmitz, Fabian	363
Leinen, Jo	240 f.	Schneider, Arne	170, 293, 337, 431
		Schnute, Bettina	259
Matschie, Christoph	80 f., 218, 264 f., 315	Sommer, Michael	35 ff.
Matthae, Andreas	207	Scholz, Olaf	113 ff., 269 ff.
Meckel, Markus	247 f.	Schreiner, Ottmar	96 ff.
Meinhold, Walter	390 f.	Schröder, Gerhard	47 ff., 160 ff., 349 ff., 492 ff., 509 ff.
Möller, Claus	288 f., 471	Schulz, Martin	353, 361 ff., 433 ff.
Müller, Michael	84 ff., 285 f., 391 f.	Schwabe, Frank	489 f.
Müntefering, Franz	148 f., 368 f.	Schwall-Düren, Angelica	238 f.
		Seric-Vac, Mirjana	254 ff.
Nahles, Andrea	81 f.	Simonis, Heide	24 f., 45 f., 124 f., 215 ff., 323 ff., 352 f.
Negele, Christine	485 f.	Skarpelis-Sperk, Sigrid	129 ff., 330
Nissen, Ulrike	175, 215, 295 f., 423	Spies, Thomas	486 f.
		Staudt, Alfred	329 f.
Ott, Jochen	169 f., 209, 278 f., 427	Steffen, Frank	426
		Steinbrück, Peer	30 ff.
Pfaff, Martin	472	Sterz, Bernhard	441
Poß, Joachim	434 ff., 450 f.	Stiegler, Ludwig	69 f.
Püchel, Manfred	199, 327 f.	Stolle, Tom	242 f.
		Stolpe, Manfred	307 f.
Rackels, Mark	280 f.	Stüber, Ernst Otto	27 ff.
Randzio-Plath, Christa	136 f., 321 f.	Struck, Peter	243 ff.
Reckmann, Christiane	420 f.		
Ries, Isolde	279 f., 343	Tanke, Detlef	344 f.
Rosemann, Martin	284 f.	Tannhäuser, Stefan	447 f.
		Tauss, Jörg	94 ff., 162, 375 ff.

Thierse, Wolfgang	315 f.	Wenghöfer, Jörg	196, 216 f., 292, 425
Thönnnes, Franz	480 f.	Wettig-Danielmeier, Inge	132 ff., 180, 196, 215 f.
Tsalastras, Apostolos	206, 312 f.	Widuckel, Werner	490
Vogel, Katja	375	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	175, 219 ff., 266
Vogt, Ute	107 ff., 181 ff., 189 ff., 197 f., 201 f., 230 f., 340, 415 f.	Ypsilanti, Andrea	72
Volkmer, Marlies	468 f.	Yüksal, Serdar	209, 232 ff.
Walter, Cornelia	82 ff.	Zöpel, Christoph	105 ff., 249 f.
Wasserrab, Dagmar	189		
Weisskirchen, Gert	248 f.		